

Monatsbericht Oktober 2021

73. Jahrgang
Nr. 10

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Tel.: 069 9566-3512
E-Mail: www.bundesbank.de/kontakt

Internet: www.bundesbank.de

Publizistische Verwertung nur mit Quellen-
angabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
22. Oktober 2021, 11:00 Uhr.

Ein Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken kann unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



■ Inhalt

■ Kurzberichte	5
Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	8
Wertpapiermärkte.....	10
Zahlungsbilanz	11
■ Länderfinanzen 2020: Defizit aufgrund temporärer Pandemie- einflüsse, Ausnahmeklauseln auch für Reservebildung genutzt	15
<i>Aufbereitung der Länderdaten und Datenlücken</i>	17
<i>Zu den Reservebeständen der einzelnen Länder</i>	32
■ Die Weltwirtschaft während der Coronavirus-Pandemie	43
<i>Zu den Gründen für das vergleichsweise gute Abschneiden der chinesischen Volkswirtschaft in der Pandemie</i>	46
<i>Zur Rolle der Unterbrechung chinesischer Lieferketten für Produktionseinbrüche in den USA und in der EU im Frühjahr 2020</i>	52
<i>Zur Nutzung des mobilen Arbeitens und dessen Einfluss auf die Arbeitsproduktivität</i>	59
■ Wie stehen private Haushalte in Deutschland zum digitalen Euro? Erste Ergebnisse aus Umfragen und Interviews	65
<i>Bargeldnachfrage zur Wertaufbewahrung während der Coronavirus-Krise</i>	69
<i>Bevölkerungsbefragung der Bundesbank zum digitalen Euro</i>	71
■ Die Regulierung der Vergütung in Kreditinstituten	87
<i>Risikoträger</i>	91
<i>Risikoadjustierung der variablen Vergütung eines Risikoträgers</i>	97
<i>Dritte Verordnung zur Änderung der Institutsvergütungsverordnung vom 20. September 2021</i>	99
<i>„High Earners“ im Europäischen Wirtschaftsraum von 2010 bis 2019</i>	101
<i>Vergütungspraktiken und -trends der deutschen Kreditinstitute von 2014 bis 2019</i>	103

■ Statistischer Teil.....	1•
Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum.....	5•
Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum.....	8•
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16•
Banken.....	20•
Mindestreserven.....	42•
Zinssätze.....	43•
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48•
Kapitalmarkt.....	50•
Finanzierungsrechnung.....	54•
Öffentliche Finanzen in Deutschland.....	58•
Konjunkturlage in Deutschland.....	66•
Außenwirtschaft.....	75•
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank.....	85•

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Kurzberichte

Konjunkturlage

Grundtendenzen

Deutsche Wirtschaftsleistung im Sommer wohl noch leicht stärker gestiegen als im Frühjahr

Die deutsche Wirtschaft erholte sich im Sommer 2021 weiter. Die wirtschaftliche Aktivität dürfte noch leicht stärker gestiegen sein als im Frühjahr. Grund dafür war, dass die Dienstleistungen kräftig zulegen. Sie profitierten davon, dass die Corona-Schutzmaßnahmen zum Großteil entfallen waren. So signalisieren etwa die Umsätze im Gastgewerbe und die Umfrageergebnisse des ifo Instituts zur Lageeinschätzung bei den Dienstleistern ein erheblich höheres Aktivitätsniveau als im Frühjahr. Im Verarbeitenden Gewerbe war zwar die Nachfrage trotz des jüngsten Rücksetzers nach wie vor stark. Allerdings dämpften anhaltende Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten die Produktion in der Industrie. Das verhinderte einen noch stärkeren Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Im laufenden Quartal wird die gesamtwirtschaftliche Aktivität voraussichtlich deutlich schwächer zulegen. Der kräftige Schwung im Dienstleistungssektor dürfte erheblich nachlassen. Ein gewisses Maß an pandemiebedingten Schutzvorkehrungen bleibt wohl vorerst bestehen. Das Verarbeitende Gewerbe dürfte weiter unter den Lieferschwierigkeiten leiden. Eine deutlich langsamere Gangart zeigen auch die Geschäftserwartungen der Unternehmen an, die sich nach Umfragen des ifo Instituts in den Sommermonaten eintrübten. Die Wirtschaftsleistung wird daher wohl auch im Herbst ihr Vorkrisenniveau vom Schlussquartal 2019 noch verfehlen. Im Jahr 2021 insgesamt dürfte das BIP deutlich weniger zulegen als in der Juni-Projektion der Bundesbank erwartet.

Industrie

Industrieproduktion im August stark verringert

Die deutsche Industrieproduktion ging im August 2021 gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt¹ stark zurück ($-4\frac{3}{4}\%$). Auch im

Durchschnitt von Juli und August, in dem sich Ferieneffekte weitgehend ausgleichen, lag sie spürbar unter dem Frühjahrsquartal ($-1\frac{1}{2}\%$). Nach Sektoren aufgegliedert stieg lediglich die Erzeugung von Konsumgütern gegenüber dem Vorquartal deutlich. Die Fertigung von Investitionsgütern sank dagegen erheblich. Hierzu trug vor allem ein kräftiger Rückgang der Produktion von Kraftfahrzeugen bei. Lediglich die Maschinenbauer konnten ihr Produktionsniveau in etwa halten. Die Fertigung von Vorleistungsgütern ging ebenfalls deutlich zurück. Die Produktion in der Industrie wird weiter durch erhebliche Lieferengpässe bei Vorprodukten beeinträchtigt. Laut Umfragen des ifo Instituts verschärften sich die Materialknappheiten in den Sommermonaten nochmals.² Besonders stark betroffen ist davon die Automobilindustrie, die vor allem unter fehlenden Halbleitern leidet. Gemäß den Angaben des Verbands der Automobilindustrie (VDA) wurden im September erheblich weniger Pkw produziert als im Durchschnitt der Monate Juli und August. Im dritten Quartal insgesamt verringerte sich die Zahl der produzierten Kfz um ein Fünftel gegenüber dem bereits beträchtlich gedrückten Vorquartal.

Der Auftragseingang in der Industrie ging im August 2021 gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt kräftig zurück ($-7\frac{3}{4}\%$). Im Mittel von Juli und August überstieg er zwar den hohen Stand des zweiten Quartals deutlich ($+2\frac{3}{4}\%$). Ohne Großaufträge war er jedoch auch in dieser Betrachtung rückläufig ($-2\frac{1}{4}\%$). Nach Regionen aufgegliedert erhöhte sich die gesamte Nachfrage aus dem Inland spürbar und aus den Drittstaaten außerhalb des Euroraums stark. Der Orderzufluss aus dem Euroraum blieb hingegen unverändert. Nach Sektoren aufgeschlüsselt stiegen die Bestellungen von Investitionsgütern kräftig, wozu vor allem der sons-

Industrieller Auftragseingang von hohem Stand aus kräftig gesunken

¹ Die Saisonbereinigung umfasst im Folgenden auch die Ausschaltung von Kalendereinflüssen, sofern sie nachweisbar und quantifizierbar sind.

² Vgl.: ifo Institut (2021).

Zur Wirtschaftslage in Deutschland ^{*)}

saison- und kalenderbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2015 = 100			
	Industrie			Bauhaupt- gewerbe
	insgesamt	davon:		
		Inland	Ausland	
2020 4. Vj.	106,4	100,9	110,6	128,1
2021 1. Vj.	109,1	102,4	114,0	124,9
2. Vj.	112,7	108,6	115,8	120,1
Juni	114,8	115,8	114,0	116,6
Juli	120,4	113,2	125,9	119,6
Aug.	111,1	107,3	114,0	...
	Produktion; 2015 = 100			
	Industrie			Bau- gewerbe
	insgesamt	darunter:		
Vorleis- tungs- güter- produ- zenten		Investi- tions- güter- produ- zenten		
2020 4. Vj.	96,4	100,8	92,4	118,8
2021 1. Vj.	96,4	102,9	90,6	113,7
2. Vj.	95,2	103,6	86,7	116,7
Juni	94,6	103,3	84,5	114,9
Juli	95,9	102,5	87,7	117,8
Aug.	91,4	100,0	80,9	114,1
	Außenhandel; Mrd €			nachr.: Leis- tungs- bilanz- saldo; Mrd €
	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	
2020 4. Vj.	319,19	269,07	50,12	66,69
2021 1. Vj.	331,19	276,92	54,27	68,63
2. Vj.	338,02	296,22	41,80	61,37
Juni	113,72	100,23	13,49	18,62
Juli	114,38	96,65	17,73	19,79
Aug.	113,02	100,06	12,96	15,03
	Arbeitsmarkt			
	Erwerbs- tätige	Offene Stellen ¹⁾	Arbeits- lose	Arbeits- losen- quote in %
	Anzahl in 1 000			
2021 1. Vj.	44 700	608	2 749	6,0
2. Vj.	44 788	662	2 717	5,9
3. Vj.	...	747	2 546	5,5
Juli	44 952	727	2 591	5,6
Aug.	45 018	749	2 538	5,5
Sept.	...	767	2 508	5,5
	Preise; 2015 = 100			
	Einfuhr- preise	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte	Bau- preise ²⁾	Harmo- nisierte Ver- braucher- preise
2021 1. Vj.	101,8	106,9	121,2	107,6
2. Vj.	106,5	110,2	125,1	108,6
3. Vj.	...	115,9	129,4	109,8
Juli	110,9	113,8	.	109,6
Aug.	112,6	115,6	.	109,8
Sept.	...	118,4	.	110,0

* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, XI, und Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. **1** Ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. **2** Nicht saison- und kalenderbereinigt.

Deutsche Bundesbank

tige Fahrzeugbau beitrug. Die Maschinenbauer erhielten ebenfalls erheblich mehr Aufträge. Die Bestellungen von Kfz gingen dagegen stark zurück. Auch die Nachfrage nach Konsumgütern erhöhte sich kräftig, insbesondere bei den Herstellern von pharmazeutischen Erzeugnissen. Die Bestellungen von Vorleistungsgütern gingen dagegen deutlich zurück. Der industrielle Auftragseingang insgesamt lag weiterhin beträchtlich über seinem Vorkrisenniveau vom vierten Quartal 2019 (+ 15 ¼ %). Damit blieb die durch die Lieferengpässe hervorgerufene Schere zwischen der Nachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen und der Industrieproduktion ausgesprochen hoch. Letztere lag im Mittel von Juli und August nämlich um 5 ½ % unter ihrem Vorkrisenniveau.

Die nominalen Industrieumsätze verringerten sich im August 2021 saisonbereinigt stark gegenüber dem Vormonat (- 5 %). Im Vergleich zum zweiten Quartal blieben sie im Durchschnitt von Juli und August aber stabil. Dabei standen einem deutlichen Rückgang der Umsätze in den Drittstaaten außerhalb des Euroraums spürbare Zuwächse im Inland und im Euroraum gegenüber. Nach Sektoren aufgeschlüsselt verringerten sich die Umsätze mit Investitionsgütern erheblich. Dies ging insbesondere auf Kfz und auf den sonstigen Fahrzeugbau zurück. Die Maschinenbauer und die Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen steigerten ihre Umsätze dagegen merklich. Der Umsatz mit Vorleistungsgütern erhöhte sich spürbar. Die Verkäufe von Konsumgütern nahmen sogar kräftig zu, insbesondere von pharmazeutischen Erzeugnissen. Die nominalen Warenausfuhren gingen im August 2021 saisonbereinigt merklich gegenüber dem Vormonat zurück (- 1 ¼ %). Im Juli und August zusammengenommen lagen sie zwar etwas über dem Vorquartal (+ 1 %). In realer Rechnung verfehlten sie das Frühjahrsquartal jedoch spürbar (- 1 ½ %), insbesondere wegen eines deutlichen Rückgangs der Ausfuhren in die Drittstaaten außerhalb des Euroraums. Die nominalen Warenimporte erhöhten sich im August gegenüber dem Vor-

Industrieumsätze und nominale Warenexporte gegenüber Vormonat verringert

monat kräftig (+ 3 ½ %). Im Durchschnitt von Juli und August verfehlten sie das Mittel des Vorquartals trotz erheblich gestiegener Preise leicht (– ¼ %). Preisbereinigt gingen die Warenimporte kräftig zurück (– 5 %). Hier schlagen sich wohl, wie auch bei den schwachen realen Ausfuhren, die Lieferschwierigkeiten nieder.

Baugewerbe

*Bauproduktion
kräftig gesunken*

Die Produktion im Baugewerbe ging im August 2021 saisonbereinigt kräftig gegenüber dem Vormonat zurück (– 3 %), nachdem sie im Juli stark gestiegen war. Im Durchschnitt von Juli und August unterschritt sie das Frühjahrsquartal etwas (– ½ %). Dabei sank sie im Bauhauptgewerbe deutlich, während sie im Ausbaugewerbe merklich stieg. Der Orderzufluss im Bauhauptgewerbe gab im Juli – bis dahin liegen Angaben vor – leicht gegenüber dem zweiten Quartal nach. Die Produktion im Bauhauptgewerbe wurde laut Umfragen des ifo Instituts in den Sommermonaten durch fehlende Arbeitskräfte gedämpft. Viele Unternehmen klagten zudem über Materialengpässe, auch wenn ihr Anteil seit seinem Höchststand im Juni etwas zurückgeht. Dennoch schätzten die Unternehmen ihre Geschäftslage im September positiver ein, und auch die Geräteauslastung lag weiter erheblich über ihrem langjährigen Durchschnitt. Zudem blieb die Reichweite des Auftragsbestands auf dem bereits hohen Niveau des Vormonats.

Arbeitsmarkt

*Kräftiger
Beschäftigungs-
anstieg setzte
sich fort, Kurz-
arbeit im Som-
mer massiv
reduziert*

Am Arbeitsmarkt hielt die kräftige Erholung an. Die Erwerbstätigkeit erhöhte sich im August 2021 saisonbereinigt um 66 000 Personen. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten stieg im Juli wie schon im Juni erheblich an. Damit erholte sich diese Beschäftigungsform nach dem gewaltigen Rückgang während der Pandemie erstmals. Dies steht vor allem im Zusammenhang mit den Öffnungen im Bereich der kontaktintensiven Dienstleistungen. Da-

gegen überschritt die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ihren Vorkrisenstand bereits wieder, wuchs im Juli jedoch vergleichsweise moderat an. Eingestellt wurde vor allem im Gastgewerbe und im Handel. Die Kurzarbeit konnte im Juni und Juli massiv zurückgeführt werden. Waren im Mai noch über 2,3 Millionen Personen in konjunktureller Kurzarbeit, schätzt die Bundesagentur für Arbeit deren Zahl im Juli auf gut 0,9 Millionen. Die Kurzarbeit dürfte nunmehr allerdings erheblich langsamer zurückgehen. Insbesondere die Lieferengpässe im Verarbeitenden Gewerbe behindern die Produktion und führen in Teilen sogar zu erneuter Kurzarbeit. Allerdings berichtet ein schnell wachsender Teil der Unternehmen im Dienstleistungsbereich, dem Bau, aber auch in Teilen des Verarbeitenden Gewerbes von Arbeitskräfteengpässen im Zuge der Erholung. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen wie auch die Zahl der offenen Stellen ist im September weiter gestiegen. Der Arbeitsmarkt dürfte sich in den kommenden Monaten weiter erholen, und die Arbeitskräfteknappheiten dürften zunehmen.

Die registrierte Arbeitslosigkeit verminderte sich im September saisonbereinigt deutlich um 30 000 Personen. Allerdings war dieser Rückgang nicht mehr so kräftig wie in den drei Monaten zuvor. Die Arbeitslosenquote blieb rundungsbedingt bei 5,5 %. Die gesamte Unterbeschäftigung sank etwas stärker, da arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nach Ende der Sommerferien anders als in früheren Jahren bislang nicht spürbar wieder ausgeweitet wurden. Das IAB-Barometer Arbeitslosigkeit sank von seinem zuletzt erreichten Höchststand spürbar ab, verblieb aber weiter im positiven Bereich. Die Arbeitslosigkeit dürfte daher in den nächsten Monaten langsamer sinken als zuletzt.

*Arbeitslosigkeit
deutlich gesun-
ken, jedoch
langsamer als in
den drei Vor-
monaten*

Preise

Die Rohölnotierungen stiegen zuletzt spürbar an. Vor dem Hintergrund temporärer, teils witterungsbedingter Förderausfälle zogen die

*Rohölpreise
zuletzt spürbar
gestiegen*

Preise im September 2021 gegenüber dem Vormonat um gut 6 % an. Ihren Vorjahresstand überschritten sie damit um 80 %. In den ersten drei Wochen des Oktobers setzte sich die Aufwärtsbewegung fort. Hierzu trug die Entscheidung der OPEC und ihrer Partner, die Förderung nicht stärker als zuvor geplant auszuweiten, maßgeblich bei. Zudem zog die Nachfrage nach Öl, als einem Substitut für das zuletzt stark verteuerte Erdgas, an. Zum Abschluss dieses Berichts kostete ein Fass der Sorte Brent 84 US-\$. Zukünftige Rohöllieferungen wurden mit deutlichen Abschlägen gehandelt. Sie betragen bei Bezug in sechs Monaten 4 US-\$ und bei Bezug in 12 Monaten 8 US-\$.

Einfuhr- und Erzeugerpreise weiterhin recht kräftig gestiegen

Die Einfuhrpreise stiegen im August weiterhin recht kräftig an. Dies galt sowohl für Energie als auch für andere Waren. Auch auf der Stufe der gewerblichen Erzeuger, für die bereits Angaben zum September vorliegen, hielt der Preisdruck insgesamt an. Ohne Energie ging er jedoch zurück. Der Vorjahresstand wurde zuletzt bei den Einfuhren um 16½ % und bei den gewerblichen Erzeugerpreisen um rund 14 % überschritten. Ohne Energie gerechnet waren es rund 10 % beziehungsweise 8½ %.

Auf der Verbraucherstufe stiegen die Preise für bestimmte Industrieerzeugnisse weiterhin kräftig

Die Verbraucherpreise stiegen im September gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) mit 0,2 % erneut moderat. Die Preise für Nahrungsmittel veränderten sich quasi nicht. Und auch Dienstleistungen verteuerten sich im Ganzen nur geringfügig, vor allem, weil ungewöhnlich kräftige Preissenkungen bei Verkehrsdienstleistungen dämpfend wirkten. Bei Energie und anderen Industriegütern wurden die Preise ebenfalls nur mäßig angehoben. Bei Letzteren lag dies aber an Bekleidung und Schuhen, deren Preise üblicherweise stark schwanken. Andere Industrieerzeugnisse verteuerten sich dagegen weiterhin kräftig. Die Energiepreise legten vor allem aufgrund der wieder höheren Rohölpreise zu. Die weiter erheblich gestiegenen Spotmarktpreise für Erdgas werden dagegen wohl erst nach dem Jahreswechsel auf die Verbraucherpreise durchschlagen. Hier sorgen länger laufende

Verträge für eine verzögerte Weitergabe. Gegenüber dem Vorjahr weitete sich die HVPI-Rate insgesamt von 3,4 % im August auf 4,1 % im September und ohne Energie und Nahrungsmittel von 2,1 % auf 2,5 % aus. Dabei trat die erhöhende Wirkung des Basiseffekts aufgrund der temporären Mehrwertsteuersenkung im zweiten Halbjahr 2020³⁾ zunehmend zutage, denn der in den beiden Vormonaten merklich dämpfende statistische Sondereffekt schwächte sich ab. Dieser entsteht durch die coronabedingt recht starke Anpassung einiger HVPI-Gewichte für das Jahr 2021 an die Konsumgewohnheiten des Vorjahres.⁴⁾ Entsprechend schloss sich die Lücke zum nationalen Verbraucherpreisindex, bei dem die Gewichte nicht jährlich angepasst werden.⁵⁾ Im laufenden Monat dämpft der statistische Sondereffekt die Rate ebenfalls nur noch leicht. Im November wird er sich dann etwas erhöhend auswirken und im Dezember schließlich ganz entfallen. Insgesamt dürfte die Teuerungsrate zunächst noch weiter zunehmen, bevor sie im kommenden Jahr allmählich zurückgeht.

■ Öffentliche Finanzen ⁶⁾

Kommunalfinanzen

Die kommunalen Kern- und Extrahaushalte verzeichneten im zweiten Quartal 2021 einen Überschuss von 3 Mrd €. Im Vorjahr war das Quartalsergebnis ausgeglichen. Die Einnahmen stiegen im Vorjahresvergleich sehr deutlich um 7½ % (5 Mrd €). Dabei nahmen die Steuereinnahmen stark um 16½ % zu (4 Mrd €). Dies lag vor allem an der gewichtigen Gewerbesteuer, die nach Abzug der Umlage um 61 % (4 Mrd €)

Kommunen mit Überschuss im zweiten Quartal: Einnahmen aus Steuern und Gebühren stiegen stark

³ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2020).

⁴ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021).

⁵ Die Rate des nationalen Verbraucherpreisindex betrug ebenfalls 4,1 % (nach 3,9 %).

⁶ In den Kurzberichten werden aktuelle Ergebnisse der öffentlichen Finanzen erläutert. In den Vierteljahresberichten (Februar, Mai, August, November) wird die Entwicklung der Staatsfinanzen im jeweils vorangegangenen Quartal ausführlich dargestellt. Detaillierte Angaben zur Haushaltsentwicklung und zur Verschuldung finden sich im Statistischen Teil dieses Berichts.

wuchs. Die Einkommensteueranteile sanken hingegen leicht. Diese speisen sich im Regelfall aus dem Vorquartal, und das erste Quartal dieses Jahres war im Vorjahresvergleich stärker durch die Coronakrise belastet. Die Gebühreneinnahmen wuchsen kräftig (+13 % oder 1 Mrd €). Ausschlaggebend war, dass im Vorjahr viele Einrichtungen geschlossen waren und Monatsbeiträge etwa für Kinderbetreuung erlassen wurden. Leicht rückläufig waren die gewichtigen Zuweisungen der Länder (-1 % oder -½ Mrd €). Auch hierfür waren Sondereffekte im Vorjahr ausschlaggebend: Die Länder hatten 2020 teilweise Schlüsselzuweisungen ins zweite Quartal vorgezogen. Mehreinnahmen brachte der höhere Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft bei Bezug von Arbeitslosengeld II. Dieser wurde im Zuge der Coronakrise dauerhaft um die Hälfte angehoben.

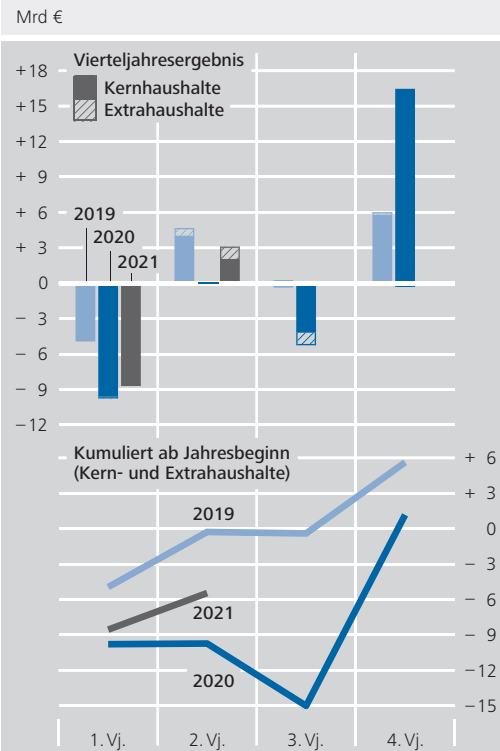
Ausgaben gestiegen, Sachinvestitionen allerdings rückläufig

Die Ausgaben legten um 3 % (2 Mrd €) zu. Dabei wuchsen die gewichtigen Personalausgaben auch wegen einer Tarifanpassung um 1,4 % im April dynamisch (+4½ %). Auch die Ausgaben für Sozialleistungen erhöhten sich deutlich (+6 %), darunter insbesondere die Kosten für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen. Der laufende Sachaufwand stieg noch etwas kräftiger um 8 %. Die Sachinvestitionen zeigten sich hingegen rückläufig (-4 %) – wie bereits im ersten Quartal.

Deutliches Defizit im Gesamtjahr erwartet

Im ersten Halbjahr lag das Defizit der Gemeinden bei 5½ Mrd €. Es war damit um 4 Mrd € niedriger als vor einem Jahr. Im Vergleich zum krisenbelasteten Vorjahr dürften die Steuern und Gebühren auch im zweiten Halbjahr insgesamt deutlich wachsen. Allerdings fahren Bund und Länder ihre Unterstützung im Vorjahresvergleich erheblich zurück. So entfallen insbesondere die Zahlungen von 11 Mrd €, die sie im letzten Quartal 2020 für die erwarteten Gewerbesteuer ausfälle leisteten. Darüber hinaus zahlte der Bund die höhere Beteiligung an den Unterkunftskosten erst im Schlussquartal 2020 für das Gesamtjahr. Zudem dürften die Ausgaben insgesamt weiter solide wachsen. Alles in allem ist für das Gesamtjahr mit einem

Finanzierungssalden der Gemeindehaushalte



Quelle: Statistisches Bundesamt.
 Deutsche Bundesbank

deutlichen Defizit zu rechnen (2020: Überschuss von 2 Mrd €).

Im kommenden Jahr dürfte das Defizit der Gemeinden wieder zurückgehen. So sollten sich die Steuereinnahmen weiter erholen. Zudem dürfte die Ausgabendynamik begrenzt bleiben. Aus heutiger Sicht lässt sich noch nicht verlässlich abschätzen, inwieweit die Coronakrise die Steuereinnahmen der Gemeinden auch mittelfristig belastet. Allerdings haben sich diese zumindest in den letzten Monaten unerwartet kräftig erholt. Auch die steuerlichen Einnahmen der Länder spielen eine Rolle, weil sich diese im Regelfall in die Finanzausgleichsmasse für die Kommunen umsetzen und temporäre Corona-Stabilisierungen auslaufen. Letztlich sind die Länder verantwortlich, ihre Gemeinden finanziell angemessen auszustatten – etwa damit diese in wichtige Infrastruktur investieren können.

2022 weitere Erholung der Steuereinnahmen angelegt

Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Mrd €

Position	2020	2021	
	August	Juli	August
Absatz			
Inländische Schuldverschreibungen ¹⁾	71,4	6,1	33,6
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	1,7	- 9,2	6,9
Anleihen der öffentlichen Hand	49,9	11,6	25,4
Ausländische Schuldverschreibungen ²⁾	- 4,4	7,3	- 4,9
Erwerb			
Inländer	11,5	31,1	13,4
Kreditinstitute ³⁾	- 7,6	- 5,5	- 5,3
Deutsche Bundesbank	18,0	25,1	17,3
Übrige Sektoren ⁴⁾	1,1	11,5	1,4
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	- 2,3	3,5	0,9
Ausländer ²⁾	55,4	- 17,6	15,3
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	67,0	13,4	28,7

1 Nettoabsatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Transaktionswerte. 3 Buchwerte, statistisch bereinigt. 4 Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

papiere (25,9 Mrd €), und zwar in erster Linie zehnjährige Anleihen (6,3 Mrd €), zweijährige Schatzanweisungen (4,8 Mrd €) sowie fünfjährige Obligationen (4,4 Mrd €). Daneben wurden auch die anderen Laufzeitsegmente der Bundesanleihen weiter bedient. Die Länder und Gemeinden tilgten im Ergebnis eigene Anleihen für 0,5 Mrd €.

Heimische Kreditinstitute erhöhten im August ihre Kapitalmarktverschuldung um netto 6,9 Mrd €, nach Nettotilgungen in Höhe von 9,2 Mrd € im Juli. Dabei stieg im Ergebnis vor allem der Umlauf von Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute (7,4 Mrd €), zu denen beispielsweise öffentliche Förderbanken zählen. Hypothekendarlehen wurden hingegen netto getilgt (1,1 Mrd €).

Anstieg der Kapitalmarktverschuldung von Kreditinstituten

Inländische Unternehmen begaben im August Anleihen für per saldo 1,2 Mrd €, nach 3,7 Mrd € im Vormonat. Die Emissionen gingen im Ergebnis hauptsächlich auf Sonstige Finanzinstitute zurück.

Geringe Nettoemissionen der Unternehmen

Auf der Erwerberseite trat im August besonders die Bundesbank als Käufer auf. Sie erwarb – vor allem im Rahmen der Ankaufprogramme des Eurosystems – Schuldverschreibungen für per saldo 17,3 Mrd €. Ausländische Investoren erweiterten ihr hiesiges Rentenportfolio um 15,3 Mrd €. Inländische Nichtbanken erwarben Schuldverschreibungen für netto 1,4 Mrd €, während sich heimische Kreditinstitute von Rentenwerten für per saldo 5,3 Mrd € trennten.

Erwerb von Schuldverschreibungen

Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

Hoher Nettoabsatz am deutschen Rentenmarkt im August 2021

Im August 2021 fiel das Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt mit einem Bruttoabsatz von 138,8 Mrd € geringer aus als im Juli (146,8 Mrd €). Nach Abzug der deutlich gesunkenen Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten wurden inländische Schuldverschreibungen für netto 33,6 Mrd € begeben. Der Umlauf ausländischer Schuldverschreibungen in Deutschland sank im Berichtsmonat um 4,9 Mrd €, sodass das ausstehende Volumen von Schuldtiteln am deutschen Markt insgesamt um 28,7 Mrd € zunahm.

Gestiegene Kapitalmarktverschuldung der öffentlichen Hand

Die öffentliche Hand begab im Berichtsmonat Schuldverschreibungen in Höhe von netto 25,4 Mrd € (nach 11,6 Mrd € im Juli). Dabei emittierte im Ergebnis allein der Bund neue Wert-

Aktienmarkt

Am deutschen Aktienmarkt begaben inländische Gesellschaften im Berichtsmonat neue Aktien für 4,7 Mrd €. Der Bestand an ausländischen Dividentiteln am deutschen Markt stieg im gleichen Zeitraum um 7,5 Mrd €. Erworben wurden Aktien per saldo weit überwiegend von inländischen Nichtbanken (12,2 Mrd €). Heimische Kreditinstitute erhöhten ihre Bestände um 0,2 Mrd €, während ausländische

Nettoemissionen deutscher Aktien

Investoren ihr Aktienengagement in Deutschland im Ergebnis um 0,3 Mrd € verringerten.

Investmentfonds

Mittelzuflüsse bei Investmentfonds

Inländische Investmentfonds verzeichneten im August per saldo Mittelzuflüsse in Höhe von 8,1 Mrd € (Juli: 11,8 Mrd €). Hiervon profitierten im Ergebnis überwiegend Spezialfonds (4,4 Mrd €), welche institutionellen Anlegern vorbehalten sind. Unter den Anlageklassen verkauften vor allem Gemischte Wertpapierfonds sowie Offene Immobilienfonds neue Anteilscheine (2,3 Mrd € bzw. 2,1 Mrd €). Der Umlauf der in Deutschland vertriebenen ausländischen Fondsanteile stieg im Berichtsmonat um 8,6 Mrd €. Im August erwarben im Ergebnis nahezu ausschließlich inländische Nichtbanken Investmentanteile (16,2 Mrd €), und zwar mehr ausländische als inländische Papiere. Heimische Kreditinstitute vergrößerten ihr Fondsportfolio um 1,0 Mrd €, während ausländische Investoren deutsche Anteilscheine für netto 0,5 Mrd € veräußerten.

Zahlungsbilanz

Leistungsbilanzüberschuss zurückgegangen

Die deutsche Leistungsbilanz verzeichnete im August 2021 einen Überschuss von 11,8 Mrd €. Das Ergebnis lag um 6,1 Mrd € unter dem Niveau des Vormonats. Der Aktivsaldo im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, die neben Dienstleistungen auch Primär- und Sekundäreinkommen umfassen, erhöhte sich zwar leicht. Deutlich stärker sank jedoch der Überschuss im Warenhandel.

Aktivsaldo im Warenhandel deutlich gesunken

Im Warenhandel verminderte sich der positive Saldo im Berichtsmonat gegenüber Juli um 6,5 Mrd € auf 11,0 Mrd €. Dabei gaben die Warenexporten stärker nach als die Wareneinfuhren.

Bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen nahm der Überschuss im August um 0,4 Mrd € auf 0,7 Mrd € zu. Ausschlaggebend dafür waren Saldenanstiege bei den Primär- und Sekundäreinkommen. Die Nettoeinkünfte bei

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2020		2021	
	Aug.	Juli	Aug. p)	
I. Leistungsbilanz	+ 16,7	+ 17,9	+ 11,8	
1. Warenhandel	+ 13,9	+ 17,5	+ 11,0	
Einnahmen	91,3	113,7	103,9	
Ausgaben	77,4	96,2	92,8	
nachrichtlich:				
Außenhandel ¹⁾	+ 11,9	+ 17,9	+ 10,7	
Ausfuhr	91,3	115,1	104,4	
Einfuhr	79,4	97,2	93,8	
2. Dienstleistungen	- 2,3	- 2,2	- 4,8	
Einnahmen	20,5	26,8	24,3	
Ausgaben	22,8	29,0	29,1	
3. Primäreinkommen	+ 8,4	+ 8,3	+ 10,3	
Einnahmen	15,4	16,9	17,3	
Ausgaben	7,0	8,6	7,0	
4. Sekundäreinkommen	- 3,4	- 5,8	- 4,8	
II. Vermögensänderungsbilanz	+ 0,5	- 0,6	+ 0,6	
III. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 33,0	- 2,7	+ 10,9	
1. Direktinvestition	+ 0,7	+ 9,7	+ 3,5	
Inländische Anlagen im Ausland	+ 12,3	+ 5,8	+ 6,1	
Ausländische Anlagen im Inland	+ 11,5	- 3,9	+ 2,6	
2. Wertpapieranlagen	- 46,0	+ 33,0	- 3,6	
Inländische Anlagen in Wertpapieren ausländischer Emittenten	+ 10,1	+ 16,8	+ 10,9	
Aktien ²⁾	+ 4,9	+ 4,4	+ 7,1	
Investmentfondsanteile ³⁾	+ 9,6	+ 5,1	+ 8,6	
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁴⁾	- 1,8	+ 2,6	+ 0,6	
Langfristige Schuldverschreibungen ⁵⁾	- 2,6	+ 4,7	- 5,5	
Ausländische Anlagen in Wertpapieren inländischer Emittenten	+ 56,1	- 16,1	+ 14,5	
Aktien ²⁾	+ 0,6	+ 2,3	- 0,3	
Investmentfondsanteile	+ 0,0	- 0,8	- 0,5	
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁴⁾	+ 18,6	- 3,5	+ 10,7	
Langfristige Schuldverschreibungen ⁵⁾	+ 36,8	- 14,1	+ 4,5	
3. Finanzderivate ⁶⁾	+ 8,8	+ 2,1	- 5,7	
4. Übriger Kapitalverkehr ⁷⁾	+ 70,1	- 47,5	- 14,5	
Monetäre Finanzinstitute ⁸⁾	+ 6,5	+ 26,7	- 3,3	
darunter: kurzfristig	+ 6,3	+ 39,2	+ 14,5	
Unternehmen und Privatpersonen ⁹⁾	+ 23,3	- 13,2	+ 15,7	
Staat	+ 4,5	- 0,3	+ 3,5	
Bundesbank	+ 35,7	- 60,7	- 30,4	
5. Währungsreserven	- 0,6	+ 0,1	+ 31,3	
IV. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen¹⁰⁾	+ 15,8	- 20,0	- 1,4	

¹ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). ² Einschl. Genussscheine. ³ Einschl. reinvestierter Erträge. ⁴ Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. ⁵ Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. ⁶ Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktienoptionen. ⁷ Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. ⁸ Ohne Bundesbank. ⁹ Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbzweck. ¹⁰ Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

Deutsche Bundesbank

Überschuss der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen durch Saldenanstiege bei Primär- und Sekundäreinkommen leicht ausgeweitet

den Primäreinkommen erhöhten sich um 2,0 Mrd € auf 10,3 Mrd €, vor allem wegen geringerer Dividendenzahlungen an Gebietsfremde für Wertpapieranlagen. Zudem verminderte sich das Defizit bei den Sekundäreinkommen um 1,0 Mrd € auf 4,8 Mrd €, wobei insbesondere gesunkene staatliche Ausgaben von Bedeutung waren. Zwar stiegen die Zahlungen an den EU-Haushalt, die in Verbindung mit auf das Bruttonationaleinkommen bezogenen Finanzierungsleistungen stehen. Stärker war jedoch die Gegenbewegung bei den Ausgaben für laufende Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit, die im Vormonat deutlich zugenommen hatten. Dagegen weitete sich das Defizit in der Dienstleistungsbilanz um 2,6 Mrd € auf 4,8 Mrd € aus. Hier gaben die Einnahmen nach, was insbesondere auf den Bereich der sonstigen unternehmensbezogenen Dienste und der Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum zurückzuführen war. Außerdem glichen sich bei den Aufwendungen die Rückgänge und Zunahmen in den Unterpositionen praktisch aus. Wie zu dieser Jahreszeit üblich stiegen die Reiseverkehrausgaben deutlich, da die bessere Pandemielage wieder mehr Auslandsreisen ermöglichte.

Mittelzuflüsse im Wertpapierverkehr

Im August 2021 zeigten sich die internationalen Finanzmärkte trotz unerwartet hoher Inflationsraten überwiegend robust, mit tendenziell steigenden Aktienkursen und wenig Veränderungen bei den Wechselkursen. Vor diesem Hintergrund ergaben sich im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr Deutschlands Netto-Kapitalimporte von 3,6 Mrd € (nach Netto-Kapitalexporten von 33,0 Mrd € im Juli). Ausländische Anleger erwarben deutsche Wertpapiere für 14,5 Mrd €. Dabei fragten sie Geldmarktpapiere (10,7 Mrd €) und Anleihen (4,5 Mrd €) nach. Ihre Bestände an Investmentzertifikaten und Aktien beließen sie im Ergebnis nahezu unverändert. Inländische Anleger nahmen per saldo für 10,9 Mrd € ausländische Wertpapiere in ihre Portfolios auf. Sie kauften Investmentzertifikate (8,6 Mrd €), Aktien (7,1 Mrd €) und Geldmarktpapiere (0,6 Mrd €). Dagegen trennten sie sich von ausländischen Anleihen (5,5 Mrd €).

Der Saldo der Finanzderivate schloss im August mit Mittelzuflüssen (5,7 Mrd €).

Im Bereich der Direktinvestitionen ergaben sich im August Netto-Kapitalexporte von 3,5 Mrd € (Juli: 9,7 Mrd €). Inländische Unternehmen erhöhten ihre Direktinvestitionen im Ausland um 6,1 Mrd €. Sie stockten ihr Beteiligungskapital an ausländischen Unternehmen um 9,1 Mrd € auf – knapp zwei Drittel davon entfielen auf reinvestierte Gewinne. Hingegen überwogen im konzerninternen Kreditverkehr die Tilgungen (3,0 Mrd €). Ausländische Firmen führten verbundenen Unternehmen hierzulande 2,6 Mrd € an Direktinvestitionsmitteln zu. Das Beteiligungskapital erhöhten sie um 1,6 Mrd €, weitere 1,0 Mrd € kamen durch zusätzliche konzerninterne Kredite hinzu.

Netto-Kapitalexporte bei den Direktinvestitionen

Im übrigen statistisch erfassten Kapitalverkehr, der Finanz- und Handelskredite (soweit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen), Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, ergaben sich im August per saldo Mittelzuflüsse von 14,5 Mrd € (nach 47,5 Mrd € im Juli). Dabei verzeichnete die Bundesbank Netto-Kapitalimporte von 30,4 Mrd €. Zwar stiegen die TARGET2-Forderungen gegenüber der Europäischen Zentralbank um 12,3 Mrd €. Gleichzeitig erhöhten sich aber auch die Verbindlichkeiten der Bundesbank deutlich. Das lag daran, dass der Internationale Währungsfonds im August der Bundesbank neue Sonderziehungsrechte zuteilte, die sich in einem höheren Ausgleichsposten auf der Passivseite der Bundesbankbilanz niederschlugen. Hinzu kamen gestiegene Einlagen von Ansässigen außerhalb des Euroraums. Die Monetären Finanzinstitute (ohne Bundesbank) verzeichneten ebenfalls Netto-Kapitalimporte (3,3 Mrd €). Die Transaktionen der Unternehmen und Privatpersonen (15,7 Mrd €) sowie des Staates (3,5 Mrd €) führten hingegen per saldo jeweils zu Mittelabflüssen.

Mittelzuflüsse im übrigen Kapitalverkehr

Die Währungsreserven der Bundesbank stiegen im August aufgrund der oben erwähnten Zuteilung neuer Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds – zu Transaktionswerten gerechnet – um 31,3 Mrd €.

Währungsreserven

■ Literaturverzeichnis

Deutsche Bundesbank (2021), Coronabedingte Sondereffekte beim HVPI im Jahr 2021, Monatsbericht, Februar 2021, S. 64–67.

Deutsche Bundesbank (2020), Wirkung der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung auf die Verbraucherpreise, Monatsbericht, November 2020, S. 57–59.

Ifo Institut (2021), Materialmangel der Industrie verschärft sich erneut, Pressemitteilung vom 29. September 2021, <https://www.ifo.de/node/65373>.

Länderfinanzen 2020: Defizit aufgrund temporärer Pandemieeinflüsse, Ausnahmeklauseln auch für Reservebildung genutzt

Im vergangenen Jahr hinterließ die Coronakrise tiefe Spuren in den Staatsfinanzen. Dies betraf bei den Gebietskörperschaften vor allem den Bund. Aber auch bei Ländern und Gemeinden schlug ein Überschuss (zusammen 22 Mrd €) in ein hohes Defizit (32 Mrd €) um. Das Defizit lässt sich mit dem negativen Konjunktуреinfluss, temporären Corona-Maßnahmen sowie finanziellen Transaktionen erklären: Darum bereinigt erzielten Länder und Gemeinden noch einen leichten Überschuss.

Alle Länder aktivierten 2020 die Ausnahmeklauseln ihrer Schuldenbremsen. Sie nutzten ihre Klauseln allerdings sehr unterschiedlich. So nahmen Bremen und das Saarland, die umfangreiche Sanierungshilfen erhielten, sie im Haushaltsvollzug nicht in Anspruch. Andere Länder finanzierten darüber nicht nur aktuelle Defizite, sondern bildeten auch teils sehr umfangreiche Reserven (insbesondere Schleswig-Holstein, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern). Zudem stehen nicht ausgeschöpfte Verschuldungsmöglichkeiten teils weiter zur Verfügung.

Seit dem Frühjahr 2021 verliert die Coronakrise durch die Impfungen an Gewicht. Im nächsten Jahr dürften krisenbedingte Haushaltslasten zum weit überwiegenden Teil entfallen. Für 2022 erscheint es daher nicht mehr überzeugend, auf die Ausnahmeklauseln zurückzugreifen.

Wenn die Ausnahmeklauseln nicht mehr greifen, müssen die Länder die Schuldenbremse wieder regulär einhalten. Der damit jeweils verbundene Handlungsbedarf unterscheidet sich. In einigen Ländern dürfte es reichen, wenn die temporären Belastungen aus der Coronakrise entfallen. Andere Länder dürften Anpassungen vornehmen müssen. Die Anforderungen hängen dabei nicht zuletzt von den länderspezifischen Schuldenbremsen-Regelungen ab – etwa zu Konjunkturreffekten oder zu Tilgungszeiträumen. Zudem unterscheiden sich die vorhandenen Reserven, die die Rückkehr zum Haushaltsausgleich ohne Nettokreditaufnahme erleichtern. Es widerspräche allerdings der Zielsetzung der Schuldenbremse, wenn Reserven über die Ausnahmeklauseln gebildet und damit krisenunabhängige Finanzspielräume geschaffen würden. Dies gilt auf der Länderebene, aber auch beim Bund.

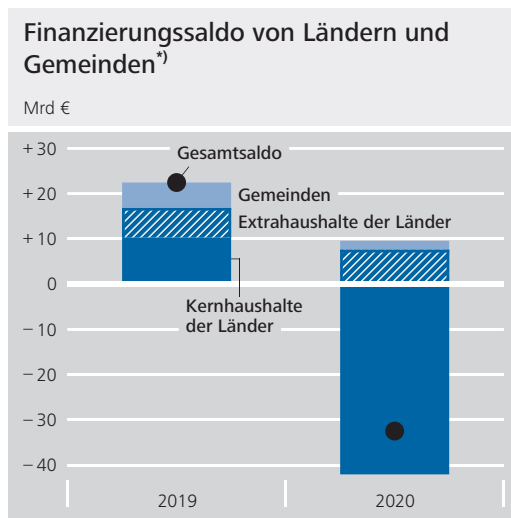
Die Analyse der Länderfinanzen steht weiterhin vor einem Transparenzproblem. Das betrifft unter anderem Informationen zu den länderspezifischen Schuldenbremsen. So ist teils schwer erkennbar, wie hoch der Handlungsbedarf nach der Notlage ausfällt. Ebenfalls unklar ist, inwieweit – gegebenenfalls auch auf Basis der Ausnahmeklausel – Vorsorge getroffen wurde. Für eine effektive Haushaltsüberwachung sollten zumindest Haushaltsabschlüsse in Abgrenzung der jeweiligen Schuldenbremse zeitnah vorliegen. Zudem sind Ländervergleiche weiterhin nur sehr eingeschränkt möglich. Die dafür vorliegenden finanzstatistischen Daten sind nur begrenzt aussagekräftig. Es wäre eine wichtige Aufgabe für den Stabilitätsrat, geeignete Datengrundlagen abzusichern. Ohne vergleichbare Daten sind aussagekräftige Vergleiche unter den Ländern nicht möglich. Vorteile der föderalen Ordnung können so nicht vollständig genutzt werden.

*Coronakrise
 brachte 2020
 hohes Defizit
 nach hohem
 Überschuss 2019*

■ Überblick

Die Haushalte von Ländern und Gemeinden waren im vergangenen Jahr von der Coronakrise geprägt. Hohe Haushaltsüberschüsse schlugen in hohe Defizite um. Ausschlaggebend waren vor allem konjunkturbedingte Ausfälle

bei den Steuereinnahmen und in geringerem Umfang temporäre Krisenhilfen. Zahlungen des Bundes entlasteten dagegen die Haushalte von Ländern und Gemeinden. Erfolge bei der Pandemiebekämpfung lassen eine durchgreifende gesamtwirtschaftliche Erholung erwarten. Damit sollten sich die hohen Haushaltsdefizite im weiteren Verlauf relativ zügig wieder abbauen lassen.



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen.
 * Angaben der Finanzstatistik.
 Deutsche Bundesbank

Haushaltskennzahlen der Länder (einschl. Gemeinden) insgesamt

in Mrd €

Position	Ziffer	2019	2020
Finanzierungssaldo	1	22,3	-32,2
Saldo finanzieller Transaktionen	2	-6,5	-7,7
Abrechnung Länderfinanzausgleich	3	-0,4	0,7
Korrigierter Saldo	4=1-2+3	28,4	-23,9
Konjunkturkomponente	5	5,7	-20,2
Sondereffekte	6=6a+6b	0,0	-4,4
Entlastungen durch Bundesmittel ¹⁾	6a	.	6,4
Temporäre Corona-Maßnahmen ²⁾	6b	.	-10,8
Teilbereinigter struktureller Saldo	7=4-5-6a	.	-10,1
Korrigierter struktureller Saldo bereinigt um temporäre Corona-Maßnahmen	8=4-5-6	22,7	0,7
Nettozinslast	9	10,6	10,1
Korrigierter struktureller Primärsaldo	10=8+9	33,3	10,8
Nachrichtlich: geschätzte weitere temporäre Corona-Effekte ³⁾	11	.	-15

1 Bundesmittel zur Kompensation von Gewerbesteuerminder-einnahmen der Gemeinden und aus 2019 nachlaufende Kon-solidierungshilfen. 2 Ohne finanzielle Transaktionen. 3 Über-schlägige Schätzung für coronabedingte Budgetlasten vor allem durch Mindereinnahmen aus Gebühren und wirtschaftlicher Tätigkeit. Zugrunde liegt ein einfacher Vergleich der Ergebnisse für 2020 mit dem fortgeschriebenen Trend früherer Ergebnisse.

Deutsche Bundesbank

Im Folgenden werden die Finanzergebnisse 2020 dargestellt – die Übersicht auf S. 17 ff. er-läutert die Datenaufbereitung und deren Gren-zen. Zunächst wird ein Überblick zum Länder-aggregat gegeben. Danach werden ausge-wählte Aspekte zu einzelnen Ländern beschrie-ben. Zudem werden die unterschiedlichen Aus-gestaltungen der Schuldenbremse und die Um-setzung im Jahr 2020 analysiert. Die Schluss-betrachtungen ordnen Entwicklungen und Da-tenlage weitergehend ein.

*Struktur des
 Berichts*

■ Ergebnisse der Länderhaushalte 2020

Ländergesamtheit: temporäre Krisenlasten und Kurslockerung

Die Länderhaushalte einschließlich ihrer Extra-haushalte und Gemeinden verzeichneten 2020 ein hohes Defizit von 32 Mrd € (1% des Brutto-inlandsprodukts (BIP)). 2019 fiel dagegen noch ein Überschuss von 22 Mrd € an (siehe neben-stehende Tabelle, Ziffer 1, und das Schaubild da-rüber). Das Defizit der Länder-Kernhaushalte be-trug 42 Mrd € (2019: Überschuss von 10 Mrd €). Sowohl im Berichtsjahr als auch im Jahr 2019 wurden aus den Kernhaushalten Sonderver-mögen umfangreich befüllt. Dort überstiegen deshalb die Einnahmen die Abflüsse. Entspre-chend erzielten die Extrahaushalte per saldo einen Überschuss von 7½ Mrd € (nach 7 Mrd €

*Länder und
 Gemeinden
 2020 in ihren
 Kern- und Extra-
 haushalten
 mit hohem
 Defizit von
 32 Mrd €, ...*

Aufbereitung der Länderdaten und Datenlücken

Die Bundesbank legt regelmäßig im Herbst einen ausführlicheren Länderbericht vor. Dieser beschreibt die Haushaltsergebnisse der Länder einschließlich ihrer Extrahaushalte und Gemeinden für das Vorjahr. Die Ergebnisse werden im Aggregat und länderweise dargestellt. Datengrundlage sind die finanzstatistischen Vierteljahresergebnisse. Sie liegen in diesem Detailgrad und mit den Abschlussbuchungen erst im Sommer für das jeweilige Vorjahr vor.

Für die europäische Haushaltsüberwachung sind die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) maßgeblich. Jedoch weisen die VGR nur Daten für die Ländergesamtheit aus, nicht für einzelne Länder. In diesen Ausführungen wird erläutert, wie die finanzstatistischen Daten für die Auswertung aufbereitet werden. Das Ziel ist dabei, die Daten den VGR anzunähern und den Vergleich unter den Ländern aussagekräftiger zu machen. Dennoch bleibt das Datenmaterial teils schwer zu interpretieren.

Extrahaushalte und Gemeinden werden einbezogen

- Die Extrahaushalte zählen in den VGR zum Staatssektor und werden für ein vollständiges Bild der Fiskallage der Länder einbezogen. Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie entstanden zahlreiche neue Extrahaushalte. Der Blick allein auf die Kernhaushalte kann einerseits die Belastungen der Länderfinanzen unterzeichnen, weil diese Extrahaushalte teilweise eigene Kredite aufnehmen. Andererseits wird die Belastung vorübergehend überzeichnet, soweit im Kernhaushalt Kredite aufgenommen werden, um die Corona-Extrahaushalte vorzufinanzieren. Letzteres war im Jahr 2020 gewichtiger.
- Die Gemeinden sind staatsrechtlich Teil der Länder, und diese tragen eine Mitverantwortung für die Finanzen ihrer Gemeinden. Zudem unterscheidet sich die Aufgabenverteilung zwischen den einzelnen Ländern und ihren Kommunen. Die Haushaltsergebnisse sind aussagekräftiger und besser vergleichbar, wenn die Gemeinden einbezogen werden. Auch können die Flächenländer so besser mit den Stadtstaaten verglichen werden, da letztere die kommunale Ebene stets einrechnen. Da den Stadtstaaten auch im neuen Finanzausgleich ein deutlich höherer Finanzbedarf zugestanden wird, sind diese gleichwohl weiterhin nur eingeschränkt mit den Flächenländern vergleichbar.

Strukturelles Finanzergebnis wird ermittelt

Es wird ein strukturelles Finanzergebnis ermittelt, um die grundlegende Haushaltslage besser anzuzeigen: Vom Finanzierungssaldo werden finanzielle Transaktionen, Konjunktoreinflüsse und Einmaleffekte abgezogen. Zusätzlich wird der bundesstaatliche Finanzausgleich periodengerecht erfasst.

- Finanzielle Transaktionen schichten Finanzvermögen um. Dabei verändern sie den finanzstatistischen Saldo (Defizit oder Überschuss). Wird etwa ein Darlehen vergeben, erhöhen sich die finanzstatistischen Ausgaben (und der Saldo verschlechtert sich). Allerdings steigen die Forderungen des Landes gegenüber Dritten in gleicher Höhe (was im finanzstatistischen Saldo unberücksichtigt bleibt). Insgesamt gesehen bleibt damit das Finanzvermögen netto unverändert. In den VGR verändern finanzielle Transaktionen den Saldo deshalb nicht. Die meisten Länder

klammern sie wie der Bund aus der Begrenzung durch ihre Schuldenbremsen aus.

- Der bundesstaatliche Finanzausgleich wird periodengerecht abgebildet.¹⁾ Die Umsatzsteuerverteilung unter den Ländern sowie Bundesergänzungszuweisungen werden dazu um verzögerte Abrechnungen korrigiert.
- In einem weiteren Schritt werden die Daten um Konjunkteinflüsse bereinigt. Die meisten Schuldenbremsen sehen dies grundsätzlich vor. Die konjunkturellen Einflüsse werden in diesem Bericht nicht gemäß den landesspezifischen Regeln ermittelt. Stattdessen werden sie (außer bei den einzelnen Jahresergebnissen zur Annäherung an die Vorgaben der Schuldenbremsen) einheitlich mit dem Verfahren der Bundesbank ermittelt. Dies erfolgt auf Basis der Frühjahrsprojektion 2021.²⁾ Der bundesweit errechnete Konjunkteinfluss wurde anhand des jeweiligen Steueranteils auf die einzelnen Länder verteilt. Die so konjunkturbereinigten Daten sind dann besser länderweise und mit den Vorjahresangaben vergleichbar.
- Größere und gut zu identifizierende Einmaleffekte werden aus den Daten herausgerechnet. Entsprechend wurde das strukturelle Ergebnis darum bereinigt, dass sich der Bund einmalig an der Kompensation der kommunalen Gewerbesteuerminder-einnahmen beteiligt hat. Hierdurch wurden die Länder und ihre Gemeinden per saldo temporär entlastet. Die Steuerausfälle der Gemeinden sind im strukturellen Saldo bereits über die Konjunkturkomponente großteils neutralisiert. Für die Ländergesamtheit wurden im vorliegenden Bericht darüber hinaus vorübergehende maßnahmenbedingte Corona-Lasten herausgerechnet.

- Diese belastenden Einmaleffekte konnten aber nicht sachgerecht auf die einzelnen Länder verteilt werden. Sie sind daher bei deren Ergebnissen nicht berücksichtigt. Dies wird durch die Klassifizierung „teilbereinigt“ angezeigt.

Es verbleiben Schwächen in der Datenbasis und Verbesserungsmöglichkeiten

- Die Ergebnisse sind teils schwer zu interpretieren, weil Länder identische Sachverhalte unterschiedlich verbuchen. Ein gewichtiges Beispiel sind die bundesfinanzierten Corona-Unternehmenshilfen: Die meisten Länder klassifizierten sie als Transfers an Unternehmen – im Sinne des bundesweiten Gruppierungsplanes. Nordrhein-Westfalen erfasste sie hingegen als laufenden Sachaufwand. Hier wie in anderen Fällen wären verbindlich wirkende Vorgaben für die Verbuchung in bestimmten Einnahmen- und Ausgabenkategorien hilfreich. Damit ließe sich auch den europäischen Verpflichtungen für die Datenlieferungen leichter gerecht werden.
- Es finden umfangreiche Zahlungen zwischen einzelnen staatlichen Einheiten statt (u. a. zwischen Ländern und ihren Extrahaushalten). Diese werden aber in der Finanzstatistik teils nur zusammenfassend bereinigt – etwa bezogen auf die gesamten laufenden Einnahmen und Ausgaben. Es wäre für die Analyse wichtig, diese innerstaatlichen Zahlungen auch disaggregiert zu neutralisieren, also nach den einzelnen Arten der Einnahmen und Ausgaben.³⁾ Neben innerstaatlichen Transfers verzerren auch innerstaatliche Gebührenzahlungen die Haushaltsdaten. Die empfangende Stelle differenziert im Regelfall nicht, ob ein solches Entgelt von einer

¹ Für das Berichtsjahr 2020 wurden die Kassenzahlen um die vorläufigen Abrechnungen der Jahre 2019 und 2020 korrigiert.

² Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021a).

³ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2019a).

staatlichen Einheit oder von Dritten stammt. Entsprechend fallen die konsolidierten Gebühreneinnahmen insgesamt zu hoch aus und im Gegenzug auf der anderen Seite auch die Ausgaben für Leistungseinkäufe. Diese Verzerrung nimmt zu, wenn Dienstleistungen, die vom Kernhaushalt in Anspruch genommen werden, in Extrahaushalte ausgelagert werden.

- Teils werden staatliche Aufgaben von Einrichtungen außerhalb des Staatssektors wahrgenommen. Diese haben häufig eigene Einnahmequellen. In diesem Fall unterzeichnen die finanzstatistisch nachgewiesenen Einnahmen und Ausgaben die vom Staat beauftragten Tätigkeiten. Reichen die eigenen Einnahmen solcher Einrichtungen nicht aus, werden im Regelfall ergänzende staatliche Zuschüsse gezahlt. Diese erhöhen dann zwar die staatlichen Ausgaben, die Struktur dieser Ausgaben fällt aber anders als bei direkter

Leistungserstellung aus: Statt eigener Personal- und Sachausgaben weist die Finanzstatistik Transferzahlungen aus. Zeitnah verfügbare Angaben von Kern- und Extrahaushalten zu den Einnahmen- und Ausgabenkategorien nach Aufgabebereichen könnten hier einen wichtigen Informationsbedarf decken. Dies gilt insbesondere für den Vergleich unter den Ländern, da die Länder unterschiedlich von solchen Auslagerungen Gebrauch machen.⁴⁾

⁴ Solche Angaben werden zwar in den Rechnungsergebnissen des öffentlichen Gesamthaushalts vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht. Allerdings mit erheblicher Verzögerung: Sie reichen derzeit nicht über das Jahr 2013 hinaus.

im Vorjahr).¹⁾ 2020 handelte es sich dabei vor allem um Überschüsse bei coronabezogenen Extrahaushalten, 2019 stand unter anderem Vorsorge für Investitionen im Vordergrund. Auch die Gemeinden meldeten nochmals einen Überschuss. Dieser fiel mit 2 Mrd € um 4 Mrd € niedriger aus als 2019. Umfangreiche Hilfen von Bund und Ländern stützten die Gemeindefinanzen.

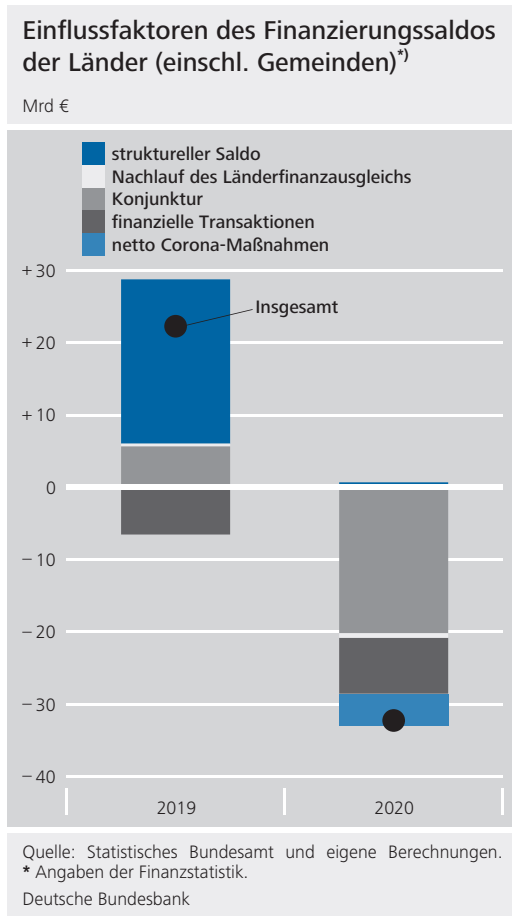
Die unbereinigten Salden sind allerdings gerade in der Situation des Jahres 2020 wenig aussagekräftig. In ihnen spiegeln sich auch große konjunkturelle Effekte und temporäre Maßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie wider. Um die strukturelle Lage besser abzugreifen, werden vom Saldo finanzielle Transaktionen sowie vorübergehende Konjunktur- und Einmaleffekte herabgerechnet:

- Aufgrund des Wirtschaftseinbruchs lässt sich 2020 ein Defizit von 20 Mrd € auf den Konjunktуреinfluss zurückführen (siehe Tabellen auf S. 16 und S. 23, jeweils Ziffer 5).

- Finanzielle Transaktionen (siehe Tabellen auf S. 16 und S. 23, jeweils Ziffer 2) belasteten den Saldo mit 8 Mrd €. Dabei handelte es sich überwiegend um Darlehen, die von Ländern und Gemeinden vergeben wurden.
- Temporäre Maßnahmen infolge der Corona-Krise, die sich recht gut abgrenzen und beziffern lassen, verschlechterten das Ergebnis per saldo um 5 Mrd €. Belastend wurden Stützungen von Unternehmen und privaten Haushalten eingerechnet. Entlastend gegen gerechnet wurde, dass sich der Bund an erwarteten Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer in Höhe von 6 Mrd € beteiligte.

¹ Es wurden hier Zusetzungen gegenüber den Angaben der Finanzstatistik bei den Extrahaushalten vorgenommen. So wurde für 2020 die Zuweisung des Sondervermögens IMPULS über ½ Mrd € an den Kernhaushalt in Schleswig-Holstein als Ausgabe zugesetzt. 2019 wurden je ein Extrahaushalt in Brandenburg und Niedersachsen zusätzlich einbezogen (diese sind in der Finanzstatistik erst ab 2020 erfasst). In beiden Jahren fällt der hier ausgewiesene Überschuss der Extrahaushalte damit um ½ Mrd € niedriger aus als in der Finanzstatistik ausgewiesen.

... aber gewichtige Einflüsse von Konjunktur, Erwerb von Finanzvermögen und temporären Maßnahmen



Als temporäre Entlastung wurden zudem die nachlaufenden Restzahlungen der Konsolidierungshilfen für das Jahr 2019 abgezogen (kumuliert fast ½ Mrd €).

In struktureller Betrachtung leichter Überschuss

In dieser strukturellen Betrachtung zeigt sich, dass die Haushaltslage im vergangenen Jahr entscheidend von vorübergehenden Faktoren beeinflusst wurde. Die Länder und Gemeinden profitierten von ihrer insgesamt guten fiskalischen Ausgangssituation mit einem hohen strukturellen Überschuss im Jahr 2019. Gegenüber dem Vorjahr ging dieser zwar deutlich zurück (um 22 Mrd €).²⁾ Es wurde aber immer noch ein kleiner struktureller Überschuss erzielt (½ Mrd €).

Strukturelle Lage dürfte noch besser sein als hier ausgewiesen

Dabei dürfte die ausgewiesene strukturelle Verschlechterung sogar noch überzeichnet sein. So schlagen sich im Saldo weitere coronabedingte vorübergehende Einflüsse nieder, die aber nur vereinfacht geschätzt werden konnten. Sie wurden daher oben auch nicht abgezogen. Dabei

blieben insbesondere die Gebühreneinnahmen und die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit deutlich hinter ihrem geschätzten Trend zurück. Zudem zeigte sich auf der Ausgabenseite der laufende Sachaufwand deutlich erhöht, selbst wenn man hier verbuchte Corona-Maßnahmen gegenrechnet. Auch hier dürften sich weitere Corona-Effekte (wie Beschaffungen von Schutzausrüstung) deutlich niedergeschlagen haben. Insgesamt könnten sich diese weiteren coronabedingten vorübergehenden Einflüsse auf 15 Mrd € belaufen (siehe Tabelle auf S. 16, nachrichtliche Position, Ziffer 11). Daher könnte sich ein guter Teil der hier ausgewiesenen strukturellen Verschlechterung mit ausklingender Coronakrise wieder zurückbilden. Bei den Steuereinnahmen wird dagegen bislang ein mittelfristig etwas niedrigerer Pfad erwartet – aber nicht zuletzt auch wegen zwischenzeitlicher Rechtsänderungen.

Alles in allem stellt sich die Haushaltslage der Länder und ihrer Gemeinden im vergangenen Jahr daher keinesfalls ungünstig dar, wenn durch die vorübergehenden Einflüsse der Coronakrise hindurchgeschaut wird. Ein struktureller Konsolidierungsbedarf war insoweit im Haushaltsergebnis für 2020 im Länderaggregat noch nicht zu erkennen. Bei den einzelnen Ländern mit unterschiedlichen Finanzlagen und Ausgestaltungen der Schuldenbremse unterscheidet sich die Lage aber.³⁾

Struktureller Konsolidierungsbedarf im 2020er Ergebnis insgesamt nicht zu erkennen

Die einzelnen Länder im Vergleich

Zu den Salden⁴⁾

Die teilbereinigten strukturellen Salden der einzelnen Länder unterschieden sich im vergange-

² Im Vergleich zum letztjährigen Bericht über die Länderfinanzen wird der positive Konjunktreinfluss des Jahres 2019 nun um 6 Mrd € weniger günstig eingeschätzt. Dadurch wird ein größerer Anteil des Überschusses 2019 als strukturell eingestuft.

³ Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank (2020a).

⁴ Um die Werte besser vergleichbar zu machen, werden sie relativ zur jeweiligen Bevölkerungszahl dargestellt.

Relativ große Spannbreite in den teilbereinigten strukturellen Salden der einzelnen Länder

nen Jahr erheblich. Wie erläutert (siehe Übersicht auf S. 18) können die vorübergehenden Corona-Lasten bei den einzelnen Ländern in der strukturellen Betrachtung nicht zugeordnet werden. Die für die einzelnen Länder ausgewiesenen strukturellen Salden werden deshalb als „teilbereinigt“ bezeichnet. Die strukturelle Lage ist daher günstiger. Im Länderaggregat lag das teilbereinigte strukturelle Defizit bei 120 € pro Kopf. In Bremen überstieg dieser Wert 430 €, obwohl das Land – wie auch das Saarland – hohe bundesstaatliche Sanierungshilfen erhielt (590 € pro Kopf in Bremen). Mit deutlich über 100 € pro Kopf erzielten am anderen Ende der Skala Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz sogar recht hohe teilbereinigte strukturelle Überschüsse (siehe zu den Länderwerten die Tabelle auf S. 22 f., Ziffer 7).

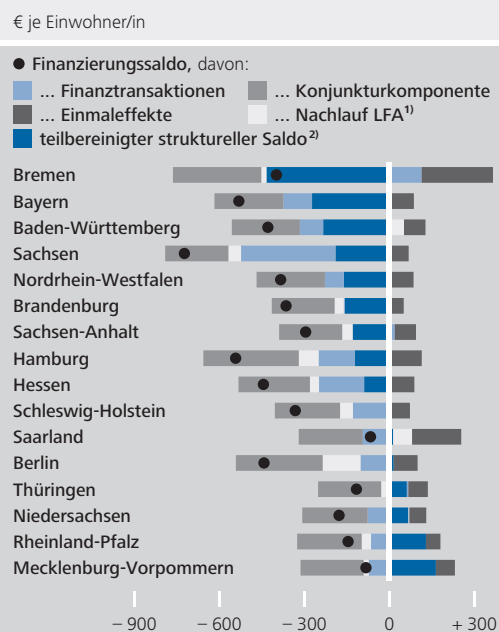
Geringere Zinslasten mit weniger ambitionierten teilbereinigten strukturellen Primärsalden verbunden

Die Kennzahl teilbereinigter struktureller Primärsaldo korrigiert den Saldo zusätzlich um die Netto-Zinsbelastung – also die Vorbelastung durch (Netto-)Schulden (siehe Tabelle auf S. 22 f., Ziffer 9). In der Ländergesamtheit war dieser Primärsaldo ausgeglichen. Die höchsten so berechneten Primärdefizite verzeichneten Bayern und Sachsen. Sie sind weniger durch Schulden belastet und haben ihre Haushalte im Übrigen weiterhin lockerer aufgestellt als die anderen Länder. Den Gegenpol bildete Bremen mit dem höchsten Überschusswert, gefolgt vom Saarland. Ohne die umfangreichen Sanierungshilfen hätten diese Länder allerdings etwas unter dem entsprechend bereinigten Länderaggregat gelegen. Insoweit war nicht zu erkennen, dass die beiden Länder an anderer Stelle sparsamer gewirtschaftet hätten, um einen Ausgleich für die höhere Vorbelastung zu schaffen.

Auch Entwicklungen im Vorjahresvergleich unterschiedlich

In allen Ländern verschlechterte sich die teilbereinigte strukturelle Haushaltsposition pro Kopf gegenüber dem Vorjahr (im Länderaggregat um fast 400 €; siehe zur Veränderung der Länderwerte die Tabelle auf S. 26 f., Ziffer 7). In Hamburg verschlechterte sie sich mit 970 € am stärksten. Dort war 2019 der strukturelle Überschuss aber auch noch am höchsten. Am ande-

Finanzierungssalden der einzelnen Länder (einschl. Gemeinden) 2020^{*)}



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. * Angaben der Finanzstatistik. 1 Länderfinanzausgleich. 2 Finanzierungssaldo korrigiert um finanzielle Transaktionen, Abrechnung Länderfinanzausgleich, Konjunkturkomponente und Einmaleffekte (hier nur temporäre Entlastung durch Bund, Belastungen durch Corona-Maßnahmen konnten nicht länderweise zugeordnet werden).

Deutsche Bundesbank

ren Ende lagen das Saarland und Mecklenburg-Vorpommern, wo die Salden nur um weniger als 100 € pro Kopf sanken. Beim Saarland schlugen dabei nicht zuletzt die höheren Sanierungshilfen entlastend zu Buche. Es hatte 2019 auch noch den ungünstigsten strukturellen Saldo ausgewiesen.

Die unbereinigten Salden verschlechterten sich vor allem aufgrund der rückläufigen steuerlichen Einnahmen. Deren Veränderung divergierte stark zwischen den Ländern (siehe Tabelle auf S. 26 f., Ziffer 19). Die Steuern gingen insbesondere in den finanzstarken Ländern deutlich zurück. So fielen sie in Hamburg am stärksten um 660 € pro Kopf. Auch in Hessen und Baden-Württemberg sanken sie besonders kräftig. Finanzschwächere Länder verzeichneten hingegen zumeist deutlich geringere Rückgänge. Mecklenburg-Vorpommern profitierte wie die anderen ostdeutschen Länder vom neuen bundesstaatlichen Finanzausgleich, und hier stand sogar ein leichter Zuwachs der steuerlichen Ein-

Finanzierungssalden insbesondere durch rückläufige steuerliche Einnahmen belastet

Haushaltskennzahlen der Länder (einschl. Gemeinden) 2020 ^{*)}

Position	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL
Ableitung teilbereinigter struktureller Salden									
	in € je Einwohner/in								
Finanzierungssaldo (1)	- 429	- 531	- 365	- 445	- 83	- 178	- 384	- 146	- 67
nachrichtlich: in Mio €	- 4 762	- 6 971	- 921	- 2 796	- 133	- 1 422	- 6 883	- 597	- 66
Saldo finanzielle Transaktionen (2)	- 82	- 101	- 4	- 159	- 73	- 77	- 67	- 65	- 94
Abrechnung Länderfinanzausgleich (3)	- 51	- 6	32	32	18	- 3	- 8	33	- 67
Korrigierter Saldo (4)=(1)-(2)+(3)	- 398	- 436	- 328	- 253	8	- 104	- 325	- 48	- 39
Konjunkturkomponente ¹⁾ (5)	- 240	- 243	- 222	- 252	- 223	- 230	- 241	- 228	- 226
Sondereffekte (6)	76	80	50	88	67	60	77	51	173
Teilbereinigter struktureller Saldo (7)=(4)-(5)-(6)	- 234	- 273	- 157	- 89	164	67	- 161	129	13
nachrichtlich: Corona-Maßnahmen									
Korrigierter struktureller Saldo bereinigt um temporäre Corona-Maßnahmen									
Netto-Zinslast ²⁾ (8)	115	35	81	189	113	104	110	144	345
Teilbereinigter struktureller Primärsaldo (9)=(7)+(8)	- 119	- 238	- 77	100	276	171	- 51	272	358
nachrichtlich: Korrigierter struktureller Primärsaldo bereinigt um temporäre Corona-Maßnahmen									
Ausgaben, Einnahmen und Schulden									
	in € je Einwohner/in								
Gesamtausgaben (10)	7 309	7 602	7 537	8 042	7 599	7 088	8 013	6 773	7 684
darunter:									
Personalausgaben ³⁾ (11)	2 983	2 859	2 899	3 071	2 703	2 864	2 913	2 909	3 083
davon: Ausgaben für aktives Personal (11a)	2 245	2 152	2 462	2 383	2 262	2 172	2 173	2 175	2 272
Versorgung ⁴⁾ (11b)	739	707	436	688	441	692	740	733	811
Laufender Sachaufwand (12)	1 187	1 238	1 340	1 599	1 303	1 176	2 054	1 378	1 582
Zinsausgaben (13)	132	56	97	211	152	120	153	169	353
Transfers an private Haushalte (14)	692	833	872	1 011	865	1 062	1 108	854	742
Laufende Transfers an Unternehmen (15)	615	349	694	533	394	322	176	128	544
Sachinvestitionen (16)	839	982	509	583	840	529	495	503	395
Korrigierte Gesamtausgaben ⁵⁾ (17)	7 118	7 427	7 354	7 792	7 470	6 964	7 814	6 646	7 553
abzgl. Zinsausgaben (17a)	6 985	7 371	7 257	7 581	7 318	6 844	7 661	6 477	7 200
abzgl. Zinsausgaben und Gebühren (17b)	6 567	6 925	6 644	6 878	6 840	6 399	6 723	5 986	6 804
Gesamteinnahmen (18)	6 880	7 070	7 178	7 597	7 516	6 910	7 629	6 627	7 625
darunter:									
Steuerliche Einnahmen ⁶⁾ (19)	4 896	4 981	4 560	5 116	4 761	4 684	4 879	4 688	4 747
Gebühren (20)	419	447	613	703	478	445	938	491	396
Zuweisungen vom Bund ⁷⁾ (21)	674	706	1 023	832	1 130	717	875	656	1 520
Korrigierte Gesamteinnahmen ⁵⁾ (22)	6 883	7 154	7 203	7 703	7 633	7 032	7 653	6 775	7 573
abzgl. Gebühren (22a)	6 464	6 708	6 589	6 999	7 156	6 586	6 715	6 284	7 177
Schulden am Jahresende (23)	5 519	2 578	8 525	9 784	9 540	10 208	14 026	12 234	18 149
Rechnerische Durchschnittsverzinsung (in %) ⁸⁾ (24)	2,59	2,57	1,26	2,34	2,04	1,28	1,19	1,42	1,95
Steuer- beziehungsweise Hebesätze									
Grundwerbsteuer (in %) (25)	5,0	3,5	6,5	6,0	6,0	5,0	6,5	5,0	6,5
Grundsteuer B (in %) ⁹⁾ (26)	400	394	410	500	432	439	577	407	456
Gewerbesteuer (in %) ⁹⁾ (27)	368	367	324	411	384	405	450	382	449
Sonstige Kennzahlen									
Personal (VZÄ je 1 000 Einw.) ¹⁰⁾ (28)	35,3	32,2	36,5	35,8	31,9	33,7	33,9	34,1	33,3
Versorgungsempfangende (je 1 000 Einw.) ¹¹⁾ (29)	14,2	13,2	5,4	14,5	5,0	14,5	14,3	14,1	17,4
A 13 – Jahresbruttobesoldung (in 1 000 €) ¹²⁾ (30)	66,6	69,8	66,2	64,6	65,9	65,9	64,6	66,4	63,8

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen. * Kern- und Extrahaushalte. Abkürzungen: BW – Baden-Württemberg, BY – Bayern, BB – Brandenburg, HE – Hessen, MV – Mecklenburg-Vorpommern, NI – Niedersachsen, NW – Nordrhein-Westfalen, RP – Rheinland-Pfalz, SL – Saarland, SN – Sachsen, ST – Sachsen-Anhalt, SH – Schleswig-Holstein, TH – Thüringen, BE – Berlin, HB – Bremen, HH – Hamburg. **1** Angaben gemäß dem Konjunkturbereinigungsverfahren der Bundesbank, Datenstand der Früh-

jahrsprojektion 2021. **2** Zinsausgaben abzgl. Zinseinnahmen. **3** Einschl. Erstattungen an den Bund für Altansprüche auf Versorgungsleistungen im Beitrittsgebiet (AAÜG). **4** Einschl. Beihilfen und AAÜG-Zahlungen. **5** Ohne finanzielle Transaktionen. Die Abrechnung des Länderfinanzausgleichs ist auf der Einnahmenseite umgesetzt. **6** Steuern und Kompensation für die Kraftfahrzeugsteuer; Länderfinanzausgleich und finanzkraftabhängige Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) gemäß vorläufiger Abrechnung. **7** Ohne finanzkraftabhängige BEZ und Kompen-

SN	ST	SH	TH	BE	HB	HH	Ins- gesamt	Ins- gesamt	Position	
in € je Einwohner/in										
- 723	- 296	- 332	- 116	- 442	- 399	- 543	- 388		Ableitung teilbereinigter struktureller Salden	
- 2 939	- 646	- 965	- 247	- 1 621	- 271	- 1 001		- 32 242		Finanzierungssaldo (1) nachrichtlich: in Mio €
- 333	19	- 118	5	- 102	113	- 128	- 93	- 7 725		Saldo finanzielle Transaktionen (2)
45	37	45	29	133	18	70	8	656		Abrechnung Länderfinanzausgleich (3)
- 346	- 277	- 169	- 92	- 207	- 494	- 345	- 287	- 23 862		Korrigierter Saldo (4)=(1)-(2)+(3)
- 223	- 222	- 230	- 222	- 306	- 312	- 336	- 242	- 20 152		Konjunkturkomponente 1) (5)
68	75	72	69	84	252	114	77	6 401		Sondereffekte (6)
- 190	- 130	- 11	61	15	- 434	- 122	- 122	- 10 110		Teilbereinigter struktureller Saldo (7)=(4)-(5)-(6) nachrichtlich: Corona-Maßnahmen
								- 130		Korrigierter struktureller Saldo bereinigt um temporäre Corona-Maßnahmen
							8	694		Netto-Zinslast 2) (8)
- 10	145	127	138	260	928	309	122	10 124	Teilbereinigter struktureller Primärsaldo (9)=(7)+(8) nachrichtlich: Korrigierter struktureller Primärsaldo bereinigt um temporäre Corona-Maßnahmen	
- 201	15	116	199	275	494	186	0	14		
							130	10 818		
in € je Einwohner/in										
7 593	7 504	7 793	6 891	9 683	10 816	11 611	7 767		Ausgaben, Einnahmen und Schulden	
									Gesamtausgaben (10)	
									darunter:	
2 835	2 845	2 698	2 767	3 388	3 738	3 843	2 950		Personalausgaben 3) (11)	
2 447	2 393	2 028	2 330	2 613	2 767	2 773	2 263		davon: Ausgaben für aktives Personal (11a)	
388	452	670	437	775	971	1 070	687		Versorgung 4) (11b)	
1 237	1 623	1 176	1 227	3 090	2 518	3 653	1 597		Laufender Sachaufwand (12)	
18	161	149	163	269	1 019	414	149		Zinsausgaben (13)	
781	769	999	752	858	1 143	976	917		Transfers an private Haushalte (14)	
628	618	643	377	906	545	1 581	446		Laufende Transfers an Unternehmen (15)	
709	627	723	684	406	522	633	660		Sachinvestitionen (16)	
7 152	7 495	7 621	6 833	9 512	10 756	11 299	7 583		Korrigierte Gesamtausgaben 5) (17)	
7 135	7 334	7 472	6 670	9 244	9 737	10 885	7 434		abzgl. Zinsausgaben (17a)	
6 747	6 881	6 942	6 302	8 602	8 879	8 734	6 811		abzgl. Zinsausgaben und Gebühren (17b)	
6 870	7 209	7 458	6 774	9 240	10 416	11 068	7 379		Gesamteinnahmen (18)	
									darunter:	
4 579	4 625	4 817	4 657	6 273	6 252	6 462	4 952		Steuerliche Einnahmen 6) (19)	
388	452	530	368	641	858	2 152	623		Gebühren (20)	
900	988	929	838	1 420	1 894	1 268	856		Zuweisungen vom Bund 7) (21)	
6 962	7 365	7 608	6 894	9 527	10 321	11 177	7 462		Korrigierte Gesamteinnahmen 5) (22)	
6 574	6 913	7 077	6 526	8 885	9 463	9 025	6 838		abzgl. Gebühren (22a)	
2 776	11 145	13 474	9 045	17 141	61 588	21 045	10 010		Schulden am Jahresende (23)	
0,76	1,45	1,16	1,88	1,71	2,09	2,01	1,63		Rechnerische Durchschnittsverzinsung (in %) 8) (24)	
									Steuer- beziehungsweise Hebesätze	
3,5	5,0	6,5	6,5	6,0	5,0	4,5	5,4		Grundsteuer (in %) (25)	
499	423	404	437	810	687	540	478		Grundsteuer B (in %) 9) (26)	
421	382	380	409	410	460	470	400		Gewerbesteuer (in %) 9) (27)	
									Sonstige Kennzahlen	
36,4	36,7	32,0	35,7	41,9	44,5	39,2	34,7		Personal (VZÄ je 1 000 Einw.) 10) (28)	
3,4	5,7	14,0	6,2	17,5	22,8	20,0	13,1		Versorgungsempfangende (je 1 000 Einw.) 11) (29)	
68,2	66,5	63,6	66,4	65,7	65,1	65,6	65,9		A 13 – Jahresbruttobesoldung (in 1 000 €) 12) (30)	

sation für die Kraftfahrzeugsteuer. **8** Zinsausgaben in % des Schuldenstands zum Ende des Vorjahres. **9** Aufkommengewichtete kommunale Durchschnittshebesätze des Jahres 2020. **10** Personal im öffentlichen Dienst im Landes- und Kommunalbereich in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) am 30. Juni 2020. Herausgerechnet sind die Einsatzbereiche, in denen im Regelfall nicht zum Staatssektor zählende Unternehmen tätig sind (Hochschulkliniken, Krankenhäuser, Ernährung usw.,

Energie- und Wasserwirtschaft, Verkehr, Finanzwirtschaft). **11** Versorgungsempfangende im Landes- und Kommunalbereich am 1. Januar 2020. **12** Summe aus jährl. Grundgehalt in der Endstufe, allg. Stellen-/Strukturzulage, Sonderzahlungen, bei Annahme einer 40-Stunden-Woche. Spalte insgesamt stellt hier den ungewichteten Mittelwert dar. Die Besoldungsstufe A 13 betrifft insbesondere zahlreiche Lehrkräfte an Schulen. Quelle: DGB Besoldungsreport, Oktober 2020.

nahmen zu Buche.⁵⁾ Insgesamt ist die Streuung der Steuerentwicklung aber dadurch deutlich überzeichnet, dass die volatilen Gewerbesteuererinnahmen im Länderfinanzausgleich erst mit Schätzwerten berücksichtigt sind.⁶⁾

Neuer Finanzausgleich: mehr steuerliche Einnahmen, aber ausgelaufene sonstige Transfers des Bundes

In konjunkturbereinigter Betrachtung kam es aufgrund der Reform des Finanzausgleichs in allen Ländern bis auf Hamburg zu einem Anstieg der strukturellen steuerlichen Einnahmen. Dem stand allerdings gegenüber, dass einige zuvor geleistete Zahlungen des Bundes ausliefen, die nicht zu den steuerlichen Einnahmen zählten.⁷⁾

Insgesamt höhere Bundeszuweisungen, aber unterschiedlich auf Länder verteilt

Trotzdem verzeichneten nahezu alle Länder bei den Bundeszuweisungen Zuwächse – teils deutliche (siehe Tabelle auf S. 26 f., Ziffer 21). Ausschlaggebend waren die Bundesmittel für Corona-Maßnahmen, die durch die Länderhaushalte geleitet wurden. Unabhängig von der Pandemie profitierten besonders das Saarland und Bremen: Die neuen Sanierungshilfen (von jährlich jeweils 400 Mio €) übertreffen deutlich die auslaufenden Konsolidierungshilfen. Von den auslaufenden Hilfen wurde 2020 zudem noch letztmals ein Drittel des Jahreswertes ausgezahlt.

Zu den Schulden und Zinslasten

Schuldenanstieg in allen Ländern, insbesondere in Bremen

Die Schulden stiegen in allen Ländern, zumeist deutlich (siehe Tabelle auf S. 26 f., Ziffer 23 und Schaubild auf S. 25). Bremen nahm zwar keine Kredite auf Basis der Ausnahmeklausel auf. Dennoch wuchsen die Schulden mit Abstand am stärksten um deutlich mehr als 10 000 € pro Kopf. Dabei hatte Bremen bereits 2019 die höchsten einwohnerbezogenen Schulden. Wie im Vorjahr nahmen hier die Kassenkredite stark zu. Damit wurden zusätzliche Sicherheiten finanziert, die Bremen im Zusammenhang mit umfangreichen Termingeschäften im vergangenen Jahr zu stellen hatte.⁸⁾ Diese zusätzlichen Sicherheiten erhöhten zwar auch das Finanzvermögen Bremens (Forderungen aus gestellten Sicherheiten). Bei gesunkenen Zinsen stand dem aber der verschlechterte Barwert des Derivateportfolios gegenüber. Die genauen Ein-

flüsse der Derivategeschäfte auch auf die Zinszahlungen sind schwer abzuschätzen. Dies erschwert es, die Schuldenstruktur sowie Zinslasten zu bewerten. Mehr Transparenz wäre hier sehr wünschenswert. Dies betrifft Bremen, aber auch andere Länder.

Ebenfalls stark gestiegen sind die Schuldenstände in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Den geringsten Schuldenzuwachs verbuchten Sachsen-Anhalt und das Saarland. Der Schuldenstand wird zum 31. Dezember ermittelt, und der Schuldenzuwachs bezieht sich auf das Kalenderjahr. Dabei können beispielsweise nach dem Jahresende noch Kredite für den Haushaltsabschluss aufgenommen werden. Der

Abschlussbuchungen nach Jahresende erst später in der Schuldenstatistik

⁵ So profitierte Mecklenburg-Vorpommern wie die anderen neuen Länder besonders von den neuen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) bei geringer Gemeindefinanzkraft. Die ausgelaufenen Sonderbedarfs-BEZ für den Aufbau Ost wurden hier zuvor nicht als steuerliche Einnahmen gezählt.

⁶ So ging die Gewerbesteuerkraft Hamburgs annähernd doppelt so stark zurück wie die der Länder insgesamt. Im Finanzausgleich ist bislang eine bundesweit gleichmäßige Entwicklung abgerechnet.

⁷ Neben den Sonderbedarfs-BEZ für den Aufbau Ost endeten Kompensationsmittel von jährlich rund 2 ½ Mrd €.

⁸ Vgl.: Statistisches Bundesamt (2021). Durch Sicherheiten im Zusammenhang mit Termingeschäften kann sich die Schuldenentwicklung vom Haushaltsdefizit abkoppeln. Bei Termingeschäften sind Ansprüche der Gegenpartei im Regelfall abzusichern, indem Sicherheiten gestellt werden. Wenn ein Land dazu Sicherheiten stellt oder entgegennimmt, wird dies im Haushalt in der Regel nicht als haushaltswirksame Ausgabe bzw. Einnahme erfasst (der Saldo ändert sich nicht). Der Schuldenstand des Landes verändert sich dadurch aber in aller Regel. (1. So erhöhen empfangene Sicherheiten das Kassenguthaben des Landes. Die Gegenpartei hat aber in der Regel eine Forderung auf Rückzahlung in Höhe der von ihr gestellten Sicherheiten – wie bei einem Kredit. Diese Forderung der Gegenseite wird daher in entsprechender Höhe als Kassenkreditverbindlichkeit erfasst. 2. Zu stellende Sicherheiten werden oftmals über Kassenkredite finanziert. Die Kassenkredite erhöhen die Schulden. Dem steht eine Forderung gegenüber der sichernehmenden Partei in Höhe der gestellten Sicherheit gegenüber.) Das Volumen der Sicherheiten beschreibt in der Regel in etwa den Betrag, den die Sicherheiten stellende Partei zu leisten hätte, wenn das Derivat zum Stichtag abgelöst würde. Das Volumen von Sicherheiten ändert sich, wenn z. B. aktuelle Zinsänderungen den Marktwert des Derivats verändern. Sichert bspw. ein Derivat eine langfristige Zinsbindung eines Schuldners, muss dieser höhere Sicherheiten stellen, wenn der Zinssatz sinkt (das Derivat wird für ihn unvorteilhafter). Der statistisch ausgewiesene Schuldenstand wird insofern stärker vom Marktwert des Schuldenportfolios beeinflusst als im Fall ohne Derivatennutzung. Kredite und Anleihen für sich genommen werden mit den Nennwerten in der Statistik erfasst.

Schuldenstand erhöht sich dann aber nicht rückwirkend, sondern diese Kreditaufnahme wird erst in den Zahlen für das nächste Jahr sichtbar. Dies betraf zuletzt einen guten Teil der hohen Kreditaufnahmen Schleswig-Holsteins, mit denen Rücklagen gefüllt wurden.

Sehr hohe Spanne bei den Schuldenständen

Die Spannweite der Verschuldung pro Kopf blieb – bereinigt um Bremen – unverändert bei 18 500 €. Der Wert Bremens zum Jahresende 2020 überstieg den der Ländergesamtheit um das Fünffache (siehe Tabelle auf S. 22 f., Ziffer 23).⁹⁾ Weit überdurchschnittlich lagen auch Hamburg, das Saarland und Berlin. Am unteren Rand stand die Pro-Kopf-Verschuldung Bayerns und Sachsens. Sie betrug jeweils nur rund ein Viertel des Wertes der Ländergesamtheit.

Durchschnittsverzinsung in allen Ländern gesunken

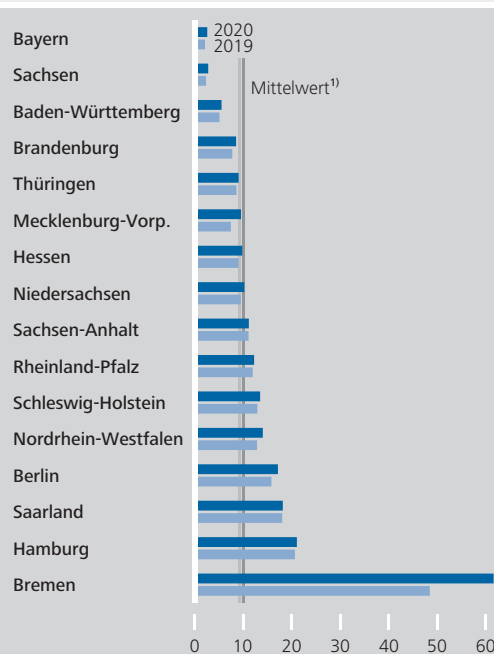
Die rechnerische Durchschnittsverzinsung der Schulden sank bundesweit gegenüber dem Vorjahr weiter deutlich um 0,3 Prozentpunkte auf 1,6 % (siehe Tabellen auf S. 22 f. und S. 26 f., jeweils Ziffer 24). Grundsätzlich unterstellen die Kapitalmärkte eine hohe Bonität der Länder und im Extremfall wohl Hilfen der bundesstaatlichen Gemeinschaft. Gleichwohl unterscheiden sich die rechnerischen Durchschnittszinsen, die die Länder für ihre Schulden zahlen. Ursächlich hierfür ist insbesondere die Schuldenstruktur. So divergieren die Zinsbindungen und die Anteile der Schulden, die noch in Jahren mit höheren Zinsen aufgenommen wurden. Auch Derivategeschäfte oder hohe Agien bei Anleiheemissionen dürften zur Varianz beitragen.¹⁰⁾

Zinsausgaben stehen teils Zins-einnahmen gegenüber

Da den Zinsausgaben teilweise Zinseinnahmen (gegebenenfalls bei anderen Einheiten eines Landes) gegenüberstehen, spiegelt die saldierte Größe aus Zinsausgaben und -einnahmen die Zinsbelastung besser wider. Dazu werden die Zinsausgaben für die Schulden mit den Zinserträgen aus Finanzvermögen verrechnet (Nettozinsen). Angesichts der auch im letzten Jahr niedrigen Zinsen sind die Zinslasten trotz steigender Schulden gesunken. Ohne die hohen Zinsbelastungen in den Stadtstaaten und im Saarland blieb die Spannweite unter den Ländern auf 200 € pro Kopf begrenzt (siehe Tabelle

Schulden der einzelnen Länder (einschl. Gemeinden)¹⁾

Tausend € je Einwohner/in



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen.
 * Angaben der Finanzstatistik. Schulden beim nicht öffentlichen sowie öffentlichen Bereich (nicht konsolidiert). 1 Einwohnergewichteter Mittelwert aller Länder und Gemeinden.
 Deutsche Bundesbank

auf S. 22 f., Ziffer 8). Der Anteil der Netto-Zinsausgaben an den Gesamtausgaben reichte in diesen Flächenländern von einer geringfügigen Entlastung in Sachsen bis zu 2 ½ % der Gesamtausgaben in Hessen.

⁹ Blendet man dabei die von den Sicherheiten getriebenen Kassenkredite aus, lag Bremen noch immer fast dreifach über der Ländergesamtheit.

¹⁰ Die Verbuchung von (Dis-)Agien kann bei Jahresvergleichen der rechnerischen Durchschnittszinsen eine erhebliche Rolle spielen. Aufschläge reduzieren hierbei die zugrunde liegenden Zinsausgaben, Abschläge erhöhen sie. Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank (2021b). Der starke Rückgang der Durchschnittsverzinsung in Sachsen spiegelt bspw. insbesondere eine negative Zinsausgabe des Corona-Bewältigungsfonds aus Agien wider (Soll 2020: – 34 Mio €). Daraus resultiert ein wenig aussagekräftiger Durchschnittszins von 0,8 %. Die Zinsausgaben flossen zudem größtenteils an zwei Pensionsvorsorgefonds des Landes. In Bremen sank die rechnerische Durchschnittsverzinsung besonders stark, weil hohe Sicherheiten über zusätzliche Kassenkredite finanziert wurden. Kassenkredite und gestellte Sicherheiten dürften ähnlich und sehr niedrig verzinst sein.

Haushaltskennzahlen der Länder (einschl. Gemeinden): Veränderung 2020 gegenüber 2019 ^{*)}

Position	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL
Ableitung teilbereinigter struktureller Salden	in € je Einwohner/in								
Finanzierungssaldo (1)	- 782	- 616	- 469	- 746	- 251	- 414	- 767	- 527	- 157
nachrichtlich: in Mio €	- 8 678	- 8 081	- 1 183	- 4 685	- 403	- 3 311	- 13 761	- 2 155	- 155
Saldo finanzielle Transaktionen (2)	- 31	58	60	- 35	89	12	- 78	- 75	- 44
Abrechnung Länderfinanzausgleich (3)	- 62	- 17	- 18	42	34	33	8	83	- 83
Korrigierter Saldo (4)=(1)-(2)+(3)	- 813	- 691	- 547	- 669	- 305	- 393	- 682	- 369	- 196
Konjunkturkomponente ¹⁾ (5)	- 308	- 312	- 284	- 322	- 285	- 294	- 308	- 290	- 290
Sondereffekte (6)	- 59	80	50	88	67	241	77	51	173
Teilbereinigter struktureller Saldo (7)=(4)-(5)-(6)	- 446	- 460	- 313	- 435	- 88	- 340	- 451	- 130	- 79
Netto-Zinslast ²⁾ (8)	- 5	51	- 33	- 6	3	- 16	- 32	- 38	- 36
Teilbereinigter struktureller Primärsaldo (9)=(7)+(8)	- 451	- 409	- 346	- 440	- 84	- 355	- 483	- 168	- 115
Ausgaben, Einnahmen und Schulden	in € je Einwohner/in								
Gesamtausgaben (10)	581	- 20	572	499	856	654	976	665	984
darunter:									
Personalausgaben ³⁾ (11)	99	133	127	134	63	114	139	135	134
davon: Ausgaben für aktives Personal (11a)	66	102	94	109	74	91	107	92	96
Versorgung ⁴⁾ (11b)	33	31	32	25	- 10	23	32	43	38
Laufender Sachaufwand (12)	51	- 3	45	61	- 24	76	493	133	96
Zinsausgaben (13)	- 7	- 6	- 33	- 11	- 4	- 54	- 50	- 33	- 39
Transfers an private Haushalte (14)	29	49	55	16	- 22	99	37	52	138
Laufende Transfers an Unternehmen (15)	344	141	333	314	57	142	20	0	128
Sachinvestitionen (16)	115	58	4	62	152	67	94	52	7
Korrigierte Gesamtausgaben ⁵⁾ (17)	709	691	624	775	1 340	655	951	580	950
abzgl. Zinsausgaben (17a)	715	697	656	786	1 343	709	1 001	613	989
abzgl. Zinsausgaben und Gebühren (17b)	879	725	680	865	1 415	702	1 035	631	1 044
Gesamteinnahmen (18)	- 198	- 636	111	- 249	605	242	208	138	835
darunter:									
Steuerliche Einnahmen ⁶⁾ (19)	- 227	- 196	- 215	- 245	33	- 197	- 219	- 135	- 89
Gebühren (20)	- 164	- 28	- 24	- 79	- 72	7	- 34	- 18	- 55
Zuweisungen vom Bund ⁷⁾ (21)	288	300	174	308	194	253	400	212	763
Korrigierte Gesamteinnahmen ⁵⁾ (22)	266	231	318	338	1 252	318	500	450	878
abzgl. Gebühren (22a)	429	259	342	417	1 324	311	534	468	934
Schulden am Jahresende (23)	401	386	782	757	2 094	899	1 187	284	127
Rechnerische Durchschnittsverzinsung (in %) ⁸⁾ (24)	- 0,10	- 0,26	- 0,48	- 0,04	- 0,10	- 0,53	- 0,41	- 0,19	- 0,23
Steuer- beziehungsweise Hebesätze									
Grunderwerbsteuer (in %) (25)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Grundsteuer B (in %) ⁹⁾ (26)	8,7	- 0,8	0,9	9,7	4,5	4,1	0,0	4,1	12,1
Gewerbesteuer (in %) ⁹⁾ (27)	1,8	- 8,7	7,6	- 3,1	2,0	- 3,1	- 2,8	0,3	3,2

Quelle: Statistisches Bundesamt, Vierteljährliche Kassenergebnisse (einschl. Nachbuchungen); eigene Berechnungen. * Kern- und Extrahaushalte. Abkürzungen: BW – Baden-Württemberg, BY – Bayern, BB – Brandenburg, HE – Hessen, MV – Mecklenburg-Vorpommern, NI – Niedersachsen, NW – Nordrhein-Westfalen, RP – Rheinland-Pfalz, SL – Saarland, SN – Sachsen, ST – Sachsen-Anhalt,

SH – Schleswig-Holstein, TH – Thüringen, BE – Berlin, HB – Bremen, HH – Hamburg. ¹⁾ Angaben gemäß dem Konjunkturbereinigungsverfahren der Bundesbank, Datenstand der Frühjahrsprojektion 2021. ²⁾ Zinsausgaben abzgl. Zinseinnahmen. ³⁾ Einschl. Beihilfen und Erstattungen an den Bund für Altansprüche auf Versor-

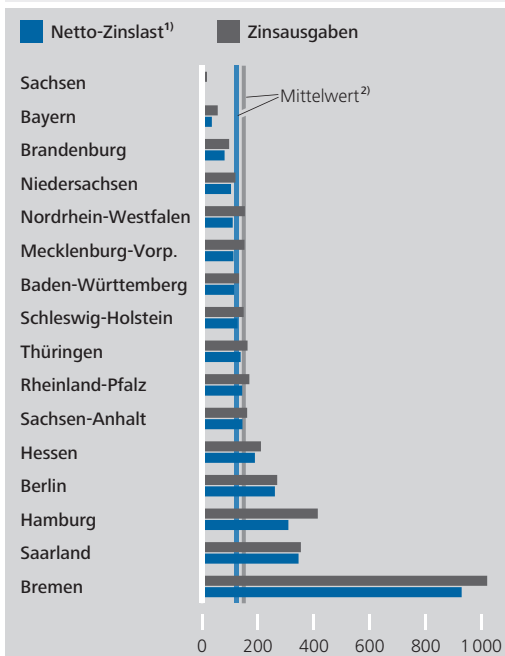
SN	ST	SH	TH	BE	HB	HH	Ins- gesamt	Ins- gesamt	Position
in € je Einwohner/in									
- 928	- 598	- 469	- 507	- 657	- 721	- 908	- 656		Ableitung teilbereinigter struktureller Salden
- 3 774	- 1 313	- 1 363	- 1 082	- 2 406	- 491	- 1 675		- 54 519	Finanzierungssaldo (1) nachrichtlich: in Mio €
- 219	99	- 23	0	- 58	184	429	- 14	- 1 199	Saldo finanzielle Transaktionen (2)
47	55	64	21	111	- 17	47	13	1 045	Abrechnung Länderfinanzausgleich (3)
- 662	- 642	- 382	- 485	- 488	- 922	- 1 290	- 629	- 52 275	Korrigierter Saldo (4)=(1)-(2)+(3)
- 284	- 284	- 294	- 285	- 394	- 400	- 432	- 310	- 25 804	Konjunkturkomponente ¹⁾ (5)
68	75	72	69	84	252	114	76		Sondereffekte (6)
- 445	- 433	- 161	- 269	- 179	- 774	- 972	- 395	- 32 829	Teilbereinigter struktureller Saldo (7)=(4)-(5)-(6)
3	34	- 28	11	- 43	126	- 33	- 6	- 488	Netto-Zinslast ²⁾ (8)
- 442	- 398	- 188	- 258	- 222	- 648	- 1 005	- 401	- 33 317	Teilbereinigter struktureller Primärsaldo (9)=(7)+(8)
in € je Einwohner/in									
967	486	852	567	1 142	1 115	531	769		Ausgaben, Einnahmen und Schulden
									Gesamtausgaben (10)
									darunter:
108	130	110	116	195	202	148	128		Personalausgaben ³⁾ (11)
88	103	88	85	157	165	114	98		davon: Ausgaben für aktives Personal (11a)
20	28	22	31	38	37	34	30		Versorgung ⁴⁾ (11b)
27	- 12	63	125	500	139	118	166		Laufender Sachaufwand (12)
- 26	- 12	- 40	- 10	- 45	- 23	- 33	- 28		Zinsausgaben (13)
37	157	70	25	42	41	130	50		Transfers an private Haushalte (14)
316	80	340	29	553	392	778	198		Laufende Transfers an Unternehmen (15)
12	72	91	70	- 46	152	- 30	68		Sachinvestitionen (16)
736	589	838	544	1 116	1 241	975	789		Korrigierte Gesamtausgaben ⁵⁾ (17)
761	601	878	555	1 161	1 264	1 008	817		abzgl. Zinsausgaben (17a)
846	667	869	630	1 130	1 267	1 100	868		abzgl. Zinsausgaben und Gebühren (17b)
39	- 113	380	60	485	394	- 377	114		Gesamteinnahmen (18)
									darunter:
- 103	- 73	- 86	- 59	- 215	- 309	- 660	- 197		Steuerliche Einnahmen ⁶⁾ (19)
- 84	- 65	9	- 76	31	- 4	- 92	- 51		Gebühren (20)
200	- 164	304	85	537	703	540	308		Zuweisungen vom Bund ⁷⁾ (21)
290	156	675	275	937	467	3	395		Korrigierte Gesamteinnahmen ⁵⁾ (22)
374	222	666	351	906	471	95	445		abzgl. Gebühren (22a)
455	55	571	450	1 346	13 151	403	822		Schulden am Jahresende (23)
- 0,92	- 0,21	- 0,28	- 0,14	- 0,21	- 0,89	- 0,11	- 0,31		Rechnerische Durchschnittsverzinsung (in %) ⁸⁾ (24)
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		Steuer- beziehungsweise Hebesätze
0,5	3,6	4,6	1,4	0,0	0,0	0,0	3,1		Grundwerbsteuer (in %) ²⁵⁾ (25)
- 0,9	6,4	2,3	2,0	0,0	- 9,0	0,0	- 2,8		Grundsteuer B (in %) ⁹⁾ (26)
									Gewerbsteuer (in %) ⁹⁾ (27)

gungsleistungen im Beitrittsgebiet. **4** Einschl. Beihilfen und AAÜG-Zahlungen. **5** Ohne finanzielle Transaktionen und Länderfinanzausgleichszahlungen der Zahlerrländer. Die Abrechnung des Länderfinanzausgleichs ist auf der Einnahmenseite umgesetzt. **6** Steuern und Kompensation für die Kraftfahrzeugsteuer; Länder-

finanzausgleich und allgemeine Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) gemäß vorläufiger Abrechnung. **7** Ohne allgemeine BEZ und Kompensation für die Kraftfahrzeugsteuer. **8** Zinsausgaben in % des Schuldenstandes zum Ende des Vorjahres. **9** Aufkommengewichtete kommunale Durchschnittshebesätze.

Zinsbelastung der einzelnen Länder (einschl. Gemeinden) 2020^{*}

€ je Einwohner/in



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen.
^{*} Angaben der Finanzstatistik. **1** Zinsausgaben abzgl. Zins-einnahmen. **2** Einwohnergewichteter Mittelwert aller Länder und Gemeinden.

Deutsche Bundesbank

Zu ausgewählten Ausgaben- und Einnahmenkategorien

Transfers an Unternehmen aufgrund der Corona-Hilfen stark erhöht, aber uneinheitliche Verbuchung

Die von Ländern und Gemeinden geleisteten laufenden Transfers an Unternehmen stiegen im Länderaggregat um 200 € pro Kopf (siehe Tabelle auf S. 26 f., Ziffer 15). Dies lag vor allem an bundesfinanzierten Corona-Hilfen, die über die Länderhaushalte geleitet wurden. Darunter fallen auch Zahlungen an Krankenhäuser, bei denen Betten pandemiebedingt leer standen. Dabei verzeichneten die meisten Länder einen relativ kräftigen Zuwachs. Die pro Kopf mit Abstand höchsten Transfers an Unternehmen flossen in Hamburg, gefolgt von Berlin und Brandenburg. Die geringsten Werte wiesen Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen aus. Diese und auch sehr niedrige Werte in anderen Ländern gründen allerdings auf abweichenden Verbuchungen durchgeleiteter Corona-Hilfen. So stagnierte in Rheinland-Pfalz diese Kategorie, weil bundesfinanzierte Hilfen von 150 € pro Kopf als Vermögensübertragungen ohne Inves-

titionsbindung und gut 110 € pro Kopf als Transfers an soziale Einrichtungen klassifiziert wurden. Auch in Nordrhein-Westfalen stiegen die Zuschüsse nur relativ schwach. Die bundesfinanzierten Corona-Hilfen von 360 € pro Kopf wurden dort im laufenden Sachaufwand erfasst. Entsprechend wies Nordrhein-Westfalen dann auch den höchsten einwohnerbezogenen Sachaufwand unter den Flächenländern aus. Diese Unterschiede in der Verbuchung der Corona-Hilfen sind angesichts eines bundesweit einheitlichen Gruppierungsplanes fragwürdig und höhlen die Aussagekraft des Datenmaterials aus.

Die Transfers an private Haushalte (siehe Tabelle auf S. 22 f., Ziffer 14) bestehen insbesondere aus Sozialleistungen. Sie nahmen im Länderaggregat deutlich zu, variierten aber ebenfalls stark zwischen den Ländern. Am geringsten waren die Pro-Kopf-Ausgaben in Baden-Württemberg und im Saarland, am höchsten in Bremen und Nordrhein-Westfalen. Die Daten bilden dabei nicht die Nettobelastung der Länder ab. Der Bund kompensiert die Länder und Gemeinden teilweise für verschiedene Sozialleistungen wie etwa die Unterkunftskosten für Arbeitslosengeld II-Beziehende. Im Zuge des Konjunkturpakets vom Sommer 2020 erhöhte der Bund seinen Anteil an den Unterkunftskosten dauerhaft von zuvor insgesamt 49 % auf 74 %. Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erstattet der Bund sogar die gesamten Transferleistungen. Somit hängt die Nettobelastung eines Landes auch davon ab, welches Gewicht diese bezuschussten Sozialleistungen an den gesamten Sozialleistungen haben.

Transfers an private Haushalte mit hoher Spannweite, aber zum Teil vom Bund erstattet

Die Gebühreneinnahmen sanken bundesweit um 50 € pro Kopf (siehe Tabelle auf S. 26 f., Ziffer 19). Eine wichtige Ursache war, dass im Jahresverlauf zahlreiche gebührenpflichtige Einrichtungen geschlossen waren und Monatsbeiträge erlassen wurden.

Rückläufige Gebühreneinnahmen infolge geschlossener Einrichtungen

Zum Länderfinanzausgleich im Jahr 2020

Neuer bundesstaatlicher Finanzausgleich ...

Im vergangenen Jahr ersetzte der neue Finanzausgleich den Länderfinanzausgleich im engeren Sinne.¹¹⁾ Der Bund entlastete die Länder dabei etwas: Einerseits erhöhte er seine Ausgleichszahlungen und trat Umsatzsteuermitel ab. Andererseits liefen Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (So-BEZ) für die neuen Länder und die Ausgleichsmittel für 2006 abgeschaffte Gemeinschaftsaufgaben aus.

... verringert Finanzkraftunterschiede weiterhin erheblich, ...

Die unterschiedliche Finanzkraft der Länder wird im neuen System über Zu- und Abschläge bei der Umsatzsteuerverteilung angeglichen (und nicht mehr über direkte Zahlungen der Länder untereinander).¹²⁾ Dieser horizontale Finanzausgleich hatte 2020 ein Volumen von knapp 15 Mrd €. Die Spannweite der Finanzkraft¹³⁾ reduzierte sich hierdurch um annähernd zwei Drittel von 50 Prozentpunkten auf rund 20 Prozentpunkte. Länder, die nach diesem Ausgleich noch als leistungsschwach gelten, erhalten weitere finanzkraftabhängige BEZ. Im vergangenen Jahr beliefen sich diese zusammen auf 8 Mrd €. Damit nahm die Spannweite der Finanzkraft noch einmal fast um die Hälfte auf 10 Prozentpunkte ab. Teilweise änderte sich auch die Reihenfolge der Finanzkraft unter den Ländern, etwa durch die BEZ bei besonders geringer Gemeindefinanzkraft.

... aber Unterschiede verbleiben

Im Ergebnis unterschieden sich die erzielten steuerlichen Einnahmen im Jahr 2020 aber weiter deutlich (Spannweite von 560 € unter den Flächenländern und 1 900 € einschl. Stadtstaaten, siehe auch Tabelle auf S. 22 f., Ziffer 19). Dies liegt regelbedingt zum Ersten an dem nicht vollständigen Finanzausgleich. Zum Zweiten spielt eine Rolle, dass die Gemeindesteuern nicht vollständig in den Finanzausgleich einbezogen werden. Zum Dritten werden im Finanzausgleich Sonderbedarfe berücksichtigt, insbesondere für die Stadtstaaten. Und zum Vierten unterscheiden sich teils die Sätze bei den Länder- und Gemeindesteuern.

Bei der Finanzkraft übertraf Hessen den Vergleichswert der Flächenländer am deutlichsten um 5½ %. Dies ging aber teilweise auf einen überdurchschnittlichen Grunderwerbsteuersatz und relativ hohe Hebesätze der Gemeindesteuern zurück. Darum bereinigt¹⁴⁾ übertraf Bayerns Finanzkraft den hessischen Wert noch um 2½ Prozentpunkte. In Brandenburg blieben die tatsächlich erzielten steuerlichen Einnahmen 6 % unter dem Vergleichswert der Flächenländer. Dazu trugen nicht zuletzt relativ niedrige Hebesätze der kommunalen Realsteuern bei. Wieder darum bereinigt, betrug der Rückstand dagegen nur 1%. In der diesbezüglichen Abgrenzung belief sich die Spannweite der Länder von 97,7 % in Bremen bis 108 % in Bayern.¹⁵⁾

Spannweite in der Finanzkraft rund 10 Prozent

Zu den Schuldenbremsen der Länder im Jahr 2020

Länder-Schuldenbremsen unterschiedlich ausgestaltet

Seit dem Jahr 2020 müssen die Länder die Vorgaben des Grundgesetzes zur Schuldenbremse vollumfänglich wahren. Zuvor hatten alle 16 Länder die Vorgaben in landesrechtliche Bestimmungen umgesetzt. 12 Länder verankerten die

Umsetzung in Landesrecht in allen Ländern, aber nicht durchgehend in der Landesverfassung

¹¹ Vgl.: Bundesministerium der Finanzen (2021a).

¹² Um die Finanzkraft zu berechnen, werden die Steuereinnahmen der Gemeindeebene zu drei Vierteln einbezogen (zuvor 64 %). Dabei wird um unterschiedliche Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuern bereinigt. Bereinigt wird auch um unterschiedliche Sätze bei der Grunderwerbsteuer der Länder. Die Stadtstaaten sind wie zuvor durch die Einwohnerveredelung begünstigt. Vgl. zu den Angaben für den Länderfinanzausgleich: Bundesministerium der Finanzen (2021b).

¹³ In der Abgrenzung des Finanzausgleichs wird die Finanzkraft gemessen als Finanzkraftmesszahl bezogen auf die jeweilige Ausgleichsmesszahl. Letztere umfasst die bundesdurchschnittliche Steuerkraft pro Einwohner/in, wobei höhere Einwohnergewichtungen vor allem bei der Berechnung der Finanzkraft von Stadtstaaten eingerechnet werden.

¹⁴ Mit den Daten der vorläufigen Abrechnung. Vgl.: Bundesministerium der Finanzen (2021b).

¹⁵ In die steuerlichen Einnahmen sowie die Finanzkraftmesszahl fließen in dieser Abgrenzung alle BEZ mit Ausnahme der So-BEZ für strukturelle Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland und für kleinere Länder ein. Die um abweichende Steuersätze bereinigten Werte sind in Relation zur Ausgleichsmesszahl (Bedarfsgröße) angegeben. Dabei bleiben die BEZ im Nenner ausgeblendet.

Schuldenbremse in ihrer Landesverfassung. Berlin, Nordrhein-Westfalen, das Saarland und Thüringen beschränkten sich auf gesetzliche Regelungen ohne Verfassungsrang. Diese lassen sich leichter anpassen als die Landesverfassung.¹⁶⁾

*Grundgesetz
schränkt Kredit-
finanzierung der
Länder sehr
weitgehend ein*

Die Schuldenbremse des Grundgesetzes untersagt eine Nettokreditaufnahme in den Kern- und Extrahaushalten der Länder (ohne ihre Gemeinden) sehr weitgehend. Kredite können allerdings erlaubt werden, um Finanzvermögen zu erwerben (finanzielle Transaktionen) und um konjunkturelle Haushaltsbelastungen zu überbrücken. Eine Ausnahmeklausel schafft zudem Kreditspielräume für Notlagen. Wird sie genutzt, ist zugleich ein Tilgungsplan für die Notlagenkredite mit angemessenem Zeithorizont zu verabschieden.

*Landes-
spezifische
Regelungen
zur Konjunktur-
bereinigung*

Die Länder gestalteten ihre Schuldenbremsen landesspezifisch aus (siehe Übersicht auf S. 40 ff.). Unterschiede zeigen sich insbesondere bei der Konjunkturbereinigung. Die Länder nutzen dazu verschiedene Ansätze. Teils greifen sie wie der Bund auf ein gesamtwirtschaftliches Potenzialverfahren zurück. Teils knüpfen die Verfahren am Steuertrend oder dem Steuerniveau der letzten Jahre an.¹⁷⁾ Einzig Bayern sieht generell keine Konjunkturbereinigung vor.

*Unterschied-
licher Umgang
mit finanziellen
Transaktionen*

Auch finanzielle Transaktionen werden unterschiedlich behandelt. Die meisten Länder klammern sie aus ihrer Schuldenbremse aus. Das heißt, sie dürfen den Erwerb von Finanzvermögen kreditfinanzieren. Unter Finanzvermögen fallen dabei etwa rentierliche Kapitaleinlagen bei öffentlichen Unternehmen. Mitunter werden jedoch auch Verlustausgleiche etwa für Verkehrsbetriebe als Kapitaleinlagen verbucht. Letzteres entspricht allerdings nicht der Zielsetzung der Schuldenbremse. Wie die meisten ostdeutschen Länder verzichten Bayern und Nordrhein-Westfalen darauf, finanzielle Transaktionen gesondert zu behandeln. Einerseits können sie Finanzvermögen dann nicht über Kredite erwerben. Andererseits können sie Haushaltslücken stopfen, indem sie Finanzvermögen ver-

äußern: Diese Einnahmen werden dann für die Schuldenbremse nicht herausgerechnet.

Bei den Ausnahmen für Notlagen gehen die Länder recht einheitlich vor. Alle haben eine solche Ausnahmeklausel in ihrer Schuldenbremse. Diese Klauseln orientieren sich recht eng an den Maßgaben des Grundgesetzes. Unterschiede bestehen allerdings bei den erforderlichen parlamentarischen Mehrheiten für die Aktivierung und den Tilgungszeiträumen für Notlagenkredite. Die Tilgung muss teilweise in wenigen Jahren erfolgen, teils kann sie sehr lang gestreckt werden.

*Ausnahme-
klauseln ähnlich,
Tilgungszeit-
räume unter-
schiedlich*

Die Schuldenbremsen im Jahr 2020

Im Jahr 2020 aktivierten der Bund und alle Länder die Ausnahmeklauseln ihrer Schuldenbremsen. Die Länder nutzten die Klausel aber sehr unterschiedlich. Gründe waren insbesondere Unterschiede in den Schuldenbremsen, den finanziellen Ausgangslagen, den fiskalischen Reaktionen auf die Pandemie und der Reservebildung für kommende Jahre. Ein umfassender Überblick liegt jedoch bislang nicht vor. Um diese Lücke zumindest teilweise zu schließen, wurden die Länder für diesen Aufsatz nach verschiedenen Haushaltsinformationen gefragt.

*Anfrage an
Länder zu Haus-
haltsergebnissen
und Schulden-
bremsen*

Im Folgenden werden die vorhandenen Informationen weiter eingeordnet. Hierzu wird zunächst eine Art fiktives Referenzszenario für das Länderaggregat vorgestellt. Dieses berücksichtigt noch keine länderspezifischen Ausgestaltungen, sondern basiert auf einer stilisierten, einheitlichen Schuldenbremse für die Ländergesamtheit.

*Fiktives Referenzszenario
einer Schulden-
bremse für die
Ländergesamtheit*

Das Referenzszenario setzt einheitlich am Defizit der Kern- und Extrahaushalte der Ländergesamtheit an (34 Mrd €, darunter ein Über-

¹⁶ Zudem können die Landesverfassungsgerichte so nicht zu der Frage angerufen werden, ob ein Haushaltsgesetz die Landesschuldenbremse wahrt.

¹⁷ Vgl. ausführlich zu den unterschiedlichen Konjunkturbereinigungsverfahren der Länder: Deutsche Bundesbank (2017).

Länderhaushalte 2020 im Lichte der Schuldenbremsen: Vom Finanzierungssaldo zu den Notlagenkrediten^{*)}

Position	1 Finanzierungssaldo Kern- und Extrahaushalte ¹⁾	2 Finanzielle Transaktionen Kern- und Extrahaushalte ¹⁾	3 Konjunkturkomponente (Bundesbank/ Haushaltsverfahren ²⁾)	4 Schuldenbremsen-naher struktureller Saldo ³⁾ = 1-2-3	5 Notlagenkredite ²⁾	6 Nachrichtlich: Schuldenbremsen-naher struktureller Saldo abzgl. Notlagenkredite	7 Tilgungszeitraum der Notlagenkredite aus 2020 in Jahren ⁵⁾
Bundesbank-Referenzszenario	in Mrd € - 34,2	- 3,9	- 11,7	- 18,6	- 48,8	30,2	.
Bundesbank-Referenzszenario	in € je Einwohner/in - 412	- 47	- 141	- 224	- 587	363	
Referenzszenario ⁴⁾ darin eingerechnet:	- 412	- 27	- 152	- 233	- 587	354	5) 31
Baden-Württemberg	- 397	- 10	- 322	- 65	- 649	583	25
Bayern	- 509	-	-	- 509	- 549	40	20
Brandenburg	- 531	5	6) - 382	- 154	6) - 244	90	30
Hessen	- 465	- 119	- 200	- 146	- 437	291	30
Mecklenburg-Vorpommern	- 293	-	-	- 293	- 1 771	1 477	20
Niedersachsen	- 163	- 40	- 178	55	- 455	510	25
Nordrhein-Westfalen	- 433	-	-	- 433	- 626	193	50
Rheinland-Pfalz	- 197	- 43	- 294	139	- 41	181	20
Saarland	91	- 86	- 202	379	-	-	-
Sachsen	- 757	-	-	- 757	- 432	- 325	6
Sachsen-Anhalt	- 367	-	- 319	- 48	- 37	- 11	1
Schleswig-Holstein	- 403	- 99	- 243	- 61	- 1 770	1 709	38
Thüringen	- 317	-	- 239	- 78	- 327	249	8
Berlin	- 443	- 102	- 618	277	7) - 1 375	1 652	27
Bremen	- 400	113	- 544	31	-	-	-
Hamburg	- 543	- 128	304	- 719	- 233	- 485	20

* Hilfsrechnung der Bundesbank. 1 Quelle: Vierteljahresergebnisse des Statistischen Bundesamtes, eigene Zusetzungen. 2 Quelle: Finanzministerien der Länder, Notlagenkredite ggf. ergänzt um Kreditaufnahmen von oder für Corona-Sondervermögen. 3 Ohne Korrektur um Einmaleffekte. 4 Finanzierungssaldo der Kern- und Extrahaushalte der Länder, korrigiert um finanzielle Transaktionen gemäß Finanzstatistik (soweit eine Bereinigung in dem jeweiligen Land nicht generell unterbleibt) und Konjunkturreffekte gemäß Landesangabe. 5 Der Gesamtwert des Tilgungszeitraums ist mit den jeweiligen Schuldenanteilen der Länder gewichtet. 6 Quelle: Haushaltsentwurf Brandenburg 2022. 7 Vorläufiger Wert. Auf der Basis des Haushaltsgesetzes ergibt sich ein Wert von 1 990 € pro Einwohner/in.

Deutsche Bundesbank

Referenzszenario: Aggregiertes Defizit der Länder und ihrer Extrahaushalte von 34 Mrd €

schuss von 7 ½ Mrd € bei den Extrahaushalten). Alle Extrahaushalte mit ihren Defiziten in die Schuldenbremse einzubeziehen, ist naheliegend. Denn in diesem Fall wirkt die Schuldenbremse umfassend für die Finanzen der jeweiligen Einheit, und das Prinzip der Jährlichkeit des Haushalts wird dabei gewahrt.¹⁸⁾ Tatsächlich erfassen die Schuldenbremsen der Länder die Extrahaushalte aber nicht einheitlich. Vor allem vorfinanzierte Extrahaushalte sind häufig nicht einbezogen.

Referenzszenario: Schuldenbremsen-nahes strukturelles Defizit von 19 Mrd €

Im Rahmen der Schuldenbremse müssen die Länder im Normalfall ihren Haushalt mindestens ausgleichen, wobei sie finanzielle Transaktionen und Konjunkturreffekte ausklammern können. Abgesetzt vom Defizit werden deshalb im fiktiven Referenzszenario die insgesamt finanzstatistisch ausgewiesenen Nettolasten aus finanziellen Transaktionen (4 Mrd €) und der negative Konjunkturreinfluss für die Ländergesamtheit gemäß Bundesbankverfahren (12 Mrd €). Daraus ergibt sich ein fiktives Schulden-

bremsen-nahes strukturelles Defizit im Referenzszenario (19 Mrd €). Dies wäre auf Basis des Referenzszenarios auch der etwa zu erwartende Umfang von Notlagenkrediten, die auf Basis der Ausnahmeklausel aufzunehmen wären – soweit keine Reserven aus der Zeit vor der Krise eingesetzt werden.

Der Umfang der Notlagenkredite lag tatsächlich deutlich höher als das so berechnete Schuldenbremsen-nahes strukturelle Defizit von 19 Mrd €. So meldeten die Länder auf Anfrage oder in Haushaltsdokumenten, dass sie Notlagenkredite von 49 Mrd € aufgenommen haben (unter Einrechnen tilgungspflichtiger Kredite von Co-

Gemeldete Notlagenkredite mit 49 Mrd € weit aus höher

¹⁸ Nicht im Sinne der Schuldenbremse wäre es, Extrahaushalte mit eigener Kreditemächtigung nicht in der Schuldenbremse zu berücksichtigen. Ebenfalls nicht mit ihrer Intention vereinbar wäre es, aus Notlagenkrediten des Kernhaushalts Reserven in Extrahaushalten zu bilden und diese dann für andere Zwecke als die Krisenbewältigung zu nutzen. Die Gemeinden bleiben bei dieser Betrachtung ausgeklammert, weil sie eigenen Verschuldungsregeln unterliegen.

Zu den Reservebeständen der einzelnen Länder

Die Kreditaufnahmen der Länder insgesamt gingen im letzten Jahr über den laufenden Finanzierungsbedarf durch Defizite hinaus. Offenbar wurden per saldo Reserven nicht aufgelöst, sondern aufgestockt. Haushaltsrechnungen für 2020, die darüber genaueren Aufschluss geben, liegen aber erst von wenigen Ländern vor. Für diesen Bericht wurden die Länder daher auch nach Reservebeständen zum Jahresende 2020 gefragt. Im Blickpunkt standen dabei nicht nur neue Reserven, die im Zuge der Coronakrise gebildet wurden. Gefragt wurde auch nach verschiedenen Reserven, die bereits zuvor bestanden und in der Notlage im Jahr 2020 möglicherweise nur zum Teil eingesetzt wurden. Der Überblick ist nicht vollständig, weil teils Meldungen fehlen. Wünschenswert wäre, dass alle Länder über ihre Reserven zeitnah, standardisiert und umfassend berichten. Hier wäre der Stabilitätsrat als zentrales Haushaltsüberwachungsorgan gefordert, solche Berichte einzufordern und Überichten bereitzustellen.

Aus den Rückmeldungen der Länder ergibt sich folgendes Bild:

- Die gemeldeten allgemeinen Rücklagen beziehungsweise Mittel, die aus vorjährigen Überschüssen mobilisiert werden können, belaufen sich auf 16 Mrd €. Dabei fehlen noch Angaben der traditionell reservestarken Länder Bayern und Baden-Württemberg. Bevölkerungsbezogen besonders hoch ist die Rücklage in Berlin, wo 2020 offenbar der gesamte gemeldete Bestand von 5½ Mrd € kreditfinanziert neu gebildet wurde.
- Darüber hinaus wurden kreditfinanzierte Überschüsse von Corona-Sondervermögen von 11 Mrd € gemeldet (v. a.

Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen). Diese Mittel stehen planmäßig für weitere krisenbedingte Aufgaben bereit (u. a. zum Ausgleich von Steuerausfällen).

- Weitere Reserven von fast 9 Mrd € entfallen auf vorfinanzierte Extrahaushalte für Investitionen. Dabei fehlt die Rückmeldung aus Brandenburg, das 2019 noch eine solche Reserve von 1 Mrd € angelegt hatte.
- Umfangreich (und coronaunabhängig) ist die Pensionsvorsorge. Hier werden für Belastungen durch Beamtenversorgung Reserven gebildet, die vor allem in den alten Ländern sehr umfangreich ausfallen. Der Vorsorgebestand erreichte insgesamt 45 Mrd €, bei großen Unterschieden zwischen den Ländern. Er wurde im letzten Jahr um 2½ Mrd € aufgestockt.

Ausweislich von Haushaltsdokumenten befüllten einige Länder auch andere Rücklagen (z. B. allein Schleswig-Holstein 5½ Mrd €).

rona-Extrahaushalten). Die möglichen Ursachen für den weit höheren Wert sind vielfältig.

Große Abweichungen in der Summe weder durch Konjunkturbereinigung ...

Unterschiede können aus der Konjunkturbereinigung resultieren. Im Länderaggregat kann dies die deutliche Überschreitung aber nicht erklären. Die Konjunkturkomponenten, welche die einzelnen Länder für ihre Schuldenbremsen meldeten, gehen zwar (pro Kopf) weit auseinander. Der aggregierte Wert aus den Länderangaben lag mit 13 Mrd € aber sehr nahe an der Bundesbank-Schätzung für alle Länder (12 Mrd €).

... noch durch finanzielle Transaktionen zu erklären

Bei den finanziellen Transaktionen weichen die länderspezifischen Regelungen ebenfalls vom Referenzszenario ab. Die Einzelheiten der Regelungen lassen sich mit den Daten der Finanzstatistik kaum nachbilden. Würden die finanzstatistisch ausgewiesenen finanziellen Transaktionen nur für die Länder bereinigt, die finanzielle Transaktionen generell neutralisieren, ließe sich auch nicht erklären, wieso die Notlagenkreditaufnahme das Schuldenbremsen-nahe strukturelle Defizit so stark überschreitet. Insgesamt würden so Lasten aus finanziellen Transaktionen von 2 Mrd € ausgeklammert. Im Referenzszenario wurde ein Wert von 4 Mrd € abgesetzt.

Ausschlaggebend für höhere Notlagenkredite: Anlegen von Reserven

Insgesamt erklären Abweichungen bei den Regeln zu Konjunkturbereinigung und finanziellen Transaktionen also nicht, warum so viel mehr Notlagenkredite aufgenommen wurden als überschlägig im Referenzszenario hergeleitet. Ausschlaggebend war hierfür, dass Länder mit Notlagenkrediten nicht nur laufende Defizite finanzierten. Vielmehr wurden auch umfangreiche Reserven gebildet. So wurden etwa Rücklagen in den Kernhaushalten befüllt oder Extrahaushalte, die nicht in die Schuldenbremse einbezogen sind, mit Kreditaufnahmen vorfinanziert.

Länderweise Betrachtung zeigt große Unterschiede auf

Um dies länderweise näher zu beleuchten, werden nun ähnliche Gegenüberstellungen für die einzelnen Länder vorgenommen. Dabei werden wiederum tatsächlich aufgenommene Notlagenkredite mit länderspezifischen Schulden-

bremsen-nahen strukturellen Defiziten verglichen (siehe Tabelle auf S. 31, Spalten 4 und 5). Es werden dabei wie im Referenzszenario oben die Defizite von Kernhaushalten und Extrahaushalten der einzelnen Länder zugrunde gelegt.¹⁹⁾ Um die Schuldenbremsen-nahen Werte zu ermitteln, werden nunmehr aber die konkret von den jeweiligen Ländern gemeldeten Konjunkturkomponenten abgesetzt. Die finanziellen Transaktionen gemäß den finanzstatistischen Daten des Statistischen Bundesamtes werden nur begrenzt korrigiert: Bei den Ländern, die diese Transaktionen grundsätzlich nicht ausklammern, entfällt die Bereinigung hierum ganz. Abweichungen aufgrund unterschiedlicher Ansätze in diesen Kategorien bleiben so relativ eng begrenzt.

Bei den Konjunkturkomponenten verzeichneten die Länder im Schnitt eine Belastung von 150 € pro Kopf.²⁰⁾ Im Einzelnen unterscheiden sich die Werte aber erheblich:

- Das Hamburger Verfahren führte sogar zu einem recht hohen positiven Konjunkturreffekt von 300 € pro Kopf: Ausschlaggebend war, dass im Sinne der Hamburger kaufmännischen Buchführung auch nicht kassenwirksame Vorgänge in die Konjunkturkomponente eingerechnet wurden. So löste Hamburg hohe Rückstellungen auf, was im Rahmen des Verfahrens als Konjunkturlastung erfasst wird.²¹⁾

Unterschiede in Konjunkturkomponenten

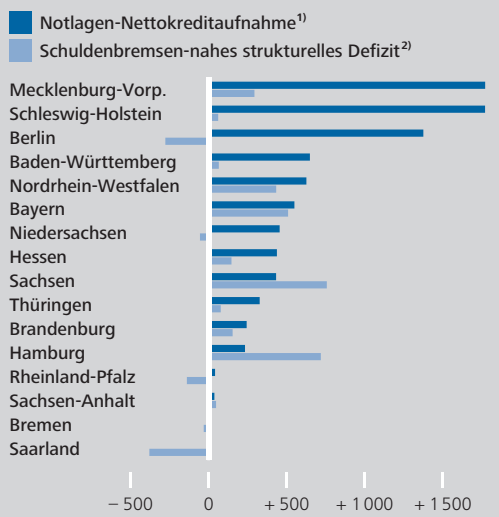
¹⁹ Wie oben beschrieben können die Extrahaushalte unterschiedlich in den tatsächlichen Schuldenbremsen berücksichtigt sein. Sie werden hier aber dennoch mitberücksichtigt. Zum einen liegen hinreichend differenzierte Informationen nicht vor. Zum anderen kann so insbesondere eine Reservebildung in Extrahaushalten besser mit abgegriffen werden.

²⁰ Der Referenzwert basierend auf dem Schätzverfahren der Bundesbank ergibt ebenfalls eine Konjunkturlast von 140 € pro Kopf. Würde hingegen das Bundes-Verfahren (Produktionslückenschätzung vom Frühjahr mit der Budgetsemielastizität der Konsolidierungshilfsländer) zugrunde gelegt werden, ergäbe sich eine Konjunkturlast von 260 € pro Kopf.

²¹ Die Rückstellungen in Hamburg waren in Vorjahren für geschätzte Erstattungsansprüche bei Vorauszahlungen von Gewinnsteuern gebildet worden. Die coronabedingt rückläufigen Vorauszahlungen reduzierten den Bedarf für solche Vorsorge jedoch. In der Folge konnten die Rückstellungen deutlich verringert werden.

Notlagen-Nettokreditaufnahme und Schuldenbremsen-nahe strukturelle Defizite der Länder 2020

€ je Einwohner/in



Quellen: Statistisches Bundesamt, Angaben der Finanzministerien der Länder und eigene Berechnungen. **1** Überschreitung der Regelgrenze der landesindividuellen Schuldenbremse gemäß Landesangabe, ggf. ergänzt um weitere nicht konjunkturbedingte Kreditaufnahmen mit Tilgungsplan. **2** Finanzierungssaldo der Kern- und Extrahaushalte der Länder, korrigiert um finanzielle Transaktionen gemäß Finanzstatistik (soweit eine Bereinigung in dem jeweiligen Land nicht generell unterbleibt) und Konjunkturreffekte gemäß Landesangabe.
 Deutsche Bundesbank

- Bayern verzichtete generell auf eine Konjunkturbereinigung, Nordrhein-Westfalen ausnahmsweise. Der Bedarf an Notlagenkrediten fiel insoweit in beiden Ländern umfangreicher aus.²²⁾
- Die restriktiven Steuerniveauverfahren von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern errechneten ebenfalls keine kreditwürdige Konjunkturlastung.²³⁾
- Niedersachsen kappte die Konjunkturlast bei 180 € pro Kopf entsprechend seiner gesetzlichen Vorgabe.
- Brandenburg errechnete sich unter den Flächenländern mit 380 € pro Kopf die höchste Last.
- Mit 620 € pro Kopf noch deutlich höher war sie im Stadtstaat Berlin. Hier wirkte sich auch aus, dass Berlins Bevölkerung im Finanzausgleich um 35 % höher gewichtet wird und

bei Stadtstaaten die Konjunkturreffekte der Gemeindeebene einbezogen sind.

Die berücksichtigten Lasten aus finanziellen Transaktionen weichen zwischen den Ländern weniger stark ab als die Konjunkturreffekte (siehe Tabelle auf S. 31, Spalte 2).

Unterschiede bei finanziellen Transaktionen

Im Ergebnis zeigt sich, dass bei zahlreichen Ländern die tatsächlich aufgenommenen Notlagenkredite die fiktiven Schuldenbremsen-nahen strukturellen Defizite stark übersteigen (siehe nebenstehendes Schaubild und Tabelle auf S. 31, Spalte 6). Dies ist – wie oben beschrieben – ein Anhaltspunkt dafür, dass aus Notlagenkrediten Reserven gebildet wurden. Wenn umgekehrt das Schuldenbremsen-nahe strukturelle Defizit die Notlagenkredite übersteigt, ist dies eine Indikation dafür, dass Defizite aus zuvor angelegten Reserven gedeckt wurden. Auch bei dieser Differenzbetrachtung unterscheiden sich die Ergebnisse stark:

Hinweis auf umfangreiche Reservebildung

- In Bremen war die eingerechnete Konjunkturkomponente stark negativ. Im Ergebnis liegt der Schuldenbremsen-nahe strukturelle Saldo im Überschuss. Im Saarland war dieser Überschuss sogar noch erheblich höher. Passend dazu nahmen die beiden Länder im Haushaltsvollzug keine Notlagenkredite in Anspruch.
- Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz meldeten nur geringe Notlagenkredite. Auch hier waren die veranschlagten Konjunkturlasten überdurchschnittlich hoch. In Rheinland-Pfalz war zudem das unbereinigte Defizit relativ gering. In Sachsen-Anhalt bietet die Differenz-Rechnung keinen Anhaltspunkt dafür, dass mit Notlagenkrediten Reserven gebildet

²² Dafür müssen in folgenden Aufschwüngen keine konjunkturbedingten Überschüsse erwirtschaftet werden, wodurch dann mehr Spielräume verbleiben.

²³ Thüringens Steuerniveauverfahren wirkte im letzten Jahr weniger begrenzend: Der Referenzwert wird aus weniger Vorjahren gebildet und blendet die finanzkraftabhängigen Bundesergänzungszuweisungen aus. Letztere wurden 2020 stark ausgeweitet. Zudem gilt keine Mindest-Unterschreitung des Referenzwertes, um konjunkturbedingte Kredite aufnehmen zu können.

wurden. Für Rheinland-Pfalz betraf dies letztlich Extrahaushalte – allerdings in relativ moderatem Umfang.

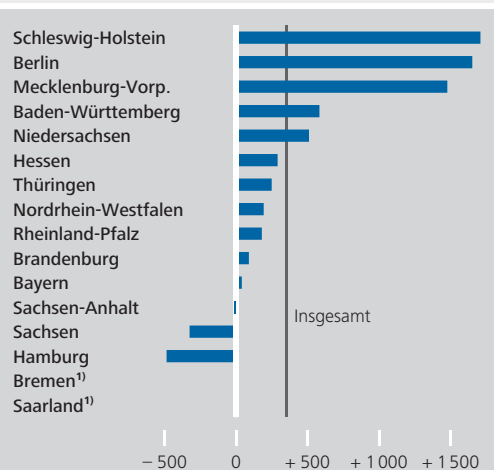
- Bayern und Nordrhein-Westfalen verzichteten auf das Herausrechnen von Konjunkturlasten. Dies erklärt für sich genommen einen höheren Bedarf an Notlagenkrediten. Bayerns Aufnahme von Notlagenkrediten blieb in etwa auf diesen Rahmen begrenzt und deutet damit nicht auf Reservebildung. Nordrhein-Westfalen finanzierte dagegen zusätzlich seinen Corona-Extrahaushalt teilweise vor, und die hier vorgenommene Differenzrechnung zeigt damit übereinstimmend eine begrenzte zusätzliche Reserve an.

- Sachsen stand durch sein restriktives Konjunkturbereinigungsverfahren ebenfalls vor einem erhöhten Bedarf an Notlagenkrediten. Um diesen einzudämmen, setzte Sachsen offenbar Reserven aus früheren Jahren ein. Auch in Hamburg fielen die Notlagenkredite deutlich niedriger aus als das Schuldenbremsen-nahe strukturelle Defizit.

- Die höchsten Notlagenkredite meldeten Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 1 770 € pro Kopf) und Berlin (1 375 € pro Kopf). Dabei hätte Berlin das Defizit einschließlich seiner Extrahaushalte offenbar ohne Notlagenkredite finanzieren können. Zumindest ist der Schuldenbremsen-nahe strukturelle Saldo positiv (aufgrund der ex post hohen Konjunkturlasten). Mithin scheint die Ausnahmeklausel per saldo allein zur Vorsorge genutzt worden zu sein.²⁴⁾ Mecklenburg-Vorpommern verzeichnete nicht zuletzt durch sein restriktives Konjunkturbereinigungsverfahren zwar ein Schuldenbremsen-nahe strukturelles Defizit. Die Notlagenkredite lagen aber noch weit höher (um 1 480 € pro Kopf). In Schleswig-Holstein lag die Überschreitung nochmals deutlich darüber (bei 1 710 € pro Kopf). Dies deutet auf besonders umfangreiche Reservebildungen.

Differenz von Notlagen-Nettokreditaufnahme^{*)} und Schuldenbremsen-nahem strukturellen Saldo^{**)} der Länder im Jahr 2020

€ je Einwohner/in



Quellen: Statistisches Bundesamt, Angaben der Finanzministerien der Länder und eigene Berechnungen. * Überschreitung der Regelgrenze der landesindividuellen Schuldenbremse gemäß Landesangabe, gegebenenfalls ergänzt um weitere nicht konjunkturbedingte Kreditaufnahmen mit Tilgungsplan. ** Finanzierungssaldo korrigiert um finanzielle Transaktionen der Kern- und Extrahaushalte der Länder gemäß Finanzstatistik (soweit eine Bereinigung in dem jeweiligen Land nicht generell unterbleibt) und Konjunkturreffekte gemäß Landesangabe. ¹ Keine Angabe, weil keine Notlagenkredite.

Deutsche Bundesbank

Es ist gut nachvollziehbar und unumstritten, dass die Länder im vergangenen Jahr auf ihre Ausnahmeklauseln zurückgriffen. Einen guten Teil der Notlagenkredite nutzten sie aber offenbar dazu, Reserven zu bilden. Dies erscheint zumindest dann nicht mit der Schuldenbremse vereinbar, wenn sie mit Notlagenkrediten im Endeffekt Maßnahmen finanzieren, die nicht der Krisenbekämpfung dienen. Es wäre daher folgerichtig, wenn fortbestehende Ermächtigungen für Notlagenkredite mit dem Ende der Notlage auslaufen.

Notlagenbezogene Kreditermächtigungen auf krisenbezogene Lasten beschränken

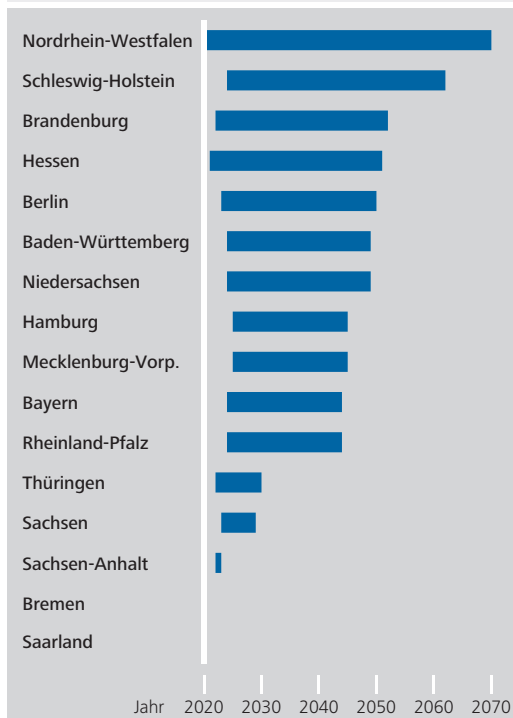
Breite Spannweite bei Tilgungspfaden

Die Schuldenbremse verlangt, dass die Länder für notlagenbedingte Kredite Tilgungspläne erstellen. Die Mittel für die Tilgung der Notlagenkredite sind im weiteren Verlauf innerhalb der

Tatsächliche Tilgungslasten noch nicht gut abschätzbar

²⁴ Das Berliner Haushaltsgesetz sah vor, dass mit den für das Haushaltsjahr 2020 nicht benötigten Krediten eine Rücklage zur Bewältigung der Notlage in den Folgejahren zu bilden ist.

Tilgungszeiträume der Notlagenkredite aus 2020



Quelle: Finanzministerien der Länder.
 Deutsche Bundesbank

regulären Grenzen der Schuldenbremsen zu erwirtschaften. Da vielfach noch weitere Notlagenkredite aufgenommen werden sollen, ist die mit der Tilgung verbundene Gesamtbelastung noch offen. Die offenbar umfangreiche Vorsorge aus Ausnahmekrediten erschwert es zusätzlich, die letztliche Last abzuschätzen.

Tilgungspläne zwischen den Ländern sehr unterschiedlich

Die bislang vorgelegten Tilgungspläne unterscheiden sich deutlich zwischen den Ländern. So reichen die Tilgungsfristen von derzeit einem Jahr in Sachsen-Anhalt bis zu 50 Jahren in Nordrhein-Westfalen (siehe Tabelle auf S. 31, Spalte 7 und oben stehendes Schaubild). Sowohl sehr kurze als auch sehr lange Tilgungszeiträume sind bedenklich. Bei kurzen Fristen können die jährlichen Tilgungslasten hoch ausfallen. Diese wären jedoch dann nicht zu anspruchsvoll, wenn Länder dafür Reserven einsetzen können. Bei sehr langen Tilgungsfristen wird es zunehmend wahrscheinlicher, dass vor erfolgter Tilgung bereits die nächste Notlage eintritt: Schulden können dann immer weiter kumulieren –

was die Schuldenbremse eigentlich verhindern soll.

Schlussbetrachtungen

Die Finanzpolitik konzentriert sich seit dem vergangenen Jahr maßgeblich darauf, die Corona-Krise und ihre Folgen zu bewältigen. Den größten Teil der finanziellen Lasten übernahm der Bund. Die Länder waren aber beispielsweise an verschiedenen Steuerentlastungen beteiligt und leisteten eigene Transfers für Unternehmen. Außerdem administrierten sie Maßnahmen des Bundes. Unter anderem flossen dessen gewichtige Unternehmenshilfen durch die Länderhaushalte. Zudem stabilisierten die Länder die Haushalte ihrer Gemeinden, indem sie gemeinsam mit dem Bund die erwarteten Mindereinnahmen aus der Gewerbesteuer kompensierten. Darüber hinaus leisteten sie weitere Hilfen etwa für Ausfälle bei kommunalen Gebühreneinnahmen. Insgesamt trugen die Länder im vergangenen Jahr deutlich dazu bei, die gesamtwirtschaftliche Lage zu stabilisieren.

Größte Corona-Lasten beim Bund, aber auch Länder mit Stützungsbeitrag

Zur wirtschaftlichen Stabilisierung in einer bundesweiten Krise sind Bund und Länder gefordert. Allerdings steht die zentrale Ebene in einer solchen Situation zunächst in der ersten Reihe. So wirken Maßnahmen über einzelne Länder hinaus, und es spricht viel für einheitliche Lösungen durch den Bund. Zudem ist der Bund in der besten Lage, sich kurzfristig auch größere Finanzvolumina am Kapitalmarkt kostengünstig und friktionsfrei zu beschaffen. Insofern erscheint es grundsätzlich sinnvoll, dass der Bund zumindest zunächst den Großteil der bundesgesetzlich beschlossenen Corona-Maßnahmen zahlt. Im weiteren Verlauf wäre zu prüfen, ob die verschiedenen Ebenen eine ausreichende Finanzausstattung haben oder ob sich Schief-lagen ergeben haben. Soll die Verteilung von Finanzmitteln zwischen Bund und Ländern dann angepasst werden, wären die Umsatzsteueranteile die im Grundgesetz dafür vorgesehene Stellschraube. Soweit der bestehende Finanzrahmen als nicht ausreichend angesehen wird,

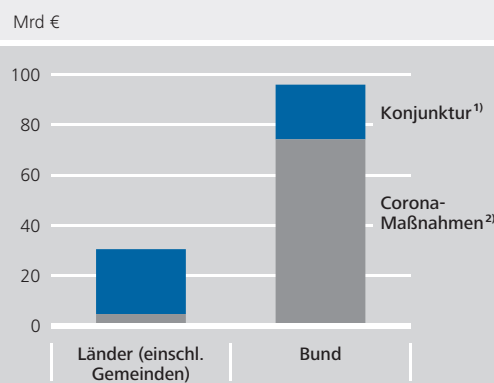
Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern gegebenenfalls nachjustieren und Kommunalfinanzen krisenfest machen

können Bund und Länder die gemeinschaftlichen Steuern gemeinsam anpassen. Alternativ hat der Bund die Möglichkeit, unter besonderen Bedingungen eine bundesweite Ergänzungsabgabe wie den Solidaritätszuschlag zu erheben. Eine Zustimmung der Länder im Bundesrat ist dafür nicht erforderlich. Die Autonomie der Länder bei ihren Steuern beschränkt sich auf die weniger gewichtige Grunderwerbsteuer. Gleichzeitig sind die Länder grundsätzlich für ihre Kommunen verantwortlich. In der Krise half der Bund den Ländern ad hoc, ihre Gemeinden zu unterstützen. Die Coronakrise hat dabei aber einmal mehr gezeigt, dass die Gemeindefinanzierung reformbedürftig ist.²⁵⁾ Um kommunale Haushalte resilienter aufzustellen, erscheint eine grundlegende Reform wichtig.

Länder und Gemeinden insgesamt 2020 zwar mit hohem Defizit, aber ohne temporäre Corona-Lasten weiterhin im Plus

Die Schuldenbremse des Grundgesetzes erlaubt, konjunkturbedingte Lasten durch Verschuldung zu überbrücken. Darüber hinaus können für Krisen Ausnahmeklauseln genutzt werden. Ebenso wie der Bund machten im vergangenen Jahr alle Länder in ihren Haushaltsgesetzen oder in Extrahaushalten von solchen Ausnahmeklauseln Gebrauch. Hierdurch konnten sie auch nicht konjunkturbedingte Lasten infolge der Pandemie über neue Schulden finanzieren – insbesondere eigene diskretionäre Stützungsmaßnahmen. Im Ergebnis wiesen die Länder einschließlich ihrer Gemeinden für 2020 ein hohes Defizit von 32 Mrd € aus. Bereinigt um finanzielle Transaktionen, die konjunkturelle Belastung und temporäre Krisenmaßnahmen verzeichneten sie im Aggregat jedoch immer noch einen kleinen strukturellen Überschuss. Die grundlegende Lage dürfte tatsächlich sogar noch günstiger sein. Denn es dürften darüber hinaus Corona-Effekte vorübergehend belastet haben. Diese wurden hier nicht herausgerechnet und laufen im weiteren Verlauf aus. Die Länder- und Gemeindehaushalte waren 2020 folglich noch so aufgestellt, dass sie ohne temporäre Corona-Lasten insgesamt noch deutlich im Plus gelegen hätten.

Belastung der Gebietskörperschaften durch die Coronakrise im Jahr 2020



¹ Veränderung des Konjunkturreffekts gemäß Konjunkturberichtigungsverfahren der Bundesbank, Datenstand der Frühjahrsprojektion 2021. ² Nicht enthalten sind sonstige Corona-Effekte, die sich nicht größeren Corona-Maßnahmen zuordnen ließen.

Deutsche Bundesbank

Allerdings unterscheidet sich die Lage der einzelnen Länder weiter deutlich. Teils dürften auch strukturelle Haushaltslücken bestehen. Nicht zuletzt dürfte bereits im laufenden Jahr der grundlegende Haushaltskurs weiter gelockert worden sein. Ebenfalls zu berücksichtigen ist, dass aus den Notlagenkrediten Tilgungsverpflichtungen resultieren. Angesichts der weiter unsicheren Perspektiven ist daher Vorsicht ratsam, insbesondere hinsichtlich struktureller haushaltsbelastender Beschlüsse.

Vorsicht bei weiteren strukturell haushaltsbelastenden Beschlüssen

Zahlreiche Länder nutzten ihre Ausnahmeklauseln 2020 auch, um umfangreiche Reserven zu schaffen. Generell passt dies nicht gut zu einer jahresbezogenen Kreditgrenze. In jedem Fall sollten solche Reserven nur krisenbezogene Ausgaben finanzieren. Anderweitige Haushaltsspielräume sollten damit nicht geschaffen werden. Sonst würde die wesentliche Aufgabe der Schuldenbremse verfehlt, zukünftige Haushalte vor Lasten aus überhöhten Kreditaufnahmen zu schützen. Dies gilt auch für den Bund.

Schuldenbremse nicht durch ausnahmeklauselfinanzierte Reserven aushöhlen

Für das nächste Jahr wird allgemein erwartet, dass die Krise abklingt und die Wirtschaft wieder zumindest annähernd normal ausgelastet sein wird. Die aktuelle Gemeinschaftsdiagnose, von der die anstehende Projektion der Bundes-

Erwartetes Abklingen der Krise spricht gegen Einsatz von Ausnahmeklauseln 2022

²⁵ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2020b).

regierung in der Regel nur moderat abweicht, bekräftigt dieses Bild. Damit liegt es nahe, die Ausnahmeklauseln schon ab dem nächsten Jahr nicht mehr zu nutzen. Dies wird dadurch leichter, dass bereits vor der Krise aus Haushaltsüberschüssen Reserven gebildet wurden – innerhalb der regulären Schuldengrenze und nicht im Zusammenhang mit der Ausnahmeklausel. Diese ermöglichen es in vielen Fällen, nötige Haushaltsanpassungen ein Stück weit zeitlich zu strecken.

Stabilitätsrat sollte mehr Transparenz gewährleisten

Es ist weiterhin sehr schwierig, sich einen Überblick über die Handlungsbedarfe der einzelnen Länder zu verschaffen. Selbst die rückblickende Analyse für das Jahr 2020 ist eine Herausforderung: Dies gilt für Haushaltsentwicklungen, strukturelle Haushaltspositionen, Reservebestände und Tilgungsverpflichtungen. Wie schnell nach der Krise konsolidiert werden muss, hängt zudem von der landesspezifischen Ausgestaltung der Schuldenbremse ab – etwa von der jeweiligen Konjunkturbereinigung. Für eine effektive Haushaltsüberwachung sind geeignete Übersichten erforderlich. Das Datenmaterial zu den Länderergebnissen und -planungen sowie zum Handlungsbedarf müsste hierfür aussagekräftiger sein. Dem Stabilitätsrat

als zentraler Institution der Haushaltsüberwachung in Deutschland kommt hier eine besondere Rolle zu: Es wäre wichtig, dafür zu sorgen, dass eine stringente und aussagekräftige Datengrundlage zügig öffentlich vorliegt.²⁶⁾

Offenbar streben die Länder nicht an, ihre Finanzpolitik durch standardisierte Datenausweise vergleichbar zu machen. Das Grundgesetz räumt den Ländern aber ausdrücklich eine starke Stellung im Bundesstaat ein. Nicht zuletzt können sie eigene Politikschwerpunkte setzen, über deren konkrete Umsetzung entscheiden und zusammen mit ihren Kommunen eigenverantwortlich gute Lösungen finden. Dies gilt etwa in der Bildungspolitik, für eine klimaschonende Mobilitätswende im Nahverkehr oder bei der Digitalisierung. Auch um die Chancen des dezentralen Ansatzes zu nutzen und damit die Vorteile der föderalen Ordnung auszuspielen, wäre es wichtig, Haushaltsergebnisse und auch öffentliche Leistungsniveaus zwischen den Ländern anhand einer soliden Datenbasis vergleichen zu können.

Vorteile des Föderalismus stärken

²⁶ Vgl. auch: Deutsche Bundesbank (2019b) und Unabhängiger Beirat des Stabilitätsrats (2019).

■ Literaturverzeichnis

Bundesministerium der Finanzen (2021a), Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern im Jahr 2020, Monatsbericht, März 2021, S. 20–26.

Bundesministerium der Finanzen (2021b), Zusammenfassung der Abrechnungsergebnisse für die Jahre ab 2020, abrufbar unter: <https://www.bundesfinanzministerium.de>.

Deutsche Bundesbank (2021a), Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2021 bis 2023, Monatsbericht, Juni 2021, S. 15–39.

Deutsche Bundesbank (2021b), Bundesschulden: Bei Zinsausgaben Agien periodengerecht verbuchen, Monatsbericht, Juni 2021, S. 49–54.

Deutsche Bundesbank (2020a), Zu den künftigen Anforderungen der landesspezifischen Schuldenbremsen an die Länderhaushalte, Monatsbericht, Oktober 2020, S. 104–108.

Deutsche Bundesbank (2020b), Reform der Kommunalfinanzen: Finanzierung krisenfest und stetig machen, Monatsbericht, Juli 2020, S. 10–11.

Deutsche Bundesbank (2019a), Schwierigkeiten bei der Analyse konsolidierter Daten, Monatsbericht, September 2019, S. 53–54.

Deutsche Bundesbank (2019b), Deutsche Schuldenbremse: zur Überwachung durch den Stabilitätsrat, Monatsbericht, April 2019, S. 95–102.

Deutsche Bundesbank (2017), Zur Konjunkturbereinigung der Länder im Rahmen der Schuldenbremse, Monatsbericht, März 2017, S. 35–58.

Deutscher Gewerkschaftsbund (2020), Besoldungsreport 2020, Oktober 2020.

Statistisches Bundesamt (2021), Pressemitteilung Nr. 145 vom 25. März 2021.

Unabhängiger Beirat des Stabilitätsrats (2019), Elfte Stellungnahme zur Einhaltung der Obergrenze für das gesamtstaatliche strukturelle Finanzierungsdefizit nach § 51 Absatz 2 HGrG, abrufbar unter: www.stabilitaetsrat.de.

Umsetzung der Schuldenbremse nach Artikel 109 III Grundgesetz in den Ländern *)

Länder	Rechtsgrundlagen	Begrenzte Haushaltsgröße	Abweichungen vom Verschuldungsverbot für:			Einbezug von Extrahaushalten	Kontrollkonto im Vollzug
			Konjunktur	Finanzielle Transaktionen	Notsituationen		
BW	Art. 84 LV § 18 LHO	–	Ja Bundesverfahren	Ja	Ja	Ja, sofern der folgende Schuldendienst aus dem Landeshaushalt erbracht wird oder künftig zu erbringen ist.	Ja Stand 31.12.2020: noch nicht final ermittelt
BY	Art. 82 LV und Art. 18 Abs. 1 S. 1 und 2 LHO	Haushaltsmäßige Nettokreditaufnahme	Nein Von der Option einer Konjunkturbereinigung wird kein Gebrauch gemacht.	Nein	Ja	Ja	Nein
BE	Gesetz zur landesrechtlichen Umsetzung der Schuldenbremse (BerlSchuldenbremseG) v. 25. Nov. 2019 i.V.m. §18 LHO	Strukturelle Nettokreditaufnahme gemäß Definition in §3 BerlSchuldenbremseG	Ja Bundesverfahren	Ja Verzicht auf Rückzahlung von Darlehen wird wie Einnahme aus Darlehensrückfluss behandelt; Gewährleistungen sind keine finanziellen Transaktionen.	Ja Benötigte Mehrheit: einfache Parlamentsmehrheit	Nein	Ja Stand 31.12.2020: 0 €
BB ¹⁾	Artikel 103 LV; §§ 18, 18a, 18b LHO	Nettokreditaufnahme	Ja angelehnt an Bundesverfahren mit Konjunkturkontrollkonto	Ja	Ja – Benötigte Mehrheit: einfache – Tilgungsplan: in angemessenem Zeitraum	Ja	Ja
HB	Art. 131a, 146 LV; §§ 18, 18a bis 18c, 118 LHO; Konjunkturbereinigungsverfahrensverordnung	Strukturelle Nettokreditaufnahme	Ja Konsolidierungshilfeverfahren	Ja	Ja	Ja, sofern eigene Kreditermächtigung besteht. Dies ist aktuell nicht der Fall.	Ja Stand 31.12.2020: 82 Mio €
HH	Art. 72 und 72a LV; § 27 LHO; Gesetz zur Strategischen Neuausrichtung des Haushaltswesens der Freien und Hansestadt Hamburg	Nettokreditaufnahme	Ja Steuertrendverfahren	Ja Darlehen nur bei gesicherter Rückzahlung; Keine Wertpapiere des Umlaufvermögens	Ja – Benötigte Mehrheit: Zweidrittel – Tilgungsplan: in angemessenem Zeitraum	Ja Alle Landesbetriebe, Sondervermögen und staatliche Hochschulen	Ja Stand 31.12.2020: + 4.812,8 Mio € (Konjunkturkomponente) – 877,4 Mio € (Notsituationsbedingte Vorbelastung) Veränderung gegenüber Ende 2019: + 560,1 Mio € (Konjunkturkomponente)

* Abkürzungen: BW – Baden-Württemberg, BY – Bayern, BE – Berlin, BB – Brandenburg, HB – Bremen, HH – Hamburg. 1 Eigene Auswertung.

noch: Umsetzung der Schuldenbremse nach Artikel 109 III Grundgesetz in den Ländern ^{*)}

Länder	Rechtsgrundlagen	Begrenzte Haushaltsgröße	Abweichungen vom Verschuldungsverbot für:			Einbezug von Extrahaushalten	Kontrollkonto im Vollzug
			Konjunktur	Finanzielle Transaktionen	Notsituationen		
HE	Art. 141 LV; AG von Artikel 141	Strukturelle Nettokreditaufnahme	Ja Angelehnt an Bundesverfahren mit Kontrollkonto	Ja zusätzlich: Verzicht auf Darlehensrückzahlungen wie Einnahme aus Darlehensrückflüssen	Ja	Nein	Ja Stand 31.12.2020: 1.938,3 Mio € Veränderung gegenüber Ende 2019: 437,4 Mio €
MV	Art. 65 LV; § 18 LHO; Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens „Konjunkturausgleichsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern“	Nettokreditaufnahme	Ja Steuerniveauverfahren	Nein	Ja	Nein	Nein
NI	Art. 71 LV; § 18 a–f LHO	Nettokreditaufnahme	Ja Angelehnt an Konsolidierungsverfahren	Ja Ausgenommen sind Ausgaben und Einnahmen aus Vergabe und Rückfluss von Darlehen	Ja Benötigte Mehrheit: – Kreditaufnahme bis 0,5 % des Haushaltsvolumens: einfache Mehrheit – über 0,5 % des Haushaltsvolumens: Zweidrittel Mehrheit – Tilgung innerhalb eines angemessenen Zeitraums	Ja, sofern eigene Kreditermächtigung besteht. Dies ist aktuell nicht der Fall. Zudem sofern der folgende Schuldendienst aus dem Landeshaushalt erbracht wird oder künftig zu erbringen ist.	Ja Stand 31.12.2020: 0 € Veränderung gegenüber Ende 2019: 0 €
NW	§§ 18 bis 18h LHO	Kreditaufnahme	Ja Stabilitätsratverfahren	Nein	Ja	Nein Kreditaufnahmen durch Sondervermögen des Landes sind ausgeschlossen. Am 31. Dezember 2010 bestehende Kreditermächtigungen für bereits eingerichtete Sondervermögen bleiben hiervon unberührt.	Ja Stand 31.12.2020: 0 € Veränderung gegenüber Ende 2019: 0 €
RP	Art. 117 LV; AG zu Art. 117 der LV; LVO über das Verfahren zur Bestimmung der Konjunkturkomponente; § 18 LHO	Strukturelle Nettokreditaufnahme	Ja Steuertrendverfahren	Ja Ohne Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen und ohne Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	Ja – Benötigte Mehrheit: einfache Mehrheit – Landesregierung berichtet regelmäßig über die Höhe der Tilgungsleistungen und den noch ausstehenden Tilgungsbedarf; Tilgung erfolgt konjunkturgerecht	Nein, da grds. keine Kreditaufnahme im Sondervermögen möglich	Ja Stand 31.12.2020: 0 € Veränderung gegenüber Ende 2019: 0 €

* Abkürzungen: HE – Hessen, MV – Mecklenburg-Vorpommern, NI – Niedersachsen, NW – Nordrhein-Westfalen, RP – Rheinland-Pfalz.
 Deutsche Bundesbank

noch: Umsetzung der Schuldenbremse nach Artikel 109 III Grundgesetz in den Ländern *)

Länder	Rechtsgrundlagen	Begrenzte Haushaltsgröße	Abweichungen vom Verschuldungsverbot für:			Einbezug von Extrahaushalten	Kontrollkonto im Vollzug
			Konjunktur	Finanzielle Transaktionen	Notsituationen		
SL	Gesetz Nr. 1961 zur Umsetzung der Schuldenbremse und zur Haushaltsstabilisierung (HStabG) vom 10. April 2019	Finanzierungssaldo	Ja Stabilitätsratverfahren; VO zum Verfahren der Konjunkturbereinigung im Rahmen der landeseigenen Schuldenbremse (mit Zustimmung des Landtages)	Ja geregelt in § 1 Abs. 2 Nr. 2 und § 1 Abs. 3 Nr. 2 HStabG	Ja Benötigte Mehrheit: einfache Mehrheit des Landtages Tilgungsplan: Berichte an Landtag nach § 8 HStabG	Ja Einbeziehung struktureller Finanzierungssaldo der unselbständigen Extrahaushalte mit eigener Kreditermächtigung	Ja Verschiedene Kontrollkonten nach § 6 HStabG
SN	Art. 95 LV; § 18 LHO	Nettokreditaufnahme	Ja Steuerniveauverfahren (Tilgungshöchstdauer: 8 Jahre)	Nein	Ja – benötigte Mehrheit: Zweidrittel (absolut) – Tilgungsplan: Tilgung innerhalb von 8 Jahren	Ja Alle rechtlich unselbständigen Sondervermögen, insbesondere Corona-Bewältigungs-Fonds mit eigener Kreditermächtigung	Nein Aber gegebenenfalls Abrechnung nach Haushaltsjahr, Abweichungen sind spätestens im nächsten festzustellenden Haushaltsplan auszugleichen
ST	Art. 99 LV; § 18 LHO	Nettokreditaufnahme	Ja Konsolidierungshilfeverfahren nach Kompendium des Stabilitätsrates	Nein	Ja	Ja, Einbezug von Extrahaushalten mit eigener Kreditermächtigung	Nein Aber Abweichungen sind gemäß § 18 LHO im nächsten Haushaltsgesetz auszugleichen
SH	Artikel 61 LV; AG zu Artikel 61 LV i.V.m. LVO zur Konjunkturbereinigung	Nettokreditaufnahme	Ja Konsolidierungshilfeverfahren des Stabilitätsrats unter Berücksichtigung der Ausgaben für den kommunalen Finanzausgleich	Ja Gemäß § 4 AG zu Artikel 61 LV	Ja	Nein	Ja Stand 31.12.2020: 0 € Veränderung gegenüber Ende 2019: 0 €
TH	§ 18 LHO; kein AG	Nettokreditaufnahme	Ja Steuerniveauverfahren; Tilgung in 8 Jahren, soweit Haushalt ohne Einnahmen aus Krediten gemäß § 18 LHO auszugleichen (bei erneuter Kreditaufnahme aussetzbar)	Nein	Ja – Benötigte Mehrheit: einfache – Tilgungsberichte an Landtag; Tilgung in 8 Jahren, soweit Haushalt ohne Einnahmen aus Krediten gemäß § 18 LHO auszugleichen (bei erneuter Kreditaufnahme aussetzbar)	Grds. ja gemäß §§ 105 und 113 LHO; Corona-SV ohne eigene Kreditermächtigung	Nein Aber Anpassung der tatsächlich notwendigen konjunkturbedingten Kreditaufnahme an die tatsächliche Entwicklung der maßgeblichen Steuereinnahmen.

*) Abkürzungen: SL – Saarland, SN – Sachsen, ST – Sachsen-Anhalt, SH – Schleswig-Holstein, TH – Thüringen.

Die Weltwirtschaft während der Coronavirus-Pandemie

Die Coronavirus-Pandemie prägt seit Anfang 2020 die weltweite Wirtschaftsentwicklung. Gekennzeichnet war diese durch einen historisch beispiellosen Einbruch in den Industrie- und den Schwellenländern, durch eine Vielzahl von Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens und durch umfangreiche geld- und fiskalpolitische Hilfen. Erst mit der Einführung wirksamer Impfstoffe begann vielerorts eine nachhaltige Erholung, die aber angesichts von Lieferverzögerungen und Knappheiten bei wichtigen Vorprodukten nicht spannungsfrei verläuft.

Trotz der globalen Natur der Pandemie sind manche Volkswirtschaften besser durch die Krise gekommen als andere. In einer Reihe von Ländern, darunter in den USA und in China, wurde das Vorkrisenniveau der Wirtschaftsleistung bereits wieder erreicht oder sogar deutlich übertroffen. Dagegen weisen viele Volkswirtschaften, unter anderem die vier größten Mitgliedstaaten des Euro-raums, noch Rückstände auf.

Diese Heterogenität spiegelt zu einem erheblichen Teil Unterschiede im Verlauf der Pandemie und in den Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung wider. Der Aufsatz stellt eine Reihe empirischer Arbeiten vor, die sich mit diesen Zusammenhängen auseinandersetzen. So zeigen Schätzungen, dass beispielsweise Betriebsschließungen und Ausgangssperren die Mobilität stark dämpften. Dies bremste die Pandemie, ging aber auch mit hohen wirtschaftlichen Einbußen einher. Innerhalb des Euro-raums mussten diejenigen Länder, die von der Pandemie besonders stark betroffen waren und in denen die Restriktionen strenger ausfielen oder länger galten, tiefere Aktivitätseinbrüche hinnehmen. Zudem erwiesen sich Volkswirtschaften, für die kontaktintensive Wirtschaftssektoren ein wichtiges Standbein darstellen, als besonders anfällig.

Die Politik beschränkte sich nicht auf die unmittelbare Pandemiebekämpfung, sondern stützte die Wirtschaft auf vielfältige Art und Weise. Gerade in den Industrieländern milderte eine expansive Geld- und Fiskalpolitik die unmittelbaren Krisenfolgen deutlich. Simulationsrechnungen zufolge fielen die stützenden Effekte in den USA sogar noch größer aus als im Euroraum. Zudem wurden durch spezifische Maßnahmen vielerorts Beschäftigungsverhältnisse gesichert, Unternehmensinsolvenzen verhindert und Verwerfungen in den Finanzsystemen vorgebeugt.

Seit Beginn dieses Jahres bilden Impfkampagnen das Fundament zur nachhaltigen Eindämmung der Pandemie. Nicht zuletzt deshalb könnten die längerfristigen Schäden der Pandemie in den Fortgeschrittenen Volkswirtschaften eher gering ausfallen. In vielen Schwellen- und Entwicklungsländern verzögert sich die Erholung infolge des geringen Impffortschritts hingegen. In den kommenden Monaten wird es die vorrangige Aufgabe sein, Impfkampagnen weltweit voranzutreiben, und zwar nicht nur aus humanitären Gründen. Aufgrund der weltwirtschaftlichen Verflechtungen würden neue Pandemiewellen in den Schwellen- und Entwicklungsländern auch den Fortgeschrittenen Volkswirtschaften schaden. Darüber hinaus gilt es, die wirtschaftspolitischen Hilfsmaßnahmen mit dem Abklingen der Pandemie zurückzuführen. Dabei geht es auch darum, den durch die Pandemie notwendig gewordenen Strukturwandel nicht zu behindern.

*Pandemie als
humanitäre
Katastrophe ...*

■ Einleitung

Fast zwei Jahre nach ihrem Ausbruch hält die Coronavirus-Pandemie noch immer weite Teile der Welt im Griff. Die Ausbreitung des Erregers war zuvorderst eine humanitäre Katastrophe. Weltweit wurden bislang über 240 Millionen Infektionen nachgewiesen, wobei die Dunkelziffer hoch sein dürfte. Fast 5 Millionen Menschen verloren im Zusammenhang mit der Erkrankung ihr Leben.¹⁾ Erst dank der raschen Entwicklung wirksamer Vakzine verliefen neue Infektionswellen in den Fortgeschrittenen Volkswirtschaften zuletzt glimpflicher. Wesentlich angespannter bleibt die Lage in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern. Hier dürfte ein erheblicher Teil der Bevölkerung erst im kommenden Jahr geimpft werden.

*... mit massiven
weltwirtschaftlichen
Auswirkungen*

Ohne eine ausreichende Immunisierung der Bevölkerung bleiben Kontaktreduzierungen das erfolgversprechendste Mittel zur Eindämmung des hoch ansteckenden und gefährlichen Virus. Dabei setzten nur sehr wenige Regierungen ausschließlich auf freiwillige Verhaltensanpassungen, die meisten flankierten diese hingegen durch staatliche Maßnahmen. Eine Art Blaupause für derartige Maßnahmen lieferte China, wo die Pandemie ihren Anfang nahm. Schon Ende Januar 2020 wurde das öffentliche Leben in der Volksrepublik wegen der raschen Ausbreitung des Virus weitgehend lahmgelegt. Nur wenige Monate später standen weltweit Geschäfts- und Schulschließungen sowie Ausgangs- und Reisebeschränkungen auf der Tagesordnung. Die Folge war ein globaler Wirtschaftseinbruch historischen Ausmaßes. Im zweiten Vierteljahr 2020 unterschritt das weltweite reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) seinen Vorkrisenstand um rund 10 %. Selbst auf dem Höhepunkt der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 waren die Einbußen bei Weitem nicht so groß gewesen.²⁾

*Erholung
zunächst schnell
und kräftig, ...*

Mit dem Abflauen der ersten Pandemiewelle in vielen Ländern wurden im Verlauf des Frühjahres 2020 die Einschränkungen ein Stück weit zurückgenommen. Dies löste zunächst eine

kräftige wirtschaftliche Erholung aus, deren Geschwindigkeit viele Erwartungen übertraf.³⁾ Die globale Industrieproduktion und der Welthandel lagen schon zum Jahresende 2020 über ihren Vorkrisenniveaus. Als wesentlich beständiger erwiesen sich dagegen die Rückstände in kontaktintensiven Dienstleistungsbranchen. Gerade in Wirtschaftszweigen wie der Gastronomie, dem Veranstaltungsgewerbe oder dem Tourismus wurde die zeitweilig einsetzende Erholung mehrfach durch Maßnahmen zur Eindämmung neuer Infektionswellen zurückgeworfen. Gleichwohl fiel der Rückgang der allgemeinen Wirtschaftsleistung für das Gesamtjahr 2020 in den meisten Ländern deutlich geringer aus, als es beispielsweise vom Internationalen Währungsfonds (IWF) im Juni 2020 erwartet worden war.⁴⁾

Keine Weltregion blieb von der Pandemie und ihren wirtschaftlichen Folgen verschont. Dennoch scheinen manche Volkswirtschaften besser durch die Krise gekommen zu sein als andere. Bereits der Einbruch der Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr 2020 fiel unterschiedlich tief aus. Auch die anschließende Erholung verlief nicht in allen Ländern ähnlich schwungvoll oder stetig. In einer Reihe von Ländern

... aber mit großen regionalen Unterschieden

¹ Die Zahlenangaben stützen sich auf Daten der Johns-Hopkins-Universität, die amtliche nationale Statistiken zu Pandemiekennciffern auswertet. Die tatsächliche Verbreitung der Pandemie und die Zahl ihrer Todesopfer werden vermutlich deutlich unterschätzt. So geht etwa die Weltgesundheitsorganisation davon aus, dass im Jahr 2020 die Zahl der weltweiten Todesopfer aufgrund einer Infektion mit dem Coronavirus um etwa 40 % zu niedrig ausgewiesen wurde. Vgl.: Dong et al. (2020) sowie Weltgesundheitsorganisation (2021).

² Die BIP-Angaben beziehen sich auf eine Aggregation von 48 Volkswirtschaften unter Verwendung von Marktwechselkursen. Vom dritten Vierteljahr 2008 bis zum ersten Vierteljahr 2009 gab die Wirtschaftsleistung dieses Länderkreises lediglich um 4 % nach.

³ So endete die Rezession in den USA gemäß der weithin als offiziell anerkannten Expertendatierung bereits im April 2020. In der Chronologie aller Konjunkturzyklen seit dem Jahr 1854 war dies der mit Abstand kürzeste Konjunkturabschwung. Vgl.: National Bureau of Economic Research (2021).

⁴ Damals hatte der IWF für das Gesamtjahr 2020 mit einem globalen BIP-Rückgang um 4,9 % gerechnet. Nach neuesten Berechnungen beschränkte sich das Minus insbesondere aufgrund der schnellen Erholung in der zweiten Jahreshälfte 2020 auf 3,1 %. Siehe: Internationaler Währungsfonds (2020a).

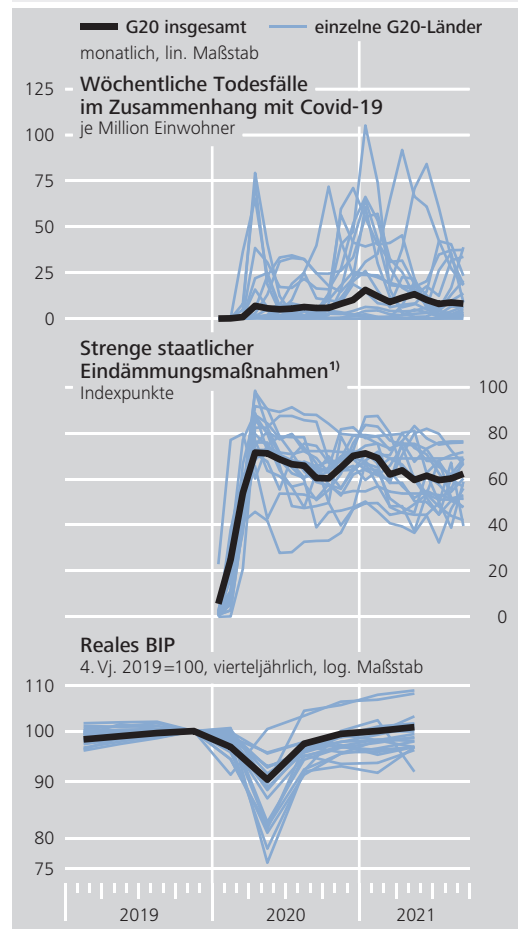
wurde das Vorkrisenniveau der Wirtschaftsleistung bereits wieder übertroffen. Dazu zählt insbesondere China, das sogar wieder auf den ursprünglichen Wachstumspfad einschwenkte. Der dortigen Wirtschaft verhalfen der schnelle Aufbau von Produktionskapazitäten für medizinische Schutzausrüstung sowie die Ausrichtung des Exportsektors auf bestimmte Konsumgüter zu einem kräftigen Aufschwung (vgl. dazu die Ausführungen auf S. 46 f.). In den USA liegt das reale BIP inzwischen wieder etwas höher als vor der Krise. Hingegen wurde in den größten Mitgliedsländern des Euroraums das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht.

Auswirkungen der Pandemie auf Mobilität und weltwirtschaftliche Aktivität

Einfluss staatlich verordneter und selbstauferlegter Verhaltensanpassungen ...

Eine Erklärung für das heterogene Länderbild sind Unterschiede in den Reaktionen auf die Pandemie mit Blick auf die ergriffenen Maßnahmen und deren Dauer. Im März und April 2020 gingen viele Regierungen entschieden gegen das Infektionsgeschehen vor und verordneten weitreichende Einschränkungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. In manchen Ländern wurde gar bis zuletzt versucht, die Verbreitung des Virus mit drastischen Maßnahmen zu verhindern. Andere wählten einen weniger strikten Kurs, sei es, weil die lokale Infektionslage dies erlaubte, weil in stärkerem Maße auf freiwillige Verhaltensanpassungen gesetzt wurde oder weil die wirtschaftliche Lage zusätzliche Einschränkungen zu kostspielig erscheinen ließ. Das komplexe Zusammenspiel zwischen Pandemielage, ergriffenen Maßnahmen, Verhaltensänderungen und Wirtschaftsentwicklung stellt empirische Arbeiten vor große Herausforderungen. So scheint es zwar plausibel anzunehmen, dass der starke BIP-Einbruch in Deutschland im Frühjahr 2020 auf staatliche Maßnahmen zurückzuführen war. Andere Länder mit einem weniger strikten Kurs erlebten jedoch auch erhebliche Rückgänge. Denn auch ohne administrative Maßnahmen

Pandemie- und Wirtschaftsindikatoren für G20-Länder⁵⁾



Quellen: Johns-Hopkins-Universität, Oxford COVID-19 Government Response Tracker, nationale Angaben und eigene Berechnungen. * Ohne EU-Aggregat. Für Restriktionen und Wirtschaftsaktivität BIP-Gewichtung zu Marktwechsellkursen. ¹ Werte von null kennzeichnen keine, Werte von 100 strengstmögliche Eindämmungsmaßnahmen.
 Deutsche Bundesbank

sorgte das Infektionsgeschehen für markante Verhaltensänderungen.⁵⁾

Eine Möglichkeit, diesen Schwierigkeiten zu begegnen und Ursache-Wirkungs-Beziehungen zu identifizieren, besteht in der Analyse hochfrequenter Daten. Tatsächlich liegen für fast alle Länder tagesaktuelle Angaben über das Infektionsgeschehen vor. Das Ausmaß der Einschränkungen aufgrund staatlicher Eindämmungs-

... kann anhand hochfrequenter Daten analysiert werden

⁵ In Schweden, wo zunächst weitgehend auf administrative Einschränkungen verzichtet und stattdessen auf Verhaltensempfehlungen gesetzt worden war, fiel der BIP-Rückgang im zweiten Vierteljahr 2020 mit gut 8% nur wenig milder aus als in Deutschland.

Zu den Gründen für das vergleichsweise gute Abschneiden der chinesischen Volkswirtschaft in der Pandemie

Als Ausgangsland der Pandemie musste China bereits zum Jahresbeginn 2020 einen massiven Rückgang der Wirtschaftstätigkeit hinnehmen. Von diesem Einbruch, der sowohl eine Reihe von Dienstleistungsbereichen als auch die Industrie betraf, erholte sich das Land erstaunlich schnell. Während andere Volkswirtschaften in den Abwärtsstrudel der Pandemie gerieten, erreichte das reale Bruttoinlandsprodukt Chinas bereits im zweiten Quartal 2020 wieder sein Vorkrisenniveau. Kurze Zeit später schwenkte es sogar wieder auf den ursprünglichen Wachstumspfad ein.

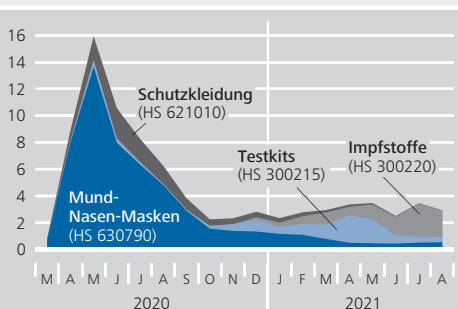
Einen wesentlichen Anteil an der dynamischen Erholung hatte die rigorose Eindämmungspolitik der chinesischen Behörden. Sie brachte das Infektionsgeschehen schnell und nachhaltig unter Kontrolle. Davon profitierten insbesondere die kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche. Für die rasche Erholung der Industrieproduktion war vor allem das Auslandsgeschäft maßgeblich.¹⁾ Die chinesischen Warenexporte legten 2020 (auf US-Dollar-Basis) um 3½% zu, obwohl die weltweiten Importausgaben im gleichen Jahr um rund 6% zurückgingen.²⁾

Der entscheidende Grund für das bemerkenswert gute Abschneiden der chinesischen Exporte war die Fähigkeit der dortigen Industrie, schnell und in großem Umfang die Waren liefern zu können, die im Zuge der Pandemie vermehrt nachgefragt wurden. Dazu gehörte zunächst medizinische Schutzausrüstung. Darüber hinaus erzeugte der Wechsel zahlreicher Angestellter ins Heimbüro weltweit einen deutlichen Mehrbedarf an IT-Ausrüstungen. Zudem verschob sich die globale Konsumnachfrage: Die privaten Haushalte schränkten infolge der Eindämmungsmaßnahmen oder freiwilliger Verhaltensänderungen den Konsum kontaktintensiver Dienstleistungen stark ein, erwarben im Gegenzug aber vermehrt Waren, zum Beispiel Elektronikgeräte oder Möbel. Die auf Konsumgüter spezialisierte chinesische Exportwirtschaft profitierte hiervon enorm.

Um die Bedeutung des Sortimentseffekts für den chinesischen Exporterfolg zu quantifizieren, schlüsseln wir die chinesischen Exporte für die beiden letzten Jahre nach rund 5 000 Produktgruppen auf und stellen ihnen die jeweiligen weltweiten Exporte gegenüber.³⁾ Dann fragen wir, welche Exporteinnahmen sich für China im Jahr 2020 ergeben hätten, wenn das Land in den einzelnen Warengruppen an der Entwicklung des globalen Handels mit den jeweiligen produktspezifischen Weltmarktanteilen aus dem Jahr 2019 partizipiert hätte. Es zeigt sich, dass der so für 2020 ermittelte

China: pandemiebedingte Mehreinnahmen in ausgewählten Exportkategorien¹⁾

Mrd US-\$



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Trade Data Monitor. * Exportwert abzüglich des durchschnittlichen Exportwertes im jeweils gleichen Monat in den Jahren 2018 und 2019. Deutsche Bundesbank

1 Ein weiterer wichtiger Grund war die deutliche Ausweitung der öffentlichen Investitionstätigkeit.

2 Die wertmäßigen Warenimporte Chinas hingegen hielten 2020 das Niveau des Vorjahres nicht ganz. Ausschlaggebend war aber der starke Preisverfall bei Rohstoffen. Klammert man diese Produkte aus, ergab sich ein Zuwachs von knapp 3%. Von der im Kern recht kräftigen Importnachfrage Chinas profitierte auch die deutsche Exportwirtschaft (vgl.: Deutsche Bundesbank (2020)).

3 Der Disaggregation liegt die Warenklassifikation nach dem Harmonisierten System (HS) auf der Sechssteller-Ebene zugrunde. Die Daten wurden der Datenbank „Trade Data Monitor“ entnommen.

hypothetische Exportwert lediglich um 1,4 % unter den Exporteinnahmen von 2019 gelegen hätte, während der Welthandel um 6 % schrumpfte.

In einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld hatte der Sortimentseffekt also eine stabilisierende Wirkung auf die chinesischen Exporte. Dass diese aber tatsächlich sogar zulegen konnten, bedarf weiterer Erklärungen. China gewann in einzelnen Warengruppen erheblich an Weltexportanteilen. Besonders eindrucksvoll fielen diese Zuwächse bei Produkten aus dem Bereich der persönlichen Schutzausrüstung aus. Dazu zählen beispielsweise Mund-Nasen-Masken, bei denen die globale Nachfrage zu Beginn der Pandemie innerhalb weniger Wochen förmlich explodierte. China gelang es, seine Produktionskapazitäten kurzfristig extrem zu steigern und dadurch die weltweite Mehrnachfrage fast vollständig auf sich zu vereinen. Insgesamt trugen pandemiebezogene Medizinprodukte gut 2½ Prozent-

punkte zum Wachstum der chinesischen Exporte im letzten Jahr bei.⁴⁾

In den ersten drei Quartalen dieses Jahres büßte die gesamtwirtschaftliche Aufwärtsbewegung in China spürbar an Tempo ein. Auch hierfür spielten wiederum die Exporte eine wichtige Rolle. Im ersten Quartal setzten sie ihre Expansion noch schwungvoll fort. Mit dem Abflauen der Pandemie und der damit beginnenden Normalisierung beim Warenkonsum in den Industrieländern scheint die Sonderkonjunktur im Export seither jedoch auszulaufen.⁵⁾ Die chinesische Volkswirtschaft ist damit wieder verstärkt auf inländische Wachstumsimpulse angewiesen.

4 Hierzu zählten neben den Mund-Nasen-Masken (HS-Code: 630790) auch Schutzkleidung (621010), Testkits (300215), Desinfektionsmittel (380894) und Laborreagenzien (382200).

5 Zwar lagen die Einnahmen aus Warenexporten auch im 3. Vj. 2021 noch um fast 25 % über dem Vorjahresstand. Hierzu dürften jedoch Preisanhebungen maßgeblich beigetragen haben.

maßnahmen kann anhand des von der Universität Oxford entwickelten Strengeindex approximiert werden.⁶⁾ Hochfrequente Informationen über das Mobilitätsverhalten kommen als Bindeglied in der Wirkungskette zwischen staatlich verordneten oder selbstauferlegten Einschränkungen auf der einen und der Wirtschaftsleistung auf der anderen Seite in Betracht. So zeigen sich in den Daten über die Bewegungsmuster der Nutzer von Mobiltelefonen im zeitlichen Umfeld von Pandemiewellen erhebliche Verschiebungen: Während in Hochinzidenzphasen die Anwesenheitszeiten am Wohnort in der Regel erheblich zunahm, fanden sich spiegelbildlich deutlich weniger Menschen an ihren Arbeitsstätten ein, und Verbraucher blieben Gastronomiebetrieben und Freizeiteinrichtungen fern.

Eine eigene empirische Untersuchung, aufbauend auf Arbeiten des IWF zu den Entwicklungen während der ersten Monate der Pandemie, analysiert diese Zusammenhänge mittels eines

breit gefassten Mobilitätsmaßes⁷⁾ für einen großen, 128 Volkswirtschaften umfassenden Länderkreis.⁸⁾ Von besonderem Interesse ist die Mobilitätsreaktion auf eine Verschärfung staatlich verordneter Restriktionen⁹⁾ sowie auf anzie-

6 In die Berechnung des Index fließen staatliche Beschränkungen des Schulbetriebs, der Unternehmenstätigkeit und des öffentlichen Nahverkehrs sowie von Veranstaltungen und Versammlungen ebenso ein wie verschiedene Eingriffe in die Bewegungsfreiheit der Bürger. Indexwerte von null kennzeichnen dabei keine, Werte von 100 strengstmögliche Eindämmungsmaßnahmen. Für eine Beschreibung des Index vgl.: Hale et al. (2021).

7 Es ergibt sich für jedes Land aus den Mittelwerten folgender Teilindizes der nationalen Google-Mobilitätsberichte: Einzelhandel und Freizeit, Läden des täglichen Bedarfs, Bahnhöfe und Haltestellen sowie Arbeitsstätten. Jeder Teilindikator misst für sich genommen die prozentuale Änderung des Besucheraufkommens gegenüber dem Referenztag im Januar/Februar 2020. Um Schwankungen im Wochenverlauf zu reduzieren, geht der Mobilitätsindex in die Schätzungen als gleitender 7-Tage-Durchschnitt ein. Vgl.: Google LLC (2021).

8 Vgl.: Internationaler Währungsfonds (2020b) sowie – für eine ausführlichere Diskussion von Ansatz und Ergebnissen – Caselli et al. (2021).

9 Gemessen anhand des um den Einfluss öffentlicher Informationsveranstaltungen bereinigten Strengeindex des Oxford Covid-19 Government Response Tracker.

Hochfrequente Mobilitäts- und Wirtschaftsindikatoren

Medianwerte über alle verfügbaren Länder

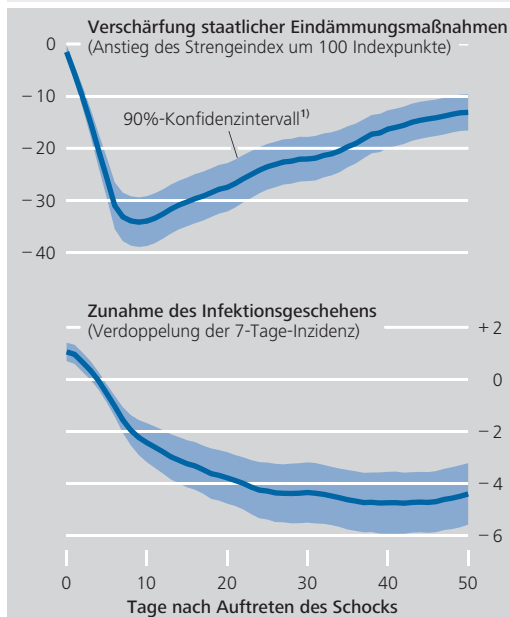


Quellen: Google Covid-19 Community Mobility Report, OECD und eigene Berechnungen. **1** Mittelwert folgender Teilindizes der nationalen Google-Mobilitätsberichte: Einzelhandel und Freizeit, Läden des täglichen Bedarfs, Bahnhöfe und Haltestellen sowie Arbeitsstätten. **2** Gemäß OECD Economic Activity Tracker.

Deutsche Bundesbank

Globale Mobilitätsreaktionen auf Pandemieschocks*)

in %



Quelle: Eigene Berechnungen. * Impuls-Antwort-Folgen abgeleitet aus lokalen Projektionen. Schätzgleichungen regressieren Mobilitätsindizes auf kontemporäre und verzögerte Indikatoren für die Strengung staatlicher Eindämmungsmaßnahmen und des Pandemiegeschehens sowie fixe Länder- und Zeiteffekte. **1** Basierend auf geklusterten Standardfehlern.

Deutsche Bundesbank

hende Fallzahlen, von denen angenommen wird, dass sie freiwillige Verhaltensanpassungen auslösen.¹⁰⁾ Annahmen über die Inkubationszeit und die Dauer politischer Entscheidungsprozesse erlauben dabei aufgrund der hohen Datenfrequenz die Identifikation sogenannter Pandemieschocks.¹¹⁾

Die über lokale Projektionen für den Zeitraum von Januar 2020 bis einschließlich Juni 2021 geschätzten Impuls-Antwort-Folgen legen nahe, dass staatliche Restriktionen die Mobilität tatsächlich stark dämpften.¹²⁾ Eine unmittelbare Einführung schärfster Eindämmungsmaßnahmen, die unter anderem landesweite Ausgangssperren und weitreichende Geschäftsschließungen vorsehen, drückte demnach die Mobilität um fast 35%.¹³⁾¹⁴⁾ Nach einer guten Woche beginnen die geschätzten Effekte allmählich aus-

Anziehende Infektionsdynamik und Eindämmungsmaßnahmen dämpften Mobilität kräftig

10 Das Infektionsgeschehen wird durch die 7-Tage-Inzidenz erfasst, d. h. durch die Anzahl der Neuinfektionen innerhalb von sieben Tagen pro 100 000 Einwohner, wie sie sich aus den Daten der Johns-Hopkins-Universität ergibt. Der Auswahl des Indikators liegt die Annahme zugrunde, dass die Bevölkerung ihr Verhalten eher an dem aktuellen Infektionsgeschehen ausrichtet als an Kennzahlen, die den Pandemieverlauf nur verzögert nachzeichnen. Anhaltenden Unterschieden in den nationalen Teststrategien wird in den Schätzungen durch die Aufnahme länderspezifischer fixer Effekte Rechnung getragen. Die Ergebnisse für Spezifikationen, die stattdessen Todeszahlen als Pandemieindikator verwenden, sind qualitativ ähnlich.

11 Konkret wird unterstellt, dass unerwartete Änderungen staatlicher Eindämmungsmaßnahmen oder eine nicht vorhergesehene Entwicklung der Infektionsdynamik die Mobilität unmittelbar beeinflussen. Mobilitätsschocks wirken dagegen annahmegemäß nur verzögert auf die übrigen Variablen.

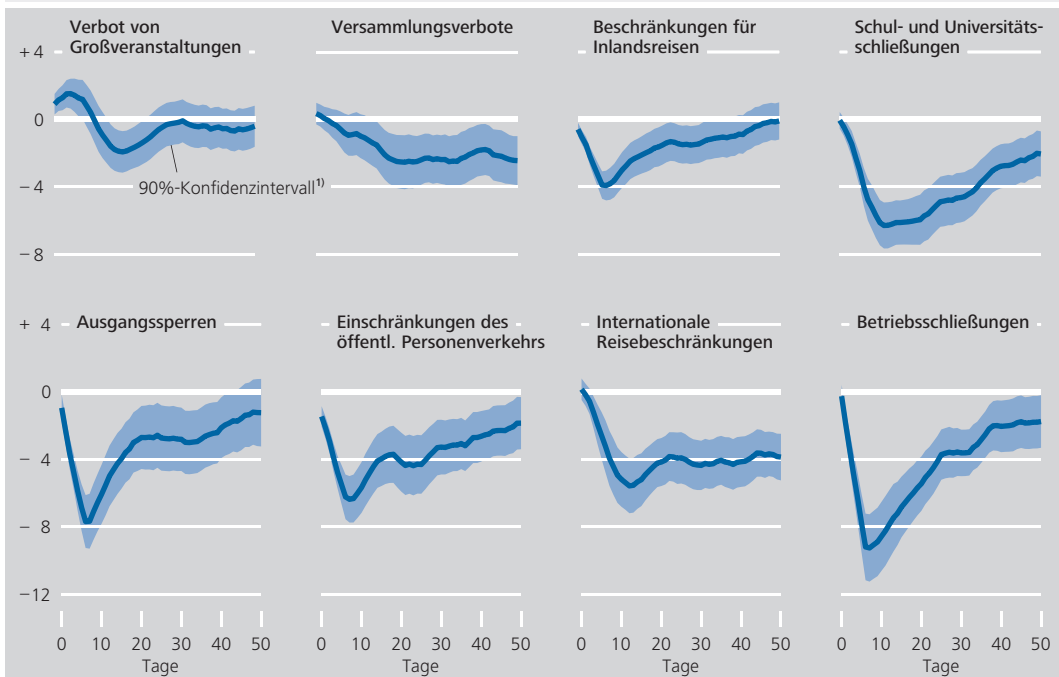
12 Die Impuls-Antwort-Folgen ergeben sich aus den geschätzten Koeffizienten von Regressionen, welche die zukünftige Mobilitätsentwicklung mithilfe der Pandemie- und Eindämmungsvariablen erklären. Die Projektionsgleichungen berücksichtigen zudem Realisationen aller Variablen (inklusive der abhängigen) während der vorangegangenen zwei Wochen sowie zeit- und länderspezifische fixe Effekte. Der Ansatz ist somit weitgehend äquivalent zu der Schätzung eines vektorautoregressiven Modells (VAR) mit Panelstruktur. Vgl. hierzu auch: Jordà (2005) sowie Plagborg-Møller und Wolf (2021).

13 Da die Mobilitätsindizes die prozentuale Abweichung der Mobilität von einem Referenzniveau im Januar/Februar 2020 erfassen, geben die Impuls-Antwort-Folgen genau genommen die den Maßnahmen zuzuschreibenden Reaktionen in Prozentpunkten wieder. Dies entspricht approximativ der prozentualen Veränderung im Mobilitätsniveau. Sämtliche hier beschriebenen Reaktionen sind zumindest auf einem 10 %igen Signifikanzniveau von null verschieden.

14 In Ländern wie Italien, wo im Frühjahr 2020 kurzfristig ähnlich strenge Regeln galten, entspricht dies in etwa der Hälfte des tatsächlich beobachteten Mobilitätsrückgangs.

Globale Mobilitätsreaktionen auf die Verschärfung spezifischer Eindämmungsmaßnahmen^{*)}

Veränderungen des Mobilitätsmaßes in % infolge einer Erhöhung des jeweiligen Strengeindex um 100 Indexpunkte



Quelle: Eigene Berechnungen. * Impuls-Antwort-Folgen abgeleitet aus lokalen Projektionen. Schätzgleichungen regressieren Mobilitätsindizes auf kontemporäre und verzögerte Indikatoren für die Strenge spezifischer und allgemeinerer staatlicher Eindämmungsmaßnahmen und des Pandemiegeschehens sowie fixe Länder- und Zeiteffekte. ¹ Basierend auf geclusterten Standardfehlern.
 Deutsche Bundesbank

zulaufen, wofür die Erfolge der Maßnahmen bei der Verlangsamung des Infektionsgeschehens und eine folgende Lockerung der Beschränkungen ausschlaggebend gewesen sein dürften. Die Ergebnisse zeigen zudem, dass eine zunehmende Infektionsdynamik alleine bereits einen deutlichen Mobilitätsrückgang zur Folge hatte. Nach einer Verdoppelung der 7-Tage-Inzidenz sank die Mobilität im Durchschnitt immerhin um knapp 5% und erholte sich auch nach fast zwei Monaten kaum. Maßgeblich für diese Reaktion bei zunächst unveränderten staatlichen Restriktionen dürften selbstaufgelegte Vorsichtsmaßnahmen der Bevölkerung gewesen sein.¹⁵⁾ Da sich die Fallzahlen in jeder der vergangenen Pandemiewellen nicht nur verdoppelten, sondern vervielfachten, dürften neben den staatlichen Eindämmungsmaßnahmen freiwillige Verhaltensanpassungen wesentlich zu den beobachteten Mobilitäts- und Aktivitätsrückgängen beigetragen haben. Diese Beobachtung steht im Einklang mit den Erkenntnissen des IWF für die ersten Monate der

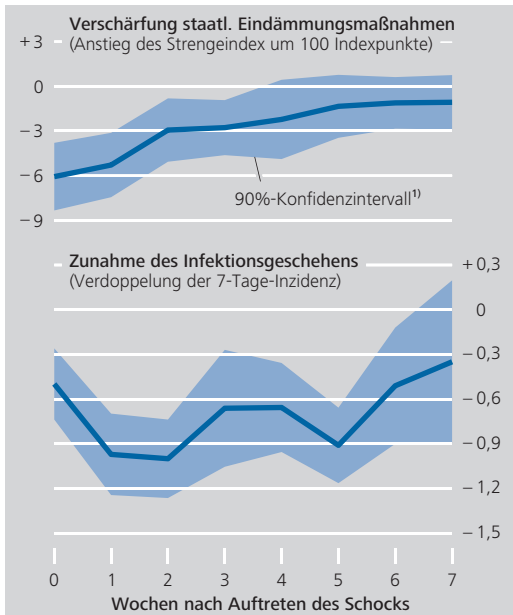
Pandemie sowie einer Vielzahl wissenschaftlicher Studien zu diesem Thema.¹⁶⁾

Ein genauerer Blick auf die einzelnen Eindämmungsmaßnahmen zeigt, dass diese die Mobilität und damit wohl auch die gesamtwirtschaftliche Aktivität und den Pandemieverlauf sehr

¹⁵ Zumindest zum Teil dürften die im Zeitablauf zunächst zunehmenden Effekte allerdings auch verzögerte Straffungen von Eindämmungsmaßnahmen widerspiegeln. Einen solchen Zusammenhang legen u. a. separat geschätzte Impuls-Antwort-Folgen für die Anpassung von Eindämmungsmaßnahmen nach einer Verdoppelung der Fallzahlen nahe.
¹⁶ So bescheinigen zwar etwa Chernozhukov et al. (2021) Ausgangsbeschränkungen und Geschäftsschließungen eine hohe Wirksamkeit. Andere Studien, darunter Gupta et al. (2020) sowie Goolsbee und Syverson (2021), stellen aber heraus, dass erhebliche Änderungen des Mobilitätsverhaltens schon vor der Straffung oder Lockerung von Eindämmungsmaßnahmen zu beobachten waren, und betonen die Rolle selbstaufgelegter Verhaltensanpassungen. Auch die massive Verschlechterung am US-Arbeitsmarkt während der ersten Pandemiemonate kann wohl nur zum Teil durch staatliche Eindämmungsmaßnahmen erklärt werden; vgl. bspw.: Baek et al. (2021) sowie Kong und Prinz (2020).

Globale Wirtschaftsaktivität nach Pandemieschocks^{*)}

in %



Quelle: Eigene Berechnungen. * Impuls-Antwort-Folgen abgeleitet aus lokalen Projektionen. Schätzgleichungen regressieren Aktivitätsindizes auf kontemporäre und verzögerte Indikatoren für die Strenge staatlicher Eindämmungsmaßnahmen und des Pandemiegesehens sowie fixe Länder- und Zeiteffekte. **1** Basierend auf geclusterten Standardfehlern.

Deutsche Bundesbank

Scharfe Verbote, Ausgangssperren und Betriebs-schließungen besonders einschränkend

unterschiedlich beeinflussten.¹⁷⁾ So reduzierten zwar auch reine Verhaltensempfehlungen – etwa zur Präsenz am Arbeitsplatz oder zur Kontaktreduktion im öffentlichen Raum – die Mobilität spürbar.¹⁸⁾ Verpflichtende Maßnahmen, wie verordnete Betriebsschließungen oder Ausgangssperren, hinterließen aber deutlich stärkere Spuren. Dies gilt auch im Vergleich zu Verordnungen, die in andere Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens eingriffen. Während strikte Betriebsschließungen und Ausgangssperren für sich genommen die Mobilität um fast 10 % beziehungsweise 8 % dämpften, waren die Effekte von Versammlungsverboten, internationalen Reisebeschränkungen und Einschränkungen bei Großveranstaltungen deutlich geringer.¹⁹⁾ Insgesamt legen die Ergebnisse somit nahe, dass diejenigen Maßnahmen den stärksten Einfluss auf das Bewegungsverhalten ausübten, die auch mit besonders hohen ökonomischen Kosten einhergehen dürften.

Da gesamtwirtschaftliche Aktivitätsmaße in der Regel nur auf vierteljährlicher Basis vorliegen, ist es nicht ohne Weiteres möglich, mit einem Hochfrequenzansatz BIP-Einbußen direkt zu untersuchen. Die OECD wertet jedoch wöchentlich Internet-Suchanfragen zu zentralen wirtschaftlichen Themen aus und schätzt auf dieser Basis die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ab.²⁰⁾ Die sich daraus ergebenden Indikatoren, welche für 46 Länder vorliegen, erlauben es, den BIP-Verlauf seit Anfang 2020 in hoher Frequenz zumindest grob nachzuvollziehen. Stellt man die lokalen Projektionen auf diese Daten ab, so bestätigt sich, dass sowohl selbst-auferlegte als auch verordnete Verhaltensanpassungen während der Pandemie mit erheblichen Aktivitätseinbußen einhergingen. Für sich genommen würde eine maximale Verschärfung staatlicher Eindämmungsmaßnahmen die Wirtschaftsaktivität unmittelbar um rund 6 % unter die vor der Pandemie erwartete Basislinie drücken.²¹⁾ Auch die Effekte einer Verdoppelung des Infektionsgeschehens sind statistisch signifikant. Diese verringern das BIP der Schätzung zufolge um bis zu 1 %.

Auch gesamtwirtschaftliche Aktivität stark beeinträchtigt

17 Für die folgenden Analysen wurde in den lokalen Projektionen neben dem jeweils im Mittelpunkt des Interesses stehenden Maß für eine bestimmte Art von Eindämmungsmaßnahmen ein zweiter Indikator berücksichtigt, der die Strenge der Restriktionen in allen anderen Kategorien zusammenfasst.

18 Diese Unterscheidung macht sich zunutze, dass auf Ebene der Komponenten des Oxford Covid-19 Government Response Tracker Verhaltensempfehlungen von unterschiedlich weitreichenden verpflichtenden Maßnahmen abgegrenzt werden.

19 Allerdings zeigt sich auch, dass Maßnahmen, die – wie die internationalen Reisebeschränkungen – seit Pandemieausbruch vielerorts zum Alltag gehören, mit vergleichsweise lang anhaltenden Mobilitätseinschränkungen einhergingen.

20 Vgl.: OECD (2020).

21 Hierbei handelt es sich um eine eher konservative Schätzung. Die Identifikation der Effekte staatlicher Eindämmungsmaßnahmen wird in dieser Untersuchung dadurch erschwert, dass viele der vornehmlich Fortgeschrittenen Volkswirtschaften in der Stichprobe Restriktionen in der gleichen Woche verschärften bzw. lockerten. Ein erheblicher Teil der Variation wird daher durch fixe Zeiteffekte erklärt. Berücksichtigt man diese in den Schätzungen nicht, fällt der ermittelte Rückgang der Wirtschaftsaktivität infolge einer maximalen Verschärfung staatlicher Eindämmungsmaßnahmen fast dreimal so stark aus.

Unterschiede in der wirtschaftlichen Betroffenheit der Euro-Länder

Wirtschaftliche Auswirkungen der Coronakrise über Länder hinweg recht heterogen

Die bisherige Analyse blendet die Heterogenität zwischen den Ländern weitgehend aus. Die Pandemie belastete die einzelnen Länder jedoch unterschiedlich stark und zu unterschiedlichen Zeiten. Dies verdeutlicht insbesondere ein Vergleich Chinas mit dem Rest der Welt. In der Volksrepublik standen bereits im Januar 2020 viele Produktionsanlagen still. Wenige Monate später brach dann andernorts die Wirtschaftsaktivität ein. Dazu trug die Störung internationaler Wertschöpfungsketten infolge von Lieferausfällen für chinesische Produkte bei (vgl. die Ausführungen auf S. 52 ff.).

Große Spannweite der Aktivitätseinbußen im Euroraum

Auch die Volkswirtschaften des Euroraums kamen sehr unterschiedlich durch die Krise. Dies deutete sich bereits im ersten Halbjahr 2020 an. Zum Höhepunkt der Krise im zweiten Vierteljahr reichten die BIP-Verluste (jeweils gegenüber dem Vorkrisenstand) von 4½ % in Litauen bis zu 22 % in Spanien.²²⁾ Auch ein Jahr später, nach einer schnell einsetzenden, aber teils holprigen Erholung, stellte sich die Lage weiterhin heterogen dar. Während das BIP in einigen Mitgliedsländern seinen jeweiligen Vorkrisenstand im Frühjahr 2021 bereits wieder übertraf, lag es in Spanien noch gut 8 % niedriger. Etwas geringer waren die Rückstände in Italien mit 4 % sowie in Deutschland und in Frankreich mit jeweils 3 %.

Pandemiegeschehen, Eindämmungsmaßnahmen und Mobilitätsverhalten korrelieren stark mit unmittelbaren wirtschaftlichen Einbußen

Unterschiede im Infektionsgeschehen erklären das heterogene Länderbild zum Teil. Hierauf deuten zumindest einfache Korrelationsanalysen hin. Gerade im ersten Halbjahr 2020 fielen die gesamtwirtschaftlichen Verluste klar mit der Intensität der Pandemie zusammen.²³⁾ Eine noch engere Beziehung mit den BIP-Verlusten im ersten Halbjahr 2020 ergibt sich bei der Betrachtung der Strenge staatlicher Eindämmungsmaßnahmen²⁴⁾ und des Mobilitätsindikators²⁵⁾. Insgesamt stützen die Ergebnisse die Hypothese, dass insbesondere die Länder tiefe BIP-Einbrüche hinnehmen mussten, die von der

Pandemie besonders stark betroffen waren, in denen strengere oder länger andauernde Eindämmungsmaßnahmen galten und deren Bevölkerungen ihre Mobilität stärker einschränkten.

Allerdings schwächte sich der Zusammenhang zwischen dem Pandemiegeschehen sowie der Mobilität und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung später ab. Die Korrelation der Indikatoren mit den seit Pandemiebeginn kumulierten BIP-Verlusten sank. Ursächlich dafür dürfte unter anderem gewesen sein, dass sich Unternehmen durch den Einsatz von Hygienekonzepten und das verstärkte mobile Arbeiten besser an die Pandemiebedingungen anpassten und Haushalte aufgrund der Beschränkungen vermehrt kontaktlose Vertriebswege nutzten.

Da während der Pandemie Kontakte reduziert wurden, erlitten Wirtschaftsbereiche wie die Gastronomie und das Beherbergungsgewerbe, aber auch Verkehrsdienstleistungen und der Kulturbetrieb schwere Einbußen. Volkswirtschaften, für welche diese Sektoren ein wichtiges Standbein darstellen, waren entsprechend besonders stark betroffen. Die Korrelationsanalyse legt nahe, dass die Bedeutung der Wirtschaftsstruktur für die BIP-Entwicklung im Zeitablauf sogar zunahm. So zeigt sich beispielsweise ein enger Zusammenhang zwischen dem

Zusammenhänge werden im Zeitablauf schwächer

Länder mit bedeutendem Gastgewerbe oder Tourismussektor bislang von der Krise am stärksten betroffen

²² Irland verzeichnete nur im zweiten Vierteljahr 2020 einen leichten Rückgang des realen BIP, und die gesamtwirtschaftliche Aktivität übertraf bereits im Folgequartal wieder das Vorkrisenniveau. Allerdings wird der statistische Ausweis der Wirtschaftsleistung in Irland seit mehreren Jahren wesentlich von Dispositionen multinationaler Unternehmen bestimmt (vgl.: Deutsche Bundesbank (2018)). Aus diesem Grund wird Irland von den folgenden Analysen ausgeschlossen.

²³ Die Intensität der Pandemie wird anhand amtlicher Todeszahlen approximiert. Für einen Vergleich der Betroffenheit verschiedener Länder von der Pandemie sind die Todesfälle den Infektionszahlen als Indikator vorzuziehen, da letztere maßgeblich von der jeweiligen Teststrategie abhängen.

²⁴ Wie zuvor wird die Strenge staatlicher Eindämmungsmaßnahmen durch den Strengeindex des Oxford Covid-19 Government Response Tracker (ohne Einfluss öffentlicher Informationsveranstaltungen) approximiert.

²⁵ Es wird erneut das breit gefasste Mobilitätsmaß als Mittelwert der Teilindizes der nationalen Google-Mobilitätsberichte Einzelhandel und Freizeit, Läden des täglichen Bedarfs, Bahnhöfe und Haltestellen sowie Arbeitsstätten verwendet.

Zur Rolle der Unterbrechung chinesischer Lieferketten für Produktionseinbrüche in den USA und in der EU im Frühjahr 2020

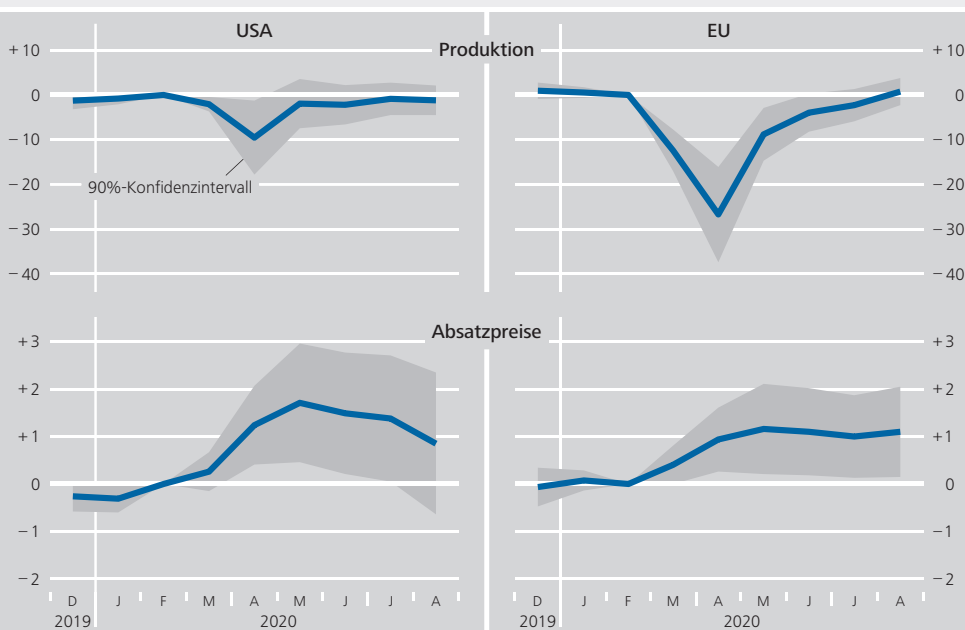
Die Regierung der Volksrepublik China reagierte auf den Ausbruch der Coronavirus-Pandemie ab Ende Januar 2020 mit Betriebsschließungen und weitgehenden Mobilitätsbeschränkungen für Arbeitskräfte. Aufgrund der großen Bedeutung chinesischer Unternehmen für den internationalen Warenhandel wurden dadurch zahlreiche Lieferketten gestört. Im März und April 2020 nannten dies viele Industrieunternehmen auf der ganzen Welt als wesentliches Produktionshemmnis. Mehr oder minder zeitgleich nahmen vielerorts aber auch die direkten pandemiebedingten Belastungen zu. Entsprechend schwierig ist es, die Bedeutung der auf China zurückgehenden Unterbrechungen der Wertschöpfungsketten für den globalen Produktionseinbruch im Frühjahr 2020 herauszuarbeiten.

Eine Möglichkeit, diese Effekte näherungsweise zu bestimmen, besteht in einem Vergleich von Entwicklungen in Sektoren, die in unterschiedlichem Maß auf Zulieferungen aus China angewiesen sind. Für diesen Zweck wird auf einer tiefen Gliederungsebene der Industrien in den USA und der EU ein Abhängigkeitsmaß mithilfe von Input-Output-Tabellen berechnet.¹⁾ Alle Sektoren werden anhand der Kostenanteile von Vorlieferungen aus China in stärker und schwächer

¹ Für die USA werden die Input-Output-Tabellen des Bureau of Economic Analysis von 2012 sowie Zollwerte aus dem Jahr 2019 des U.S. Census Bureau verwendet. In die Rechnung werden nur Vorleistungen und Kapitalgüter einbezogen. Für die EU werden die Aufkommens- und Verwendungstabellen von 2017 sowie Zollwerte für 2019 von Eurostat genutzt.

Auswirkungen erhöhter Abhängigkeit von chinesischen Vorleistungen im Frühjahr 2020¹⁾

in %, Basisperiode: Februar 2020



Quellen: Federal Reserve Board, Bureau of Economic Analysis, Census Bureau, Haver Analytics, Eurostat und eigene Berechnungen.
 * Die Stichprobe umfasst Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes aus den USA bzw. aus der EU. Angaben beziehen sich auf Unterschiede zwischen besonders von chinesischen Vorleistungen abhängigen Sektoren im Vergleich zu weniger abhängigen Sektoren.
 Deutsche Bundesbank

cher exponierte Industriezweige unterteilt.²⁾ In einer Paneldatenanalyse mit monatlichen Daten zu Produktion, Beschäftigung und Absatzpreisen der Sektoren können dann die Auswirkungen einer starken Abhängigkeit von chinesischen Zulieferungen abgeschätzt werden.³⁾

Die Schätzungen zeigen, dass die Produktion in Industrien mit einer hohen Abhängigkeit von chinesischen Zulieferungen im März und April 2020 deutlich stärker zurückging als in anderen Industrien. In den USA ergeben sich im April Unterschiede von fast 10 %, in der EU sogar von annähernd 27 %. Diese Diskrepanz hielt jedoch nicht an. Ab Juli 2020 finden sich keine signifikanten Unterschiede zwischen Industriezweigen mit über- und unterdurchschnittlicher Abhängigkeit von chinesischen Vorleistungen. Das dürfte an der raschen Aufhebung der Beschränkungen in China liegen, in deren Folge sich der dortige Außenhandel bereits im April wieder vollständig erholte.

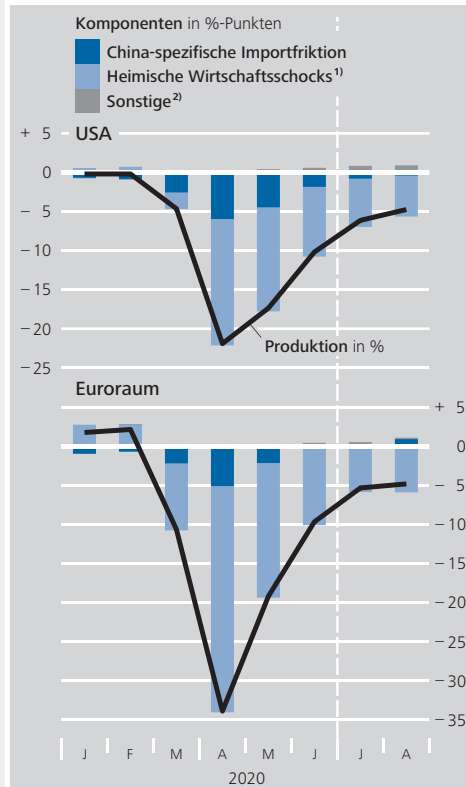
2 Der Anteil chinesischer Vorleistungen an den Produktionskosten liegt im Median sowohl in den USA als auch in der EU bei rd. 1%. In den Industrien, die über Median gegenüber chinesischen Vorleistungen exponiert sind, beträgt der Anteil durchschnittlich deutlich über 2 %.

3 In die Analyse gehen für die USA vierstellige NAICS-Industrien des Verarbeitenden Gewerbes für den Zeitraum Januar 2019 bis März 2021 aus dem G.17 Release des Board of Governors des Federal Reserve Systems ein. Für die EU liegen für denselben Zeitraum Daten für (vor allem dreistellige) NACE Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes von Eurostat vor. Die Regression kontrolliert für zeitfixe Effekte sowie industriespezifische fixe Effekte. Zudem wird für die allgemeine Abhängigkeit von importierten Vorleistungen sowie den Grad der Handelsoffenheit im Zeitverlauf kontrolliert. Einige Sektoren, die eine besondere Betroffenheit von heimischen Restriktionen aufweisen könnten, wurden in der Analyse ausgeschlossen, so die Transportgüter- und Kleidungsproduktion. Vgl.: Khalil und Weber (2021). Eine ähnliche Analyse für die Rolle von internationalen Wertschöpfungsketten zu Beginn der Pandemie in den USA zeigen Meier und Pinto (2020). Zudem beleuchten auch Santacreu et al. (2021) die Rolle einer hohen Exposition gegenüber importierten Vorleistungen.

4 In der Untersuchung wurde der Sektor der benzin- und kohleverarbeitenden Industrie ausgeschlossen, um die Entwicklung bei den Energiepreisen auszuklamern.

Bedeutung China-spezifischer Importfraktionen für den Einbruch der Industrieproduktion im Frühjahr 2020^{*)}

im Vergleich zu Dezember 2019



Quellen: Federal Reserve Board, Bureau of Economic Analysis, Census Bureau, Haver Analytics, Eurostat sowie eigene Berechnungen. * Aus einem rekursiv identifizierten strukturellen VAR-Modell abgeleitete Beiträge kontemporärer und vergangener Realisierungen von Schocks. **1** Direkte Schocks auf den heimischen Konsum oder auf die heimische Industrieproduktion. **2** Störungen im Handel mit der übrigen Welt sowie deterministische Komponente.

Deutsche Bundesbank

Zudem zeigen die Schätzungen, dass die Absatzpreise in den besonders von chinesischen Vorleistungen abhängigen Industrien zu Beginn der Pandemie leicht zulegten, während die Preise in den weniger exponierten Industrien zurückgingen. Im April und Mai 2020 ergaben sich für die USA um 1% bis 2% höhere Preise in den besonders abhängigen Sektoren. In der EU, wo die Entwicklung sehr ähnlich war, betrug das entsprechende Preisdifferential rund 1%.⁴⁾ Also hatten ausbleibende Vorleistungsimporte aus China wohl in weiten Teilen des Ver-

arbeitenden Gewerbes der USA und der EU angebotsseitige Verwerfungen zur Folge.⁵⁾

Neben den Auswirkungen auf Sektorenebene sind auch die gesamtwirtschaftlichen Effekte der chinesischen Lieferausfälle von Interesse. Um diese zu erfassen, bietet sich eine Analyse mittels eines strukturellen vektorautoregressiven Modells an. In das Modell, das separat für die USA und den Euroraum geschätzt wird, gehen der private Warenverbrauch, die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes, Warenimporte aus der übrigen Welt (ohne China) sowie Warenimporte aus China ein.⁶⁾

Eine historische Schockzerlegung auf Basis der Schätzergebnisse zeigt zunächst, dass der Rückgang der Warenimporte der USA und des Euroraums aus China im Februar und März 2020 auf China-spezifische Handelsfriktionen zurückgeführt werden kann.⁷⁾ Diese Verwerfungen trugen auch zu den deutlichen Produktionseinbußen des Verarbeitenden Gewerbes in den Frühjahrsmonaten 2020 in den USA und im Euroraum bei. In beiden Regionen klangen sie nach wenigen Monaten wieder merklich ab. Der wichtigere Faktor hinter dem Rückgang der Industrieproduktion war der Schockzerlegung zufolge aber die jeweilige heimische wirtschaftliche Entwicklung.

Zusammengefasst deuten die Analysen also darauf hin, dass die Unterbrechungen in den grenzüberschreitenden Wertschöpfungsketten infolge der chinesischen Eindämmungsmaßnahmen die Industriekonjunktur in den USA und der EU zu Beginn der Pandemie spürbar in Mitleidenschaft zogen. Die Störungen im Handel mit China waren aber nicht die Hauptursache für den damaligen Einbruch der Produktion. Die Belastungen waren zudem von kurzer Dauer, da China vergleichsweise schnell die Fertigung von Vorprodukten wieder hochfuhr.

Diese Erfahrungen lassen auch erwarten, dass die jüngsten Produktionsunterbrechungen infolge lokaler Infektionsausbrüche in einigen Schwellenländern keine gravierenden und langanhaltenden Schäden für die Weltwirtschaft nach sich ziehen werden.

5 Für die USA, wo detaillierte Daten zur Beschäftigung vorliegen, kann gezeigt werden, dass eine erhöhte Abhängigkeit von China auch die Beschäftigung im Frühjahr 2020 erheblich dämpfte. Das deutet darauf hin, dass Vorleistungen und Arbeitskräfte im Verarbeitenden Gewerbe zumindest in der kurzen Frist komplementär eingesetzt werden.

6 Alle Daten für die USA sind preis- und saisonbereinigt. Für den Euroraum wird der private Warenkonsum durch die wertmäßigen Einzelhandelsumsätze (ohne private Kraftfahrzeuge) approximiert. Alle Daten für den Euroraum sind saisonbereinigt. In dem Modell wird durch die Reihung der Variablen und mittels rekursiver Identifikation angenommen, dass Warenimporte aus China kontemporär auf unerwartete Störungen im privaten Konsum, in der Industrieproduktion sowie im Handel mit Drittländern reagieren. China-spezifische Handelsstörungen wirken sich wiederum nur auf Warenimporte aus China unmittelbar aus, Reaktionen anderer Variablen folgen mit Verzögerung. Der Ansatz basiert auf Kilian et al. (2021) und wird von Khalil und Weber (2021) näher beschrieben. Für die Schätzungen wurde die BEAR Toolbox der Europäischen Zentralbank genutzt (vgl.: Dieppe et al. (2016)).

7 Für beide Regionen kann der Einbruch der Importe aus China nahezu vollständig durch China-spezifische Handelsstörungen erklärt werden, während andere Schocks keine bedeutsame Rolle spielen.

Anteil des Gastgewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung²⁶⁾ und den kumulierten BIP-Einbußen bis zum Frühjahr 2021. Auch ein breiter gefasster Tourismusindikator²⁷⁾ korreliert etwas stärker mit den angehäuften Aktivitätsverlusten als mit der Tiefe des unmittelbaren Einbruchs im ersten Halbjahr 2020. Hier dürfte zum Ausdruck kommen, dass in späteren Pandemiewellen administrative Eindämmungsmaßnahmen fast ausschließlich auf kontaktintensive Dienstleistungszweige abzielten, während in der ersten Pandemiewelle mancherorts sogar alle als nicht unmittelbar lebensnotwendig angesehenen Wirtschaftsbereiche zeitweilig stillgelegt worden waren.

Fiskalische Maßnahmen besonders umfangreich in den am stärksten betroffenen Ländern

Um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzumildern, ergriffen die Länder des Euroraums umfangreiche fiskalische Maßnahmen. Als Indikator für den gesamten Fiskalimpuls kann die Abweichung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos für das Jahr 2020 von dem erwarteten Wert aus der letzten Vorkrisen-Projektion des Eurosystems herangezogen werden.²⁸⁾ Dabei zeigt sich ein enger Zusammenhang mit der Wirtschaftsentwicklung, das heißt, in Ländern mit ausgeprägteren BIP-Verlusten vergrößerte sich das Defizit stärker. Hierin dürfte sich spiegeln, dass in besonders betroffenen Ländern die automatischen Stabilisatoren kräftig

Korrelation der BIP-Verluste im Euroraum mit ausgewählten Indikatoren *)

Position	Mittlere BIP-Verluste ¹⁾ bis ...	
	... 2. Vj. 2020	... 2. Vj. 2021
Direkte und indirekte Effekte des Infektionsgeschehens		
Covid-Todesfall-Inzidenz ²⁾	0,53	0,27
Oxford-Index ³⁾	0,65	0,77
Mobilitätsverhalten ⁴⁾	-0,72	-0,38
Wirtschaftsstruktur		
Anteil Tourismus ⁵⁾	0,70	0,74
Anteil Gastgewerbe ⁶⁾	0,51	0,66
Fiskalische Hilfsmaßnahmen		
Änderung staatlicher Finanzierungssaldo ⁷⁾	-0,44	-0,50

* Euroraum ohne Irland. Betrachtet wird jeweils der Abstand der Mittelwerte im 1. und 2. Vj. 2020 bzw. vom 1. Vj. 2020 bis 2. Vj. 2021. **1** Berechnet als mittlere Differenz des realen BIP zum Niveau vom 4. Vj. 2019. **2** Anzahl der Todesfälle an oder mit Covid-19 während sieben Tagen pro 100 000 Einwohner. **3** Oxford Covid-19 Government Response Tracker (ohne Einfluss öffentlicher Informationskampagnen), ein höherer Indexwert bedeutet strengere Beschränkungen (keine Daten für Malta verfügbar). **4** Mittelwert der Teilindizes der nationalen Google-Mobilitätsberichte Einzelhandel und Freizeit, Läden des täglichen Bedarfs, Bahnhöfe und Haltestellen sowie Arbeitsstätten. Jeder Teilindikator misst für sich genommen die prozentuale Änderung des Besucheraufkommens gegenüber dem Referenztag im Januar/Februar 2020 (keine Daten für Zypern verfügbar). **5** OECD-Indikator: Bruttowertschöpfungsanteil der Sektoren, die direkt mit Tourismus im Zusammenhang stehen (2018 bzw. das frühere, zuletzt verfügbare Jahr; keine Angaben für Belgien und Zypern verfügbar). **6** Anteil an der Bruttowertschöpfung (2019). **7** Differenz zwischen dem aktuellen gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo für das Jahr 2020 und dem prognostizierten Wert aus den gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen des Eurosystems vom Dezember 2019, in Prozent des BIP von 2019. Deutsche Bundesbank

26 Es wurden Anteile an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung aus dem Jahr 2019 betrachtet.

27 Der Indikator erfasst den Bruttowertschöpfungsanteil der Sektoren, die direkt mit Tourismus im Zusammenhang stehen, und bildet sowohl Inlands- als auch Auslandstourismus ab. Vgl.: OECD (2021a).

28 Verglichen wird mit dem Wert aus den gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen des Eurosystems vom Dezember 2019, wobei der Finanzierungssaldo jeweils zum nominalen BIP des Jahres 2019 in Bezug gesetzt wird. Vgl.: Europäische Zentralbank (2019).

29 Eine Reihe von Institutionen, darunter die Europäische Zentralbank (2021), der Internationale Währungsfonds (2021) und die Banco de España (2021), sowie Ökonomen der Banque de France (Chatelais (2021)) gingen dem Wachstumsdifferenzial zwischen den USA und dem Euroraum bzw. Europa nach. Die teils deskriptiven, teils modellgestützten Analysen sahen strengere administrative und selbstaufgelegte Einschränkungen im Euroraum als den wesentlichen Faktor hinter dem transatlantischen Wachstumsgefälle. Darüber hinaus kam auch Unterschieden in der fiskalischen Unterstützung, in der Wirtschaftsstruktur, im Offenheitsgrad und dem zugrunde liegenden Wachstumstempo eine gewisse Bedeutung zu.

reagierten und die Regierungen umfangreiche fiskalische Maßnahmen ergriffen.

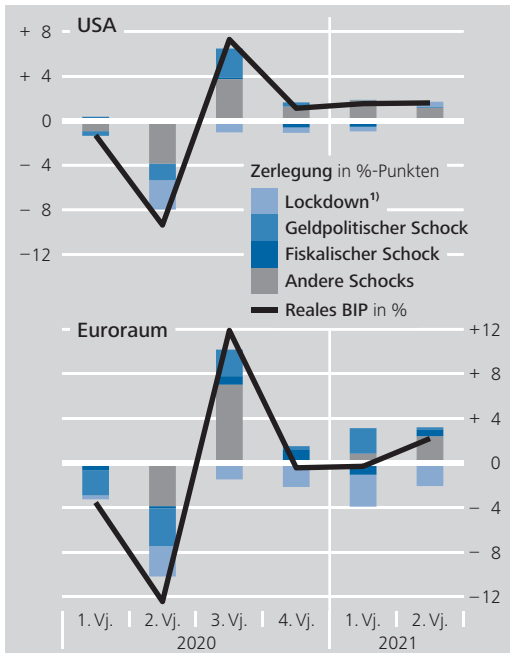
Ursachen des transatlantischen Wachstumsdifferenzials

Die Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung während der Coronakrise fielen auch zwischen dem Euroraum insgesamt und den USA deutlich aus.²⁹⁾ Das reale BIP im Euroraum brach im Jahr 2020 um 6,5% ein. In den USA war der Rückgang der Wirtschaftsaktivität etwa halb so hoch. Ab dem Winterhalbjahr 2020/

Wachstumskluft zwischen USA und Euroraum seit Pandemieausbruch

Historische Zerlegung der Wachstumsrate des realen BIP^{*)}

Veränderung gegenüber Vorquartal



* Aus einem strukturellen VAR-Modell (mit einer exogenen Variable) mit Null- und Vorzeichenrestriktionen abgeleitete Beiträge kontemporärer und vergangener Realisierungen von Schocks. 1 Beinhaltet Beitrag der Konstante.
 Deutsche Bundesbank

2021 verlief zudem im Euroraum die Erholung eher holprig. Im Frühjahr 2021 lag die Wirtschaftsleistung dort noch um 3 % unter dem Vorkrisenstand, während dieser in den USA schon leicht übertroffen wurde. Diese Unterschiede bleiben auch erhalten, wenn man das stärkere Wirtschaftswachstum der USA in der Zeit vor der Krise in Rechnung stellt.

Pandemie und Wirtschaftspolitik als mögliche Erklärungsfaktoren

Ein Grund für das relativ schlechte wirtschaftliche Abschneiden des Euroraums dürften Unterschiede im Pandemieverlauf und in den Reaktionen hierauf gewesen sein. Bereits in der ersten Infektionswelle fielen die selbstauferlegten und verordneten Verhaltensanpassungen im Euroraum stärker als in den USA aus. Dies galt auch hinsichtlich der Reaktionen auf das Wiederaufflammen der Pandemie zum Jahreswechsel 2020/2021. Eine wichtige Rolle könnte darüber hinaus die Wirtschaftspolitik gespielt haben. Obwohl auf beiden Seiten des Atlantiks die Geldpolitik zügig und entschieden gelockert wurde, war der diesbezügliche Handlungsspiel-

raum in den USA zu Krisenbeginn größer. Die Abfolge umfangreicher Konjunkturpakete in den USA legt zudem nahe, dass auch die amerikanische Fiskalpolitik die Wirtschaft stärker gestützt haben könnte.³⁰⁾

Diesen Fragen wird nachfolgend in einer eigenen empirischen Analyse nachgegangen. Sogenannte strukturelle vektorautoregressive (SVAR-) Modelle bieten einen Rahmen für die Analyse der relativen Bedeutung der verschiedenen Erklärungsansätze.³¹⁾ In dem verwendeten Modell wird dabei – getrennt für jeden Wirtschaftsraum – der Zusammenhang zwischen der Wirtschaftsaktivität, Indikatoren der Geld- und Fiskalpolitik³²⁾ und Verhaltenseinschränkungen³³⁾ während der Pandemie geschätzt. Einer hierauf aufbauenden historischen Schockzerlegung zufolge war die seit Ausbruch der Coronakrise insgesamt schwächere Wirtschaftsentwicklung des Euroraums in erster Linie auf stärkere Eindämmungsmaßnahmen und Verhaltensanpassungen zurückzuführen. Das Ausmaß außergewöhnlicher fiskal- und geldpolitischer Maßnahmen hätte demnach keine große Rolle gespielt. Das Modell weist allerdings nur das, was relativ zur Stärke der Krise über die üblichen Reaktio-

Gemäß SVAR-Analyse stärkere Verhaltenseinschränkungen im Euroraum maßgeblich

30 Für eine Evaluierung des letzten großen Stützungsprogramms vgl.: Deutsche Bundesbank (2021a).

31 Die im Folgenden beschriebenen Modelle wurden mithilfe bayesianischer Verfahren unter Verwendung der BEAR-Toolbox der Europäischen Zentralbank geschätzt. Vgl.: Dieppe et al. (2016).

32 Die Ausrichtung der Fiskalpolitik wird über den zyklisch bereinigten Primärsaldo in Prozent des Produktionspotenzials approximiert. Damit werden Maßnahmen auf der Ausgaben- und der Einnahmenseite (wie z. B. Steuersenkungen) berücksichtigt. Unerwartete fiskalpolitische Schritte werden mithilfe von Vorzeichenrestriktionen identifiziert. Es wird angenommen, dass diese den zyklisch bereinigten Primärsaldo verringern und gleichzeitig das BIP-Wachstum fördern. Die Ausrichtung der Geldpolitik wird über den sog. Schattenzins (gemäß Schätzungen von Krippner (2013)) approximiert. Geldpolitische Schocks senken den Schattenzins und verstärken gleichzeitig das reale BIP-Wachstum und den Verbraucherpreisanstieg. Darüber hinaus wird angenommen, dass sie unmittelbar keinen Einfluss auf den zyklisch bereinigten fiskalischen Primärsaldo haben.

33 Anhand des effektiven Lockdown-Index von Goldman Sachs werden sowohl administrativ verordnete Maßnahmen (gemäß Oxford Covid-19 Government Response Tracker) als auch selbstauferlegte Verhaltensanpassungen (gemäß Google-Mobilitätsberichten) berücksichtigt. Vgl.: Hatzius et al. (2020).

nen hinausgeht, als fiskalischen oder geldpolitischen Schock aus.³⁴⁾

Laut NiGEM-Simulationen auch expansivere US-Fiskalpolitik bedeutsam

Um die Auswirkungen der geld- und fiskalpolitischen Reaktionen umfassender, das heißt einschließlich automatischer Stabilisatoren und üblicher Politikreaktionen abzubilden, wird auf das makroökonomische Weltwirtschaftsmodell NiGEM³⁵⁾ zurückgegriffen. Der Einfluss der Geld- und Fiskalpolitik wird dabei durch kontrafaktische Simulationen abgeschätzt, die ein Szenario unterstellen, in dem jegliche Unterstützung durch die Wirtschaftspolitik während der letzten anderthalb Jahre ausgeblieben wäre und sich geldpolitische Zinsen, staatliche Ausgaben und Steuersätze so wie vor der Krise erwartet eingestellt hätten.³⁶⁾ Den Simulationen zufolge erklären deutlich stärkere fiskalpolitische Reaktionen der USA einen guten Teil der günstigeren Wirtschaftsentwicklung im Vergleich zum

34 Dabei berücksichtigt das Modell nicht nur, dass im Euroraum aufgrund der sozialen Sicherungssysteme automatische Stabilisatoren eine große Rolle spielen (laut Dolls et al. (2012) federn automatische Stabilisatoren im Euroraum etwa 49 % der idiosynkratischen Arbeitslosigkeitsschocks ab, in den USA nur 34 %), sondern auch, dass die USA in Krisenzeiten regelmäßig eine aktive Stabilisierungspolitik betreiben.

35 NiGEM ist das Weltwirtschaftsmodell des britischen National Institute of Economic and Social Research (NIESR). Es bildet die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen 60 Volkswirtschaften und Regionen durch den Außenhandel und das Zins-Wechselkurs-Gefüge ab. Das Modell besitzt neukeynesianische Eigenschaften, insbesondere vorausschauende Elemente auf den Finanz- und Arbeitsmärkten. Für weitere Informationen siehe: <https://nimodel.niesr.ac.uk>.

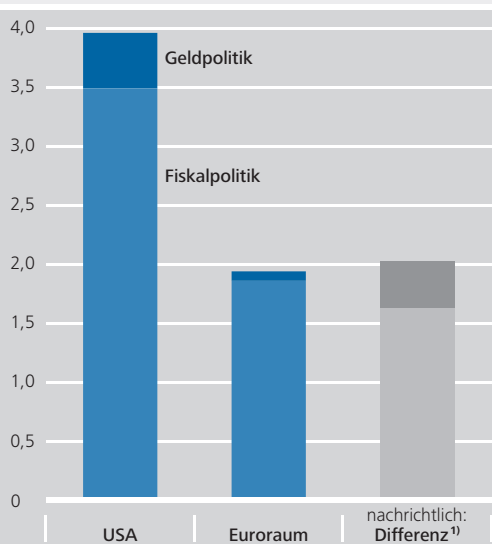
36 Hierzu wurden sechs fiskalpolitische Variablen (Staatskonsum, öffentliche Investitionen, Transferleistungen, Einkommen-, Körperschaft- und Mehrwertsteuersätze) und die kurzfristigen Zinssätze ab dem ersten Vierteljahr 2020 durch die Werte ersetzt, die das NIESR in die NiGEM-Prognosebasislinie vom Januar 2020 eingestellt hatte.

37 So trug die Fiskalpolitik in den USA etwa 3 ½ Prozentpunkte zur durchschnittlichen vierteljährlichen Wachstumsrate seit Beginn der Coronakrise bei; im Euroraum wird dieser Effekt auf 1 ¼ Prozentpunkte geschätzt. In den Simulationen für den Euroraum wurden die Mittel aus dem sog. Next-Generation-EU-Programm noch nicht berücksichtigt, da sie noch nicht eingesetzt wurden.

38 Allerdings sind derartige Schätzungen der relativen Bedeutung verschiedener Faktoren für die Wirtschaftsentwicklung während der Pandemie mit besonders hoher Unsicherheit behaftet. Zum einen hängen die Ergebnisse entscheidend von der schwierigen Messung wirtschaftspolitischer Impulse und pandemiebedingter Einschränkungen ab. Zum anderen ist offen, inwieweit die allen Modellen zugrunde liegenden Erfahrungen aus vergangenen Konjunkturzyklen auf die außergewöhnliche Situation der letzten zwei Jahre übertragen werden können.

Stützende Effekte der Geld- und Fiskalpolitik seit Pandemiebeginn laut NiGEM-Simulationen^{*)}

Mittlere Abweichungen des realen BIP von der Basislinie in %



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des makroökonomischen Weltmodells NiGEM. * Geschätzt über die simulierte Entwicklung der jeweiligen Wirtschaft unter der Annahme, dass die Instrumente der Geld- und Fiskalpolitik den vor Ausbruch der Pandemie erwarteten Pfaden gefolgt wären. Effekte werden über den Zeitraum vom 1. Vj. 2020 bis zum 2. Vj. 2021 gemittelt. ¹ Differenz zwischen Effekten der Wirtschaftspolitik in den USA und im Euroraum in Prozentpunkten.

Deutsche Bundesbank

Euroraum.³⁷⁾ Der relative Erklärungsbeitrag der Geldpolitik für das Wachstumsdifferenzial war deutlich geringer.³⁸⁾

Resümee und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

Alles in allem weisen die Befunde auf eine Reihe wichtiger Gründe hin, warum Länder wirtschaftlich unterschiedlich stark von der Coronavirus-Pandemie getroffen wurden. Die Pandemie wütete nicht überall gleichermaßen. Auch die von den Regierungen ergriffenen Eindämmungsmaßnahmen unterschieden sich. Sektorale Besonderheiten in einzelnen Volkswirtschaften spielten ebenfalls eine Rolle. So profitierte die chinesische Wirtschaft von ihrem Exportsortiment, das besonders gut zu den Bedürfnissen der Menschen während der Pandemie passte. Umgekehrt dürfte das hohe Gewicht des Tourismus nicht zuletzt in einigen

Verschiedene Gründe für unterschiedliche Betroffenheit einzelner Volkswirtschaften

Ländern des Euroraums zu dem vergleichsweise starken Einbruch der Wirtschaftsleistung beigetragen haben. Schließlich milderten sowohl im Euroraum als auch in den USA die fiskal- und geldpolitischen Reaktionen die unmittelbaren Krisenfolgen deutlich ab, wobei in den USA die stützenden Effekte wohl noch größer ausfielen.

Erholungsprozess nicht spannungsfrei

Inzwischen ist die wirtschaftliche Erholung vielerorts gut vorangekommen. Dazu trug die zunehmende Immunisierung der Bevölkerung wesentlich bei. Zudem lernten Haushalte und Unternehmen, mit den Herausforderungen der Pandemie umzugehen, und die staatlichen Eindämmungsmaßnahmen wurden gezielter und sparsamer eingesetzt. Der Aufschwung geht allerdings nicht spannungsfrei vonstatten. Bremsfaktoren sind Knappheiten bei wichtigen Vorleistungsprodukten und Lieferverzögerungen. Hierzu trugen die pandemiebedingten Nachfrageverschiebungen wesentlich bei. Ein Grund war wohl auch die unerwartet hohe Geschwindigkeit der Erholung selbst.

Längerfristige Auswirkungen der Krise in Industrieländern vermutlich verhältnismäßig gering ...

Während die kurzfristigen wirtschaftlichen Folgen der Pandemie inzwischen besser verstanden werden, lassen sich ihre längerfristigen Auswirkungen bislang nur grob abschätzen. Der IWF rechnete zuletzt damit, dass die weltweite Wirtschaftsleistung im Jahr 2024 noch um 2¼ % unter dem Niveau liegen wird, das vor Ausbruch der Pandemie erwartet worden war.³⁹⁾ Wie schon bei den kurzfristigen Effekten stellt sich das Länderbild dabei differenziert dar. Für die Fortgeschrittenen Volkswirtschaften zeichnen sich tendenziell eher geringe längerfristige Schäden ab. In vielen Schwellen- und Entwicklungsländern, wo die Impfkampagnen hingegen oftmals nur schleppend vorankommen, wird eine umfassende Erholung hingegen verzögert. Damit steigt die Gefahr, dass wirtschaftliche Narben zurückbleiben.

... auch wegen wirtschafts-politischer Stützungsmaßnahmen

In den Industrieländern dürften längerfristige Schäden auch durch die schnelle fiskalische und geldpolitische Reaktion eingegrenzt worden sein. Diese stützte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und Beschäftigung,⁴⁰⁾ verhinderte

eine Vielzahl an Unternehmensinsolvenzen⁴¹⁾ und beugte größeren Verwerfungen in den Banken- und Finanzsystemen vor. Damit wurde die Voraussetzung dafür geschaffen, dass sich die Investitionstätigkeit vergleichsweise gut halten konnte. Insgesamt trugen die staatlichen Maßnahmen maßgeblich dazu bei, die negativen Auswirkungen auf den Einsatz von Arbeit und Kapital sowie die gesamtwirtschaftliche Produktivität in engen Grenzen zu halten.⁴²⁾

Bestimmte Entwicklungen könnten der Wirtschaft künftig sogar zusätzlich Schwung verleihen. Dazu gehört insbesondere der durch die Pandemie ausgelöste Digitalisierungsschub. Viele Unternehmen waren unter den Pandemiebedingungen gezwungen, ihre Prozesse oder ihre Geschäftsmodelle zu digitalisieren. Dies könnte das Produktivitätswachstum in den nächsten Jahren ankurbeln. Darauf deuten auch die Erwartungen von Unternehmen in Deutschland bezüglich der verstärkten Nutzung des mobilen Arbeitens hin (vgl. Ausführungen auf S. 59 f.).

Produktivitätsschub durch beschleunigte Digitalisierung?

Ein Wendepunkt in der Pandemie war die Entwicklung wirksamer Impfstoffe. In den Industrieländern ist inzwischen zwar ein Großteil der

Weltweite Impfkampagne muss vorangetrieben werden

³⁹ Damit lägen die Einbußen deutlich niedriger als nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009. Hier beliefen sie sich nach vier Jahren gemessen an den Vorhersagen aus dem World Economic Outlook vom Oktober 2007 auf 8¾ %.

⁴⁰ So gingen während der Krise in den Fortgeschrittenen Volkswirtschaften verhältnismäßig wenige Beschäftigungsverhältnisse verloren. Die Arbeitslosenquote, die im Jahr 2019 für die Gruppe der Fortgeschrittenen Volkswirtschaften noch bei 4,8 % lag, zog angesichts des drastischen Wirtschaftseinbruchs zu Beginn der Pandemie auf 6,6 % im Jahr 2020 an. Außerhalb der Vereinigten Staaten fiel die Zunahme dabei noch deutlich geringer aus, und auch dort begann die Erwerbslosenquote anschließend wieder rasch zu sinken. Somit dürften auch die längerfristigen Auswirkungen auf das Arbeitskräftepotenzial in der aktuellen Krise überschaubar ausfallen.

⁴¹ Bspw. sank in Deutschland im Jahr 2020 die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um rd. 15 % gegenüber dem Vorjahr und lag damit auf dem niedrigsten Stand seit Einführung der aktuellen Insolvenzordnung im Jahr 1999 (vgl.: Statistisches Bundesamt (2021)). Die EU insgesamt verzeichnete Eurostat-Angaben zufolge einen Rückgang um rd. 23 %. Auch für die USA finden Crane et al. (2021) Hinweise auf eher niedrige Austrittsraten seit Ausbruch der Krise.

⁴² Für eine modellgestützte Analyse der in Deutschland ergriffenen Maßnahmen siehe: Hinterlang et al. (2021).

Zur Nutzung des mobilen Arbeitens und dessen Einfluss auf die Arbeitsproduktivität

In der Corona-Pandemie wurde mehr mobil gearbeitet, sodass die Nutzung damit verbundener digitaler Technologien (wie Videokonferenzen und Cloud-Dienste) sprunghaft anstieg. Vielfach wird hiermit die Hoffnung verknüpft, dass sich diese Entwicklung als nachhaltig erweist und womöglich stellvertretend für einen breiter angelegten Digitalisierungsschub steht,¹⁾ der das Produktivitätswachstum in den nächsten Jahren stärken könnte.

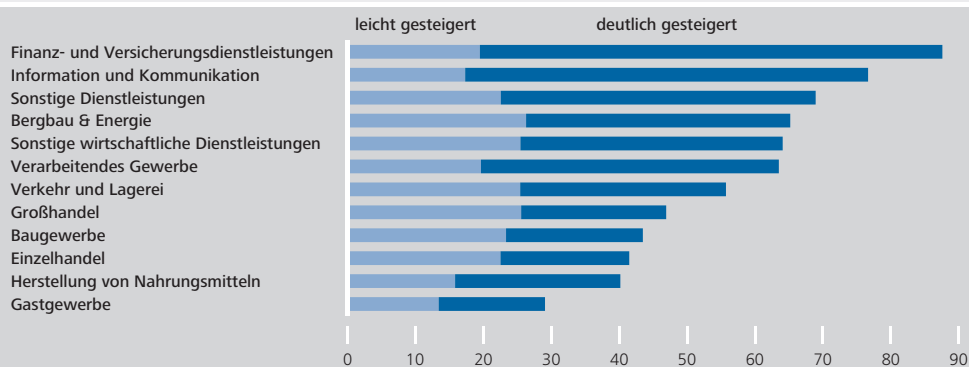
Für Deutschland legen die Ergebnisse einer repräsentativen Unternehmensbefragung der Bundesbank vom Mai 2021 nahe, dass fast drei Fünftel der Unternehmen das Homeoffice seit Ausbruch der Krise stärker nutzen als zuvor.²⁾ In einigen Dienstleistungssektoren, wie der Finanz- und Versicherungsbranche oder dem Bereich „Information und Kommunikation“, lag dieser Anteil noch merklich höher, während in stärker kontaktintensiven Branchen, wie dem Gastgewerbe, dem Einzelhandel oder auch dem Baugewerbe, naturgemäß deutlich weniger Unternehmen davon Gebrauch machten. Auch nutzten insbesondere größere Unternehmen vermehrt das mobile Arbeiten.³⁾ Ganz ähnliche Entwicklungen lassen sich auch in anderen Industrieländern beobachten, in denen die Nutzung des mobilen Arbeitens im Zuge der Pandemie ebenso auf breiter Front anzog.⁴⁾

Maßgeblich für die sprunghaft gestiegene Nutzung des Homeoffice war die pandemiebedingte Notwendigkeit zur sozialen Distanzierung. Aufgrund von getätigten Investitionen, Lern- und Netzwerkeffekten sowie den vielfach guten Erfahrungen mit diesem Arbeitsmodell dürfte das Homeoffice auch nach der Krise häufiger genutzt werden als zuvor.⁵⁾

- 1 Neben dem mobilen Arbeiten hat bspw. auch die Nutzung von Online-Vertriebskanälen („E-Commerce“) und digitalen Bezahlsystemen einen Schub erfahren. So stiegen sowohl in den USA als auch in der EU die Einzelhandelsumsätze von Online-Händlern sprunghaft an.
- 2 Es handelt sich um eine regelmäßige Unternehmensbefragung der Deutschen Bundesbank. Die teilnehmenden Unternehmen stellen einen repräsentativen Ausschnitt der Unternehmenslandschaft in Deutschland dar; vgl.: Deutsche Bundesbank (2021b).
- 3 Diese Ergebnisse decken sich mit denen anderer Studien; vgl. hierzu bspw. Alipour et al. (2020).
- 4 Bspw. stieg laut Eurostat in der EU der Anteil der Beschäftigten, die zumindest teilweise von zuhause aus arbeiteten, gegenüber dem Vorjahr um rund die Hälfte auf knapp 23 % im Jahr 2020 an. In den USA erhöhte sich dieser Anteil, laut American Time Use Survey, von 22 % im Jahr 2019 auf 42 % im Jahr 2020.
- 5 Studien, die diese Einschätzung stützen, finden sich bspw. in: Ozimek (2020), Alipour et al. (2021), Barrero et al. (2021), Erdsiek (2021) oder OECD (2021b). Netzwerkeffekte ergeben sich in diesem Zusammenhang bspw. bei der Nutzung von Videokonferenzanwendungen. Werden diese von vielen Personen genutzt, steigt deren Nützlichkeit für den Einzelnen.

Gestiegene Nutzung des Homeoffice^{*)}

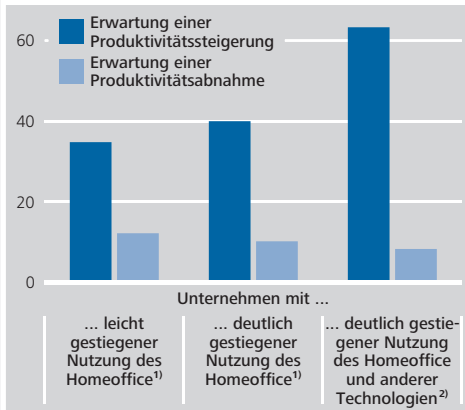
Anteil der Unternehmen in %



Quelle: Bundesbank-Online-Panel-Firmen (BOP-F). * Anteil der Unternehmen, die auf die Frage „Wie hat sich die Nutzung der folgenden digitalen Technologien in Ihrem Unternehmen seit dem Beginn der Corona-Pandemie verändert?“ bzgl. der Rubrik „Homeoffice/Telearbeit“ mit „leicht gesteigert“ oder mit „deutlich gesteigert“ geantwortet haben.
 Deutsche Bundesbank

Erwartete Wirkung der gestiegenen Nutzung des Homeoffice auf die Unternehmensproduktivität¹⁾

Anteil der Unternehmen in %



Quelle: Bundesbank-Online-Panel-Firmen (BOP-F). * Verteilung der Antworten auf die Frage „Was erwarten Sie, wie wird sich die gestiegene Nutzung digitaler Technologien Ihres Unternehmens auf die Produktivität in Ihrem Unternehmen langfristig auswirken?“ in Abhängigkeit der von den befragten Unternehmen zuvor berichteten Veränderung in der Nutzung der digitalen Technologie „Homeoffice“. **1** Unternehmen, die die Nutzung des „Homeoffice“ leicht bzw. deutlich gesteigert haben und gleichzeitig bei keiner der anderen abgefragten digitalen Technologien (ausgenommen Videokonferenzen) von einer Zunahme berichten. **2** Unternehmen, die sowohl die Nutzung des Homeoffice als auch die Nutzung mindestens einer weiteren abgefragten digitalen Technologie deutlich gesteigert haben.

Deutsche Bundesbank

Wie sich diese Entwicklung auf die Arbeitsproduktivität auswirken wird, ist noch schwer absehbar. Eine Reihe von Studien, welche auf Experimenten oder auf Beschäftigten- oder Unternehmensbefragungen basieren, legen den Schluss nahe, dass Arbeitnehmer im Homeoffice mindestens so produktiv wie im klassischen Büro sind.⁶⁾ Dabei spielen unter anderem die Möglichkeit zur flexibleren Gestaltung der Arbeitszeit wie auch Zeitersparnisse durch den Wegfall von Pendelzeiten eine wichtige Rolle. Andere Studien finden hingegen Hinweise auf produktivitätsmindernde Effekte.⁷⁾ Für diese Sichtweise sprechen vor allem der teils erhöhte Aufwand für die Kommunikation und möglicherweise verkürzte Phasen des fokussierten Arbeitens. Über diese direkten Effekte hinaus könnte das vermehrte mobile Arbeiten in der längeren Frist jedoch auch dazu führen, dass Arbeitsstellen passgenauer mit qualifizierten Beschäftigten aus anderen Regionen oder gar Ländern besetzt und damit Effizienzgewinne ermöglicht werden.⁸⁾ Ebenso könnte die Nutzung des mobilen Arbeitens den Aufwand für die Arbeitsplatzinfrastruktur, beispielsweise in Form von Büro-

mieten, reduzieren und dadurch produktivitätssteigernd wirken. Aufgrund der Verringerung räumlicher Friktionen könnte der Trend zum mobilen Arbeiten auch produktivitätssteigernde Reallokationseffekte zwischen Unternehmen und Sektoren nach sich ziehen. Vorstellbar ist, dass die produktiveren Arbeitnehmer im verstärkten Maße zu den erfolgreicher und attraktiveren Unternehmen wechseln, wodurch deren Bedeutung steigen und die gesamtwirtschaftliche Produktivität erhöht werden könnte.⁹⁾

Die Ergebnisse der Bundesbank-Unternehmensbefragung stützen insgesamt eine optimistische Einschätzung. Die deutliche Mehrheit der befragten Unternehmen, welche im Zuge der Krise Tätigkeiten in das Homeoffice verlagert haben, erwartet, dass dies der eigenen Unternehmensproduktivität förderlich ist.

Zusammengenommen spricht also manches dafür, dass die seit dem Pandemieausbruch sprunghaft gestiegene Nutzung des mobilen Arbeitens moderat produktivitätssteigernd wirken könnte. Allerdings gibt es hinsichtlich dieses Zusammenhangs noch erheblichen Forschungsbedarf. Auch wird sich noch zeigen müssen, ob die Pandemie einen darüber hinausgehenden, breiter angelegten produktivitätssteigernden Digitalisierungsschub ausgelöst hat.

⁶ Vgl.: Angelici und Profeta (2020), Barrero et al. (2021), Bloom et al. (2015), Deole et al. (2021), Erdsiek (2021), Etheridge et al. (2020) sowie Statistics Canada (2021).

⁷ Vgl.: Gibbs et al. (2021) und Morikawa (2021).

⁸ Vgl.: Kakkad et al. (2021) und Wolter et al. (2021).

⁹ Längerfristig könnten die damit möglicherweise einhergehende verstärkte Unternehmenskonzentration allerdings auch abnehmende Innovationsanreize und ein vermindertes Produktivitätswachstum zur Folge haben.

Bevölkerung geimpft. Allerdings fallen die Impfquoten zumeist noch nicht hoch genug aus, um sämtliche Schutzmaßnahmen aufheben zu können. In vielen Schwellen- und Entwicklungsländern sind Impfstoffe weiterhin knapp. In den ärmsten Ländern der Welt sind bisher lediglich 1½ % der Bevölkerung vollständig geimpft. Dies führt nicht nur dazu, dass Millionen Menschen dem Virus weitgehend schutzlos gegenüberstehen, sondern begünstigt auch das Entstehen gefährlicherer Virusvarianten. Zudem könnten neue Infektionswellen in den Schwellen- und Entwicklungsländern dort neue wirtschaftliche Rückschläge auslösen. Über den internationalen Handel und das globale Finanzsystem würden davon auch die Industrieländer in Mitleidenschaft gezogen. Es bleibt somit eine vordringliche Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, die weltweite Impfkampagne voranzutreiben.

Die Wirtschaftspolitik in den Industrieländern sollte bis zum Ende der Pandemie die gesamtwirtschaftliche Erholung unterstützen und so versuchen, Folgeschäden zu vermeiden. Für die

Zeit danach gilt es aber, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte anzupacken. Dabei geht es nicht nur darum, eine Überstimulierung und damit eine Überhitzung der Wirtschaft zu vermeiden. Die letzten anderthalb Jahre haben zudem gezeigt, wie wichtig es ist, in Krisenfällen über fiskalpolitische Puffer zu verfügen.

Darüber hinaus sollte bereits heute bedacht werden, dass die Coronakrise vermutlich längerfristige Veränderungen der Wirtschaftsstruktur nach sich ziehen wird. Bestimmte Geschäftsmodelle könnten langfristig nicht mehr tragfähig sein. Viele der während der Krise ergriffenen Maßnahmen zielten aber angesichts der hohen Unsicherheit berechtigterweise darauf ab, den Fortbestand von Unternehmen zu sichern. Damit nahm seit Ausbruch der Krise nicht zuletzt wegen der in vielen Ländern erlassenen Insolvenzmoratorien die Zahl der Marktaustritte spürbar ab. Mit dem allmählichen Überwinden der Pandemie sollten derartige Hilfen zurückgefahren werden, damit der notwendige Strukturwandel nicht behindert wird.

Fiskalpolitik sollte wirtschaftliche Erholung nicht länger stützen als notwendig

Strukturwandel nach Überwinden der Pandemie nicht im Wege stehen

■ Literaturverzeichnis

Alipour, J.-V., O. Falck und S. Schüller (2020), Germany's Capacities to Work from Home, CESifo Working Papers, Nr. 8227.

Alipour, J.-V., C. Langer und L. O'Kane (2021), Wird uns das Home Office erhalten bleiben? Ein Blick in 35 Millionen Stellenanzeigen, ifo Schnelldienst, Nr. 9/2021, S. 46–52.

Angelici, M. und P. Profeta (2020), Smart-Working: Work Flexibility without Constraints, CESifo Working Papers, Nr. 8165.

Baek, C., P. McCrory, T. Messer und P. Mui (2021), Unemployment Effects of Stay-at-Home Orders: Evidence from High Frequency Claims Data, The Review of Economics and Statistics, im Erscheinen.

Banco de España (2021), Some determinants of the growth differential between the euro area and the United States since the onset of the pandemic, Economic Bulletin, Issue 2/2021, S. 25–28.

Barrero, J. M., N. Bloom und S. J. Davis (2021), Why Working From Home Will Stick, NBER Working Paper, Nr. 28731.

Bloom, N., J. Liang, J. Roberts und Z.J. Ying (2015), Does Working from Home Work? Evidence from a Chinese Experiment, *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 130 (1), S. 165–218.

Caselli, F., F. Grigoli und D. Sandri (2021), Protecting Lives and Livelihoods with Early and Tight Lock-downs, *The B. E. Journal of Macroeconomics*, im Erscheinen.

Chatelais, N. (2021), Covid-19 and divergence in GDP declines between Europe and the United States, *Eco Notepad*, Blogbeitrag Nr. 229, <https://blocnotesdeleco.banque-france.fr/en/blog-entry/covid-19-and-divergence-gdp-declines-between-europe-and-united-states>.

Chernozhukov, V., H. Kasahara und P. Schrimpf (2021), Causal impact of masks, policies, behavior on early covid-19 pandemic in the U.S., *Journal of Econometrics*, Vol. 220 (1), S. 23–62.

Crane, L. D., R. A. Decker, A. Flaaen, A. Hamins-Puertolas und C. Kurz (2021), Business Exit During the COVID-19 Pandemic: Non-Traditional Measures in Historical Context, *Federal Reserve Board, Finance and Economics Discussion Series*, Nr. 2020–089.

Deole, S. S., M. Deter und Y. Huang (2021), Home Sweet Home: Working from home and employee performance during the COVID-19 pandemic in the UK, *GLO Discussion Paper*, Nr. 791.

Deutsche Bundesbank (2021a), Zu den makroökonomischen Implikationen des American Rescue Plan, *Monatsbericht*, Mai 2021, S. 16 ff.

Deutsche Bundesbank (2021b), Einschätzungen und Erwartungen von Unternehmen in der Pandemie: Erkenntnisse aus dem Bundesbank-Online-Panel-Firmen, *Monatsbericht*, April 2021, S. 35–60.

Deutsche Bundesbank (2020), Chinas Außenhandel trotz der weltweiten Wirtschaftskrise, *Monatsbericht*, August 2020, S. 16 f.

Deutsche Bundesbank (2018), Aktivitäten multinationaler Unternehmensgruppen und nationale Wirtschaftsstatistiken, *Monatsbericht*, Oktober 2018, S. 67–81.

Dieppe, A., R. Legrand und B. van Roye (2016), The BEAR toolbox, *ECB Working Paper* Nr. 1934.

Dolls, M., C. Fuest und A. Peichl (2012), Automatic stabilizers and economic crisis: US vs. Europe, *Journal of Public Economics*, Vol. 96, S. 279–294.

Dong, E., H. Du und L. Gardner (2020), An interactive web-based dashboard to track COVID-19 in real time, *The Lancet Infectious Diseases*, Vol. 20 (5), S. 533 f.

Erdsieck, D. (2021), Working From Home During COVID-19 and Beyond: Survey Evidence From Employers, *ZEW Discussion Paper*, Nr. 21–051.

Etheridge, B., Y. Wang und L. Tang (2020), Worker Productivity during Lockdown and Working from Home: Evidence from Self-Reports, *ISER Working Paper*, Nr. 2020–12.

Europäische Zentralbank (2021), Die konjunkturelle Entwicklung im Euro-Währungsgebiet und in den Vereinigten Staaten im Jahr 2020, *Wirtschaftsbericht*, Ausgabe 2/2021, S. 55–62.

Europäische Zentralbank (2019), Von Experten des Eurosystems erstellte gesamtwirtschaftliche Projektionen für das Euro-Währungsgebiet, Dezember 2019.

Gibbs, M., F. Mengel und C. Siemroth (2021), Work from Home & Productivity: Evidence from Personnel & Analytics Data on IT Professionals, IZA Discussion Paper, Nr. 14336.

Google LLC (2021), Google COVID-19 Community Mobility Reports, <https://www.google.com/covid19/mobility/>, abgerufen am 8. Oktober 2021.

Goolsbee, A. und C. Syverson (2021), Fear, lockdown, and diversion: Comparing drivers of pandemic economic decline 2020, *Journal of Public Economics*, Vol. 193.

Gupta, S., K. Simon und C. Wing (2020), Mandated and Voluntary Social Distancing During the COVID-19 Epidemic, *Brookings Papers on Economic Activity, Covid-19 and the economy: Part one (Summer 2020)*, S. 269–315.

Hale, T., J. Anania, N. Angrist, T. Boby, E. Cameron-Blake, M. Di Folco, L. Ellen, R. Goldszmidt, L. Hallas, B. Kira, M. Luciano, S. Majumdar, R. Nagesh, A. Petherick, T. Phillips, H. Tatlow, S. Webster, A. Wood und Y. Zhang (2021), Variation in government responses to COVID-19, *BSG Working Paper*, Nr. 2020/032, Version 12.0, Juli 2021.

Hatzius, J., A. Tilton und D. Struyven (2020), Measuring the Impact of Lockdowns and Social Distancing on Global GDP, *Goldman Sachs, Global Economics Analyst, Newsletter* vom 26. April 2020.

Hinterlang, N., S. Moyen, O. Röhe, und N. Stähler (2021), Gauging the Effects of the German COVID-19 Fiscal Stimulus Package, *Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank*, im Erscheinen.

Internationaler Währungsfonds (2021), Differences In Output Performance Between Europe And the US During COVID-19, *Regional Economic Outlook Update: Europe*, April 2021, S. 7.

Internationaler Währungsfonds (2020a), *World Economic Outlook Update: A Crisis Like No Other, An Uncertain Recovery*, Juni 2020.

Internationaler Währungsfonds (2020b), *The Great Lockdown: Dissecting the Economic Effects*, *World Economic Outlook*, Oktober 2020, S. 65–84.

Jordà, Ò. (2005), Estimation and Inference of Impulse Responses by Local Projections, *American Economic Review*, Vol. 95 (1), S. 161–182.

Kakkad, J., C. Palmou, D. Britto und J. Browne (2021), Anywhere Jobs: Reshaping the Geography of Work, *Tony Blair Institute For Global Change*.

Khalil, M. und M.-D. Weber (2021), Chinese supply chain shocks, *Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank*, Mimeo.

Kilian, L., N. Nomikos und X. Zhou (2021), Container Trade and the U.S. Recovery, *CEPR Discussion Paper*, Nr. 16277.

Kong, E. und D. Prinz (2020), Disentangling policy effects using proxy data: Which shutdown policies affected unemployment during the COVID-19 pandemic?, *Journal of Public Economics*, Vol. 189 (1).

Krippner, L. (2013), Measuring the stance of monetary policy in zero lower bound environments, *Economics Letters*, Vol. 118 (1), S. 135–38.

Meier, M. und E. Pinto (2020), Covid-19 Supply Chain Disruptions, Collaborative Research Center Transregio 224, Discussion Paper, Nr. 239.

Morikawa, M. (2021), Work-from-Home Productivity during the COVID-19 Pandemic: Evidence from Surveys of Employees and Employers, SSPJ Discussion Paper, Nr. 20–007.

National Bureau of Economic Research (2021), Determination of the April 2020 Trough in US Economic Activity, Business Cycle Dating Committee Announcement, 19. Juli 2021.

OECD (2021a), Tourism GDP (indicator), <https://doi.org/10.1787/b472589a-en>, abgerufen am 13. September 2021.

OECD (2021b), Measuring telework in the COVID-19 pandemic, *OECD Digital Economy Papers*, Nr. 314.

OECD (2020), The OECD Weekly Tracker of activity based on Google Trends, *OECD Economic Outlook*, Vol. 2020 (2), Dezember 2020, S. 60–72.

Ozimek, A. (2020), The Future of Remote Work, SSRN Paper, <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3638597>.

Plagborg-Møller, M. und C. K. Wolf (2021), Local Projections and VARs Estimate the Same Impulse Responses, *Econometrica*, Vol. 89 (2), S. 955–980.

Santacreu, A. M., F. Leibovici und J. LaBelle (2021), Global Value Chains and U.S. Economic Activity During COVID-19, *Federal Reserve Bank of St. Louis Review*, Vol. 103 (3).

Statistics Canada (2021), Working from home: Productivity and Preferences, <https://www150.statcan.gc.ca/n1/en/daily-quotidien/210401/dq210401b-eng.pdf?st=hhC17sAo>.

Statistisches Bundesamt (2021), 15,5% weniger Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2020, Pressemitteilung Nr. 161 vom 31. März 2021, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/03/PD21_161_52411.html.

Weltgesundheitsorganisation (2021), The true death toll of COVID-19: Estimating global excess mortality, Data story, Mai 2021, <https://www.who.int/data/stories/the-true-death-toll-of-covid-19-estimating-global-excess-mortality>, abgerufen am 30. August 2021.

Wolter, M. I., A. Mönning, T. Maier, C. Schneemann, S. Steeg, E. Weber und G. Zika (2021), Langfristige Folgen der Covid-19-Pandemie für Wirtschaft, Branchen und Berufe, IAB-Forschungsbericht, 2/2021.

Wie stehen private Haushalte in Deutschland zum digitalen Euro? Erste Ergebnisse aus Umfragen und Interviews

Weltweit beschäftigen sich Notenbanken mit Konzepten verschiedener Formen digitalen Zentralbankgelds. Dabei gehen sie bei ihren Untersuchungen in einem unterschiedlichen Tempo und aus unterschiedlichen Motiven voran. Während einige Notenbanken vorerst nur den Bedarf an digitalem Zentralbankgeld sowie seine potenziellen Vor- und Nachteile analysieren, haben andere Notenbanken bereits mit der Entwicklung erster Prototypen begonnen. Digitales Zentralbankgeld wäre neben Bargeld und Guthaben von lizenzierten Instituten bei der Zentralbank eine weitere Geldform, die von einer Notenbank emittiert und eine direkte Verbindlichkeit der Notenbank darstellen würde. Die meisten Projekte von Notenbanken zielen dabei auf ein digitales Zentralbankgeld ab, das privaten Haushalten, Unternehmen und anderen Nichtbanken zur Verfügung stehen soll. Auch im Eurosystem wird derzeit die mögliche Ausgabe von digitalem Zentralbankgeld für den Euroraum – dem digitalen Euro – diskutiert und näher untersucht.

Mit einem digitalen Euro würde im Euroraum eine weitere Zahlungsart zur Auswahl stehen. Daher sollte ein digitaler Euro so gestaltet sein, dass er den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht wird. Dies wirft eine ganze Reihe Fragen auf, die nicht zuletzt mit Blick auf die nun laufende Untersuchungsphase interessant sind: Wie bewerten Privatpersonen derzeit einen möglichen digitalen Euro? Welche Bedürfnisse könnte er befriedigen? Könnte er tatsächlich als eine Art digitales Bargeld ausgestaltet werden? Oder wäre es denkbar, dass er vielmehr mit den klassischen unbaren Zahlungsinstrumenten konkurriert? Und welche Faktoren könnten letztlich seine Akzeptanz und Nutzung durch Verbraucher beeinflussen?

Vor diesem Hintergrund thematisiert dieser Aufsatz das Verhältnis von Bargeld, den unbaren Zahlungsinstrumenten und einem möglichen digitalen Euro aus der Verbrauchersicht. Durch eine repräsentative Bevölkerungsbefragung sowie durch wissenschaftliche Interviews liefert die Untersuchung erste Einsichten in die Einstellungen privater Haushalte gegenüber einem digitalen Euro. Dabei wird deutlich, dass die Diskussion über digitales Zentralbankgeld in der breiten Bevölkerung noch nicht angekommen ist. Die Ergebnisse legen zudem nahe, dass ein digitaler Euro aus Verbrauchersicht kein pauschaler Ersatz für Bargeld ist. Vielmehr wird sein Potenzial eher im Kontext der unbaren Zahlungsinstrumente gesehen. Mögliche neuartige Eigenschaften könnten einen digitalen Euro insbesondere im Vergleich zu privaten Zahlungsmitteln attraktiv machen.

Der digitale Euro als mögliches neues Zahlungsmittel

Viele Notenbanken untersuchen mögliches digitales Zentralbankgeld für die breite Bevölkerung

Seit einigen Jahren setzen sich Notenbanken weltweit mit dem Konzept des digitalen Zentralbankgelds auseinander. Die meisten Notenbanken konzentrieren sich zunächst auf konzeptionelle Arbeiten, Experimente oder Machbarkeitsstudien.¹⁾ Bisher gehen nur wenige Notenbanken mit digitalem Zentralbankgeld in die Pilotphase oder streben eine unmittelbare Ausgabe an. Im Fokus der laufenden Untersuchungen liegt vielmehr die Bewertung der möglichen Vor- und Nachteile eines digitalen Zentralbankgelds. Die meisten Projekte von Notenbanken zielen dabei auf ein digitales Zentralbankgeld ab, das vor allem Privatpersonen zur Verfügung stehen soll. Dieses digitale Zentralbankgeld würde, zusätzlich zu Bargeld und Guthaben von lizenzierten Instituten auf bei der Notenbank geführten Konten, eine dritte Variante von Zentralbankgeld darstellen.

Eurosystem startet Projekt zum digitalen Euro

Im Oktober 2020 veröffentlichte das Eurosystem einen Bericht über die mögliche Ausgabe von digitalem Zentralbankgeld für den Euroraum.²⁾ Der Bericht betrachtet Szenarien, die für die Emission eines solchen digitalen Euro sprechen könnten. Dabei wird ein digitaler Euro unter anderem als Katalysator der Digitalisierung, als Antwort auf eine mögliche Verbreitung von anderen, nicht auf Euro lautenden digitalen Währungen und privaten Stablecoins sowie im Zusammenhang mit einem möglichen weiteren Rückgang der Bargeldnutzung diskutiert. Am 14. Juli 2021 beschloss der Rat der Europäischen Zentralbank, die Untersuchungsphase eines Projekts zum digitalen Euro einzuläuten. Damit sollen die Voraussetzungen für die etwaige Einführung eines digitalen Euro untersucht werden. Ob ein digitaler Euro jedoch tatsächlich eingeführt wird, wird erst am Ende der zweijährigen Untersuchungsphase entschieden. In deren Rahmen sollen insbesondere die funktionale Ausgestaltung und Verteilung eines möglichen digitalen Euro, seine volkswirtschaftlichen Auswirkungen sowie mögliche erforder-

liche Änderungen am EU-Rechtsrahmen bewertet und untersucht werden.³⁾

Neben anderen Erwägungsfaktoren spielt die Möglichkeit eines weiteren Rückgangs der Nutzung von Bargeld als Zahlungsmittel eine Rolle in der Diskussion um den digitalen Euro.⁴⁾ In der Tat ist in der Pandemie die Bargeldnutzung im Zahlungsverkehr in Deutschland noch einmal verstärkt zurückgegangen. Während im Jahr 2017 noch rund 74 % aller Zahlungen von Privathaushalten am Point-of-Sale⁵⁾ in Deutschland mit Bargeld beglichen wurden, waren es im Jahr 2020 nur noch rund 60 %.⁶⁾ Dieser Rückgang könnte möglicherweise zu einem Teil dadurch erklärt werden, dass Verbraucher in der Pandemie nicht wie gewohnt einkaufen und reisen konnten und auch ihre Freizeitgestaltung anpassen mussten. Im Jahresverlauf 2020 standen viele klassische Einsatzmöglichkeiten von Banknoten und Münzen im Einzelhandel, in Restaurants, auf Volksfesten oder Messen nur eingeschränkt oder gar nicht zur Verfügung. Jedoch zeigen detailliertere Auswertungen einen geringeren Bargeldanteil bei fast allen Ausgabearten, sodass insgesamt von einer geringeren Barzahlungsneigung ausgegangen werden muss.⁷⁾ Wie sich die Nutzung von Bargeld als Zahlungsmittel nach der Pandemie weiterentwickeln wird, ist noch ungewiss.

Der Rückgang der Verwendung von Bargeld als Zahlungsmittel könnte eine zunehmende Abhängigkeit von privatwirtschaftlichen Zahlungslösungen bewirken. Und auch wenn der bare Zahlungsverkehr in Deutschland nach wie vor reibungslos funktioniert, könnten im Zuge der abnehmenden Bargeldnutzung zukünftig Ein-

Digitaler Euro als Reaktion auf rückläufige Nutzung von Bargeld?

1 Vgl.: Boar und Wehrl (2021).

2 Vgl.: Europäische Zentralbank (2020).

3 Vgl.: Europäische Zentralbank (2021a).

4 Vgl.: Europäische Zentralbank (2020), Mancini-Griffoli et al. (2018), Auer und Böhme (2020) sowie Wadsworth (2018).

5 Hierbei handelt es sich überwiegend um Zahlungen an der Ladenkasse, hinzu kommen weitere Zahlungssituationen von Privathaushalten wie Zahlungen an Privatpersonen und Online-Einkäufe.

6 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2018, 2021a).

7 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2018, 2021a).

schränkungen entstehen:⁸⁾ Tendenziell steigen mit rückläufiger Nutzung die Stückkosten einer Bartransaktion am Geldausgabeautomaten und an der Ladenkasse. Vor diesem Hintergrund könnten Kreditinstitute im Rahmen ihrer privatwirtschaftlichen Abwägungen weniger Bargelddienstleistungen bereitstellen und Handelsunternehmen die Annahme von Bargeld einschränken. In einem solchen Umfeld könnte die Bevölkerung gezwungen sein, auch bei Vorortgeschäften in einzelnen Fällen auf andere Zahlungsmittel auszuweichen. Damit ein digitaler Euro eine Antwort auf diese Herausforderung wäre, sollte er die Anforderungen der Bevölkerung an ein Zahlungsmittel in vergleichbarer Art und Weise wie Bargeld erfüllen.

Gegenwärtig stellt Bargeld die einzige Möglichkeit für private Haushalte und andere Nichtbanken dar, Zentralbankgeld zu halten. Mit einem digitalen Euro stünde diesen Geldhaltern zusätzlich eine digitale Form von Zentralbankgeld zur Verfügung, die vermutlich in ihren Eigenschaften Gemeinsamkeiten sowohl mit Bargeld als auch mit unbaren Zahlungsmitteln aufwiese.

Inwieweit ein digitaler Euro sich etablieren kann, entscheiden letztlich die potenziellen Nutzer. Daher sind Untersuchungen der Nutzerperspektive erforderlich, um sowohl die zu erwartende Marktdurchdringung eines digitalen Euro im Zahlungsverkehr abschätzen zu können als auch die möglichen Auswirkungen seiner Einführung auf die bestehenden unbaren und baren Zahlungsinstrumente besser zu verstehen. Der vorliegende Bericht nähert sich dieser Aufgabe durch eine Analyse der Eigenschaften von Bargeld, unbaren Zahlungsmitteln und eines möglichen digitalen Euro im Rahmen von wissenschaftlich angelegten Verbraucherbefragungen.⁹⁾

Anforderungen an Geldformen und Zahlungsmittel

Die bisherigen Untersuchungen auf dem Gebiet der Zahlungsverhaltensforschung zeigen, dass

Verbraucher bei der Bewertung von Geldformen und Zahlungsmitteln eine Fülle an Kriterien in Betracht ziehen.¹⁰⁾ Generell entscheiden Privatpersonen nutzenmaximierend über die Haltung und Nutzung verschiedener Geldformen und Zahlungsinstrumente, das heißt, sie setzen diese so ein, dass sie ihren Bedürfnissen am besten gerecht werden. Dabei berücksichtigen sie die damit verbundenen Kosten und Risiken. Diese Nutzenbewertung findet insbesondere im Hinblick auf die Zahlungs- und die Wertaufbewahrungsfunktion statt. Das relative Gewicht der einzelnen Faktoren in der Bewertung sowie die Einschätzung, in welchem Umfang ein einzelner Faktor bei den jeweiligen Zahlungsmitteln ausgeprägt ist, variiert je nach der subjektiven Wahrnehmung der Nutzer.

Untersuchungen der Deutschen Bundesbank zur Einschätzung von Zahlungsmitteln legen nahe, dass aus Verbrauchersicht Sicherheit vor Verlust, ein guter Überblick über die Ausgaben, einfache Nutzung und Vertrautheit ebenso wie die Wahrung der Privatsphäre zu den wichtigsten Faktoren bei der Beurteilung der verschiedenen Geldformen gehören. In den Augen der Verbraucher erfüllt Bargeld beinahe alle diese Kriterien besonders gut. Nur hinsichtlich des Schutzes gegen finanziellen Verlust werden Debitkarten als noch besser empfunden.¹¹⁾ Diese Einschätzungen spiegeln sich auch in der tatsächlichen Nutzung von Bargeld wider. Trotz des Rückgangs der Bargeldnutzung in der Corona-Pandemie ist Bargeld mit einem Transaktionsanteil von 60 % nach wie vor das am häufigsten eingesetzte Zahlungsmittel für alltägliche Zahlungen.¹²⁾ Auch als Wertaufbewahrungsmittel wird Bargeld in Deutschland in

Bei Zahlungsmittelwahl werden nutzenstiftende Faktoren mit Kosten und Risiken abgewogen

Bargeld schützt Privatsphäre und bietet einen guten Ausgabenüberblick

Nutzerperspektive zentral in der Diskussion um einen digitalen Euro

⁸ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2020a).

⁹ Der Aufsatz thematisiert ausschließlich die Retail-Variante eines digitalen Euro. In dieser Variante würde ein digitaler Euro Privatpersonen und Unternehmen zur Verfügung gestellt. Die Diskussion im Euroraum rund um einen digitalen Euro konzentriert sich inzwischen auf diese Variante.

¹⁰ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021a, 2018, 2015, 2012, 2009), Schweizerische Nationalbank (2018) sowie Rusu und Stix (2017). Die Darstellung im Text folgt dem konzeptionellen Rahmen zum Vergleich verschiedener Zahlungsmittel nach Mancini-Griffoli et al. (2018).

¹¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2018).

¹² Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021a).

einem großen Umfang nachgefragt. Den Ergebnissen einer von der Bundesbank durchgeführten Personenbefragung zufolge bewahrte eine Privatperson in Deutschland im Jahr 2018 durchschnittlich circa 1 364 € Bargeld zu Hause oder in einem Schließfach auf (abseits des Geldbeutels).¹³⁾ Die Verteilung der Beträge in der Bevölkerung war dabei äußerst ungleich und stark konzentriert. Ältere, Besserverdienende und Selbständige hielten im Mittel die höchsten Beträge. 50 % der Befragten hielten Bargeldbestände von 200 € oder weniger (Median). Dabei scheinen insbesondere Bedenken bezüglich der Sicherheit und der Zuverlässigkeit technischer Systeme eine Rolle bei der Bargeldaufbewahrung zu spielen. Die gestiegene Nachfrage nach Bargeld in der Coronavirus-Pandemie unterstreicht ebenfalls die Bedeutung des Bargelds als Wertaufbewahrungsmittel (siehe die Ausführungen auf S. 69 f.).

Unbare Zahlungsinstrumente sind teilweise mit Angebot an zusätzlichen Dienstleistungen verbunden

Unbare Zahlungsvarianten basieren überwiegend auf Giralgeld und zeichnen sich, ähnlich wie Bargeld, durch eine einfache und bequeme Handhabung sowie Schnelligkeit und Sicherheit aus; Beispiele sind die girocard und die Kartenprodukte der internationalen Kartensysteme, Überweisungen sowie Internetbezahlverfahren.¹⁴⁾ Darüber hinaus werden bei der Verwendung unbarer Zahlungsinstrumente im Gegensatz zum Bargeld Zeitaufwand sowie potenzielle Gebühren bei einer Abhebung eingespart. Weiterhin ist das Bezahlen im Online-Handel fast nur mit unbaren Zahlungsinstrumenten möglich. Teilweise ist zudem die Bereitstellung und Nutzung dieser Zahlungsmittel mit dem Angebot an zusätzlichen Dienstleistungen verbunden, etwa einem Darlehen. Der Bedarf an innovativen unbaren Bezahlverfahren, wie zum Beispiel dem Bezahlen mit Mobiltelefon, fällt hingegen derzeit aus Verbrauchersicht noch gering aus. Viele Menschen empfinden das mobile Bezahlen noch als zu unsicher oder zu kompliziert.¹⁵⁾ Des Weiteren spielen unbare Geldformen die entscheidende Rolle, wenn es um die Wertaufbewahrung geht: Der größte Teil der privaten Geldvermögen in Deutschland wird in Form von Bankeinlagen gehalten.

In jüngster Zeit werden darüber hinaus zunehmend sogenannte Krypto-Token diskutiert, also Werteinheiten, die rein digital verfügbar sind und auf Verschlüsselungstechniken (Kryptografie) basieren. Im Vergleich zu Bargeld sowie auf Giralgeld basierende, unbare Zahlungsmittel erfüllen Krypto-Token die Zahlungsmittel- und Wertaufbewahrungsfunktion deutlich schlechter.¹⁶⁾ Die Verwendung als Zahlungsmittel wird insbesondere durch die geringe Akzeptanz, die lange Abwicklungszeit der Transaktionen sowie die Notwendigkeit technischer Vorkenntnisse erschwert.¹⁷⁾ Hinsichtlich ihrer Eignung als Wertaufbewahrungsmittel sind es hingegen die hohen Wertschwankungen, die gegen die Nutzung von Krypto-Token sprechen.

Krypto-Token sind als Zahlungs- und Wertaufbewahrungsmittel unattraktiv

Der digitale Euro aus der Verbrauchersicht – Empirische Untersuchungen der Bundesbank

Welche Nutzen- und Kostenfaktoren wären mit einem digitalen Euro aus der Verbrauchersicht verbunden? Und wie könnte die Kosten-Nutzen-Bilanz eines möglichen digitalen Euro im Vergleich zu Bargeld und Giralgeld ausfallen? Ist das Konzept eines digitalen Euro bereits in Teilen der Bevölkerung bekannt? Um Antworten auf diese Fragen zu finden, wurde im April 2021 zunächst eine repräsentative Meinungsumfrage im Rahmen des „Bundesbank-Online-Panels-Haushalte“ durchgeführt (siehe Erläuterungen auf S. 71 ff.). Den Ergebnissen zufolge war der Begriff des digitalen Euro in der breiten Öffentlichkeit zum Zeitpunkt der Befragung noch weitgehend unbekannt. So wurden die Studienteilnehmer gefragt, ob sie bereits vor der Befragung vom digitalen Euro gehört oder darüber etwas gelesen hätten. Lediglich bei 23 % der Befragten war dies der Fall. Die geringe Bekanntheit des digitalen Euro könnte auch ein

Digitaler Euro ist bislang in der breiten Bevölkerung eher unbekannt

¹³ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2020b).

¹⁴ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2015).

¹⁵ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021a).

¹⁶ Vgl.: Europäische Zentralbank (2019).

¹⁷ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021c).

Bargeldnachfrage zur Wertaufbewahrung während der Coronavirus-Krise

Insgesamt gab die Bundesbank im Jahr 2020 netto Banknoten im Wert von etwa 70 Mrd € aus, während die Nettoemission im Jahr 2019 mit ungefähr 60 Mrd € knapp darunter lag. Mit 21 Mrd € konzentrierte sich ein erheblicher Teil der Banknotennachfrage auf den Beginn der Coronavirus-Krise im März 2020 (vgl. unten stehendes Schaubild). Es gibt Hinweise darauf, dass die gestiegene Banknotennachfrage zu einem Teil auf inländische Wertaufbewahrungsmotive von Privatpersonen zurückzuführen ist.¹⁾

Um deren Einfluss auf die Banknotennachfrage seit Beginn der Coronavirus-Krise im März 2020 näher einschätzen zu können, wurden Teilnehmer des Bundesbank-Online-Panel-Haushalte (BOP-HH)²⁾ im Februar 2021 zu ihren Rücklagen in Form von Bargeld befragt. 44 % der Teilnehmer gaben an, über eine Barreserve zu verfügen. Auffällig war hierbei, dass der Anteil der Befragten mit Barreserven mit steigendem Alter abnahm: Während 51 % der Befragten unter 30 Jahren Barreserven hielten, so waren es bei Personen ab 65 Jahren nur 38 %. Ein möglicher Erklärungsansatz hierfür könnte sein, dass jüngere Personen wertmäßig geringe Barreserven halten, die nicht als Bargeldhortung im klassischen Sinne anzusehen sind, sondern eine konsumbedingte Vorsichtskasse darstellen. Demgegenüber könnte die relativ geringere Anzahl an Hortungsbeständen von Personen ab 65 Jahren auf ein Aufbrauchen vorhandener Barreserven in einer späten Lebensphase hindeuten.

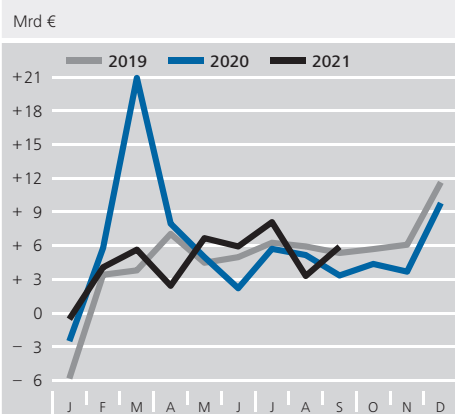
¹ Bei einer telefonischen Umfrage im April 2020 gab ein Viertel der Befragten an, ihr Zahlungsverhalten seit Beginn der Coronavirus-Krise verändert zu haben, wobei von diesen 90 % weniger oft Bargeld nutzten, vgl.: Deutsche Bundesbank (2020c). Die erhöhte Banknotennachfrage im März 2020 dürfte daher nicht auf einen unmittelbaren Bedarf an Bargeld für Transaktionszwecke zurückzuführen sein.

² Zu näheren Informationen zum BOP-HH vgl.: Beckmann und Schmidt (2020) sowie Deutsche Bundesbank (2021b).

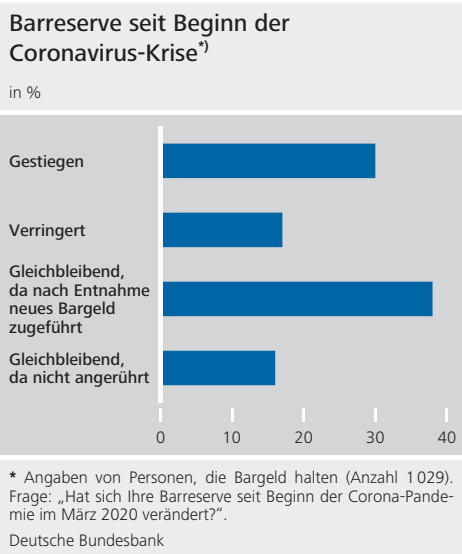
Personen, welche die Frage nach dem Vorhandensein von Barreserven bejahten, wurden in einem zweiten Schritt gebeten anzugeben, inwieweit sich die Rücklagen seit März 2020 verändert hatten (siehe Ergebnisse im Schaubild auf S. 70). Die Erhöhung der Barreserven war insbesondere auf jüngere Personen unter 30 Jahren (37 %) sowie jene mit einem Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 6 000 € (45 %) zurückzuführen. Ein mögliches Motiv für eine Erhöhung könnte bei jüngeren Personen die Befürchtung vor einem Wegfall üblicher Bargeldzugangspunkte während eines Lockdowns in Verbindung mit ansonsten betragsmäßig geringen Barreserven sein. Bei Personen mit hohem Haushalts-Nettoeinkommen könnte das höhere Maß an frei disponiblen Einkommen in Verbindung mit den geringeren lokalen Konsummöglichkeiten ein Grund für eine gestiegene Bargeldhaltung sein. Weitere Einflussfaktoren, zum Beispiel von Kreditinstituten erhobene „Verwahrentgelte“ auf hohe Sichteinlagen, sind ebenfalls nicht auszuschließen.

Demgegenüber gab etwa ein Sechstel der Befragten an, über geringere Barreserven zu verfügen, wobei dies vor allem bei Personen

Monatliche Banknoten-Nettoemission der Deutschen Bundesbank



Deutsche Bundesbank



mit einem niedrigeren Haushaltseinkommen der Fall war. Dies könnte vorrangig in den krisenbedingten Einkommensausfällen unter anderem durch Kurzarbeit begründet sein, aufgrund deren vorhandene Vermögensreserven aufgelöst wurden. Mit 54 % gab

über die Hälfte der Personen an, dass sich die Höhe ihrer Barreserve nicht verändert habe. Auffällig ist hierbei, dass von dieser Gruppe weniger als jeder Dritte die Barreserve überhaupt nicht angerührt hatte, während etwa 70 % diese aktiv nutzten. Bei Barreserven der letztgenannten Bevölkerungsgruppe scheint es sich daher um keine Bargeldhortung im engeren Sinn, sondern vielmehr um einen ausgelagerten Geldbeutel-Bestand zu handeln, auf den für Transaktionszwecke zurückgegriffen wird.

Die Ergebnisse bekräftigen insgesamt die Annahme, dass Wertaufbewahrungsmotive von Privatpersonen eine bedeutende Rolle bei der Banknotennachfrage während der Coronavirus-Krise spielten. Dies dürfte insbesondere auf die Funktion des Bargelds als krisen- und ausfallsicheres sowie jederzeit nutzbares Zahlungs- und Wertaufbewahrungsmittel zurückzuführen sein.

Grund dafür sein, dass die große Mehrheit aller Befragten der Einführung eines digitalen Euro noch skeptisch gegenüberstand. Im April 2021 befürworteten lediglich rund 13 % der Befragten die Emission eines digitalen Euro. Bei den Befragten mit Vorkenntnissen zum digitalen Euro fiel die Zustimmungsrate allerdings mit 22 % beinahe doppelt so hoch aus. Einstellungen und Wahrnehmungen zum digitalen Euro könnten sich im Zeitverlauf und mit steigendem Informationsgrad der Bevölkerung noch wandeln.

Qualitative Ansätze können tiefere Einblicke in die Verbrauchersicht auf einen digitalen Euro bieten

Aufgrund seiner bislang geringen Bekanntheit sind quantitative Befragungen zum digitalen Euro zum gegenwärtigen Zeitpunkt anspruchsvoll. Ein digitaler Euro wäre eine technologische Innovation, deren genaue Ausgestaltung – sofern es zu einer Einführung käme – zudem noch offen ist. Für eine Befragung zum digitalen Euro benötigte Vorkenntnisse und Einschätzungen können daher bei den Studienteilnehmern nicht ohne Weiteres vorausgesetzt werden. Um den-

noch tiefere Einblicke in die Entscheidungskriterien der Verbraucher im Hinblick auf die spätere Nutzung eines digitalen Euro zu gewinnen, wurde für die weitergehende Untersuchung ein qualitativer Ansatz in Form von wissenschaftlichen Leitfaden-Interviews gewählt. Dieser Ansatz bietet insbesondere den Vorteil, die Studienteilnehmer schrittweise an das Konzept des digitalen Euro heranzuführen zu können. Qualitative Interviews arbeiten mit offenen Fragen, sodass sich die Befragten mündlich in eigenen Worten äußern können. Der Gesprächsverlauf wird weniger von den Interviewenden und ihren Fragen vorstrukturiert, als vielmehr von den Befragten mitgestaltet. So sollen die individuellen Sichtweisen der Befragten nicht nur oberflächlich, sondern detailliert und vertieft erschlossen werden.¹⁸⁾

Im Zeitraum vom 11. März 2021 bis zum 13. April 2021 wurden in Zusammenarbeit mit

¹⁸ Siehe hierzu u. a.: Döring und Bortz (2016).

Bevölkerungsbefragung der Bundesbank zum digitalen Euro

Im Bundesbank-Online-Panel-Haushalte (BOP-HH) werden monatlich Privatpersonen in Deutschland zu ihren wirtschaftlichen Erwartungen und Verhaltensweisen befragt.¹⁾ Die Teilnehmer sind 16 Jahre alt oder älter, leben in Deutschland und verfügen über einen Internetzugang. Im Zeitraum vom 16. bis zum 27. April 2021 befasste sich das Panel unter anderem mit dem Thema „digitaler Euro“. Den 2.718 Befragten wurde zunächst folgender Erklärungstext eingeblendet:

„Ein digitaler Euro wäre eine elektronische Form von Zentralbankgeld. Zentralbankgeld ist Geld, das nur von der Zentralbank geschaffen werden kann. Heutzutage existiert das Zentralbankgeld vor allem in Form von Bargeld, welches die Zentralbank in Umlauf gibt. Ein digitaler Euro würde es jeder/m ermöglichen, mit Zentralbankgeld in unbarer Form zu bezahlen.“

Ein digitaler Euro ist nicht gleichzusetzen mit Krypto-Assets, wie z. B. Bitcoin. Ein digitaler Euro wäre von der Europäischen Zentralbank geschützt und reguliert. Er wäre zu-

dem ausfallsicher, da eine Zentralbank nicht bankrottgehen kann. Krypto-Assets werden bislang ohne jede staatliche Kontrolle ausgegeben und gehandelt. Das bedeutet, dass es keine für Wertstabilität sorgende Institution gibt und in der Folge Krypto-Assets im Gegensatz zu einem digitalen Euro teils großen und nicht erklärbaren Wertschwankungen unterliegen.“

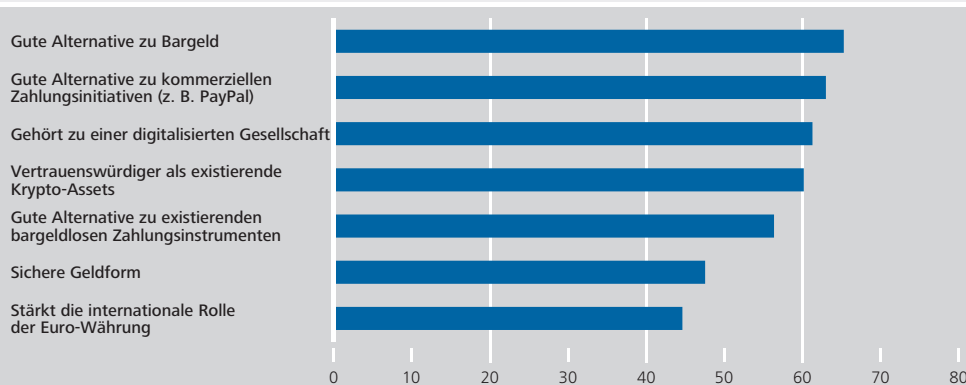
Im Anschluss daran erhielten die Teilnehmer Fragen zu ihren Vorkenntnissen und Einstellungen zum digitalen Euro.

Es zeigte sich, dass der digitale Euro zum Zeitpunkt der Umfrage in der breiten Öffentlichkeit noch weitgehend unbekannt war. Lediglich 23 % der Befragten gaben an, bereits im Vorfeld der Befragung etwas vom digitalen Euro gehört oder gelesen zu haben. 60 % gaben an, zwar noch nichts vom digitalen Euro, dafür aber schon von Krypto-Token gehört oder gelesen zu haben. 17 %

¹ Zu näheren Informationen zum BOP-HH vgl.: Beckmann und Schmidt (2020) sowie Deutsche Bundesbank (2021b).

Vorteile des digitalen Euro¹⁾

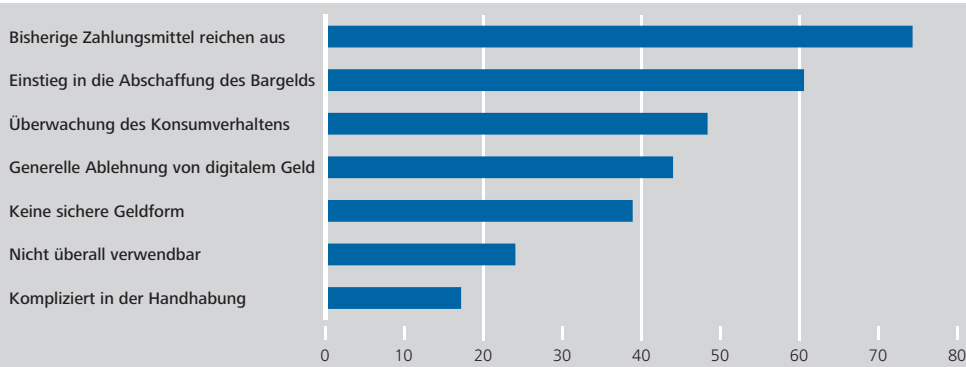
in %



* Angaben von Personen, die eine Einführung des digitalen Euro eher befürworten oder stark befürworten würden (Anzahl 364). Frage: „Aus welchen Gründen würden Sie die Einführung des digitalen Euro befürworten?“. Mehrfachantworten möglich.
 Deutsche Bundesbank

Nachteile des digitalen Euro^{*)}

in %



* Angaben von Personen, die eine Einführung des digitalen Euro überhaupt nicht befürworten oder eher nicht befürworten würden (Anzahl 1 512). Frage: „Aus welchen Gründen würden Sie die Einführung des digitalen Euro nicht befürworten?“. Mehrfachantworten möglich.

Deutsche Bundesbank

hingegen kannten keinen der beiden Begriffe. Befragungen zum digitalen Euro werden somit zum jetzigen Zeitpunkt noch dadurch erschwert, dass vor dem Hintergrund der vergleichsweise geringen Vorkenntnisse die Meinungsbildung in der Bevölkerung noch nicht abgeschlossen sein dürfte. Die Umfrage ermittelt eine repräsentative Momentaufnahme zum digitalen Euro zum Zeitpunkt der Befragung. Im Zeitverlauf und mit steigendem Informationsgrad in der Bevölkerung könnten sich noch Verschiebungen in den Einstellungen und Wahrnehmungen zum digitalen Euro ergeben.

Den einführenden Erklärungstext als bekannt vorausgesetzt, wurden die Studienteilnehmer als nächstes nach ihrer Meinung zum digitalen Euro gefragt. Rund 13 % der

Befragten befürworteten die Emission eines digitalen Euro (vgl. die in unten stehender Tabelle gezeigten Ergebnisse). Mehr als die Hälfte (56 %) gab hingegen an, die Einführung eines digitalen Euro nicht zu befürworten. Etwa ein Drittel war unentschlossen. Die Zustimmung zur Einführung eines digitalen Euro fiel unter den Befragten, die bereits im Vorfeld vom digitalen Euro gehört hatten, mit circa 22 % höher aus. Die Akzeptanz des digitalen Euro könnte sich im Zeitverlauf und mit steigendem Informationsgrad der Bevölkerung noch ändern. In einer Wiederholungsbefragung Ende Juli hatten bereits 44 % von einem digitalen Euro gehört oder gelesen. Die Bekanntheit scheint im Zuge der EZB-Rats-Entscheidung über den Start des Projekts zum digitalen Euro angestiegen zu sein.

Einstellung zum digitalen Euro^{*)}

Frage: Inwiefern würden Sie die Einführung eines digitalen Euro befürworten?

Antwort	in %
Überhaupt nicht befürworten	33
Eher nicht befürworten	22
Unentschieden	30
Eher befürworten	11
Stark befürworten	2
Weiß nicht	1
Keine Angabe	0

* Basis: Alle Befragte.

Deutsche Bundesbank

Nutzung des digitalen Euro ¹⁾

Frage: Welche der folgenden Aussagen bezüglich der Nutzung eines digitalen Euro trifft auf Sie persönlich zu?

Antwort	in %
Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, digitale Euro zu nutzen.	60
Ich kann mir grundsätzlich vorstellen, digitale Euro zu nutzen.	31
Ich kann mir grundsätzlich vorstellen, sowohl digitale Euro als auch Krypto-Assets zu nutzen.	9
Weiß nicht	0
Keine Angabe	0

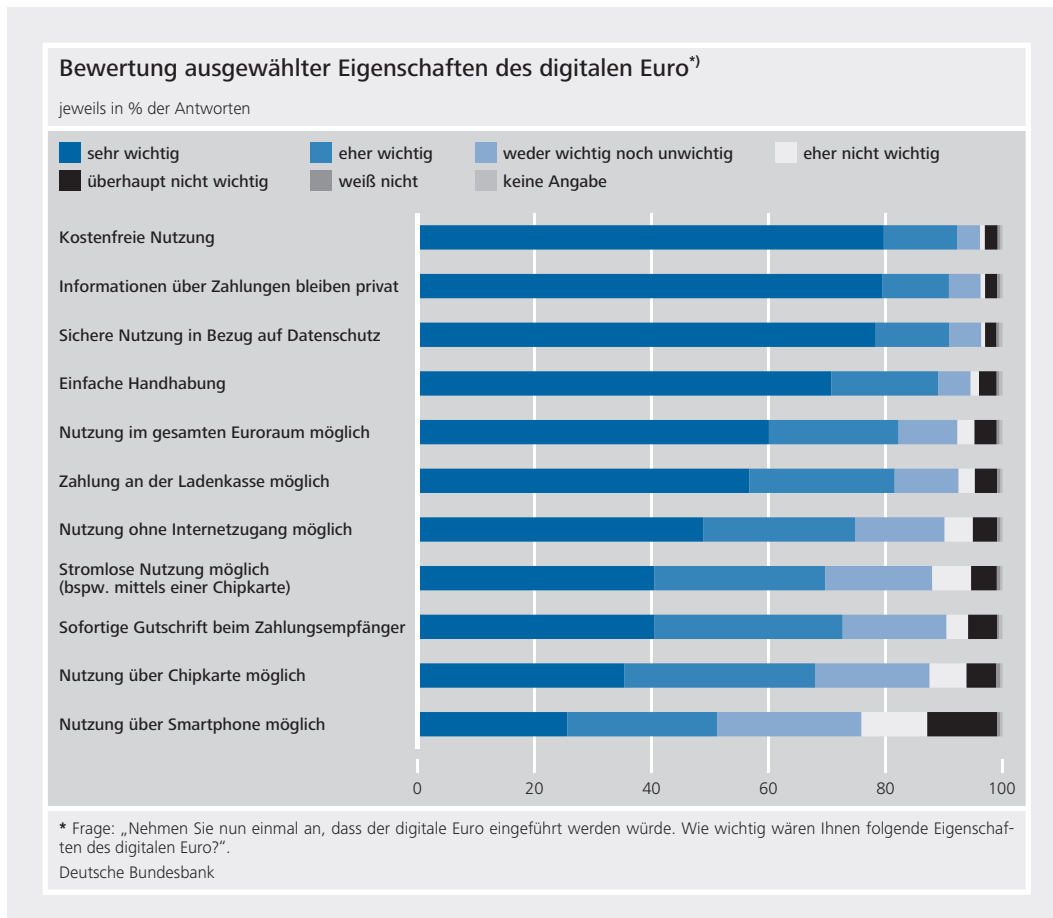
* Basis: Alle Befragte.

Deutsche Bundesbank

Von den Befürwortern eines digitalen Euro sahen ihn 65% als gute Alternative zu Bargeld und 63% als gute Alternative zu privaten Zahlungsmitteln (siehe Schaubild auf S. 71). Rund 61% der Befürworter fanden zudem, dass ein digitaler Euro zu einer digitalisierten Gesellschaft dazugehört. Denjenigen Befragten, die die Einführung eines digitalen Euro ablehnten, reichten hingegen die bisherigen Zahlungsinstrumente aus (vergleiche Schaubild auf S. 72). Für eine erfolgreiche Einführung sollte der Mehrwert eines digitalen Euro im Vergleich zu den bereits vorhandenen Zahlungsmitteln also deutlich kommuniziert werden. Zudem befürchteten rund 61% der Ablehnenden, dass ein digitaler Euro der Einstieg in eine Bargeldabschaffung wäre. Versicherungen, einen digitalen Euro lediglich als Ergänzung, nicht aber als Ersatz zum Bargeld zu erwägen, waren demnach in der breiten Bevölkerung noch nicht fest verankert.

40% aller Befragten konnten sich grundsätzlich vorstellen, einen digitalen Euro zukünftig zu nutzen (siehe oben stehende Tabelle). Auch hier ist der Anteil in der Personengruppe, die bereits von einem digitalen Euro gehört hatte, etwas größer (47%). Abschließend gaben die Befragten Auskunft zur Bedeutung von möglichen Eigenschaften eines digitalen Euro. Aus Sicht der Teilnehmer waren besonders die entgeltfreie Nutzung, die Privatheit der Zahlungen und der Datenschutz wichtig (vgl. die Ergebnisse aus dem Schaubild auf S. 74).²⁾

² Diese Erkenntnisse decken sich zum Teil mit den Erkenntnissen des nicht repräsentativen öffentlichen Konsultationsverfahrens der Europäischen Zentralbank (EZB) zum digitalen Euro. Die Konsultation wurde am 12. Oktober 2020 eingeleitet und endete am 12. Januar 2021. Insgesamt gingen rund 8 200 Antworten ein, die Mehrheit der Befragten waren Privatpersonen (94%), die übrigen Befragten waren Fachleute, darunter Banken, Zahlungsdienstleister, Händler und Technologie-Unternehmen. Laut dem öffentlichen Konsultationsverfahren der EZB ist sowohl für die Öffentlichkeit als auch für die Fachleute beim digitalen Euro der Datenschutz (43%) am wichtigsten. Es folgen Sicherheit (18%), die Möglichkeit, im ganzen Euroraum mit dem digitalen Euro zu bezahlen (11%), keine zusätzlichen Kosten (9%) und die Offline-Nutzbarkeit (8%), vgl.: Europäische Zentralbank (2021b).



40 qualitative Leitfaden-Interviews wurden im Frühjahr 2021 durchgeführt

dem Markt- und Meinungsforschungsinstitut forsa insgesamt 40 Interviews mit Personen in Deutschland durchgeführt.¹⁹⁾ Die Interviews dauerten im Mittel zwischen 45 und 60 Minuten. Die Zielgruppe der Untersuchung waren Teilnehmer der Zahlungsverhaltensstudie 2020, die ihr Einverständnis zu einer vertiefenden Befragung erteilt hatten.²⁰⁾ Um die Wahrnehmungen des digitalen Euro aus der Verbrauchersicht trotz der bei qualitativen Befragungen üblichen geringen Stichprobengröße möglichst vollständig zu erfassen, wurden die Studienteilnehmer bewusst heterogen zusammengesetzt. Die Studienteilnehmer wurden in einer möglichst großen Bandbreite hinsichtlich ihres aktuellen Zahlungsverhaltens, ihrer Affinität zu baren und unbaren Zahlungsmitteln sowie hinsichtlich ihrer Einstellung zu Digitalisierung und Erfahrung mit digitalen Bezahlfverfahren ausgewählt. Ebenso wurde bei der Auswahl der Studienteilnehmer die Alters- sowie Geschlechtsverteilung berücksichtigt.

Alle aufgezeichneten Gespräche wurden wörtlich transkribiert. Als Methode zur Auswertung der Gespräche wurde die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring ausgewählt.²¹⁾ Das Ziel dieser Methode ist es anhand eines Forschungsproblems die Bedeutungsinhalte von Informationen durch eine datengesteuerte schrittweise Kodierung herauszuarbeiten.²²⁾ Anders als im Falle der quantitativen Forschung zielt die qualitative Analyse nicht darauf ab, eine statistische Signifikanz der aufgedeckten Befunde zu ermitteln. Die qualitative Inhaltsanalyse dient der systematischen inhaltlichen Aufschlüsselung

¹⁹ Bedingt durch die Corona-Pandemie wurden die Interviews in der Regel als Videointerview durchgeführt. Die Interviewenden teilten dabei ihren Bildschirm mit den Befragten und stellten auf diesem Wege Informationen zum digitalen Euro bereit. Fünf Interviews wurden telefonisch durchgeführt, da die Befragten über keinen Internetzugang verfügten. Diesen Personen wurden die Materialien vorab postalisch zugeschickt.

²⁰ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021a).

²¹ Vgl.: Mayring (1991).

²² Vgl.: Döring und Bortz (2016).

von Texten und stellt eine etablierte Methode im Kontext der qualitativen Forschung dar.²³⁾

Qualitative Befragung zum digitalen Euro – Interviewleitfaden und theoretische Vorstrukturierung

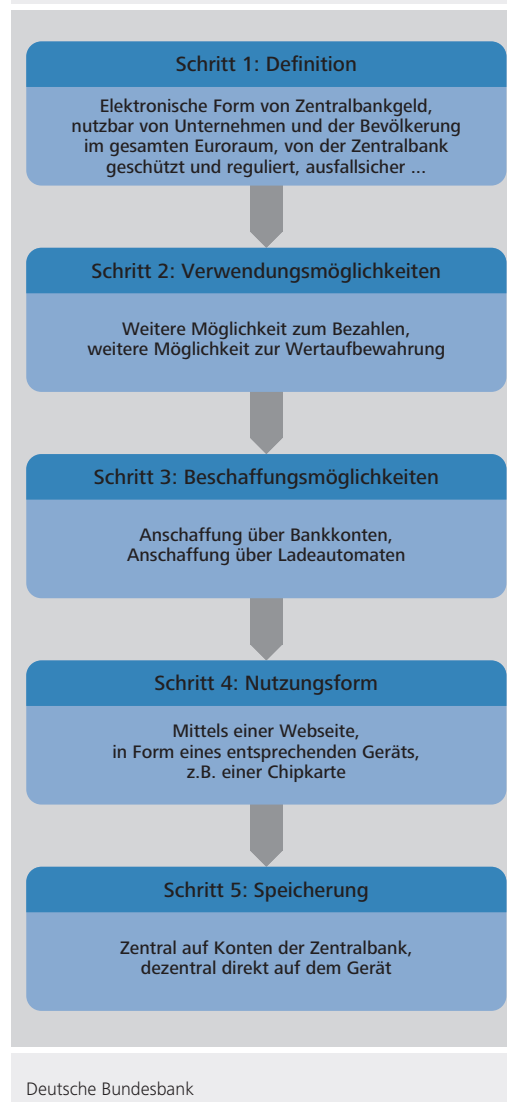
Interviewleitfaden enthält umfangreiche Erklärungen zum möglichen digitalen Euro

Die Basis der qualitativen Interviews bildete ein Interviewleitfaden. Dieser umfasste sowohl umfangreiche Erklärungen zum Konzept eines digitalen Euro als auch eine geordnete Liste offener Fragen an die Interviewteilnehmer,²⁴⁾ die im Vorfeld der Untersuchung basierend auf den möglichen Eigenschaften des digitalen Euro sowie der bisherigen Untersuchungen zur Akzeptanz von Zahlungsmitteln²⁵⁾ festgelegt wurden. Das Konzept des digitalen Euro wurde mit einem schrittweisen Erklärungsansatz eingeführt (vgl. nebenstehendes Schaubild). Aufgrund des hohen Abstraktionsgrades des Themas wurden zudem mehrere Abbildungen zur Veranschaulichung des Untersuchungsgegenstandes eingesetzt (siehe Schaubild auf S. 77). Im Verlauf der Interviews bestätigte sich das Ergebnis der repräsentativen Meinungsumfrage, dass die große Mehrheit der Teilnehmer zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht vom digitalen Euro oder digitalen Zentralbankgeld gehört hatte. Die Studienteilnehmer wurden deshalb gebeten im Laufe der Interviews den digitalen Euro in ihren eigenen Worten zu beschreiben. So konnte durchgehend kontrolliert werden, ob die Teilnehmer die dargestellten Informationen korrekt aufgenommen hatten. Zudem schilderten sie, angeregt durch die offenen Fragen, ihre Meinungen und Einstellungen im Hinblick auf die präsentierten Eigenschaften eines digitalen Euro.

Darstellung des digitalen Euro basiert auf Bericht des Eurosystems

Die Vorstellung des digitalen Euro in den Gesprächen basierte auf dem Bericht des Eurosystems zum digitalen Euro aus dem Oktober 2020.²⁶⁾ Dieser Bericht war zum Zeitpunkt der qualitativen Befragung die wichtigste und umfassendste öffentlich verfügbare Publikation des Eurosystems zu den möglichen Eigenschaften

Schrittweiser Ansatz zur Erklärung des Konzeptes „digitaler Euro“



und Ausgestaltungsvarianten eines digitalen Euro. Im Folgenden werden die Kernpunkte der im Interviewleitfaden enthaltenen Erklärungen zum digitalen Euro dargestellt und daraus jeweils Hypothesen für die Analyse der Interviews abgeleitet.

²³ Vgl.: Flick et al. (2005).

²⁴ Vgl.: Döring und Bortz (2016).

²⁵ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021a, 2018, 2015, 2012, 2009).

²⁶ Vgl.: Europäische Zentralbank (2020).

Schritt 1: Definition

Ein digitaler Euro wurde den Befragten als eine neue Form von Zentralbankgeld folgendermaßen dargestellt:

„Unter Zentralbankgeld versteht man ganz allgemein Geld, das nur von der Zentralbank geschaffen werden kann. Heutzutage umfasst das Zentralbankgeld das umlaufende Bargeld sowie die Guthaben von Kreditinstituten bei der Zentralbank. Da eine Zentralbank nicht zahlungsunfähig werden kann, gilt Zentralbankgeld als ausfallsicher. Diesem Geld gegenüber steht das sogenannte Giralgeld. Es umfasst alle Sichteinlagen bei Geschäftsbanken. Einlagen bis zu einer Höhe von 100 000 € sind je Kunde pro Bank durch die gesetzliche Einlagensicherung abgesichert. Bislang haben private Haushalte nur Zugang zu Bargeld und Giralgeld, aber nicht zu elektronischem Zentralbankgeld. Ein digitaler Euro wäre eine elektronische Form von Zentralbankgeld und würde das Angebot an Bargeld ergänzen, nicht jedoch ersetzen. Ein digitaler Euro existiert bislang allerdings nur in den Vorüberlegungen und technischen Experimenten des Eurosystems. Die europäische Zentralbank, die Deutsche Bundesbank und die anderen nationalen Zentralbanken im Euroraum prüfen derzeit, ob ein digitaler Euro eingeführt werden soll. Er könnte dann voraussichtlich sowohl von Privatpersonen als auch von Unternehmen im gesamten Euroraum genutzt werden. Ein digitaler Euro wäre von der Zentralbank geschützt und reguliert und zudem ausfallsicher.“

*Überlegung:
Ausfallsicherheit
in stabilen
Finanzsystemen
bei Zahlungs-
mittelwahl
wenig relevant*

Auf Grundlage der den Befragten vorgestellten Definition eines digitalen Euro kann angenommen werden, dass es von der geplanten Verwendung eines digitalen Euro abhängen wird, inwieweit seine Eigenschaft als Zentralbankgeld und die damit verbundene Ausfallsicherheit aus der Verbrauchersicht als nutzenstiftend wahrgenommen werden. Dabei ist zu erwarten, dass die Ausfallsicherheit bei der Wahl des Zahlungsmittels eine eher geringe Rolle spielen dürfte. Denn in stabilen Finanzsystemen und unter Berücksichtigung der gesetzlichen Einlagensiche-

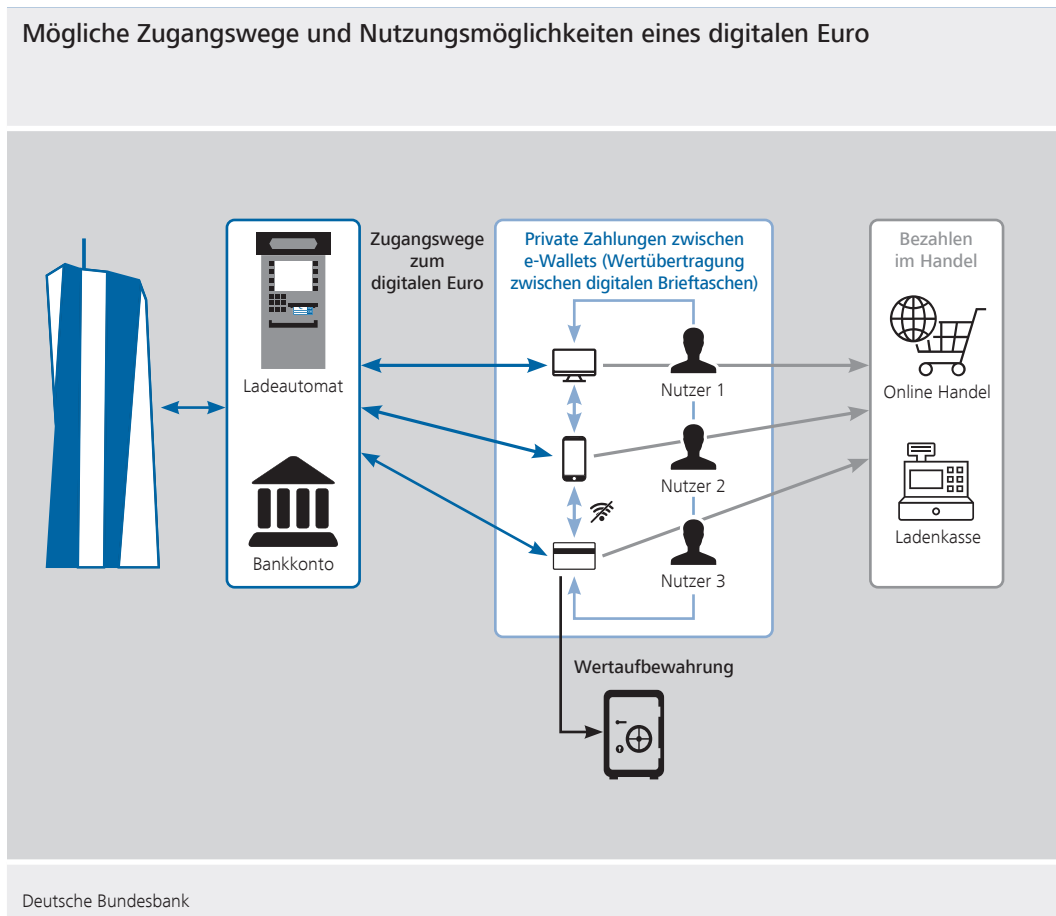
rung sollte die Ausfallsicherheit aus Verbrauchersicht keinen sichtbaren Vorteil gegenüber dem Giralgeld darstellen. Als attraktiver dürfte diese Eigenschaft im Kontext der Wertaufbewahrung in Krisenzeiten wahrgenommen werden. So ist die Ausfallsicherheit insbesondere in Krisenzeiten, wenn die Bevölkerung auf eine sichere und zuverlässige Geldform setzt, ein klares Alleinstellungsmerkmal des Bargelds.

Schritt 2: Verwendungsmöglichkeiten

Im Anschluss an die allgemeine Definition und die prägenden Eigenschaften eines digitalen Euro wurden dessen Verwendungsmöglichkeiten näher erläutert:

„Ein digitaler Euro würde breitere Nutzungsmöglichkeiten bieten als das Bargeld.²⁷⁾ So könnte man einen digitalen Euro in Situationen verwenden, in denen die Menschen nicht mit Bargeld bezahlen möchten oder können. Er würde zudem eine Alternative zu anderen bargeldlosen Zahlungsmitteln darstellen, und zwar sowohl an der Ladenkasse, im Online-Handel als auch zwischen Privatpersonen. Gleichzeitig würde ein digitaler Euro eine Grundlage für die digitalisierte Wirtschaft der Zukunft schaffen. Möglicherweise könnte ihm auch der Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels übertragen werden.²⁸⁾ In der Praxis könnte das bedeuten, dass er an nahezu jedem Ort und unter allen Bedingungen eingesetzt werden kann.“

27 Der Aufsatz thematisiert nicht die Verwendung eines digitalen Euro in einer Wholesale-Variante. In einer Wholesale-Variante würde die Zentralbank einen digitalen Euro nur an einen beschränkten Nutzerkreis, idealtypischer Weise an Geschäftsbanken, ausgeben. Ebenso wird ein potenzieller Anwendungsfall eines digitalen Euro für programmierbare Zahlungen nicht konkretisiert. Programmierbare Zahlungen sind Zahlungen, bei denen Zeitpunkt, Betragshöhe und/oder Art des Übertrags nicht ad hoc beim Zahlungsvorgang, sondern durch vorab festgelegte Bedingungen bestimmt werden. Unter programmierbare Zahlungen fallen z. B. Machine-to-machine-Zahlungen, bei denen Maschinen (auf Rechnung der Maschinenbesitzer) untereinander automatisch Leistungen miteinander verrechnen und bezahlen.
28 Vgl.: Europäische Zentralbank (2020).



*Überlegung:
Breite Akzeptanz
könnte für Ver-
wendung eines
digitalen Euro
sprechen*

Im Euroraum sind Euro-Banknoten und -Münzen gesetzliches Zahlungsmittel. Da im Euroraum zudem kleinere Beträge bevorzugt bar bezahlt werden, ist es für das Zahlungssystem unerlässlich, dass Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel überall akzeptiert wird. So können auch Personen ohne Zugang zu elektronischen Zahlungsmitteln am Wirtschaftsleben teilnehmen. Einzelhändler und andere Geschäfte dürfen Bargeldzahlungen nicht ablehnen – außer, beide Parteien haben sich vorab auf eine andere Zahlungsweise geeinigt. Wäre ein digitaler Euro ebenso ein gesetzliches Zahlungsmittel, so dürfte seine breite Einsetzbarkeit aus der Verbrauchersicht als besonders nutzenstiftend wahrgenommen werden.

Schritt 3: Beschaffungsmöglichkeiten

Im dritten Schritt wurden den Interviewten verschiedene Möglichkeiten vorgestellt, digitale Euro zu erwerben:

„Zum einen könnte man digitale Euro über ein Bankkonto gegen Girogeld eintauschen, zum anderen wäre ein Aufladen und Entladen von digitalen Euro zum Beispiel im Umtausch gegen Bargeld an Ladegeräten²⁹⁾ denkbar“ (zur Visualisierung der Zugangswege und Verwendung eines digitalen Euro siehe auch das oben stehende Schaubild).

Auf Grundlage der den Befragten vorgestellten Beschaffungsmöglichkeiten eines digitalen Euro kann angenommen werden, dass es von der Bequemlichkeit der jeweiligen Beschaffungsart abhängen wird, inwieweit diese aus der Ver-

*Überlegung:
Bequeme und
einfache
Anschaffung von
digitalen Euro
für die Nutzung
entscheidend*

²⁹ Vergleichbar mit heutigen Geldausgabeautomaten.

brauchersicht als nutzenstiftend wahrgenommen wird. Somit könnte die Beschaffung von digitalen Euro mittels Ladeautomaten als weniger attraktiv wahrgenommen werden, wenn die Ladeautomateninfrastruktur nicht zufriedenstellend ausgebaut wäre, sich lange Wegzeiten zu Automaten ergeben würden oder häufige Wege zu Ladeautomaten aufgrund geringerer Haltung von digitalen Euro nötig wären. Hingegen könnte eine als einfach und bequem wahrgenommene Beschaffung von digitalen Euro über ein Bankkonto für die Nutzung von digitalen Euro sprechen.

Schritt 4: Nutzungsform

Den Befragten wurden zwei mögliche Nutzungsformen eines digitalen Euro vorgestellt, die sich auch kombinieren ließen:

„Erstens könnte die Übertragung mittels eines webbasierten Dienstes (ggf. unter Einbeziehung einer App) erfolgen. In diesem Fall könnte eine breite Palette von Geräten verwendet werden, zum Beispiel ein Computer, ein Smartphone oder eine Smartwatch. Ein digitaler Euro könnte zwischen den Geräten auch über weite Strecken hinweg übertragen werden. Zweitens könnte die Übertragung direkt von Gerät zu Gerät erfolgen. Dazu müssten Zahler und Zahlungsempfänger jeweils über ein Gerät verfügen, auf dem digitale Euro speicherbar sind. Das könnte zum Beispiel auch eine Chipkarte sein, die an der Ladenkasse eingesetzt wird oder an ein Smartphone gehalten wird, um Geld zu übertragen. Für die Übertragung könnten die Geräte berührungslos gekoppelt werden. Damit wäre auch das Auslösen einer Zahlung ohne Internetverbindung möglich.“

Überlegung: Einsatz von digitalen Euro könnte eher unbaren Zahlungsmitteln ähneln

Die beiden in den Interviews vorgestellten Umsetzungsformen des digitalen Euro ähneln insbesondere den Nutzungsformen unbarer Zahlungsinstrumente. Eine Nutzung mittels einer App könnte von den Befragten mit der Nutzung mobiler Bezahlverfahren assoziiert werden, während die Anwendung mittels einer Chip-

karte starke Ähnlichkeit zu den klassischen Kartenzahlungen aufweist. Die haptische Wahrnehmung von analogem Bargeld kann – per Definition – durch einen digitalen Euro nicht nachgebildet werden. Ein weiteres zentrales Merkmal des Bargelds besteht in der Möglichkeit, Offline-Zahlungen zu tätigen. Diese Eigenschaft könnte ein digitaler Euro nachbilden, sofern die Übertragung von Gerät zu Gerät ermöglicht wird.³⁰⁾

Schritt 5: Speicherung

In Bezug auf die Speicherung und Übertragung eines digitalen Euro wurden den Befragten zwei Ansätze vorgestellt:

„Bei einem zentralen Ansatz wären die digitalen Euro auf Konten bei der Notenbank gespeichert. Die Übertragung zwischen Konten würde immer über die Zentralbank erfolgen. Das Auslösen der Zahlung könnte jedoch zum Beispiel durch eine App einer Geschäftsbank oder eines anderen zugelassenen Dienstleisters erfolgen. Bei einem dezentralen Ansatz könnten digitale Euro direkt auf einem Gerät gespeichert werden, zum Beispiel auf einer Zahlungskarte, auf einem Mobiltelefon oder einem anderen smarten Gerät. Die Zentralbank oder Geschäftsbanken beziehungsweise entsprechend zugelassene Dienstleister wären nicht an der Verifizierung jeder einzelnen Zahlung beteiligt. Eine Kombination des zentralen und dezentralen Ansatzes wäre grundsätzlich auch möglich.“

Ob ein digitaler Euro auf einer zentralen oder dezentralen Infrastruktur basiert, dürfte für die Privatpersonen in der finalen Anwendung eines digitalen Euro vorerst kaum spürbar werden. Dennoch ergeben sich zwischen beiden Ansätzen Unterschiede, die die Bewertung eines digitalen Euro aus der Verbrauchersicht beeinflussen könnten. Transaktionen mit den klassischen unbaren Zahlungsinstrumenten, wie beispielsweise Überweisungen, finden derzeit zentral

Überlegung: Sowohl zentrale als auch dezentrale Ansätze könnten aus Verbrauchersicht Vorteile bieten

³⁰ Vgl.: Europäische Zentralbank (2020).

statt und erfordern somit die Einbindung von Intermediären. Ein funktionierendes Zahlungssystem setzt ein gewisses Vertrauen in die Intermediäre voraus, diese können jedoch auch eine Quelle von Unsicherheit sein.³¹⁾ In dezentralen Infrastrukturen werden Transaktionen hingegen ohne die Einschaltung Dritter abgewickelt. Für Personen mit einem geringen Vertrauen in die jetzigen Zahlungsdienstleister dürfte somit ein digitaler Euro, der als dezentrales Zahlungsmittel ausgestaltet worden ist, eine attraktive Alternative zu den klassischen unbaren Zahlungsinstrumenten darstellen. Zugleich würde ein dezentraler digitaler Euro dem Bargeld in seinen Eigenschaften näherkommen als eine zentrale Variante, da auch Bargeld ohne Intermediäre übertragen werden kann. Doch selbst im Falle einer zentralen Speicherung dürfte ein digitaler Euro aus der Verbrauchersicht Vorteile gegenüber unbaren Zahlungsmitteln haben, denn die Zentralbank und kein privater Zahlungsdienstleister würde als Intermediär fungieren.

Weitere Eigenschaften

Digitaler Euro wäre voraussichtlich nicht völlig anonym nutzbar

Zum Abschluss der Interviews wurden weitere wichtige Eigenschaften eines digitalen Euro mit den Befragten erörtert:

„Bei der Nutzung eines digitalen Euro wäre ein unterschiedliches Maß an Anonymität denkbar. Um einen Missbrauch für kriminelle Zwecke, zum Beispiel Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, wirksam zu verhindern, wird es aber voraussichtlich keine vollständige Anonymität geben.³²⁾ Es wäre dennoch vorstellbar, dass Übertragungen von Gerät zu Gerät bis zu einem bestimmten Betrag nicht nachvollziehbar sind. Der Datenschutz bei der Nutzung eines digitalen Euro sollte den heutigen Standards entsprechen und mit den modernsten verfügbaren technischen Mitteln gewährleistet werden. Damit zeichnet sich zum jetzigen Zeitpunkt bereits ab, dass ein digitaler Euro ein höheres Maß an Privatsphäre als einige unbare Bezahlverfahren bieten könnte, aber nicht das gleiche Maß wie Bargeld.“

Um möglichst allen Privathaushalten die Nutzung zu ermöglichen, soll ein digitaler Euro für jedermann leicht zugänglich sein, einschließlich für Personen, die derzeit nicht am Finanzsystem teilnehmen. Die Nutzung eines digitalen Euro wäre für Privatpersonen grundsätzlich kostenlos. Idealerweise würde es nur wenige Sekunden dauern, bis der Empfänger einer Zahlung die digitalen Euro auf einem Konto oder auf einem Gerät gutgeschrieben bekommt.“

Abschließend wurden die Befragten mit der im Eurosystem diskutierten festen Obergrenze für Bestände an digitalen Euro (z. B. 3 000 €) konfrontiert,³³⁾ ohne ihnen jedoch die Hintergründe im Detail zu erläutern. Eine solche Obergrenze hätte das Ziel, einen digitalen Euro vorwiegend auf seine Funktion als Zahlungsmittel zu beschränken und als Geldanlageform unattraktiv zu machen. Bargeld und Girogeld dürften daher weiter als Wertaufbewahrungsmittel gefragt bleiben.

Überlegung: Digitaler Euro soll voraussichtlich zusätzliche Zahlungsmöglichkeit und keine Geldanlageform darstellen

Ergebnisse der qualitativen Befragung zum digitalen Euro

Bedeutung des Merkmals Zentralbankgeld

Die Tatsache, dass es sich beim digitalen Euro um Zentralbankgeld und somit um ein ausfallsicheres Zahlungsmittel handeln würde, scheint für die Mehrheit der Teilnehmer der qualitativen Studie keinen wesentlichen Vorteil im Vergleich zu den klassischen Zahlungsinstrumenten darzustellen. Der Begriff „Zentralbankgeld“ ist der überwiegenden Anzahl der Befragten unbekannt. Die Eigenschaft als Zentralbankgeld nimmt nach den Angaben der Studienteilnehmer auch nur eine geringe praktische Relevanz im Alltag ein. Im Kontext der Zahlungsmittelwahl findet diese Eigenschaft kaum Beachtung

Eigenschaft als Zentralbankgeld spielt in der Wahrnehmung von Bargeld kaum eine Rolle

31 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021c).

32 Vgl.: Europäische Zentralbank (2020).

33 Vgl.: Bindseil und Panetta (2020).

und beeinflusst somit auch nicht das Zahlungsverhalten. Die Einordnung, dass Bargeld für Privatpersonen der einzige Zugang zu Zentralbankgeld ist, ist zudem für die Mehrheit der Befragten neu und überraschend.

Eigenschaft der Ausfallsicherheit stellt für Verbraucher nur abstrakten Vorteil dar

Per Definition handelt es sich bei Zentralbankgeld – im Gegensatz zu Giralgeld – um eine ausfallsichere Geldform. Die Interviews haben jedoch gezeigt, dass das Argument der Ausfallsicherheit von der Mehrheit der Befragten im Alltagsleben nur wenig wahrgenommen wird. Die Bedeutung der Ausfallsicherheit variiert insbesondere mit der Höhe des aktuellen Vermögens. Einige Befragte nahmen das Giralgeld als ebenso ausfallsicher wahr wie das Zentralbankgeld, solange der Wert der vorhandenen Geldanlage unter den Betrag der gesetzlichen Einlagensicherung von 100 000 € fällt. Insgesamt blieb somit die Eigenschaft der Ausfallsicherheit aus Sicht der Studienteilnehmer nur ein abstrakter Vorteil.

Einstellung gegenüber Digitalisierung

Sowohl positive Einstellung gegenüber der Digitalisierung ...

Die Haltung der Studienteilnehmer zu einem digitalen Euro wird im Wesentlichen dadurch beeinflusst, wie sie im Allgemeinen dem Thema Digitalisierung gegenüberstehen. So zeigen sich Befragte einem digitalen Euro gegenüber generell offener, wenn in ihren Augen die Digitalisierung in Zukunft mehr Vorteile und Chancen als Nachteile und Risiken bietet. Insbesondere optimistische und hoffnungsvolle Einstellungen gegenüber zukünftigen Funktionen und Möglichkeiten der Digitalisierung bestärken die Offenheit für den digitalen Euro. Ein digitaler Euro stellt für diese Befragten einen unentbehrlichen und natürlichen Teil einer digitalisierten Gesellschaft dar. Von einigen wird er sogar als ein notwendiger und zum Teil bereits verspäteter Schritt in die digitalisierte Zukunft angesehen.

Andererseits lehnen der qualitativen Untersuchung zufolge Befragte mit einer pessimistischen oder skeptischen Meinung gegenüber

der Digitalisierung einen digitalen Euro eher ab. Bei einigen Befragten besteht zudem die Angst vor einem Kontrollverlust. Dabei werden Transaktionen mit einem digitalen Euro als allzu transparent wahrgenommen; dies verstärkt Angst davor, zu einem „gläsernen Bürger“ zu werden. Befragte, die mit Digitalisierung in Zukunft mehr Nachteile und Risiken als Vorteile und Chancen verbinden, stehen einem digitalen Euro misstrauisch gegenüber und vermuten zudem versteckte Fallen, wie zum Beispiel Überwachung, Kontrollverluste über eigene Daten, Beschränkungen in der Nutzung oder andere Nachteile. Einige Studienteilnehmer erwähnen in diesem Zusammenhang zudem, dass sie bei einem zweiten Konto für Alltagstransaktionen befürchten, den Überblick zu verlieren, insbesondere, wenn sie drei Geldformen – einen digitalen Euro, Bargeld und Giralgeld – parallel verwenden.

Aktuelles Zahlungsverhalten und Verhaltensroutinen

Das bisherige Verhalten der Befragten hat generell einen Einfluss auf deren Einstellungen gegenüber der Nutzung technologischer Innovationen. Dabei stellt hier die Zahlungsmittellandschaft keine Ausnahme dar. Die durchgeführten Interviews decken auf, dass sich das bisherige Zahlungsverhalten der Studienteilnehmer auf deren Einstellungen gegenüber dem digitalen Euro auswirkt.

Studienteilnehmer, die grundsätzlich der Nutzung unbarer und insbesondere digitaler Bezahlverfahren offen gegenüberstehen, weisen eine positivere und offenerere Einstellung zu einem digitalen Euro auf. Das digitale Bezahlverhalten erleichtert somit den Zugang zu einem digitalen Euro. Aus Sicht einiger Befragter weisen die unterschiedlichen Nutzungsformen eines digitalen Euro, wie zum Beispiel die Nutzung mittels einer Chipkarte oder mittels einer Website über PC, Laptop oder Smartphone, wesentliche Parallelen zur Nutzung der klassischen Zahlungsinstrumente auf, sodass die Be-

... als auch Erfahrung im Umgang mit unbaren Zahlungsmitteln begünstigen offene Einstellung gegenüber digitalem Euro

fragten keine zusätzlichen Kenntnisse für die Nutzung eines digitalen Euro erwerben müssen. Dabei wird deutlich, dass die Studienteilnehmer umso aufgeschlossener im Hinblick auf die Nutzung eines digitalen Euro sind, je ausgeprägter ihre Erfahrungen mit unbaren Zahlungsmitteln sind. Auch die bisherige Erfahrung mit Mobile Payment, die Nutzung von Internetbezahlverfahren sowie ein Grundverständnis von Krypto-Token erhöhen besonders stark die Bereitschaft, einen digitalen Euro zu nutzen. Interessant ist zudem, dass insbesondere für die überzeugten Nachfrager unbarer Zahlungsmittel die mögliche Nutzung eines digitalen Euro mittels einer Chipkarte als wenig attraktiv wahrgenommen wird. Die Verwendung einer traditionellen Zahlungskarte (so wie sie heutzutage im Zuge der Bezahlung mit Girogeld eingesetzt wird) scheint bereits als überholt zu gelten, die Anwendung eines mobilen Endgeräts gewinnt hingegen in den Augen dieser Befragten zunehmend an Bedeutung.

Auch in digitalisierter Welt hat Bargeld starke Befürworter

Für überzeugte Barzahler, also Befragte, die weitgehend mit Bargeld bezahlen, ist der Schritt zu einer Nutzung eines digitalen Euro hingegen deutlich größer. Studienteilnehmer, die häufiger mit Bargeld als mit unbaren Zahlungsinstrumenten bezahlen, äußern vermehrt Ängste und Unsicherheiten gegenüber einer weiteren unbaren Geldform. Konkret nennen einige der Befragten in diesem Zusammenhang das Misstrauen gegenüber der technischen Funktionalität, sowie Ängste vor Sicherheitsrisiken und Datenmissbrauch. Auch betonen einige Befragte, dass ihre bisherige Bezahlroutine derzeit reibungslos funktioniert. Somit verspüren sie keinen direkten Leidensdruck, der den Umstieg zur Nutzung einer neuen Geldform motivieren könnte. Überzeugte Barzahler zeigen zudem stark verfestigte Verhaltensroutinen, die sich voraussichtlich kaum verändern werden.

Digitaler Euro kein Ersatz für Bargeld

Personen, die bis heute alltägliche Transaktionen nahezu ausschließlich mit Bargeld bezahlen, weisen eine große Distanz zur Nutzung eines digitalen Euro auf. Sie sehen in ihm keine Alternative zum Bargeld. Auch die Nutzung

einer Chipkarte wird nicht als Ersatz für die Nutzung der haptischen Banknoten und Münzen wahrgenommen. Für die Nutzer unbarer Zahlungsmittel hingegen stellt die Nutzung des digitalen Euro insbesondere mittels einer Website oder App eine Weiterentwicklung des mobilen Bezahlers dar. Die Untersuchungsergebnisse legen somit nahe, dass ein digitaler Euro aus der Verbrauchersicht kein nahes Substitut für Bargeld darstellt.

Bewertung weiterer Eigenschaften des digitalen Euro

Eine entgeltfreie und einfache Nutzung, Wahrung der Privatsphäre, Sicherheit in Bezug auf den Datenschutz und eine universelle Einsetzbarkeit gehören aus Sicht der Befragten zu den wichtigsten Eigenschaften eines digitalen Euro. Diese Erkenntnis ist ebenso der repräsentativen Online-Befragung zu entnehmen (siehe die Ausführungen auf S. 71 ff.). Dabei beziehen sich diese Anforderungen sowohl auf die Durchführung der Transaktionen mit einem digitalen Euro als auch auf dessen Anschaffung.

Die meisten Teilnehmer der qualitativen Studie stellen ähnliche Sicherheitsanforderungen an einen digitalen Euro, wie sie es bereits im Falle der klassischen unbaren Zahlungsinstrumente tun. Diese beziehen sich insbesondere auf die Vermeidung möglicher Fehlbuchungen sowie den Verlust oder Missbrauch des Zahlungsmittels und somit der Transaktionsdaten. Eine vollständige Anonymität wird von der Mehrheit der Befragten hingegen explizit nicht gewünscht. Im Gegenteil betonen einige der Befragten, dass der Zentralbank als einem vertrauenswürdigen Intermediär im Falle eines unerwarteten Vorfalls (z. B. einer fehlerhaften Überweisung oder eines Betrugs) durchaus Einsicht in die Transaktionen gewährt werden sollte. Zudem wird mehrmals betont, dass die Zentralbank vermutlich andere Interessen als private Zahlungsanbieter verfolgt. Ein digitaler Euro stellt demnach für viele Befragte eine Chance dar, die kommerzielle Verwendung personenbezogener

Für Sicherheit eines digitalen Euro spricht Vertrauenswürdigkeit der Zentralbank

Unterschiedliche Erwartungen an Nutzungsformen eines digitalen Euro

Daten durch privatwirtschaftliche Akteure zu vermeiden.

Die große Mehrheit der Befragten erwartet zudem von einem digitalen Euro, dass er einfach zugänglich und universell einsetzbar ist. Welche der diskutierten Nutzungsformen eines digitalen Euro, sei es in Form einer Chipkarte oder einer App mithilfe eines Smartphones, einen einfachen Zugang gewährleistet, wird unterschiedlich bewertet. Insbesondere für erfahrene Nutzer unbarer Zahlungsmittel wirkt die geschilderte Nutzung über die Website oder App sowie über die möglichen Endgeräte komfortabel. Für die befragten Barzahler hingegen hat die Chipkarte das höchste Nutzungspotenzial. Diese wird zwar – trotz ihrer physischen Gestalt – nicht direkt mit Bargeld assoziiert, stellt aber aus Sicht der Befragten eine geringere Nutzungshürde dar als die Nutzung über eine Website oder eine App.

Im Kontext der Online-Zahlungen hat digitaler Euro großes Potenzial

Ebenso erwarten die Befragten, dass ein digitaler Euro möglichst universell eingesetzt werden kann. Viele der Befragten sehen das größte Potenzial im Kontext der Online-Zahlungen. Hier wird häufig der Wunsch nach einer Zahlungsoption geäußert, die die Kontrolle über die persönlichen Daten einräumt, um dem kommerziellen Interesse der privaten Anbieter an den Nutzerdaten auszuweichen. Die Möglichkeit, einen digitalen Euro auch für Zahlungen an Privatpersonen oder an bisher typischen Bargeldorten (z. B. Wochenmarkt) einsetzen zu können, stellt lediglich für wenige der Befragten einen Mehrwert gegenüber bestehenden Zahlungsmöglichkeiten dar.

Offline-Nutzung ist grundsätzlich willkommen, aber nicht zwingend notwendig

Eine mögliche Nutzung eines digitalen Euro ohne eine aktive Internetverbindung wird von einer Mehrheit der Teilnehmer als positiv bewertet. Dabei wird allerdings deutlich, dass die Befragten eine Offline-Funktionalität nicht mit Bargeld, sondern mit den bestehenden unbaren Zahlungsmitteln assoziieren. Insbesondere in Situationen, in denen Befragte bereits in der Vergangenheit Schwierigkeiten mit der Internetverbindung bei der Abwicklung einer unbaren Zah-

lung erlebt haben, wird dies als ein möglicher Vorteil wahrgenommen. Dennoch äußern einige der Befragten Bedenken, inwieweit die Offline-Nutzung eines digitalen Euro mit Sicherheitsaspekten in Einklang gebracht werden kann. Somit stellt im Ergebnis die Offline-Nutzung aus Sicht der meisten Befragten zwar eine willkommene, aber für die spätere Nutzung nicht zwangsläufig notwendige Eigenschaft eines digitalen Euro dar.

Nutzung als Wertaufbewahrungsmittel

Einige Befragte können sich zunächst tatsächlich vorstellen, größere Bargeldbestände oder Bankguthaben in digitale Euro umzuwandeln. Diese Guthaben an digitalen Euro würden entweder aus Vorsichts- und Wertaufbewahrungsmotiven gehalten oder als Reserve, die ein häufiges Umwandeln von Giralgeld in digitale Euro überflüssig macht. Die aktuell diskutierte Obergrenze für Bestände des digitalen Euro würde die meisten Befragten jedoch davon abhalten, einen digitalen Euro auf diese Weise zu nutzen. Für einige Befragte steht die Zahlungsmittelfunktion eines digitalen Euro klar im Vordergrund, seine wahrscheinlich geringe oder fehlende Verzinsung mache ihn gegenüber anderen Formen der Geldanlage unattraktiv.

Die diskutierte Betragsobergrenze von 3 000 € sehen einige Befragte jedoch auch als Barriere für die Nutzung eines digitalen Euro als Zahlungsmittel. Insbesondere Personen mit höheren Einkommen empfinden den Betrag als zu gering, um damit alle laufenden Ausgaben zu bestreiten. Ein mentales Haushalten mit Giralgeld- und Zentralbankgeldkonten wird hingegen als komplex und nutzenmindernd beschrieben. Lediglich für Befragte mit einem geringeren Einkommen stellt die diskutierte Betragsobergrenze von 3 000 € kein Hindernis für eine langfristige Umwandlung ihrer Transaktionskasse in digitale Euro dar.

Digitaler Euro für Mehrheit der Befragten als Wertaufbewahrungsmittel wenig attraktiv

Betragsobergrenze würde auch Nutzung als Zahlungsmittel erschweren

■ Fazit

*Auswirkungen
eines möglichen
digitalen Euro?*

Der vorliegende Aufsatz thematisiert das Verhältnis von Bargeld, unbaren Zahlungsinstrumenten und einem möglichen digitalen Euro aus der Verbrauchersicht. Dabei werden insbesondere die Bedürfnisse der Bevölkerung im Hinblick auf die Zahlungsmittelwahl untersucht sowie die Treiber und Barrieren der Akzeptanz eines digitalen Euro aufgedeckt. Insgesamt sind noch viele Fragen zur Ausgestaltung eines digitalen Euro offen. Die durchgeführten Untersuchungen unterstreichen, wie wichtig es ist, die Verbraucherperspektive in der weiteren Diskussion um die möglichen Eigenschaften eines digitalen Euro zu berücksichtigen.

*Zusammenfassung
der
Ergebnisse*

Die Analyse der potenziellen Eigenschaften eines digitalen Euro zeigt, dass die Nutzeranforderungen an Bargeld und die bereits vorhandenen bargeldlosen Zahlungsinstrumente zum Teil auf einen digitalen Euro übertragen werden können. Eine kostenlose und einfache Nutzung, Wahrung der Privatsphäre, Sicherheit in Bezug auf den Datenschutz und die universelle Einsetzbarkeit gehören zu den wichtigsten Eigenschaften eines digitalen Euro. Insbesondere in Bezug auf den Datenschutz wird ein großes Potenzial eines digitalen Euro erkannt. Privatpersonen setzen in Bezug auf einen transparenten und sicheren Umgang mit ihren persönlichen Daten ein großes Vertrauen in die Zentralbank. Speziell im Kontext von Online-Zahlungen wird die Möglichkeit, den privaten Zahlungsanbietern ausweichen zu können, als wichtige Eigenschaft des digitalen Euro angesehen. Hingegen ist die Zentralbankgeldeigenschaft eines digitalen Euro und somit seine wesentliche Eigenschaft als ausfallsicheres Zahlungsmittel in den Augen vieler Menschen im Alltag wenig relevant. Die Präferenzen bezüglich eines digitalen Euro hängen zudem stark vom bisherigen Zahlungsverhalten, den Verhaltensroutinen sowie der allgemeinen Einstellung gegenüber der Digitalisierung ab. Insbesondere überzeugte Barzahler stehen dem digitalen Euro

eher skeptisch gegenüber. Das gleiche Ausmaß an Schutz der Privatsphäre wie das Bargeld wird ein digitaler Euro voraussichtlich nicht bieten können, und dementsprechend sind die Angst vor Überwachung, vor zu großer Datentransparenz und allgemein vor dem Missbrauch der Daten wesentliche Treiber der in dieser Gruppe vorherrschenden Skepsis.

Ein digitaler Euro wird von den befragten Privatpersonen nicht pauschal als Ersatz, sondern eher als Ergänzung für das Bargeld angesehen. Dies bestärkt das Vorhaben des Eurosystems, den digitalen Euro zusätzlich zu Bargeld und nicht an dessen Stelle anzubieten, sollte eine Entscheidung für seine Einführung fallen. Ein digitaler Euro wäre ein neues zusätzliches Zahlungsmittel mit proprietären Eigenschaften, das neben Bargeld und klassischen unbaren Zahlungsmitteln stehen würde. Im Unterschied zum Bargeld wäre er breiter einsetzbar. Insofern würde er den Nutzern die Möglichkeit bieten, auch in einem digitalen Umfeld mit staatlichem Geld zu bezahlen und somit einer wachsenden Abhängigkeit von privaten Zahlungssystemen entgegenwirken. In diesem Sinne könnte ein digitaler Euro aus Sicht der Nutzer Bargeld sinnvoll ergänzen, es aber nicht ersetzen. Ganz im Einklang damit hat die vom EZB-Rat beschlossene Bargeldstrategie des Eurosystems³⁴⁾ zum Ziel, dass die Euro-Banknoten und -Münzen auch in Zukunft als Zahlungsmittel und als Wertaufbewahrungsmittel weithin verfügbar sind und allgemein akzeptiert werden. Damit Bargeld seine gesellschaftliche Rolle weiter wahrnehmen kann, muss demnach der Zugang zu Bargeld, über Geldautomaten und andere Bezugsquellen, gewährleistet und Bargeld als Zahlungsmittel breit akzeptiert und verwendbar bleiben. Dann wird die Bevölkerung eine freie Wahl zwischen Bargeld, unbaren Zahlungsmitteln und möglicherweise zukünftig einem digitalen Euro haben.

*Digitaler Euro
wird als Ergänzung,
nicht als
Ersatz für Bargeld
verfolgt*

³⁴ Vgl.: Europäische Zentralbank (2021c) und Deutsche Bundesbank (2021d).

■ Literaturverzeichnis

Auer, R. und R. Böhme (2020), The technology of retail central bank digital currency, BIS Quarterly Review, März 2020, S. 85–100.

Beckmann, E. und T. Schmidt (2020), Bundesbank online pilot survey on consumer expectations, Technical Paper der Deutschen Bundesbank, 01/2020.

Bindseil, U. und F. Panetta (2020), Central bank digital currency remuneration in a world with low or negative nominal interest rates, abrufbar unter: <https://voxeu.org/article/cbdc-remuneration-world-low-or-negative-nominal-interest-rates>.

Boar, C. und A. Wehrli (2021), Ready, steady, go? – Results of the third BIS survey on central bank digital currency, BIS Papers, Nr. 114, S. 1–21.

Deutsche Bundesbank (2021a), Zahlungsverhalten in Deutschland 2020 – Bezahlen im Jahr der Corona-Pandemie.

Deutsche Bundesbank (2021b), Studie zu Erwartungen von Privatpersonen in Deutschland, abrufbar unter: <https://www.bundesbank.de/de/bundesbank/forschung/erwartungsstudie/ueber-die-studie-794096>.

Deutsche Bundesbank (2021c), Krypto-Token und dezentrale Finanzanwendungen, Monatsbericht, Juli 2021, S. 33–51.

Deutsche Bundesbank (2021d), Bargeldstrategie des Eurosystems und Rolle des Bargelds, abrufbar unter: <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/bargeld/bargeldstrategie-des-eurosystems/bargeldstrategie-des-eurosystems-und-rolle-des-bargelds-859122>.

Deutsche Bundesbank (2020a), Abheben und Bezahlen in der Stadt und auf dem Land, Monatsbericht, Juni 2020, S. 35–46.

Deutsche Bundesbank (2020b), Ausmaß und Motive der Aufbewahrung von Bargeld in deutschen Haushalten, Monatsbericht, Juli 2020, S. 47–60.

Deutsche Bundesbank (2020c), Bargeldnachfrage und Zahlungsverhalten während der Corona-virus-Krise, Monatsbericht, Juni 2020, S. 38–39.

Deutsche Bundesbank (2019), Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2017, Monatsbericht, April 2019, S. 13–44.

Deutsche Bundesbank (2018), Zahlungsverhalten in Deutschland 2017 – Vierte Studie über die Verwendung von Bargeld und unbaren Zahlungsinstrumenten.

Deutsche Bundesbank (2015), Zahlungsverhalten in Deutschland 2014 – Dritte Studie über die Verwendung von Bargeld und unbaren Zahlungsinstrumenten.

Deutsche Bundesbank (2012), Zahlungsverhalten in Deutschland 2011 – Eine empirische Studie über die Verwendung von Bargeld und unbaren Zahlungsinstrumenten.

Deutsche Bundesbank (2009), Zahlungsverhalten in Deutschland 2008 – Eine empirische Studie über die Auswahl und Verwendung von Zahlungsinstrumenten in der Bundesrepublik Deutschland.

Döring, N. und J. Bortz (2016), Forschungsmethoden und Evaluation, Wiesbaden, Springer-Verlag.

Europäische Zentralbank (2021a), Das Eurosystem startet Projekt zum digitalen Euro, Pressemitteilung vom 14. Juli 2021, abrufbar unter: <https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2021/html/ecb.pr210714~d99198ea23.de.html>.

Europäische Zentralbank (2021b), Eurosystem report on the public consultation on a digital euro.

Europäische Zentralbank (2021c), Bargeldstrategie des Eurosystems, abrufbar unter: https://www.ecb.europa.eu/euro/cash_strategy/html/index.de.html.

Europäische Zentralbank (2020), Report on a digital Euro.

Europäische Zentralbank (2019), Crypto-Assets: Implications for financial stability, monetary policy, and payments and market infrastructures, Occasional Paper Series, Nr. 223, Mai 2019.

Flick, U., E. v. Kardoff und I. Steinke (2005), Qualitative Forschung – Ein Handbuch, Rohwohlt Taschenbuch Verlag.

Mancini-Griffoli, T., M. S. M. Peria, I. Agur, A. Ari, J. Kiff, A. Popescu und C. Rochon (2018), Casting light on central bank digital currency, IMF Staff Discussion Note, Nr. 18/08.

Mayring, P. (1991), Qualitative Inhaltsanalyse, in: U. Flick, E. v. Kardoff, H. Keupp, L. v. Rosenstiel und S. Wolff (Hrsg.), Handbuch qualitative Forschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen München, Beltz – Psychologie Verlags Union, S. 209–213.

Rusu, C. und H. Stix (2017), Von Bar- und Kartenzahlern – Aktuelle Ergebnisse zur Zahlungsmittelnutzung in Österreich, Monetary Policy & the Economy, Vol. 1, S. 54–85.

Schweizerische Nationalbank (2018), Zahlungsmittelumfrage 2017: Umfrage zum Zahlungsverhalten und zur Bargeldnutzung in der Schweiz.

Wadsworth, A. (2018), The pros and cons of issuing a central bank digital currency, Reserve Bank of New Zealand Bulletin, Vol. 81, S. 1–21.

Die Regulierung der Vergütung in Kreditinstituten

Infolge der globalen Finanzkrise 2007/2008 rückten unter anderem die Anreizsysteme der großen Finanzinstitute in den Blick der Regulierung und der Aufsicht. Durch die Finanzkrise war deutlich geworden, dass Anreizsysteme, die vor allem kurzfristigen Erfolg belohnen und ausschließlich auf finanzielle Erfolgsziele setzen, zu Risiken für das einzelne Finanzinstitut und den Finanzsektor insgesamt führen können. Liegt den Systemen dagegen eine langfristige Erfolgsmessung unter adäquater Berücksichtigung der eingegangenen Risiken sowie auch der nichtfinanziellen Leistung zugrunde, können sie einen wichtigen Beitrag zum langfristigen Erfolg der Finanzinstitute leisten und damit die Finanzstabilität unterstützen. Im Fokus stehen dabei insbesondere die variablen Vergütungen, die sogenannten Boni.

Dies führte zur Entwicklung dezidierter Vergütungsanforderungen, welche in der Europäischen Union (EU) seit Ende 2010 nicht nur für die großen, sondern bei sämtlichen Kreditinstituten Anwendung finden. In Deutschland ergibt sich daraus ein umfassendes und detailliertes Regelwerk aus direkt anwendbaren europäischen Verordnungen und nationalen Vorschriften im Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz: KWG) sowie der Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten (Institutsvergütungsverordnung: Instituts-VergV).

Im Kern lassen sich diese Anforderungen dahingehend zusammenfassen, dass das Risikomanagement der Kreditinstitute angemessene, transparente und auf eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Institute ausgerichtete Vergütungssysteme umfassen muss. Im Detail wird zwischen Anforderungen, die für alle Mitarbeitenden gelten, und solchen für die wichtigsten Entscheidungsträger, die sogenannten Risikoträger, unterschieden. Darüber hinaus wird aus Gründen der Verhältnismäßigkeit danach unterschieden, ob es sich um ein bedeutendes Institut im Sinne des KWG handelt oder nicht. Je größer, komplexer und somit systemrelevanter ein Kreditinstitut ist, umso höher sind die regulatorischen und aufsichtlichen Anforderungen an das Risikomanagement und damit auch an die Vergütungssysteme. Die Anforderungen decken dabei sowohl inhaltliche als auch prozessuale Aspekte ab.

Die Erfahrungen aus der Aufsichtspraxis zeigen, dass die Banken und Sparkassen große Fortschritte hinsichtlich einer angemessenen Ausgestaltung ihrer Vergütungssysteme gemacht haben und insbesondere eine stärkere Verknüpfung der Vergütungssysteme mit dem übrigen Risikomanagement stattgefunden hat. Für den dauerhaften Erfolg müssen die in den Vergütungspolitiken getroffenen Regelungen konsequent von den Entscheidungsträgern in den Kreditinstituten angewendet werden. Hierfür ist es erforderlich, dass Änderungen am europäischen Rahmenwerk nur insoweit erfolgen, wie sie dem aufsichtlichen Zweck dienlich sind. Dies sollte dazu beitragen, bei den betroffenen Kreditinstituten und deren Mitarbeitenden die Akzeptanz für die getroffenen Regelungen zu erhöhen und damit deren Umgehung zu vermeiden. In dem Sinne ist es wichtig, dem Gedanken einer proportionalen Regulierung folgend, kleinere Kreditinstitute mit einfacheren Geschäftsmodellen, soweit aufsichtlich vertretbar, von den Vergütungsvorschriften auszunehmen und damit administrativ zu entlasten.

■ Einleitung

Unangemessene Vergütungssysteme können zu falschen Anreizen beitragen und damit die Finanzstabilität gefährden

Die Vergütung der Mitarbeitenden in Kreditinstituten unterliegt umfangreicher prudenzieller Regulierung, welche wesentlich auf eine internationale Initiative des Finanzstabilitätsforums (Financial Stability Forum: FSF; mittlerweile Finanzstabilitätsrat/Financial Stability Board: FSB) infolge der globalen Finanzkrise 2007/2008 zurückgeht. Internationale Regulierer und Aufseher haben die finanziellen Anreizsysteme der großen Unternehmen des Finanzsektors beleuchtet und erkannt, dass unangemessene Vergütungssysteme zu unerwünschtem Risikoverhalten führten und somit zur Instabilität einzelner Unternehmen wie auch des gesamten Finanzsystems beigetragen haben. Die Konsequenz dieser Arbeit war die Entwicklung der sogenannten FSF-Prinzipien für solide Vergütungspraktiken, die ein Jahr später durch weitere Standards des FSB ergänzt worden sind.¹⁾ Diese FSB-Prinzipien und -Standards (FSB P&S) stellen einen Meilenstein in der Regulierung der Vergütung der Finanzindustrie weltweit dar, nachdem die G20-Staaten im April beziehungsweise September 2009 deren Umsetzung in ihren Jurisdiktionen beschlossen haben. Im Fokus der FSB P&S stehen die variablen Vergütungen, das heißt die Bonuszahlungen, an sogenannte Material Risk Takers (im Deutschen als Risikoträger bezeichnet) der großen Unternehmen des Finanzsektors. Adressaten sind nicht nur die großen Banken, sondern auch die systemrelevanten Versicherungsunternehmen und Kapitalanlagegesellschaften. Als Risikoträger gelten dabei nicht nur die Mitglieder der Geschäftsleitung und des Aufsichts- oder Verwaltungsorgans, sondern auch Beschäftigte mit wesentlichem Einfluss auf das Risikoprofil des jeweiligen Unternehmens.

Zielsetzung der Vergütungsregulierung ist es nicht, variable Vergütungen zu untersagen oder unattraktiv zu gestalten. Mit der Gewährung einer variablen Vergütung können durchaus Vorteile verbunden sein. Sofern nämlich die nachhaltigen²⁾ Interessen der Institute berücksichtigt und keine Anreize gesetzt werden, un-

angemessen hohe Risiken einzugehen, kann variable Vergütung durch das Setzen adäquater Anreize zum Erfolg des Instituts und dessen sozialer Entwicklung beitragen, indem Mitarbeitende und Entscheidungsträger sowohl am Erfolg als auch am Misserfolg des Unternehmens partizipieren. Zugleich sind variable Vergütungen ein Element der Kostenflexibilität und geben den Instituten die Möglichkeit, unerwünschtes Verhalten zu sanktionieren und damit zu einer nachhaltigen Unternehmenskultur beizutragen.

Während die FSB P&S mit ihren Kernprinzipien nach wie vor gültig sind, wurde die internationale Vergütungsregulierung in den vergangenen 12 Jahren stetig weiterentwickelt, so auch in der EU und in Deutschland. In der EU regelt die Kapitaladäquanzrichtlinie (Capital Requirements Directive: CRD)³⁾, dass Kreditinstitute über eine angemessene Vergütungspolitik und -praxis verfügen müssen.⁴⁾ Diese allgemeine Forderung wird ergänzt um dezidierte Anforderungen an die Vergütung der Personen mit wesentlichem Einfluss auf das Risikoprofil des Instituts – womit die Risikoträger gemeint sind.⁵⁾ Die Umsetzung dieser Anforderungen erfolgt in Deutschland im KWG sowie in der InstitutsvergV. Nachdem im Rahmen des sogenannten Bankenpakets der EU⁶⁾ im Sommer 2017 auch ein Teil der Vergütungsanforderungen in der CRD geändert wurde, erfolgten Ende 2020 entsprechende Anpassungen der vergütungsspe-

1 Vgl.: Financial Stability Board (2009a, 2009b).

2 Der Begriff der Nachhaltigkeit hat im Kontext der Vergütungsregulierung bereits 2010 Eingang ins KWG gefunden. Darunter verstanden wurde ein langfristig tragbares bzw. sich langfristig als solide erweisendes Vergütungssystem. Von Beginn an waren damit zwar ebenso nichtfinanzielle Aspekte wie z. B. „Good Conduct“ umfasst, es stand jedoch vor allem die Langfristigkeit der Leistung im Vordergrund. Nachdem in den vergangenen Jahren die Nachhaltigkeit zunehmend unter dem Blickwinkel „Environment, Social and Governance (ESG)“ betrachtet wird, haben auch diese Aspekte verstärkten Eingang in die Vergütungssysteme gefunden.

3 Vgl.: Richtlinie 2013/36/EU.

4 Art. 74 CRD.

5 Art. 92 bis 95 CRD.

6 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2019), S. 31 ff.

zifischen Regelungen im KWG⁷⁾ und erst kürzlich eine Änderung der InstitutsVergV⁸⁾. Ergänzt werden diese Regelungen durch Offenlegungsanforderungen in der europäischen Kapitaladäquanzverordnung (Capital Requirements Regulation: CRR)⁹⁾. Letztere gilt, wie auch zwei vergütungsbezogene Verordnungen der Europäischen Kommission,¹⁰⁾ unmittelbar für die Kreditinstitute und bedarf daher keiner Umsetzung in deutsches Recht.¹¹⁾

Grundprinzipien der Vergütungsregulierung in Kreditinstituten

Angemessene, transparente und auf eine nachhaltige Entwicklung des Instituts ausgerichtete Vergütungssysteme

Das wichtigste Grundprinzip der Vergütungsregulierung für Kreditinstitute in Deutschland findet sich in § 25a KWG. Danach haben die Banken und Sparkassen als Teil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation sicherzustellen, dass sie über ein angemessenes und wirksames Risikomanagement verfügen, welches unter anderem angemessene, transparente und auf eine nachhaltige Entwicklung des jeweiligen Kreditinstituts ausgerichtete Vergütungssysteme für Mitglieder der Geschäftsleitung und Mitarbeitende umfasst.¹²⁾ Diese Kernregelung wird ergänzt um weitere Vorschriften im KWG und vor allem in der InstitutsVergV. Es wird dabei – dem Gedanken einer proportionalen Regulierung folgend – zwischen allgemeinen Anforderungen, die grundsätzlich für alle Institute¹³⁾ und deren Mitarbeitende und Mitglieder der Geschäftsleitung gelten, und solchen unterschieden, die nur für größere Institute (sog. bedeutende Institute¹⁴⁾ und deren Risikoträger gelten.¹⁵⁾

Beschränkung der variablen Vergütung von Mitarbeitenden und Mitgliedern der Geschäftsleitung

Zu den allgemeinen Anforderungen des KWG gehört die Begrenzung der variablen Vergütung, der sogenannte Bonus Cap¹⁶⁾. So ist es den Banken und Sparkassen untersagt, Mitarbeitenden oder Mitgliedern der Geschäftsleitung eine variable Vergütung von mehr als 100 % der fixen Vergütung pro Jahr zu gewähren. Nur mit Zustimmung der Anteilseigner und sofern dies mit einer angemessenen Eigenmit-

telausstattung vereinbar ist, darf die variable Vergütung bis zu 200 % der fixen Vergütung betragen. Dieser Eingriff in die Vertragsfreiheit ist eine EU-spezifische Regelung für Kreditinstitute und besteht seit 2014. Ausnahmen beziehungsweise besondere Berechnungsmethoden sind lediglich in spezifischen Fällen gestattet.¹⁷⁾ In der deutschen Umsetzung gelten der Bonus Cap und die allgemeinen Anforderungen der InstitutsVergV dabei für alle Mitarbeitenden der Kreditinstitute, wenngleich die meisten Vergütungsanforderungen der CRD nur auf die Risikoträger abstellen. Allerdings empfiehlt die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA)¹⁸⁾ in ihren Leitlinien zur soliden Vergütungspolitik eine Anwendung des Bonus Caps auf alle Mitarbeitende.¹⁹⁾

7 Die Änderungen des KWG erfolgten im Rahmen des Risikoreduzierungsgesetzes, vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank (2020), S. 58 f.

8 Dritte Verordnung zur Änderung der Institutsvergütungsverordnung vom 20. September 2021 (Bundesgesetzblatt Teil I Nr. 67 vom 24. September 2021, S. 4308 ff.).

9 Vgl.: Verordnung (EU) Nr. 575/2013.

10 Delegierte Verordnung (EU) 2021/923 der Kommission vom 25. März 2021 sowie Delegierte Verordnung (EU) Nr. 527/2014 der Kommission vom 12. März 2014.

11 Darüber hinaus ergeben sich weitere Anforderungen, z. B. aus der Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Märkte für Finanzinstrumente (sog. MiFID) oder auch aus allgemein gültiger Gesetzgebung wie dem Arbeitsrecht. Auf diese wird hier nicht eingegangen.

12 § 25a Abs. 1 S. 3 Nr. 6 KWG.

13 Über die Kreditinstitute hinaus fallen die sog. Finanzdienstleistungsinstitute unter den Institutsbegriff des KWG und der InstitutsVergV. Ein Teil der Finanzdienstleistungsinstitute wird allerdings teilweise oder vollständig von den Anforderungen zur Vergütung ausgenommen. Ausnahmen finden sich z. B. für Leasing- und Factoringunternehmen in § 2 Abs. 7a KWG und § 1 Abs. 1 S. 2 InstitutsVergV.

14 Ein Institut gilt u. a. als bedeutend, wenn seine Bilanzsumme im Durchschnitt der letzten vier Geschäftsjahre mindestens 15 Mrd € beträgt (vgl.: Deutsche Bundesbank (2020), S. 54).

15 Abweichend von diesem Grundprinzip wird durch die Dritte Verordnung zur Änderung der Institutsvergütungsverordnung in § 1 Abs. 3 InstitutsVergV geregelt, dass auch bestimmte nicht bedeutende Institute teilweise unter die besonderen Anforderungen der InstitutsVergV fallen.

16 § 25a Abs. 5 KWG.

17 So finden sich Ausnahmen im Hinblick auf bestimmte Abfindungen in § 5 Abs. 6 S. 5 InstitutsVergV und auf Antrittsprämien u. Ä. in § 5 Abs. 5 S. 3 InstitutsVergV. Im Falle von mehrjährigen Halteprämien besteht ein Wahlrecht zur Anrechnung auf den Bonus Cap (§ 5 Abs. 7 S. 3 InstitutsVergV).

18 Zur EBA und ihren regulatorischen Produkten siehe: Deutsche Bundesbank (2011), S. 90 ff.

19 EBA-Leitlinien zur soliden Vergütungspolitik gemäß Richtlinie 2013/36/EU vom 2. Juli 2021, Annex 1, S. 86.

Mag ein Maximalverhältnis von 200 % auf den ersten Blick hoch erscheinen, legt der Vergleich mit anderen Finanzdienstleistungsbereichen beziehungsweise Jurisdiktionen nahe, dass der europäische Bonus Cap für Banken einen deutlichen Eingriff in deren Vergütungspraxis darstellt. Zum Beispiel weist insbesondere der Geschäftsbereich Vermögensverwaltung (Asset Management) in der Regel ein höheres Verhältnis von variabler zu fixer Vergütung auf. Unter den von den europäischen Aufsehern im Auftrag der EBA untersuchten Banken hat dieser Geschäftsbereich mit mehr als 300 % das höchste Verhältnis im Mittel aller Banken.²⁰⁾ Sofern es sich dabei um nachgeordnete Kapitalverwaltungsgesellschaften handelt, sind für diese Unternehmen lediglich die Vergütungsanforderungen aus den sektoralen Richtlinien²¹⁾ anzuwenden,²²⁾ welche keine dem Bonus Cap entsprechende Anforderung enthalten.

Verbot der variablen Vergütung für Mitglieder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans

Aufgrund der besonderen Überwachungsfunktion von Verwaltungs- oder Aufsichtsorganen sieht das KWG für deren Mitglieder seit Ende 2016 eine gänzliche Untersagung variabler Vergütungsbestandteile vor.²³⁾ Auch schon zuvor durften sich keine Interessenkonflikte aus der Vergütung der Organmitglieder hinsichtlich ihrer Überwachungsfunktion ergeben. Darüber hinaus bestehen aufgrund der Risikoträgereigenschaft der Verwaltungs- oder Aufsichtsorganmitglieder Offenlegungs- und Meldepflichten. Die InstitutsVergV ist jedoch für diesen Personenkreis nicht anzuwenden. Da sich der Großteil der dortigen Regelungen auf die variable Vergütung bezieht, fände sie ohnehin kaum Anwendungsspielraum.

Allgemeine Anforderungen der InstitutsVergV an die Ausgestaltung angemessener Vergütungssysteme

In den allgemeinen Anforderungen der InstitutsVergV finden sich umfangreiche Begriffsbestimmungen. Diese sollen zur Klarheit und Rechtssicherheit beitragen und damit auch

einer Umgehung der Vorschriften vorbeugen. Zunächst wird bestimmt, welche Zahlungen beziehungsweise Leistungen der Vergütung zuzurechnen sind und damit den Anforderungen der InstitutsVergV unterliegen.²⁴⁾ Vergütung im Sinne der InstitutsVergV ist dabei nicht nur das Gehalt, welches im Rahmen der Gehaltsabrechnung gezahlt wird, sondern sämtliche finanziellen sowie nichtfinanziellen Leistungen, welche die Mitarbeitenden und Mitglieder der Geschäftsleitung für ihre Tätigkeit im Kreditinstitut erhalten. Das heißt, grundsätzlich fallen unter den Begriff auch sämtliche Nebenleistungen, zum Beispiel geldwerte Vorteile wie die private Nutzung eines Dienstwagens oder etwaige Leistungen zur Altersversorgung.²⁵⁾ Dies gilt selbst dann, wenn die Leistung von einem Dritten kommt. Sämtliche Vergütungsbestandteile sind dabei entweder der fixen oder der variablen Vergütung zuzuordnen, wobei in Zweifelsfällen eine Zuordnung zur variablen Vergütung erfolgen muss.²⁶⁾ Ausgenommen von den Anforderungen der InstitutsVergV sind jedoch solche Vergütungen, die durch Tarifverträge vereinbart wurden oder auf solchen beruhen. Lediglich die Offenlegungsanforderungen gelten auch für diese.²⁷⁾

Neben dem Vergütungsbegriff ist der Begriff der „Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen“ zentral.

„Vergütung“ ist nicht nur das Gehalt, sondern sämtliche Leistungen, die Mitarbeitende für ihre Tätigkeit erhalten

²⁰ Vgl.: Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2021a).

²¹ Hierbei handelt es sich um die Richtlinie 85/611/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (sog. OGAW-Richtlinie) und die Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 über die Verwalter alternativer Investmentfonds und zur Änderung der Richtlinien 2003/41/EG und 2009/65/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 1060/2009 und (EU) Nr. 1095/2010 (sog. AIFM-Richtlinie).

²² Seit 2019 findet sich eine entsprechende explizite Ausnahmeregelung in Art. 109 Abs. 4 der Richtlinie 2013/36/EU. Einzelne Mitgliedstaaten – so auch Deutschland – hatten bereits zuvor entsprechende Ausnahmen für nachgelagerte Kapitalverwaltungsgesellschaften vorgesehen.

²³ § 25d Abs. 5 S. 4 KWG, gemäß Gesetzesbegründung zum FMSA-Neuordnungsgesetz sind dabei Sitzungsentgelte als fixe Vergütung einzuordnen.

²⁴ § 2 Abs. 1 InstitutsVergV.

²⁵ Ausnahmen bestehen lediglich im kleineren Umfang (vgl. § 2 Abs. 1 S. 2 InstitutsVergV).

²⁶ § 2 Abs. 2 und 6 InstitutsVergV.

²⁷ § 1 Abs. 4 InstitutsVergV.

Risikoträger

Anders als in den Prinzipien und Standards des Finanzstabilitätsrates (Financial Stability Board: FSB)¹⁾, welche nur allgemeine Hinweise zur Identifizierung der Material Risk Takers (im Deutschen als Risikoträger bezeichnet) enthalten, ist die Risikoträgeridentifizierung in der Europäischen Union seit 2014 einheitlich geregelt. Die Regelungen in der Kapitaladäquanzrichtlinie (Capital Requirements Directive: CRD)²⁾, werden dabei durch eine unmittelbar anzuwendende Delegierte Verordnung der Europäischen Kommission ergänzt. Diese Delegierte Verordnung enthält über die CRD hinausgehende quantitative und qualitative Kriterien, die der Identifizierung der Risikoträger, also der „Mitarbeiterkategorien, deren berufliche Tätigkeit sich wesentlich auf das Risikoprofil des Instituts auswirkt“,³⁾ zugrunde zu legen sind.

Im deutschen Recht sind die Regelungen zur Risikoträgeridentifizierung in § 25a Absatz 5b in Verbindung mit § 1 Absatz 21 des Gesetzes über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz: KWG) unter Berücksichtigung proportionaler Aspekte umgesetzt. Danach müssen ausschließlich die nach § 1 Absatz 3c KWG bedeutenden Institute⁴⁾ eine vollumfängliche Risikoträgeridentifizierung

¹ Vgl.: Financial Stability Board (2009a, 2009b).

² Vgl.: Richtlinie 2013/36/EU.

³ In der CRD findet sich der Begriff der Risikoträger nicht. Stattdessen wird die Umschreibung „Mitarbeiterkategorien, deren berufliche Tätigkeit sich wesentlich auf das Risikoprofil des Instituts auswirkt“ genutzt (vgl. Art. 92 Abs. 1 CRD). Im deutschen Rechtskontext ist der Begriff „Risikoträger“ gleichzusetzen mit dieser Personengruppe. Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde verwendet dafür den Begriff „identifizierte Mitarbeiter“ („identified staff“).

⁴ Ein Institut gilt u. a. als bedeutend, wenn seine Bilanzsumme im Durchschnitt der letzten vier Geschäftsjahre mindestens 15 Mrd € beträgt (vgl. § 1 Abs. 3c KWG).

Kriterien zur Identifizierung von Risikoträgern

Alle CRR-Kreditinstitute¹⁾ und alle nach § 1 Abs. 3c KWG bedeutenden Nicht-CRR-Kreditinstitute haben folgende Personen als Risikoträger zu identifizieren:

§ 1 Abs. 21 KWG:

- Mitglieder der Geschäftsleitung im Sinne des § 1 Abs. 2 KWG
- Mitglieder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans im Sinne des § 25d KWG

+

§ 25a Abs. 5b S. 1 KWG:

- Mitarbeitende der unmittelbar der Geschäftsleitung nachgelagerten Führungsebene (sog. Senior Manager)
- Mitarbeitende mit Managementverantwortung²⁾ für die Kontrollfunktionen²⁾ oder wesentlichen Geschäftsbereiche²⁾ des Instituts
- Mitarbeitende mit Vorjahresvergütung von mindestens 500 000 €, sofern
 - a) diese Vergütung mindestens der durchschnittlichen Vergütung der Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans sowie der Mitarbeitenden der unmittelbar der Geschäftsleitung nachgelagerten Führungsebene des Instituts (Senior Manager) entspricht, und
 - b) die Mitarbeitenden die berufliche Tätigkeit in einem wesentlichen Geschäftsbereich ausüben und sich diese Tätigkeit erheblich auf das Risikoprofil des betreffenden Geschäftsbereichs²⁾ auswirkt.

Alle nach § 1 Abs. 3c KWG bedeutenden Institute müssen darüber hinaus eine vollständige Risikoträgeridentifizierung durchführen:

§ 25a Abs. 5b S. 2 KWG:

Zusätzlich eigene Risikoanalyse zur Bestimmung der Risikoträger, dabei sind mindestens die Kriterien der Delegierten Verordnung (EU) 2021/923 zugrunde zu legen.

¹ CRR-Kreditinstitute sind gemäß § 1 Abs. 3d KWG alle Kreditinstitute im Sinne des Art. 4 Abs. 1 Nr. 1 der CRR. ² Diese Begriffe werden in der Delegierten Verordnung (EU) 2021/923 definiert.

durchführen und damit die Kriterien der Delegierten Verordnung (EU) 2021/923 anwenden.⁵⁾ Die übrigen Institute müssen dagegen lediglich die Kriterien der CRD, wie im KWG umgesetzt, anwenden und daneben lediglich die in der Delegierten Verordnung (EU) 2021/923 enthaltenen Begriffsbestimmungen heranziehen. Damit sind auch in kleineren Instituten mit den Identifizierungskriterien des KWG bereits alle wichtigen Entscheidungsträger erfasst. Dazu zählen nicht nur die Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans, sondern unter anderem auch die Mitarbeitenden der Führungsebene unterhalb der Geschäftsleitung (sog. Senior Manager) sowie die Leiter wesentlicher Geschäftsbereiche und der internen Kontrollfunktionen.

Aus der Risikoträgereinstufung folgt für die überwiegende Anzahl der nicht bedeutenden Kreditinstitute lediglich die Anwendbarkeit der Offenlegungsanforderungen nach Artikel 450 der Kapitaladäquanzverordnung (Capital Requirements Regulation: CRR)⁶⁾. Nur bei den wenigen nicht bedeutenden Kreditinstituten, die unter den Anwendungsbereich des neuen § 1 Absatz 3 Institutsvergütungsanforderung fallen,⁷⁾ knüpfen daran materielle Folgen. Diese verhältnismäßige Umsetzung der CRD-Vorgaben ist sachgerecht, zumal eine Mehrzahl der Vergütungsanforderungen in Deutschland einschließlich des Bonus Caps explizit auf alle Mitarbeitende anzuwenden ist.

Die Artikel 5 und 6 der Delegierten Verordnung (EU) 2021/923 enthalten darüber hinausgehende qualitative und quantitative Kriterien, gemäß derer die nach § 1 Absatz 3c KWG bedeutenden Institute weitere Mitarbeitende als Risikoträger zu identifizieren haben.

Während Artikel 5 auf übernommene Verantwortungen abstellt, stehen im Fokus von Artikel 6 die Mitarbeitenden mit besonders hoher Jahresvergütung. So ist bei Letzteren abermals zu untersuchen, ob ihre Tätigkeit eine erhebliche Auswirkung auf das Risikoprofil eines wesentlichen Geschäftsbereiches hat. Ist dies nicht der Fall, so kann von einer Identifizierung als Risikoträger abgesehen werden. Ab einer Schwelle von einer Jahresvergütung von 750 000 € ist die Nichtidentifizierung als Risikoträger vorab der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorzulegen. In Kreditinstituten mit mindestens 1 000 Mitarbeitenden gilt dies ebenfalls dann, wenn die betroffenen Mitarbeitenden zwar absolut weniger als 750 000 € pro Jahr verdienen, jedoch zu den 0,3 % der Mitarbeitenden mit der höchsten Vergütung im Kreditinstitut zählen.

⁵ Die Delegierte Verordnung (EU) 2021/923 vom 25. März 2021 trat erst am 14. Juni 2021 in Kraft. Zeitgleich wurde die bisherige Delegierte Verordnung (EU) Nr. 604/2014 aufgehoben. Die diesbezüglichen Verweise im KWG müssen noch entsprechend aktualisiert werden.

⁶ Vgl.: Verordnung (EU) Nr. 575/2013.

⁷ Entweder verfügt das CRR-Institut auf konsolidierter oder teilkonsolidierter Ebene über eine Bilanzsumme von mehr als 30 Mrd € oder es handelt sich um ein CRR-Institut mit einer Bilanzsumme von mehr als 5 Mrd € im Vierjahresdurchschnitt, welches die Bedingungen der Buchstaben c bis e aus der Definition der kleinen nicht komplexen Institute in Art. 4 Abs. 1 Nr. 145 der Verordnung (EU) 575/2013 nicht erfüllt. Legt man die Institutsdaten zum 31. Dezember 2020 zugrunde, ist von einem Dutzend betroffener Kreditinstitute auszugehen.

*Der Instituts-
VergV liegt ein
weiter Mitarbei-
tendenbegriff
zugrunde*

Der InstitutsVergV liegt hierbei ein weiter Mitarbeitendenbegriff zugrunde.²⁸⁾ Das heißt, zu den Mitarbeitenden zählen nicht nur Personen, die in einem unmittelbaren Arbeitnehmerverhältnis zum Kreditinstitut stehen, sondern alle natürlichen Personen, derer sich das Kreditinstitut beim Betreiben von Bankgeschäften oder bei der Erbringung von Finanzdienstleistungen bedient. Dies umfasst unter anderem gruppeninterne Entsendungen oder Auslagerungen. Somit müssen die Kreditinstitute im Rahmen ihrer Auslagerungsverträge sicherstellen, dass die externen Vertragspartner die bankaufsichtlichen Vergütungsanforderungen berücksichtigen. In der Praxis stellt diese Anforderung die Banken und Sparkassen mitunter vor große Herausforderungen, den passenden Geschäftspartner zu finden, der bereit ist, eine solche Verpflichtung einzugehen.

*Ausrichtung an
den Strategien*

Für alle Banken und Sparkassen gilt gleichermaßen, dass die Vergütungsstrategie und die Vergütungssysteme auf die institutsindividuellen Geschäfts- und Risikostrategien ausgerichtet sein müssen. Die Vergütungssysteme müssen sich dabei auch an den Unternehmenswerten und der Unternehmenskultur einschließlich der Risikokultur orientieren und mit den langfristigen Interessen des jeweiligen Kreditinstituts im Einklang stehen. Das bedeutet unter anderem, dass die Vergütungsparameter²⁹⁾ das Erreichen der strategischen Ziele unterstützen müssen. Auch müssen sie eingegangene Risiken berücksichtigen. Eine ausschließliche Orientierung an Kennziffern ohne angemessene Risikoadjustierung, beispielsweise an Ertrags- oder Umsatzzahlen oder Anteilswerten, ist nicht zulässig.

*Angemessene
Obergrenze und
Festsetzung des
Bonuspools*

Aus der Ausrichtung an den institutsindividuellen Strategien ergibt sich, dass es keine regulatorisch festgelegte „Idealvorstellung“ hinsichtlich der Höhe der variablen Vergütung gibt. Vielmehr ist jedes Kreditinstitut verpflichtet, das maximale Verhältnis zwischen der variablen und fixen Vergütung, das heißt die angemessene Obergrenze, institutsindividuell zu bestimmen.³⁰⁾ Diese Obergrenze muss nicht nur im Einklang mit dem zuvor genannten Bonus Cap

des KWG stehen, sondern zudem den Geschäftsaktivitäten und Risiken des jeweiligen Kreditinstituts beziehungsweise Geschäftsbereiches sowie auch der Position der jeweiligen Person und deren Einflussnahme auf das Risikoprofil Rechnung tragen. Somit kann es durchaus zu unterschiedlichen Obergrenzen innerhalb eines Kreditinstituts kommen.

In der Vergütungspraxis müssen die Kreditinstitute nicht nur die zuvor festgelegte/n Obergrenze/n einhalten, sondern sicherstellen, dass die Höhe der variablen Vergütung auf Basis der zuvor festgelegten Vergütungsparameter bestimmt wird. Darüber hinaus muss jedes Kreditinstitut prüfen, inwieweit es sich seinen „Bonuspool“, das heißt den „Gesamtbetrag der variablen Vergütung eines Geschäftsjahres“, auch tatsächlich „leisten“ kann. Während dazu in den FSB P&S und der CRD nur grobe Vorgaben bestehen, nennt § 7 InstitutsVergV verschiedene Kriterien, die bei der Festsetzung des Bonuspools zu prüfen sind. Zum einen müssen die regulatorischen Kapitalanforderungen eingehalten werden. Zum anderen ist auch eine erweiterte ökonomische Sicht einzunehmen, und damit sind die Risikotragfähigkeit, die Ertragslage und die mehrjährige Kapitalplanung zu berücksichtigen. Schließlich ist eine angemessene Liquiditätsausstattung sicherzustellen.

Eine Lehre aus der Finanzkrise 2007/2008 war, dass variable Vergütungen mitunter nicht ausreichend Reaktion auf negative Leistung oder negatives Verhalten zeigten. Seit der Reform der Vergütungsvorschriften müssen variable Vergütungen daher uneingeschränkt flexibel ausgestaltet sein. Das heißt, eine Reduktion der variablen Vergütung bis zu deren vollständiger Streichung muss möglich sein, um auf Änderungen der Leistung der Mitarbeitenden beziehungsweise der Mitglieder der Geschäftslei-

Negative Leistung oder Fehlverhalten muss zur Kürzung der variablen Vergütung führen

²⁸ § 2 Abs. 7 InstitutsVergV.

²⁹ Bei den Vergütungsparametern handelt es sich um die der Leistungsmessung zugrunde liegenden Parameter, welche zur Bestimmung der Höhe der variablen Vergütung heranzuziehen sind. Die Vergütungsparameter werden auch als Key Performance Indicators (KPI) bezeichnet.

³⁰ § 6 InstitutsVergV.

tung, des Geschäftsbereiches und/oder des Kreditinstituts reagieren zu können. Dies ist nicht nur dann der Fall, wenn die zuvor genannte Prüfung nach § 7 InstitutsVergV negativ ausfällt, sondern auch bei Fehlverhalten von Mitarbeitenden oder Mitgliedern der Geschäftsleitung. So hat sich insbesondere sitten- oder pflichtwidriges Verhalten negativ auf die Höhe der variablen Vergütung bis zu ihrer Streichung auszuwirken und kann auch nicht anderweitig durch positive Leistung ausgeglichen werden.³¹⁾ Insofern ist auch die Garantie einer variablen Vergütung grundsätzlich nicht zulässig.

Anforderungen an bestimmte Zahlungsformen: Antrittsprämien, Halteprämien und Abfindungen

Für bestimmte Formen der variablen Vergütung bestehen Sonderregelungen in der InstitutsVergV. So sind Leistungszusagen im ersten Jahr nach Beschäftigungsbeginn vom zuvor genannten Garantieverbot ausgenommen.³²⁾ Hierbei handelt es sich typischerweise um eine variable Vergütung, die den Mitarbeitenden beziehungsweise Mitgliedern der Geschäftsleitung zusätzlich zur erfolgsabhängigen variablen Vergütung als sogenannte Antrittsprämie gewährt wird, oder um die Zusage eines Mindestbetrages an variabler Vergütung für die ersten Beschäftigungsmonate, unabhängig davon, ob die vereinbarten Leistungsziele tatsächlich erreicht werden. Darüber hinaus erlaubt die InstitutsVergV in Ausnahmefällen Halteprämien.³³⁾ Dabei handelt es sich um variable Vergütungen, die den Mitarbeitenden beziehungsweise Mitgliedern der Geschäftsleitung mit dem Zweck gewährt werden, diese für einen bestimmten Zeitraum an das Kreditinstitut zu binden. Voraussetzung ist, dass das Kreditinstitut in der Lage ist, sein berechtigtes Interesse an der Gewährung zu begründen, und dies im Einklang mit seiner Geschäftsstrategie steht. Ferner muss sich das Kreditinstitut die Halteprämien leisten können und diese dürfen kein Vehikel sein, einen etwaigen Ausfall der normalerweise vorgesehenen variablen Vergütung zu kompensieren. Schließlich setzt die InstitutsVergV einen Rahmen für die Zahlung von Abfindungen.³⁴⁾ Dabei werden als Abfindung im Sinne der InstitutsVergV sämtliche Vergütungen bezeichnet, die Mitarbeitende oder Mitglieder der Ge-

schäftsleitung im Zusammenhang mit der vorzeitigen Beendigung des Arbeits-, Geschäftsbesorgungs- oder Dienstverhältnisses erhalten. So wird von den Kreditinstituten unter anderem gefordert, dass sie Grundsätze für die Leistung von Abfindungen erstellen, in denen entweder ein Höchstbetrag oder Kriterien für die Bestimmung der Abfindungsbeträge festgelegt werden sowie die internen Prozesse rund um die Leistung von Abfindungen geregelt werden. Schließlich können bestimmte Abfindungen von vornherein als angemessen gelten, sodass auf deren Anrechnung auf den Bonus Cap sowie weitere Anforderungen der InstitutsVergV verzichtet werden kann. Alle übrigen Abfindungen müssen vorab der Aufsichtsbehörde unter Angabe von Gründen für die Gewährung und die Angemessenheit des Betrages dargelegt werden, um diese Privilegierung in Anspruch nehmen zu können.

Anforderungen an die Vergütung bestimmter Kategorien von Mitarbeitenden

Neben weiteren allgemeinen Regelungen sieht die InstitutsVergV zusätzliche Vorgaben für bestimmte Kategorien von Mitarbeitenden vor, die für alle Banken und Sparkassen gelten. Für Mitarbeitende in den Kontrolleinheiten gelten zum einen strengere Vorgaben an die maximale Höhe der variablen Vergütung. Aufgrund ihrer besonderen Überwachungsfunktion und zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit soll der Schwerpunkt ihrer Vergütung auf dem fixen Anteil liegen. In einer Auslegungshilfe zur InstitutsVergV führt die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) dazu aus, dass der variable Anteil üblicherweise nicht mehr als ein Drittel und keinesfalls mehr als 50 % der Gesamtvergütung der jeweiligen Mitarbeitenden betragen

Sonderregelungen für die Vergütung von Kontrolleinheiten, Vertriebspersonal und Geschäftsleitung

31 § 5 Abs. 2 InstitutsVergV.

32 § 5 Abs. 5 InstitutsVergV.

33 § 5 Abs. 7 InstitutsVergV.

34 § 5 Abs. 6 in Verbindung mit § 2 Abs. 5 InstitutsVergV.

soll.³⁵⁾ Zum anderen sollen Interessenkonflikte auch dadurch vermieden werden, dass die Vergütungsparameter der Kontrolleinheiten nicht im Gleichlauf zu denjenigen der von ihnen kontrollierten Einheiten stehen. Letzteres gilt ebenfalls für das für Risikosteuerung zuständige Mitglied der Geschäftsleitung. Auch bei der Vergütung des Vertriebspersonals sind Interessenkonflikte zu vermeiden. Deren Vergütungssysteme müssen so ausgestaltet sein, dass Verbraucherrechte und -interessen berücksichtigt werden. Insbesondere dürfen nicht ausschließlich quantitative – also beispielsweise ausschließlich am Umsatz orientierte – Vergütungsparameter verwendet werden. Noch strenger sind die Anforderungen für diejenigen Mitarbeitenden, die Beratungsleistungen im Zusammenhang mit Immobilier-Verbraucherdarlehensverträgen erbringen. In diesen Fällen darf die Vergütung gar nicht an diesbezügliche Absatzziele gekoppelt sein. Ähnliches gilt für die Mitarbeitenden, welche die Prüfung der Kreditwürdigkeit bei der Vergabe von Immobilier-Verbraucherdarlehensverträgen vornehmen.³⁶⁾

Nicht zuletzt bestehen Sonderregeln für die Vergütung der Mitglieder der Geschäftsleitung in allen Banken und Sparkassen.³⁷⁾ So ist deren variabler Vergütung eine mehrjährige Bemessungsgrundlage zugrunde zu legen. Dies bedeutet gemäß Auslegungshilfe der BaFin zur InstitutsVergV, dass die variable Vergütung für einen Zeitraum von mindestens drei Jahren an negativen Entwicklungen teilnimmt.³⁸⁾ Dies kann durch Ex-ante- oder Ex-post-Konstruktionen ermöglicht werden. Ferner wurden in der InstitutsVergV zwei Prinzipien aus dem Aktienrecht übernommen, die damit für alle Kreditinstitute unabhängig von der Rechtsform gelten: Zum einen muss die Gesamtvergütung in einem angemessenen Verhältnis zu den jeweiligen Aufgaben und Leistungen der jeweiligen Mitglieder der Geschäftsleitung sowie zur Lage des Kreditinstituts stehen. Zum anderen darf die Gesamtvergütung die übliche Vergütung nicht ohne besondere Gründe übersteigen. Es bleibt abzuwarten, ob und inwieweit die praktische Anwendung dieser Prinzipien im Aufsichtshan-

deln eine einschränkende Wirkung entfalten wird.

Besondere Anforderungen der InstitutsVergV an die Ausgestaltung angemessener Vergütungssysteme

Anders als die zuvor genannten allgemeinen Vergütungsanforderungen sind die besonderen Anforderungen der InstitutsVergV speziell auf die Risikoträger der nach § 1 Absatz 3c KWG bedeutenden Kreditinstitute und teilweise auch auf bestimmte andere Kreditinstitute, die nicht bedeutend sind, anzuwenden. Bei den materiellen Anforderungen steht dabei die sogenannte Ex-ante- und Ex-post-Risikoadjustierung der variablen Vergütung im Vordergrund.

Ex-ante-Risikoadjustierung bezieht sich auf die Ermittlung der Höhe der variablen Vergütung. Dies bedeutet, dass bei den Risikoträgern zum Zeitpunkt der Ermittlung die erbrachte Leistung einschließlich aller eingegangenen gegenwärtigen und zukünftigen Risiken berücksichtigt werden muss. Die Leistungsmessung umfasst dabei sowohl den Erfolgsbeitrag des Risikoträgers als auch denjenigen des jeweiligen Geschäftsbereiches sowie den Gesamterfolg des Instituts beziehungsweise der Gruppe. Der Erfolgsbeitrag ist dabei anhand zuvor vereinbarter konkreter Ziele zu messen. Dabei sind sowohl quantitative als auch qualitative beziehungsweise finanzielle und nichtfinanzielle Vergütungsparameter der Leistungsmessung zugrunde zu legen. Auf allen drei Ebenen sind grundsätzlich insbesondere solche Vergütungsparameter zu verwenden, die dem Ziel eines nachhaltigen Erfolgs Rechnung tragen. Dabei sind vor allem eingegangene Risiken, deren Laufzeiten sowie Kapital- und Liquiditätskosten

Ex-ante-Risikoadjustierung durch Leistungsmessung anhand risikoadjustierter Vergütungsparameter

³⁵ Vgl.: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (2018), S. 30.

³⁶ § 5 Abs. 1 Nr. 3 bis 5 InstitutsVergV.

³⁷ § 10 InstitutsVergV.

³⁸ Vgl.: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (2018), S. 31.

zu berücksichtigen. Schließlich ist, wie zuvor erwähnt, auch das Verhalten des Risikoträgers einzubeziehen, da bestimmtes Fehlverhalten mindestens zur Kürzung der variablen Vergütung führen muss.

Eine solch umfängliche Leistungsmessung ist nur dann zielführend, wenn ihr ein ausreichend langer Bemessungszeitraum zugrunde liegt. Dieser muss für Risikoträger unterhalb der Geschäftsleitung mindestens ein Jahr, für die Mitglieder der Geschäftsleitung mindestens drei Jahre betragen. Mit diesem Zeitraum ist die Leistungs- beziehungsweise Risikoausrichtung der variablen Vergütung der Risikoträger gleichwohl noch nicht abgeschlossen, da sich – vorbehaltlich einer Freigrenze in Abhängigkeit von der variablen Vergütung – die Ex-post-Risikoadjustierung anschließt.

Ex-post-Risikoadjustierung basiert auf Zurückbehaltung, Auszahlung in Instrumenten sowie Malus und Clawback

Nach Ermittlung der variablen Vergütung beginnt der Zeitraum der Ex-post-Risikoadjustierung. Letztere basiert auf drei Bausteinen: der Zurückbehaltung der variablen Vergütung in Verbindung mit Malusvereinbarungen, der Auszahlung in Instrumenten und der Vereinbarung einer Rückforderung bereits ausbezahlter variabler Vergütung, dem sogenannten Clawback.

Zurückbehaltung verlängert den Zeitraum der expliziten Risikoadjustierung

Zurückbehaltung bedeutet vor allem, dass die Risikoträger einen Teil der ermittelten variablen Vergütung nicht sofort, sondern erst nach Ablauf eines Zurückbehaltungszeitraums beanspruchen können. Dieser muss mindestens vier beziehungsweise fünf Jahre betragen. Der Mindestanteil der zurückzubehaltenden variablen Vergütung variiert in Abhängigkeit von der Risikoträgerkategorie und der Höhe der variablen Vergütung zwischen 40 % und 60 %.³⁹⁾ Während des Zurückbehaltungszeitraums darf eine Auszahlung höchstens in linearen Raten erfolgen. Vor Auszahlung einer Rate ist ein sogenanntes Back-Testing durchzuführen. Das bedeutet, die Kreditinstitute müssen überprüfen, ob sich die ursprüngliche Leistungsmessung nach wie vor bestätigt. Darüber hinaus muss die Auszahlung der Rate mit der jeweils aktuellen

Lage des Kreditinstituts unter Prüfung der Kriterien des § 7 InstitutsVergV vereinbar sein. Ist eines davon nicht erfüllt, kommt es zum sogenannten Malus, das heißt einer Kürzung des noch zurückbehaltenen Anteils (explizite Risikoadjustierung).

Jede Rate, die zur Auszahlung kommt, muss mindestens zur Hälfte in einem Instrument ausbezahlt werden, das die nachhaltige Entwicklung des Kreditinstituts widerspiegelt (implizite Risikoadjustierung). Die Wahl des Instruments hängt maßgeblich von der Rechtsform des Kreditinstituts ab. So handelt es sich dabei häufig um keine „Finanzinstrumente“ im klassischen Sinn. Zwar können börsennotierte Kreditinstitute die Auszahlung in Aktien oder aktienbasierten Instrumenten (wie Phantomaktien⁴⁰⁾) vornehmen, übrige Kreditinstitute wählen jedoch zumeist vertragliche Konstruktionen. Bei Letzteren handelt es sich um Verträge, in denen die Maßstäbe für die Messung des nachhaltigen Unternehmenswertes und damit des „Instruments“ festgelegt werden, in der Regel in Abhängigkeit von der Entwicklung bestimmter finanzieller und regulatorischer Kennziffern. Allen Instrumenten gemein ist, dass sie bei Auszahlung mit einer Sperrfrist von mindestens einem Jahr zu belegen sind. Während dieser wird zwar kein Malus mehr angewandt, das Instrument unterliegt jedoch während der Sperrfrist etwaigen Wertschwankungen, und zwar in beide Richtungen.

Durch Auszahlung in Instrumenten partizipieren Risikoträger implizit am Erfolg oder Misserfolg des Instituts

³⁹ In Abhängigkeit von der Stellung, den Aufgaben und den Tätigkeiten eines Risikoträgers sowie von der Höhe der variablen Vergütung und den Risiken, die ein Risikoträger begründen kann, sind die Untergrenzen auf fünf Jahre bzw. mindestens 60 % anzuheben (§ 20 Abs. 1 S. 2 InstitutsVergV). Im Falle von Geschäftsleitern und Mitarbeitenden mit Führungsverantwortung, die der Geschäftsleitung unmittelbar nachgeordnet sind, ist in jedem Fall ein Zurückbehaltungsanteil von mindestens 60 % über einen Zurückbehaltungszeitraum von mindestens fünf Jahren erforderlich (§ 20 Abs. 2 InstitutsVergV). Auch muss das Institut einen Schwellenwert für eine „hohe variable Vergütung“ festlegen, ab dessen Erreichen sich der Zurückbehaltungsanteil auf mindestens 60 % erhöht (§ 20 Abs. 3 InstitutsVergV).

⁴⁰ Bei Phantomaktien erhalten die Mitarbeitenden bzw. Mitglieder der Geschäftsleitung keine echten, sondern nur fiktive Aktien. Deren Wert orientiert sich jedoch am Börsenkurs der zugrunde liegenden Aktie, z. B. am Durchschnittskurs eines bestimmten Zeitraums vor der Gewährung der variablen Vergütung.

Risikoadjustierung der variablen Vergütung eines Risikoträgers

Das unten stehende Schaubild zeigt das Auszahlungsregime eines Risikoträgers unterhalb der Führungsebene unter der Geschäftsleitung. In diesen Fällen beträgt der Mindestzurückbehaltungszeitraum vier Jahre und der Mindestzurückbehaltungsanteil 40 %.

Beispiel: Die für das Jahr t_0 ermittelte variable Vergütung beträgt 100 000 €.

Auszahlungsregime:

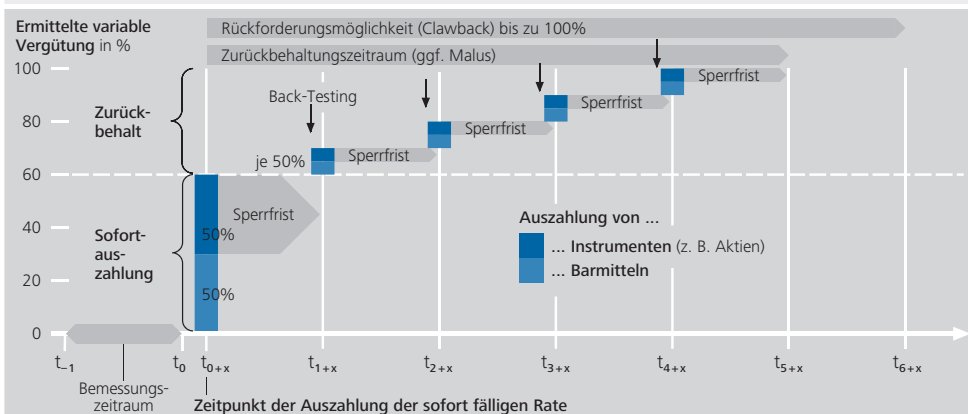
1. Der Risikoträger erhält hiervon zum Zeitpunkt der Ermittlung der variablen Vergütung t_{0+x} maximal 30 000 € in Barmitteln ausbezahlt.
2. Weitere 30 000 € sind in Instrumenten nach § 20 Absatz 5 Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV) auszubezahlen und mit einer Sperrfrist von mindestens einem Jahr zu versehen.
3. 40 000 € sind über einen Zeitraum von mindestens vier Jahren zurückzubehalten.
4. Ist eine lineare ratierliche Auszahlung vorgesehen, so erhält der Risikoträger nach dem ersten Jahr zum Zeitpunkt t_{1+x} einen Betrag von 10 000 € ausbezahlt, sofern das sogenannte Back-Testing nicht zu einer

Kürzung (= Malus) führt. Davon werden 5 000 € in Barmitteln ausbezahlt und 5 000 € im besagten Instrument mit mindestens einjähriger Sperrfrist gewährt. Gleiches passiert nach zwei, drei und vier Jahren.

5. Für die Dauer von mindestens sechs Jahren nach Ermittlung der variablen Vergütung im Zeitpunkt t_{0+x} hat das Institut zu prüfen, inwieweit schwerwiegende Fälle des § 18 Absatz 5 Satz 3 Nr. 1 und 2 InstitutsVergV vorliegen und gegebenenfalls eine Rückforderung der gesamten variablen Vergütung – einschließlich ausbezahlter Anteile – mittels Malus und Clawback vorzunehmen.

Hinsichtlich der Auszahlungsgestaltung ist alternativ zu dem unter 4. dargestellten Modell unter anderem ein sogenanntes Cliff-Vesting möglich. Dabei erhält der Risikoträger erst nach Ablauf des vollständigen Zurückbehaltungszeitraums und erfolgreichem Back-Testing die zurückbehaltene variable Vergütung ausbezahlt. Auch hiervon muss die Hälfte in Instrumenten mit anschließender einjähriger Sperrfrist ausbezahlt werden. Schließlich sind weitere Auszahlungsvarianten erlaubt, sofern sich diese zwischen der linearen ratierlichen und dem Cliff-Vesting bewegen.

Beispielhaftes Auszahlungsregime der variablen Vergütung von Risikoträgern



Seit 2017 werden diese Bausteine um den sogenannten Clawback ergänzt.⁴¹⁾ Das bedeutet, dass in bestimmten Fällen eine Rückforderung bereits ausbezahlter variabler Vergütungen erfolgen muss. Dies gilt für einen Zeitraum von zwei Jahren über den jeweiligen Gesamtzurückbehaltungszeitraum einer gewährten variablen Vergütung hinaus.⁴²⁾ Dabei ist ein solcher Clawback nur in Fällen schwerwiegenden Fehlverhaltens oder in Fällen, wo das Verhalten zu wesentlichen regulatorischen Sanktionen, wesentlichen aufsichtlichen Maßnahmen oder zu einem erheblichen Verlust geführt hat, gesetzlich vorgesehen.⁴³⁾ Clawbacks gehören zu den nach wie vor umstrittensten Anforderungen, da sie arbeitsrechtlich schwierig umzusetzen sind. Gleichwohl sind Regulierer und Aufseher von ihrer Nützlichkeit überzeugt, da sie eine abschreckende Wirkung haben. Zudem werden die Kreditinstitute durch die Malus- und Clawback-Anforderungen gezwungen, konkrete Vorstellungen darüber zu entwickeln, was inakzeptables Verhalten darstellt.

Hinsichtlich der Auswirkungen, welche die Ex-ante- und Ex-post-Risikoadjustierung auf das Risikomanagement in den Kreditinstituten haben, bleibt festzuhalten, dass es sich um komplexe Anforderungen handelt, die zu einem erheblichen administrativen Mehraufwand in den Kreditinstituten führen. Insofern trägt die Beschränkung dieser Anforderungen auf Risikoträger der nach § 1 Absatz 3c KWG bedeutenden Kreditinstitute dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Rechnung. Eine etwaige Ausweitung dieser Anforderungen auf alle Kreditinstitute würde aufgrund der damit einhergehenden administrativen Kosten zu einer stärkeren Umgestaltung der Vergütungssysteme in Richtung fixe Vergütungsbestandteile führen. Da insbesondere die Ex-post-Risikoadjustierung mit hohen administrativen Kosten verbunden ist und gleichzeitig ihre Wirkung wohl erst ab einer gewissen Betragshöhe entfalten kann, sieht die InstitutsVergV hierfür eine Freigrenze in Abhängigkeit von der Höhe der variablen Vergütung vor.

Anforderungen an eine ordnungsgemäße Governance

Ergänzt werden die zuvor genannten materiellen Anforderungen durch governancebezogene Regelungen. Den Prinzipien der allgemeinen Corporate Governance folgend ist die Geschäftsleitung für die Vergütungssysteme der Mitarbeitenden verantwortlich, das Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan für die Vergütungssysteme der Mitglieder der Geschäftsleitung.⁴⁴⁾ Das Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan überwacht zudem die Vergütungssysteme der Mitarbeitenden. In der Praxis bedeutet dies, dass wichtige Entscheidungen von der Geschäftsleitung beziehungsweise dem Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan explizit mitgetragen werden müssen. Dazu zählen nicht nur eine grundlegende Neuausrichtung eines Vergütungssystems, sondern auch die jährliche Entscheidung über den Bonuspool oder die variable Vergütung der leitenden Führungskräfte direkt unterhalb der Geschäftsleitungsebene.

Verantwortung für die Angemessenheit liegt bei der Geschäftsleitung beziehungsweise dem Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan

Um eine angemessene Koppelung der Vergütungssysteme mit den übrigen Bereichen des Risikomanagements im Kreditinstitut sicherzustellen, sind die internen Kontrolleinheiten sowie die Personaleinheit den jeweiligen Aufgaben entsprechend in die Entscheidungsprozesse einzubinden. Beispielsweise sollte das Risikocontrolling bei der Definition geeigneter risikobezogener Vergütungsparameter unterstützend mitwirken und diesbezügliche Informationen zur Verfügung stellen.

Einbindung der Kontrolleinheiten in die Entscheidungsprozesse

Mit der Größe und Komplexität der Kreditinstitute steigen, wie zuvor dargestellt, die materiellen, aber auch die governancebezogenen Anforderungen. So müssen die Aufsichts- oder

⁴¹ § 20 Abs. 6 InstitutsVergV.

⁴² Beispiel: Entspricht in einem bedeutenden Kreditinstitut der vereinbarte Zurückbehaltungszeitraum für Mitglieder der Geschäftsleitung der regulatorischen Mindestanforderung von fünf Jahren, dann beträgt der Zeitraum für die Vereinbarung eines Clawbacks mindestens sieben Jahre.

⁴³ § 18 Abs. 5 S. 3 InstitutsVergV.

⁴⁴ § 3 InstitutsVergV in Verbindung mit § 25a KWG und § 25d KWG.

Dritte Verordnung zur Änderung der Institutsvergütungsverordnung vom 20. September 2021

Mit der Dritten Verordnung zur Änderung der Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV) vom 20. September 2021 wurden im Wesentlichen Anpassungen vorgenommen, die sich aus der Änderung der Kapitaladäquanzrichtlinie (Capital Requirements Directive: CRD)¹⁾ in 2019²⁾ ergaben. Die Änderungen der InstitutsVergV ergänzen die Ende 2020 in Kraft getretenen Änderungen des Gesetzes über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz: KWG).

Im Wesentlichen handelt es sich dabei um:

- die Ausweitung einzelner besonderer Anforderungen zur Risikoadjustierung gemäß § 1 Absatz 3 InstitutsVergV auf solche CRR-Institute,³⁾ die zwar nicht als bedeutend nach § 1 Absatz 3c KWG gelten, jedoch bestimmte Nebenbedingungen erfüllen;⁴⁾
- das Erfordernis einer geschlechtsneutralen Vergütung für Mitarbeitende und die Mitglieder der Geschäftsleitung in § 5 Absatz 1 Nummer 6 InstitutsVergV – die entsprechende Regelung für Mitglieder der Aufsichts- und Verwaltungsorgane findet sich in § 25d Absatz 5 Satz 3 KWG;
- die Anpassung der Offenlegungspflichten in § 16 Absatz 2 InstitutsVergV für die nicht nach § 1 Absatz 3c KWG bedeutenden Institute, insbesondere der Wegfall von zusätzlichen Offenlegungspflichten für kleine und nicht komplexe Institute, die nicht börsennotiert sind;
- die Anpassung der Freigrenze in § 18 Absatz 1 InstitutsVergV dahingehend, dass die variable Vergütung eines Risikoträgers nicht nur die Schwelle von 50 000 € pro Jahr nicht überschreiten darf, sondern auch nicht mehr als ein Drittel der Gesamtjahresvergütung ausmachen darf, um weiterhin nicht unter die Anforderungen der §§ 20 und 22 InstitutsVergV zu fallen;

- die Ausweitung des Mindest-Zurückbehaltungszeitraums von drei auf vier Jahre in § 20 Absatz 1 InstitutsVergV;
- die Anpassung der Regelungen für Gruppen in § 27 InstitutsVergV, insbesondere im Hinblick auf die überwiegende Nicht-Einbeziehung nachgelagerter Unternehmen, die unter sektorale Vergütungsvorschriften fallen (bspw. Kapitalverwaltungsgesellschaften und Wertpapierinstitute).

Bei der Änderung der InstitutsVergV hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht als Ordnungsgeber den von der CRD vorgegebenen Umsetzungsspielraum vollständig genutzt, um so den Besonderheiten des deutschen Bankenmarkts und Verhältnismäßigkeitsaspekten Rechnung zu tragen.

Über die CRD-Umsetzung hinaus erfolgten Änderungen der InstitutsVergV im Hinblick auf die Aufgaben des Vergütungsbeauftragten in § 24 InstitutsVergV. Ferner wurden gemäß § 1 Absatz 1 Satz 2 InstitutsVergV die Leasing- und Factoringunternehmen von der Anwendung des InstitutsVergV befreit.

¹ Vgl.: Richtlinie 2013/36/EU.

² Vgl.: Richtlinie (EU) 2019/878 zur Änderung der Richtlinie 2013/36/EU.

³ Die InstitutsVergV verwendet noch den Begriff der „CRR-Institute“. Dabei handelt es sich um diejenigen Institute, die gemäß der europäischen Kapitaladäquanzverordnung (Capital Requirements Regulation: CRR), Verordnung (EU) Nr. 575/2013, als Institute gelten. Nachdem die sog. CRR-Wertpapierfirmen nicht mehr in den Anwendungsbereich des KWG fallen, ist der Begriff im KWG mit Änderung vom 26. Juni 2021 durch den Begriff „CRR-Kreditinstitut“ ersetzt worden (vgl. Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/2034 über die Beaufsichtigung von Wertpapierinstituten vom 12. Mai 2021, WpIG). Die sich hieraus ergebende notwendige Anpassung des § 1 Abs. 3 InstitutsVergV hat die BaFin in einem Entwurf einer Mantelverordnung zum WpIG am 4. Mai 2021 zur Konsultation gestellt (<https://www.bafin.de/dok/15992230>). Deren Ausfertigung ist noch ausstehend.

⁴ Vgl. Fußnote 7 in den Erläuterungen auf S. 91 f.

Vergütungskontrollausschüsse und Vergütungsbeauftragte in bedeutenden Kreditinstituten

Verwaltungsorgane der nach § 1 Absatz 3c KWG bedeutenden Kreditinstitute zwingend einen Vergütungskontrollausschuss aus ihrer Mitte bestellen.⁴⁵⁾ Dieser übernimmt die Vorbereitung der Beschlüsse des Aufsichts- oder Verwaltungsorgans im Hinblick auf die Vergütung der Mitglieder der Geschäftsleitung und überprüft die Vergütungssysteme der Mitarbeitenden sowie der Geschäftsleitung im Hinblick auf deren Angemessenheit. Auf diese Weise soll eine noch tiefergehende und ausführlichere Auseinandersetzung mit diesen Themen ermöglicht werden, als dies in der Regel im Aufsichts- oder Verwaltungsorgan möglich wäre. Die Entscheidungen trifft jedoch weiterhin das Aufsichts- oder Verwaltungsorgan. Zur Unterstützung des Vergütungskontrollausschusses und damit des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans müssen die bedeutenden Kreditinstitute eine Vergütungsbeauftragte oder einen Vergütungsbeauftragten bestellen.⁴⁶⁾ Die Hauptaufgaben der beauftragten Person bestehen dabei in der laufenden Überprüfung der Angemessenheit der Vergütungssysteme der Mitarbeitenden sowie in der Erstellung eines jährlichen Vergütungskontrollberichts. Eine solche Funktion ist nur in der deutschen Vergütungsregulierung vorgesehen. Sie entspringt dem Umstand, dass der Vergütungskontrollausschuss den Prinzipien der deutschen Corporate Governance folgend über keine eigenen personellen Ressourcen im Institut verfügt.

Dokumentations- und Offenlegungspflichten

Kreditinstitute müssen bestimmte vergütungsbezogene Sachverhalte dokumentieren und offenlegen

Um die vergütungsrelevanten Entscheidungen zum einen besser nachvollziehen zu können, zum anderen aber auch den Ermessensspielraum der Entscheidungsträger im Vorhinein einzuschränken, bestehen explizite Dokumentationspflichten für die Kreditinstitute. So müssen die Grundsätze zur Ausgestaltung der Vergütungssysteme und der Zusammensetzung der Vergütung sowie die dazugehörigen prozessualen Regelungen mit den jeweiligen Verantwortlichkeiten in den Organisationsrichtlinien fest-

gelegt werden. Darüber hinaus sind die tatsächlichen Entscheidungen, zum Beispiel Leistungsmessung/-bewertung oder Festsetzung des Gesamtbonuspools im konkreten Fall, angemessen zu dokumentieren. Nicht zuletzt ist auch die Höhe der jeweiligen Vergütung und deren Aufteilung in fixe und variable Anteile zu dokumentieren sowie in aggregierter Form offenzulegen.

Um eine einheitliche Offenlegung der Vergütungspraktiken der Kreditinstitute zu gewährleisten, wurden die Offenlegungsanforderungen im Jahr 2014 von der CRD in die CRR überführt. Dort finden sich umfangreiche Vorgaben, welche quantitativen und qualitativen Informationen in Bezug auf die Vergütungssysteme der Risikoträger offenzulegen sind. Ergänzend fordert die InstitutsVergV die Offenlegung bestimmter Angaben in Bezug auf die Vergütung aller Mitarbeitenden in Abhängigkeit von der Größe und Komplexität der Kreditinstitute. Im Zuge der zurückliegenden CRR-Überarbeitung in 2019 wurde dem Gedanken der Proportionalität dahingehend Rechnung getragen, dass insbesondere die kleinen und nicht komplexen Institute diese Informationen nicht mehr offenlegen müssen, wenn sie nicht börsennotiert im Sinne der CRR sind.⁴⁷⁾ Diesem Ansatz folgt nun auch § 16 Absatz 2 InstitutsVergV seit der letzten Änderung. Diese Erleichterung ist im Sinne des Bürokratieabbaus zu begrüßen.

Beaufsichtigung der Vergütungssysteme durch Deutsche Bundesbank, BaFin und Europäische Zentralbank

Die Hauptverwaltungen der Deutschen Bundesbank arbeiten bei der Überwachung der Vergütungsanforderungen mit der BaFin zusammen beziehungsweise – im Fall von bedeutenden Kreditinstituten im Sinne des Artikels 6 Ab-

45 § 25d Abs. 7 und 12 KWG.

46 §§ 23 bis 26 InstitutsVergV.

47 Art. 433b Abs. 2 CRR.

„High Earners“ im Europäischen Wirtschaftsraum von 2010 bis 2019

Seit 2010 erheben die Bankenaufseher im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) von den sogenannten CRR-Instituten¹⁾ Informationen zu den Mitgliedern der Geschäftsleitung, den Mitgliedern des Aufsichtsorgans und den Mitarbeitenden, die im EWR tätig sind und eine Vergütung von mindestens 1 Mio € für das zugrunde liegende Meldejahr erhalten haben (sog. Einkommensmillionäre – „High Earners“). Diese Informationen werden von der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) pro Mitgliedstaat – seit 2014 zusätzlich in Einkommensbändern (mit Abstand von jeweils 1 Mio €) – veröffentlicht.

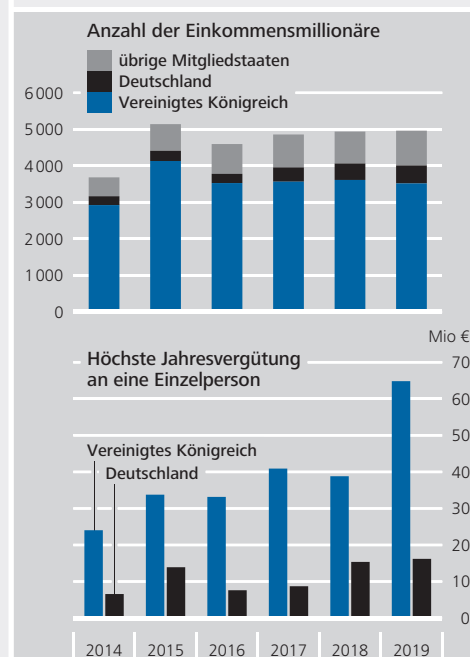
An den für die Jahre von 2010 bis 2019²⁾ von der EBA veröffentlichten Zahlen lässt sich ablesen, dass das Vereinigte Königreich die höchste absolute Anzahl an Einkommensmillionären aufweist, Deutschland folgt mit einigem Abstand auf dem zweiten Platz. Seit 2014 liegen zudem Zahlen zu den Einkommensmillionären mit der jeweils höchsten Vergütung pro Mitgliedstaat vor, auch hier führt das Vereinigte Königreich an. Sofern ein Einkommensmillionär in Deutschland seit 2014 einen zweistelligen Millionenbetrag erreichte, war dies immer

teilweise auf Abfindungszahlungen zurückzuführen.

1 Bei den „CRR-Instituten“ handelt es sich um diejenigen Institute, die gemäß der europäischen Kapitaladäquanzverordnung (Capital Requirements Regulation: CRR), Verordnung (EU) Nr. 575/2013, als Institute gelten. Da die sog. CRR-Wertpapierfirmen seit dem 26. Juni 2021 nicht mehr in den Anwendungsbereich des KWG fallen, gilt die Anzeige gemäß § 24 Abs. 1a Nr. 6 KWG zukünftig für die sog. CRR-Kreditinstitute.

2 Die Informationen für 2020 wurden zwar bereits von den nationalen Aufsichtsbehörden erhoben, jedoch noch nicht von der EBA veröffentlicht. Da die Daten jeweils beim übergeordneten Institut für den ganzen EWR abgefragt werden, ergibt sich ein vollständiges Bild für die einzelnen Mitgliedstaaten erst durch die Aggregation der EBA.

Einkommensmillionäre im EWR^{*)}



Quelle: Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021a). * Das Vereinigte Königreich war bis einschl. 2020 Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraumes.
 Deutsche Bundesbank

Hauptverwaltungen der Deutschen Bundesbank überwachen Vergütungssysteme in Zusammenarbeit mit BaFin beziehungsweise EZB

satz 4 Unterabsatz 2 SSM-Verordnung⁴⁸⁾ – mit der Europäischen Zentralbank (EZB). Auch werden fallweise Vor-Ort-Prüfungen durchgeführt, die von der BaFin beziehungsweise der EZB beauftragt werden. Bei annähernd 1 500 Banken und Sparkassen, die derzeit unter das Regelwerk der InstitutsVergV fallen, ist ein risikoorientiertes Vorgehen notwendig. Insofern liegt ein besonderes Augenmerk der Aufsicht auf den Kreditinstituten, bei denen von einer potenziellen oder tatsächlichen Systemrelevanz auszugehen ist. Zugleich sind höhere Vergütungen beziehungsweise hohe variable Bestandteile im besonderen Fokus der Aufsicht, auch bei kleineren Kreditinstituten. So führt die Bundesbank seit 2010 jährliche Erhebungen zur Vergütungspraxis unter den deutschen Kreditinstituten durch. Die Informationen werden zum einen der EBA zur Verfügung gestellt und von dieser im Rahmen von jährlichen beziehungsweise zweijährlichen Berichten veröffentlicht.⁴⁹⁾ Zum anderen fließen sie in die Arbeit der für das jeweilige Kreditinstitut zuständigen Aufseher ein. Zusammen mit anderen Informationen, insbesondere den Prüfungsberichten der Jahresabschlussprüfer,⁵⁰⁾ dienen sie der Überprüfung der Angemessenheit der Vergütungssysteme im Rahmen des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process: SREP).⁵¹⁾

Bei Mängeln steht der Aufsicht ein vielfältiges Instrumentarium zur Verfügung

Etwaige Mängel an den Vergütungssystemen fließen in die Beurteilung der Angemessenheit der Unternehmensführung (Internal Governance) ein. Auf Basis einer abschließenden Notenvergabe im Rahmen eines Gesamturteils kann der SREP zu einem höheren institutsspezifischen Kapitalzuschlag gemäß § 10 Absatz 3 KWG beziehungsweise bei Kreditinstituten unter direkter EZB-Aufsicht gemäß Artikel 16 Absatz 2 SSM-Verordnung oder qualitativen Auflagen für das Institut führen. Außerhalb des SREP-Prozesses kann ebenfalls bei Vorliegen etwaiger Missstände formell oder informell auf Behebung gedrungen werden. Liegen schwerwiegende Missstände beim Risikomanagement vor, kann die jeweilige Aufsichtsbehörde nicht nur ein Ordnungsgeld verhängen, sondern

letztlich auch eine Abberufung von Mitgliedern der Geschäftsleitung des Kreditinstituts verlangen. Ferner hat die jeweils zuständige Aufsichtsbehörde – sei es die BaFin oder die EZB – das Recht, die variable Vergütung eines Kreditinstituts insgesamt zu kürzen oder gänzlich zu streichen, wenn das Institut seinen Pflichten an eine angemessene Eigenmittel- und/oder Liquiditätsausstattung nicht nachkommt.⁵²⁾

■ Ausblick

Variable Vergütungen von Kreditinstituten zählen zu den am stärksten regulierten und überwachten Anreizsystemen der Privatwirtschaft. Unbestritten dürfte sein, dass die Regulierung zu einer stärkeren Integration der Vergütungssysteme in das Risikomanagement sowie einer verbesserten Risikoadjustierung der Vergütung beigetragen hat. Analysen des FSB zeigen, dass die Finanzinstitute, insbesondere die Kreditinstitute, große Fortschritte bei der Weiterentwicklung der Vergütungssysteme gemacht haben.⁵³⁾ Beispielsweise finden sich über die Berücksichtigung nichtfinanzieller Kriterien wie „Good Conduct“ zunehmend Ansätze zur ganzheit-

Augenmaß der Regulierung im Hinblick auf kleine und nicht komplexe Institute erforderlich

⁴⁸ Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 des Rates vom 15. Oktober 2013 zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank (SSM-Verordnung).

⁴⁹ Dabei handelt es sich zum einen um den jährlichen Bericht über die Mitarbeitenden mit einer Vergütung von mindestens 1 Mio € pro Jahr (EBA Report on High Earners, zuletzt 2021 mit Daten für 2019 veröffentlicht), zum anderen um den Bericht zum Vergleich der Vergütungstrends und -praktiken (EBA Report on the benchmarking of remuneration practices at the European Union Level, zuletzt 2020 mit Daten für 2017 und 2018 veröffentlicht). Die Berichte werden auf der Homepage der EBA veröffentlicht: <https://www.eba.europa.eu/risk-analysis-and-data/remuneration-data>.

⁵⁰ Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung der Institute prüfen die Jahresabschlussprüfer auch die Einhaltung bestimmter regulatorischer Anforderungen nach § 29 KWG. Eine Konkretisierung des Prüfungsgegenstandes findet sich in der Verordnung über die Prüfung der Jahresabschlüsse der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute sowie über die darüber zu erstellenden Berichte (Prüfungsberichtsverordnung: PrüfBV). § 12 PrüfBV enthält den Aufgabenkatalog im Hinblick auf die Vergütung in den Instituten.

⁵¹ Weitere Informationen zum SREP finden sich in: Deutsche Bundesbank (2017), S. 46 ff.

⁵² § 45 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 2 S. 1 Nr. 10 und 11 KWG bzw. Art. 16 Abs. 2 Buchst. g der SSM-Verordnung.

⁵³ Vgl.: Financial Stability Board (2019).

Vergütungspraktiken und -trends der deutschen Kreditinstitute von 2014 bis 2019

Auf Grundlage von § 24 Absatz 1a Nummer 5 des Gesetzes über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz: KWG) erhebt die Bundesbank jährlich Informationen zu den Vergütungspraktiken und -trends unter den gemäß § 1 Absatz 3c KWG bedeutenden Instituten. Die Erhebung erfolgt seit 2014 unter Berücksichtigung der aktuellen Leitlinien der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA).¹⁾ Diese schreiben eine Datenerhebung auf konsolidierter Ebene vor. Bei der Interpretation der nachfolgenden Zahlen gilt es zu beachten, dass die Anzahl der befragten Kreditinstitute im Zeitverlauf gewissen Schwankungen unterliegt²⁾ sowie große Institute mit einer hohen Anzahl Mitarbeitender oder hohen Vergütungen einen deutlichen Einfluss auf die Aggregate haben.

Im Geschäftsjahr 2019 betrug der Anteil der Risikoträger an der Gesamtbelegschaft in den befragten Instituten im Durchschnitt etwa 4%. Dieser Anteil ist seit Beginn der Datenerhebung im aktuellen Format im Jahr 2014 weitgehend unverändert. Jeweils etwa ein Viertel aller Risikoträger entfällt auf die Geschäftsbereiche Investment Banking be-

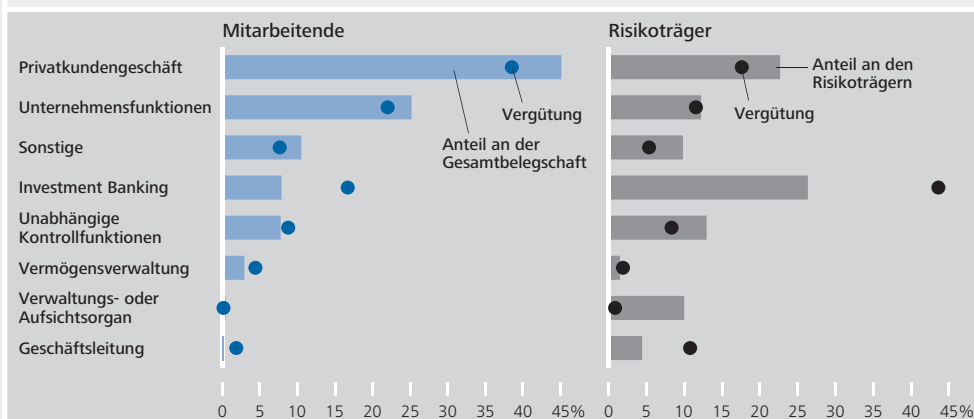
ziehungsweise Privatkundengeschäft. Auf die als Risikoträger geltenden Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans entfallen etwa 15% der Risikoträger. Die Verteilung der Risikoträger auf die einzelnen Geschäftsbereiche unterliegt im Zeitverlauf lediglich geringen Schwankungen.

Die durchschnittliche Vergütung eines Risikoträgers betrug 2019 etwa das Vierfache des Durchschnitts aller Mitarbeitenden. Auch die Bedeutung der variablen Vergütung ist bei Risikoträgern deutlich höher als im Durchschnitt aller Mitarbeitenden. Das Verhältnis von variabler zu fixer Vergütung betrug im Jahr 2019 für Risikoträger im Durchschnitt etwa 45%, während dieses Verhältnis für alle Mitarbeitenden lediglich etwa 15% im Durchschnitt betrug. Allerdings war in den Jahren von 2014 bis 2019 tendenziell ein diesbezüglicher Rückgang zu

1 Vgl.: Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2014).
 2 Im Jahr 2014 wurden 25 Institute befragt, im Jahr 2019 36 Institute.

Vergütung nach Geschäftsbereichen der bedeutenden deutschen Kreditinstitute

2019



beobachten, sowohl für Risikoträger als auch für die Gesamtbelegschaft.

Insgesamt haben die Kreditinstitute im Jahr 2019 etwa 45 % der variablen Vergütung von Risikoträgern in von der Unternehmensentwicklung abhängigen Instrumenten (wie bspw. Aktien des Instituts) ausbezahlt. Eine Unterschreitung der 50 %-Mindestvorgabe bei einzelnen Kreditinstituten lässt sich überwiegend auf die Freigrenze von 50 000 €³⁾ zurückführen.⁴⁾

Im Durchschnitt wurde im Jahr 2019 etwa 60 % der variablen Vergütung der Risikoträger zurückbehalten. Die vorliegenden Zahlen zeigen, dass die Kreditinstitute teilweise eine explizite Ex-post-Risikoadjustierung (Malus)⁵⁾ der zurückbehaltenen Vergütung vornehmen. Die Höhe der Anpassungen variiert dabei entsprechend den Gegebenheiten erheblich zwischen den Kreditinstitu-

ten und im Jahresvergleich. Bis auf wenige Ausnahmen handelt es sich um lediglich geringe Beträge.

3 § 18 Abs. 2 der Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV).

4 Die Position „Variable Vergütung“ erfasst in der Datenerhebung auch privilegierte Abfindungen nach § 5 Abs. 6 InstitutsVergV, welche nicht den Anforderungen nach §§ 7 und 20 der InstitutsVergV unterliegen und bei der Berechnung des Verhältnisses der variablen zur fixen Vergütung gemäß § 25a Abs. 5 KWG nicht berücksichtigt werden müssen.

5 Die Datenerhebung differenziert nicht zwischen den Gründen für die Ex-post-Risikoadjustierung. Mögliche Gründe resultieren bspw. aus § 7 Abs. 2 und § 20 Abs. 5 InstitutsVergV oder auch aus zusätzlichen Leistungskriterien im Fall von sog. Long-term Incentive Plans.

lichen Berücksichtigung von „ESG-Risiken“⁵⁴⁾ bei der Ausgestaltung der Vergütungsparameter.

Eine abschließende Bewertung zur Effizienz der Instrumente Malus und Clawback kann noch nicht vorgenommen werden, zumal diese Instrumente eher selten Einsatz finden. Dies muss jedoch nicht bedeuten, dass die relevanten aufsichtlichen Anforderungen keine Wirkung entfalten. Vielmehr wird bereits durch die diesbezüglichen institutsinternen Regelungen ein positiver Anreiz zur Entwicklung einer risikoadäquaten Unternehmenskultur geleistet. Allerdings müssen die Kreditinstitute sicherstellen, dass sie bei Fehlverhalten von Mitarbeitenden beziehungsweise Mitgliedern der Geschäftsleitung konsequent handeln.

Vor dem Hintergrund der Komplexität des Themas und seiner Bedeutung für die Unternehmenskultur und das Risikomanagement in den Finanzinstituten wäre eine Evaluierung der zu-

grunde liegenden FSB P&S zu begrüßen. Hierdurch könnte die Effizienz der Anforderungen untersucht und zur Optimierung der Vergütungsregulierung beigetragen werden.

Ziel für die Zukunft sollte eine in ihren Prinzipien beständige Vergütungsregulierung sein. Zudem muss der europäische Gesetzgeber bei erforderlichen Änderungen am Rahmenwerk darauf achten, dass die sich daraus ergebenden Umstellungsprozesse möglichst geringe Kosten für die Kreditinstitute nach sich ziehen. Dies sollte dazu beitragen, bei den betroffenen Kreditinstituten und deren Mitarbeitenden das Verständnis für den Sinn und Zweck der Regelungen zu erhöhen. Eine höhere Akzeptanz für die ge-

54 Mit ESG-, d. h. Environmental, Social und Governance-Risiken, werden z. B. von der EBA diejenigen Risiken negativer finanzieller Auswirkungen auf Institute bezeichnet, die sich aus den aktuellen oder voraussichtlichen Auswirkungen von ESG-Faktoren auf ihre Gegenparteien ergeben. Vgl.: Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2021b), S. 6.

troffenen Regelungen kann dazu beitragen, Umgehungshandlungen zu minimieren.

Gleichzeitig ist zu überlegen, ob das aktuelle EU-Vergütungsregelwerk für kleine und nicht komplexe Institute adressaten- und zielgerecht ist oder ob es hier nicht einer noch stärker proportionalen Regulierung bedarf. Die zurückliegende Änderung der CRD im Hinblick auf eine

stärkere Verhältnismäßigkeit der Vergütungsregeln sollte nur als erster Schritt betrachtet werden. So bietet die anstehende Umsetzung des Basel III-Reformpakets in europäisches Recht Gelegenheit zu einer weiteren Entlastung kleinerer, nicht komplexer Institute von administrativ aufwendigen Vergütungsregeln, soweit diese aufsichtlich nicht erforderlich sind.

■ Literaturverzeichnis

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (2018), Auslegungshilfe zur Institutsvergütungsverordnung, Stand: 15. Februar 2018.

Deutsche Bundesbank (2020), Risikoreduzierungs-gesetz – Die nationale Umsetzung des europäischen Bankenpakets, Monatsbericht, Dezember 2020, S. 51 ff.

Deutsche Bundesbank (2019), Das europäische Bankenpaket – Die Überarbeitung der EU-Bankenregulierung, Monatsbericht, Juni 2019, S. 31 ff.

Deutsche Bundesbank (2017), Der aufsichtliche Überprüfungs- und Bewertungsprozess für kleinere Institute und Überlegungen zur Proportionalität, Monatsbericht, Oktober 2017, S. 45 ff.

Deutsche Bundesbank (2011), Internationale Zusammenarbeit in der Bankenregulierung: Historie und aktuelle Entwicklungen, Monatsbericht, September 2011, S. 94 ff.

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2021a), EBA Report on High Earners – Data as of End of 2019 (EBA/REP/2021/23).

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2021b), Report on management and supervision of ESG risks for credit institutions and investment firms (EBA/REP/2021/18).

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2020), Benchmarking of Remuneration Practices at the European Union Level (2017 and 2018 Data) and Data on High Earners (2018 Data) (EBA/REP/2020/20).

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2019), EBA Report on High Earners – Data as of End 2017.

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2018), Benchmarking of Remuneration Practices at the European Union Level and Data on High Earners (Data as of End 2016).

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2017), EBA Report on High Earners – Data as of End 2015.

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2016), Benchmarking of Remuneration Practices at the European Union Level and Data on High Earners (Data as of End 2014).

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2014), Guidelines on the remuneration benchmarking exercise vom 16. Juli 2014 (EBA/GL/2014/08).

Europäische Kommission (2021), Delegierte Verordnung (EU) 2021/923 der Kommission vom 25. März 2021 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Kriterien für die Definition der Managementverantwortung, der Kontrollaufgaben, der wesentlichen Geschäftsbereiche und einer erheblichen Auswirkung auf das Risikoprofil eines wesentlichen Geschäftsbereichs sowie zur Festlegung der Kriterien für die Ermittlung der Mitarbeiter oder Mitarbeiterkategorien, deren berufliche Tätigkeiten vergleichsweise ebenso wesentliche Auswirkungen auf das Risikoprofil des Instituts haben wie diejenigen der in Artikel 92 Absatz 3 der genannten Richtlinie aufgeführten Mitarbeiter oder Mitarbeiterkategorien.

Europäische Kommission (2014), Delegierte Verordnung (EU) Nr. 527/2014 der Kommission vom 12. März 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Bezeichnung der Klassen von Instrumenten, die die Bonität eines Instituts unter der Annahme der Unternehmensfortführung angemessen widerspiegeln und die für eine Verwendung zu Zwecken der variablen Vergütung geeignet sind.

Financial Stability Board (2019), Implementing the FSB Principles for Sound Compensation Practices and their Implementation Standards – Sixth progress report.

Financial Stability Board (2009a), FSB/FSF Principles for Sound Compensation Practices.

Financial Stability Board (2009b), Implementation Standards for the FSB Principles for Sound Compensation Practices.

Richtlinie (EU) 2019/878 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 zur Änderung der Richtlinie 2013/36/EU im Hinblick auf von der Anwendung ausgenommene Unternehmen, Finanzholdinggesellschaften, gemischte Finanzholdinggesellschaften, Vergütung, Aufsichtsmaßnahmen und -befugnisse und Kapitalerhaltungsmaßnahmen.

Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG.

Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 des Rates vom 15. Oktober 2013 zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank.

Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012.

Statistischer Teil

■ Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland.....	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche.....	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck.....	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen.....	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40*

■ V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum.....	42•
2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland.....	42•

■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze/Basiszinssätze.....	43•
2. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren).....	43•
3. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva.....	48•
2. Passiva.....	49•

■ VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland.....	50•
2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten.....	51•
3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten.....	52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	52•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere.....	53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland.....	53•

■ IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	55•
3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte.....	56•
4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte.....	57•

■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung.....	58•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	58•
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung.....	59•
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden.....	59•
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen.....	60•
6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten.....	60•

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern.....	61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung.....	62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	63*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	63*
13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern.....	63*
14. Maastricht-Verschuldung nach Arten	64*
15. Maastricht-Verschuldung des Bundes nach Arten und Instrumenten.....	65*

■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	66*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe.....	67*
3. Auftragseingang in der Industrie	68*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe.....	69*
5. Umsätze des Einzelhandels	69*
6. Arbeitsmarkt.....	70*
7. Preise	71*
8. Einkommen der privaten Haushalte	72*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	72*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen.....	73*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen	74*

■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum	75*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland.....	76*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern.....	77*
4. Dienstleistungen und Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	78*
5. Sekundäreinkommen und Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	78*
6. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland	79*
7. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	80*
8. Auslandspositionen der Unternehmen	81*
9. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen	82*
10. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion	82*
11. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	83*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)
			M3 3)	gleitender Dreimonatsdurchschnitt						
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2020 Jan.	8,0	5,6	5,2	5,2	1,9	3,2	1,2	-0,45	-0,39	0,2
Febr.	8,1	5,6	5,5	6,1	1,9	3,2	0,9	-0,45	-0,41	-0,0
März	10,4	7,4	7,5	7,1	3,6	4,2	0,3	-0,45	-0,42	0,1
April	11,8	8,3	8,2	8,2	4,8	4,3	0,0	-0,45	-0,25	0,3
Mai	12,5	9,1	9,0	8,8	6,1	4,9	0,2	-0,46	-0,27	0,2
Juni	12,7	9,3	9,3	9,4	6,9	4,6	-0,4	-0,46	-0,38	0,1
Juli	13,5	10,0	10,1	9,6	7,4	4,7	-0,5	-0,46	-0,44	0,0
Aug.	13,3	9,6	9,5	10,0	7,7	4,7	-0,0	-0,47	-0,48	-0,0
Sept.	13,8	10,3	10,4	10,1	8,1	4,5	-0,4	-0,47	-0,49	-0,1
Okt.	13,8	10,3	10,5	10,6	8,3	4,2	-0,5	-0,47	-0,51	-0,2
Nov.	14,5	10,8	11,0	11,3	8,6	4,4	-0,7	-0,47	-0,52	-0,2
Dez.	15,6	11,7	12,3	11,9	9,3	4,9	-0,4	-0,47	-0,54	-0,2
2021 Jan.	16,5	12,2	12,5	12,4	9,4	4,8	-0,9	-0,48	-0,55	-0,2
Febr.	16,4	12,2	12,2	11,6	9,6	4,6	-0,9	-0,48	-0,54	-0,1
März	13,7	10,2	10,0	10,5	8,6	4,0	-0,3	-0,48	-0,54	0,0
April	12,4	9,1	9,2	9,2	7,3	3,4	-0,3	-0,48	-0,54	0,1
Mai	11,6	8,3	8,5	8,6	6,3	2,9	-1,0	-0,48	-0,54	0,2
Juni	11,8	8,3	8,3	8,1	6,0	3,2	-0,6	-0,48	-0,54	0,2
Juli	11,0	7,6	7,6	7,9	5,8	3,1	-0,5	-0,48	-0,54	0,0
Aug.	11,1	7,8	7,9	...	5,5	2,7	-0,8	-0,48	-0,55	-0,1
Sept.	-0,49	-0,54	0,1

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFIs.

5 Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43*. 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE, FR, NL, BE, AT, FI, IE, PT, ES, IT, GR, SK, CY, SI (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft 1)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz des Euroraums 1)								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz				Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Warenhandel	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Finanzderivate 2)	Übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)
	Mio €								1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999 = 100	
2020 Jan.	- 16 839	+ 10 413	- 19 866	- 712	- 34 613	+ 9 514	+ 4 450	+ 1 495	1,1100	96,9	91,2
Febr.	+ 4 665	+ 29 696	- 8 449	+ 1 684	- 35 701	+ 9 644	+ 16 408	- 484	1,0905	96,2	90,5
März	+ 16 276	+ 38 420	+ 19 887	+ 9 187	- 117 711	- 1 522	+ 126 354	+ 3 578	1,1063	98,8	92,9
April	+ 11 381	+ 11 716	- 18 917	- 31 372	+ 152 422	+ 12 905	- 154 567	+ 1 694	1,0862	98,1	92,5
Mai	- 1 392	+ 16 602	- 11 139	- 49 799	+ 33 541	+ 8 840	- 5 383	+ 1 662	1,0902	98,3	92,5
Juni	+ 16 942	+ 27 772	+ 30 291	- 40 288	- 41 664	+ 20 438	+ 91 974	- 170	1,1255	99,7	93,8
Juli	+ 27 921	+ 35 193	+ 16 478	+ 49 125	- 29 375	- 5 833	+ 3 118	- 558	1,1463	100,4	94,4
Aug.	+ 24 890	+ 24 332	+ 53 783	+ 14 351	+ 35 481	- 15 708	+ 18 355	+ 1 304	1,1828	101,5	94,9
Sept.	+ 37 771	+ 35 078	+ 50 114	- 22 555	+ 3 082	- 9 747	+ 76 745	+ 2 589	1,1792	101,5	94,8
Okt.	+ 30 981	+ 38 953	+ 46 608	+ 41 905	+ 101 009	+ 4 317	- 103 536	+ 2 914	1,1775	101,3	94,6
Nov.	+ 27 465	+ 34 873	+ 49 261	- 37 813	+ 185 183	+ 11 041	- 106 540	- 2 610	1,1838	100,6	94,1
Dez.	+ 42 649	+ 39 010	+ 32 892	- 108 628	+ 287 644	- 29 887	- 117 987	+ 1 749	1,2170	101,8	95,1
2021 Jan.	+ 15 805	+ 21 529	+ 45 324	+ 49 270	+ 9 859	+ 12 530	- 25 402	- 934	1,2171	101,3	95,3
Febr.	+ 21 859	+ 33 450	+ 48 622	+ 39 341	+ 84 598	- 816	- 72 877	- 1 623	1,2098	100,6	94,5
März	+ 37 794	+ 37 081	+ 3 994	+ 19 226	- 6 881	- 5 306	- 2 507	- 538	1,1899	100,3	94,1
April	+ 27 084	+ 25 982	+ 6 654	+ 24 646	+ 16 629	+ 4 459	- 39 807	+ 727	1,1979	100,6	94,2
Mai	+ 10 022	+ 25 680	+ 40 307	+ 13 760	+ 70 470	- 2 108	- 43 250	+ 1 435	1,2146	100,8	94,3
Juni	+ 32 444	+ 33 438	+ 53 711	- 37 543	+ 53 472	+ 6 170	+ 26 294	+ 5 318	1,2047	100,2	93,7
Juli	+ 30 157	+ 30 973	+ 2 100	+ 40 666	- 22 559	+ 8 710	- 24 375	- 342	1,1822	99,7	p) 93,5
Aug.	1,1772	99,3	p) 93,2
Sept.	1,1770	99,4	p) 93,2

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. 1 Monatsdurchschnitte, siehe auch Tab. XII.10 und 12, S. 82* / 83*. 2 Einschl. Mitarbeiteraktienoptionen. 3 Berechnung

der Bundesbank. Gegenüber den Währungen der EWK-19-Gruppe. 4 Auf Basis der Verbraucherpreisindizes.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	Euroraum	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Lettland
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
2018	1,8	1,8	1,1	4,1	1,1	1,9	1,7	9,0	0,9	4,0
2019	1,6	2,1	1,1	4,1	1,3	1,8	1,8	4,9	0,4	2,5
2020	- 6,4	- 5,7	- 4,6	- 3,0	- 2,9	- 7,9	- 9,0	5,9	- 8,9	- 3,6
2020 1.Vj.	- 3,0	- 1,3	- 1,5	- 0,2	- 0,1	- 5,2	- 1,5	6,5	- 5,9	- 1,9
2.Vj.	- 14,5	- 13,2	- 11,3	- 7,3	- 7,3	- 18,7	- 15,6	1,4	- 18,3	- 8,9
3.Vj.	- 4,0	- 3,6	- 3,6	- 2,8	- 2,9	- 3,8	- 9,4	10,8	- 5,4	- 2,4
4.Vj.	- 4,4	- 4,3	- 1,9	- 1,5	- 1,0	- 3,7	- 5,9	4,5	- 6,2	- 1,2
2021 1.Vj.	- 1,2	0,0	- 3,3	4,1	- 2,0	1,6	- 1,4	11,2	0,1	- 0,7
2.Vj.	14,2	15,1	9,8	12,9	8,2	19,1	16,4	21,6	18,0	10,8
Industrieproduktion ²⁾										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
2018	0,8	1,2	1,0	4,8	3,4	0,6	1,8	- 5,0	0,9	2,0
2019	- 1,3	4,8	- 4,3	6,9	1,6	0,5	- 0,7	2,8	- 1,1	0,8
2020	- 8,6	- 3,8	- 10,2	- 6,0	- 3,2	- 11,0	- 2,1	4,3	- 11,4	- 1,8
2020 1.Vj.	- 6,0	- 0,3	- 6,3	- 8,0	- 0,3	- 7,9	- 1,2	6,8	- 11,6	- 2,6
2.Vj.	- 20,2	- 11,7	- 21,6	- 13,3	- 5,4	- 23,8	- 8,2	- 1,6	- 25,6	- 5,1
3.Vj.	- 6,8	- 3,5	- 10,0	- 2,2	- 5,1	- 7,9	- 2,0	- 2,2	- 5,2	- 1,8
4.Vj.	- 1,6	0,6	- 2,9	- 0,1	- 2,0	- 4,3	3,1	12,9	- 2,5	2,3
2021 1.Vj.	3,5	8,4	p) - 1,2	- 0,3	0,0	2,4	4,7	21,5	9,9	3,6
2.Vj.	22,5	29,8	p) 19,1	14,4	4,5	22,4	15,5	22,5	32,0	12,6
Kapazitätsauslastung in der Industrie ³⁾										
in % der Vollausslastung										
2018	83,8	81,0	87,7	74,4	84,1	85,9	70,8	76,2	78,1	76,4
2019	82,3	81,2	84,5	72,8	81,1	84,5	71,5	77,3	77,4	76,3
2020	74,4	75,5	77,0	67,4	76,8	73,5	70,8	68,5	53,1	71,8
2020 2.Vj.	68,4	72,8	71,4	63,3	77,2	62,4	67,3	56,7	-	69,1
3.Vj.	72,1	73,4	74,4	66,0	76,0	72,9	70,3	69,6	64,5	70,8
4.Vj.	76,3	75,9	79,1	69,6	75,4	76,0	73,2	72,0	71,4	72,7
2021 1.Vj.	77,5	77,4	80,4	71,6	78,1	77,1	72,5	74,5	72,8	73,1
2.Vj.	82,5	80,2	86,7	76,5	81,0	82,8	74,7	77,2	75,7	75,0
3.Vj.	82,9	81,3	87,0	78,8	82,5	81,6	77,8	79,7	78,8	75,4
Standardisierte Erwerbslosenquote ⁴⁾										
in % der zivilen Erwerbspersonen										
2018	8,2	6,0	3,4	5,4	7,4	8,7	19,3	5,8	10,6	7,5
2019	7,5	5,4	3,2	4,5	6,7	8,2	17,3	5,0	10,0	6,3
2020	7,8	5,6	3,8	6,8	7,8	7,8	16,3	5,6	9,2	8,1
2021 April	8,2	6,5	p) 3,8	6,4	8,5	8,4	17,4	7,4	p) 10,1	7,7
Mai	8,0	6,3	p) 3,7	6,7	8,2	8,3	15,8	7,0	p) 9,9	7,8
Juni	7,8	6,2	p) 3,7	6,5	7,7	8,0	14,9	6,8	p) 9,4	7,8
Juli	7,6	6,2	p) 3,6	6,3	7,8	8,0	14,2	6,5	p) 9,3	7,5
Aug.	7,5	6,4	p) 3,6	6,2	7,2	8,0	13,2	6,5	p) 9,3	7,1
Sept.	6,4
Harmonisierter Verbraucherpreisindex										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
2018	1,8	2,3	1,9	3,4	1,2	2,1	0,8	0,7	1,2	2,6
2019	1,2	1,2	1,4	2,3	1,1	1,3	0,5	0,9	0,6	2,7
2020	0,3	0,4	s) 0,4	- 0,6	0,4	0,5	- 1,3	- 0,5	- 0,1	0,1
2021 April	1,6	2,1	2,1	1,6	2,2	1,6	- 1,1	1,1	1,0	1,7
Mai	2,0	2,5	2,4	3,2	2,3	1,8	- 1,2	1,9	1,2	2,6
Juni	1,9	2,6	2,1	3,7	1,9	1,9	0,6	1,6	1,3	2,7
Juli	2,2	1,4	s) 3,1	4,9	1,8	1,5	0,7	2,2	1,0	2,8
Aug.	3,0	4,7	s) 3,4	5,0	1,8	2,4	1,2	3,0	2,5	3,6
Sept.	3,4	3,8	s) 4,1	6,4	2,1	2,7	1,9	3,8	2,9	4,7
Staatlicher Finanzierungssaldo ⁶⁾										
in % des Bruttoinlandsprodukts										
2018	- 0,5	- 0,8	1,9	- 0,6	- 0,9	- 2,3	0,9	0,1	- 2,2	- 0,8
2019	- 0,6	- 1,9	1,5	0,1	- 0,9	- 3,1	1,1	0,5	- 1,5	- 0,6
2020	- 7,2	- 9,1	- 4,3	- 5,6	- 5,5	- 9,1	- 10,1	- 4,9	- 9,6	- 4,5
Staatliche Verschuldung ⁶⁾										
in % des Bruttoinlandsprodukts										
2018	85,7	99,9	61,3	8,2	59,8	97,8	186,4	63,1	134,4	37,1
2019	83,9	97,7	58,9	8,6	59,5	97,5	180,7	57,2	134,3	36,7
2020	98,0	112,8	68,7	19,0	69,5	115,0	206,3	58,4	155,6	43,2

Quellen: Eurostat, Europäische Kommission, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Presse-

meldungen und sind vorläufig. 1 Euroraum: Quartalsangaben saison- und kalenderbereinigt. 2 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie: arbeitstäglich bereinigt.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

Litauen	Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakei	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
4,0	2,0	6,1	2,4	2,5	2,9	3,8	4,4	2,3	5,7	2018
4,6	3,3	5,7	2,0	1,5	2,7	2,6	3,3	2,1	5,3	2019
- 0,1	- 1,8	- 8,3	- 3,8	- 6,7	- 8,4	- 4,4	- 4,2	- 10,8	- 5,2	2020
2,9	- 0,0	1,5	- 0,2	- 3,4	- 2,5	- 3,5	- 1,3	- 4,0	0,4	2020 1.Vj.
- 4,5	- 7,7	- 15,0	- 9,2	- 13,5	- 18,1	- 10,9	- 11,0	- 21,5	- 12,3	2.Vj.
0,9	- 0,2	- 11,0	- 2,6	- 4,4	- 6,6	- 2,5	- 1,4	- 8,6	- 4,8	3.Vj.
0,3	0,8	- 8,0	- 2,9	- 5,7	- 6,4	- 2,1	- 3,1	- 8,8	- 4,0	4.Vj.
1,6	5,2	- 1,3	- 2,4	- 5,1	- 5,7	0,2	1,7	- 4,6	- 2,3	2021 1.Vj.
8,3	11,8	13,4	10,4	12,8	16,5	9,6	16,3	17,6	13,1	2.Vj.
Industrieproduktion ²⁾										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
5,2	- 1,1	1,5	0,6	4,9	0,1	4,3	5,4	0,4	6,9	2018
3,4	- 3,1	1,1	- 0,9	0,0	- 2,2	0,5	2,8	0,5	4,0	2019
- 2,4	- 10,7	- 0,2	- 3,9	- 6,3	- 7,3	- 9,1	- 6,3	- 9,8	- 7,2	2020
- 2,5	- 10,0	11,2	- 0,8	- 5,9	- 0,9	- 7,4	- 3,0	- 6,6	- 2,1	2020 1.Vj.
- 7,5	- 22,3	- 7,3	- 8,2	- 16,8	- 24,5	- 28,1	- 17,4	- 24,6	- 19,9	2.Vj.
- 0,3	- 7,8	- 2,9	- 4,7	- 3,3	- 1,4	- 1,5	- 3,6	- 5,2	- 4,8	3.Vj.
0,6	- 2,0	- 0,9	- 1,9	0,6	- 2,0	1,7	- 1,0	- 2,0	- 1,7	4.Vj.
12,4	4,6	- 8,4	- 0,6	4,2	- 0,6	6,6	3,9	2,7	1,0	2021 1.Vj.
23,7	22,7	13,8	10,1	24,7	24,3	35,8	25,5	27,2	20,8	2.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ³⁾										
in % der Vollauslastung										
77,5	81,2	80,3	84,0	88,7	81,6	85,4	85,3	79,5	61,4	2018
77,3	79,8	77,3	84,2	86,6	78,7	87,7	84,4	80,3	63,8	2019
72,9	72,2	70,4	78,2	79,2	75,5	79,3	78,2	74,3	51,7	2020
70,0	53,8	61,1	75,2	73,9	71,7	77,1	71,9	70,9	47,4	2020 2.Vj.
71,9	76,3	68,0	76,3	77,2	71,9	78,3	76,1	71,5	49,2	3.Vj.
73,4	75,3	73,5	78,0	80,8	77,8	79,7	81,6	74,8	46,7	4.Vj.
72,4	75,6	73,7	79,2	82,2	78,4	81,4	80,9	75,7	48,6	2021 1.Vj.
77,0	88,2	81,1	82,2	87,1	80,7	83,2	85,8	78,1	49,5	2.Vj.
78,0	82,1	78,3	83,6	89,7	79,1	82,7	86,6	77,6	49,4	3.Vj.
Standardisierte Erwerbslosenquote ⁴⁾										
in % der zivilen Erwerbspersonen										
6,2	5,6	3,7	3,9	4,9	7,1	6,6	5,1	15,3	8,4	2018
6,3	5,6	3,6	3,4	4,5	6,5	5,8	4,5	14,1	7,1	2019
8,6	6,8	4,3	3,9	5,4	6,9	6,7	5,0	15,5	7,6	2020
7,2	6,2	3,6	3,4	7,1	7,0	7,1	4,8	15,5	9,7	2021 April
7,7	6,0	3,4	3,3	6,7	7,0	7,0	4,5	15,4	10,4	Mai
7,8	5,8	3,4	3,2	6,2	6,8	6,8	4,2	15,0	8,2	Juni
7,5	5,6	3,2	3,1	6,1	6,6	6,6	4,0	14,5	5,2	Juli
7,2	5,5	3,2	3,2	6,1	6,4	6,5	3,9	14,0	4,4	Aug.
...	Sept.
Harmonisierter Verbraucherpreisindex										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
2,5	2,0	1,7	1,6	2,1	1,2	2,5	1,9	1,7	0,8	2018
2,2	1,6	1,5	2,7	1,5	0,3	2,8	1,7	0,8	0,5	2019
1,1	0,0	0,8	1,1	1,4	- 0,1	2,0	- 0,3	- 0,3	- 1,1	2020
2,4	3,3	0,1	1,7	1,9	- 0,1	1,7	2,2	2,0	1,2	2021 April
3,5	4,0	0,2	2,0	3,0	0,5	2,0	2,2	2,4	1,5	Mai
3,5	3,4	0,2	1,7	2,8	- 0,6	2,5	1,7	2,5	2,2	Juni
4,3	3,3	0,3	1,4	2,8	1,1	2,9	2,0	2,9	2,7	Juli
5,0	3,5	0,4	2,7	3,2	1,3	3,3	2,1	3,3	3,3	Aug.
6,4	4,0	0,7	3,0	3,3	1,3	4,0	2,7	4,0	3,6	Sept.
Staatlicher Finanzierungssaldo ⁶⁾										
in % des Bruttoinlandsprodukts										
0,5	3,0	1,9	1,4	0,2	- 0,3	- 1,0	0,7	- 2,5	- 3,5	2018
0,5	2,3	0,5	1,7	0,6	- 0,1	- 1,3	0,4	- 2,9	- 1,3	2019
- 7,2	- 3,5	- 9,7	- 4,2	- 8,3	- 5,8	- 5,5	- 7,7	- 11,0	- 5,7	2020
Staatliche Verschuldung ⁶⁾										
in % des Bruttoinlandsprodukts										
33,7	20,8	43,6	52,4	74,0	121,5	49,6	70,3	97,5	98,4	2018
35,9	22,3	40,7	48,5	70,6	116,6	48,1	65,6	95,5	91,1	2019
46,6	24,8	53,4	54,3	83,2	135,2	59,7	79,8	120,0	115,3	2020

3 Verarbeitendes Gewerbe: Quartalsangaben saisonbereinigt. Datenerhebung zu Beginn des Quartals. 4 Monatsangaben saisonbereinigt. 5 Beeinflusst durch eine

befristete Mehrwertsteuersenkung von Juli bis Dezember 2020. 6 Abgrenzung gemäß Maastricht-Vertrag.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang ¹⁾ a) Euroraum ¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet				II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet					
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forde-rungen an das Nicht-Euro-Währungs-gebiet	Verbind-lichkeiten gegen-über dem Nicht-Euro-Währungs-gebiet	insgesamt	Einlagen mit verein-barer Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit verein-barer Kündi-gungsfrist von mehr als 3 Mo-naten	Schuldver-schreibun-gen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rück-lagen ³⁾
		zusammen	darunter Wert-papiere	zusammen	darunter Wert-papiere								
2020 Jan.	101,9	51,7	1,7	50,2	28,0	24,6	295,6	271,0	- 5,2	- 6,3	- 1,0	13,1	- 11,0
Febr.	60,7	50,0	20,1	10,7	22,1	42,1	93,3	51,2	- 2,6	- 3,0	- 0,7	3,3	4,4
März	322,7	180,6	- 21,1	142,1	127,8	- 4,9	101,6	106,5	- 32,2	1,3	- 1,0	- 42,9	10,5
April	293,3	101,3	54,4	192,0	180,9	- 100,0	14,6	114,6	- 34,2	- 9,4	- 1,1	4,1	- 19,7
Mai	293,8	121,4	32,2	172,4	177,1	8,8	- 42,3	- 51,2	21,3	5,5	- 0,8	0,8	17,4
Juni	137,5	- 14,7	16,3	152,2	160,5	68,1	- 146,0	- 214,1	- 0,7	- 6,2	- 1,2	8,4	15,1
Juli	155,6	72,5	25,4	83,1	82,5	- 35,2	89,5	124,7	0,3	1,5	- 0,1	7,1	6,1
Aug.	84,4	25,7	17,3	58,7	66,7	1,4	- 18,2	- 19,6	13,2	9,6	- 0,4	- 11,5	15,5
Sept.	83,8	- 3,1	- 3,2	86,9	86,1	47,0	- 25,7	- 72,6	10,6	- 11,0	- 0,2	19,4	2,5
Okt.	69,7	30,4	- 5,3	39,3	33,3	- 22,8	91,2	114,1	- 17,0	- 4,3	- 0,4	- 29,4	17,2
Nov.	117,6	73,0	29,3	44,6	45,3	- 31,6	90,9	122,5	4,7	13,2	- 0,5	- 10,7	2,7
Dez.	- 3,7	- 1,2	29,9	- 2,6	6,2	- 47,8	- 195,1	- 147,3	10,3	- 5,5	- 0,5	- 13,1	29,5
2021 Jan.	133,9	30,8	4,9	103,2	94,1	20,9	159,5	138,7	- 37,5	- 9,2	0,1	- 17,3	- 11,1
Febr.	99,9	33,9	9,1	66,0	72,7	- 14,6	28,8	43,3	- 1,4	- 5,7	- 0,5	- 2,5	7,3
März	175,9	100,6	8,5	75,3	74,0	- 6,5	- 7,0	- 0,5	12,0	- 9,0	- 0,3	1,1	20,3
April	55,9	13,3	8,6	42,6	29,0	- 10,9	104,9	115,8	- 36,6	- 23,9	- 0,1	- 7,2	- 5,4
Mai	124,8	48,3	15,2	76,5	77,4	3,7	25,2	21,5	- 23,4	- 1,2	- 0,2	- 15,0	- 6,9
Juni	94,4	37,4	0,9	57,1	58,0	8,6	- 75,2	- 83,8	26,6	- 6,1	- 0,4	- 4,4	37,6
Juli	112,6	55,2	6,8	57,4	51,3	35,1	75,9	40,8	3,6	- 4,8	- 0,6	9,2	0,1
Aug.	26,6	- 25,3	- 8,7	52,0	61,2	- 5,6	139,9	145,5	- 7,1	- 7,4	- 0,4	- 7,0	7,7

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet				II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet					
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forde-rungen an das Nicht-Euro-Währungs-gebiet	Verbind-lichkeiten gegen-über dem Nicht-Euro-Währungs-gebiet	insgesamt	Einlagen mit verein-barer Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit verein-barer Kündi-gungsfrist von mehr als 3 Mo-naten	Schuldver-schreibun-gen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rück-lagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wert-papiere	zusammen	darunter: Wert-papiere								
2020 Jan.	16,3	9,5	1,9	6,8	2,6	74,7	37,7	- 37,0	- 9,0	- 2,6	- 1,5	3,8	- 8,6
Febr.	24,5	25,4	4,3	0,9	1,2	- 4,3	14,1	18,4	- 4,6	- 1,2	- 0,6	4,8	- 7,6
März	47,3	31,4	- 6,1	15,9	14,3	- 34,3	18,5	52,8	- 8,3	- 3,7	- 0,7	8,2	4,3
April	33,0	16,0	1,3	16,9	14,8	- 28,8	8,9	37,6	- 23,8	- 5,1	- 0,8	2,1	- 15,8
Mai	58,3	27,1	10,0	31,2	32,7	11,7	- 22,1	- 33,8	2,3	- 1,5	- 0,4	- 1,2	5,4
Juni	26,4	2,6	3,5	23,7	25,9	- 45,6	- 20,9	24,7	- 7,9	- 7,1	- 1,0	- 7,9	8,1
Juli	25,9	13,8	0,3	12,2	10,3	9,4	- 9,7	- 19,1	- 3,0	- 6,9	- 0,6	1,2	3,3
Aug.	9,3	7,5	1,9	1,8	7,9	5,6	- 8,1	- 13,7	- 5,2	- 2,2	- 0,4	4,4	1,8
Sept.	22,6	4,6	1,3	18,1	15,8	- 34,8	22,9	57,8	10,4	- 3,4	- 0,4	5,1	9,1
Okt.	48,7	22,1	6,6	26,7	23,9	- 30,1	- 16,6	- 46,8	- 2,0	- 0,5	- 0,4	- 4,5	3,4
Nov.	44,0	19,6	4,5	24,5	26,0	- 15,1	7,4	22,5	0,6	- 1,5	- 0,4	0,2	2,3
Dez.	- 0,9	7,5	3,6	- 8,4	- 4,6	- 107,2	- 35,1	72,1	- 7,5	- 1,3	- 0,3	- 7,1	1,2
2021 Jan.	30,1	12,1	3,1	18,1	18,1	41,7	79,7	38,0	- 11,4	- 2,9	- 0,6	- 1,6	- 6,4
Febr.	29,8	18,8	4,6	11,1	13,4	26,3	7,0	- 19,3	0,8	- 1,8	- 0,3	4,3	- 1,4
März	54,1	35,8	1,8	18,3	19,5	- 61,9	1,9	63,9	3,5	- 3,5	- 0,3	7,1	0,2
April	11,4	0,5	2,4	10,8	7,0	67,3	25,3	- 42,0	9,3	- 2,4	- 0,3	6,4	5,6
Mai	33,4	16,8	3,2	16,6	18,9	- 35,0	- 10,9	24,1	- 10,3	- 2,8	- 0,1	- 7,3	0,0
Juni	30,0	8,7	2,4	21,4	22,3	- 36,1	- 5,3	30,8	3,2	- 3,4	- 0,2	- 7,3	14,1
Juli	42,9	22,4	2,2	20,4	18,4	42,8	- 14,6	- 57,4	5,1	- 1,8	- 0,3	4,3	2,8
Aug.	28,0	16,1	1,0	11,9	15,7	- 18,0	18,2	36,2	2,1	- 0,4	- 0,2	0,9	1,9

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die "Hinweise zu den Zahlenwerten" in den methodischen Erläuterungen zur Statistischen Fachreihe Bankenstatistik. 1 Quelle: EZB. 2 Abzüglich Bestand der MFIs. 3 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. 4 Einschl.

Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. 5 Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). 6 In Deutschland nur Spareinlagen. 7 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. 8 Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere. 9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

a) Euroraum

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit	
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)	Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)		Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)
				Geldmenge M1			täglich fällige Einlagen 5)	Bargeld-umlauf	zusammen						
				insgesamt	zusammen	zusammen									
84,6	41,8	0,0	5,3	- 44,2	- 52,0	- 7,3	- 44,7	0,2	7,6	- 7,1	34,8	14,0			
43,7	- 34,1	0,0	95,8	82,6	84,1	5,2	79,0	- 1,2	0,3	19,7	- 4,7	4,9			
4,7	- 4,6	0,0	349,7	321,2	300,5	23,8	276,8	16,2	4,5	30,0	- 18,4	22,8			
72,1	- 17,1	0,0	172,5	174,9	175,2	20,4	154,8	- 15,0	14,7	- 4,6	23,1	- 16,9			
100,9	- 37,1	0,0	217,5	226,3	189,5	20,1	169,5	16,8	19,9	9,6	- 0,4	- 9,1			
123,4	1,0	0,0	81,9	79,0	88,5	13,1	75,4	- 20,5	10,9	- 42,7	14,4	- 6,1			
- 4,8	- 59,3	0,0	184,1	149,5	123,6	14,3	109,3	20,1	5,8	18,1	29,9	- 10,2			
40,7	13,9	0,0	18,1	35,3	44,8	5,9	38,9	- 18,6	9,1	- 4,8	- 0,1	- 4,3			
20,2	11,5	0,0	88,5	82,3	63,7	3,5	60,1	16,7	1,9	- 29,5	8,2	- 3,0			
- 17,2	- 31,2	0,0	112,1	85,9	101,4	7,8	93,7	- 17,9	2,5	5,3	14,3	15,5			
- 98,4	51,3	0,0	128,4	125,2	151,7	11,8	139,9	- 34,5	8,1	- 0,7	0,7	2,5			
- 128,4	- 69,8	0,0	136,4	128,3	117,1	20,8	96,2	10,6	0,6	- 24,7	20,1	- 5,4			
78,3	60,8	0,0	53,2	32,3	44,5	2,6	41,9	- 30,6	18,4	30,0	3,5	4,7			
30,4	3,3	0,0	53,0	65,4	71,8	7,3	64,5	- 18,0	11,6	2,8	- 30,4	13,2			
19,6	55,0	0,0	82,8	101,6	82,6	10,5	72,2	7,3	11,7	- 18,6	- 4,8	- 13,6			
- 32,3	19,3	0,0	94,5	68,9	88,7	8,5	80,2	- 27,9	8,1	15,3	9,1	6,8			
- 8,5	49,3	0,0	111,0	115,8	116,9	13,2	103,7	- 11,7	10,7	- 4,1	- 8,9	8,8			
16,8	- 13,9	0,0	73,5	88,1	119,7	10,5	109,3	- 33,9	2,3	- 10,8	- 9,1	- 4,4			
0,4	- 5,0	0,0	148,7	113,5	103,1	14,7	88,4	10,7	- 0,3	17,4	21,9	5,6			
26,5	- 29,3	0,0	30,9	36,5	35,5	1,7	33,9	- 2,6	3,6	- 12,3	4,7	- 6,0			

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)									Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	Komponenten der Geldmenge						Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)			
				täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)					
									insgesamt		insgesamt	insgesamt	
- 5,6	108,0	2,1	- 0,6	- 2,5	- 7,8	5,9	- 3,0	- 1,0	- 0,1	3,4			
24,4	- 14,0	4,9	0,1	14,5	17,7	1,2	- 1,7	- 0,6	0,1	2,2			
7,5	- 71,9	12,2	0,9	85,7	93,3	- 0,4	- 3,4	- 0,3	0,4	3,8			
17,9	8,6	3,2	4,3	1,5	9,9	- 8,1	0,1	1,7	- 0,1	1,9			
28,6	- 9,3	0,3	5,3	48,4	43,4	6,2	0,3	- 1,0	- 0,1	0,4			
57,8	- 69,3	- 0,4	4,7	0,1	9,9	- 7,7	- 0,1	- 1,6	- 0,2	0,3			
14,2	- 11,1	2,4	3,9	35,2	27,4	8,6	- 1,1	1,3	- 0,2	0,8			
21,0	- 14,2	3,8	0,9	13,3	18,6	- 4,9	0,2	- 0,4	0,3	0,3			
15,3	- 58,3	2,7	0,6	20,4	26,2	- 5,2	- 0,1	- 0,4	0,2	0,2			
- 20,0	70,5	2,4	1,7	30,3	30,6	- 0,1	- 0,0	0,2	0,6	1,0			
- 12,7	3,6	1,3	3,0	37,4	49,3	- 14,3	0,3	3,3	- 0,3	0,9			
- 22,9	- 73,4	2,4	5,6	- 4,3	- 5,8	- 1,7	1,3	3,1	0,1	1,3			
- 40,3	95,7	1,1	0,9	27,8	45,9	- 14,8	1,6	- 3,8	- 0,0	1,1			
15,4	29,1	2,3	1,5	10,8	20,3	- 8,5	1,2	- 2,4	- 0,0	0,3			
- 2,3	- 38,0	2,5	2,7	29,1	24,3	- 0,6	0,1	5,0	0,5	0,1			
- 7,4	71,2	0,7	2,6	5,5	13,9	- 5,2	0,7	- 3,4	- 0,1	0,4			
18,8	- 44,9	3,0	2,9	34,8	27,8	2,8	0,6	1,7	- 0,1	2,0			
6,0	- 14,0	3,1	2,3	- 1,2	7,1	- 8,0	- 0,4	- 0,2	0,1	0,3			
- 12,0	75,2	4,2	3,7	17,4	21,2	- 4,1	- 0,3	0,6	- 0,1	0,1			
0,7	- 13,7	2,9	0,2	20,9	20,4	- 1,6	- 0,3	0,2	- 0,0	2,3			

DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten

Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Monatsende	Aktiva											
	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	sonstige Aktivpositionen
	Aktiva / Passiva insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen					öffentliche Haushalte					
insgesamt		zusammen	Buchkredite	Schuldverschreibungen 2)	Aktien und sonstige Dividendenwerte	zusammen	Buchkredite	Schuldverschreibungen 3)				
Euroraum (Mrd €) 1)												
2019 Juli	28 772,9	18 602,4	13 939,8	11 584,3	1 550,8	804,7	4 662,6	1 002,8	3 659,8	6 208,8	3 961,7	
Aug.	29 374,0	18 658,9	13 961,4	11 612,7	1 549,4	799,3	4 697,5	1 003,1	3 694,4	6 311,5	4 403,6	
Sept.	29 193,7	18 651,6	13 971,2	11 595,9	1 566,6	808,7	4 680,4	996,7	3 683,7	6 300,3	4 241,8	
Okt.	28 965,9	18 689,2	14 042,6	11 660,4	1 550,6	831,6	4 646,7	1 002,4	3 644,3	6 259,5	4 017,2	
Nov.	29 017,5	18 729,4	14 099,5	11 684,5	1 569,3	845,7	4 629,9	998,5	3 631,4	6 270,8	4 017,3	
Dez.	28 326,0	18 591,5	14 008,6	11 617,0	1 543,9	847,8	4 582,9	981,0	3 601,9	5 930,7	3 803,7	
2020 Jan.	29 019,0	18 722,5	14 062,6	11 668,8	1 542,8	851,0	4 659,9	1 003,4	3 656,5	6 302,2	3 994,3	
Febr.	29 486,8	18 766,9	14 101,4	11 697,3	1 562,7	841,4	4 665,5	992,3	3 673,3	6 414,9	4 305,1	
März	30 021,0	19 013,2	14 239,0	11 884,9	1 556,9	797,2	4 774,1	1 006,7	3 767,4	6 486,8	4 521,1	
April	30 449,7	19 308,0	14 348,5	11 933,4	1 612,6	802,5	4 959,5	1 018,1	3 941,4	6 585,0	4 556,7	
Mai	30 500,6	19 609,7	14 468,3	12 020,6	1 644,9	802,8	5 141,4	1 013,8	4 127,7	6 465,5	4 425,4	
Juni	30 406,6	19 761,1	14 451,1	11 982,0	1 653,0	816,1	5 310,0	1 005,3	4 304,7	6 298,0	4 347,5	
Juli	30 599,0	19 912,0	14 334,0	12 013,7	1 505,9	814,4	5 578,0	1 006,0	4 572,1	6 291,5	4 395,5	
Aug.	30 435,3	19 984,9	14 355,0	12 019,1	1 524,9	811,0	5 629,9	997,8	4 632,1	6 242,1	4 208,3	
Sept.	30 523,7	20 084,3	14 349,1	12 019,2	1 520,0	809,9	5 735,2	998,7	4 736,5	6 239,3	4 200,1	
Okt.	30 691,3	20 161,6	14 375,7	12 054,8	1 519,6	801,3	5 785,9	1 004,2	4 781,7	6 342,4	4 187,3	
Nov.	30 752,9	20 291,3	14 456,9	12 090,4	1 541,5	825,0	5 834,4	1 003,4	4 831,0	6 334,9	4 126,7	
Dez.	30 441,6	20 265,3	14 437,5	12 042,9	1 531,4	863,2	5 827,8	990,2	4 837,6	6 112,1	4 064,1	
2021 Jan.	30 644,4	20 387,7	14 466,0	12 067,8	1 535,6	862,6	5 921,6	999,4	4 922,2	6 300,2	3 956,5	
Febr.	30 546,9	20 463,5	14 500,4	12 090,1	1 541,1	869,2	5 963,1	992,4	4 970,7	6 301,0	3 782,4	
März	30 827,3	20 653,5	14 576,6	12 185,2	1 512,4	879,0	6 076,9	993,3	5 083,6	6 360,7	3 813,1	
April	30 753,7	20 667,0	14 566,4	12 169,2	1 509,5	887,7	6 100,6	1 007,2	5 093,4	6 396,7	3 690,0	
Mai	30 891,8	20 787,9	14 612,5	12 198,6	1 521,4	892,6	6 175,4	1 006,2	5 169,2	6 435,2	3 668,6	
Juni	30 991,5	20 890,3	14 652,7	12 234,6	1 529,9	888,2	6 237,6	1 005,2	5 232,4	6 400,4	3 700,8	
Juli	31 310,6	21 028,7	14 708,0	12 277,5	1 543,7	886,8	6 320,7	1 011,3	5 309,4	6 502,2	3 779,8	
Aug.	31 430,8	21 047,4	14 683,8	12 260,3	1 534,3	889,2	6 363,6	1 002,3	5 361,4	6 650,8	3 732,5	
Deutscher Beitrag (Mrd €)												
2019 Juli	6 698,2	4 445,3	3 481,1	3 024,8	194,0	262,3	964,2	293,7	670,5	1 312,3	940,7	
Aug.	6 973,5	4 478,6	3 501,8	3 044,3	196,5	261,0	976,8	293,5	683,3	1 330,9	1 163,9	
Sept.	6 872,6	4 462,9	3 497,0	3 040,4	196,0	260,5	965,9	288,3	677,6	1 311,9	1 097,8	
Okt.	6 769,9	4 466,0	3 506,4	3 049,0	195,9	261,4	959,5	291,6	667,9	1 303,7	1 000,3	
Nov.	6 785,4	4 490,1	3 527,4	3 064,8	199,7	262,9	962,6	292,6	670,0	1 289,6	1 005,8	
Dez.	6 716,1	4 480,4	3 527,3	3 064,0	197,9	265,4	953,1	288,5	664,6	1 236,4	999,3	
2020 Jan.	6 847,7	4 503,3	3 537,5	3 071,5	198,2	267,8	965,8	292,8	673,0	1 290,1	1 054,4	
Febr.	7 028,5	4 531,0	3 562,2	3 092,6	203,2	266,4	968,8	290,8	678,0	1 306,1	1 191,4	
März	7 148,1	4 567,1	3 589,0	3 128,9	202,1	258,0	978,1	292,4	685,7	1 321,3	1 259,6	
April	7 258,0	4 605,2	3 606,5	3 143,8	206,5	256,1	998,7	294,8	703,9	1 346,6	1 306,2	
Mai	7 230,4	4 666,4	3 640,1	3 167,2	215,9	257,1	1 026,2	293,8	732,5	1 326,0	1 238,1	
Juni	7 225,3	4 692,6	3 641,6	3 164,7	220,4	256,6	1 051,0	291,5	759,6	1 304,2	1 228,5	
Juli	7 267,6	4 718,8	3 634,9	3 175,5	202,7	256,7	1 083,9	293,4	790,5	1 282,9	1 265,8	
Aug.	7 167,3	4 723,0	3 642,2	3 180,7	202,9	258,6	1 080,8	287,4	793,3	1 268,8	1 175,5	
Sept.	7 236,4	4 749,2	3 647,1	3 184,0	204,9	258,1	1 102,1	289,7	812,4	1 293,8	1 193,4	
Okt.	7 257,1	4 801,4	3 670,3	3 200,4	210,7	259,3	1 131,1	292,0	839,1	1 278,8	1 176,8	
Nov.	7 240,5	4 841,7	3 688,6	3 213,7	214,3	260,6	1 153,1	290,2	862,9	1 261,9	1 136,9	
Dez.	7 172,5	4 839,4	3 695,5	3 216,4	214,7	264,5	1 143,9	286,4	857,4	1 224,1	1 109,1	
2021 Jan.	7 220,7	4 865,5	3 705,9	3 224,4	216,4	265,1	1 159,6	286,5	873,1	1 307,6	1 047,6	
Febr.	7 182,0	4 885,0	3 724,3	3 238,8	217,4	268,1	1 160,7	283,8	877,0	1 305,0	991,9	
März	7 233,5	4 939,8	3 761,1	3 273,4	217,3	270,4	1 178,7	282,6	896,1	1 315,4	978,3	
April	7 228,4	4 946,1	3 760,5	3 270,3	217,6	272,6	1 185,6	285,7	899,9	1 333,6	948,6	
Mai	7 228,0	4 977,5	3 777,2	3 283,3	219,5	274,4	1 200,3	283,4	916,9	1 329,8	920,7	
Juni	7 277,1	5 009,8	3 786,4	3 290,4	220,8	275,2	1 223,4	282,3	941,1	1 325,1	942,1	
Juli	7 362,7	5 062,4	3 808,5	3 310,2	221,9	276,4	1 253,9	284,4	969,5	1 317,4	982,9	
Aug.	7 394,7	5 086,8	3 824,0	3 325,1	221,4	277,6	1 262,8	280,8	982,0	1 336,0	972,0	

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosystem).
1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unternehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel

und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*) ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der Bundesbank entsprechend dem vom

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

Passiva											Stand am Monatsende
Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet											
Bargeld- umlauf 4)	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen								
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
Euroraum (Mrd €) 1)											
1 200,7	13 178,8	12 300,1	12 350,5	7 146,8	767,8	198,9	1 873,6	2 309,7	53,7	2019 Juli	
1 202,0	13 283,3	12 388,8	12 438,4	7 226,4	782,5	201,0	1 860,5	2 314,5	53,4	Aug.	
1 205,4	13 298,4	12 383,2	12 446,2	7 221,7	769,3	200,8	1 886,9	2 314,4	53,0	Sept.	
1 208,2	13 292,6	12 422,6	12 487,1	7 283,5	758,7	201,3	1 883,2	2 311,1	49,4	Okt.	
1 215,1	13 389,0	12 520,8	12 572,5	7 386,6	740,9	200,6	1 885,5	2 310,4	48,6	Nov.	
1 231,5	13 311,4	12 508,3	12 583,4	7 391,7	738,4	200,1	1 892,8	2 314,1	46,2	Dez.	
1 224,1	13 359,6	12 460,6	12 555,5	7 362,8	734,5	200,1	1 891,0	2 322,3	44,7	2020 Jan.	
1 229,3	13 477,0	12 528,5	12 615,6	7 430,6	731,6	198,6	1 888,7	2 322,0	44,1	Febr.	
1 253,1	13 775,3	12 782,4	12 903,7	7 698,1	759,4	192,1	1 883,4	2 327,6	43,1	März	
1 273,5	13 996,0	12 953,0	13 065,1	7 852,4	762,3	188,2	1 876,7	2 343,4	42,1	April	
1 293,5	14 302,8	13 164,0	13 264,9	8 009,7	779,7	188,4	1 881,9	2 363,7	41,4	Mai	
1 306,6	14 478,4	13 208,9	13 310,8	8 066,5	763,6	186,8	1 877,8	2 375,5	40,6	Juni	
1 320,9	14 593,1	13 276,6	13 363,7	8 090,1	783,2	186,3	1 882,5	2 381,1	40,4	Juli	
1 326,8	14 668,3	13 304,3	13 391,2	8 117,1	767,8	184,4	1 892,0	2 390,0	40,0	Aug.	
1 330,3	14 758,7	13 361,0	13 467,6	8 175,8	781,0	195,4	1 883,6	2 392,0	39,8	Sept.	
1 338,1	14 815,0	13 431,7	13 545,6	8 266,7	782,6	181,9	1 880,4	2 394,6	39,4	Okt.	
1 349,9	14 813,3	13 527,2	13 621,6	8 358,3	756,5	179,6	1 885,7	2 402,5	39,0	Nov.	
1 370,7	14 772,9	13 620,6	13 728,8	8 459,6	772,0	176,9	1 877,6	2 404,2	38,5	Dez.	
1 373,3	14 873,9	13 631,3	13 752,9	8 505,4	743,9	173,8	1 870,6	2 421,0	38,1	2021 Jan.	
1 380,6	14 957,9	13 678,6	13 807,9	8 569,5	733,7	169,3	1 865,1	2 432,5	37,7	Febr.	
1 391,1	15 076,4	13 757,0	13 913,8	8 654,9	753,5	164,3	1 858,8	2 444,8	37,4	März	
1 399,6	15 060,8	13 775,2	13 935,9	8 726,8	731,8	159,5	1 827,5	2 453,0	37,3	April	
1 412,8	15 147,4	13 870,8	14 018,1	8 811,1	724,4	155,6	1 826,2	2 463,6	37,1	Mai	
1 423,2	15 241,8	13 943,4	14 091,4	8 917,7	698,2	150,5	1 822,0	2 466,2	36,8	Juni	
1 437,6	15 335,3	14 017,1	14 185,6	9 006,5	706,0	153,7	1 816,9	2 466,2	36,3	Juli	
1 439,3	15 386,8	14 039,7	14 197,3	9 030,7	707,2	151,4	1 809,7	2 462,4	35,9	Aug.	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
277,3	3 812,4	3 701,4	3 532,6	2 191,7	147,0	31,6	581,4	542,7	38,1	2019 Juli	
276,6	3 849,7	3 730,3	3 550,9	2 213,2	149,7	31,7	576,9	541,5	37,8	Aug.	
277,4	3 853,5	3 722,1	3 546,0	2 213,9	146,4	31,5	576,1	540,8	37,2	Sept.	
277,6	3 848,5	3 734,8	3 571,5	2 240,3	148,6	31,2	575,2	539,9	36,4	Okt.	
278,4	3 874,7	3 753,7	3 580,0	2 257,7	143,0	30,8	573,7	539,2	35,6	Nov.	
281,8	3 863,9	3 744,4	3 574,3	2 250,5	144,8	31,0	573,5	540,0	34,5	Dez.	
281,2	3 850,4	3 733,8	3 572,3	2 255,2	145,3	31,0	570,6	537,2	33,0	2020 Jan.	
281,3	3 890,4	3 750,4	3 576,3	2 265,3	142,0	31,3	569,8	535,4	32,5	Febr.	
282,2	3 982,8	3 830,4	3 655,2	2 346,4	147,3	30,5	567,2	532,0	31,8	März	
286,5	3 997,3	3 828,9	3 665,7	2 359,6	149,2	30,0	563,6	532,2	31,1	April	
291,8	4 080,7	3 885,8	3 710,9	2 396,9	158,3	29,0	563,6	532,5	30,7	Mai	
296,5	4 132,2	3 873,6	3 711,6	2 408,7	152,1	29,6	559,0	532,6	29,7	Juni	
300,4	4 170,7	3 880,3	3 716,8	2 409,9	163,5	30,0	552,8	531,5	29,2	Juli	
301,3	4 202,4	3 889,9	3 720,2	2 419,2	159,3	30,1	551,3	531,6	28,8	Aug.	
301,9	4 235,6	3 905,7	3 745,0	2 445,3	160,3	30,3	549,2	531,5	28,4	Sept.	
303,6	4 245,3	3 935,3	3 781,4	2 476,4	165,4	30,5	549,7	531,5	28,0	Okt.	
306,6	4 260,2	3 961,8	3 804,4	2 507,7	157,7	30,6	549,0	531,8	27,6	Nov.	
312,2	4 228,5	3 954,1	3 801,5	2 500,9	160,3	31,0	548,8	533,1	27,3	Dez.	
313,1	4 218,7	3 980,7	3 829,7	2 541,7	147,0	31,0	548,5	534,8	26,8	2021 Jan.	
314,6	4 245,1	3 990,0	3 837,4	2 555,8	141,0	31,1	547,0	536,0	26,4	Febr.	
317,3	4 264,3	4 011,8	3 863,4	2 579,8	145,1	31,7	544,6	536,1	26,1	März	
319,9	4 262,2	4 013,0	3 874,5	2 594,4	143,0	31,9	542,5	536,8	25,8	April	
322,8	4 308,8	4 040,3	3 895,1	2 613,5	146,0	32,2	540,4	537,4	25,7	Mai	
325,1	4 311,0	4 035,3	3 890,5	2 619,4	139,3	31,9	537,5	537,0	25,5	Juni	
328,8	4 313,9	4 047,3	3 911,3	2 645,8	136,0	31,4	536,0	536,7	25,2	Juli	
329,0	4 333,0	4 065,2	3 923,1	2 659,1	135,6	31,3	535,7	536,4	25,0	Aug.	

Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der Position "Intra-Eurosystem-Verbind-

lichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten" ermitteln (siehe "sonstige Passivpositionen"). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

noch: Passiva													
noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet													
öffentliche Haushalte													
Stand am Monatsende	sonstige öffentliche Haushalte								Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Begebene Schuld-		
	Zentralstaaten	zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)		insgesamt	darunter: mit Unternehmen und Privatpersonen	Geldmarktfondsanteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro
				bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten					
Euroraum (Mrd €) 1)													
2019 Juli	391,2	437,1	221,5	93,8	34,1	58,2	25,2	4,4	284,1	283,8	533,0	2 189,1	1 492,7
Aug.	397,4	447,4	228,3	97,2	34,1	58,3	25,3	4,3	289,0	288,5	550,9	2 173,6	1 484,1
Sept.	402,9	449,3	231,4	98,0	31,7	58,9	25,0	4,2	257,0	256,5	537,1	2 181,1	1 484,7
Okt.	365,0	440,5	224,5	95,5	32,3	59,1	25,2	3,9	298,8	298,3	538,6	2 174,6	1 488,4
Nov.	363,9	452,6	235,7	95,5	33,8	59,1	24,8	3,8	284,3	283,7	541,6	2 187,8	1 493,0
Dez.	297,5	430,4	224,7	85,9	33,7	59,1	23,6	3,6	250,3	249,8	520,3	2 153,8	1 486,7
2020 Jan.	381,8	422,3	209,6	92,7	33,2	59,5	23,2	4,1	243,4	242,9	555,1	2 187,7	1 500,2
Febr.	425,5	436,0	219,8	96,8	32,8	59,2	23,3	4,0	263,2	262,7	550,5	2 191,4	1 497,8
März	430,2	441,4	232,8	93,3	31,0	58,2	22,3	3,9	293,2	292,6	529,8	2 175,2	1 484,3
April	502,3	428,6	233,9	84,0	29,4	56,4	21,1	3,8	289,0	288,6	552,9	2 159,1	1 472,6
Mai	603,1	434,8	245,9	81,7	28,4	54,7	20,3	3,8	297,8	297,5	552,4	2 134,1	1 470,7
Juni	726,5	441,1	259,5	82,4	24,6	51,8	19,3	3,4	254,8	254,6	566,9	2 105,1	1 453,7
Juli	787,8	441,5	264,3	80,1	23,2	51,0	19,4	3,5	271,8	271,6	596,8	2 055,4	1 434,5
Aug.	828,6	448,5	273,6	79,5	22,1	50,3	19,6	3,5	266,9	266,7	597,4	2 036,8	1 425,3
Sept.	849,0	442,1	274,8	74,4	20,8	49,1	19,5	3,4	237,7	237,5	605,6	2 060,3	1 431,0
Okt.	831,8	437,6	277,4	69,5	20,8	47,0	19,5	3,4	243,1	242,9	619,8	2 047,2	1 418,6
Nov.	733,3	458,4	307,1	64,6	17,8	46,1	19,4	3,3	246,4	246,4	620,5	2 028,4	1 406,4
Dez.	604,8	439,3	294,7	60,3	17,2	44,8	19,0	3,3	221,4	221,3	636,2	1 998,0	1 386,3
2021 Jan.	683,2	437,8	294,4	58,9	17,4	44,1	19,2	3,8	251,7	251,6	639,7	1 991,2	1 369,7
Febr.	713,6	436,4	296,4	54,3	19,0	43,9	19,2	3,7	254,6	254,5	609,2	2 004,6	1 369,6
März	733,1	429,6	295,4	52,1	16,4	43,2	18,9	3,7	236,5	236,5	604,4	2 005,4	1 357,3
April	700,9	424,0	293,9	48,5	16,2	42,9	18,9	3,6	251,1	251,0	613,4	1 991,8	1 350,5
Mai	692,4	436,9	308,3	47,7	15,9	42,4	19,1	3,5	246,7	246,7	604,0	1 981,7	1 339,4
Juni	709,3	441,2	314,0	46,6	16,3	42,0	18,8	3,5	236,5	236,5	594,9	1 985,1	1 332,4
Juli	709,6	440,1	313,9	45,6	16,6	42,0	18,6	3,5	253,9	253,8	616,9	1 998,3	1 333,8
Aug.	736,0	453,5	329,0	43,9	17,0	42,1	18,0	3,4	241,6	241,5	621,6	1 987,7	1 334,0
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
2019 Juli	36,9	242,9	79,6	80,7	28,2	50,8	3,1	0,5	13,9	13,9	2,0	559,4	296,9
Aug.	47,6	251,2	84,7	83,8	28,1	50,9	3,2	0,5	16,9	16,7	2,0	557,3	295,0
Sept.	57,3	250,3	84,6	85,0	25,8	51,1	3,1	0,5	1,5	1,3	2,2	563,5	297,7
Okt.	37,4	239,6	76,3	82,4	26,1	51,3	3,1	0,5	1,2	1,0	2,1	555,2	299,2
Nov.	45,4	249,3	83,4	83,9	27,4	51,1	3,1	0,5	1,7	1,5	1,9	560,4	302,2
Dez.	43,4	246,2	89,5	75,4	27,0	51,0	2,9	0,4	3,5	3,4	1,8	551,4	301,6
2020 Jan.	37,8	240,2	77,8	81,4	26,6	51,3	2,7	0,4	2,5	2,4	1,8	560,9	306,5
Febr.	62,2	251,9	85,5	86,0	26,3	50,9	2,8	0,4	2,0	1,8	1,8	563,9	310,3
März	69,7	257,9	97,6	82,5	24,7	49,8	2,8	0,4	1,7	1,6	2,2	553,0	310,7
April	87,5	244,0	94,7	74,4	23,7	48,3	2,7	0,4	3,4	3,3	2,1	550,6	306,2
Mai	116,2	253,6	108,0	72,9	22,9	46,7	2,8	0,3	2,4	2,3	1,9	543,1	305,4
Juni	174,0	246,5	106,1	74,1	19,5	44,0	2,5	0,3	0,9	0,7	1,8	532,8	297,2
Juli	208,5	245,3	109,6	71,4	18,3	43,2	2,5	0,3	2,1	2,0	1,6	523,3	293,3
Aug.	229,5	252,8	118,7	71,3	17,4	42,4	2,6	0,3	1,7	1,5	1,9	517,9	291,1
Sept.	244,7	245,8	119,4	66,0	16,5	41,1	2,5	0,3	1,3	1,1	2,0	525,3	296,1
Okt.	224,8	239,1	119,1	61,7	16,6	39,0	2,5	0,3	1,4	1,3	2,7	519,9	296,2
Nov.	212,1	243,7	131,6	57,3	14,0	38,0	2,5	0,2	9,1	9,1	2,4	515,5	296,1
Dez.	189,2	237,8	131,9	52,8	13,5	36,8	2,5	0,2	12,2	12,2	2,5	503,3	290,1
2021 Jan.	148,9	240,1	136,5	51,6	13,5	35,8	2,4	0,2	8,4	8,4	2,4	503,3	284,6
Febr.	164,3	243,4	142,8	47,3	15,2	35,5	2,5	0,2	6,0	6,0	2,4	510,0	288,4
März	161,9	239,0	144,4	44,9	12,7	34,4	2,4	0,2	11,0	11,0	2,9	523,3	289,8
April	154,6	233,1	142,4	41,5	12,5	34,1	2,4	0,2	7,6	7,6	2,8	524,3	296,2
Mai	173,3	240,3	150,8	41,0	12,5	33,4	2,4	0,2	9,2	9,2	2,2	518,0	293,2
Juni	179,3	241,2	152,9	39,9	13,0	32,8	2,4	0,2	9,0	9,0	2,3	515,5	294,6
Juli	167,3	235,3	148,0	38,9	13,3	32,5	2,4	0,2	9,6	9,6	2,2	518,3	295,1
Aug.	168,0	241,9	155,7	37,3	13,9	32,5	2,4	0,2	9,8	9,7	2,2	522,3	303,1

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosystem). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

ligungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

verschreibungen (netto) ³⁾									Nachrichtlich						Stand am Monatsende							
									mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet ⁵⁾	Kapital und Rücklagen ⁶⁾	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten		sonstige Passivpositionen		Geldmengenaggregate ⁷⁾ (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)			Geldkapitalbildung ¹³⁾	Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) ¹⁴⁾
																insgesamt ⁸⁾	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten ⁹⁾	M1 ¹⁰⁾	M2 ¹¹⁾	M3 ¹²⁾		
bis zu 1 Jahr ⁴⁾	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren																				
Euroraum (Mrd €) ¹⁾																						
16,1	21,3	2 151,6	4 796,8	2 878,9	26,3	3 685,3	0,0	8 697,8	12 150,2	12 798,2	7 020,3	151,7	2019 Juli									
2,7	20,7	2 150,1	4 854,7	2 940,4	2,9	4 083,0	0,0	8 786,7	12 264,2	12 915,0	7 066,9	152,7	Aug.									
3,2	19,0	2 158,9	4 803,5	2 942,7	25,4	3 943,1	0,0	8 788,8	12 251,2	12 883,3	7 104,7	153,4	Sept.									
7,5	19,8	2 147,2	4 768,1	2 935,0	34,1	3 716,0	0,0	8 846,0	12 293,2	12 936,5	7 077,7	152,9	Okt.									
6,8	19,5	2 161,5	4 770,3	2 922,7	31,1	3 675,5	0,0	8 971,7	12 401,3	13 041,7	7 081,1	157,9	Nov.									
-11,3	19,2	2 145,9	4 452,2	2 912,4	25,0	3 469,1	0,0	8 975,3	12 395,7	12 995,3	7 060,0	152,0	Dez.									
-0,4	21,9	2 166,2	4 759,3	2 949,8	24,3	3 715,6	0,0	8 927,4	12 357,5	13 006,4	7 115,3	154,9	2020 Jan.									
3,6	23,4	2 164,4	4 817,2	2 966,7	26,4	3 965,0	0,0	9 012,7	12 441,8	13 104,6	7 127,1	156,9	Febr.									
29,9	21,7	2 123,7	4 907,3	2 930,7	11,6	4 144,8	0,0	9 312,6	12 762,0	13 453,0	7 043,0	152,5	März									
12,8	21,5	2 124,8	5 048,8	2 947,0	25,4	4 209,0	0,0	9 490,6	12 941,2	13 629,7	7 050,8	153,0	April									
3,8	22,3	2 108,0	4 946,7	2 952,7	33,1	4 053,6	0,0	9 682,0	13 166,2	13 846,0	7 042,6	154,7	Mai									
-0,7	21,1	2 084,7	4 712,6	2 977,4	4,2	4 009,1	0,0	9 768,9	13 242,8	13 925,7	7 035,8	158,0	Juni									
-11,9	20,2	2 047,1	4 733,9	3 017,5	54,6	4 064,3	0,0	9 813,1	13 308,1	14 022,6	7 042,1	159,4	Juli									
-15,3	19,2	2 032,9	4 700,6	3 014,5	38,8	3 862,7	0,0	9 856,0	13 340,6	14 038,5	7 033,2	160,0	Aug.									
-13,9	15,5	2 058,7	4 656,3	3 011,2	15,9	3 879,4	0,0	9 923,5	13 428,0	14 133,0	7 045,9	163,9	Sept.									
-1,5	18,2	2 030,5	4 779,0	3 038,2	47,9	3 858,8	0,0	10 026,0	13 516,4	14 247,4	7 038,9	165,3	Okt.									
-0,7	19,7	2 009,5	4 857,6	2 995,8	44,2	3 885,1	0,0	10 167,5	13 629,7	14 367,4	6 979,5	174,0	Nov.									
-3,6	16,9	1 984,7	4 661,4	3 020,4	11,2	3 771,8	0,0	10 278,9	13 750,6	14 491,4	6 969,3	176,0	Dez.									
1,9	15,7	1 973,6	4 826,2	2 998,3	10,3	3 700,5	0,0	10 326,2	13 784,9	14 546,4	6 928,4	177,5	2021 Jan.									
14,0	16,3	1 974,3	4 877,4	2 952,8	10,9	3 520,6	0,0	10 398,7	13 851,2	14 599,9	6 877,5	176,8	Febr.									
-0,8	16,9	1 989,3	4 949,0	2 967,4	15,8	3 581,3	0,0	10 490,2	13 964,5	14 694,3	6 899,7	173,1	März									
6,5	16,5	1 968,8	4 994,0	2 947,8	10,6	3 484,6	0,0	10 569,7	14 021,6	14 776,4	6 827,9	173,5	April									
15,5	15,9	1 950,3	5 000,2	2 968,3	53,4	3 477,2	0,0	10 684,4	14 134,6	14 883,3	6 828,0	176,1	Mai									
11,4	16,0	1 957,7	4 968,6	2 979,7	57,5	3 504,2	0,0	10 811,2	14 231,7	14 966,9	6 841,6	180,3	Juni									
16,2	16,8	1 965,4	5 013,0	3 024,5	39,6	3 591,6	0,0	10 914,7	14 345,5	15 115,8	6 888,5	180,9	Juli									
11,3	15,9	1 960,4	5 162,6	3 023,4	27,8	3 540,0	0,0	10 959,7	14 383,7	15 148,9	6 874,9	184,7	Aug.									
Deutscher Beitrag (Mrd €)																						
19,7	7,9	531,9	925,0	735,6	- 950,3	1 600,3	411,4	2 271,3	3 104,7	3 148,2	1 938,3	0,0	2019 Juli									
20,3	7,6	529,4	944,3	757,0	- 980,7	1 826,9	417,2	2 297,9	3 135,9	3 182,8	1 952,6	0,0	Aug.									
22,3	7,4	533,8	927,2	755,6	- 992,1	1 761,2	422,1	2 298,5	3 131,2	3 164,7	1 954,3	0,0	Sept.									
20,7	6,7	527,8	867,4	750,0	- 918,5	1 664,0	426,3	2 316,5	3 147,7	3 178,4	1 941,3	0,0	Okt.									
21,4	5,8	533,1	877,7	749,1	- 951,9	1 671,9	430,8	2 341,2	3 168,5	3 199,3	1 943,1	0,0	Nov.									
21,0	6,1	524,3	863,5	750,1	- 999,8	1 681,4	435,8	2 340,1	3 161,1	3 193,6	1 933,9	0,0	Dez.									
23,9	6,7	530,2	831,0	757,2	- 900,5	1 744,6	437,9	2 333,0	3 157,1	3 192,1	1 942,8	0,0	2020 Jan.									
21,7	6,8	535,4	850,2	764,8	- 912,0	1 867,4	442,7	2 350,9	3 174,6	3 207,0	1 953,8	0,0	Febr.									
18,4	6,3	528,3	901,4	757,6	- 990,7	1 940,1	455,0	2 444,0	3 263,9	3 292,5	1 935,1	0,0	März									
15,9	6,9	527,8	942,0	759,1	- 1 003,6	2 007,1	458,2	2 454,3	3 266,4	3 294,7	1 930,3	0,0	April									
14,9	7,3	520,8	917,3	756,1	- 1 003,8	1 932,8	458,5	2 505,0	3 323,2	3 349,8	1 918,3	0,0	Mai									
14,8	7,1	510,9	939,7	769,1	- 1 074,1	1 923,1	458,1	2 514,8	3 325,2	3 349,7	1 913,0	0,0	Juni									
12,8	6,7	503,7	907,0	784,6	- 1 089,1	1 967,5	460,5	2 519,5	3 336,8	3 360,1	1 913,6	0,0	Juli									
12,0	7,2	498,7	891,2	778,4	- 1 114,7	1 888,5	464,3	2 537,9	3 350,2	3 372,9	1 899,9	0,0	Aug.									
12,4	6,7	506,2	952,4	787,3	- 1 172,8	1 905,3	467,0	2 564,6	3 371,8	3 394,2	1 912,5	0,0	Sept.									
11,1	7,0	501,8	906,4	794,7	- 1 107,6	1 894,1	469,4	2 595,4	3 403,6	3 425,7	1 913,5	0,0	Okt.									
10,0	7,1	498,4	923,3	780,2	- 1 109,5	1 859,4	470,7	2 639,3	3 433,2	3 461,8	1 893,5	0,0	Nov.									
9,0	6,6	487,7	985,7	787,5	- 1 192,0	1 844,9	473,1	2 632,8	3 426,1	3 456,4	1 888,4	0,0	Dez.									
7,8	6,8	488,7	1 026,4	778,3	- 1 113,3	1 796,5	474,2	2 678,2	3 458,5	3 483,9	1 878,3	0,0	2021 Jan.									
7,4	7,5	495,1	1 007,6	756,3	- 1 095,7	1 750,3	476,5	2 698,6	3 471,7	3 494,9	1 860,6	0,0	Febr.									
8,1	6,8	508,4	1 080,1	754,4	- 1 144,4	1 742,0	479,0	2 724,1	3 497,0	3 525,7	1 868,2	0,0	März									
7,8	6,6	510,0	1 029,5	759,2	- 1 074,2	1 717,0	479,7	2 736,8	3 505,0	3 529,7	1 871,8	0,0	April									
9,6	6,7	501,7	1 051,5	768,2	- 1 126,5	1 696,6	482,8	2 764,3	3 535,8	3 563,5	1 869,6	0,0	Mai									
9,8	6,9	498,8	1 088,8	775,4	- 1 149,4	1 724,5	485,9	2 772,3	3 535,7	3 563,7	1 870,2	0,0	Juni									
9,8	7,0	501,5	1 031,5	795,8	- 1 075,6	1 767,0	490,0	2 793,9	3 552,6	3 581,2	1 891,2	0,0	Juli									
12,6	6,5	503,2	1 068,2	793,5	- 1 088,4	1 754,1	492,9	2 814,8	3 571,7	3 602,8	1 890,0	0,0	Aug.									

dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für den Euroraum) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten) sowie (für

den Euroraum) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 7)	Basisgeld 8)
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte 4)	Bank- noten- umlauf 5)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)		
		Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte 3)							
Eurosystem 2)												
2019 Sept.	720,2	3,0	692,5	0,0	2 612,4	555,7	0,0	1 251,1	268,5	621,2	1 331,5	3 138,3
Okt.	758,5	2,0	668,5	0,0	2 608,7	456,6	0,0	1 252,7	298,6	641,3	1 388,5	3 097,8
Nov.												
Dez.	773,3	1,8	663,7	0,0	2 618,8	257,9	0,0	1 262,9	226,6	648,1	1 662,1	3 182,9
2020 Jan.	768,6	2,9	616,1	0,0	2 639,1	254,6	0,0	1 282,2	211,8	654,3	1 623,7	3 160,6
Febr.												
März	767,1	1,4	615,9	0,0	2 666,7	244,6	0,0	1 277,1	268,6	618,4	1 642,3	3 164,1
April												
Mai	926,3	0,6	865,7	0,0	2 784,2	271,8	0,0	1 321,9	374,4	788,6	1 820,2	3 413,8
Juni	950,4	0,3	984,2	0,0	2 986,9	299,9	0,0	1 347,9	477,1	830,5	1 966,5	3 614,4
Juli	871,3	0,8	1 401,5	0,0	3 168,2	356,0	0,0	1 365,7	671,2	703,1	2 345,9	4 067,5
Aug.												
Sept.	865,9	1,3	1 593,2	0,0	3 323,6	413,2	0,0	1 381,2	712,9	651,0	2 625,7	4 420,1
Okt.												
Nov.	864,4	1,3	1 707,8	0,0	3 475,8	460,7	0,0	1 389,1	749,0	653,5	2 797,0	4 646,8
Dez.	865,1	0,5	1 754,4	0,0	3 614,7	535,4	0,0	1 403,9	647,0	687,7	2 960,7	4 900,0
2021 Jan.	848,6	0,3	1 792,6	0,0	3 712,9	586,9	0,0	1 429,4	530,3	778,4	3 029,4	5 045,7
Febr.												
März	834,9	0,4	1 792,4	0,0	3 825,1	598,0	0,0	1 433,4	595,8	667,9	3 157,7	5 189,1
April	816,7	0,3	2 054,6	0,0	3 951,4	676,4	0,0	1 447,7	644,5	633,4	3 421,1	5 545,2
Mai												
Juni	809,8	0,2	2 107,0	0,0	4 092,7	706,5	0,0	1 465,8	586,7	659,1	3 591,7	5 763,9
Juli	821,7	0,1	2 196,0	0,0	4 244,5	736,6	0,0	1 485,8	652,3	734,5	3 653,1	5 875,5
Aug.												
Sept.	826,7	0,2	2 213,2	0,0	4 378,9	766,6	0,0	1 499,9	635,7	790,4	3 726,2	5 992,8
Deutsche Bundesbank												
2019 Sept.	172,5	0,5	84,9	0,0	562,7	150,1	0,0	305,6	57,6	- 157,6	464,9	920,6
Okt.	182,8	0,4	82,8	0,0	560,0	151,5	0,0	306,5	70,8	- 159,4	456,6	914,7
Nov.												
Dez.	186,9	0,4	82,4	0,0	566,1	82,2	0,0	307,6	55,9	- 135,3	525,4	915,3
2020 Jan.	186,0	0,9	74,0	0,0	567,9	73,6	0,0	311,7	52,7	- 95,7	486,5	871,8
Febr.												
März	185,0	0,4	74,0	0,0	573,7	65,4	0,0	311,2	64,4	- 125,0	517,1	893,7
April												
Mai	238,0	0,2	106,8	0,0	585,3	76,3	0,0	324,1	102,0	- 174,5	602,8	1 003,2
Juni	248,7	0,1	122,5	0,0	623,1	85,0	0,0	326,4	137,6	- 172,6	618,1	1 029,5
Juli	222,1	0,5	235,2	0,0	655,9	108,2	0,0	331,5	205,0	- 238,1	707,1	1 146,8
Aug.												
Sept.	212,1	0,8	284,0	0,0	692,0	136,0	0,0	336,4	239,6	- 298,0	774,8	1 247,3
Okt.												
Nov.	212,1	0,7	319,5	0,0	729,0	145,5	0,0	338,1	254,7	- 302,9	826,0	1 309,6
Dez.	213,0	0,3	333,9	0,0	768,7	166,6	0,0	341,2	217,9	- 294,5	884,7	1 392,5
2021 Jan.	208,3	0,1	341,1	0,0	791,3	178,9	0,0	347,3	189,4	- 252,8	878,0	1 404,2
Febr.												
März	205,3	0,1	341,0	0,0	816,9	177,5	0,0	348,3	172,7	- 298,0	962,8	1 488,6
April	198,0	0,0	407,3	0,0	845,8	203,0	0,0	351,7	187,4	- 300,4	1 008,9	1 563,5
Mai												
Juni	194,3	0,0	420,5	0,0	884,3	208,5	0,0	356,8	187,3	- 301,9	1 046,7	1 612,0
Juli	197,4	0,0	434,3	0,0	918,5	204,2	0,0	362,0	206,8	- 270,8	1 046,2	1 612,4
Aug.												
Sept.	199,0	0,1	436,7	0,0	950,8	210,7	0,0	365,0	204,3	- 240,8	1 045,3	1 621,0

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. Seit Umstellung auf den neuen, sechswöchigen Zyklus der geldpolitischen EZB-Ratssitzungen endet nicht in jedem Monat eine Mindestreserve-Erfüllungsperiode.

In diesen Fällen gibt es keine Werte. 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der geldpolitischen Wertpapierankaufprogramme des Eurosystems. 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenwapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumschlusses zugeteilt.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknotenumlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
+ 9,9	- 1,6	- 7,6	± 0,0	- 8,0	- 15,1	± 0,0	+ 10,3	- 27,4	+ 29,0	- 4,2	- 9,1	2019 Sept.
+ 38,3	- 1,0	- 24,0	± 0,0	- 3,7	- 99,1	± 0,0	+ 1,6	+ 30,1	+ 20,1	+ 57,0	- 40,5	Okt.
+ 14,8	- 0,2	- 4,8	± 0,0	+ 10,1	- 198,7	± 0,0	+ 10,2	- 72,0	+ 6,8	+ 273,6	+ 85,1	Nov.
- 4,7	+ 1,1	- 47,6	± 0,0	+ 20,3	- 3,3	± 0,0	+ 19,3	- 14,8	+ 6,2	- 38,4	- 22,3	Dez.
- 1,5	- 1,5	- 0,2	± 0,0	+ 27,6	- 10,0	± 0,0	- 5,1	+ 56,8	- 35,9	+ 18,6	+ 3,5	2020 Jan.
												Febr.
												März
+ 159,2	- 0,8	+ 249,8	± 0,0	+ 117,5	+ 27,2	± 0,0	+ 44,8	+ 105,8	+ 170,2	+ 177,9	+ 249,7	April
+ 24,1	- 0,3	+ 118,5	± 0,0	+ 202,7	+ 28,1	± 0,0	+ 26,0	+ 102,7	+ 41,9	+ 146,3	+ 200,6	Mai
												Juni
- 79,1	+ 0,5	+ 417,3	± 0,0	+ 181,3	+ 56,1	± 0,0	+ 17,8	+ 194,1	- 127,4	+ 379,4	+ 453,1	Juli
- 5,4	+ 0,5	+ 191,7	± 0,0	+ 155,4	+ 57,2	± 0,0	+ 15,5	+ 41,7	- 52,1	+ 279,8	+ 352,6	Aug.
												Sept.
- 1,5	± 0,0	+ 114,6	± 0,0	+ 152,2	+ 47,5	± 0,0	+ 7,9	+ 36,1	+ 2,5	+ 171,3	+ 226,7	Okt.
+ 0,7	- 0,8	+ 46,6	± 0,0	+ 138,9	+ 74,7	± 0,0	+ 14,8	- 102,0	+ 34,2	+ 163,7	+ 253,2	Nov.
												Dez.
- 16,5	- 0,2	+ 38,2	± 0,0	+ 98,2	+ 51,5	± 0,0	+ 25,5	- 116,7	+ 90,7	+ 68,7	+ 145,7	2021 Jan.
- 13,7	+ 0,1	- 0,2	± 0,0	+ 112,2	+ 11,1	± 0,0	+ 4,0	+ 65,5	- 110,5	+ 128,3	+ 143,4	Febr.
												März
- 18,2	- 0,1	+ 262,2	± 0,0	+ 126,3	+ 78,4	± 0,0	+ 14,3	+ 48,7	- 34,5	+ 263,4	+ 356,1	April
- 6,9	- 0,1	+ 52,4	± 0,0	+ 141,3	+ 30,1	± 0,0	+ 18,1	- 57,8	+ 25,7	+ 170,6	+ 218,7	Mai
+ 11,9	- 0,1	+ 89,0	± 0,0	+ 151,8	+ 30,1	± 0,0	+ 20,0	+ 65,6	+ 75,4	+ 61,4	+ 111,6	Juni
+ 5,0	+ 0,1	+ 17,2	± 0,0	+ 134,4	+ 30,0	± 0,0	+ 14,1	- 16,6	+ 55,9	+ 73,1	+ 117,3	Juli
												Aug.
												Sept.
Deutsche Bundesbank												
+ 3,2	- 0,2	- 0,4	- 0,0	- 0,4	+ 0,0	± 0,0	+ 2,5	- 8,1	+ 17,4	- 9,6	- 7,1	2019 Sept.
+ 10,3	- 0,1	- 2,1	+ 0,0	- 2,7	+ 1,4	± 0,0	+ 1,0	+ 13,2	- 1,8	- 8,3	- 5,9	Okt.
+ 4,1	+ 0,0	- 0,4	+ 0,0	+ 6,1	- 69,3	± 0,0	+ 1,1	- 14,9	+ 24,1	+ 68,8	+ 0,6	Nov.
- 0,9	+ 0,4	- 8,5	+ 0,0	+ 1,8	- 8,6	± 0,0	+ 4,1	- 3,2	+ 39,6	- 38,9	- 43,5	Dez.
- 1,0	- 0,5	+ 0,0	- 0,0	+ 5,8	- 8,2	± 0,0	- 0,5	+ 11,7	- 29,3	+ 30,7	+ 21,9	2020 Jan.
												Febr.
												März
+ 53,0	- 0,2	+ 32,9	- 0,0	+ 11,6	+ 10,9	± 0,0	+ 12,9	+ 37,6	- 49,6	+ 85,6	+ 109,5	April
+ 10,7	- 0,1	+ 15,7	+ 0,0	+ 37,8	+ 8,7	± 0,0	+ 2,3	+ 35,6	+ 2,0	+ 15,3	+ 26,3	Mai
												Juni
- 26,6	+ 0,4	+ 112,6	- 0,0	+ 32,8	+ 23,2	± 0,0	+ 5,1	+ 67,5	- 65,5	+ 89,0	+ 117,3	Juli
- 10,0	+ 0,3	+ 48,9	+ 0,0	+ 36,1	+ 27,9	± 0,0	+ 5,0	+ 34,6	- 59,9	+ 67,6	+ 100,5	Aug.
												Sept.
+ 0,0	- 0,1	+ 35,5	- 0,0	+ 37,0	+ 9,5	± 0,0	+ 1,7	+ 15,0	- 5,0	+ 51,2	+ 62,3	Okt.
+ 0,9	- 0,4	+ 14,4	+ 0,0	+ 39,8	+ 21,1	± 0,0	+ 3,1	- 36,8	+ 8,4	+ 58,7	+ 82,9	Nov.
												Dez.
- 4,7	- 0,2	+ 7,1	+ 0,0	+ 22,6	+ 12,3	± 0,0	+ 6,1	- 28,5	+ 41,7	- 6,7	+ 11,7	2021 Jan.
- 3,0	- 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 25,6	- 1,4	± 0,0	+ 1,0	- 16,7	- 45,2	+ 84,8	+ 84,4	Febr.
												März
- 7,3	- 0,1	+ 66,3	+ 0,0	+ 28,8	+ 25,5	± 0,0	+ 3,4	+ 14,7	- 2,4	+ 46,0	+ 74,9	April
- 3,7	+ 0,0	+ 13,2	+ 0,0	+ 38,6	+ 5,5	± 0,0	+ 5,1	- 0,1	- 1,5	+ 37,9	+ 48,5	Mai
+ 3,1	- 0,0	+ 13,8	- 0,0	+ 34,2	- 4,3	± 0,0	+ 5,2	+ 19,4	+ 31,1	- 0,5	+ 0,4	Juni
+ 1,6	+ 0,1	+ 2,4	+ 0,0	+ 32,3	+ 6,5	± 0,0	+ 3,0	- 2,5	+ 29,9	- 0,9	+ 8,6	Juli
												Aug.
												Sept.

Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten.

6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	
Eurosystem ¹⁾										
2021 März 19.	7 162,2	536,5	338,9	84,4	254,5	26,8	11,5	11,5	–	–
26.	7 505,0	536,5	340,0	84,4	255,6	25,9	12,1	12,1	–	–
April 2.	7 494,1	499,3	350,7	86,6	264,2	26,6	11,5	11,5	–	–
9.	7 514,3	499,3	350,7	86,6	264,1	26,8	10,9	10,9	–	–
16.	7 522,2	499,3	350,7	86,5	264,1	26,8	11,1	11,1	–	–
23.	7 558,3	499,3	351,2	86,5	264,7	27,1	10,9	10,9	–	–
30.	7 567,9	499,3	352,0	86,5	265,4	26,5	10,6	10,6	–	–
Mai 7.	7 588,8	499,3	352,6	86,5	266,0	25,7	10,8	10,8	–	–
14.	7 615,7	499,3	352,1	86,5	265,5	27,0	11,4	11,4	–	–
21.	7 643,2	499,3	353,9	86,5	267,4	25,6	11,1	11,1	–	–
28.	7 657,6	499,2	353,9	86,5	267,4	25,8	11,2	11,2	–	–
Juni 4.	7 680,1	499,2	354,2	86,5	267,7	26,7	10,3	10,3	–	–
11.	7 700,9	499,2	354,7	87,1	267,6	27,6	10,7	10,7	–	–
18.	7 736,5	499,2	358,8	87,1	271,8	24,7	10,6	10,6	–	–
25.	7 877,1	499,2	359,9	87,0	272,9	23,8	13,5	13,5	–	–
Juli 2.	7 907,8	514,7	354,5	87,1	267,5	25,6	13,1	13,1	–	–
9.	7 926,6	514,7	355,1	87,1	268,0	24,8	10,7	10,7	–	–
16.	7 950,7	514,7	354,9	87,1	267,9	25,4	10,3	10,3	–	–
23.	7 988,0	514,7	354,0	87,2	266,7	26,6	10,9	10,9	–	–
30.	7 987,4	514,7	354,8	87,2	267,5	25,3	10,3	10,3	–	–
Aug. 6.	8 009,7	514,7	354,8	87,3	267,4	25,4	10,5	10,5	–	–
13.	8 036,0	514,7	355,5	87,3	268,2	24,5	10,6	10,6	–	–
20.	8 052,8	514,7	355,7	87,3	268,4	24,2	10,6	10,6	–	–
27.	8 191,3	514,7	477,1	209,7	267,4	25,0	10,8	10,8	–	–
Sept. 3.	8 207,5	514,7	477,3	209,7	267,6	24,8	11,1	11,1	–	–
10.	8 222,7	514,7	477,6	210,1	267,5	24,9	10,6	10,6	–	–
17.	8 244,6	514,7	475,3	210,9	264,4	27,6	11,8	11,8	–	–
24.	8 273,2	514,7	475,6	211,2	264,4	27,6	13,7	13,7	–	–
Okt. 1.	8 289,1	517,8	487,7	213,4	274,3	24,9	10,7	10,7	–	–
8.	8 314,3	517,8	488,0	213,6	274,4	24,9	10,7	10,7	–	–
Deutsche Bundesbank										
2021 März 19.	2 465,0	166,9	52,9	21,8	31,1	0,1	–	–	–	–
26.	2 551,4	166,9	52,8	21,8	31,0	0,1	–	–	–	–
April 2.	2 556,4	155,3	53,9	22,3	31,6	0,2	–	–	–	–
9.	2 558,7	155,3	53,9	22,3	31,6	0,1	–	–	–	–
16.	2 548,1	155,3	53,8	22,3	31,5	0,1	–	–	–	–
23.	2 554,0	155,3	53,8	22,3	31,5	0,1	–	–	–	–
30.	2 562,0	155,3	53,8	22,3	31,5	0,1	–	–	–	–
Mai 7.	2 568,4	155,3	53,6	22,3	31,4	0,1	–	–	–	–
14.	2 592,5	155,3	54,0	22,3	31,7	0,1	–	–	–	–
21.	2 617,3	155,3	54,0	22,3	31,7	0,1	–	–	–	–
28.	2 639,3	155,2	54,0	22,3	31,8	0,1	–	–	–	–
Juni 4.	2 634,5	155,2	54,0	22,3	31,8	0,0	–	–	–	–
11.	2 605,1	155,2	54,0	22,4	31,6	0,0	–	–	–	–
18.	2 608,1	155,2	54,0	22,4	31,6	0,0	–	–	–	–
25.	2 648,6	155,2	54,0	22,3	31,7	0,0	–	–	–	–
Juli 2.	2 679,7	160,0	53,8	22,4	31,4	0,0	–	–	–	–
9.	2 640,1	160,0	53,8	22,4	31,3	0,0	–	–	–	–
16.	2 668,1	160,0	53,8	22,4	31,3	0,0	–	–	–	–
23.	2 665,0	160,0	53,8	22,4	31,3	0,0	0,3	0,3	–	–
30.	2 659,0	160,0	53,7	22,4	31,3	0,0	0,1	0,1	–	–
Aug. 6.	2 687,1	160,0	53,7	22,5	31,2	0,0	–	–	–	–
13.	2 696,2	160,0	53,6	22,5	31,2	0,0	–	–	–	–
20.	2 694,4	160,0	53,7	22,5	31,2	0,0	–	–	–	–
27.	2 724,3	160,0	84,7	53,4	31,3	0,0	0,0	0,0	–	–
Sept. 3.	2 749,6	160,0	85,0	53,4	31,6	0,0	0,6	0,6	–	–
10.	2 747,9	160,0	84,7	53,4	31,3	0,0	–	–	–	–
17.	2 749,3	160,0	84,6	53,4	31,2	0,0	0,4	0,4	–	–
24.	2 782,2	160,0	84,6	53,4	31,2	0,0	0,3	0,3	–	–
Okt. 1.	2 794,1	160,9	86,0	53,9	32,1	0,0	–	–	–	–
8.	2 793,0	160,9	86,2	53,9	32,3	0,0	–	–	–	–

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerope-rationen	Struktu- relle be- fristete Ope- rationen	Spitzenre- finanzie- rungs- fazilität	Forde- rungen aus dem Margen- ausgleich		insgesamt	Wert- papiere für geld- politische Zwecke	sonstige Wert- papiere			
Eurosystem 1)													
1 792,8	0,6	1 792,2	-	-	-	-	41,0	4 100,6	3 906,4	194,1	22,6	291,6	2021 März 19.
2 107,6	0,3	2 107,4	-	-	0,0	-	40,7	4 125,7	3 930,4	195,3	22,6	293,7	26.
2 107,4	0,5	2 107,0	-	-	-	-	39,0	4 132,8	3 936,7	196,1	22,6	304,0	April 2.
2 107,2	0,2	2 107,0	-	-	0,0	-	37,0	4 153,4	3 956,8	196,5	22,6	306,4	9.
2 107,1	0,1	2 107,0	-	-	-	-	31,9	4 167,9	3 973,1	194,8	22,6	304,8	16.
2 107,1	0,1	2 107,0	-	-	-	-	34,3	4 199,5	4 005,1	194,4	22,6	306,2	23.
2 107,2	0,3	2 107,0	-	-	-	-	37,5	4 208,0	4 019,9	188,1	22,6	304,2	30.
2 107,1	0,1	2 107,0	-	-	0,0	-	35,7	4 230,0	4 044,1	186,0	22,6	305,0	Mai 7.
2 107,1	0,1	2 107,0	-	-	-	-	29,1	4 258,5	4 072,7	185,8	22,6	308,7	14.
2 107,1	0,1	2 107,0	-	-	-	-	28,2	4 287,4	4 101,2	186,3	22,6	307,9	21.
2 107,4	0,4	2 107,0	-	-	-	-	29,4	4 302,9	4 116,5	186,4	22,6	305,3	28.
2 107,2	0,2	2 107,0	-	-	0,0	-	28,4	4 327,0	4 140,5	186,6	22,6	304,5	Juni 4.
2 107,2	0,2	2 107,0	-	-	-	-	33,9	4 339,8	4 154,0	185,8	22,6	305,1	11.
2 107,1	0,1	2 107,0	-	-	-	-	35,4	4 368,4	4 182,6	185,8	22,6	309,7	18.
2 217,3	0,1	2 217,2	-	-	0,0	-	33,7	4 400,5	4 214,5	186,0	22,6	306,6	25.
2 217,3	0,1	2 217,2	-	-	0,0	-	35,1	4 414,5	4 228,2	186,2	22,1	311,0	Juli 2.
2 216,8	0,0	2 216,7	-	-	-	-	32,9	4 438,5	4 252,3	186,2	22,1	310,9	9.
2 216,8	0,0	2 216,7	-	-	-	-	31,7	4 466,7	4 280,2	186,6	22,1	308,1	16.
2 216,8	0,1	2 216,7	-	-	-	-	31,2	4 499,4	4 313,0	186,4	22,1	312,3	23.
2 214,3	0,1	2 214,1	-	-	0,1	-	34,2	4 509,0	4 322,0	187,1	22,1	302,6	30.
2 214,2	0,1	2 214,1	-	-	-	-	32,3	4 526,9	4 341,1	185,8	22,1	308,8	Aug. 6.
2 214,2	0,2	2 214,1	-	-	-	-	33,2	4 549,7	4 363,9	185,8	22,1	311,3	13.
2 214,3	0,2	2 214,1	-	-	-	-	32,1	4 571,2	4 384,6	186,6	22,1	307,8	20.
2 212,4	0,1	2 212,3	-	-	-	-	34,6	4 584,6	4 398,5	186,1	22,1	310,0	27.
2 211,5	0,0	2 211,4	-	-	-	-	35,4	4 596,1	4 412,8	183,2	22,1	314,6	Sept. 3.
2 211,8	0,3	2 211,4	-	-	0,0	-	32,9	4 613,1	4 430,7	182,4	22,1	315,1	10.
2 211,8	0,3	2 211,4	-	-	-	-	35,0	4 633,9	4 452,2	181,6	22,1	312,4	17.
2 211,3	0,0	2 211,3	-	-	0,0	-	35,4	4 660,9	4 478,7	182,3	22,1	311,8	24.
2 208,8	0,1	2 208,7	-	-	-	-	33,1	4 666,5	4 484,2	182,3	22,2	317,5	Oktober 1.
2 208,9	0,2	2 208,6	-	-	-	-	29,8	4 689,7	4 507,6	182,1	22,2	322,4	8.
Deutsche Bundesbank													
341,0	0,1	340,9	-	-	0,0	-	6,2	834,3	834,3	-	4,4	1 059,1	2021 März 19.
420,7	0,0	420,7	-	-	0,0	-	4,8	841,4	841,4	-	4,4	1 060,1	26.
420,5	0,0	420,5	-	-	0,0	-	5,2	844,9	844,9	-	4,4	1 071,9	April 2.
420,5	0,0	420,5	-	-	0,0	-	7,3	844,2	844,2	-	4,4	1 072,9	9.
420,5	0,0	420,5	-	-	0,0	-	5,0	848,5	848,5	-	4,4	1 060,5	16.
420,5	0,0	420,5	-	-	0,0	-	6,5	858,4	858,4	-	4,4	1 055,0	23.
420,5	0,0	420,5	-	-	0,0	-	5,0	866,6	866,6	-	4,4	1 056,2	30.
420,5	0,0	420,5	-	-	0,0	-	7,6	870,9	870,9	-	4,4	1 055,9	Mai 7.
420,5	0,0	420,5	-	-	0,0	-	5,7	879,5	879,5	-	4,4	1 073,0	14.
420,5	0,0	420,5	-	-	0,0	-	6,7	886,6	886,6	-	4,4	1 089,7	21.
420,6	0,1	420,5	-	-	0,0	-	6,0	891,4	891,4	-	4,4	1 107,6	28.
420,6	0,1	420,5	-	-	0,0	-	7,1	899,3	899,3	-	4,4	1 093,9	Juni 4.
420,5	0,0	420,5	-	-	0,0	-	5,9	895,5	895,5	-	4,4	1 069,5	11.
420,5	0,0	420,5	-	-	0,0	-	6,9	903,4	903,4	-	4,4	1 063,7	18.
437,6	0,0	437,6	-	-	0,0	-	5,1	912,4	912,4	-	4,4	1 079,9	25.
437,5	-	437,5	-	-	0,0	-	5,8	917,1	917,1	-	4,4	1 101,0	Juli 2.
437,5	0,0	437,5	-	-	0,0	-	4,6	917,1	917,1	-	4,4	1 062,6	9.
437,5	0,0	437,5	-	-	-	-	6,3	927,1	927,1	-	4,4	1 078,9	16.
437,6	0,0	437,5	-	-	0,0	-	7,1	935,9	935,9	-	4,4	1 065,9	23.
437,2	0,1	437,1	-	-	0,1	-	8,3	938,4	938,4	-	4,4	1 056,9	30.
437,1	0,0	437,1	-	-	0,0	-	8,7	943,1	943,1	-	4,4	1 080,0	Aug. 6.
437,2	0,1	437,1	-	-	0,0	-	7,9	948,9	948,9	-	4,4	1 084,1	13.
437,2	0,1	437,1	-	-	0,0	-	7,6	954,9	954,9	-	4,4	1 076,5	20.
436,3	0,0	436,3	-	-	0,0	-	8,2	954,6	954,6	-	4,4	1 075,9	27.
436,2	-	436,2	-	-	0,0	-	10,8	960,0	960,0	-	4,4	1 092,6	Sept. 3.
436,5	0,3	436,2	-	-	0,0	-	8,6	957,0	957,0	-	4,4	1 096,6	10.
436,5	0,3	436,2	-	-	0,0	-	8,3	963,9	963,9	-	4,4	1 091,2	17.
436,2	0,0	436,2	-	-	0,0	-	7,6	972,9	972,9	-	4,4	1 116,2	24.
440,4	0,1	440,3	-	-	0,0	-	5,8	973,0	973,0	-	4,4	1 123,5	Oktober 1.
440,4	0,2	440,3	-	-	0,0	-	7,1	973,7	973,7	-	4,4	1 120,2	8.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Passiva insgesamt	Banknotenlauf 1)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet					Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet		
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserveguthaben)	Einlagefazilität	Termin-einlagen	Verbindlichkeiten aus Geschäften mit Rücknahmevereinbarung			Einlagen aus dem Margenausgleich	insgesamt	Einlagen von öffentlichen Haushalten
Eurosystem ³⁾												
2021 März 19.	7 162,2	1 441,5	3 785,4	3 249,3	536,1	-	-	17,8	-	734,0	648,5	85,5
26.	7 505,0	1 443,9	4 089,1	3 445,2	643,9	-	-	16,5	-	772,7	683,6	89,1
April 2.	7 494,1	1 450,1	4 134,3	3 400,2	734,0	-	-	16,8	-	722,4	634,8	87,7
9.	7 514,3	1 449,5	4 213,7	3 470,2	743,5	-	-	19,2	-	678,0	597,4	80,6
16.	7 522,2	1 449,8	4 183,5	3 478,4	703,4	-	-	1,6	1,6	715,0	632,8	82,2
23.	7 558,3	1 452,1	4 183,6	3 465,6	716,3	-	-	1,7	1,7	748,0	670,3	77,7
30.	7 567,9	1 455,1	4 237,2	3 633,7	601,8	-	-	1,7	1,7	687,2	605,9	81,3
Mai 7.	7 588,8	1 459,4	4 321,4	3 654,5	665,2	-	-	1,7	1,7	619,6	540,0	79,6
14.	7 615,7	1 463,1	4 305,6	3 573,8	730,1	-	-	1,7	1,7	652,7	572,3	80,4
21.	7 643,2	1 467,3	4 281,3	3 541,3	738,2	-	-	1,7	1,7	698,8	612,8	86,0
28.	7 657,6	1 469,4	4 264,4	3 503,7	758,9	-	-	1,7	1,7	717,8	627,7	90,1
Juni 4.	7 680,1	1 473,0	4 350,1	3 611,8	736,6	-	-	1,7	1,7	656,9	565,5	91,3
11.	7 700,9	1 474,8	4 361,3	3 614,8	744,8	-	-	1,7	1,7	657,0	559,4	97,6
18.	7 736,5	1 477,4	4 271,6	3 739,2	530,7	-	-	1,7	1,7	775,8	668,9	106,9
25.	7 877,1	1 479,6	4 377,8	3 691,7	684,3	-	-	1,8	1,8	780,5	683,2	97,3
Juli 2.	7 907,8	1 484,5	4 441,8	3 653,2	786,8	-	-	1,8	1,8	712,6	616,0	96,6
9.	7 926,6	1 488,7	4 465,0	3 671,5	791,6	-	-	1,8	1,8	693,5	600,2	93,4
16.	7 950,7	1 491,7	4 430,6	3 610,6	818,1	-	-	1,9	1,9	752,2	650,5	101,8
23.	7 988,0	1 494,0	4 391,4	3 605,7	783,9	-	-	1,8	1,8	807,7	702,5	105,2
30.	7 987,4	1 497,9	4 440,0	3 756,8	681,0	-	-	2,3	2,3	732,8	618,6	114,2
Aug. 6.	8 009,7	1 499,6	4 492,6	3 758,1	732,2	-	-	2,3	2,3	699,2	584,6	114,6
13.	8 036,0	1 500,7	4 488,3	3 674,7	811,4	-	-	2,2	2,2	751,3	635,3	116,0
20.	8 052,8	1 499,9	4 471,8	3 665,0	804,7	-	-	2,0	2,0	803,8	681,1	122,7
27.	8 191,3	1 500,1	4 454,5	3 663,0	789,2	-	-	2,3	2,3	828,0	703,6	124,3
Sept. 3.	8 207,5	1 500,8	4 543,2	3 728,0	813,0	-	-	2,3	2,3	736,3	617,5	118,8
10.	8 222,7	1 502,0	4 567,5	3 744,0	821,4	-	-	2,1	2,1	731,8	617,6	114,3
17.	8 244,6	1 504,0	4 523,1	3 941,3	579,7	-	-	2,0	2,0	792,0	671,0	120,9
24.	8 273,2	1 504,3	4 476,0	3 787,8	686,2	-	-	2,0	2,0	845,4	731,9	113,5
Okt. 1.	8 289,1	1 505,5	4 534,9	3 761,3	771,1	-	-	2,5	2,5	775,7	653,4	122,2
8.	8 314,3	1 507,8	4 588,3	3 806,2	779,6	-	-	2,5	2,5	749,4	626,2	123,2
Deutsche Bundesbank												
2021 März 19.	2 465,0	350,9	1 125,2	983,0	142,2	-	-	10,2	-	211,0	198,0	13,0
26.	2 551,4	351,9	1 206,0	1 043,7	162,3	-	-	8,5	-	218,9	205,1	13,8
April 2.	2 556,4	351,9	1 232,6	1 003,1	229,5	-	-	7,8	-	196,3	182,9	13,4
9.	2 558,7	351,6	1 254,8	1 012,5	242,4	-	-	10,2	-	181,8	169,4	12,4
16.	2 548,1	351,9	1 231,4	1 013,3	216,4	-	-	1,6	1,6	191,1	179,9	11,1
23.	2 554,0	352,2	1 228,3	1 003,3	223,4	-	-	1,7	1,7	200,5	187,9	12,6
30.	2 562,0	352,9	1 247,3	1 061,8	183,8	-	-	1,7	1,7	185,3	172,3	12,9
Mai 7.	2 568,4	354,7	1 259,9	1 103,0	155,2	-	-	1,7	1,7	175,4	162,3	13,1
14.	2 592,5	356,5	1 254,7	1 035,4	217,6	-	-	1,7	1,7	198,6	185,6	12,9
21.	2 617,3	358,4	1 265,1	1 046,0	217,4	-	-	1,7	1,7	210,5	196,4	14,1
28.	2 639,3	359,2	1 257,5	1 028,2	227,6	-	-	1,7	1,7	232,6	218,0	14,6
Juni 4.	2 634,5	358,0	1 271,5	1 035,8	234,0	-	-	1,7	1,7	212,5	197,0	15,6
11.	2 605,1	359,1	1 259,4	1 028,8	228,9	-	-	1,7	1,7	192,5	179,3	13,2
18.	2 608,1	360,2	1 224,5	1 085,7	137,0	-	-	1,7	1,7	230,2	215,5	14,8
25.	2 648,6	361,1	1 249,1	1 086,0	161,4	-	-	1,8	1,8	241,3	226,9	14,4
Juli 2.	2 679,7	360,3	1 280,8	1 050,0	229,1	-	-	1,8	1,8	220,9	204,6	16,3
9.	2 640,1	362,1	1 265,0	1 042,1	221,1	-	-	1,8	1,8	194,4	178,7	15,7
16.	2 668,1	363,6	1 253,6	1 022,7	229,1	-	-	1,8	1,8	227,6	212,5	15,1
23.	2 665,0	364,7	1 243,3	1 010,4	231,1	-	-	1,8	1,8	230,8	215,5	15,3
30.	2 659,0	363,3	1 249,8	1 055,6	192,0	-	-	2,2	2,2	206,4	189,2	17,2
Aug. 6.	2 687,1	364,3	1 278,2	1 117,5	158,5	-	-	2,2	2,2	203,9	188,3	15,6
13.	2 696,2	365,0	1 255,4	1 025,3	227,8	-	-	2,2	2,2	233,1	216,0	17,1
20.	2 694,4	365,2	1 246,9	1 024,4	220,4	-	-	2,0	2,0	238,5	223,2	15,3
27.	2 724,3	366,3	1 234,2	1 008,2	223,6	-	-	2,3	2,3	244,1	227,6	16,4
Sept. 3.	2 749,6	364,8	1 281,0	1 037,1	241,7	-	-	2,3	2,3	213,1	196,5	16,6
10.	2 747,9	366,0	1 273,8	1 031,0	240,7	-	-	2,1	2,1	217,7	200,2	17,5
17.	2 749,3	368,2	1 242,4	1 100,6	139,8	-	-	2,0	2,0	252,3	233,1	19,2
24.	2 782,2	368,6	1 257,9	1 096,0	159,9	-	-	2,0	2,0	260,8	238,6	22,2
Okt. 1.	2 794,1	365,4	1 281,8	1 055,8	223,5	-	-	2,5	2,5	235,1	208,2	26,9
8.	2 793,0	366,4	1 292,0	1 062,4	227,0	-	-	2,5	2,5	225,8	194,2	31,6

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedsstaaten (NZBn) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungs-

verfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden 92 % des Wertes am in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichs-posten für zugeteilte Sonder-ziehungsrechte	Sonstige Passiva ²⁾	Intra-Euro-system-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ¹⁾	Neubewer-tungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Aus-weisstichtag
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kredit-fazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem ³⁾										
194,4	8,9	3,9	3,9	–	54,8	299,4	–	512,5	109,6	2021 März 19.
193,1	9,4	3,4	3,4	–	54,8	299,8	–	512,5	109,7	26.
207,5	9,7	3,4	3,4	–	56,2	298,2	–	485,4	110,1	April 2.
198,5	9,8	3,3	3,3	–	56,2	290,7	–	485,4	110,1	9.
202,3	9,8	3,2	3,2	–	56,2	289,9	–	485,4	110,1	16.
199,8	9,8	3,2	3,2	–	56,2	292,7	–	485,4	110,1	23.
208,0	10,0	3,0	3,0	–	56,2	298,4	–	485,4	110,0	30.
206,6	10,0	2,8	2,8	–	56,2	299,1	–	485,4	110,2	Mai 7.
210,5	10,3	2,7	2,7	–	56,2	300,3	–	485,4	110,2	14.
211,4	10,7	2,4	2,4	–	56,2	300,2	–	485,4	110,2	21.
219,4	10,6	2,1	2,1	–	56,2	302,4	–	485,4	110,2	28.
211,5	11,0	2,1	2,1	–	56,2	298,7	–	485,4	109,5	Juni 4.
220,2	11,3	2,1	2,1	–	56,2	304,6	–	485,4	109,5	11.
218,2	11,4	2,5	2,5	–	56,2	309,9	–	485,4	109,5	18.
242,2	11,1	2,9	2,9	–	56,2	310,2	–	485,4	109,5	25.
264,5	10,4	2,7	2,7	–	55,8	306,1	–	497,6	109,5	Juli 2.
278,5	10,3	2,7	2,7	–	55,8	306,9	–	497,6	109,5	9.
277,6	10,3	2,5	2,5	–	55,8	302,1	–	497,6	109,5	16.
292,9	10,2	2,4	2,4	–	55,8	303,4	–	497,6	109,5	23.
312,3	9,9	2,7	2,7	–	55,8	303,1	–	497,6	109,4	30.
312,4	9,9	2,7	2,7	–	55,8	307,3	–	497,6	109,4	Aug. 6.
286,1	9,8	2,6	2,6	–	55,8	310,6	–	497,6	109,4	13.
270,4	9,4	2,8	2,8	–	55,8	307,7	–	497,6	109,4	20.
279,4	12,4	3,0	3,0	–	174,7	309,0	–	497,6	109,4	27.
286,0	12,3	2,9	2,9	–	174,7	313,9	–	497,6	109,4	Sept. 3.
286,7	12,4	2,8	2,8	–	174,7	314,3	–	497,6	109,4	10.
288,1	12,3	2,4	2,4	–	174,7	317,6	–	497,6	109,4	17.
306,2	12,2	2,5	2,5	–	174,7	318,9	–	497,6	109,4	24.
323,5	12,6	4,1	4,1	–	176,1	314,9	–	506,0	109,4	Oktober 1.
319,5	12,5	4,3	4,3	–	176,1	315,4	–	506,0	109,4	8.
Deutsche Bundesbank										
75,1	0,3	0,4	0,4	–	14,2	33,7	476,5	161,8	5,7	2021 März 19.
73,6	0,3	0,3	0,3	–	14,2	33,6	476,5	161,8	5,7	26.
84,5	0,1	0,0	0,0	–	14,6	32,7	479,0	151,2	5,7	April 2.
76,5	0,0	0,2	0,2	–	14,6	33,0	479,0	151,2	5,7	9.
82,2	0,0	0,2	0,2	–	14,6	32,9	479,0	151,2	5,7	16.
80,1	0,0	0,2	0,2	–	14,6	33,0	479,0	151,2	5,7	23.
83,4	0,0	0,2	0,2	–	14,6	33,4	479,7	151,2	5,7	30.
84,5	0,0	0,0	0,0	–	14,6	33,5	479,7	151,2	5,7	Mai 7.
88,5	0,4	0,0	0,0	–	14,6	33,6	479,7	151,2	5,7	14.
87,8	0,4	0,0	0,0	–	14,6	33,7	479,7	151,2	5,7	21.
93,9	0,4	0,0	0,0	–	14,6	33,8	479,7	151,2	5,7	28.
90,6	0,4	0,0	0,0	–	14,6	33,9	482,8	151,2	5,7	Juni 4.
96,2	0,3	0,0	0,0	–	14,6	33,9	482,8	151,2	5,7	11.
96,2	0,3	0,0	0,0	–	14,6	34,5	482,8	151,2	5,7	18.
97,5	0,2	0,2	0,2	–	14,6	34,8	482,8	151,2	5,7	25.
112,0	0,4	–	–	–	14,5	33,9	485,9	155,5	5,7	Juli 2.
113,8	0,4	–	–	–	14,5	35,6	485,9	155,5	5,7	9.
116,6	0,4	–	–	–	14,5	35,6	485,9	155,5	5,7	16.
117,1	0,4	–	–	–	14,5	35,7	485,9	155,5	5,7	23.
124,6	0,4	–	–	–	14,5	36,2	490,0	155,5	5,7	30.
127,1	0,3	–	–	–	14,5	36,1	490,0	155,5	5,7	Aug. 6.
128,9	0,3	–	–	–	14,5	36,1	490,0	155,5	5,7	13.
128,0	0,3	–	–	–	14,5	36,3	490,0	155,5	5,7	20.
134,4	0,3	–	–	–	45,4	36,4	490,0	155,5	5,7	27.
136,6	0,3	0,2	0,2	–	45,4	36,2	492,9	155,5	5,7	Sept. 3.
142,0	0,2	0,0	0,0	–	45,4	37,2	492,9	155,5	5,7	10.
137,4	0,1	0,0	0,0	–	45,4	37,7	492,9	155,5	5,7	17.
143,5	0,1	0,0	0,0	–	45,4	37,7	492,9	155,5	5,7	24.
155,1	0,3	–	–	–	45,8	35,4	497,5	157,2	5,7	Oktober 1.
151,9	0,3	0,2	0,2	–	45,8	35,6	497,5	157,2	5,7	8.

NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf

gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als "Intra-Eurosystem-Forderungen/Verbindlichkeiten aus der Begebung von Euro-Banknoten" ausgewiesen. ² Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. ³ Quelle: EZB.

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern										insgesamt	darunter Buchkredite		
öffentliche Haushalte				zusammen	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte					
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)		zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere	insgesamt	darunter Buchkredite	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	2011
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	2012
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	2013
276,4	578,2	327,9	250,4	415,0	270,0	142,7	145,0	31,9	113,2	1 050,1	805,0	1 055,8	2014
287,4	575,1	324,5	250,6	417,5	276,0	146,4	141,5	29,4	112,1	1 006,5	746,3	905,6	2015
293,6	538,9	312,2	226,7	418,4	281,7	159,5	136,7	28,5	108,2	1 058,2	802,3	844,1	2016
308,7	481,9	284,3	197,6	401,0	271,8	158,3	129,1	29,8	99,3	991,9	745,3	668,9	2017
297,2	433,9	263,4	170,5	405,8	286,7	176,5	119,2	28,6	90,6	1 033,2	778,5	650,2	2018
303,8	416,2	254,7	161,6	435,2	312,6	199,0	122,6	29,4	93,2	1 035,8	777,5	981,5	2019
303,9	412,8	252,3	160,5	469,8	327,5	222,2	142,3	29,7	112,7	1 003,2	751,2	1 090,3	2020
303,1	419,8	257,7	162,0	440,8	315,2	201,0	125,6	30,5	95,1	1 091,3	828,7	989,0	2019 Nov.
303,8	416,2	254,7	161,6	435,2	312,6	199,0	122,6	29,4	93,2	1 035,8	777,5	981,5	Dez.
305,6	418,3	258,6	159,8	442,4	316,4	203,8	126,0	29,8	96,2	1 078,6	819,6	1 037,1	2020 Jan.
304,3	416,3	256,5	159,8	448,9	322,8	206,6	126,2	29,9	96,3	1 088,6	829,3	1 174,5	Febr.
299,6	426,4	258,5	167,9	455,0	325,2	212,8	129,8	29,5	100,3	1 104,4	838,8	1 242,1	März
298,8	431,2	259,2	172,0	459,1	329,0	217,4	130,2	31,1	99,1	1 119,2	852,3	1 288,4	April
301,4	435,4	258,3	177,1	466,9	334,5	220,6	132,3	31,0	101,3	1 102,1	840,8	1 220,2	Mai
300,7	433,3	257,8	175,5	469,9	331,1	215,4	138,8	29,2	109,6	1 075,8	816,4	1 209,5	Juni
300,1	429,6	259,1	170,5	465,7	313,2	217,1	152,5	29,9	122,6	1 047,3	792,5	1 248,1	Juli
300,7	425,1	253,7	171,4	456,5	311,1	214,5	145,4	29,2	116,1	1 037,6	784,0	1 158,2	Aug.
301,1	426,7	256,0	170,8	457,4	311,0	215,2	146,4	29,3	117,0	1 063,9	808,9	1 176,3	Sept.
302,5	430,5	257,3	173,2	468,2	318,6	219,6	149,5	30,2	119,3	1 049,9	793,4	1 159,6	Okt.
302,2	430,5	256,7	173,8	474,8	325,6	222,5	149,2	29,1	120,1	1 048,0	792,3	1 119,7	Nov.
303,9	412,8	252,3	160,5	469,8	327,5	222,2	142,3	29,7	112,7	1 003,2	751,2	1 090,3	Dez.
304,9	414,0	253,3	160,7	478,4	330,8	224,5	147,6	28,7	118,9	1 087,5	834,6	1 029,5	2021 Jan.
307,1	413,4	250,6	162,9	478,5	334,5	227,0	144,0	28,8	115,2	1 093,8	843,9	974,4	Febr.
309,1	414,4	249,3	165,1	483,8	339,4	232,3	144,4	28,9	115,5	1 105,7	855,5	960,1	März
310,2	409,9	251,0	158,9	479,5	339,8	232,3	139,7	30,3	109,4	1 122,5	876,2	930,3	April
313,5	409,5	250,6	158,9	473,2	339,1	231,9	134,1	28,4	105,7	1 108,3	862,4	902,3	Mai
313,8	401,4	249,1	152,3	481,7	339,4	231,8	142,3	28,8	113,5	1 111,0	864,8	922,5	Juni
314,2	402,2	251,3	150,8	482,0	344,2	236,6	137,8	28,6	109,2	1 097,1	849,1	964,3	Juli
315,4	398,9	248,0	150,9	483,4	345,5	238,8	137,9	28,3	109,6	1 084,8	839,7	954,3	Aug.
Veränderungen 3)													
- 11,8	10,7	- 10,5	21,2	- 0,2	- 0,7	- 1,5	0,5	- 2,2	2,7	- 15,5	- 17,7	- 62,2	2012
2,0	- 7,0	- 10,9	3,9	- 3,0	- 3,4	- 9,3	0,5	- 2,6	3,1	- 38,8	- 47,2	- 420,8	2013
15,5	- 12,3	- 15,1	2,9	15,1	0,4	- 4,0	14,6	0,9	13,8	83,6	72,0	194,0	2014
11,5	- 3,9	- 4,2	0,3	0,7	4,4	1,8	- 3,7	- 1,0	- 2,8	- 88,3	- 101,0	- 150,1	2015
7,8	- 35,4	- 12,1	- 23,3	4,0	8,2	14,6	- 4,2	- 0,9	- 3,3	51,4	55,0	- 51,4	2016
13,7	- 51,3	- 22,8	- 28,5	- 12,2	- 3,4	4,0	- 8,7	0,1	- 8,9	- 12,3	- 6,7	- 173,1	2017
- 9,8	- 46,2	- 19,1	- 27,0	6,8	18,2	18,6	- 11,4	- 1,5	- 9,9	29,0	18,9	14,8	2018
7,3	- 17,7	- 8,6	- 9,1	31,3	29,5	26,9	1,7	0,0	1,7	- 32,1	- 33,3	330,3	2019
0,2	- 2,4	- 1,7	- 0,7	31,0	30,6	20,9	0,3	- 0,4	0,7	- 9,7	- 8,2	108,8	2020
0,7	- 3,4	- 3,0	- 0,4	- 4,9	- 1,4	- 0,9	- 3,5	- 1,8	- 1,7	- 47,9	- 44,3	- 7,5	2019 Dez.
1,6	2,1	3,9	- 1,8	6,2	3,2	4,5	3,0	0,4	2,6	36,0	35,9	55,6	2020 Jan.
- 1,1	- 2,2	- 2,1	- 0,1	6,8	6,7	2,8	0,1	0,1	- 0,0	13,5	12,5	137,3	Febr.
- 4,5	10,2	2,0	8,3	7,5	3,3	6,5	4,2	- 0,4	4,6	17,8	11,2	67,6	März
- 0,7	4,5	0,6	3,9	4,0	3,7	4,3	0,3	1,6	- 1,3	10,4	9,3	46,3	April
2,5	4,4	- 0,9	5,3	2,5	0,8	- 1,2	1,6	- 0,6	2,2	- 23,0	- 18,2	- 67,0	Mai
- 0,7	- 1,9	- 0,3	- 1,6	3,3	- 3,2	- 4,9	6,4	- 1,8	8,2	- 22,9	- 21,2	- 10,8	Juni
- 0,6	- 3,6	1,3	- 4,9	- 3,5	1,6	2,7	- 5,1	0,6	- 5,7	- 10,3	- 7,1	38,7	Juli
0,6	- 4,4	- 5,4	0,9	- 9,2	- 2,3	- 2,5	- 6,9	- 0,7	- 6,2	- 7,0	- 6,0	- 89,8	Aug.
0,4	1,5	2,2	- 0,7	0,7	- 0,1	0,7	0,9	0,1	0,7	21,1	20,0	18,0	Sept.
1,6	4,4	2,0	2,5	10,4	7,3	4,2	3,0	0,9	2,1	- 15,3	- 16,7	- 16,4	Okt.
- 0,3	0,2	- 0,5	0,7	7,3	7,6	3,6	- 0,3	- 1,1	0,8	6,4	6,6	- 41,4	Nov.
1,5	- 17,5	- 4,4	- 13,2	- 4,9	1,9	0,3	- 6,9	0,6	- 7,4	- 36,3	- 34,4	- 29,3	Dez.
1,5	1,1	0,9	0,2	9,1	3,8	2,9	5,3	- 0,9	6,2	80,2	79,8	- 62,3	2021 Jan.
2,3	- 0,2	- 2,4	2,3	0,3	3,7	2,4	- 3,4	0,1	- 3,4	6,3	8,9	- 55,4	Febr.
1,9	0,9	- 1,3	2,2	4,6	4,2	4,9	0,4	0,1	0,3	2,8	3,3	- 15,3	März
1,0	- 5,0	1,7	- 6,7	- 3,6	0,9	0,7	- 4,5	1,5	- 6,0	26,0	29,0	- 28,8	April
2,7	0,4	- 0,3	0,7	- 5,6	- 0,1	0,3	- 5,5	- 1,9	- 3,6	- 11,4	- 11,4	- 28,0	Mai
0,8	- 8,1	- 1,4	- 6,7	7,8	- 0,4	- 0,6	8,2	0,4	7,7	- 5,7	- 5,3	19,9	Juni
0,4	0,7	2,3	- 1,5	1,0	5,6	4,8	- 4,7	- 0,2	- 4,5	- 15,0	- 16,5	38,7	Juli
1,2	- 3,4	- 3,5	0,1	1,4	1,2	2,2	0,1	- 0,3	0,4	- 12,3	- 9,3	- 10,7	Aug.

aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungsdaten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II,1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Passiva

Mrd €

Zeit	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet									
	Bilanz- summe 1)	von Banken			insgesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland					Einlagen von Nicht-		
		insgesamt	im Inland	in anderen Mitglieds- ländern		zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		zusammen	täglich fällig
								darunter bis zu 2 Jahren		darunter bis zu 3 Monaten			
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende												
2011	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 143,3	1 155,8	362,6	616,1	515,3	78,8	25,9
2012	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2
2013	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8
2014	7 802,3	1 324,0	1 112,3	211,7	3 197,7	3 107,4	1 514,3	985,4	298,1	607,7	531,3	79,7	34,4
2015	7 665,2	1 267,8	1 065,9	201,9	3 307,1	3 215,1	1 670,2	948,4	291,5	596,4	534,5	80,8	35,3
2016	7 792,6	1 205,2	1 033,2	172,0	3 411,3	3 318,5	1 794,8	935,3	291,2	588,5	537,0	84,2	37,2
2017	7 710,8	1 233,6	1 048,6	184,9	3 529,1	3 411,1	1 936,6	891,7	274,2	582,8	541,0	108,6	42,5
2018	7 776,0	1 213,8	1 021,8	192,0	3 642,8	3 527,0	2 075,5	872,9	267,2	578,6	541,1	104,5	45,0
2019	8 311,0	1 242,8	1 010,4	232,4	3 778,1	3 649,8	2 230,9	843,7	261,7	575,1	540,5	116,3	54,6
2020	8 943,3	1 493,2	1 237,0	256,3	4 021,6	3 836,7	2 508,4	767,8	227,1	560,5	533,2	135,1	57,0
2019 Nov.	8 509,2	1 326,4	1 057,3	269,1	3 791,3	3 663,8	2 238,9	849,3	266,7	575,6	539,9	115,8	52,6
Dez.	8 311,0	1 242,8	1 010,4	232,4	3 778,1	3 649,8	2 230,9	843,7	261,7	575,1	540,5	116,3	54,6
2020 Jan.	8 482,2	1 293,2	1 033,0	260,2	3 775,6	3 647,0	2 229,5	846,8	267,2	570,7	537,5	116,3	54,3
Febr.	8 666,7	1 313,5	1 047,8	265,7	3 794,5	3 664,6	2 249,1	847,1	270,3	568,4	535,8	117,0	55,2
März	8 912,6	1 418,4	1 135,8	282,6	3 853,2	3 705,0	2 299,1	841,5	268,6	564,4	532,5	135,5	72,3
April	9 014,6	1 426,3	1 156,6	269,6	3 872,7	3 729,4	2 339,0	826,7	259,6	563,8	532,6	130,3	65,2
Mai	8 915,3	1 386,1	1 112,0	274,0	3 913,5	3 764,4	2 370,9	829,9	266,6	563,6	532,9	136,6	70,6
Juni	9 026,9	1 503,5	1 230,4	273,1	3 906,1	3 754,5	2 379,1	812,8	256,1	562,5	532,8	139,2	71,1
Juli	9 069,0	1 488,7	1 209,5	279,2	3 937,1	3 783,3	2 408,1	814,3	263,0	560,9	531,7	132,9	65,5
Aug.	8 985,5	1 489,8	1 213,2	276,6	3 951,0	3 790,7	2 421,8	808,3	258,8	560,6	531,8	129,7	63,6
Sept.	9 097,4	1 523,9	1 252,4	271,5	3 975,9	3 795,1	2 436,7	798,3	251,4	560,1	531,7	140,6	72,8
Okt.	9 124,3	1 536,3	1 264,9	271,4	4 015,2	3 827,0	2 473,1	794,2	249,1	559,7	531,7	140,8	69,6
Nov.	9 096,0	1 515,4	1 245,5	269,9	4 035,0	3 846,2	2 508,7	778,0	235,3	559,6	532,0	140,2	69,0
Dez.	8 943,3	1 493,2	1 237,0	256,3	4 021,6	3 836,7	2 508,4	767,8	227,1	560,5	533,2	135,1	57,0
2021 Jan.	9 150,4	1 560,0	1 262,3	297,7	4 044,0	3 855,8	2 536,8	757,4	219,4	561,6	534,8	138,4	65,8
Febr.	9 148,1	1 584,4	1 261,7	322,7	4 053,2	3 865,2	2 552,4	750,1	214,1	562,6	536,1	137,7	68,2
März	9 261,9	1 634,1	1 336,6	297,6	4 068,3	3 876,2	2 569,2	744,7	212,3	562,3	536,2	142,2	71,0
April	9 269,2	1 659,9	1 344,1	315,8	4 079,3	3 886,3	2 588,3	735,3	205,8	562,7	536,9	143,0	70,2
Mai	9 277,1	1 661,1	1 353,0	308,1	4 103,8	3 909,2	2 614,0	732,0	205,0	563,2	537,5	146,4	70,4
Juni	9 293,7	1 670,8	1 357,4	313,4	4 088,4	3 890,3	2 605,4	722,3	198,1	562,6	537,1	151,3	76,7
Juli	9 321,9	1 682,5	1 362,0	320,4	4 110,8	3 918,9	2 638,6	718,3	196,7	562,0	536,8	146,4	74,0
Aug.	9 318,9	1 686,5	1 365,8	320,7	4 119,2	3 925,6	2 648,6	715,5	194,1	561,5	536,6	147,8	74,6
	Veränderungen 4)												
2012	- 129,2	- 68,7	- 70,0	1,3	57,8	67,1	156,1	- 90,4	- 50,2	1,5	14,1	- 1,4	5,4
2013	- 703,6	- 106,2	- 73,9	- 32,3	39,1	47,8	111,5	- 56,3	- 26,6	- 7,3	4,0	2,6	3,3
2014	206,8	- 28,4	- 32,2	3,9	62,7	71,6	106,0	- 32,1	3,1	- 2,4	- 2,4	- 2,5	0,0
2015	- 191,4	- 62,1	- 50,3	- 11,9	104,1	104,8	153,2	- 37,0	- 10,1	- 11,3	4,2	- 0,4	- 0,3
2016	184,3	- 31,6	- 2,2	- 29,4	105,7	105,2	124,3	- 11,1	1,4	- 8,0	2,4	2,7	1,9
2017	8,0	30,6	14,8	15,8	124,2	107,7	145,8	- 32,5	- 15,3	- 5,6	1,5	16,4	5,8
2018	101,8	- 20,1	- 25,7	5,6	112,4	114,7	137,7	- 18,8	- 6,5	- 4,3	1,2	- 4,3	2,3
2019	483,4	12,6	- 10,0	22,6	132,1	120,0	154,1	- 30,6	- 6,6	- 3,4	- 0,6	10,6	8,7
2020	769,5	340,0	317,0	23,0	244,9	188,4	277,6	- 74,7	- 34,9	- 14,5	- 7,2	18,7	1,8
2019 Dez.	- 187,4	- 82,4	- 46,4	- 36,0	- 12,2	- 13,2	- 7,3	- 5,4	- 4,9	- 0,5	0,6	0,7	2,2
2020 Jan.	162,1	49,3	22,2	27,2	- 3,4	- 3,5	- 2,0	2,9	5,3	- 4,5	- 3,0	- 0,1	0,4
Febr.	193,8	20,0	14,6	5,4	18,5	17,3	19,4	0,2	3,0	- 2,2	- 1,7	0,6	0,9
März	251,0	104,6	87,7	16,9	58,9	40,4	50,1	- 5,6	- 1,7	- 4,0	- 3,4	18,5	17,1
April	96,1	7,0	20,3	- 13,3	18,8	24,0	39,6	- 15,0	- 9,2	- 0,7	0,1	- 5,3	- 7,1
Mai	- 40,6	22,0	16,8	5,2	34,0	33,3	29,9	3,6	7,3	- 0,2	0,3	1,2	0,1
Juni	118,6	118,2	118,9	- 0,7	- 7,0	- 9,6	8,3	- 16,8	- 10,5	- 1,1	- 0,1	2,6	0,6
Juli	67,5	- 11,0	- 19,0	8,1	34,1	31,5	31,0	2,1	7,4	- 1,6	- 1,1	- 5,7	- 5,4
Aug.	- 79,5	1,6	4,0	- 2,4	14,4	7,7	13,8	- 5,9	- 4,1	- 0,2	0,2	- 3,2	- 1,9
Sept.	104,9	33,1	38,7	- 5,7	24,1	3,7	14,4	- 10,2	- 7,6	- 0,5	- 0,1	10,7	9,1
Okt.	25,2	12,3	12,4	- 0,1	39,1	32,1	36,4	- 3,9	- 3,3	- 0,4	- 0,0	0,1	- 3,3
Nov.	12,0	8,2	8,4	- 0,1	25,6	20,2	36,4	- 16,0	- 13,6	- 0,1	0,3	4,1	3,9
Dez.	- 141,5	- 25,2	- 7,9	- 17,3	- 12,3	- 8,7	0,3	- 10,0	- 8,0	1,0	1,3	- 4,8	- 11,8
2021 Jan.	201,4	65,4	25,0	40,4	21,0	18,6	28,1	- 10,6	- 7,8	1,1	1,6	2,6	9,7
Febr.	- 2,3	24,4	- 0,7	25,1	9,0	9,2	15,5	- 7,3	- 5,3	1,0	1,3	- 0,7	2,4
März	100,0	47,8	73,8	- 26,0	13,6	9,9	15,8	- 5,6	- 1,9	- 0,3	0,1	4,0	2,5
April	21,2	27,6	8,3	19,3	12,5	11,2	20,1	- 9,4	- 6,5	0,4	0,7	1,2	- 0,6
Mai	10,7	0,6	9,1	- 8,5	24,9	23,2	26,0	- 3,2	- 0,7	0,5	0,6	3,5	0,3
Juni	5,3	8,2	3,7	4,4	- 16,6	- 19,8	- 9,4	- 9,8	- 7,1	- 0,6	- 0,4	4,5	6,1
Juli	26,3	14,4	7,4	7,0	22,3	28,6	33,2	- 4,1	- 1,4	- 0,6	- 0,3	- 4,9	- 3,1
Aug.	- 3,2	4,1	3,8	0,3	8,0	6,7	10,0	- 2,8	- 2,6	- 0,5	- 0,3	1,0	0,2

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von Zentralregie-

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarkt-fonds-anteile 3)	Begebene Schuldverschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen 1)	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten			insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)				
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	2011
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	2012
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	2013
42,0	15,9	3,3	2,7	10,6	10,5	3,4	3,5	1 077,6	39,6	535,3	535,4	1 125,6	2014
42,2	16,0	3,3	2,8	11,3	9,6	2,5	3,5	1 017,7	48,3	526,2	569,3	971,1	2015
43,9	15,8	3,1	2,6	8,6	7,9	2,2	2,4	1 030,3	47,2	643,4	591,5	906,3	2016
63,2	19,7	2,9	2,6	9,4	8,7	3,3	2,1	994,5	37,8	603,4	686,0	658,8	2017
56,7	15,8	2,8	2,5	11,3	10,5	0,8	2,4	1 034,0	31,9	575,9	695,6	610,7	2018
59,0	16,5	2,7	2,4	12,0	11,2	1,5	1,9	1 063,2	32,3	559,4	728,6	935,6	2019
75,6	30,6	2,6	2,3	49,8	48,6	9,4	2,5	1 056,9	21,2	617,6	710,8	1 031,3	2020
60,6	18,3	2,7	2,4	11,7	10,6	1,7	2,0	1 076,7	33,7	653,6	723,6	933,9	2019 Nov.
59,0	16,5	2,7	2,4	12,0	11,2	1,5	1,9	1 063,2	32,3	559,4	728,6	935,6	Dez.
59,4	17,1	2,7	2,4	12,3	10,8	2,5	1,8	1 078,0	36,0	622,5	712,5	996,0	2020 Jan.
59,2	15,3	2,6	2,4	12,9	11,2	2,0	1,9	1 087,4	34,6	638,8	714,0	1 114,6	Febr.
60,6	16,5	2,6	2,4	12,8	11,2	1,7	2,5	1 074,1	30,8	674,1	713,4	1 175,2	März
62,4	17,6	2,6	2,4	13,0	11,1	3,4	2,4	1 078,1	29,6	704,0	693,5	1 234,2	April
63,4	16,4	2,6	2,4	12,5	10,8	2,2	2,2	1 076,9	28,8	693,7	686,4	1 154,4	Mai
65,4	19,2	2,6	2,4	12,5	11,8	0,9	2,1	1 074,0	28,6	696,8	702,1	1 141,4	Juni
64,8	20,2	2,6	2,3	20,8	20,1	2,1	1,9	1 067,4	25,9	698,3	694,7	1 178,9	Juli
63,6	19,3	2,6	2,3	30,6	29,8	1,7	1,9	1 063,9	25,5	682,1	699,9	1 095,2	Aug.
65,2	21,8	2,6	2,3	40,2	39,0	1,2	2,6	1 077,3	25,6	687,1	720,4	1 108,9	Sept.
68,6	25,0	2,6	2,3	47,3	46,6	1,4	2,7	1 075,1	24,6	687,8	712,4	1 093,3	Okt.
68,7	24,3	2,6	2,3	48,5	47,6	9,1	2,5	1 070,0	23,3	696,7	713,1	1 054,3	Nov.
75,6	30,6	2,6	2,3	49,8	48,6	9,4	2,5	1 056,9	21,2	617,6	710,8	1 031,3	Dez.
70,0	23,7	2,6	2,3	49,7	48,3	6,3	2,5	1 058,8	19,7	790,8	708,3	979,7	2021 Jan.
67,0	20,5	2,5	2,3	50,3	48,2	4,5	2,5	1 068,3	19,6	803,5	702,4	929,4	Febr.
68,7	22,0	2,5	2,3	49,9	48,9	6,7	2,9	1 090,4	21,5	833,7	712,0	913,8	März
70,3	23,2	2,5	2,3	50,0	48,6	5,1	2,9	1 091,8	21,0	839,1	705,9	885,3	April
73,5	26,7	2,5	2,3	48,2	46,6	6,0	2,3	1 087,7	23,5	854,7	702,7	858,8	Mai
72,0	25,9	2,5	2,3	46,9	45,6	4,5	2,3	1 084,6	23,8	836,9	725,4	880,7	Juni
69,9	22,9	2,5	2,3	45,5	44,3	6,0	2,3	1 087,2	23,5	800,0	719,2	913,9	Juli
70,7	24,0	2,5	2,3	45,7	44,0	7,4	2,3	1 089,9	25,5	790,7	725,0	898,0	Aug.
Veränderungen 4)													
- 7,2	- 3,6	0,5	0,3	- 7,9	- 9,2	- 19,6	1,2	- 107,0	- 18,6	- 54,2	21,0	- 68,5	2012
- 0,5	- 2,2	- 0,3	- 0,1	- 11,3	- 10,0	- 4,1	- 3,2	- 104,9	- 17,6	- 134,1	18,9	- 417,1	2013
- 2,3	- 1,2	- 0,2	- 0,1	- 6,4	- 4,8	- 3,4	- 0,6	- 63,7	- 0,2	- 35,9	26,1	- 178,3	2014
- 0,1	0,0	0,0	0,1	- 0,4	- 1,9	- 1,0	- 0,0	- 86,8	- 7,7	- 30,3	28,0	- 143,2	2015
1,1	0,0	- 0,3	- 0,1	- 2,2	- 1,2	- 0,3	- 1,1	8,6	- 1,3	116,1	26,4	- 39,5	2016
10,8	4,2	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 1,1	- 0,3	- 3,3	- 8,5	- 16,1	34,1	- 162,3	2017
- 6,4	- 4,1	- 0,1	- 0,1	2,1	2,1	- 2,6	0,3	30,0	- 5,9	- 36,0	7,4	10,3	2018
2,0	0,6	- 0,1	- 0,1	1,4	1,4	5,6	- 0,5	22,3	0,1	- 47,9	30,0	329,1	2019
17,0	14,3	- 0,1	- 0,1	37,8	37,3	3,6	0,6	11,8	- 9,3	61,6	- 1,5	108,5	2020
- 1,5	- 1,7	- 0,0	- 0,0	0,3	0,6	- 0,2	- 0,1	- 9,2	- 1,3	- 90,5	6,4	0,7	2019 Dez.
0,3	0,5	- 0,0	- 0,0	0,3	- 0,5	1,1	- 0,1	11,0	- 3,5	59,9	- 17,2	61,4	2020 Jan.
0,3	- 1,8	- 0,0	- 0,0	0,6	0,4	- 0,6	0,1	8,6	- 1,4	15,5	1,3	130,4	Febr.
1,4	1,2	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,3	0,6	- 11,9	- 3,8	36,2	- 0,3	63,2	März
1,8	1,1	- 0,0	- 0,0	0,1	- 0,1	1,7	- 0,1	1,6	- 1,3	27,6	- 20,7	60,3	April
1,1	- 1,1	- 0,0	- 0,0	- 0,5	- 0,3	- 1,2	- 0,1	5,1	- 0,6	- 21,9	3,5	- 82,0	Mai
2,0	2,8	- 0,0	0,0	0,0	1,0	- 1,3	- 0,2	- 1,3	- 0,1	4,6	16,4	- 10,8	Juni
- 0,3	- 1,2	- 0,0	- 0,0	8,3	8,3	1,3	- 0,2	3,3	- 1,2	10,9	- 4,3	33,3	Juli
- 1,3	- 0,8	- 0,0	- 0,0	9,8	9,8	- 0,5	0,0	- 2,2	- 0,4	- 14,9	5,7	- 83,7	Aug.
1,6	2,4	- 0,0	- 0,0	9,6	9,2	- 0,5	0,7	10,5	0,0	2,6	19,6	14,9	Sept.
3,4	3,2	- 0,0	- 0,0	7,0	7,5	0,3	0,1	- 2,9	- 1,0	- 0,1	- 8,2	- 15,5	Okt.
0,2	- 0,6	- 0,0	- 0,0	1,2	1,0	3,3	- 0,2	- 0,9	- 1,2	12,6	3,3	- 39,9	Nov.
7,0	6,3	0,0	0,0	1,3	1,0	0,3	- 0,0	- 9,0	- 1,9	- 71,4	- 0,7	- 23,2	Dez.
- 7,1	- 6,9	0,0	0,0	- 0,1	- 0,2	- 3,0	- 0,0	- 0,5	- 1,5	171,3	- 3,7	- 49,0	2021 Jan.
- 3,1	- 3,2	- 0,0	- 0,0	0,6	- 0,2	- 1,8	- 0,0	8,9	- 0,1	12,2	- 6,2	- 48,9	Febr.
1,5	1,3	- 0,0	0,0	- 0,4	0,8	2,1	0,5	15,7	1,7	24,0	7,1	- 10,8	März
1,8	1,3	- 0,0	- 0,0	0,1	- 0,4	- 2,2	- 0,1	7,3	- 0,4	11,1	- 3,7	- 31,3	April
- 3,2	- 3,5	- 0,0	- 0,0	- 1,8	- 1,9	0,9	- 0,1	- 2,7	2,5	17,0	- 2,8	- 27,1	Mai
- 1,6	- 0,9	- 0,0	- 0,0	- 1,3	- 1,0	- 1,5	0,1	- 7,7	0,2	- 22,7	20,9	24,6	Juni
- 1,8	- 2,7	- 0,0	- 0,0	- 1,4	- 1,3	1,5	- 0,1	2,3	- 0,2	- 37,2	- 5,4	28,5	Juli
0,8	1,0	- 0,0	- 0,0	0,3	- 0,2	1,4	- 0,0	2,9	2,1	- 9,3	- 5,6	- 15,8	Aug.

rungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusam-

men mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II,1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2021 März	1 494	9 321,2	1 029,8	2 559,8	2 068,8	487,7	4 563,9	407,6	3 439,2	0,3	698,3	95,1	1 072,7
April	1 494	9 329,3	1 107,6	2 534,6	2 048,7	482,7	4 549,4	395,3	3 447,6	0,3	687,5	95,1	1 042,7
Mai	1 492	9 338,4	1 090,9	2 580,8	2 095,4	482,1	4 555,7	391,2	3 459,0	0,2	688,8	95,3	1 015,6
Juni	1 487	9 355,0	1 089,8	2 569,0	2 084,1	481,5	4 564,4	391,3	3 465,9	0,3	690,6	95,4	1 036,5
Juli	1 484	9 383,6	1 106,7	2 511,3	2 028,4	480,2	4 592,5	400,2	3 487,5	0,3	685,3	94,3	1 078,9
Aug.	1 483	9 380,8	1 062,6	2 551,2	2 072,1	476,6	4 603,8	397,8	3 501,6	0,2	683,4	94,6	1 068,6
Kreditbanken 6)													
2021 Juli	255	3 942,0	588,9	1 080,0	996,3	82,8	1 428,0	256,4	952,9	0,2	205,6	32,4	812,7
Aug.	257	3 918,9	577,6	1 074,2	991,1	82,1	1 431,0	255,3	954,4	0,2	205,7	32,6	803,6
Großbanken 7)													
2021 Juli	3	2 146,2	195,5	524,6	492,2	32,3	675,8	129,8	437,9	0,0	100,5	26,8	723,6
Aug.	3	2 142,2	196,4	524,3	492,1	32,2	678,0	131,5	437,6	0,0	101,2	27,0	716,5
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2021 Juli	143	1 328,7	247,0	354,1	304,8	49,0	640,9	92,0	445,1	0,1	99,0	4,8	82,0
Aug.	143	1 329,9	252,3	349,9	301,0	48,3	643,1	90,6	447,1	0,1	98,4	4,8	79,8
Zweigstellen ausländischer Banken													
2021 Juli	109	467,0	146,4	201,3	199,3	1,6	111,4	34,6	69,8	0,1	6,1	0,7	7,1
Aug.	111	446,8	129,0	200,1	198,0	1,6	109,8	33,2	69,7	0,0	6,1	0,7	7,2
Landesbanken													
2021 Juli	6	851,5	90,3	261,3	211,6	49,5	394,1	38,4	313,1	0,0	40,6	7,8	98,0
Aug.	6	850,5	119,7	230,9	182,2	48,5	394,3	36,1	316,1	0,0	40,4	7,8	97,8
Sparkassen													
2021 Juli	372	1 526,6	180,4	171,2	53,3	117,8	1 137,1	46,2	913,7	-	175,8	15,0	22,9
Aug.	371	1 530,9	179,9	169,9	52,9	117,0	1 142,7	46,7	919,1	-	176,1	15,0	23,4
Kreditgenossenschaften													
2021 Juli	805	1 114,4	60,6	198,5	84,5	113,8	811,1	32,3	656,7	0,0	121,8	18,6	25,6
Aug.	803	1 120,1	60,7	199,2	85,7	113,3	815,6	32,4	661,0	0,0	121,9	18,7	25,9
Realkreditinstitute													
2021 Juli	10	246,4	10,9	19,4	10,4	8,7	207,1	2,7	185,5	-	18,8	0,2	8,9
Aug.	10	246,1	10,7	19,7	10,7	8,6	207,3	2,7	185,8	-	18,7	0,2	8,2
Bausparkassen													
2021 Juli	18	248,9	2,5	43,9	28,2	15,7	198,8	1,0	172,2	.	25,6	0,3	3,5
Aug.	18	250,0	2,6	44,1	28,3	15,7	199,5	1,0	172,9	.	25,7	0,3	3,5
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben													
2021 Juli	18	1 454,0	173,0	737,1	644,2	91,8	416,4	23,3	293,3	0,0	97,1	20,1	107,3
Aug.	18	1 464,4	111,4	813,2	721,2	91,3	413,4	23,6	292,2	0,0	95,0	20,1	106,3
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)													
2021 Juli	142	1 600,6	296,9	570,2	533,1	36,4	568,5	108,3	358,3	0,2	97,0	3,7	161,2
Aug.	144	1 576,9	278,2	565,8	528,8	36,1	569,3	105,1	358,4	0,1	98,3	3,7	159,8
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)													
2021 Juli	33	1 133,5	150,4	368,9	333,8	34,8	457,2	73,7	288,5	0,1	91,0	3,0	154,0
Aug.	33	1 130,1	149,3	365,8	330,8	34,5	459,4	71,9	288,7	0,1	92,2	3,0	152,6

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. 1 Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. 2 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 In den Termineinlagen enthalten. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. 5 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	Spareinlagen 4)		Sparbriefe					
	Sichteinlagen	Termineinlagen			bis 1 Jahr einschl. über 1 Jahr 2)			insgesamt	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist						
Alle Bankengruppen															
2 327,6	655,7	1 671,9	4 214,7	2 722,9	243,4	651,8	42,9	568,5	541,9	28,0	1 195,6	548,9	1 034,5	2021 März	
2 351,7	658,3	1 693,4	4 231,4	2 745,3	244,2	645,4	49,7	568,9	542,5	27,6	1 184,0	555,0	1 007,1	April	
2 365,0	653,9	1 711,1	4 260,3	2 768,9	248,3	646,9	50,8	569,4	543,1	26,8	1 176,6	550,7	985,8	Mai	
2 373,2	672,2	1 701,0	4 227,2	2 760,4	232,4	639,4	41,7	568,7	542,7	26,2	1 184,3	560,1	1 010,2	Juni	
2 342,3	661,1	1 681,1	4 256,8	2 797,7	229,1	635,9	49,5	568,1	542,4	26,0	1 179,4	560,4	1 044,8	Juli	
2 334,1	648,3	1 685,8	4 269,4	2 814,9	224,4	636,8	54,7	567,6	542,1	25,8	1 186,0	560,6	1 030,6	Aug.	
Kreditbanken 6)															
1 186,7	486,3	700,3	1 673,3	1 185,4	149,0	226,8	48,1	100,9	97,0	11,2	163,9	185,3	732,9	2021 Juli	
1 167,9	465,6	702,3	1 682,7	1 194,7	148,3	227,4	52,9	101,2	97,4	11,1	163,7	185,3	719,3	Aug.	
Großbanken 7)															
469,2	189,8	279,4	830,6	585,5	78,9	79,4	38,6	85,6	82,4	1,2	122,7	72,2	651,6	2021 Juli	
475,6	185,5	290,1	834,2	588,9	78,9	79,3	43,4	85,9	82,7	1,2	122,7	72,2	637,5	Aug.	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
444,4	134,3	310,0	669,6	476,8	44,4	123,7	9,5	14,8	14,1	9,9	40,8	101,5	72,5	2021 Juli	
439,2	128,7	310,5	676,0	483,2	43,6	124,4	9,5	14,9	14,2	9,8	40,5	101,5	72,7	Aug.	
Zweigstellen ausländischer Banken															
273,2	162,3	110,9	173,1	123,1	25,7	23,7	-	0,4	0,4	0,1	0,4	11,6	8,8	2021 Juli	
253,1	151,5	101,7	172,6	122,6	25,8	23,7	-	0,4	0,4	0,1	0,4	11,6	9,1	Aug.	
Landesbanken															
297,9	60,8	237,2	242,7	146,9	22,7	66,9	0,8	6,1	6,1	0,0	180,2	43,2	87,6	2021 Juli	
300,0	64,2	235,7	240,8	146,3	21,7	66,7	0,6	6,1	6,0	0,0	178,7	43,2	87,9	Aug.	
Sparkassen															
193,9	3,8	190,1	1 136,2	823,9	10,5	13,3	-	277,8	260,9	10,7	17,2	131,9	47,4	2021 Juli	
193,9	3,3	190,7	1 139,8	828,3	10,2	13,2	-	277,5	260,7	10,6	17,1	131,9	48,1	Aug.	
Kreditgenossenschaften															
160,5	1,3	159,2	817,9	589,3	28,0	14,0	-	182,8	178,0	3,8	9,7	93,7	32,6	2021 Juli	
161,3	1,6	159,7	822,1	594,0	27,8	14,3	-	182,3	177,6	3,8	9,7	93,9	33,1	Aug.	
Realkreditinstitute															
62,0	2,4	59,6	60,7	1,9	4,1	54,7	-	-	-	-	103,4	10,0	10,3	2021 Juli	
62,0	2,3	59,7	60,2	2,0	3,9	54,3	-	-	-	-	104,2	10,0	9,7	Aug.	
Bausparkassen															
30,8	2,0	28,7	191,7	3,5	1,5	186,2	-	0,5	0,5	0,1	3,3	12,3	10,9	2021 Juli	
31,8	2,0	29,8	191,8	3,5	1,5	186,4	-	0,5	0,5	0,1	3,3	12,3	10,9	Aug.	
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben															
410,5	104,5	306,0	134,3	46,8	13,5	73,9	0,5	-	-	-	701,8	84,1	123,2	2021 Juli	
417,3	109,4	307,8	132,0	46,2	11,1	74,6	1,2	-	-	-	709,5	84,1	121,6	Aug.	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
683,9	308,9	374,9	638,2	485,0	52,0	78,0	8,0	19,9	19,6	3,2	37,5	78,7	162,3	2021 Juli	
654,2	290,3	363,8	642,3	486,2	53,5	79,4	9,3	20,0	19,7	3,2	37,4	78,7	164,3	Aug.	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
410,7	146,7	264,0	465,2	361,9	26,3	54,3	8,0	19,5	19,2	3,1	37,0	67,1	153,5	2021 Juli	
401,0	138,9	262,1	469,7	363,6	27,7	55,7	9,3	19,6	19,3	3,1	37,0	67,1	155,1	Aug.	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG), Deutsche Postbank AG (ab Dezember 2004 bis April 2018) und DB Privat- und Firmenkundenbank AG (ab Mai 2018) (siehe Erläuterungen

im Statistischen Beiheft 1, Bankenstatistik, Tabelle I.3, Bankengruppenbezeichnung „Großbanken“). 8 Summe der in anderen Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)						Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)				
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2011	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	–	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2012	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	–	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2014	18,9	81,3	1 425,9	1 065,6	0,0	2,1	358,2	1,7	3 167,3	2 712,2	0,4	0,7	454,0
2015	19,2	155,0	1 346,6	1 062,6	0,0	1,7	282,2	1,7	3 233,9	2 764,0	0,4	0,4	469,0
2016	25,8	284,0	1 364,9	1 099,8	0,0	0,8	264,3	2,0	3 274,3	2 823,8	0,3	0,4	449,8
2017	31,9	392,5	1 407,5	1 163,4	0,0	0,7	243,4	1,9	3 332,6	2 894,0	0,4	0,7	437,5
2018	40,4	416,1	1 323,5	1 083,8	0,0	0,8	239,0	5,9	3 394,5	2 990,2	0,2	0,2	403,9
2019	43,2	476,6	1 254,7	1 016,2	0,0	0,7	237,9	4,5	3 521,5	3 119,2	0,3	3,3	398,7
2020	47,2	792,9	1 367,9	1 119,7	0,0	0,7	247,5	8,8	3 647,0	3 245,1	0,2	4,0	397,7
2020 März	47,9	621,7	1 273,0	1 029,4	0,0	1,0	242,6	5,1	3 580,0	3 174,1	0,2	5,1	400,6
April	48,4	582,3	1 334,6	1 090,6	0,0	1,2	242,8	5,0	3 594,3	3 185,3	0,2	7,2	401,6
Mai	47,8	586,2	1 291,8	1 044,7	0,0	1,1	246,0	6,0	3 620,9	3 204,2	0,1	10,1	406,4
Juni	45,7	767,6	1 270,4	1 019,6	0,0	1,1	249,6	6,9	3 621,1	3 206,6	0,2	8,0	406,2
Juli	45,2	810,5	1 270,5	1 019,2	0,0	1,2	250,0	7,5	3 625,7	3 217,2	0,2	8,0	400,3
Aug.	45,7	760,8	1 348,1	1 096,7	0,0	1,1	250,3	7,8	3 629,7	3 219,6	0,2	9,4	400,5
Sept.	45,8	884,4	1 293,9	1 041,1	0,0	1,0	251,8	8,3	3 634,2	3 224,4	0,2	8,4	401,3
Okt.	46,1	811,0	1 397,3	1 145,2	0,0	0,8	251,2	8,6	3 651,1	3 237,6	0,2	9,0	404,3
Nov.	45,4	863,2	1 351,9	1 101,3	0,0	0,8	249,8	8,6	3 661,1	3 247,4	0,2	7,6	405,8
Dez.	47,2	792,9	1 367,9	1 119,7	0,0	0,7	247,5	8,8	3 647,0	3 245,1	0,2	4,0	397,7
2021 Jan.	44,6	1 009,1	1 283,1	1 032,1	0,0	0,7	250,2	9,2	3 654,0	3 250,7	0,3	6,6	396,3
Febr.	45,0	929,2	1 382,3	1 130,2	0,0	1,0	251,1	9,6	3 669,3	3 261,7	0,2	7,4	400,0
März	45,5	983,4	1 419,4	1 160,8	0,0	0,9	257,7	9,8	3 699,1	3 287,5	0,2	6,7	404,7
April	44,7	1 062,1	1 362,4	1 105,7	0,0	0,9	255,8	9,8	3 693,9	3 287,5	0,2	5,6	400,5
Mai	45,4	1 044,7	1 423,6	1 167,3	0,0	0,9	255,4	10,1	3 709,6	3 300,2	0,1	4,6	404,7
Juni	46,1	1 042,8	1 409,7	1 153,8	0,0	0,8	255,1	10,3	3 709,2	3 305,7	0,2	5,8	397,6
Juli	46,3	1 059,2	1 372,0	1 118,1	0,0	0,8	253,2	10,3	3 725,3	3 322,9	0,2	6,1	396,2
Aug.	46,5	1 015,2	1 425,2	1 172,4	0,0	0,8	252,1	10,3	3 736,4	3 332,8	0,1	5,5	398,0
Veränderungen *)													
2012	+ 2,7	+ 40,5	– 68,6	– 37,5	–	– 4,6	– 26,5	+ 0,1	+ 21,0	+ 9,8	– 0,2	– 4,3	+ 15,7
2013	+ 0,0	– 48,8	– 204,1	– 170,6	+ 0,0	– 0,7	– 32,7	– 0,2	+ 4,4	+ 0,3	– 0,1	– 0,6	+ 4,8
2014	+ 0,4	– 4,3	– 119,3	– 87,1	+ 0,0	+ 0,4	– 32,6	+ 0,1	+ 36,7	+ 20,6	– 0,1	– 0,6	+ 16,8
2015	+ 0,3	+ 73,7	– 80,7	– 4,3	– 0,0	– 0,4	– 75,9	– 0,1	+ 68,9	+ 54,1	– 0,0	– 0,3	+ 15,1
2016	+ 6,5	+ 129,1	+ 48,1	+ 66,9	–	– 0,9	– 17,9	+ 0,4	+ 43,7	+ 62,8	– 0,1	– 0,1	– 18,9
2017	+ 6,1	+ 108,4	+ 50,3	+ 70,4	– 0,0	+ 0,0	– 20,1	– 0,1	+ 57,0	+ 70,2	+ 0,0	+ 0,4	– 13,6
2018	+ 8,5	+ 24,0	– 81,0	– 76,6	+ 0,0	+ 0,1	– 4,4	+ 3,8	+ 71,5	+ 105,4	– 0,1	– 0,5	– 33,2
2019	+ 2,8	+ 59,7	– 63,0	– 61,1	– 0,0	– 0,2	– 1,6	– 1,4	+ 126,7	+ 129,1	+ 0,1	+ 3,1	– 5,5
2020	+ 4,1	+ 316,4	+ 201,2	+ 191,6	– 0,0	+ 0,0	+ 9,6	+ 4,3	+ 123,2	+ 123,6	– 0,1	+ 0,7	– 1,1
2020 März	+ 7,8	+ 112,4	– 7,0	– 5,9	–	+ 0,1	– 1,3	+ 0,0	+ 35,3	+ 32,1	– 0,1	+ 0,4	+ 2,8
April	+ 0,5	– 39,4	+ 61,6	+ 61,2	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,2	– 0,0	+ 14,4	+ 11,2	– 0,1	+ 2,2	+ 1,0
Mai	– 0,6	+ 3,9	+ 16,9	+ 13,7	–	– 0,1	+ 3,2	+ 0,9	+ 24,1	+ 16,4	– 0,0	+ 2,9	+ 4,8
Juni	– 2,1	+ 181,4	– 21,4	– 25,0	–	– 0,0	+ 3,6	+ 0,9	+ 0,2	+ 2,4	+ 0,0	– 2,1	– 0,2
Juli	– 0,5	+ 42,9	+ 0,1	– 0,4	–	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,6	+ 4,6	+ 10,5	– 0,0	+ 0,0	– 5,9
Aug.	+ 0,5	– 49,7	+ 77,6	+ 77,5	– 0,0	– 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 4,0	+ 2,4	+ 0,0	+ 1,4	+ 0,2
Sept.	+ 0,1	+ 123,6	– 54,2	– 55,6	+ 0,0	– 0,0	+ 1,5	+ 0,5	+ 4,6	+ 4,8	+ 0,0	– 1,0	+ 0,7
Okt.	+ 0,2	– 73,5	+ 103,4	+ 104,2	–	– 0,2	– 0,6	+ 0,3	+ 16,5	+ 12,9	+ 0,0	+ 0,6	+ 3,0
Nov.	– 0,6	+ 52,3	– 17,1	– 15,6	– 0,0	– 0,0	– 1,5	– 0,0	+ 10,6	+ 10,5	– 0,0	– 1,4	+ 1,6
Dez.	+ 1,8	– 70,3	+ 16,0	+ 18,4	–	– 0,1	– 2,3	+ 0,2	– 14,1	– 2,3	+ 0,0	– 3,6	– 8,1
2021 Jan.	– 2,6	+ 216,2	– 84,9	– 87,8	+ 0,0	+ 0,0	+ 2,8	+ 0,4	+ 6,6	+ 5,3	+ 0,0	+ 2,6	– 1,4
Febr.	+ 0,3	– 79,9	+ 98,9	+ 97,8	–	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,4	+ 15,3	+ 11,0	– 0,0	+ 0,7	+ 3,6
März	+ 0,6	+ 54,3	+ 37,1	+ 30,6	–	– 0,1	+ 6,6	+ 0,2	+ 29,7	+ 25,6	– 0,0	– 1,4	+ 5,4
April	– 0,8	+ 78,7	– 56,7	– 54,9	– 0,0	– 0,1	– 1,7	+ 0,0	– 5,2	+ 0,0	– 0,0	– 1,1	– 4,1
Mai	+ 0,8	– 17,5	+ 61,2	+ 61,6	–	+ 0,0	– 0,4	+ 0,4	+ 15,6	+ 12,5	– 0,0	+ 1,1	+ 4,2
Juni	+ 0,6	– 1,9	– 13,6	– 13,3	– 0,0	– 0,1	– 0,3	+ 0,1	– 0,4	+ 5,5	+ 0,0	+ 1,3	+ 7,1
Juli	+ 0,2	+ 15,3	– 35,1	– 33,1	–	– 0,0	– 1,9	+ 0,1	+ 16,1	+ 17,2	+ 0,0	+ 0,3	– 1,4
Aug.	+ 0,2	– 43,8	+ 53,4	+ 54,4	–	+ 0,1	– 1,1	– 0,0	+ 10,9	+ 9,7	– 0,0	– 0,6	+ 1,8

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldver-

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namens-

IV. Banken

Ausgleichs-forderungen 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an inländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
			insgesamt	Sichteinlagen 4)	Termin-ein-lagen 4)	weiter-gegebene Wechsel 5)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichtein-lagen	Termin-ein-lagen 6)	Spar-ein-lagen 7)	Spar-briefe 8)		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
-	36,3	94,6	1 210,5	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 045,5	1 168,3	1 156,2	616,1	104,8	36,5	2011
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	2013
-	26,5	94,3	1 111,9	127,8	984,0	0,0	11,7	3 118,2	1 517,8	926,7	607,8	66,0	30,9	2014
-	20,4	89,6	1 065,6	131,1	934,5	0,0	6,1	3 224,7	1 673,7	898,4	596,5	56,1	29,3	2015
-	19,1	91,0	1 032,9	129,5	903,3	0,1	5,6	3 326,7	1 798,2	889,6	588,5	50,4	28,8	2016
-	19,1	88,1	1 048,2	110,7	937,4	0,0	5,1	3 420,9	1 941,0	853,2	582,9	43,7	30,0	2017
-	18,0	90,9	1 020,9	105,5	915,4	0,0	4,7	3 537,6	2 080,1	841,5	578,6	37,3	33,9	2018
-	17,3	90,4	1 010,2	107,2	902,9	0,0	4,4	3 661,0	2 236,3	816,2	575,2	33,2	32,5	2019
-	23,5	78,3	1 236,7	125,0	1 111,6	0,0	13,1	3 885,2	2 513,0	783,3	560,6	28,3	34,4	2020
-	16,9	86,3	1 134,7	147,5	987,2	0,0	4,3	3 716,6	2 304,9	815,5	564,5	31,8	32,5	2020 März
-	17,1	86,4	1 154,9	141,2	1 013,6	0,0	4,3	3 741,9	2 345,4	801,6	563,8	31,1	32,8	April
-	19,4	78,8	1 110,9	131,6	979,3	0,0	7,1	3 775,3	2 376,3	804,7	563,6	30,7	33,3	Mai
-	20,8	78,8	1 229,5	131,4	1 098,1	0,0	9,4	3 766,3	2 385,3	788,2	562,6	30,3	33,4	Juni
-	22,2	79,3	1 207,9	125,0	1 082,8	0,0	11,1	3 803,4	2 414,0	798,6	560,9	29,9	33,8	Juli
-	22,5	79,2	1 211,5	126,2	1 085,3	0,0	11,5	3 820,8	2 427,7	802,9	560,6	29,6	34,0	Aug.
-	22,7	79,2	1 251,5	123,8	1 127,8	0,0	12,0	3 834,2	2 442,8	802,0	560,1	29,3	34,3	Sept.
-	22,8	79,4	1 263,7	131,5	1 132,2	0,0	12,3	3 874,1	2 481,4	804,1	559,7	28,9	34,6	Okt.
-	22,9	78,1	1 244,8	134,6	1 110,2	0,0	12,5	3 894,3	2 515,3	790,9	559,6	28,5	34,4	Nov.
-	23,5	78,3	1 236,7	125,0	1 111,6	0,0	13,1	3 885,2	2 513,0	783,3	560,6	28,3	34,4	Dez.
-	23,7	78,2	1 261,6	140,5	1 121,2	0,0	13,6	3 904,5	2 542,0	773,1	561,6	27,9	34,3	2021 Jan.
-	24,0	78,2	1 260,6	138,0	1 122,5	0,0	14,2	3 913,7	2 557,5	766,1	562,6	27,5	34,3	Febr.
-	24,3	78,3	1 336,0	135,4	1 200,6	0,0	14,7	3 925,8	2 575,2	761,2	562,3	27,1	34,4	März
-	24,5	77,7	1 343,0	136,2	1 206,8	0,0	15,1	3 935,7	2 594,6	751,6	562,8	26,8	34,4	April
-	24,7	78,6	1 351,9	140,0	1 211,9	0,0	15,5	3 956,3	2 620,5	746,2	563,2	26,3	34,6	Mai
-	25,0	78,7	1 357,0	132,7	1 224,3	0,0	15,8	3 936,4	2 612,1	735,7	562,6	26,1	34,6	Juni
-	25,1	78,1	1 360,7	136,1	1 224,5	0,0	15,9	3 964,6	2 646,0	730,7	562,0	25,9	34,5	Juli
-	25,2	78,2	1 364,7	135,3	1 229,4	0,0	16,1	3 971,0	2 656,0	727,8	561,5	25,6	34,3	Aug.
Veränderungen *)														
-	- 1,3	- 4,1	- 70,8	+ 21,5	- 91,9	- 0,0	+ 0,2	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	2012
-	- 3,3	+ 2,4	- 79,4	- 24,1	- 55,3	+ 0,0	- 3,4	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 7,4	- 17,0	- 1,7	2013
-	- 1,9	+ 2,0	- 29,0	+ 2,2	- 31,2	- 0,0	- 0,6	+ 69,7	+ 107,9	- 25,3	- 2,4	- 10,6	- 2,0	2014
-	- 2,1	- 4,3	- 46,6	+ 3,3	- 50,0	+ 0,0	- 1,3	+ 106,5	+ 156,2	- 28,3	- 11,3	- 10,1	- 1,6	2015
-	- 1,3	+ 1,5	- 1,7	+ 0,3	- 2,0	+ 0,0	- 0,5	+ 104,7	+ 124,5	- 6,9	- 7,9	- 5,0	- 0,5	2016
-	- 0,0	- 1,6	+ 11,0	- 18,4	+ 29,4	- 0,0	- 0,5	+ 103,1	+ 142,8	- 27,5	- 5,6	- 6,7	+ 0,4	2017
-	- 1,0	+ 3,1	- 25,0	- 3,1	- 21,9	+ 0,0	- 0,4	+ 117,7	+ 139,3	- 10,8	- 4,3	- 6,5	+ 3,9	2018
-	- 0,7	+ 0,1	- 8,6	+ 1,6	- 10,2	+ 0,0	- 0,3	+ 122,5	+ 155,8	- 25,7	- 3,5	- 4,1	- 1,4	2019
-	+ 5,7	- 3,3	+ 313,4	+ 23,2	+ 290,2	- 0,0	+ 8,2	+ 221,6	+ 273,7	- 32,7	- 14,5	- 4,9	+ 1,9	2020
-	- 0,1	+ 0,2	+ 87,9	+ 14,3	+ 73,7	+ 0,0	- 0,0	+ 40,7	+ 50,5	- 5,3	- 4,0	- 0,4	- 0,2	2020 März
-	+ 0,3	+ 0,1	+ 20,2	- 6,2	+ 26,4	+ 0,0	+ 0,0	+ 25,3	+ 40,7	- 14,0	- 0,7	- 0,7	+ 0,2	April
-	+ 2,2	- 0,2	+ 15,6	- 4,6	+ 20,3	- 0,0	+ 2,7	+ 30,5	+ 27,9	+ 3,2	- 0,2	- 0,4	+ 0,6	Mai
-	+ 1,5	+ 0,0	+ 118,6	- 0,2	+ 118,8	- 0,0	+ 2,3	- 9,0	+ 8,8	- 16,4	- 1,1	- 0,4	+ 0,1	Juni
-	+ 0,9	+ 0,5	- 21,7	- 6,4	- 15,2	- 0,0	+ 1,2	+ 37,1	+ 28,7	+ 10,5	- 1,6	- 0,4	+ 0,4	Juli
-	+ 0,3	- 0,1	+ 3,7	+ 1,2	+ 2,4	+ 0,0	+ 0,4	+ 17,4	+ 13,6	+ 4,3	- 0,2	- 0,3	+ 0,2	Aug.
-	+ 0,2	+ 0,0	+ 40,0	- 2,5	+ 42,5	+ 0,0	+ 0,5	+ 13,4	+ 15,1	- 0,9	- 0,5	- 0,4	+ 0,3	Sept.
-	+ 0,1	+ 0,2	+ 12,2	+ 7,7	+ 4,4	-	+ 0,2	+ 40,0	+ 38,6	+ 2,2	- 0,4	- 0,4	+ 0,3	Okt.
-	+ 0,2	+ 0,1	+ 8,3	+ 3,5	+ 4,8	- 0,0	+ 0,3	+ 20,5	+ 34,1	- 13,2	- 0,1	- 0,3	- 0,2	Nov.
-	+ 0,6	+ 0,1	- 8,1	- 9,6	+ 1,5	-	+ 0,5	- 9,2	- 2,3	- 7,6	+ 1,0	- 0,2	- 0,0	Dez.
-	+ 0,2	- 0,1	+ 24,9	+ 15,7	+ 9,2	+ 0,0	+ 0,5	+ 19,2	+ 28,9	- 10,3	+ 1,1	- 0,4	- 0,1	2021 Jan.
-	+ 0,3	+ 0,1	- 1,2	- 2,4	+ 1,2	- 0,0	+ 0,6	+ 9,1	+ 15,4	- 7,0	+ 1,0	- 0,4	- 0,0	Febr.
-	+ 0,3	+ 0,1	+ 75,1	- 2,6	+ 77,7	-	+ 0,5	+ 12,2	+ 17,7	- 4,8	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	März
-	+ 0,2	- 0,6	+ 7,1	+ 0,8	+ 6,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 9,8	+ 19,6	- 9,8	+ 0,4	- 0,3	- 0,0	April
-	+ 0,3	+ 0,3	+ 8,9	+ 3,9	+ 5,0	-	+ 0,5	+ 20,6	+ 26,0	- 5,3	+ 0,5	- 0,5	+ 0,2	Mai
-	+ 0,2	+ 0,1	+ 5,0	- 7,3	+ 12,3	+ 0,0	+ 0,3	- 19,8	- 8,5	- 10,5	- 0,6	- 0,2	- 0,0	Juni
-	+ 0,1	+ 0,1	+ 6,6	+ 3,5	+ 3,1	-	+ 0,1	+ 28,2	+ 33,9	- 5,0	- 0,6	- 0,2	- 0,1	Juli
-	+ 0,2	+ 0,1	+ 4,1	- 0,8	+ 4,9	- 0,0	+ 0,2	+ 6,4	+ 10,0	- 2,9	- 0,5	- 0,2	- 0,2	Aug.

geldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. 5 Eigene Akzepte und Solawechsel im

Umlauf. 6 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 7 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 8. 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)						
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken	
			zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2011	0,6	1 117,6	871,0	566,3	304,8	4,6	241,9	2,6	744,4	455,8	102,0	353,8	8,5	280,1	
2012	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8	
2013	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8	
2014	0,2	1 125,2	884,8	618,7	266,1	7,9	232,5	1,1	735,1	415,2	94,4	320,8	6,5	313,5	
2015	0,3	1 066,9	830,7	555,9	274,7	1,2	235,0	1,0	751,5	424,3	83,8	340,5	7,5	319,7	
2016	0,3	1 055,9	820,6	519,8	300,7	0,5	234,9	1,0	756,2	451,6	90,1	361,4	5,0	299,6	
2017	0,3	963,8	738,2	441,0	297,2	0,7	225,0	2,3	723,9	442,2	93,3	348,9	4,2	277,5	
2018	0,2	1 014,1	771,9	503,8	268,1	1,0	241,3	3,0	762,0	489,6	99,9	389,7	4,3	268,1	
2019	0,2	1 064,2	814,0	532,7	281,3	1,8	248,5	3,7	795,3	513,1	111,0	402,1	7,7	274,5	
2020	0,2	1 024,3	784,8	532,1	252,8	2,6	236,8	4,0	822,8	523,0	125,4	397,5	11,3	288,5	
2020 März	0,3	1 145,4	889,8	615,5	274,4	3,0	252,5	3,5	834,1	543,2	135,7	407,5	11,7	279,2	
April	0,3	1 156,2	899,6	626,2	273,4	2,8	253,8	3,5	843,1	552,5	142,6	410,0	11,4	279,2	
Mai	0,3	1 139,4	884,7	613,2	271,5	3,3	251,4	3,7	849,7	559,2	152,6	406,5	12,1	278,4	
Juni	0,3	1 113,8	860,8	592,4	268,5	3,7	249,3	3,8	838,4	538,2	134,7	403,5	15,8	284,5	
Juli	0,3	1 083,1	834,0	574,4	259,6	3,4	245,7	3,9	829,1	536,3	138,8	397,5	15,1	277,6	
Aug.	0,3	1 066,8	821,2	563,3	257,9	3,5	242,1	4,1	819,9	531,3	133,7	396,6	15,6	272,9	
Sept.	0,2	1 084,3	841,3	583,4	257,9	3,6	239,4	4,1	821,9	530,4	130,3	400,2	15,2	276,3	
Okt.	0,3	1 064,7	822,9	564,5	258,5	3,5	238,3	4,1	839,8	539,3	137,7	401,6	16,5	284,1	
Nov.	0,2	1 056,0	815,8	563,4	252,4	3,5	236,7	4,0	845,6	539,5	139,8	399,7	14,0	292,1	
Dez.	0,2	1 024,3	784,8	532,1	252,8	2,6	236,8	4,0	822,8	523,0	125,4	397,5	11,3	288,5	
2021 Jan.	0,2	1 135,1	897,8	645,6	252,2	2,6	234,7	3,8	846,9	538,6	142,7	395,8	14,0	294,3	
Febr.	0,6	1 146,4	912,7	659,6	253,1	2,2	231,5	3,8	853,6	548,2	150,4	397,7	14,7	290,7	
März	0,2	1 140,4	908,0	646,7	261,3	2,3	230,1	3,8	864,8	559,3	153,3	406,1	11,9	293,5	
April	0,2	1 172,3	943,1	680,7	262,3	2,3	227,0	3,9	855,5	555,5	152,6	402,9	13,0	287,0	
Mai	0,2	1 157,2	928,1	669,8	258,3	2,4	226,8	3,9	846,1	550,1	147,3	402,8	11,9	284,2	
Juni	0,4	1 159,3	930,3	666,6	263,7	2,5	226,4	3,9	855,1	551,6	146,7	404,9	10,5	293,0	
Juli	0,4	1 139,3	910,4	651,3	259,1	1,9	227,0	3,8	867,2	565,0	158,4	406,6	13,1	289,2	
Aug.	0,4	1 125,9	899,8	647,9	251,8	1,6	224,5	3,7	867,4	566,7	158,7	407,9	15,3	285,4	
Veränderungen *)															
2012	+ 0,1	- 70,1	- 56,8	- 23,1	- 33,7	+ 0,9	- 14,1	- 0,1	- 9,4	- 7,5	+ 8,3	- 15,9	+ 0,6	- 2,5	
2013	- 0,5	- 22,7	- 26,9	- 1,3	- 25,6	+ 1,8	+ 2,4	- 0,0	- 21,2	- 33,1	- 5,8	- 27,2	- 0,7	+ 12,6	
2014	- 0,0	+ 86,1	+ 80,1	+ 63,2	+ 16,8	+ 0,7	+ 5,3	- 0,6	+ 5,7	- 10,2	- 12,8	+ 2,7	- 1,8	+ 17,7	
2015	+ 0,1	- 91,8	- 86,0	- 82,2	- 3,8	- 6,7	+ 0,8	- 0,1	- 6,1	- 9,2	- 6,5	- 2,7	+ 1,1	+ 2,0	
2016	+ 0,0	- 25,5	- 14,5	- 38,2	+ 23,7	- 0,7	- 10,3	- 0,0	+ 17,4	+ 28,9	+ 10,1	+ 18,8	- 3,0	- 8,5	
2017	+ 0,0	- 57,2	- 48,7	- 61,5	+ 12,8	+ 0,0	- 8,5	+ 0,6	- 4,7	+ 13,0	+ 8,6	+ 4,4	+ 0,7	- 18,4	
2018	+ 0,0	+ 49,6	+ 34,0	+ 57,7	- 23,7	+ 0,2	+ 15,3	+ 0,7	+ 18,3	+ 28,3	+ 3,2	+ 25,2	- 0,4	- 9,7	
2019	- 0,0	- 4,1	- 11,3	- 21,9	+ 10,7	+ 0,8	+ 6,3	+ 0,7	+ 26,8	+ 19,9	+ 12,7	+ 7,3	+ 3,0	+ 3,8	
2020	- 0,0	- 32,0	- 22,4	- 6,6	- 15,8	+ 0,9	- 10,5	+ 0,3	+ 34,4	+ 14,7	+ 9,0	+ 5,7	+ 3,6	+ 16,1	
2020 März	+ 0,0	+ 27,5	+ 24,9	+ 25,3	- 0,4	+ 0,1	+ 2,5	- 0,3	+ 3,6	+ 1,1	- 0,7	+ 1,7	+ 3,1	- 0,6	
April	+ 0,0	+ 7,4	+ 6,5	+ 5,5	+ 1,0	- 0,2	+ 1,1	- 0,0	+ 6,5	+ 7,2	+ 6,3	+ 0,9	- 0,3	- 0,4	
Mai	- 0,0	- 22,7	- 21,4	- 22,6	+ 1,2	+ 0,5	- 1,8	+ 0,2	+ 3,2	+ 2,4	+ 2,5	- 0,1	+ 0,7	+ 0,1	
Juni	+ 0,0	- 23,5	- 21,8	- 19,6	- 2,2	+ 0,3	- 2,0	+ 0,1	- 9,8	- 19,7	- 17,5	- 2,2	+ 3,7	+ 6,2	
Juli	- 0,0	- 17,9	- 14,4	- 11,2	- 3,2	- 0,2	- 3,3	+ 0,1	- 0,9	+ 5,3	+ 5,9	- 0,6	- 0,7	- 5,4	
Aug.	- 0,0	- 14,4	- 11,1	- 10,0	- 1,1	+ 0,1	- 3,4	+ 0,1	- 8,4	- 4,2	- 4,8	+ 0,6	+ 0,5	- 4,7	
Sept.	- 0,0	+ 13,9	+ 16,6	+ 18,2	- 1,6	+ 0,1	- 2,8	- 0,0	+ 0,1	- 2,5	- 3,8	+ 1,3	- 0,4	+ 3,0	
Okt.	+ 0,0	- 20,8	- 19,5	- 19,8	+ 0,3	- 0,1	- 1,2	+ 0,1	+ 16,7	+ 7,8	+ 6,9	+ 0,9	+ 1,3	+ 7,6	
Nov.	- 0,0	- 3,4	- 1,9	+ 1,8	- 3,7	- 0,0	- 1,5	- 0,1	+ 9,7	+ 3,6	+ 2,8	+ 0,8	- 2,5	+ 8,6	
Dez.	- 0,0	- 26,9	- 26,3	- 28,9	+ 2,6	- 0,9	+ 0,2	- 0,1	- 19,3	- 13,7	- 13,6	- 0,0	- 2,7	- 3,0	
2021 Jan.	- 0,0	+ 106,1	+ 108,3	+ 110,3	- 1,9	- 0,1	- 2,1	- 0,1	+ 22,5	+ 14,5	+ 17,8	- 3,3	+ 2,7	+ 5,3	
Febr.	+ 0,3	+ 11,1	+ 14,7	+ 14,0	+ 0,7	- 0,4	- 3,2	- 0,1	+ 6,3	+ 9,0	+ 7,5	+ 1,5	+ 0,7	- 3,5	
März	- 0,3	- 11,7	- 10,1	- 15,8	+ 5,6	+ 0,1	- 1,7	+ 0,0	+ 3,9	+ 4,9	+ 0,7	+ 4,1	- 2,8	+ 1,8	
April	- 0,0	+ 37,7	+ 40,7	+ 36,8	+ 3,9	- 0,1	- 2,9	+ 0,1	- 4,0	+ 0,6	+ 0,7	- 0,0	+ 1,1	- 5,6	
Mai	+ 0,0	- 14,9	- 14,6	- 11,5	- 3,1	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	- 7,7	- 4,2	- 4,4	+ 0,2	- 0,9	- 2,6	
Juni	+ 0,2	- 4,1	- 3,7	- 6,3	+ 2,6	+ 0,1	- 0,5	- 0,0	+ 4,9	- 1,8	- 1,7	- 0,2	- 1,5	+ 8,2	
Juli	+ 0,0	- 21,8	- 20,5	- 15,7	- 4,8	- 0,6	- 0,7	- 0,1	+ 12,9	+ 13,0	+ 11,7	+ 1,4	+ 2,6	- 2,8	
Aug.	- 0,0	- 13,8	- 11,2	- 3,6	- 7,6	- 0,2	- 2,5	- 0,1	- 0,2	+ 1,4	+ 0,3	+ 1,1	+ 2,2	- 3,8	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite		
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	225,9	92,3	133,6	66,9	66,6	1,3	2011	
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012	
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	2013	
14,0	35,6	609,2	277,1	332,1	242,7	89,4	0,1	221,0	113,0	107,9	47,8	60,1	0,7	2014	
13,1	30,5	611,9	323,4	288,5	203,8	84,7	0,1	201,1	102,6	98,5	49,3	49,2	0,7	2015	
13,1	28,7	696,1	374,4	321,6	234,2	87,5	0,0	206,2	100,3	105,9	55,2	50,8	0,7	2016	
12,1	24,3	659,0	389,6	269,4	182,4	87,0	0,0	241,2	109,4	131,8	68,1	63,8	0,3	2017	
11,8	22,1	643,1	370,6	272,5	185,6	86,8	0,0	231,5	110,2	121,3	63,7	57,6	0,1	2018	
11,5	21,3	680,6	339,3	341,2	243,2	98,0	-	229,8	112,3	117,4	60,5	57,0	0,1	2019	
11,3	17,2	761,2	428,8	332,5	205,1	127,3	-	258,5	133,3	125,2	65,6	59,7	0,1	2020	
11,4	19,0	826,9	463,3	363,6	250,9	112,6	-	269,0	146,3	122,7	62,8	60,0	0,1	2020 März	
11,4	19,0	835,3	438,6	396,7	288,0	108,7	-	274,1	143,0	131,1	69,9	61,2	0,1	April	
11,4	19,0	828,1	459,2	368,9	260,8	108,0	-	280,8	150,9	129,9	67,9	62,0	0,1	Mai	
11,3	19,1	835,5	472,5	363,0	247,2	115,9	-	275,7	145,2	130,5	69,5	61,1	0,1	Juni	
11,2	19,0	843,9	489,3	354,7	238,8	115,8	-	270,6	139,4	131,3	72,5	58,8	0,1	Juli	
11,2	19,0	828,9	474,8	354,1	238,8	115,2	-	263,2	134,8	128,3	69,9	58,5	0,1	Aug.	
11,4	19,0	832,4	486,5	345,9	226,4	119,6	-	269,6	145,5	124,1	66,0	58,1	0,1	Sept.	
11,5	19,0	833,2	487,3	345,9	224,6	121,3	-	269,5	142,6	127,0	68,5	58,4	0,1	Okt.	
11,5	19,0	836,8	491,3	345,5	219,0	126,5	-	279,9	154,2	125,8	66,0	59,7	0,1	Nov.	
11,3	17,2	761,2	428,8	332,5	205,1	127,3	-	258,5	133,3	125,2	65,6	59,7	0,1	Dez.	
11,3	16,5	954,9	507,8	447,0	298,5	148,5	-	279,8	145,0	134,8	69,4	65,3	0,1	2021 Jan.	
11,3	16,5	987,8	520,0	467,7	318,0	149,7	-	283,4	145,2	138,3	71,5	66,8	0,1	Febr.	
11,3	16,6	991,5	520,2	471,3	319,5	151,8	-	288,9	147,8	141,1	73,7	67,4	0,1	März	
11,3	16,5	1 008,7	522,1	486,6	343,1	143,5	-	295,8	150,7	145,0	81,0	64,1	0,1	April	
11,3	16,5	1 013,1	513,9	499,2	360,2	139,0	-	304,0	148,4	155,6	88,0	67,6	0,1	Mai	
11,3	16,5	1 016,2	539,5	476,7	335,5	141,3	-	290,8	148,4	142,5	79,9	62,6	0,1	Juni	
11,2	16,0	981,6	525,0	456,6	304,9	151,7	-	292,2	151,7	140,5	79,3	61,2	0,1	Juli	
11,2	16,3	969,4	513,0	456,4	293,0	163,5	0,0	298,4	158,9	139,6	78,8	60,8	0,1	Aug.	
Veränderungen *)															
- 0,3	+ 1,5	+ 38,2	+ 51,7	- 13,5	- 7,5	- 6,0	- 0,0	+ 12,6	+ 15,2	- 2,6	+ 2,5	- 5,1	- 0,1	2012	
- 1,8	- 7,2	- 174,0	- 75,6	- 98,4	- 83,1	- 15,4	- 0,0	+ 13,5	+ 9,6	+ 3,9	+ 6,9	- 3,0	- 0,2	2013	
+ 0,1	- 3,8	+ 76,3	+ 47,8	+ 28,5	+ 39,0	- 10,5	- 0,0	- 43,6	- 8,3	- 35,3	- 30,7	- 4,6	+ 0,2	2014	
- 0,6	- 6,1	- 15,4	+ 40,6	- 56,0	- 48,6	- 7,4	- 0,0	- 26,5	- 13,9	- 12,6	+ 0,3	- 13,0	- 0,0	2015	
- 0,1	- 1,5	+ 82,7	+ 51,0	+ 31,7	+ 27,0	+ 4,7	- 0,0	+ 3,5	- 3,1	+ 6,7	+ 5,9	+ 0,8	- 0,0	2016	
- 1,0	- 4,1	- 15,5	+ 25,3	- 40,8	- 43,2	+ 2,4	± 0,0	+ 31,8	+ 11,0	+ 20,8	+ 15,6	+ 5,2	- 0,4	2017	
- 0,2	- 2,2	- 23,9	- 23,4	+ 0,4	+ 2,1	- 2,6	- 0,0	- 11,9	- 0,2	- 11,8	- 5,7	- 6,0	- 0,2	2018	
- 0,3	- 0,9	- 9,5	- 49,4	+ 39,8	+ 28,0	+ 11,8	- 0,0	- 0,8	+ 2,1	- 2,9	- 1,8	- 1,1	- 0,0	2019	
- 0,2	- 3,9	+ 83,8	+ 87,8	- 4,1	- 34,7	+ 30,6	-	+ 23,6	+ 13,8	+ 9,8	+ 7,1	+ 2,8	+ 0,0	2020	
+ 0,0	- 0,0	+ 57,2	+ 29,9	+ 27,3	+ 21,1	+ 6,2	-	+ 14,2	+ 17,4	- 3,2	- 3,5	+ 0,4	+ 0,0	2020 März	
- 0,0	+ 0,0	+ 6,0	- 25,9	+ 31,9	+ 33,0	- 1,1	-	+ 4,4	- 3,7	+ 8,1	+ 6,9	+ 1,2	- 0,0	April	
- 0,0	+ 0,0	- 15,3	+ 9,3	- 24,6	- 24,6	+ 0,0	-	- 1,0	- 0,7	- 0,3	- 1,3	+ 1,0	+ 0,0	Mai	
- 0,2	+ 0,1	+ 8,8	+ 13,9	- 5,1	- 13,1	+ 8,0	-	- 4,7	- 5,6	+ 0,9	+ 1,8	- 0,9	- 0,0	Juni	
+ 0,1	+ 0,0	+ 17,6	+ 20,7	- 3,1	- 4,1	+ 1,0	-	- 2,7	- 4,7	+ 2,0	+ 4,0	- 2,0	+ 0,0	Juli	
+ 0,0	- 0,0	- 13,9	- 13,8	- 0,0	+ 0,5	- 0,5	-	- 7,2	- 4,4	- 2,7	- 2,5	- 0,2	- 0,0	Aug.	
+ 0,2	+ 0,0	+ 1,0	+ 10,4	- 9,5	- 13,5	+ 4,0	-	+ 5,8	+ 10,4	- 4,6	- 4,1	- 0,5	+ 0,0	Sept.	
+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,5	- 0,4	- 2,0	+ 1,6	-	- 0,6	- 3,2	+ 2,6	+ 2,3	+ 0,3	+ 0,0	Okt.	
+ 0,0	+ 0,0	+ 7,9	+ 5,9	+ 2,0	- 3,7	+ 5,7	-	+ 11,6	+ 12,2	- 0,6	- 2,1	+ 1,5	- 0,0	Nov.	
- 0,2	- 1,7	- 72,1	- 60,9	- 11,2	- 12,6	+ 1,4	-	- 20,3	- 20,3	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	Dez.	
- 0,0	- 0,8	+ 191,3	+ 78,5	+ 112,9	+ 92,4	+ 20,5	-	+ 20,1	+ 12,3	+ 7,8	+ 3,6	+ 4,2	- 0,0	2021 Jan.	
- 0,0	- 0,0	+ 32,7	+ 12,2	+ 20,5	+ 19,3	+ 1,2	-	+ 3,4	+ 0,0	+ 3,4	+ 2,0	+ 1,4	- 0,0	Febr.	
+ 0,1	- 0,0	- 1,8	- 2,6	+ 0,8	- 1,1	+ 1,9	-	+ 3,2	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,0	März	
- 0,0	+ 0,0	+ 23,2	+ 4,3	+ 19,0	+ 26,8	- 7,8	-	+ 7,9	+ 3,7	+ 4,2	+ 7,3	- 3,0	+ 0,0	April	
+ 0,0	+ 0,0	+ 4,9	- 7,4	+ 12,2	+ 16,6	- 4,4	-	+ 8,6	- 2,2	+ 10,8	+ 7,2	+ 3,5	- 0,0	Mai	
- 0,1	- 0,0	- 1,9	+ 23,7	- 25,6	- 27,4	+ 1,8	-	- 14,8	- 0,6	- 14,2	- 9,0	- 5,2	- 0,0	Juni	
- 0,1	- 0,5	- 34,8	- 14,6	- 20,2	- 30,6	+ 10,4	-	+ 1,3	+ 2,9	- 1,6	- 0,3	- 1,3	+ 0,0	Juli	
+ 0,0	+ 0,2	- 12,8	- 12,3	- 0,5	- 12,2	+ 11,7	+ 0,0	+ 5,7	+ 6,7	- 1,1	- 0,6	- 0,5	- 0,0	Aug.	

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt mit börsenfähige(n) Geldmarktpapieren(n), Wertpapieren(n), Ausleihforderungen ohne börsenfähige(n) Geldmarktpapieren(n), Wertpapieren(n), Ausleihforderungen		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unternehmen
				zusammen	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zusammen	Buchkredite	Schatzwechsel		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9
2013	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2014	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,1	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,8
2015	3 233,9	2 764,4	255,5	207,8	207,6	0,2	47,8	47,5	0,2	2 978,3	2 451,4
2016	3 274,3	2 824,2	248,6	205,7	205,4	0,3	42,9	42,8	0,1	3 025,8	2 530,0
2017	3 332,6	2 894,4	241,7	210,9	210,6	0,3	30,7	30,3	0,4	3 090,9	2 640,0
2018	3 394,5	2 990,4	249,5	228,0	227,6	0,4	21,5	21,7	- 0,2	3 145,0	2 732,8
2019	3 521,5	3 119,5	260,4	238,8	238,4	0,4	21,6	18,7	2,9	3 261,1	2 866,9
2020	3 647,0	3 245,3	243,3	221,6	221,2	0,4	21,6	18,0	3,6	3 403,8	3 013,0
2020 März	3 580,0	3 174,3	288,4	261,9	261,1	0,8	26,4	22,2	4,2	3 291,6	2 892,2
April	3 594,3	3 185,5	285,0	255,6	254,9	0,7	29,4	22,9	6,5	3 309,3	2 908,0
Mai	3 620,9	3 204,4	285,3	254,3	253,2	1,1	31,1	22,0	9,1	3 335,6	2 931,7
Juni	3 621,1	3 206,8	278,9	248,5	247,6	0,8	30,4	23,3	7,2	3 342,2	2 939,8
Juli	3 625,7	3 217,4	274,8	243,4	242,6	0,8	31,5	24,2	7,3	3 350,9	2 953,2
Aug.	3 629,7	3 219,7	265,6	237,7	236,9	0,8	28,0	19,4	8,6	3 364,0	2 967,3
Sept.	3 634,2	3 224,6	261,9	232,0	231,3	0,7	29,9	22,3	7,7	3 372,3	2 976,0
Okt.	3 651,1	3 237,8	261,0	229,5	228,7	0,7	31,6	23,3	8,2	3 390,1	2 991,5
Nov.	3 661,1	3 247,6	258,7	229,3	228,7	0,6	29,4	22,4	7,0	3 402,4	3 001,7
Dez.	3 647,0	3 245,3	243,3	221,6	221,2	0,4	21,6	18,0	3,6	3 403,8	3 013,0
2021 Jan.	3 654,0	3 251,0	247,7	221,9	221,3	0,6	25,8	19,7	6,1	3 406,3	3 018,4
Febr.	3 669,3	3 261,9	249,5	224,2	223,6	0,6	25,3	18,5	6,8	3 419,7	3 031,9
März	3 699,1	3 287,7	261,3	236,6	236,0	0,6	24,7	18,6	6,1	3 437,8	3 048,6
April	3 693,9	3 287,7	248,6	223,5	222,8	0,7	25,1	20,2	4,9	3 445,2	3 061,5
Mai	3 709,6	3 300,4	248,7	225,4	224,6	0,8	23,3	19,5	3,8	3 460,9	3 075,1
Juni	3 709,2	3 305,8	250,7	225,8	225,0	0,8	24,9	19,9	5,1	3 458,5	3 082,5
Juli	3 725,3	3 323,0	248,2	221,0	220,2	0,8	27,2	21,9	5,3	3 477,1	3 102,5
Aug.	3 736,4	3 332,9	244,8	221,1	220,4	0,7	23,7	18,9	4,8	3 491,6	3 116,7
Veränderungen *)											
2012	+ 21,0	+ 9,6	- 9,7	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 8,2	- 3,8	- 4,3	+ 30,7	+ 10,9
2013	+ 4,4	+ 0,1	- 13,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 8,0	- 7,0	- 1,1	+ 18,2	+ 17,6
2014	+ 36,7	+ 20,5	- 11,6	- 4,5	- 4,5	- 0,0	- 7,1	- 6,5	- 0,6	+ 48,3	+ 52,5
2015	+ 68,9	+ 54,1	+ 1,6	- 1,3	- 0,9	- 0,4	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,1	+ 67,2	+ 73,9
2016	+ 43,7	+ 62,7	- 5,2	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	- 4,9	- 4,8	+ 0,2	+ 48,9	+ 79,8
2017	+ 57,0	+ 70,2	- 6,5	+ 5,6	+ 5,6	+ 0,0	- 12,1	- 12,4	+ 0,3	+ 63,5	+ 103,4
2018	+ 71,5	+ 105,3	+ 6,6	+ 15,8	+ 15,7	+ 0,1	- 9,2	- 8,6	+ 0,6	+ 65,0	+ 102,0
2019	+ 126,7	+ 129,1	+ 11,7	+ 11,6	+ 11,6	+ 0,0	+ 0,1	- 3,0	+ 3,1	+ 115,0	+ 132,8
2020	+ 123,2	+ 123,6	- 19,6	- 19,8	- 19,8	- 0,0	+ 0,2	- 0,5	+ 0,7	+ 142,8	+ 145,6
2020 März	+ 35,3	+ 32,1	+ 23,6	+ 21,9	+ 21,8	+ 0,2	+ 1,7	+ 1,4	+ 0,3	+ 11,7	+ 3,3
April	+ 14,4	+ 11,2	- 3,3	- 6,3	- 6,2	- 0,1	+ 3,0	+ 0,7	+ 2,3	+ 17,7	+ 15,9
Mai	+ 24,1	+ 16,4	- 2,2	- 3,9	- 4,2	+ 0,4	+ 1,7	- 0,9	+ 2,5	+ 26,3	+ 23,7
Juni	+ 0,2	+ 2,5	- 6,4	- 5,8	- 5,6	- 0,2	+ 0,6	+ 1,3	- 1,9	+ 6,6	+ 7,9
Juli	+ 4,6	+ 10,5	- 5,9	- 6,9	- 6,8	- 0,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,1	+ 10,5	+ 15,2
Aug.	+ 4,0	+ 2,4	- 7,5	- 4,1	- 4,1	- 0,0	- 3,5	- 4,9	+ 1,4	+ 11,5	+ 12,6
Sept.	+ 4,6	+ 4,9	- 3,7	- 5,6	- 5,6	- 0,1	+ 2,0	+ 2,9	- 0,9	+ 8,3	+ 8,6
Okt.	+ 16,5	+ 12,9	- 0,9	- 2,6	- 2,6	+ 0,0	+ 1,7	+ 1,1	+ 0,6	+ 17,4	+ 14,6
Nov.	+ 10,6	+ 10,4	- 2,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 2,0	- 0,7	- 1,2	+ 12,7	+ 10,6
Dez.	- 14,1	- 2,3	- 15,5	- 7,7	- 7,5	- 0,2	- 7,8	- 4,4	- 3,4	+ 1,4	+ 11,2
2021 Jan.	+ 6,6	+ 5,3	+ 4,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 4,2	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,1	+ 5,2
Febr.	+ 15,3	+ 10,9	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,3	+ 0,0	- 0,5	- 1,2	+ 0,7	+ 13,5	+ 13,3
März	+ 29,7	+ 25,6	+ 11,2	+ 12,5	+ 12,5	- 0,0	- 1,3	+ 0,0	- 1,4	+ 18,5	+ 16,3
April	- 5,2	- 0,0	- 12,8	- 13,1	- 13,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,6	- 1,2	+ 7,5	+ 13,0
Mai	+ 15,6	+ 12,5	+ 0,1	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,1	- 1,8	- 0,6	- 1,2	+ 15,5	+ 13,4
Juni	- 0,4	+ 5,5	+ 2,0	+ 0,3	+ 0,4	- 0,1	+ 1,7	+ 0,4	+ 1,3	- 2,4	+ 7,3
Juli	+ 16,1	+ 17,2	- 2,0	- 4,2	- 4,3	+ 0,0	+ 2,3	+ 2,0	+ 0,3	+ 18,1	+ 19,5
Aug.	+ 10,9	+ 9,7	- 3,4	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	- 3,5	- 2,9	- 0,5	+ 14,2	+ 14,2

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte								
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	–	–	3,6	2011
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	–	–	3,5	2012
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	–	2,7	2013
2 172,7	251,7	1 921,0	204,2	24,4	532,9	283,1	33,5	249,6	249,8	–	–	2,1	2014
2 232,4	256,0	1 976,3	219,0	18,3	527,0	277,0	27,9	249,0	250,0	–	–	2,1	2015
2 306,5	264,1	2 042,4	223,4	17,3	495,8	269,4	23,9	245,5	226,4	–	–	1,8	2016
2 399,5	273,5	2 125,9	240,6	17,4	450,9	254,0	22,5	231,5	196,9	–	–	1,7	2017
2 499,4	282,6	2 216,8	233,4	16,5	412,1	241,7	19,7	222,0	170,4	–	–	1,4	2018
2 626,4	301,3	2 325,1	240,5	15,7	394,2	235,9	17,2	218,8	158,2	–	–	1,5	2019
2 771,8	310,5	2 461,4	241,1	22,4	390,8	234,3	15,7	218,6	156,6	–	–	1,1	2020
2 654,8	304,5	2 350,2	237,5	15,6	399,4	236,3	17,2	219,1	163,1	–	–	1,2	2020 März
2 671,3	307,2	2 364,1	236,7	15,9	401,3	236,4	17,3	219,1	164,9	–	–	1,3	April
2 692,9	310,7	2 382,2	238,9	18,1	403,9	236,3	17,4	218,9	167,6	–	–	1,3	Mai
2 701,4	310,8	2 390,6	238,4	19,6	402,4	234,5	17,1	217,4	167,9	–	–	1,2	Juni
2 715,7	312,5	2 403,2	237,5	21,0	397,7	234,9	16,7	218,1	162,8	–	–	1,2	Juli
2 729,1	313,1	2 416,0	238,2	21,3	396,7	234,4	16,7	217,7	162,3	–	–	1,2	Aug.
2 737,4	313,1	2 424,2	238,6	21,5	396,3	233,7	16,2	217,5	162,6	–	–	1,2	Sept.
2 751,8	313,2	2 438,6	239,7	21,6	398,6	234,0	15,9	218,1	164,6	–	–	1,2	Okt.
2 762,3	311,5	2 450,8	239,4	21,8	400,7	234,2	15,7	218,6	166,4	–	–	1,2	Nov.
2 771,8	310,5	2 461,4	241,1	22,4	390,8	234,3	15,7	218,6	156,6	–	–	1,1	Dez.
2 776,4	307,8	2 468,6	242,0	22,5	387,9	233,6	15,3	218,3	154,3	–	–	1,2	2021 Jan.
2 787,7	309,7	2 478,1	244,2	22,8	387,8	232,0	15,4	216,6	155,8	–	–	1,1	Febr.
2 802,4	314,5	2 487,9	246,1	23,1	389,3	230,7	15,2	215,5	158,6	–	–	1,1	März
2 813,9	313,6	2 500,3	247,6	23,4	383,7	230,8	15,0	215,8	153,0	–	–	1,1	April
2 825,1	311,7	2 513,5	249,9	23,6	385,9	231,1	14,9	216,2	154,8	–	–	1,1	Mai
2 831,8	310,0	2 521,8	249,7	23,9	376,0	229,2	14,7	214,5	146,8	–	–	1,1	Juni
2 851,4	310,7	2 540,8	251,0	24,0	374,6	229,5	14,9	214,6	145,1	–	–	1,1	Juli
2 864,5	311,5	2 553,1	252,2	24,2	374,9	229,1	14,7	214,4	145,8	–	–	1,1	Aug.
Veränderungen *)													
+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	– 10,7	– 1,1	+ 19,8	– 6,6	– 1,9	– 4,7	+ 26,4	–	–	– 0,2	2012
+ 17,7	– 0,1	+ 17,8	– 0,1	– 2,5	+ 0,6	– 4,3	– 0,7	– 3,6	+ 4,9	–	–	– 0,8	2013
+ 39,9	+ 5,6	+ 34,3	+ 12,5	– 1,8	+ 4,1	– 8,5	– 5,1	– 3,4	+ 4,3	–	–	– 0,2	2014
+ 59,0	+ 4,5	+ 54,6	+ 14,8	– 2,1	– 6,6	– 6,9	– 4,8	– 2,0	+ 0,2	–	–	+ 0,0	2015
+ 75,1	+ 9,7	+ 65,4	+ 4,7	– 0,9	– 30,9	– 7,3	– 4,0	– 3,3	– 23,6	–	–	– 0,4	2016
+ 87,6	+ 9,4	+ 78,2	+ 15,8	+ 0,1	– 39,9	– 10,6	– 1,3	– 9,3	– 29,4	–	–	– 0,1	2017
+ 108,7	+ 19,3	+ 89,4	– 6,7	– 0,9	– 37,1	– 10,5	– 2,7	– 7,8	– 26,6	–	–	– 0,0	2018
+ 126,0	+ 18,9	+ 107,2	+ 6,8	– 0,8	– 17,8	– 5,5	– 2,6	– 2,9	– 12,3	–	–	+ 0,1	2019
+ 145,0	+ 9,4	+ 135,5	+ 0,6	+ 6,1	– 2,8	– 1,1	– 1,5	+ 0,4	– 1,7	–	–	– 0,4	2020
+ 8,3	+ 2,1	+ 6,3	– 5,0	– 0,1	+ 8,4	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,6	+ 7,8	–	–	– 0,0	2020 März
+ 16,7	+ 2,7	+ 14,0	– 0,8	+ 0,2	+ 1,8	– 0,0	+ 0,1	– 0,1	+ 1,8	–	–	+ 0,0	April
+ 21,5	+ 3,5	+ 18,0	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,6	– 0,0	+ 0,2	– 0,2	+ 2,7	–	–	+ 0,0	Mai
+ 8,4	+ 0,0	+ 8,4	– 0,5	+ 1,5	– 1,3	– 1,6	– 0,3	– 1,3	+ 0,3	–	–	– 0,1	Juni
+ 16,1	+ 1,6	+ 14,5	– 0,9	+ 0,9	– 4,7	+ 0,3	– 0,4	+ 0,7	– 5,1	–	–	+ 0,0	Juli
+ 11,9	+ 0,7	+ 11,2	+ 0,7	+ 0,3	– 1,0	– 0,6	– 0,1	– 0,5	– 0,5	–	–	– 0,0	Aug.
+ 8,2	– 0,0	+ 8,2	+ 0,4	+ 0,1	– 0,4	– 0,7	– 0,4	– 0,3	+ 0,3	–	–	+ 0,0	Sept.
+ 13,5	+ 0,1	+ 13,5	+ 1,1	+ 0,1	+ 2,8	+ 0,9	– 0,4	+ 1,2	+ 1,9	–	–	+ 0,0	Okt.
+ 10,9	– 1,2	+ 12,1	– 0,3	+ 0,2	+ 2,1	+ 0,3	– 0,2	+ 0,5	+ 1,8	–	–	– 0,0	Nov.
+ 9,5	– 1,0	+ 10,5	+ 1,7	+ 0,7	– 9,8	+ 0,0	– 0,0	+ 0,0	– 9,9	–	–	– 0,1	Dez.
+ 4,3	– 2,7	+ 7,1	+ 0,9	+ 0,1	– 3,1	– 0,8	– 0,4	– 0,5	– 2,3	–	–	+ 0,1	2021 Jan.
+ 11,1	+ 1,8	+ 9,3	+ 2,1	+ 0,3	+ 0,2	– 1,3	+ 0,1	– 1,4	+ 1,5	–	–	– 0,0	Febr.
+ 14,4	+ 4,7	+ 9,7	+ 1,9	+ 0,3	+ 2,1	– 1,4	– 0,2	– 1,2	+ 3,5	–	–	– 0,0	März
+ 11,5	– 0,9	+ 12,4	+ 1,5	+ 0,2	– 5,5	+ 0,1	– 0,2	+ 0,3	– 5,6	–	–	– 0,0	April
+ 11,0	– 1,9	+ 13,0	+ 2,3	+ 0,2	+ 2,1	+ 0,3	– 0,1	+ 0,4	+ 1,8	–	–	+ 0,0	Mai
+ 6,5	– 1,7	+ 8,2	+ 0,8	+ 0,3	– 9,7	– 1,8	– 0,2	– 1,5	– 7,9	–	–	– 0,0	Juni
+ 19,2	+ 0,2	+ 19,0	+ 0,3	+ 0,1	– 1,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	– 1,7	–	–	– 0,0	Juli
+ 13,0	+ 0,8	+ 12,3	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,1	– 0,6	– 0,1	– 0,4	+ 0,6	–	–	– 0,0	Aug.

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-
schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	darunter:				Kredite an Unternehmen und Selbständige									
	Kredite für den Wohnungsbau													
	insgesamt	Hypothekarkredite insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen
Kredite insgesamt														
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														
2019	2 864,8	1 512,1	1 470,4	1 213,0	257,4	1 560,5	416,1	146,6	119,0	77,1	141,6	54,2	50,3	168,2
2020 Juni	2 949,0	1 558,5	1 510,6	1 246,6	263,9	1 613,5	423,2	164,5	120,6	80,8	138,1	55,4	56,6	175,2
Sept.	2 968,6	1 580,1	1 537,3	1 265,4	272,0	1 616,8	434,6	157,2	121,1	82,2	135,9	55,5	57,7	173,7
Dez.	2 993,0	1 601,8	1 565,6	1 285,1	280,5	1 623,4	443,3	146,7	123,4	82,7	135,8	55,3	59,8	176,0
2021 März	3 038,4	1 618,9	1 587,9	1 302,5	285,4	1 657,2	451,2	149,2	123,0	84,6	139,1	55,4	60,1	182,5
Juni	3 056,8	1 634,6	1 619,5	1 316,7	302,8	1 654,3	461,4	142,5	122,1	85,7	135,5	56,0	57,9	182,6
Kurzfristige Kredite														
2019	238,4	–	8,1	–	8,1	206,2	4,7	35,9	5,6	15,7	48,6	3,8	4,6	27,0
2020 Juni	247,6	–	8,2	–	8,2	217,9	4,7	44,5	6,1	16,9	41,8	4,2	5,4	33,4
Sept.	231,3	–	8,5	–	8,5	201,4	5,0	36,9	6,5	16,9	38,4	4,2	5,3	30,0
Dez.	221,2	–	8,0	–	8,0	192,1	4,6	29,0	6,9	16,0	37,0	3,6	6,1	31,6
2021 März	236,0	–	8,0	–	8,0	207,4	4,7	33,4	6,4	16,7	38,9	3,9	6,1	34,2
Juni	225,0	–	7,8	–	7,8	195,9	4,5	28,8	5,5	16,7	34,7	4,2	4,4	34,4
Mittelfristige Kredite														
2019	301,3	–	36,6	–	36,6	219,5	16,6	28,5	4,9	13,9	19,7	4,6	10,2	52,0
2020 Juni	310,8	–	37,7	–	37,7	229,8	17,6	33,6	5,2	14,2	19,6	4,5	13,4	50,2
Sept.	313,1	–	38,0	–	38,0	232,1	17,9	33,1	5,3	14,6	19,2	4,6	14,3	51,4
Dez.	310,5	–	38,5	–	38,5	230,4	18,5	30,2	5,4	14,8	19,3	4,8	15,0	51,4
2021 März	314,5	–	38,9	–	38,9	236,4	19,1	29,2	5,1	15,3	19,7	4,5	14,7	52,9
Juni	310,0	–	39,7	–	39,7	232,8	19,8	27,7	5,0	15,3	19,5	4,5	14,1	51,2
Langfristige Kredite														
2019	2 325,1	1 512,1	1 425,7	1 213,0	212,7	1 134,9	394,8	82,2	108,6	47,6	73,3	45,8	35,5	89,2
2020 Juni	2 390,6	1 558,5	1 464,7	1 246,6	218,1	1 165,8	400,8	86,4	109,3	49,7	76,7	46,6	37,8	91,6
Sept.	2 424,2	1 580,1	1 490,9	1 265,4	225,5	1 183,3	411,6	87,2	109,3	50,7	78,2	46,7	38,2	92,2
Dez.	2 461,4	1 601,8	1 519,1	1 285,1	234,0	1 201,0	420,2	87,5	111,2	51,8	79,4	47,0	38,7	93,0
2021 März	2 487,9	1 618,9	1 541,0	1 302,5	238,5	1 213,5	427,4	86,6	111,5	52,6	80,5	47,1	39,3	95,4
Juni	2 521,8	1 634,6	1 572,0	1 316,7	255,3	1 225,5	437,2	86,0	111,6	53,7	81,3	47,3	39,4	97,0
Kredite insgesamt														
Veränderungen im Vierteljahr *)														
2020 2.Vj.	+ 30,6	+ 17,8	+ 21,0	+ 13,7	+ 7,3	+ 17,1	+ 5,2	+ 8,8	+ 0,3	+ 1,4	– 4,4	+ 0,9	+ 4,1	– 4,0
3.Vj.	+ 19,7	+ 21,7	+ 26,5	+ 18,8	+ 7,7	– 1,9	+ 6,4	– 7,4	+ 0,5	+ 1,4	– 2,6	+ 0,1	+ 1,1	– 2,1
4.Vj.	+ 23,9	+ 21,3	+ 27,7	+ 19,3	+ 8,4	+ 6,1	+ 8,4	– 10,3	+ 2,0	+ 0,5	– 0,0	– 0,2	+ 2,2	+ 2,4
2021 1.Vj.	+ 44,8	+ 17,1	+ 22,2	+ 17,3	+ 4,9	+ 33,0	+ 7,6	+ 2,5	– 0,7	+ 1,9	+ 3,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 6,2
2.Vj.	+ 17,9	+ 20,9	+ 30,7	+ 21,0	+ 9,7	– 3,2	+ 9,6	– 6,7	– 0,9	+ 1,1	– 3,7	+ 0,6	– 2,2	– 0,0
Kurzfristige Kredite														
2020 2.Vj.	– 16,0	–	– 0,2	–	– 0,2	– 14,9	– 0,1	+ 1,2	– 0,7	– 0,1	– 7,1	+ 0,1	– 0,7	– 4,2
3.Vj.	– 16,5	–	+ 0,3	–	+ 0,3	– 16,7	+ 0,3	– 7,6	+ 0,5	– 0,0	– 3,4	– 0,1	– 0,1	– 3,4
4.Vj.	– 10,0	–	– 0,5	–	– 0,5	– 9,3	– 0,4	– 8,0	+ 0,4	– 0,9	– 1,4	– 0,6	+ 0,8	+ 1,6
2021 1.Vj.	+ 14,9	–	+ 0,0	–	+ 0,0	+ 15,4	+ 0,1	+ 4,4	– 0,5	+ 0,7	+ 1,8	+ 0,3	+ 0,1	+ 2,6
2.Vj.	– 11,1	–	– 0,2	–	– 0,2	– 11,6	– 0,2	– 4,6	– 0,9	– 0,1	+ 4,2	+ 0,4	– 1,7	+ 0,2
Mittelfristige Kredite														
2020 2.Vj.	+ 6,2	–	+ 0,7	–	+ 0,7	+ 7,4	+ 0,7	+ 3,9	+ 0,2	+ 0,3	– 0,8	+ 0,0	+ 2,9	– 1,0
3.Vj.	+ 2,3	–	+ 0,2	–	+ 0,2	+ 2,1	+ 0,1	– 0,5	+ 0,0	+ 0,3	– 0,4	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,6
4.Vj.	– 2,2	–	+ 0,6	–	+ 0,6	– 1,6	+ 0,6	– 2,8	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,8	– 0,2
2021 1.Vj.	+ 3,8	–	+ 0,4	–	+ 0,4	+ 5,9	+ 0,6	– 1,0	– 0,2	+ 0,4	+ 0,4	– 0,2	– 0,4	+ 1,5
2.Vj.	– 4,5	–	+ 0,8	–	+ 0,8	– 3,5	+ 0,7	– 1,5	– 0,1	+ 0,0	– 0,3	– 0,1	– 0,6	– 1,8
Langfristige Kredite														
2020 2.Vj.	+ 40,4	+ 17,8	+ 20,4	+ 13,7	+ 6,8	+ 24,6	+ 4,6	+ 3,7	+ 0,8	+ 1,3	+ 3,5	+ 0,7	+ 1,8	+ 1,2
3.Vj.	+ 33,9	+ 21,7	+ 26,0	+ 18,8	+ 7,2	+ 12,7	+ 6,0	+ 0,7	– 0,0	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,7
4.Vj.	+ 36,1	+ 21,3	+ 27,7	+ 19,3	+ 8,4	+ 16,9	+ 8,2	+ 0,4	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,0
2021 1.Vj.	+ 26,1	+ 17,1	+ 21,8	+ 17,3	+ 4,5	+ 11,7	+ 6,9	– 0,9	+ 0,1	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,5	+ 2,2
2.Vj.	+ 33,6	+ 20,9	+ 30,2	+ 21,0	+ 9,1	+ 12,0	+ 9,1	– 0,7	+ 0,1	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,2	+ 1,5

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Veränderun-

gen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen						Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit
darunter:				nachrichtlich:		sonstige Kredite						zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	
zusammen	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen	Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk	zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	Ratenkredite 3)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten	zusammen			
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														Kredite insgesamt
803,6	264,5	51,1	193,9	447,5	47,6	1 288,4	1 050,4	238,0	176,5	7,9	15,9	3,9	2019	
822,2	277,8	55,9	198,5	447,1	48,1	1 319,4	1 083,5	235,9	176,9	7,3	16,2	3,9	2020 Juni	
833,5	281,7	55,1	201,9	458,9	48,1	1 335,9	1 098,8	237,0	178,3	7,5	16,0	3,9	2020 Sept.	
843,7	286,6	53,8	204,1	464,0	47,9	1 353,4	1 118,3	235,2	177,4	6,7	16,2	4,0	2020 Dez.	
863,3	293,7	59,2	204,3	467,7	48,3	1 364,8	1 132,6	232,2	175,4	6,6	16,4	4,1	2021 März	
872,0	296,9	58,2	208,6	473,6	48,7	1 386,3	1 154,0	232,4	174,8	6,6	16,2	4,1	2021 Juni	
Kurzfristige Kredite														
65,0	14,4	9,7	10,2	23,9	4,9	31,6	3,3	28,2	1,3	7,9	0,7	0,0	2019	
65,5	14,8	11,9	11,4	21,8	4,7	29,0	3,4	25,6	1,4	7,3	0,7	0,0	2020 Juni	
63,1	15,6	10,7	10,9	21,7	4,3	29,3	3,5	25,8	1,3	7,5	0,6	0,0	2020 Sept.	
61,9	15,7	9,6	10,5	20,9	3,7	28,6	3,4	25,2	1,3	6,7	0,6	0,0	2020 Dez.	
67,9	16,5	12,3	10,2	20,5	3,9	27,9	3,4	24,6	1,3	6,6	0,7	0,0	2021 März	
67,1	16,0	11,5	10,4	21,0	4,1	28,6	3,4	25,2	1,4	6,6	0,5	0,0	2021 Juni	
Mittelfristige Kredite														
85,7	18,1	11,0	22,9	31,9	3,5	81,4	19,9	61,4	58,0	-	0,5	0,0	2019	
89,0	19,7	12,6	23,5	31,6	3,5	80,4	20,0	60,4	56,9	-	0,6	0,0	2020 Juni	
89,6	20,0	12,6	24,1	31,9	3,6	80,6	20,0	60,6	57,2	-	0,5	0,0	2020 Sept.	
89,6	20,4	11,8	24,5	32,0	3,5	79,6	20,0	59,6	56,1	-	0,5	0,0	2020 Dez.	
94,9	21,9	14,4	25,2	31,5	3,6	77,6	19,8	57,8	54,2	-	0,5	0,0	2021 März	
95,7	22,2	14,4	26,4	31,3	3,4	76,7	19,8	56,9	53,1	-	0,5	0,0	2021 Juni	
Langfristige Kredite														
652,9	232,0	30,4	160,9	391,7	39,1	1 175,5	1 027,1	148,3	117,1	-	14,7	3,8	2019	
667,7	243,3	31,4	163,6	393,7	39,9	1 210,0	1 060,1	149,9	118,5	-	14,9	3,8	2020 Juni	
680,8	246,1	31,8	166,9	405,3	40,1	1 226,0	1 075,4	150,7	119,8	-	15,0	3,9	2020 Sept.	
692,3	250,5	32,4	169,1	411,1	40,7	1 245,3	1 094,9	150,4	120,0	-	15,1	4,0	2020 Dez.	
700,5	255,3	32,5	168,9	415,7	40,8	1 259,3	1 109,5	149,8	119,9	-	15,2	4,1	2021 März	
709,2	258,7	32,3	171,8	421,3	41,1	1 281,1	1 130,8	150,3	120,3	-	15,2	4,1	2021 Juni	
Veränderungen im Vierteljahr *)														Kredite insgesamt
+ 10,0	+ 4,6	+ 1,7	+ 2,1	+ 3,5	+ 0,1	+ 13,4	+ 15,8	- 2,4	- 1,0	- 0,6	+ 0,1	+ 0,0	2020 2.Vj.	
+ 7,0	+ 3,9	- 0,8	+ 3,2	+ 5,4	+ 0,0	+ 21,7	+ 20,0	+ 1,6	+ 1,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	2020 3.Vj.	
+ 9,6	+ 5,2	- 1,5	+ 1,8	+ 4,4	- 0,2	+ 17,6	+ 19,3	- 1,6	- 0,7	- 0,8	+ 0,2	+ 0,1	2020 4.Vj.	
+ 19,6	+ 7,0	+ 5,4	+ 0,3	+ 3,2	+ 0,4	+ 11,6	+ 14,6	- 2,9	- 2,0	- 0,0	+ 0,2	+ 0,1	2021 1.Vj.	
+ 8,7	+ 3,2	- 0,9	+ 4,3	+ 5,8	+ 0,4	+ 21,3	+ 21,1	+ 0,2	- 0,4	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	2021 2.Vj.	
Kurzfristige Kredite														
- 3,5	- 0,1	- 0,3	+ 0,3	- 2,0	- 0,5	- 1,0	- 0,0	- 1,0	+ 0,1	- 0,6	+ 0,0	-	2020 2.Vj.	
- 2,6	+ 0,8	- 1,2	- 0,5	- 0,0	- 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	2020 3.Vj.	
- 1,2	+ 0,2	- 1,1	- 0,4	- 0,8	- 0,6	- 0,7	- 0,1	- 0,6	- 0,1	- 0,8	- 0,1	- 0,0	2020 4.Vj.	
+ 6,0	+ 0,7	+ 2,7	- 0,3	- 0,4	+ 0,2	- 0,5	- 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	2021 1.Vj.	
- 0,8	- 0,5	- 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	2021 2.Vj.	
Mittelfristige Kredite														
+ 1,8	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,3	- 0,1	- 0,0	- 1,3	+ 0,0	- 1,3	- 1,3	-	+ 0,0	- 0,0	2020 2.Vj.	
+ 1,1	+ 0,4	- 0,0	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,3	-	- 0,1	+ 0,0	2020 3.Vj.	
- 0,0	+ 0,4	- 0,9	+ 0,4	+ 0,2	- 0,1	- 0,6	+ 0,0	- 0,7	- 0,7	-	+ 0,0	- 0,0	2020 4.Vj.	
+ 5,6	+ 1,5	+ 2,6	+ 0,9	- 0,5	+ 0,1	- 2,2	- 0,3	- 1,9	- 1,9	-	+ 0,0	+ 0,0	2021 1.Vj.	
+ 0,8	+ 0,3	- 0,0	+ 1,2	- 0,2	- 0,2	- 0,9	+ 0,1	- 1,0	- 1,1	-	- 0,1	+ 0,0	2021 2.Vj.	
Langfristige Kredite														
+ 11,6	+ 4,1	+ 0,9	+ 1,5	+ 5,7	+ 0,6	+ 15,7	+ 15,8	- 0,2	+ 0,2	-	+ 0,1	+ 0,0	2020 2.Vj.	
+ 8,6	+ 2,8	+ 0,4	+ 3,0	+ 5,4	+ 0,2	+ 21,1	+ 20,0	+ 1,1	+ 1,5	-	+ 0,1	+ 0,0	2020 3.Vj.	
+ 10,8	+ 4,6	+ 0,4	+ 1,8	+ 4,9	+ 0,5	+ 19,0	+ 19,3	- 0,4	+ 0,1	-	+ 0,2	+ 0,1	2020 4.Vj.	
+ 8,0	+ 4,8	+ 0,1	- 0,2	+ 4,1	+ 0,1	+ 14,3	+ 14,8	- 0,6	- 0,1	-	+ 0,1	+ 0,1	2021 1.Vj.	
+ 8,8	+ 3,4	- 0,1	+ 2,9	+ 5,5	+ 0,3	+ 21,6	+ 21,0	+ 0,6	+ 0,6	-	- 0,0	+ 0,0	2021 2.Vj.	

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:					
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos			
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre								
Inländische Nichtbanken insgesamt														Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2018	3 537,6	2 080,1	841,5	203,4	638,2	56,8	581,4	578,6	37,3	33,9	14,9	0,5			
2019	3 661,0	2 236,3	816,2	202,7	613,5	52,7	560,8	575,2	33,2	32,5	14,7	0,2			
2020	3 885,2	2 513,0	783,3	188,9	594,4	47,9	546,5	560,6	28,3	34,4	14,4	0,1			
2020 Sept.	3 834,2	2 442,8	802,0	210,1	591,9	48,1	543,8	560,1	29,3	34,3	14,3	0,4			
Okt.	3 874,1	2 481,4	804,1	207,6	596,5	50,7	545,8	559,7	28,9	34,6	14,3	0,6			
Nov.	3 894,3	2 515,3	790,9	196,4	594,5	48,1	546,4	559,6	28,5	34,4	14,3	0,7			
Dez.	3 885,2	2 513,0	783,3	188,9	594,4	47,9	546,5	560,6	28,3	34,4	14,4	0,1			
2021 Jan.	3 904,5	2 542,0	773,1	181,6	591,5	47,4	544,2	561,6	27,9	34,3	14,3	0,5			
Febr.	3 913,7	2 557,5	766,1	174,7	591,4	49,0	542,4	562,6	27,5	34,3	14,4	0,5			
März	3 925,8	2 575,2	761,2	175,4	585,9	46,9	539,0	562,3	27,1	34,4	14,4	0,9			
April	3 935,7	2 594,6	751,6	168,9	582,7	46,8	535,9	562,8	26,8	34,4	14,4	1,0			
Mai	3 956,3	2 620,5	746,2	165,9	580,3	47,3	533,1	563,2	26,3	34,6	14,4	0,7			
Juni	3 936,4	2 612,1	735,7	158,1	577,5	47,4	530,1	562,6	26,1	34,6	14,4	1,0			
Juli	3 964,6	2 646,0	730,7	155,4	575,3	47,7	527,6	562,0	25,9	34,5	14,3	1,5			
Aug.	3 971,0	2 656,0	727,8	151,2	576,7	48,1	528,5	561,5	25,6	34,3	14,3	1,5			
Veränderungen *)															
2019	+ 122,5	+ 155,8	- 25,7	- 0,8	- 24,9	- 4,1	- 20,7	- 3,5	- 4,1	- 1,4	+ 0,9	- 0,3			
2020	+ 221,6	+ 273,7	- 32,7	- 15,0	- 17,7	- 4,8	- 12,9	- 14,5	- 4,9	+ 1,9	- 0,3	- 0,1			
2020 Sept.	+ 13,4	+ 15,1	- 0,9	- 4,9	+ 4,0	+ 2,3	+ 1,7	- 0,5	- 0,4	+ 0,3	- 0,1	- 0,1			
Okt.	+ 40,0	+ 38,6	+ 2,2	- 3,5	+ 5,7	+ 2,5	+ 3,2	- 0,4	- 0,4	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3			
Nov.	+ 20,5	+ 34,1	- 13,2	- 11,2	- 2,0	- 2,6	+ 0,6	- 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,0	+ 0,1			
Dez.	- 9,2	- 2,3	- 7,6	- 7,5	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 1,0	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,6			
2021 Jan.	+ 19,2	+ 28,9	- 10,3	- 7,3	- 3,0	- 0,6	- 2,5	+ 1,1	- 0,4	- 0,1	- 0,1	+ 0,4			
Febr.	+ 9,1	+ 15,4	- 7,0	- 6,9	- 0,1	+ 1,7	- 1,8	+ 1,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,0	- 0,0			
März	+ 12,2	+ 17,7	- 4,8	+ 0,7	- 5,5	- 2,2	- 3,4	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,4			
April	+ 9,8	+ 19,6	- 9,8	- 6,6	- 3,2	- 0,0	- 3,1	+ 0,4	- 0,3	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1			
Mai	+ 20,6	+ 26,0	- 5,3	- 3,0	- 2,4	+ 0,4	- 2,8	+ 0,5	- 0,5	+ 0,2	- 0,0	- 0,3			
Juni	- 19,8	- 8,5	- 10,5	- 7,8	- 2,7	+ 0,2	- 2,9	- 0,6	- 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,2			
Juli	+ 28,2	+ 33,9	- 5,0	- 2,8	- 2,2	+ 0,3	- 2,5	- 0,6	- 0,2	- 0,1	- 0,0	+ 0,6			
Aug.	+ 6,4	+ 10,0	- 2,9	- 4,2	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,9	- 0,5	- 0,2	- 0,2	-	- 0,0			
Inländische öffentliche Haushalte														Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2018	218,9	62,7	148,2	67,9	80,3	28,5	51,8	3,7	4,2	25,3	2,2	-			
2019	237,1	74,7	154,9	76,0	78,9	26,1	52,8	3,4	4,1	24,7	2,2	0,2			
2020	229,5	80,1	143,0	59,6	83,5	20,9	62,6	2,7	3,7	25,4	2,1	-			
2020 Sept.	236,6	77,4	152,6	72,4	80,2	21,5	58,7	2,8	3,8	26,1	2,1	0,2			
Okt.	240,1	81,5	152,0	68,0	84,0	24,0	60,1	2,8	3,7	26,1	2,1	0,2			
Nov.	237,2	83,9	146,8	63,7	83,1	21,3	61,8	2,8	3,7	25,6	2,1	-			
Dez.	229,5	80,1	143,0	59,6	83,5	20,9	62,6	2,7	3,7	25,4	2,1	-			
2021 Jan.	224,1	77,5	140,3	57,8	82,5	20,8	61,7	2,7	3,7	25,3	2,1	-			
Febr.	224,4	80,7	137,3	53,6	83,8	22,4	61,3	2,7	3,6	25,3	2,1	-			
März	214,4	76,8	131,4	51,2	80,2	19,9	60,3	2,6	3,5	25,3	2,0	-			
April	213,7	80,5	127,0	47,8	79,3	19,8	59,5	2,6	3,5	25,4	2,0	-			
Mai	218,4	88,4	123,8	45,8	78,0	19,8	58,2	2,6	3,5	25,3	2,0	-			
Juni	209,0	81,5	121,5	43,8	77,6	20,3	57,3	2,6	3,4	25,2	2,0	0,2			
Juli	211,8	86,6	119,2	41,6	77,7	20,6	57,0	2,6	3,4	25,2	2,0	-			
Aug.	208,0	84,1	117,9	38,8	79,1	21,2	57,9	2,6	3,4	25,3	2,0	-			
Veränderungen *)															
2019	+ 17,1	+ 11,8	+ 5,8	+ 7,8	- 2,0	- 2,6	+ 0,6	- 0,4	- 0,1	- 0,6	- 0,0	+ 0,2			
2020	- 6,9	+ 5,7	- 11,6	- 16,5	+ 4,8	- 5,3	+ 10,1	- 0,6	- 0,4	+ 0,7	- 0,1	- 0,2			
2020 Sept.	- 0,8	- 2,1	+ 1,4	- 3,7	+ 5,1	+ 2,1	+ 3,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	-			
Okt.	+ 3,7	+ 4,2	- 0,4	- 4,5	+ 4,0	+ 2,4	+ 1,7	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	-			
Nov.	- 2,7	+ 2,6	- 5,2	- 4,3	- 0,9	- 2,6	+ 1,7	- 0,0	- 0,0	- 0,5	-	- 0,2			
Dez.	- 7,7	- 3,8	- 3,8	- 4,1	+ 0,4	- 0,5	+ 0,8	- 0,0	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	-			
2021 Jan.	- 5,5	- 2,6	- 2,8	- 1,8	- 1,0	- 0,1	- 0,9	- 0,0	- 0,0	- 0,2	- 0,0	-			
Febr.	+ 0,3	+ 3,3	- 3,0	- 4,2	+ 1,3	+ 1,6	- 0,4	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	-			
März	- 10,0	- 4,0	- 5,9	- 2,3	- 3,6	- 2,5	- 1,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	-			
April	- 0,7	+ 3,7	- 4,4	- 3,5	- 0,9	- 0,1	- 0,8	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	-	-			
Mai	+ 4,7	+ 7,9	- 3,2	- 2,0	- 1,3	+ 0,0	- 1,3	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	-			
Juni	- 9,3	- 6,9	- 2,3	- 2,0	- 0,4	+ 0,5	- 0,9	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,2			
Juli	+ 2,7	+ 5,0	- 2,2	- 2,2	+ 0,0	+ 0,3	- 0,3	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,2			
Aug.	- 3,8	- 2,5	- 1,3	- 2,8	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	-			

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

ten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhänderkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2018	3 318,7	2 017,4	693,3	135,4	557,9	28,3	529,6	574,9	33,1	8,6	12,7	0,5		
2019	3 423,9	2 161,6	661,4	126,7	534,7	26,6	508,0	571,8	29,1	7,8	12,6	0,0		
2020	3 655,7	2 432,9	640,3	129,3	511,0	27,0	483,9	557,9	24,6	9,0	12,3	0,1		
2020 Sept.	3 597,6	2 365,4	649,4	137,7	511,7	26,6	485,1	557,3	25,5	8,2	12,2	0,2		
Okt.	3 634,0	2 399,9	652,1	139,7	512,4	26,7	485,7	556,9	25,1	8,5	12,2	0,5		
Nov.	3 657,1	2 431,4	644,1	132,7	511,4	26,7	484,7	556,8	24,8	8,8	12,2	0,7		
Dez.	3 655,7	2 432,9	640,3	129,3	511,0	27,0	483,9	557,9	24,6	9,0	12,3	0,1		
2021 Jan.	3 680,4	2 464,5	632,8	123,8	509,0	26,6	482,5	558,9	24,2	9,0	12,3	0,5		
Febr.	3 689,2	2 476,7	628,8	121,1	507,7	26,6	481,1	559,9	23,9	9,0	12,3	0,5		
März	3 711,4	2 498,4	629,8	124,1	505,7	27,0	478,7	559,7	23,5	9,1	12,3	0,9		
April	3 721,9	2 514,1	624,5	121,1	503,4	27,1	476,4	560,1	23,2	9,0	12,3	1,0		
Mai	3 737,9	2 532,1	622,4	120,1	502,3	27,5	474,9	560,6	22,8	9,2	12,3	0,7		
Juni	3 727,4	2 530,5	614,2	114,3	499,9	27,1	472,8	560,0	22,6	9,3	12,4	0,7		
Juli	3 752,8	2 559,4	611,4	113,8	497,7	27,1	470,6	559,5	22,4	9,3	12,3	1,5		
Aug.	3 763,0	2 571,9	609,9	112,3	497,6	27,0	470,6	559,0	22,3	9,1	12,3	1,5		
Veränderungen *)														
2019	+ 105,4	+ 144,0	- 31,5	- 8,6	- 22,9	- 1,5	- 21,4	- 3,1	- 4,0	- 0,8	+ 1,0	- 0,4		
2020	+ 228,5	+ 268,0	- 21,1	+ 1,5	- 22,6	+ 0,5	- 23,0	- 13,9	- 4,6	+ 1,2	- 0,2	+ 0,1		
2020 Sept.	+ 14,2	+ 17,2	- 2,2	- 1,2	- 1,1	+ 0,2	- 1,2	- 0,4	- 0,3	+ 0,2	- 0,1	- 0,1		
Okt.	+ 36,3	+ 34,4	+ 2,6	+ 1,0	+ 1,7	+ 0,2	+ 1,5	- 0,4	- 0,4	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3		
Nov.	+ 23,1	+ 31,5	- 8,0	- 6,9	- 1,0	+ 0,0	- 1,1	- 0,1	- 0,3	+ 0,3	- 0,0	+ 0,2		
Dez.	- 1,5	+ 1,5	- 3,8	- 3,4	- 0,4	+ 0,3	- 0,7	+ 1,0	- 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,6		
2021 Jan.	+ 24,6	+ 31,5	- 7,6	- 5,6	- 2,0	- 0,5	- 1,5	+ 1,1	- 0,4	+ 0,1	- 0,1	+ 0,4		
Febr.	+ 8,8	+ 12,1	- 4,0	- 2,6	- 1,4	+ 0,0	- 1,4	+ 1,0	- 0,3	- 0,0	- 0,0	- 0,0		
März	+ 22,2	+ 21,7	+ 1,0	+ 3,0	- 2,0	+ 0,4	- 2,4	- 0,2	- 0,3	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,4		
April	+ 10,5	+ 15,8	- 5,4	- 3,2	- 2,2	+ 0,1	- 2,3	+ 0,4	- 0,3	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1		
Mai	+ 16,0	+ 18,1	- 2,1	- 1,0	- 1,1	+ 0,4	- 1,5	+ 0,4	- 0,4	+ 0,2	- 0,0	- 0,3		
Juni	- 10,5	- 1,6	- 8,2	- 5,8	- 2,4	- 0,4	- 2,0	- 0,6	- 0,2	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0		
Juli	+ 25,4	+ 28,9	- 2,7	- 0,5	- 2,2	+ 0,0	- 2,2	- 0,5	- 0,2	- 0,1	- 0,0	+ 0,8		
Aug.	+ 10,2	+ 12,4	- 1,5	- 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,5	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,0		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2018	1 035,4	584,0	432,9	86,0	346,9	17,2	329,7	7,0	11,4	2,8	10,3	0,5		
2019	1 031,5	614,4	399,7	81,1	318,6	15,5	303,1	6,7	10,7	2,4	10,1	0,0		
2020	1 116,1	719,1	381,7	89,2	292,5	15,0	277,5	5,8	9,4	2,3	9,7	0,1		
2020 Sept.	1 114,5	707,3	391,4	96,5	294,9	14,7	280,2	6,0	9,8	2,3	9,7	0,2		
Okt.	1 129,9	720,0	394,2	98,6	295,6	14,7	280,9	6,0	9,6	2,3	9,7	0,5		
Nov.	1 132,1	729,2	387,4	92,7	294,8	14,8	279,9	5,9	9,5	2,3	9,6	0,7		
Dez.	1 116,1	719,1	381,7	89,2	292,5	15,0	277,5	5,8	9,4	2,3	9,7	0,1		
2021 Jan.	1 122,7	732,9	374,7	84,2	290,5	14,8	275,7	5,8	9,3	2,3	9,6	0,5		
Febr.	1 109,4	723,5	370,9	82,0	288,9	14,9	274,0	5,8	9,1	2,3	9,6	0,5		
März	1 134,9	748,2	371,8	85,1	286,7	15,2	271,5	5,8	9,0	2,2	9,6	0,9		
April	1 124,8	742,4	367,7	83,4	284,3	15,2	269,2	5,8	8,9	2,2	9,6	1,0		
Mai	1 128,0	746,8	366,7	83,6	283,1	15,7	267,4	5,8	8,7	2,2	9,6	0,7		
Juni	1 115,6	742,7	358,5	77,6	280,9	15,4	265,5	5,8	8,6	2,3	9,6	0,7		
Juli	1 133,9	760,0	359,6	80,7	278,9	15,4	263,6	5,7	8,5	2,3	9,6	1,5		
Aug.	1 148,4	775,4	358,8	79,9	278,9	15,3	263,6	5,7	8,5	2,3	9,5	1,5		
Veränderungen *)														
2019	- 3,4	+ 30,4	- 32,8	- 4,8	- 28,0	- 1,6	- 26,4	- 0,3	- 0,7	- 0,4	+ 0,9	- 0,4		
2020	+ 81,0	+ 101,2	- 18,0	+ 7,0	- 25,0	- 0,4	- 24,6	- 0,8	- 1,3	- 0,0	- 0,5	+ 0,1		
2020 Sept.	+ 7,7	+ 10,4	- 2,5	- 1,0	- 1,5	+ 0,1	- 1,5	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,1		
Okt.	+ 15,2	+ 12,6	+ 2,8	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,1	+ 1,6	- 0,0	- 0,2	- 0,0	+ 0,0	+ 0,3		
Nov.	+ 2,2	+ 9,2	- 6,8	- 6,0	- 0,8	+ 0,1	- 1,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,2		
Dez.	- 15,9	- 10,1	- 5,7	- 3,4	- 2,3	+ 0,2	- 2,5	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	- 0,6		
2021 Jan.	+ 6,5	+ 13,8	- 7,0	- 5,0	- 2,1	- 0,2	- 1,9	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,4		
Febr.	- 13,4	- 9,4	- 3,8	- 2,2	- 1,5	+ 0,1	- 1,6	+ 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,0		
März	+ 25,6	+ 24,8	+ 0,9	+ 3,1	- 2,2	+ 0,3	- 2,5	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,4		
April	- 10,0	- 5,7	- 4,2	- 1,8	- 2,4	- 0,0	- 2,4	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,1		
Mai	+ 3,2	+ 4,4	- 1,1	+ 0,2	- 1,3	+ 0,5	- 1,8	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,0	- 0,3		
Juni	- 12,3	- 4,2	- 8,0	- 6,0	- 2,0	- 0,3	- 1,8	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0		
Juli	+ 18,3	+ 17,4	+ 1,1	+ 3,1	- 2,0	- 0,0	- 2,0	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,8		
Aug.	+ 14,5	+ 15,4	+ 0,8	+ 0,8	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,0		

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen					Termineinlagen ^{1) 2)}					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen				insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen					inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	inländische Privatpersonen			
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2018	2 283,4	1 433,5	1 396,1	248,4	991,3	156,4	37,4	260,4	246,7	21,3	188,6	36,7
2019	2 392,4	1 547,2	1 507,9	266,3	1 081,6	160,1	39,3	261,7	248,3	20,8	190,2	37,3
2020	2 539,5	1 713,8	1 672,7	291,1	1 215,4	166,2	41,1	258,6	245,1	19,3	190,5	35,2
2021 März	2 576,5	1 750,1	1 707,1	294,1	1 246,0	166,9	43,1	258,0	244,8	19,2	190,6	35,1
April	2 597,1	1 771,6	1 729,4	299,9	1 261,2	168,3	42,2	256,8	244,0	19,0	190,1	34,9
Mai	2 610,0	1 785,3	1 742,1	300,8	1 272,0	169,2	43,2	255,8	242,8	18,9	189,3	34,7
Juni	2 611,8	1 787,9	1 744,7	298,8	1 277,2	168,7	43,2	255,7	242,3	18,7	189,0	34,5
Juli	2 618,9	1 799,4	1 755,5	306,6	1 280,3	168,5	44,0	251,8	238,7	18,3	186,4	34,0
Aug.	2 614,6	1 796,5	1 751,9	310,0	1 275,1	166,8	44,6	251,1	238,1	17,8	186,5	33,8
Veränderungen *)												
2019	+ 108,8	+ 113,6	+ 111,8	+ 18,5	+ 88,7	+ 4,6	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,7	- 0,6	+ 1,6	+ 0,7
2020	+ 147,5	+ 166,9	+ 165,0	+ 26,0	+ 131,5	+ 7,5	+ 1,8	- 3,1	- 3,2	- 1,5	- 1,6	- 0,2
2021 März	- 3,4	- 3,1	- 4,1	- 3,5	+ 0,3	- 0,8	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	- 0,1
April	+ 20,6	+ 21,5	+ 22,3	+ 5,8	+ 15,2	+ 1,3	- 0,8	- 1,2	- 0,8	- 0,1	- 0,5	- 0,2
Mai	+ 12,8	+ 13,6	+ 12,7	+ 1,0	+ 10,7	+ 1,0	+ 1,0	- 1,0	- 1,2	- 0,2	- 0,8	- 0,2
Juni	+ 1,8	+ 2,6	+ 2,6	- 2,1	+ 5,2	- 0,5	- 0,0	- 0,1	- 0,6	- 0,1	- 0,3	- 0,2
Juli	+ 7,1	+ 11,5	+ 10,8	+ 7,8	+ 3,2	- 0,2	+ 0,7	- 3,8	- 3,5	- 0,5	- 2,6	- 0,5
Aug.	- 4,3	- 3,0	- 3,6	+ 3,3	- 5,3	- 1,6	+ 0,7	- 0,7	- 0,6	- 0,4	- 0,1	- 0,1

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. ¹ Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen ¹⁾						Länder					
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe ²⁾	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe ²⁾	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2018	218,9	10,5	4,7	1,7	4,1	0,1	12,2	39,0	13,4	11,5	13,0	1,2	13,0
2019	237,1	11,2	5,4	1,5	4,2	0,1	11,6	53,8	21,1	17,1	14,5	1,0	13,1
2020	229,5	48,6	4,8	7,2	36,5	0,0	11,3	46,5	21,2	11,4	13,2	0,7	14,1
2021 März	214,4	48,9	5,8	6,7	36,4	0,0	11,4	43,1	19,4	11,2	11,9	0,6	13,9
April	213,7	48,6	6,0	6,6	35,9	0,0	11,5	43,7	20,6	10,6	11,9	0,6	13,9
Mai	218,4	46,6	6,1	5,1	35,3	0,0	11,5	45,3	22,3	10,4	12,0	0,6	13,8
Juni	209,0	45,6	6,3	4,3	35,0	0,0	11,4	43,0	19,8	10,6	12,1	0,6	13,8
Juli	211,8	44,3	6,2	3,0	35,0	0,0	11,3	48,7	24,8	11,2	12,1	0,6	13,9
Aug.	208,0	44,0	6,2	1,8	36,0	0,0	11,4	42,9	18,9	11,4	12,0	0,6	13,9
Veränderungen *)													
2019	+ 17,1	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,0	- 0,6	+ 13,8	+ 7,7	+ 5,2	+ 1,1	- 0,2	+ 0,0
2020	- 6,9	+ 37,3	- 0,6	+ 5,7	+ 32,2	- 0,0	- 0,3	- 7,0	+ 0,2	- 5,7	- 1,3	- 0,2	+ 1,0
2021 März	- 10,0	+ 0,8	+ 0,8	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 2,9	- 2,6	- 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,0
April	- 0,7	- 0,4	+ 0,2	- 0,1	- 0,5	- 0,0	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,2	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 0,0
Mai	+ 4,7	- 1,9	+ 0,1	- 1,5	- 0,6	-	+ 0,0	+ 1,6	+ 1,7	- 0,2	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0
Juni	- 9,3	- 1,0	+ 0,1	- 0,8	- 0,3	-	- 0,1	- 2,2	- 2,5	+ 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,0
Juli	+ 2,7	- 1,3	- 0,1	- 1,2	- 0,0	-	- 0,1	+ 5,6	+ 5,0	+ 0,6	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0
Aug.	- 3,8	- 0,2	+ 0,0	- 1,3	+ 1,0	-	+ 0,0	- 5,8	- 5,9	+ 0,3	- 0,1	- 0,0	+ 0,0

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen ³⁾			Nachrichtlich:				Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr ²⁾		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe ⁴⁾	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) ⁵⁾	Verbindlichkeiten aus Repos		
		zusammen	darunter:									
			bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ¹⁾												
13,7	49,4	211,0	11,1	199,9	567,9	560,6	7,2	21,7	5,8	2,4	–	2018
13,3	45,6	216,1	11,2	204,9	565,1	558,1	7,0	18,4	5,4	2,4	–	2019
13,5	40,1	218,5	12,0	206,5	552,0	545,7	6,3	15,1	6,7	2,7	–	2020
13,2	39,0	219,0	11,8	207,2	553,8	547,6	6,3	14,6	6,8	2,7	–	2021 März
12,8	37,7	219,1	11,9	207,2	554,3	548,0	6,3	14,4	6,8	2,7	–	April
13,0	36,5	219,3	11,8	207,5	554,8	548,4	6,3	14,1	7,0	2,7	–	Mai
13,4	36,7	218,9	11,7	207,2	554,2	547,9	6,3	14,0	7,0	2,8	–	Juni
13,1	33,1	218,7	11,7	207,0	553,7	547,5	6,2	13,9	7,0	2,8	–	Juli
13,0	32,4	218,7	11,7	207,0	553,2	547,1	6,2	13,8	6,8	2,8	–	Aug.
Veränderungen ¹⁾												
– 0,4	– 3,8	+ 5,1	+ 0,1	+ 5,0	– 2,8	– 2,5	– 0,3	– 3,3	– 0,4	+ 0,0	–	2019
+ 0,2	– 5,5	+ 2,4	+ 0,9	+ 1,6	– 13,0	– 12,3	– 0,7	– 3,3	+ 1,3	+ 0,2	–	2020
– 0,0	– 0,0	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	– 0,2	– 0,3	+ 0,0	– 0,2	+ 0,1	+ 0,0	–	2021 März
– 0,3	– 1,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,0	– 0,2	– 0,0	+ 0,0	–	April
+ 0,1	– 1,2	+ 0,2	– 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,0	– 0,2	+ 0,2	+ 0,0	–	Mai
+ 0,4	+ 0,2	– 0,3	– 0,1	– 0,2	– 0,5	– 0,5	– 0,0	– 0,1	+ 0,0	+ 0,0	–	Juni
– 0,3	– 3,6	– 0,2	+ 0,0	– 0,3	– 0,5	– 0,4	– 0,1	– 0,1	– 0,1	+ 0,0	–	Juli
– 0,2	– 0,7	– 0,0	– 0,1	+ 0,0	– 0,5	– 0,5	– 0,0	– 0,1	– 0,2	+ 0,0	–	Aug.

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. **4** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen ³⁾		Spareinlagen und Sparbriefe ^{2) 4)}	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe ²⁾	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ¹⁾												
65,4	35,1	9,8	14,9	5,7	0,0	103,9	9,5	45,0	48,4	1,0	–	2018
65,3	37,4	8,6	14,0	5,4	0,0	106,8	10,8	48,8	46,2	1,1	–	2019
68,5	43,2	8,0	12,4	4,9	0,0	66,0	10,9	32,9	21,4	0,8	–	2020
60,1	37,1	5,7	12,5	4,7	0,0	62,3	14,5	27,6	19,4	0,8	–	2021 März
61,3	37,6	6,5	12,5	4,7	0,0	60,2	16,3	24,1	18,9	0,8	–	April
65,1	41,7	6,5	12,2	4,7	0,0	61,4	18,3	23,8	18,4	0,8	–	Mai
62,5	39,6	6,0	12,2	4,6	0,0	57,9	15,9	22,9	18,3	0,8	–	Juni
62,0	39,3	5,9	12,2	4,6	0,0	56,8	16,2	21,5	18,4	0,8	–	Juli
65,5	43,1	5,6	12,3	4,5	0,0	55,5	15,9	20,0	18,8	0,8	–	Aug.
Veränderungen ¹⁾												
– 0,8	+ 2,1	– 1,4	– 1,2	– 0,3	+ 0,0	+ 2,8	+ 1,3	+ 3,7	– 2,2	+ 0,1	–	2019
+ 3,5	+ 5,9	– 0,6	– 1,3	– 0,5	– 0,0	– 40,8	+ 0,2	– 15,9	–24,8	– 0,3	–	2020
– 2,0	– 1,0	– 0,6	– 0,3	– 0,1	–	– 5,9	– 1,1	– 1,7	– 3,1	– 0,0	–	2021 März
+ 1,2	+ 0,5	+ 0,7	– 0,0	– 0,0	–	– 2,1	+ 1,8	– 3,4	– 0,5	+ 0,0	–	April
+ 3,8	+ 4,1	+ 0,0	– 0,3	– 0,0	–	+ 1,2	+ 2,0	– 0,3	– 0,5	+ 0,0	–	Mai
– 2,6	– 2,1	– 0,5	+ 0,0	– 0,0	–	– 3,5	– 2,4	– 0,9	– 0,1	– 0,0	–	Juni
– 0,4	– 0,2	– 0,1	+ 0,0	– 0,1	–	– 1,1	+ 0,3	– 1,5	+ 0,0	– 0,0	–	Juli
+ 3,5	+ 3,8	– 0,3	+ 0,0	– 0,0	–	– 1,3	– 0,3	– 1,5	+ 0,5	+ 0,0	–	Aug.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Spareinlagen 1)										Sparbriefe 3), abgegeben an				
Zeit	von Inländern					von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spar- einlagen	Nicht- banken ins- gesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nicht- banken
	ins- gesamt	zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu- sammen	darunter mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist	zu- sammen			zu- sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)	zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2018	585,6	578,6	541,1	333,4	37,5	27,2	7,0	6,2	2,3	41,2	37,3	27,9	3,9	
2019	581,8	575,2	540,5	313,2	34,7	24,7	6,6	5,9	2,0	35,9	33,2	25,1	2,6	
2020	566,8	560,6	533,3	288,0	27,3	18,0	6,3	5,7	1,8	30,2	28,3	22,1	1,9	
2021 April	568,9	562,8	536,9	275,6	25,8	16,8	6,2	5,6	0,1	27,6	26,8	21,1	0,8	
Mai	569,4	563,2	537,5	276,4	25,7	16,5	6,1	5,6	0,1	26,8	26,3	20,8	0,5	
Juni	568,7	562,6	537,1	274,7	25,5	16,3	6,1	5,6	0,1	26,2	26,1	20,6	0,2	
Juli	568,1	562,0	536,8	273,0	25,2	16,1	6,1	5,6	0,1	26,0	25,9	20,4	0,2	
Aug.	567,6	561,5	536,6	273,1	25,0	15,8	6,0	5,5	0,1	25,8	25,6	20,3	0,2	
Veränderungen *)														
2019	- 3,9	- 3,5	- 0,6	- 21,3	- 2,8	- 2,5	- 0,4	- 0,3	.	- 5,3	- 4,1	- 2,8	- 1,2	
2020	- 14,8	- 14,5	- 7,2	- 24,6	- 7,3	- 6,7	- 0,3	- 0,2	.	- 5,7	- 4,9	- 3,0	- 0,7	
2021 April	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,7	- 1,5	- 0,3	- 0,3	- 0,0	- 0,0	.	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,1	
Mai	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,8	- 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,0	.	- 0,8	- 0,5	- 0,3	- 0,4	
Juni	- 0,6	- 0,6	- 0,4	- 1,7	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,0	.	- 0,5	- 0,2	- 0,2	- 0,3	
Juli	- 0,6	- 0,6	- 0,3	- 1,7	- 0,3	- 0,3	- 0,0	- 0,0	.	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,0	
Aug.	- 0,5	- 0,5	- 0,3	+ 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,1	- 0,0	.	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,0	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldver- schreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene		
Zeit	ins- gesamt	darunter:								ins- gesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	
		variabel verzins- liche Anlei- hen 1)	Null- Kupon- Anlei- hen 1) 2)	Fremd- wäh- rungs- anlei- hen 3) 4)	Certi- ficates of Deposit	mit Laufzeit								
						bis 1 Jahr einschl.		über 1 Jahr bis 2 Jahre						über 2 Jahre
					darunter ohne Nominal- betrags- garantie 5)	zu- sammen	darunter ohne Nominal- betrags- garantie 5)	zu- sammen						
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2018	1 099,7	139,4	27,5	355,9	88,3	106,2	3,1	22,0	6,1	971,5	0,6	0,1	30,6	0,4
2019	1 140,7	123,5	28,6	367,7	96,7	117,7	2,6	23,6	4,2	999,4	0,9	0,7	31,5	0,4
2020	1 119,0	117,1	12,7	313,6	89,4	94,3	1,5	23,8	3,1	1 000,9	1,1	0,9	34,8	0,4
2021 April	1 150,6	114,7	11,6	324,2	88,1	92,8	1,9	20,4	3,7	1 037,4	1,5	1,0	33,4	0,2
Mai	1 143,7	112,1	11,3	317,4	86,6	91,5	2,0	20,9	3,8	1 031,3	1,6	0,9	32,9	0,1
Juni	1 150,2	111,3	11,3	324,1	97,6	102,4	2,0	21,1	3,9	1 026,7	1,8	1,0	34,1	0,1
Juli	1 145,3	111,6	11,5	318,8	89,5	94,3	2,0	21,4	4,1	1 029,5	1,7	1,0	34,1	0,1
Aug.	1 152,1	110,4	11,9	318,6	95,9	101,6	2,1	20,0	4,2	1 030,5	1,5	1,0	33,9	0,1
Veränderungen *)														
2019	+ 40,6	- 15,9	+ 1,1	+ 11,8	+ 8,4	+ 11,5	- 0,5	+ 1,6	- 1,9	+ 27,4	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,8	- 0,3
2020	- 20,5	- 5,2	- 0,8	- 54,1	- 22,3	- 22,2	- 1,1	+ 0,2	- 1,1	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 2,1	- 0,0
2021 April	- 11,4	- 0,0	- 0,3	- 18,1	- 12,8	- 12,8	+ 0,1	- 0,6	+ 0,2	+ 2,1	+ 0,3	+ 0,0	- 0,2	- 0,1
Mai	- 6,9	- 2,6	- 0,3	- 6,8	- 1,5	- 1,3	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,1	- 6,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,5	- 0,1
Juni	+ 6,5	- 0,7	+ 0,0	+ 6,7	+ 11,1	+ 11,0	- 0,0	+ 0,2	+ 0,1	- 4,6	+ 0,2	+ 0,0	+ 1,2	-
Juli	- 4,9	+ 0,3	+ 0,2	- 5,3	- 8,2	- 8,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 2,8	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	-
Aug.	+ 6,8	- 1,2	+ 0,5	- 0,2	+ 6,5	+ 7,3	+ 0,0	- 1,4	+ 0,1	+ 0,9	- 0,1	+ 0,0	- 0,2	-

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *) Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats-ende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schrei-bun-gen 3)	Baudarlehen		Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schät-ze) 4)	Einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Einlagen	Sicht- und Termin-gelder 6)				
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwi-schen-finanzie-rungs-kredite						sonstige Baudar-lehen			
Alle Bausparkassen																
2019	19	237,9	34,0	0,0	16,2	11,4	117,6	28,0	25,9	2,9	21,0	179,7	9,8	1,8	12,0	88,7
2020	18	244,9	31,9	0,0	16,1	10,8	125,1	31,7	25,5	2,9	26,7	181,4	8,4	2,8	12,3	76,5
2021 Juni	18	248,2	30,7	0,0	15,8	10,3	127,7	34,3	25,6	2,9	26,9	183,0	8,9	3,3	12,3	6,3
Juli	18	248,9	30,6	0,0	15,7	10,3	128,0	34,8	25,6	2,9	27,8	182,8	8,9	3,3	12,3	6,1
Aug.	18	250,0	30,9	0,0	15,7	10,3	128,3	35,3	25,7	2,9	28,8	182,9	8,9	3,3	12,3	5,4
Private Bausparkassen																
2021 Juni	10	173,1	15,3	-	6,9	7,6	99,8	29,2	11,4	1,7	24,4	118,9	8,6	3,3	8,4	4,2
Juli	10	173,8	15,4	-	6,9	7,6	100,0	29,7	11,4	1,7	25,4	118,7	8,6	3,3	8,4	4,0
Aug.	10	174,9	15,8	-	6,9	7,6	100,2	30,1	11,5	1,7	26,5	118,7	8,6	3,3	8,4	3,4
Öffentliche Bausparkassen																
2021 Juni	8	75,2	15,4	0,0	8,9	2,7	27,9	5,1	14,2	1,2	2,5	64,1	0,3	-	3,9	2,1
Juli	8	75,1	15,3	0,0	8,9	2,7	28,0	5,1	14,2	1,2	2,4	64,1	0,3	-	3,9	2,1
Aug.	8	75,1	15,1	0,0	8,9	2,7	28,2	5,1	14,2	1,2	2,3	64,2	0,3	-	3,9	2,0

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämien 12)	
	eingezahlte Bausparbeiträge 9)	Zinsgutschriften auf Bauspäreinlagen	Rückzahlungen von Bauspäreinlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto- Zutei- lungen 11)	ins- gesamt	Zuteilungen		neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finanzie- rungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lungen	ins- gesamt	darunter Til- gungen im Quartal			
							Bauspäreinlagen	Bauspardarlehen 9)						darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schenfinanzie- rungs- krediten		darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schenfinanzie- rungs- krediten
Alle Bausparkassen																
2019	27,3	2,1	7,5	49,2	25,8	42,9	16,4	4,2	4,6	3,6	21,9	18,1	6,5	7,2	5,4	0,2
2020	26,6	2,1	8,2	53,8	29,0	48,0	18,8	4,2	4,4	3,5	24,8	18,3	6,3	6,7	5,2	0,2
2021 Juni	2,3	0,0	0,7	4,5	2,5	4,3	1,7	0,3	0,3	0,3	2,2	19,4	6,5	0,5	1,2	0,0
Juli	2,3	0,0	0,8	4,4	2,5	4,3	1,8	0,4	0,4	0,3	2,1	19,0	6,4	0,5		0,0
Aug.	2,2	0,0	0,7	4,1	2,3	3,8	1,4	0,4	0,4	0,3	2,0	19,0	6,4	0,5		0,0
Private Bausparkassen																
2021 Juni	1,5	0,0	0,3	3,5	1,9	3,2	1,2	0,2	0,2	0,2	1,8	14,6	3,6	0,4	0,9	0,0
Juli	1,5	0,0	0,4	3,2	1,8	3,3	1,3	0,3	0,3	0,3	1,7	14,3	3,5	0,4		0,0
Aug.	1,4	0,0	0,4	3,0	1,6	2,9	1,1	0,3	0,3	0,2	1,6	14,1	3,5	0,4		0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2021 Juni	0,8	0,0	0,4	1,1	0,6	1,0	0,5	0,1	0,1	0,1	0,4	4,8	2,9	0,1	0,3	0,0
Juli	0,8	0,0	0,4	1,2	0,7	1,0	0,4	0,1	0,1	0,1	0,4	4,8	2,9	0,1		0,0
Aug.	0,8	0,0	0,3	1,1	0,7	0,9	0,4	0,1	0,1	0,1	0,4	4,8	3,0	0,1		0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. 7 Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine

Bankrisiken. 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. 9 Auszahlungen von Bauspäreinlagen aus zugeordneten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. 13 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Bilanzsumme 7)	Kredite an Banken (MFIs)					Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen 7)		
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter		insgesamt	Guthaben und Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	insgesamt	Buchkredite			insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands		
					zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken			an deutsche Nichtbanken	an ausländische Nichtbanken	Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)				
Auslandsfilialen															Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2018	49	183	1 401,2	403,8	392,8	192,1	200,7	11,0	516,8	427,7	20,0	407,7	89,1	480,5	309,0	
2019	52	198	1 453,0	407,3	389,2	216,0	173,2	18,1	534,3	436,1	19,7	416,4	98,2	511,5	361,7	
2020	50	206	1 552,2	376,7	364,0	213,2	150,8	12,7	504,8	409,6	14,3	395,3	95,2	670,7	523,6	
2020 Okt.	51	207	1 638,9	409,7	395,6	243,0	152,6	14,1	537,6	438,4	18,2	420,2	99,2	691,5	524,4	
Nov.	51	208	1 622,5	411,6	398,0	236,5	161,4	13,6	523,7	427,3	14,5	412,8	96,5	687,2	519,5	
Dez.	50	206	1 552,2	376,7	364,0	213,2	150,8	12,7	504,8	409,6	14,3	395,3	95,2	670,7	523,6	
2021 Jan.	49	205	1 524,5	414,2	401,5	247,6	153,8	12,7	502,1	408,7	13,9	394,8	93,4	608,3	473,6	
Febr.	49	203	1 487,0	429,1	416,7	258,4	158,3	12,4	492,2	402,6	13,6	389,1	89,6	565,6	431,8	
März	49	203	1 492,8	417,4	404,9	238,9	166,0	12,5	492,9	403,9	13,3	390,6	89,0	582,5	430,8	
April	49	202	1 478,2	432,8	420,7	266,5	154,2	12,1	488,7	401,7	13,3	388,3	87,0	556,7	413,3	
Mai	49	203	1 476,1	430,6	417,9	257,9	160,0	12,6	493,8	405,2	13,1	392,2	88,6	551,7	415,5	
Juni	49	203	1 475,7	421,2	407,8	242,9	164,9	13,4	492,9	407,5	13,0	394,5	85,5	561,6	417,1	
Juli	49	204	1 524,4	444,9	431,0	266,8	164,2	13,8	494,0	410,8	13,2	397,6	83,2	585,5	436,6	
Veränderungen *)																
2019	+ 3	+ 15	+ 51,5	- 4,7	- 7,7	+ 23,9	- 31,6	+ 2,9	+ 12,6	+ 0,9	- 0,3	+ 1,2	+ 11,7	+ 30,6	+ 49,6	
2020	- 2	+ 9	+ 104,2	- 20,3	- 15,5	- 2,8	- 12,7	- 4,8	+ 0,2	- 1,0	- 5,4	+ 4,4	+ 1,2	+ 164,2	+ 179,6	
2020 Nov.	-	+ 1	- 15,3	+ 3,6	+ 4,1	- 6,4	+ 10,5	- 0,5	- 8,3	- 6,5	- 3,7	- 2,8	- 1,9	- 3,3	- 1,7	
Dez.	- 1	- 2	- 69,3	- 33,0	- 32,2	- 23,4	- 8,9	- 0,8	- 13,2	- 12,9	- 0,2	- 12,7	- 0,3	- 15,6	+ 7,3	
2021 Jan.	- 1	- 1	- 26,5	+ 37,7	+ 37,9	+ 35,7	+ 2,2	- 0,1	- 5,8	- 3,4	- 0,3	- 3,1	- 2,3	- 62,7	- 51,7	
Febr.	-	- 2	- 37,6	+ 14,7	+ 15,0	+ 10,8	+ 4,2	- 0,3	- 10,7	- 6,8	- 0,4	- 6,4	- 3,9	- 42,7	- 42,1	
März	-	-	+ 4,5	+ 14,7	- 14,6	- 19,5	+ 4,9	- 0,1	- 7,5	- 5,7	- 0,3	- 5,5	- 1,8	+ 15,6	- 4,7	
April	-	- 1	- 13,3	+ 18,2	+ 18,4	+ 27,6	- 9,2	- 0,2	+ 3,2	+ 4,0	+ 0,0	+ 4,0	- 0,9	- 24,5	- 14,4	
Mai	-	+ 1	- 1,6	- 2,8	- 3,3	- 9,8	+ 6,5	+ 0,5	+ 7,0	+ 5,0	- 0,3	+ 5,3	+ 1,9	- 3,4	+ 3,1	
Juni	-	-	- 1,6	- 11,5	- 12,2	- 15,0	+ 2,8	+ 0,7	- 7,0	- 2,9	- 0,1	- 2,8	- 4,1	+ 8,6	- 1,1	
Juli	-	+ 1	+ 48,7	+ 23,4	+ 23,0	+ 24,0	- 0,9	+ 0,4	+ 0,7	+ 3,1	+ 0,2	+ 2,9	- 2,4	+ 24,0	+ 19,5	
Auslandstöchter															Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2018	17	43	237,2	51,2	45,4	20,1	25,3	5,8	136,4	111,7	13,8	97,8	24,7	49,6	0,0	
2019	15	41	235,2	52,5	46,7	18,3	28,4	5,7	139,0	116,1	14,4	101,7	22,9	43,7	0,0	
2020	12	36	229,5	44,8	39,9	17,4	22,5	4,9	139,7	114,4	13,1	101,4	25,3	44,9	0,0	
2020 Okt.	12	36	235,7	44,4	39,2	18,4	20,8	5,2	142,5	116,9	14,2	102,7	25,6	48,9	0,0	
Nov.	12	36	234,8	43,2	38,2	17,0	21,1	5,1	142,2	116,4	13,9	102,5	25,8	49,3	0,0	
Dez.	12	36	229,5	44,8	39,9	17,4	22,5	4,9	139,7	114,4	13,1	101,4	25,3	44,9	0,0	
2021 Jan.	12	36	228,9	43,9	39,1	16,9	22,2	4,8	139,0	114,0	12,6	101,4	25,0	46,1	0,0	
Febr.	12	36	231,6	42,2	37,2	19,0	18,3	5,0	137,9	113,4	12,7	100,7	24,5	51,5	0,0	
März	12	36	228,7	43,3	38,4	19,0	19,4	4,9	137,7	113,1	12,7	100,4	24,5	47,7	0,0	
April	12	36	230,8	42,7	37,4	19,0	18,4	5,3	136,5	112,7	12,6	100,1	23,8	51,6	0,0	
Mai	12	36	230,8	41,9	37,0	18,5	18,5	4,9	136,8	112,7	12,3	100,4	24,2	52,2	0,0	
Juni	12	36	235,5	43,6	38,9	19,9	19,0	4,7	136,8	112,5	12,0	100,4	24,3	55,1	0,0	
Juli	12	35	236,5	44,7	39,6	20,1	19,5	5,1	136,4	112,6	12,0	100,6	23,8	55,4	0,0	
Veränderungen *)																
2019	- 2	- 2	- 7,2	+ 0,4	+ 0,5	- 1,8	+ 2,3	- 0,2	+ 1,6	+ 3,5	+ 0,5	+ 3,0	- 1,9	- 9,1	± 0,0	
2020	- 3	- 5	- 0,8	- 5,3	- 5,0	- 1,0	- 4,0	- 0,3	+ 3,3	+ 0,8	- 1,3	+ 2,1	+ 2,4	+ 1,2	± 0,0	
2020 Nov.	-	-	+ 0,3	- 0,5	- 0,6	- 1,4	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,2	- 0,3	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	± 0,0	
Dez.	-	-	- 4,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 0,4	+ 1,8	- 0,0	- 1,9	- 1,4	- 0,8	- 0,6	- 0,5	- 4,4	± 0,0	
2021 Jan.	-	-	- 1,2	- 1,2	- 1,1	- 0,5	- 0,6	- 0,2	- 1,1	- 0,8	- 0,4	- 0,3	- 0,3	+ 1,1	± 0,0	
Febr.	-	-	+ 2,7	- 1,6	- 1,8	+ 2,1	- 3,9	+ 0,2	- 1,1	- 0,6	+ 0,1	- 0,7	- 0,5	+ 5,4	± 0,0	
März	-	-	- 4,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,5	- 0,2	- 1,1	- 1,1	+ 0,0	- 1,1	+ 0,0	- 3,8	± 0,0	
April	-	-	+ 3,5	+ 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,5	+ 0,5	- 0,4	+ 0,3	- 0,1	+ 0,5	- 0,7	+ 3,9	± 0,0	
Mai	-	-	+ 0,4	- 0,6	- 0,2	- 0,5	+ 0,3	- 0,4	+ 0,5	+ 0,1	- 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	± 0,0	
Juni	-	-	+ 3,5	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,1	- 0,3	- 0,6	- 0,8	- 0,3	- 0,5	+ 0,2	+ 2,9	± 0,0	
Juli	-	- 1	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	- 0,5	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,6	+ 0,3	± 0,0	

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslandstöchtern

grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite												Sonstige Passivpositionen ^{6) 7)}			
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Geldmarkt-papiere und Schuld-verschrei-bungen im Um-lauf ⁵⁾	Betriebs-kapital bzw. Eigen-kapital	insgesamt	darunter: Derivative Finanz-instrumente des Handels-bestands	Zeit		
	zusammen	deutsche Banken	aus-ländische Banken	insgesamt	deutsche Nichtbanken ⁴⁾			aus-ländische Nicht-banken							
					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}													Auslandsfilialen		
897,1	607,2	428,8	178,4	290,0	11,4	9,7	1,8	278,5	91,2	54,0	358,9	302,6	2018		
894,1	613,6	453,2	160,4	280,5	12,7	10,1	2,7	267,8	94,6	53,4	410,9	361,1	2019		
872,2	588,5	431,8	156,7	283,7	11,7	10,2	1,5	272,0	61,5	49,9	568,6	523,1	2020		
932,4	632,6	451,1	181,5	299,9	14,0	12,3	1,7	285,9	76,7	50,9	578,9	523,9	2020 Okt.		
926,8	625,3	444,3	181,0	301,5	12,3	10,9	1,5	289,1	74,8	50,5	570,4	518,9	Nov.		
872,2	588,5	431,8	156,7	283,7	11,7	10,2	1,5	272,0	61,5	49,9	568,6	523,1	Dez.		
898,0	596,5	421,1	175,5	301,5	10,4	8,9	1,5	291,1	71,0	50,2	505,3	472,3	2021 Jan.		
906,9	600,1	421,4	178,6	306,8	9,9	8,4	1,5	296,9	68,0	50,1	462,1	430,8	Febr.		
907,4	606,9	435,0	172,0	300,4	9,5	8,0	1,5	290,9	72,1	50,7	462,7	429,7	März		
911,4	612,3	438,3	174,0	299,1	9,0	7,5	1,5	290,1	73,1	50,3	443,4	412,2	April		
907,0	604,3	431,2	173,1	302,7	8,6	7,1	1,5	294,0	74,9	50,2	444,0	414,5	Mai		
904,8	607,4	438,0	169,4	297,4	8,3	6,8	1,5	289,0	72,1	51,0	447,9	415,9	Juni		
930,2	622,8	444,9	177,9	307,3	8,7	7,2	1,5	298,7	74,7	51,2	468,4	435,5	Juli		
Veränderungen ^{*)}															
- 7,2	+ 2,4	+ 24,4	- 22,0	- 9,6	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,9	- 10,9	+ 3,0	- 0,6	+ 52,0	+ 58,5	2019		
- 9,2	- 13,3	- 21,4	+ 8,1	+ 4,1	- 1,0	+ 0,3	- 1,4	+ 5,1	- 28,1	- 3,5	+ 157,6	+ 162,0	2020		
- 3,2	- 4,9	- 6,7	+ 1,8	+ 1,7	- 1,7	- 1,4	- 0,2	+ 3,4	- 0,9	- 0,3	- 8,4	- 5,0	2020 Nov.		
- 52,1	- 34,5	- 12,5	- 21,9	- 17,6	- 0,6	- 0,7	+ 0,0	- 17,0	- 12,3	- 0,7	- 1,9	+ 4,1	Dez.		
+ 26,1	+ 7,7	- 10,6	+ 18,3	+ 18,4	- 1,3	- 1,3	- 0,0	+ 19,7	+ 9,2	+ 0,3	- 63,3	- 50,8	2021 Jan.		
+ 8,9	+ 3,6	+ 0,7	+ 2,9	+ 5,3	- 0,5	- 0,5	- 0,0	+ 5,8	- 3,1	- 0,1	- 43,5	- 41,5	Febr.		
- 2,5	+ 4,2	+ 14,4	- 10,2	- 6,7	- 0,4	- 0,4	+ 0,0	- 6,3	+ 2,8	+ 0,6	- 0,3	- 1,1	März		
+ 6,2	+ 7,3	+ 2,2	+ 5,1	- 1,1	- 0,6	- 0,5	- 0,0	- 0,5	+ 2,3	- 0,4	- 18,1	- 17,5	April		
- 3,4	- 7,0	- 7,1	+ 0,1	+ 3,6	- 0,3	- 0,3	- 0,0	+ 4,0	+ 2,3	- 0,1	+ 0,5	+ 2,3	Mai		
- 5,2	+ 0,3	+ 6,7	- 6,5	- 5,5	- 0,3	- 0,3	+ 0,0	- 5,2	- 4,1	+ 0,8	+ 3,9	+ 1,4	Juni		
+ 25,3	+ 15,3	+ 6,9	+ 8,3	+ 10,0	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	+ 9,7	+ 2,6	+ 0,2	+ 20,5	+ 19,5	Juli		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}													Auslandstöchter		
171,5	71,6	36,1	35,5	100,0	9,1	6,4	2,7	90,8	14,3	22,4	29,0	0,0	2018		
165,7	68,7	36,6	32,1	97,0	6,6	3,9	2,7	90,4	16,0	22,1	31,4	0,0	2019		
163,4	59,6	34,1	25,5	103,8	6,7	4,2	2,5	97,1	16,6	20,3	29,2	0,0	2020		
167,9	63,5	35,3	28,3	104,4	7,4	4,9	2,5	96,9	17,7	20,5	29,6	0,0	2020 Okt.		
168,4	62,8	33,8	29,0	105,6	7,2	4,8	2,5	98,3	16,5	20,7	29,2	0,0	Nov.		
163,4	59,6	34,1	25,5	103,8	6,7	4,2	2,5	97,1	16,6	20,3	29,2	0,0	Dez.		
163,1	58,1	32,7	25,4	105,0	6,7	4,3	2,5	98,3	16,8	20,4	28,6	0,0	2021 Jan.		
166,8	60,2	34,8	25,4	106,5	6,4	3,9	2,5	100,1	16,6	20,3	27,9	0,0	Febr.		
164,5	59,2	34,3	25,0	105,2	6,4	4,0	2,5	98,8	16,9	20,4	27,0	0,0	März		
166,1	59,0	33,4	25,7	107,0	6,4	4,0	2,5	100,6	17,3	20,4	27,0	0,0	April		
165,8	57,0	32,1	24,9	108,9	6,5	4,0	2,4	102,4	17,3	20,4	27,3	0,0	Mai		
167,8	58,5	32,2	26,3	109,3	6,6	4,2	2,4	102,7	17,6	20,5	29,6	0,0	Juni		
169,7	58,6	32,4	26,3	111,1	6,6	4,2	2,4	104,5	17,7	20,5	28,6	0,0	Juli		
Veränderungen ^{*)}															
- 6,7	- 3,2	+ 0,5	- 3,8	- 3,5	- 2,5	- 2,5	+ 0,0	- 1,0	+ 1,7	- 0,4	- 1,8	± 0,0	2019		
+ 1,4	- 7,3	- 2,5	- 4,8	+ 8,7	+ 0,0	+ 0,3	- 0,3	+ 8,7	+ 0,6	- 1,8	- 1,0	± 0,0	2020		
+ 1,4	- 0,4	- 1,5	+ 1,1	+ 1,7	- 0,2	- 0,2	- 0,0	+ 1,9	- 1,2	+ 0,2	- 0,0	± 0,0	2020 Nov.		
- 4,1	- 2,8	+ 0,3	- 3,1	- 1,3	- 0,5	- 0,5	- 0,0	- 0,7	+ 0,1	- 0,4	+ 0,3	± 0,0	Dez.		
- 0,8	- 1,8	- 1,4	- 0,3	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,1	- 0,7	± 0,0	2021 Jan.		
+ 3,6	+ 2,1	+ 2,2	- 0,0	+ 1,5	- 0,3	- 0,3	- 0,0	+ 1,8	- 0,3	- 0,0	- 0,7	± 0,0	Febr.		
- 3,5	- 1,5	- 0,6	- 1,0	- 1,9	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 2,0	+ 0,3	+ 0,0	- 1,4	± 0,0	März		
+ 2,6	+ 0,3	- 0,9	+ 1,2	+ 2,3	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 2,3	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,5	± 0,0	April		
+ 0,0	- 1,9	- 1,3	- 0,6	+ 2,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 1,9	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,4	± 0,0	Mai		
+ 1,2	+ 1,2	+ 0,1	+ 1,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 1,9	± 0,0	Juni		
+ 1,8	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 1,7	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 1,7	+ 0,1	- 0,1	- 1,1	± 0,0	Juli		

besonders angemerkt. **1** Mehrere Filialen in einem Sitzland zählen als eine Filiale. **2** Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. **3** Einschl. eigener Schuldverschreibungen. **4** Ohne nachrangige Verbind-

lichkeiten und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen. **5** Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. **6** Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. **7** Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum

Mrd €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2014	10 677,3	106,8	106,3	236,3	130,1	0,0
2015	11 375,0	113,8	113,3	557,1	443,8	0,0
2016	11 918,5	119,2	118,8	919,0	800,3	0,0
2017	12 415,8	124,2	123,8	1 275,2	1 151,4	0,0
2018	12 775,2	127,8	127,4	1 332,1	1 204,8	0,0
2019	13 485,4	134,9	134,5	1 623,7	1 489,3	0,0
2020	14 590,4	145,9	145,5	3 029,4	2 883,9	0,0
2021 Aug.
Sept. p)	15 318,5	153,2	152,8
Okt.

2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Anteil Deutschlands an der Reservebasis des Eurosystems in %	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2014	2 876 931	26,9	28 769	28 595	75 339	46 744	4
2015	3 137 353	27,6	31 374	31 202	174 361	143 159	0
2016	3 371 095	28,3	33 711	33 546	301 989	268 443	0
2017	3 456 192	27,8	34 562	34 404	424 547	390 143	2
2018	3 563 306	27,9	35 633	35 479	453 686	418 206	1
2019	3 728 027	27,6	37 280	37 131	486 477	449 346	0
2020	4 020 792	27,6	40 208	40 062	878 013	837 951	1
2021 Aug.
Sept. p)	4 176 662	27,3	41 767	41 624
Okt.

a) Reserve-Soll einzelner Bankengruppen

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	Zweigstellen ausländischer Banken	Landesbanken und Sparkassen	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben
2014	5 593	4 966	1 507	9 626	5 375	216	1 312
2015	6 105	5 199	2 012	10 432	5 649	226	1 578
2016	6 384	5 390	2 812	10 905	5 960	236	1 859
2017	6 366	5 678	3 110	11 163	6 256	132	1 699
2018	7 384	4 910	3 094	11 715	6 624	95	1 658
2019	7 684	5 494	2 765	12 273	7 028	109	1 778
2020	8 151	6 371	3 019	12 912	7 547	111	2 028
2021 Aug.
Sept. p)	8 667	6 499	3 143	13 468	7 946	107	1 793
Okt.

b) Zusammensetzung der Reservebasis nach Verbindlichkeiten

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen, Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Nicht-MFIs mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber nicht der Mindestreserve unterliegenden MFIs im Euroraum mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Banken im anderen Ausland außerhalb des Euroraums mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Spareinlagen mit Kündigungsfrist bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten aus ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl. nach Pauschalabzug bzw. Abzug der Beträge im Besitz selbst reservspflichtiger MFIs
2014	1 904 200	1 795	282 843	601 390	86 740
2015	2 063 317	1 879	375 891	592 110	104 146
2016	2 203 100	1 595	447 524	585 099	133 776
2017	2 338 161	628	415 084	581 416	120 894
2018	2 458 423	1 162	414 463	576 627	112 621
2019	2 627 478	1 272	410 338	577 760	111 183
2020	2 923 462	1 607	436 696	560 770	105 880
2021 Aug.
Sept. p)	3 031 068	9 868	473 288	563 495	98 946
Okt.

1 Die Erfüllungsperiode beginnt am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von

bis zu 2 Jahren einschl. betrug vom 1. Januar 1999 bis 17. Januar 2012 2 %. Ab dem 18. Januar 2012 liegt er bei 1 %. 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreserve 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze / Basiszinssätze

% p.a.

EZB-Zinssätze							Basiszinssätze								
Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte			Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte			Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Basiszinssatz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basiszinssatz gemäß BGB 1)
		Festsatz	Mindestbietungssatz					Festsatz	Mindestbietungssatz						
2005 6. Dez.	1,25	-	2,25	3,25	2011 13. April	0,50	1,25	-	2,00	2002 1. Jan.	2,57	2009 1. Jan.	1,62		
2006 8. März	1,50	-	2,50	3,50	13. Juli	0,75	1,50	-	2,25	1. Juli	2,47	1. Juli	0,12		
15. Juni	1,75	-	2,75	3,75	9. Nov.	0,50	1,25	-	2,00	2003 1. Jan.	1,97	2011 1. Juli	0,37		
9. Aug.	2,00	-	3,00	4,00	14. Dez.	0,25	1,00	-	1,75	1. Juli	1,22	2012 1. Jan.	0,12		
11. Okt.	2,25	-	3,25	4,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	-	1,50	2004 1. Jan.	1,14	2013 1. Jan.	-0,13		
13. Dez.	2,50	-	3,50	4,50	2013 8. Mai	0,00	0,50	-	1,00	1. Juli	1,13	1. Juli	-0,38		
2007 14. März	2,75	-	3,75	4,75	13. Nov.	0,00	0,25	-	0,75	2005 1. Jan.	1,21	2014 1. Jan.	-0,63		
13. Juni	3,00	-	4,00	5,00	2014 11. Juni	-0,10	0,15	-	0,40	1. Juli	1,17	1. Juli	-0,73		
2008 9. Juli	3,25	-	4,25	5,25	10. Sept.	-0,20	0,05	-	0,30	2006 1. Jan.	1,37	2015 1. Jan.	-0,83		
8. Okt.	2,75	-	3,75	4,75	2015 9. Dez.	-0,30	0,05	-	0,30	1. Juli	1,95	2016 1. Juli	-0,88		
9. Okt.	3,25	3,75	-	4,25	2016 16. März	-0,40	0,00	-	0,25	2007 1. Jan.	2,70				
12. Nov.	2,75	3,25	-	3,75	2019 18. Sept.	-0,50	0,00	-	0,25	1. Juli	3,19				
10. Dez.	2,00	2,50	-	3,00						2008 1. Jan.	3,32				
2009 21. Jan.	1,00	2,00	-	3,00						1. Juli	3,19				
11. März	0,50	1,50	-	2,50											
8. April	0,25	1,25	-	2,25											
13. Mai	0,25	1,00	-	1,75											

1 Gemäß § 247 BGB.

2. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren *)

Gutschriftstag	Gebote Betrag Mio €	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender			Laufzeit Tage
			Festsatz	% p.a.	Mindestbietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	
Hauptrefinanzierungsgeschäfte								
2021 22. Sept.		44	44	0,00	-	-	-	7
29. Sept.		147	147	0,00	-	-	-	7
06. Okt.		232	232	0,00	-	-	-	7
13. Okt.		193	193	0,00	-	-	-	7
20. Okt.		63	63	0,00	-	-	-	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte								
2021 29. Juli		25	25	2) ...	-	-	-	91
26. Aug.		48	48	2) ...	-	-	-	91
30. Sept.		2	2	2) ...	-	-	-	84
30. Sept.		1339	1339	2) ...	-	-	-	364

* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; a) Zuteilung zu dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während

der Laufzeit unter Einbeziehung eines Spreads oder b) Zuteilung zum durchschnittlichen Satz der Einlagefazilität während der Laufzeit.

3. Geldmarktsätze nach Monaten *)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	€STR 1)	EONIA 1)	EURIBOR 2)				
			Wochengeld	Monatsgeld	Dreimonatsgeld	Sechsmonatsgeld	Zwölfmonatsgeld
2021 März	-0,564	-0,48	-0,56	-0,55	-0,54	-0,52	-0,49
April	-0,566	-0,48	-0,56	-0,56	-0,54	-0,52	-0,48
Mai	-0,565	-0,48	-0,57	-0,56	-0,54	-0,51	-0,48
Juni	-0,565	-0,48	-0,57	-0,55	-0,54	-0,51	-0,48
Juli	-0,566	-0,48	-0,57	-0,56	-0,54	-0,52	-0,49
Aug.	-0,568	-0,48	-0,57	-0,56	-0,55	-0,53	-0,50
Sept.	-0,570	-0,49	-0,57	-0,56	-0,55	-0,52	-0,49

* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Unstimmigkeiten des EONIA-Satzes und der EURIBOR-Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro OverNight Index Average: Vom 4. Januar 1999 bis 30. September 2019 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act 360 berechneter gewichteter

Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft. Seit 1. Oktober 2019 berechnet als Euro Short-Term Rate (€STR) + 8,5 Basispunkte Aufschlag. 2 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act 360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz. Administrator für EONIA und EURIBOR: European Money Markets Institute (EMMI)

VI. Zinssätze

4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)

a) Bestände ^{o)}

		Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
		mit vereinbarter Laufzeit							
		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
Stand am Monatsende		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2020 Aug.		0,26	53 971	1,03	218 020	-0,08	82 164	0,89	22 508
Sept.		0,26	54 068	1,02	218 212	-0,10	82 957	0,92	23 504
Okt.		0,26	53 982	1,01	218 002	-0,11	84 498	0,89	22 350
Nov.		0,26	52 719	1,00	217 758	-0,11	80 549	0,85	22 254
Dez.		0,25	53 079	1,00	219 376	-0,17	79 340	0,84	22 256
2021 Jan.		0,25	51 896	0,99	220 299	-0,16	74 531	0,85	21 979
Febr.		0,26	51 369	0,98	220 419	-0,16	72 894	0,85	22 242
März		0,25	51 417	0,98	220 406	-0,18	77 326	0,83	21 860
April		0,25	50 078	0,97	220 310	-0,19	74 026	0,84	21 529
Mai		0,24	48 897	0,96	220 455	-0,21	74 080	0,83	21 455
Juni		0,23	48 834	0,95	220 118	-0,23	71 148	0,88	21 464
Juli		0,23	45 300	0,94	219 790	-0,23	69 514	0,82	20 964
Aug.		0,22	44 901	0,93	219 708	-0,26	68 741	0,81	21 091

		Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
		mit Ursprungslaufzeit											
		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
Stand am Monatsende		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2020 Aug.		1,98	4 727	1,64	26 690	2,05	1 315 489	6,98	45 609	3,40	86 216	3,53	321 757
Sept.		1,95	4 705	1,62	26 940	2,03	1 329 087	6,96	46 438	3,39	86 231	3,50	322 100
Okt.		1,92	4 792	1,62	26 962	2,00	1 337 259	6,86	45 325	3,38	85 849	3,48	323 886
Nov.		1,92	4 616	1,60	27 072	1,99	1 345 468	6,83	44 787	3,38	85 328	3,46	324 149
Dez.		1,92	4 557	1,60	27 024	1,97	1 353 793	6,80	45 013	3,37	85 416	3,45	323 181
2021 Jan.		1,90	4 663	1,59	26 903	1,95	1 357 733	6,90	43 164	3,36	84 363	3,42	323 164
Febr.		1,89	4 642	1,57	26 790	1,93	1 363 884	6,76	43 200	3,36	83 522	3,41	323 393
März		1,89	4 545	1,56	26 788	1,91	1 373 003	6,72	44 263	3,34	83 114	3,40	322 618
April		1,86	4 496	1,56	26 870	1,88	1 381 533	6,65	43 462	3,34	82 596	3,38	323 494
Mai		1,94	4 575	1,55	26 759	1,87	1 390 096	6,63	43 692	3,33	82 120	3,36	323 923
Juni		1,91	4 485	1,54	26 949	1,85	1 399 549	6,60	45 343	3,33	81 846	3,35	323 511
Juli		1,92	4 642	1,53	26 996	1,83	1 410 004	6,53	44 338	3,33	81 734	3,34	325 291
Aug.		1,94	4 581	1,52	27 044	1,82	1 418 885	6,60	44 785	3,33	81 452	3,32	325 888

		Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
Stand am Monatsende		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2020 Aug.		1,98	165 184	1,66	187 678	1,79	779 570
Sept.		2,07	160 014	1,68	186 700	1,77	774 045
Okt.		2,04	157 761	1,68	187 240	1,76	779 595
Nov.		2,06	154 555	1,69	187 341	1,75	784 308
Dez.		2,03	150 278	1,71	186 798	1,73	787 188
2021 Jan.		2,06	149 911	1,71	186 599	1,71	790 534
Febr.		2,02	152 425	1,71	189 130	1,70	793 839
März		1,78	163 745	1,67	194 734	1,69	794 245
April		1,96	151 270	1,67	195 027	1,68	798 088
Mai		1,93	153 129	1,65	194 737	1,68	802 212
Juni		2,01	149 474	1,65	193 910	1,67	801 420
Juli		1,94	148 978	1,64	194 327	1,65	808 937
Aug.		1,94	148 766	1,63	196 058	1,64	811 706

* Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber im Euroraum gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik \ Geld- und Kapitalmärkte \ Zinssätze und Renditen \ Einlagen- und Kreditzinssätze) entnehmen. ^o Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum

Monatsultimo erhoben. **1** Die Effektivzinssätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. **2** Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. **3** Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzweckfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichten im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. **4** Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. **5** Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. **6** Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 12 bis 14 S.47*.)

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2020 Aug.	0,00	1 650 273	0,16	2 643	0,59	563	0,64	555	0,10	531 277	0,18	28 764
Sept.	0,00	1 658 764	0,10	3 027	0,51	501	0,61	590	0,10	531 223	0,18	28 417
Okt.	0,00	1 680 565	0,10	3 014	0,44	509	0,60	805	0,10	531 245	0,18	28 001
Nov.	0,00	1 703 473	0,11	2 483	0,49	404	0,61	747	0,10	531 537	0,18	27 578
Dez.	0,00	1 715 292	-0,01	3 214	0,40	394	0,59	794	0,10	532 793	0,18	27 312
2021 Jan.	0,00	1 732 961	0,03	3 036	0,38	357	0,55	734	0,10	534 458	0,17	26 749
Febr.	-0,00	1 754 413	0,07	2 793	0,36	385	0,50	741	0,09	535 684	0,17	26 435
März	-0,00	1 750 971	0,06	3 073	0,32	342	0,41	834	0,09	535 778	0,17	26 115
April	-0,00	1 772 803	0,06	2 465	0,28	379	0,32	591	0,09	536 476	0,17	25 840
Mai	-0,01	1 786 469	0,01	2 399	0,37	307	0,32	529	0,09	537 061	0,16	25 715
Juni	-0,01	1 788 689	-0,04	2 957	0,23	310	0,28	566	0,09	536 727	0,16	25 503
Juli	-0,01	1 800 235	0,02	2 414	0,28	401	0,29	695	0,08	536 463	0,16	25 216
Aug.	-0,01	1 797 331	0,02	2 311	0,24	284	0,34	558	0,08	536 145	0,16	24 993

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2020 Aug.	-0,08	528 905	-0,34	35 771	-0,02	170	0,20	164
Sept.	-0,08	532 597	-0,36	37 956	-0,01	112	0,43	275
Okt.	-0,09	548 227	-0,36	38 781	0,10	237	0,33	548
Nov.	-0,09	549 032	-0,37	30 418	0,03	220	0,35	533
Dez.	-0,09	546 575	-0,42	34 321	-0,12	556	0,26	970
2021 Jan.	-0,10	545 028	-0,23	35 220	-0,05	126	0,19	129
Febr.	-0,10	539 935	-0,26	32 726	-0,01	113	0,37	537
März	-0,11	571 025	-0,12	54 987	0,07	363	0,24	919
April	-0,10	559 616	-0,25	52 411	-0,10	113	0,23	87
Mai	-0,11	564 627	-0,34	53 947	-0,04	194	0,37	231
Juni	-0,12	569 903	-0,50	64 520	-0,14	278	0,20	200
Juli	-0,12	581 879	-0,48	57 334	-0,22	322	0,09	168
Aug.	-0,13	589 523	-0,50	47 074	-0,17	174	.	.

Kredite an private Haushalte											
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
	effektiver Jahres- zinssatz 10) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2020 Aug.	5,74	5,62	8 340	6,43	1 738	8,79	391	4,33	3 050	6,18	4 899
Sept.	5,56	5,52	8 638	6,42	1 726	8,53	417	4,12	3 286	6,19	4 936
Okt.	5,73	5,62	8 265	6,36	1 739	8,39	436	4,32	2 905	6,14	4 924
Nov.	5,71	5,62	7 778	6,24	1 560	8,90	566	4,26	2 797	6,06	4 416
Dez.	5,53	5,48	6 652	6,08	1 193	8,08	551	4,24	2 544	5,97	3 556
2021 Jan.	5,88	5,85	6 836	6,43	1 655	7,99	439	4,45	1 973	6,26	4 423
Febr.	5,65	5,65	7 077	6,34	1 630	7,76	379	4,33	2 194	6,11	4 503
März	5,35	5,27	9 298	6,17	1 786	6,23	384	4,05	3 296	5,92	5 619
April	5,51	5,38	7 926	6,17	1 482	6,76	325	4,25	2 731	5,92	4 871
Mai	5,49	5,37	7 573	6,21	1 400	7,01	301	4,24	2 605	5,90	4 667
Juni	5,52	5,40	8 979	6,25	1 741	7,20	359	4,23	3 090	5,94	5 530
Juli	5,55	5,47	9 279	6,30	1 924	7,15	386	4,26	3 014	5,98	5 880
Aug.	5,54	5,44	8 722	6,29	1 747	7,54	340	4,30	2 828	5,89	5 554

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. Anmerkung x s. S. 47*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolving Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmontats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolving Krediten und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft wird aus Vereinfachungsgründen wie die

Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels eines geeigneten Schätzverfahrens auf die Grundgesamtheit aller MFIs in Deutschland hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte										
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)										
Erhebungs- zeitraum	insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite an private Haushalte										
2020 Aug.	1,88	4 210	1,60	1 055	1,94	1 710	2,55	773	1,51	1 727
Sept.	1,83	4 517	1,60	1 170	1,98	1 997	2,37	612	1,51	1 908
Okt.	1,80	4 279	1,60	1 214	1,95	1 832	2,47	578	1,44	1 869
Nov.	1,84	4 026	1,61	930	1,96	1 731	2,44	585	1,51	1 710
Dez.	1,77	5 473	1,56	1 254	1,81	2 404	2,30	772	1,54	2 297
2021 Jan.	1,79	4 530	1,66	1 532	1,93	1 958	2,17	572	1,55	2 000
Febr.	1,71	4 265	1,69	1 000	1,74	1 680	2,08	578	1,58	2 007
März	1,68	5 715	1,59	1 331	1,69	2 358	2,20	691	1,53	2 666
April	1,65	4 662	1,52	1 263	1,58	1 956	2,08	724	1,55	1 982
Mai	1,74	3 877	1,51	909	1,79	1 589	2,32	550	1,51	1 738
Juni	1,63	5 170	1,53	1 119	1,55	2 198	2,26	702	1,51	2 270
Juli	1,68	4 950	1,50	1 428	1,71	1 920	2,09	732	1,52	2 298
Aug.	1,74	4 101	1,60	806	1,88	1 594	2,17	612	1,48	1 895
darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen										
2020 Aug.	1,76	2 755	-	-	1,70	1 135	2,47	462	1,55	1 158
Sept.	1,85	3 019	-	-	1,89	1 357	2,53	431	1,55	1 231
Okt.	1,78	2 888	-	-	1,81	1 226	2,50	451	1,47	1 211
Nov.	1,83	2 743	-	-	1,85	1 118	2,53	438	1,55	1 187
Dez.	1,85	3 793	-	-	1,87	1 629	2,47	523	1,63	1 641
2021 Jan.	1,77	3 041	-	-	1,76	1 281	2,34	402	1,62	1 358
Febr.	1,86	2 843	-	-	1,89	1 058	2,40	390	1,70	1 395
März	1,78	3 846	-	-	1,83	1 507	2,26	535	1,60	1 804
April	1,73	3 212	-	-	1,65	1 316	2,17	555	1,62	1 341
Mai	1,85	2 624	-	-	1,93	1 052	2,29	451	1,59	1 121
Juni	1,70	3 581	-	-	1,64	1 516	2,38	508	1,52	1 557
Juli	1,71	3 514	-	-	1,75	1 339	2,10	587	1,53	1 588
Aug.	1,89	2 666	-	-	2,05	1 045	2,35	441	1,57	1 180

noch: Kredite an private Haushalte													
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)													
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren		
	Effektiv- zinssatz 10) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt													
2020 Aug.	1,28	1,23	21 280	1,41	3 135	1,80	2 209	1,44	1 500	1,07	7 032	1,20	10 539
Sept.	1,26	1,21	21 782	1,35	3 121	1,77	2 213	1,35	1 542	1,07	6 957	1,17	11 070
Okt.	1,24	1,19	23 217	1,24	3 834	1,75	2 362	1,32	1 554	1,03	7 579	1,17	11 722
Nov.	1,22	1,17	23 185	1,28	3 113	1,72	2 372	1,28	1 708	1,03	7 413	1,14	11 692
Dez.	1,21	1,16	22 148	1,29	3 033	1,75	2 195	1,31	1 698	1,02	7 733	1,11	10 522
2021 Jan.	1,23	1,19	21 721	1,32	3 866	1,79	2 124	1,34	1 615	1,03	7 316	1,15	10 666
Febr.	1,22	1,17	22 145	1,30	3 246	1,73	2 098	1,28	1 563	1,04	7 547	1,14	10 938
März	1,22	1,18	28 589	1,26	4 248	1,75	2 684	1,25	1 958	1,02	10 006	1,17	13 941
April	1,27	1,23	24 541	1,30	3 804	1,79	2 343	1,28	1 725	1,06	8 741	1,23	11 732
Mai	1,31	1,27	22 786	1,35	3 379	1,83	2 064	1,30	1 568	1,09	8 416	1,29	10 738
Juni	1,34	1,29	25 161	1,34	3 327	1,74	2 374	1,33	1 775	1,12	9 196	1,33	11 815
Juli	1,36	1,31	25 121	1,36	3 808	1,76	2 686	1,32	1 649	1,14	9 216	1,34	11 570
Aug.	1,31	1,27	22 734	1,32	3 095	1,78	2 324	1,37	1 514	1,10	7 975	1,28	10 921
darunter: besicherte Kredite 11)													
2020 Aug.	-	1,16	9 074	-	-	1,77	748	1,17	673	0,98	3 137	1,17	4 516
Sept.	-	1,14	9 865	-	-	1,75	795	1,14	753	1,00	3 201	1,14	5 116
Okt.	-	1,14	10 142	-	-	1,73	806	1,12	748	1,00	3 239	1,14	5 349
Nov.	-	1,10	10 137	-	-	1,61	819	1,10	823	0,96	3 182	1,11	5 313
Dez.	-	1,08	9 592	-	-	1,63	796	1,12	781	0,95	3 355	1,07	4 660
2021 Jan.	-	1,13	9 731	-	-	1,71	814	1,11	780	0,97	3 226	1,14	4 911
Febr.	-	1,11	9 659	-	-	1,60	752	1,08	773	0,96	3 228	1,14	4 906
März	-	1,11	12 754	-	-	1,69	929	1,08	884	0,95	4 589	1,14	6 352
April	-	1,15	10 483	-	-	1,71	801	1,10	822	1,00	3 834	1,18	5 026
Mai	-	1,19	9 797	-	-	1,74	747	1,09	725	1,01	3 738	1,25	4 587
Juni	-	1,23	10 630	-	-	1,69	836	1,14	793	1,06	4 071	1,29	4 930
Juli	-	1,25	10 467	-	-	1,66	934	1,15	749	1,08	3 906	1,33	4 878
Aug.	-	1,21	9 407	-	-	1,67	821	1,21	665	1,03	3 442	1,25	4 479

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*;
 Anmerkung 11 s. S. 47*

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite 14)		darunter				Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite 14)		darunter			
			Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)		Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2020 Aug.	7,51	36 716	7,31	29 015	15,08	4 204	2,77	76 935	2,78	76 674		
Sept.	7,51	37 568	7,33	30 004	15,04	4 147	2,84	76 376	2,85	76 092		
Okt.	7,42	36 256	7,19	28 750	15,03	4 144	2,75	76 056	2,76	75 773		
Nov.	7,41	35 700	7,17	28 273	15,06	4 108	2,74	75 596	2,75	75 326		
Dez.	7,32	36 062	7,11	28 411	15,15	4 101	2,70	73 441	2,71	73 178		
2021 Jan.	7,51	34 191	7,08	27 635	15,28	4 011	2,77	71 756	2,78	71 526		
Febr.	7,40	34 121	7,03	27 298	15,38	3 944	2,76	73 589	2,77	73 354		
März	7,41	34 973	7,11	27 993	15,45	3 910	2,77	72 139	2,78	71 866		
April	7,37	34 035	7,02	27 152	15,48	3 899	2,84	70 358	2,85	70 106		
Mai	7,28	34 454	7,01	27 148	15,51	3 905	2,79	72 023	2,80	71 766		
Juni	7,23	35 815	7,05	28 056	15,55	3 938	2,86	72 488	2,87	72 184		
Juli	7,11	35 046	6,90	27 102	15,54	3 987	2,75	73 098	2,76	72 788		
Aug.	7,12	35 662	6,99	27 343	15,58	4 039	2,79	72 942	2,80	72 622		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften															
	insgesamt		darunter				Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15)				Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15)					
			neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2020 Aug.	1,52	55 855	1,36	16 568	1,78	8 324	2,39	1 235	1,51	2 209	1,46	35 797	1,62	3 186	1,22	5 659
Sept.	1,37	71 553	1,49	21 841	2,00	10 506	2,42	1 308	1,55	2 213	1,22	45 047	1,42	3 107	1,18	10 041
Okt.	1,37	66 721	1,36	20 690	1,99	10 358	2,38	1 354	1,49	2 362	1,17	42 053	1,73	4 238	1,18	7 163
Nov.	1,39	62 811	1,39	18 016	1,96	9 897	2,25	1 343	1,53	2 372	1,25	37 080	1,47	4 017	1,13	8 827
Dez.	1,33	87 725	1,37	26 272	2,01	9 615	2,31	1 615	1,56	2 195	1,23	56 078	1,36	4 945	1,11	13 362
2021 Jan.	1,36	55 365	1,52	17 883	1,99	8 828	2,30	1 183	1,56	2 124	1,22	35 711	1,45	2 185	1,03	5 906
Febr.	1,37	54 516	1,55	14 708	2,00	8 851	2,23	1 084	1,57	2 098	1,22	32 922	1,37	2 679	1,09	7 447
März	1,09	93 353	1,59	21 948	1,90	10 691	2,16	1 432	1,54	2 684	0,89	62 746	1,17	6 173	1,20	10 469
April	1,52	56 777	1,55	18 920	1,90	9 318	2,23	1 385	1,55	2 343	1,46	35 109	1,43	3 022	1,15	6 390
Mai	1,32	58 626	1,53	16 038	1,89	8 462	2,33	1 179	1,56	2 064	1,20	36 993	1,42	2 491	1,06	7 923
Juni	1,28	83 129	1,29	27 883	1,93	9 481	2,37	1 409	1,54	2 374	1,19	52 578	0,78	6 948	1,28	10 979
Juli	1,35	70 171	1,42	20 858	1,84	9 608	2,26	1 403	1,52	2 686	1,30	41 858	1,29	3 934	1,00	11 615
Aug.	1,33	54 047	1,58	14 739	1,79	7 827	2,31	1 094	1,44	2 324	1,25	33 740	1,14	3 001	1,08	7 077

Erhebungs- zeitraum	Kredite insgesamt															
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2020 Aug.	1,47	7 045	.	.	1,85	362	2,14	123	1,26	369	1,52	4 544	1,79	458	1,05	1 189
Sept.	1,37	11 059	.	.	1,72	508	2,08	105	1,22	353	1,41	7 417	1,85	535	1,03	2 141
Okt.	1,23	8 346	.	.	1,73	480	1,74	111	1,14	374	1,26	4 696	1,11	672	1,08	2 013
Nov.	1,54	9 630	.	.	1,86	375	1,67	98	1,20	367	1,64	5 414	2,01	807	1,18	2 569
Dez.	1,33	15 369	.	.	1,68	494	1,68	134	1,16	452	1,41	8 979	1,39	1 222	1,11	4 088
2021 Jan.	1,25	7 702	.	.	1,73	430	1,65	99	1,32	374	1,26	4 614	1,69	574	0,88	1 611
Febr.	1,42	6 642	.	.	1,83	339	1,67	89	1,07	331	1,61	3 930	1,31	383	0,96	1 570
März	1,19	13 787	.	.	1,64	481	1,81	106	1,17	399	1,12	8 540	1,33	825	1,23	3 436
April	1,44	7 883	.	.	1,79	377	1,68	117	1,15	359	1,55	4 450	1,51	967	1,07	1 613
Mai	1,46	7 097	.	.	1,76	340	1,73	75	1,21	404	1,68	3 830	1,15	439	1,11	2 009
Juni	1,36	13 761	.	.	1,79	410	1,84	109	1,20	444	1,35	8 365	1,38	1 110	1,35	3 323
Juli	1,41	10 857	.	.	1,68	445	1,57	117	1,24	404	1,56	6 539	1,30	933	1,02	2 419
Aug.	1,45	7 709	.	.	1,81	328	1,76	85	1,18	308	1,55	4 191	1,69	819	1,09	1 978

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*: **11** Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. **12** Revolvierende Kredite besitzen folgende Eigenschaften: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. **13** Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden

Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. **14** Einsch. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. **15** Die Beitragskategorie bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme. x Weil die Position von den Geschäften von ein oder zwei Banken dominiert wird, können aus Gründen der Vertraulichkeit keine Angaben gemacht werden.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bargeld und Einlagen ¹⁾	Schuldver- schreibungen	Kredite ²⁾	Aktien und sonstige Anteilsrechte	Investment- fondsanteile	Finanz- derivate	Technische Rück- stellungen ³⁾	Nicht- finanzielle Aktiva	Sonstige Aktiva
Versicherungsunternehmen ⁴⁾										
2018 4.Vj.	2 213,5	318,3	400,5	330,4	349,7	665,8	2,0	55,4	36,8	54,6
2019 1.Vj.	2 343,3	332,1	431,8	329,8	380,9	708,9	2,6	58,7	37,1	61,4
2.Vj.	2 407,6	336,8	449,0	339,3	387,9	735,8	3,6	57,9	37,1	60,3
3.Vj.	2 492,5	333,0	468,5	357,2	398,2	768,3	4,6	58,8	38,0	66,0
4.Vj.	2 473,9	317,6	448,2	355,5	407,3	778,3	3,6	64,9	39,8	58,8
2020 1.Vj.	2 426,9	318,3	452,1	364,0	383,0	738,4	4,5	68,5	38,6	59,6
2.Vj.	2 517,7	317,1	460,6	371,9	409,2	789,0	4,3	68,5	38,7	58,5
3.Vj.	2 547,5	311,1	472,9	373,9	411,0	809,9	4,4	67,1	39,0	58,1
4.Vj.	2 587,9	301,8	479,0	370,6	425,0	841,7	4,7	68,2	38,2	58,7
2021 1.Vj.	2 574,8	292,8	466,8	361,9	437,0	845,0	3,9	71,9	38,4	57,0
2.Vj.	2 603,8	281,8	479,9	360,9	448,0	864,6	3,5	72,4	38,5	54,1
Lebensversicherung										
2018 4.Vj.	1 185,3	194,5	200,1	208,4	50,4	484,7	1,0	11,6	20,3	14,3
2019 1.Vj.	1 239,7	202,9	213,7	206,1	52,8	517,7	1,6	10,4	20,3	14,1
2.Vj.	1 291,9	205,8	227,6	214,2	55,4	538,9	2,4	10,0	20,3	17,4
3.Vj.	1 350,1	205,3	242,5	225,2	57,9	563,6	3,1	10,4	20,9	21,0
4.Vj.	1 325,2	194,9	227,6	217,6	61,1	570,4	2,4	13,7	21,1	16,5
2020 1.Vj.	1 295,8	191,5	231,0	220,6	61,9	538,2	2,2	13,9	20,3	16,3
2.Vj.	1 347,1	192,4	234,4	223,6	64,1	577,3	2,8	13,7	20,3	18,5
3.Vj.	1 369,2	188,4	241,6	225,7	65,7	593,0	3,0	13,6	20,6	17,6
4.Vj.	1 395,9	183,6	242,8	229,9	69,7	617,1	3,3	14,3	20,8	14,5
2021 1.Vj.	1 361,7	170,7	231,7	219,7	74,2	614,8	2,1	14,3	21,0	13,1
2.Vj.	1 373,1	165,3	231,7	219,4	77,9	627,7	2,0	14,2	21,2	13,7
Nicht-Lebensversicherung										
2018 4.Vj.	616,2	113,8	117,4	73,7	73,8	167,4	0,2	33,5	10,8	25,6
2019 1.Vj.	655,2	119,1	127,5	74,4	76,2	177,1	0,3	38,2	11,0	31,4
2.Vj.	665,6	119,8	131,1	76,1	78,2	182,4	0,4	37,7	11,0	29,1
3.Vj.	682,6	116,9	135,3	79,9	80,6	189,4	0,4	38,8	11,3	30,0
4.Vj.	673,5	111,3	130,4	79,6	83,6	193,3	0,4	36,2	12,2	26,7
2020 1.Vj.	669,4	111,1	131,3	79,8	80,0	186,9	0,3	38,7	12,0	29,3
2.Vj.	685,6	111,9	134,4	82,4	81,1	197,1	0,4	39,5	12,1	26,7
3.Vj.	693,3	109,3	137,6	83,3	82,7	203,2	0,4	38,5	12,1	26,3
4.Vj.	703,5	105,9	139,5	84,5	85,2	210,3	0,5	37,6	12,7	27,3
2021 1.Vj.	715,8	108,2	139,3	83,7	88,1	214,8	0,4	39,9	12,8	28,6
2.Vj.	719,5	103,8	141,6	83,2	89,2	221,2	0,4	40,1	12,7	27,2
Rückversicherung ⁵⁾										
2018 4.Vj.	412,0	10,1	82,9	48,2	225,5	13,7	0,7	10,3	5,7	14,8
2019 1.Vj.	448,4	10,1	90,6	49,3	251,9	14,0	0,7	10,2	5,8	15,9
2.Vj.	450,1	11,1	90,4	49,0	254,3	14,4	0,8	10,2	5,8	13,9
3.Vj.	459,9	10,8	90,7	52,1	259,6	15,3	1,0	9,6	5,9	15,0
4.Vj.	475,2	11,5	90,2	58,3	262,6	14,5	0,8	15,1	6,6	15,6
2020 1.Vj.	461,7	15,7	89,8	63,7	241,0	13,3	1,9	15,9	6,3	14,1
2.Vj.	485,0	12,9	91,7	65,9	264,0	14,6	1,1	15,2	6,3	13,3
3.Vj.	485,0	13,5	93,7	64,9	262,6	13,7	1,0	15,0	6,3	14,2
4.Vj.	488,5	12,3	96,7	56,3	270,2	14,3	1,0	16,3	4,7	16,9
2021 1.Vj.	497,3	13,9	95,8	58,5	274,7	15,4	1,4	17,7	4,7	15,3
2.Vj.	511,2	12,8	106,6	58,4	280,9	15,6	1,0	18,1	4,6	13,1
Pensionseinrichtungen ⁶⁾										
2018 4.Vj.	672,2	91,5	67,5	30,7	30,6	378,0	-	8,1	43,8	22,1
2019 1.Vj.	691,3	89,6	72,4	30,5	32,4	390,9	-	8,3	45,2	22,0
2.Vj.	707,9	87,6	76,5	31,0	34,1	402,0	-	8,5	46,0	22,2
3.Vj.	726,5	85,6	80,7	31,0	36,5	415,5	-	8,6	46,7	22,0
4.Vj.	735,8	85,2	79,6	31,1	38,7	421,1	-	8,8	48,9	22,3
2020 1.Vj. ⁷⁾	599,1	92,2	57,0	48,5	9,3	361,3	0,1	10,4	17,5	2,7
2.Vj.	623,3	92,2	58,8	49,1	9,7	382,1	0,1	10,4	18,1	2,8
3.Vj.	635,9	90,8	59,6	50,2	10,1	392,8	0,2	11,6	18,2	2,5
4.Vj.	647,7	85,8	59,7	47,4	10,1	412,2	0,2	11,9	17,3	3,2
2021 1.Vj.	661,5	86,9	59,2	48,6	10,9	423,9	0,2	12,3	17,3	2,3
2.Vj.	680,9	87,1	61,3	49,1	11,5	439,4	0,1	12,5	17,7	2,3

Quellen: Die Werte der Versicherungsunternehmen basieren auf Aufsichtsdaten nach Solvency I und II und die der Pensionseinrichtungen ab 2020 1.Vj auf EbAV-Aufsichtsdaten und direkt erhobenen Daten. Bis 2019 4.Vj beruhen diese auf Solvency I-Aufsichtsdaten, ergänzt um freiwillige Meldungen und eigene Berechnungen. **1** Buchforderungen an Monetäre Finanzinstitute einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. Bei Pensionseinrichtungen ab 2020 1.Vj Zeitwerte, davor Buchwerte. **2** Einschl. Depotforderungen sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. Bei Pensionseinrichtungen ab 2020 1.Vj Zeitwerte, davor Buchwerte. **3** Enthält die Rückversicherungsanteile an den Technischen Rückstellungen und die Ansprüche der

Pensionseinrichtungen an die Träger. **4** Bewertung der börsennotierten Wertpapiere zum jeweiligen einheitlichen Preis der Wertpapierstammdatenbank des ESZB. **5** Ohne das von Erstversicherungsunternehmen durchgeführte Rückversicherungsgeschäft, welches unter den jeweiligen Sparten ausgewiesen wird. **6** Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Altersvorsorgeeinrichtungen“ des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Sie umfassen demnach Einrichtungen der betriebl. Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung. **7** Wechsel in den Datenquellen.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Schuldver- schreibungen	Kredite ¹⁾	Aktien und sonstige Anteilsrechte	Technische Rückstellungen			Finanz- derivate	Sonstige Passiva	Reinvermögen ⁴⁾
					Insgesamt ²⁾	Leben / Ansprüche an Pensionsein- richtungen ³⁾	Nicht-Leben			
Versicherungsunternehmen										
2018 4.Vj.	2 213,5	29,3	64,6	463,1	1 530,3	1 332,4	197,9	1,6	124,6	–
2019 1.Vj.	2 343,3	31,6	68,2	487,9	1 624,8	1 403,6	221,2	1,5	129,2	–
2.Vj.	2 407,6	31,9	69,4	489,7	1 687,4	1 466,0	221,4	1,8	127,5	–
3.Vj.	2 492,5	31,7	69,3	488,5	1 769,4	1 543,0	226,4	2,2	131,5	–
4.Vj.	2 473,9	31,7	75,8	515,3	1 714,9	1 499,6	215,3	1,9	134,3	–
2020 1.Vj.	2 426,9	31,8	82,4	464,3	1 721,9	1 483,2	238,7	2,4	124,1	–
2.Vj.	2 517,7	33,1	82,2	505,4	1 767,7	1 527,7	240,0	1,9	127,4	–
3.Vj.	2 547,5	34,3	80,0	515,9	1 785,7	1 549,2	236,5	1,7	129,9	–
4.Vj.	2 587,9	36,6	79,7	540,5	1 799,2	1 579,3	219,9	1,6	130,3	–
2021 1.Vj.	2 574,8	34,8	81,4	550,5	1 778,0	1 541,0	237,0	2,5	127,7	–
2.Vj.	2 603,8	33,0	81,3	556,5	1 792,9	1 556,3	236,6	2,2	137,7	–
Lebensversicherung										
2018 4.Vj.	1 185,3	4,1	15,2	122,7	1 000,7	1 000,7	–	0,5	42,2	–
2019 1.Vj.	1 239,7	4,1	14,4	120,9	1 058,9	1 058,9	–	0,4	41,1	–
2.Vj.	1 291,9	4,1	14,5	121,8	1 108,6	1 108,6	–	0,4	42,4	–
3.Vj.	1 350,1	3,7	15,6	116,0	1 171,9	1 171,9	–	0,6	42,4	–
4.Vj.	1 325,2	3,6	19,1	127,6	1 129,6	1 129,6	–	0,5	44,7	–
2020 1.Vj.	1 295,8	3,6	19,3	114,3	1 117,8	1 117,8	–	0,6	40,3	–
2.Vj.	1 347,1	3,8	19,2	129,8	1 150,3	1 150,3	–	0,5	43,4	–
3.Vj.	1 369,2	3,9	19,5	136,8	1 164,8	1 164,8	–	0,5	43,7	–
4.Vj.	1 395,9	3,9	20,7	142,9	1 185,7	1 185,7	–	0,5	42,3	–
2021 1.Vj.	1 361,7	3,3	19,9	143,2	1 154,2	1 154,2	–	1,0	40,1	–
2.Vj.	1 373,1	3,3	20,4	144,3	1 165,1	1 165,1	–	1,0	38,9	–
Nicht-Lebensversicherung										
2018 4.Vj.	616,2	1,0	8,3	140,3	416,6	315,5	101,1	0,0	50,0	–
2019 1.Vj.	655,2	1,1	9,3	144,1	448,5	328,9	119,6	0,0	52,2	–
2.Vj.	665,6	1,1	8,8	147,0	459,4	341,5	117,8	0,1	49,3	–
3.Vj.	682,6	1,2	9,1	149,7	471,9	354,8	117,1	0,1	50,6	–
4.Vj.	673,5	1,2	9,3	153,7	457,2	349,4	107,8	0,1	52,0	–
2020 1.Vj.	669,4	1,3	9,8	142,0	468,2	344,4	123,8	0,1	48,0	–
2.Vj.	685,6	1,3	9,5	149,4	478,2	355,6	122,6	0,1	47,1	–
3.Vj.	693,3	1,2	9,6	152,0	482,3	362,4	119,9	0,1	48,1	–
4.Vj.	703,5	1,3	9,7	158,1	483,1	368,7	114,4	0,0	51,3	–
2021 1.Vj.	715,8	1,2	10,6	161,8	491,4	362,5	128,9	0,1	50,6	–
2.Vj.	719,5	1,2	10,5	164,3	493,1	366,2	126,9	0,1	50,2	–
Rückversicherung ⁵⁾										
2018 4.Vj.	412,0	24,1	41,2	200,1	113,0	16,2	96,8	1,1	32,5	–
2019 1.Vj.	448,4	26,5	44,5	222,9	117,4	15,8	101,6	1,1	36,0	–
2.Vj.	450,1	26,6	46,1	220,8	119,4	15,8	103,6	1,3	35,9	–
3.Vj.	459,9	26,8	44,7	222,8	125,6	16,3	109,3	1,5	38,5	–
4.Vj.	475,2	26,9	47,4	234,0	128,0	20,6	107,5	1,3	37,7	–
2020 1.Vj.	461,7	26,9	53,3	208,1	135,9	21,0	114,9	1,7	35,8	–
2.Vj.	485,0	28,1	53,5	226,2	139,1	21,8	117,4	1,3	36,8	–
3.Vj.	485,0	29,2	50,9	227,0	138,7	22,1	116,6	1,0	38,1	–
4.Vj.	488,5	31,4	49,3	239,6	130,4	24,8	105,6	1,0	36,7	–
2021 1.Vj.	497,3	30,2	50,9	245,5	132,4	24,2	108,1	1,4	37,0	–
2.Vj.	511,2	28,5	50,4	247,9	134,7	25,0	109,7	1,1	48,6	–
Pensionseinrichtungen ⁶⁾										
2018 4.Vj.	672,2	–	7,9	8,0	605,8	605,8	–	–	2,8	47,6
2019 1.Vj.	691,3	–	8,1	8,1	613,8	613,8	–	–	2,9	58,4
2.Vj.	707,9	–	8,1	8,3	620,3	620,3	–	–	2,8	68,4
3.Vj.	726,5	–	8,2	8,4	628,2	628,2	–	–	2,9	78,9
4.Vj.	735,8	–	8,4	8,6	638,0	638,0	–	–	3,7	77,1
2020 1.Vj. ⁷⁾	599,1	–	1,6	19,4	497,3	496,7	–	0,3	8,1	72,4
2.Vj.	623,3	–	1,6	21,6	506,4	505,8	–	0,3	8,3	85,0
3.Vj.	635,9	–	1,6	22,4	510,0	509,3	–	0,3	8,7	92,9
4.Vj.	647,7	–	1,6	21,8	516,3	515,6	–	0,3	8,9	98,8
2021 1.Vj.	661,5	–	1,5	23,6	526,8	526,1	–	0,3	8,6	100,7
2.Vj.	680,9	–	1,6	26,5	532,4	531,7	–	0,4	9,2	110,9

Quellen: Die Werte der Versicherungsunternehmen basieren auf Aufsichtsdaten nach Solvency I und II und die der Pensionseinrichtungen ab 2020 1.Vj auf EbAV-Aufsichtsdaten und direkt erhobenen Daten. Bis 2019 4.Vj beruhen diese auf Solvency I-Aufsichtsdaten, ergänzt um freiwillige Meldungen und eigene Berechnungen. **1** Einschl. Depotverbindlichkeiten sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. **2** Einschl. Rückstellungen der Pensionseinrichtungen ggü. den Trägern und für andere Leistungen. **3** Technische Rückstellungen „Leben“ unter Berücksichtigung von Übergangsmaßnahmen. In der Sparte „Nicht-Lebensversicherung“ sind auch die Krankenversicherungen enthalten. **4** Das

Eigenkapital entspricht der Summe aus „Reinvermögen“ und „Aktien und sonstige Anteilsrechte“. **5** Ohne das von Erstversicherungsunternehmen durchgeführte Rückversicherungsgeschäft, welches unter den jeweiligen Sparten ausgewiesen wird. **6** Bewertung zu Buchwerten. Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Altersvorsorgeeinrichtungen“ des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Sie umfassen demnach Einrichtungen der betriebl. Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung. **7** Wechsel in den Datenquellen.

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Schuldverschreibungen										
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					Erwerb				
		inländische Schuldverschreibungen 1)					Inländer				
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Anleihen von Unter- nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent- lichen Hand	aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 3)	zu- sammen 4)	Kredit- institute einschließlich Bauspar- kassen 5)	Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 6)	Aus- länder 7)
2009	70 208	– 538	– 114 902	22 709	91 655	70 747	90 154	12 973	8 645	68 536	– 19 945
2010	146 620	– 1 212	– 7 621	24 044	– 17 635	147 831	92 682	– 103 271	22 967	172 986	53 938
2011	33 649	– 13 575	– 46 796	850	59 521	20 075	– 23 876	– 94 793	36 805	34 112	57 526
2012	51 813	– 21 419	– 98 820	– 8 701	86 103	73 231	– 3 767	– 42 017	– 3 573	41 823	55 580
2013	– 15 971	– 101 616	– 117 187	153	15 415	85 645	16 409	– 25 778	– 12 708	54 895	– 32 380
2014	64 775	– 31 962	– 47 404	– 1 330	16 776	96 737	50 408	– 12 124	– 11 951	74 483	14 366
2015	33 024	– 36 010	– 65 778	26 762	3 006	69 034	116 493	– 66 330	121 164	61 659	– 83 471
2016	71 380	27 429	19 177	18 265	– 10 012	43 951	164 148	– 58 012	187 500	34 660	– 92 769
2017	54 840	11 563	1 096	7 112	3 356	43 277	137 907	– 71 454	161 012	48 349	– 83 067
2018	61 661	16 630	33 251	12 433	– 29 055	45 031	95 902	– 24 417	67 328	52 991	– 34 241
2019	137 356	68 536	29 254	32 505	6 778	68 820	62 915	8 059	2 408	52 448	74 441
2020	438 208	382 059	14 257	89 473	278 328	56 150	278 521	18 955	226 887	32 679	159 688
2020 Okt.	– 18 992	– 37 538	– 16 298	– 18 370	– 2 870	– 18 545	28 449	9 298	24 556	– 5 405	– 47 441
Nov.	20 565	26 226	– 1 008	184	27 050	– 5 661	26 631	1 513	27 659	– 2 541	– 6 066
Dez.	– 36 340	– 38 083	– 11 407	– 11 953	– 14 723	1 742	15 822	– 25 221	18 290	22 753	– 52 162
2021 Jan.	56 876	27 740	3 995	3 797	19 948	29 136	43 949	– 8 455	13 518	21 976	– 12 927
Febr.	42 555	19 574	3 411	– 2 569	18 732	22 980	43 479	– 3 738	20 397	26 821	– 925
März	39 153	39 488	21 772	551	17 165	– 334	24 601	6 152	20 708	– 2 259	14 553
April	17 262	12 392	– 2 704	6 063	9 032	4 870	25 929	– 17 641	24 095	19 475	– 8 668
Mai	37 055	32 136	– 3 450	7 311	28 274	4 919	32 266	– 2 194	25 538	8 922	4 789
Juni	29 666	15 241	– 1 998	– 288	13 531	14 426	31 901	– 583	22 605	9 879	– 2 235
Juli	13 429	6 113	– 9 235	3 717	11 631	7 316	31 061	– 5 500	25 087	11 474	– 17 632
Aug.	28 693	33 555	6 865	1 241	25 449	– 4 862	13 414	– 5 337	17 312	1 439	15 279

Mio €

Zeit	Aktien							
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz			Erwerb			
		inländische Aktien 8)	ausländische Aktien 9)	12 018	Inländer			Ausländer 12)
					zu- sammen 10)	Kredit- institute 5)	übrige Sektoren 11)	
2009	35 980	23 962	12 018	30 496	–	8 335	38 831	5 485
2010	37 767	20 049	17 718	36 406	–	7 340	29 066	1 360
2011	25 833	21 713	4 120	40 804	–	670	40 134	– 14 971
2012	15 061	5 120	9 941	14 405	–	10 259	4 146	656
2013	20 187	10 106	10 081	17 336	–	11 991	5 345	2 851
2014	43 501	18 778	24 723	43 950	–	17 203	26 747	– 449
2015	44 165	7 668	36 497	34 437	–	5 421	39 858	9 728
2016	30 896	4 409	26 487	31 037	–	5 143	36 180	– 141
2017	51 571	15 570	36 001	49 913	–	7 031	42 882	– 1 658
2018	55 729	16 188	39 541	83 036	–	11 184	94 220	– 27 307
2019	47 115	9 076	38 039	33 573	–	1 119	34 692	13 542
2020	84 953	17 771	67 182	116 813	–	27	116 786	– 31 860
2020 Okt.	5 092	1 057	4 036	5 325	–	342	4 983	– 233
Nov.	9 988	220	9 769	10 221	–	1 919	8 302	– 233
Dez.	14 530	2 898	11 633	14 692	–	2 970	11 722	– 161
2021 Jan.	–	7 264	–	8 705	–	863	–	3 169
Febr.	–	9 412	–	6 683	–	1 501	–	1 598
März	–	20 639	–	11 676	–	1 285	–	2 653
April	–	17 279	–	16 397	–	1 816	–	1 366
Mai	–	4 781	–	3 612	–	387	–	875
Juni	–	12 085	–	6 919	–	36	–	2 878
Juli	–	5 793	–	4 968	–	74	–	2 291
Aug.	–	12 121	–	7 454	–	204	–	298

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestands veränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 4 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 5 Buchwerte; statistisch bereinigt. 6 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 7 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. 8 Ohne Aktien

der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 9 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 10 In- und ausländische Aktien. 11 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 12 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1)				Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand	
		zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten			Sonstige Bankschuldverschreibungen
Brutto-Absatz								
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 653	563 730
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 614	592 375
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	63 258	574 530
2013	1 433 628	908 107	25 775	12 963	692 611	176 758	66 630	458 892
2014	1 362 056	829 864	24 202	13 016	620 409	172 236	79 873	452 321
2015	1 359 422	852 045	35 840	13 376	581 410	221 417	106 675	400 701
2016 3)	1 206 483	717 002	29 059	7 621	511 222	169 103	73 371	416 108
2017 3)	1 047 822	619 199	30 339	8 933	438 463	141 466	66 290	362 332
2018	1 148 091	703 416	38 658	5 673	534 552	124 530	91 179	353 496
2019	1 285 541	783 977	38 984	9 587	607 900	127 504	94 367	407 197
2020 6)	1 739 485	776 970	38 948	17 527	643 340	77 155	184 986	777 529
2020 Dez.	83 280	49 474	389	250	46 506	2 329	8 119	25 687
2021 Jan.	158 237	75 929	3 011	590	67 215	5 113	12 102	70 206
Febr.	129 424	67 263	3 158	504	52 753	10 847	9 658	52 503
März	181 139	105 661	11 531	9 511	75 893	8 725	11 202	64 277
April	145 418	62 631	4 441	1 000	50 889	6 301	11 673	71 113
Mai	138 917	58 587	2 131	250	50 439	5 766	15 601	64 729
Juni	148 673	68 494	1 236	700	57 098	9 460	13 550	66 630
Juli	144 450	62 560	1 211	250	54 160	6 939	8 872	73 018
Aug.	136 719	67 234	1 340	0	59 378	6 516	11 935	57 550

darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 4)

2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	44 042	199 888
2013	372 805	151 797	16 482	10 007	60 662	64 646	45 244	175 765
2014	420 006	157 720	17 678	8 904	61 674	69 462	56 249	206 037
2015	414 593	179 150	25 337	9 199	62 237	82 379	68 704	166 742
2016 3)	375 859	173 900	24 741	5 841	78 859	64 460	47 818	154 144
2017 3)	357 506	170 357	22 395	6 447	94 852	46 663	44 891	142 257
2018	375 906	173 995	30 934	4 460	100 539	38 061	69 150	132 760
2019	396 617	174 390	26 832	6 541	96 673	44 346	69 682	152 544
2020 6)	536 359	165 146	28 500	7 427	90 889	38 329	78 356	292 857
2020 Dez.	11 021	4 765	389	–	3 187	1 188	2 213	4 043
2021 Jan.	52 120	21 576	2 250	40	16 265	3 021	6 119	24 425
Febr.	41 268	18 138	2 658	4	7 789	7 686	3 654	19 477
März	59 203	27 756	6 371	3 161	13 666	4 558	5 800	25 647
April	48 999	12 414	3 051	250	7 001	2 111	7 640	28 945
Mai	45 302	11 672	2 131	250	6 132	3 159	6 058	27 572
Juni	47 884	11 296	908	700	5 981	3 707	6 767	29 821
Juli	37 975	8 800	800	250	5 424	2 326	3 202	25 973
Aug.	33 380	10 631	1 340	0	8 164	1 127	3 457	19 292

Netto-Absatz 5)

2010	21 566	–	3 754	–	63 368	–	48 822	–	23 748	–	85 464	
2011	22 518	–	54 582	–	44 290	–	32 904	–	44 852	–	80 289	
2012	–	85 298	–	4 177	–	41 660	–	3 259	–	6 401	–	21 298
2013	–	140 017	–	125 932	–	37 778	–	4 027	–	66 760	–	15 479
2014	–	34 020	–	56 899	–	6 313	–	862	–	25 869	–	12 383
2015	–	65 147	–	77 273	–	9 271	–	2 758	–	74 028	–	13 174
2016 3)	–	21 951	–	10 792	–	2 176	–	12 979	–	16 266	–	7 020
2017 3)	–	2 669	–	5 954	–	6 389	–	4 697	–	18 788	–	10 114
2018	–	2 758	–	26 648	–	19 814	–	6 564	–	18 850	–	33 630
2019	–	59 719	–	28 750	–	13 098	–	3 728	–	26 263	–	519
2020 6)	–	343 046	–	26 505	–	7 861	–	8 016	–	22 026	–	266 225
2020 Dez.	–	36 243	–	13 029	–	1 598	–	1 303	–	6 176	–	20 688
2021 Jan.	–	25 773	–	2 547	–	1 094	–	922	–	3 737	–	18 559
Febr.	–	19 957	–	3 080	–	478	–	190	–	712	–	16 094
März	–	61 040	–	37 126	–	10 737	–	8 754	–	15 784	–	21 225
April	–	9 029	–	2 148	–	1 114	–	968	–	4 362	–	6 671
Mai	–	31 324	–	4 344	–	1 076	–	907	–	3 822	–	28 362
Juni	–	16 508	–	3 561	–	821	–	616	–	588	–	10 973
Juli	–	6 100	–	5 782	–	41	–	327	–	5 169	–	9 795
Aug.	–	33 220	–	6 653	–	1 096	–	92	–	7 303	–	25 557

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen in der Fachreihe Emissionsstatistiken, S. 43 ff.
1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 4 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen.

5 Brutto-Absatz minus Tilgung. 6 Ab Januar 2020 methodische Änderungen. — Die Ergebnisse für das Jahr 2020 wurden revidiert. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerk.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen		
2010	3 348 201	1) 1 570 490	147 529	232 954	544 517	1) 645 491	250 774	1) 1 526 937
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226
2012	3 285 422	1) 1 414 349	145 007	147 070	574 163	548 109	220 456	1) 1 650 617
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138
2014	3 111 308	1 231 445	121 328	85 434	569 409	455 274	232 342	1 647 520
2015	3 046 162	1 154 173	130 598	75 679	566 811	381 085	257 612	1 634 377
2016 1)	3 068 111	1 164 965	132 775	62 701	633 578	335 910	275 789	1 627 358
2017 1)	3 090 708	1 170 920	141 273	58 004	651 211	320 432	302 543	1 617 244
2018	3 091 303	1 194 160	161 088	51 439	670 062	1) 311 572	1) 2) 313 527	1 583 616
2019	3 149 373	1 222 911	174 188	47 712	696 325	304 686	2) 342 325	1 584 136
2020 4)	3 411 642	2) 1 173 329	183 261	55 192	687 670	2) 247 206	2) 378 864	1 859 449
2020 Dez.	3 411 642	1 173 329	183 261	55 192	687 670	247 206	2) 378 864	1 859 449
2021 Jan.	3 438 239	1 179 112	184 416	54 254	694 250	246 193	383 812	1 875 315
Febr.	3 459 727	1 183 313	183 909	54 073	694 692	250 639	384 738	1 891 675
März	3 534 797	1 230 263	194 832	62 865	719 370	253 196	388 060	1 916 474
April	3 533 432	1 219 467	195 766	63 790	707 428	252 482	392 063	1 921 902
Mai	3 562 200	1 212 645	196 850	62 878	701 731	251 186	399 222	1 950 333
Juni	3 587 728	1 222 221	197 721	63 515	706 439	254 546	401 612	1 963 895
Juli	3 586 593	1 216 275	197 729	63 186	700 892	254 468	401 308	1 969 010
Aug.	3 620 253	1 223 753	196 656	63 103	708 774	255 221	402 675	1 993 824

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: August 2021

bis unter 2	1 192 523	439 246	56 027	24 055	285 553	73 610	70 700	682 578
2 bis unter 4	665 547	291 728	51 466	16 060	173 199	51 003	72 421	301 398
4 bis unter 6	508 044	183 843	37 017	10 300	85 355	51 170	61 283	262 918
6 bis unter 8	381 932	136 601	26 092	5 516	75 854	29 138	44 771	200 560
8 bis unter 10	290 816	79 161	13 893	3 847	41 840	19 582	29 105	182 550
10 bis unter 15	178 426	49 781	8 230	2 345	26 916	12 289	32 911	95 734
15 bis unter 20	114 830	17 063	3 017	815	11 297	1 933	13 739	84 029
20 und darüber	288 135	26 331	914	163	8 758	16 495	77 745	184 058

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 2 Änderung durch Sitzlandwechsel von Emittenten oder Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet vom Berichtsmontat bis zur Endfälligkeit bei gesamtälligen Schuldverschreibungen, bis zur

mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamtälligen Schuldverschreibungen. 4 Ab Januar 2020 methodische Änderungen. — Die Ergebnisse für das Jahr 2020 wurden revidiert. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung		
2010	174 596	- 1 096	3 265	497	178	- 486	- 993	- 3 569	1 091 220	
2011	177 167	- 2 570	6 390	552	462	- 552	- 762	- 3 532	924 214	
2012	178 617	- 1 449	3 046	129	570	- 478	- 594	- 2 411	1 150 188	
2013	171 741	- 6 879	2 971	718	476	- 1 432	- 619	- 8 992	1 432 658	
2014	177 097	- 5 356	5 332	1 265	1 714	- 465	- 1 044	- 1 446	1 478 063	
2015	177 416	- 319	4 634	397	599	- 1 394	- 1 385	- 2 535	1 614 442	
2016	176 355	- 1 062	3 272	319	337	- 953	- 2 165	- 1 865	1 676 397	
2017	178 828	- 2 471	3 894	776	533	- 457	- 661	- 1 615	1 933 733	
2018	180 187	- 1 357	3 670	716	82	- 1 055	- 1 111	- 946	1 634 155	
2019 3) 4)	183 461	- 1 700	2 411	2 419	542	- 858	- 65	- 2 747	1 950 224	
2020 4)	181 881	- 2 871	1 877	219	178	- 2 051	- 460	- 2 634	1 963 588	
2020 Dez.	181 881	- 2	181	-	90	- 87	- 64	- 118	1 963 588	
2021 Jan.	181 437	- 445	102	260	4	- 74	- 300	- 437	1 961 051	
Febr.	182 149	- 705	331	-	0	- 9	- 443	- 59	1 994 901	
März	182 362	- 213	411	-	0	- 1	- 34	- 164	2 174 997	
April	182 665	- 106	116	73	1	- 0	- 1	- 84	2 194 286	
Mai	182 152	- 514	205	26	-	- 0	- 92	- 653	2 228 053	
Juni	182 226	- 75	275	73	-	- 87	- 70	- 116	2 262 394	
Juli	181 614	- 65	74	31	2	- 1	- 2	- 169	2 266 494	
Aug.	186 083	- 4 425	4 593	171	11	- 70	- 4	- 416	2 323 588	

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Alle Börsensegmente. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und

der Deutsche Börse AG. 3 Methodische Veränderungen ab Berichtsmontat Oktober 2019. 4 Änderungen aufgrund statistischer Bereinigungen.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Schuldverschreibungen inländischer Emittenten 1)								Indizes 2) 3)			
	Anleihen der öffentlichen Hand				Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien		
	insgesamt	zusammen	börsennotierte		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€ -Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)	
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)			Tagesdurchschnittskurs					Ende 1998=100
% p.a.												
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43	
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19	
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35	
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39	
2013	1,3	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	132,11	105,92	466,53	9 552,16	
2014	1,0	1,0	1,0	1,2	0,9	1,7	2,9	139,68	114,37	468,39	9 805,55	
2015	0,5	0,4	0,4	0,5	0,5	1,2	2,4	139,52	112,42	508,80	10 743,01	
2016	0,1	0,0	0,0	0,1	0,3	1,0	2,1	142,50	112,72	526,55	11 481,06	
2017	0,3	0,2	0,2	0,3	0,4	0,9	1,7	140,53	109,03	595,45	12 917,64	
2018	0,4	0,3	0,3	0,4	0,6	1,0	2,5	141,84	109,71	474,85	10 558,96	
2019	–	0,1	–	0,2	–	0,3	0,1	143,72	111,32	575,80	13 249,01	
2020	–	0,2	–	0,4	–	0,5	–	146,15	113,14	586,72	13 718,78	
2021 April	–	0,1	–	0,2	–	0,3	–	144,29	109,11	638,17	15 135,91	
Mai	–	0,0	–	0,2	–	0,2	–	144,19	108,88	642,41	15 421,13	
Juni	–	0,0	–	0,2	–	0,3	–	144,74	109,42	648,99	15 531,04	
Juli	–	0,2	–	0,3	–	0,4	–	146,34	111,03	650,36	15 544,39	
Aug.	–	0,3	–	0,4	–	0,5	–	145,90	110,25	662,93	15 835,09	
Sept.	–	0,1	–	0,3	–	0,4	–	144,41	108,60	638,37	15 260,69	

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren. Außer Betracht bleiben strukturierte Produkte, Schuldverschreibungen mit nicht gesamtfrüher Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und nicht auf Euro lautende Anleihen. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen

Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. Anpassung des Kreises der einbezogenen Papiere zum 01.05.2020. 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. 3 Quelle: Deutsche Börse AG. 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Absatz								Erwerb					
	Offene inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)								Inländer					
	Absatz = Erwerb insgesamt	zusammen	Publikumsfonds			Spezial-fonds	aus-ländische Fonds 4)	zusammen	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen		übrige Sektoren 3)		Aus-länder 5)	
			zusammen	Geldmarkt-fonds	Wertpapier-fonds				Immo-bilien-fonds	zusammen	darunter ausländische Anteile	zusammen		darunter ausländische Anteile
2009	49 929	43 747	10 966	– 5 047	11 749	2 686	32 780	6 182	38 132	– 14 995	– 8 178	53 127	14 361	11 796
2010	106 190	84 906	13 381	– 148	8 683	1 897	71 345	21 284	102 591	3 873	– 6 290	98 718	14 994	3 598
2011	46 512	45 221	– 1 340	– 379	– 2 037	1 562	46 561	1 290	39 474	– 7 576	– 694	47 050	1 984	7 035
2012	111 236	89 942	2 084	– 1 036	97	3 450	87 859	21 293	114 676	– 3 062	– 1 562	117 738	22 855	– 3 437
2013	123 736	91 337	9 184	– 574	5 596	3 376	82 153	32 400	117 028	771	– 100	116 257	32 300	6 710
2014	140 233	97 711	3 998	– 473	862	1 000	93 713	42 521	144 075	819	– 1 745	143 256	44 266	– 3 840
2015	181 889	146 136	30 420	– 318	22 345	3 636	115 716	35 753	174 018	7 362	– 494	166 656	35 529	7 871
2016	156 985	119 369	21 301	– 342	11 131	7 384	98 068	37 615	163 934	2 877	– 3 172	161 057	40 787	– 6 947
2017	153 756	94 921	29 560	– 235	21 970	4 406	65 361	58 834	156 282	4 938	– 1 048	151 344	57 786	– 2 526
2018	132 060	103 694	15 279	– 377	4 166	6 168	88 415	28 366	138 424	2 979	– 2 306	135 445	30 672	– 6 364
2019	176 465	122 546	17 032	– 447	5 097	10 580	105 514	53 919	181 388	2 719	– 812	178 669	54 731	– 4 923
2020	180 462	116 028	19 193	– 42	11 343	8 795	96 835	64 435	179 529	336	– 1 656	179 193	66 091	933
2021 Febr.	14 398	7 295	2 852	– 27	1 926	946	4 443	7 102	15 065	1 442	– 395	13 623	6 707	– 667
März	15 995	13 745	4 699	– 631	3 335	827	9 046	2 250	15 184	552	– 526	14 632	2 776	– 811
April	20 214	10 938	3 205	– 55	2 782	383	7 733	9 276	18 680	1 314	– 468	17 366	8 808	1 534
Mai	12 788	7 912	3 416	– 19	2 585	679	4 496	4 875	12 496	1 460	– 5	11 036	4 870	292
Juni	23 101	12 411	3 231	– 78	2 252	757	9 181	10 690	23 929	733	– 446	23 196	10 244	– 827
Juli	16 945	11 842	4 098	– 82	3 506	503	7 744	5 103	17 731	1 051	– 477	16 680	5 580	– 786
Aug.	16 668	8 078	3 673	– 6	3 086	445	4 405	8 590	17 193	1 024	– 69	16 169	8 659	– 525

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2018	2019	2020	2020				2021	
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	25,63	18,26	100,01	0,73	46,79	45,71	6,78	19,68	- 24,65
Schuldverschreibungen insgesamt	5,24	- 2,18	2,99	0,15	2,47	0,57	- 0,20	- 1,53	1,90
kurzfristige Schuldverschreibungen	1,42	- 1,31	1,27	- 0,32	0,53	1,25	- 0,18	0,12	0,77
langfristige Schuldverschreibungen	3,82	- 0,87	1,72	0,47	1,94	- 0,68	- 0,02	- 1,65	1,13
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	0,65	- 0,47	1,38	- 0,04	1,80	- 0,48	0,10	- 0,64	0,87
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,59	0,51	- 0,17	- 0,02	0,20	0,13	- 0,48	0,10	0,62
Finanzielle Kapitalgesellschaften	1,40	- 0,56	0,12	- 0,16	0,60	- 0,41	0,09	- 0,55	0,48
Staat	- 1,34	- 0,41	1,44	0,14	1,00	- 0,20	0,49	- 0,20	- 0,24
Schuldverschreibungen des Auslands	4,60	- 1,71	1,61	0,19	0,67	1,05	- 0,31	- 0,88	1,03
Kredite insgesamt	- 0,87	- 2,76	- 19,33	- 8,06	- 3,19	- 7,81	- 0,27	3,96	8,72
kurzfristige Kredite	24,05	12,37	- 8,52	- 9,40	- 2,83	0,49	3,22	- 0,20	11,24
langfristige Kredite	- 24,92	- 15,13	- 10,82	1,33	- 0,35	- 8,30	- 3,50	4,16	- 2,52
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	6,25	- 25,00	0,28	- 7,83	6,99	- 3,13	4,24	- 5,83	0,43
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,52	- 28,14	- 12,27	- 9,25	5,75	- 3,86	- 4,90	- 1,66	- 3,40
Finanzielle Kapitalgesellschaften	1,36	2,90	11,99	1,29	1,11	0,59	9,00	- 4,17	3,84
Staat	0,36	0,24	0,55	0,14	0,14	0,14	0,14	0,00	0,00
Kredite an das Ausland	- 7,12	22,24	- 19,61	- 0,24	- 10,18	- 4,68	- 4,52	9,79	8,28
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	130,42	89,24	73,97	56,50	- 15,87	20,30	13,05	18,35	19,22
Anteilsrechte insgesamt	128,41	80,24	61,20	55,64	- 17,02	15,43	7,14	14,52	12,30
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	18,82	6,18	- 77,97	- 1,51	- 18,72	10,02	- 67,75	12,08	4,92
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	18,27	4,62	- 78,06	- 1,32	- 18,55	10,15	- 68,34	12,08	5,32
finanzielle Kapitalgesellschaften	0,55	1,55	0,09	- 0,19	- 0,18	- 0,14	0,60	0,01	- 0,41
Börsennotierte Aktien des Auslands	- 4,08	7,26	6,63	0,26	- 1,28	3,56	4,09	0,72	12,10
Übrige Anteilsrechte 1)	113,68	66,80	132,53	56,89	2,98	1,86	70,80	1,72	- 4,72
Anteile an Investmentfonds	2,01	9,00	12,78	0,85	1,15	4,87	5,91	3,83	6,93
Geldmarktfonds	- 0,53	1,78	3,79	- 1,80	0,98	3,27	1,34	- 0,47	- 0,19
Sonstige Investmentfonds	2,54	7,22	8,99	2,65	0,17	1,60	4,57	4,31	7,11
Versicherungstechnische Rückstellungen	0,39	1,68	2,02	0,51	0,50	0,45	0,55	0,43	0,61
Finanzderivate	2,15	0,54	- 25,41	- 0,93	- 10,35	- 3,49	- 10,64	21,57	6,78
Sonstige Forderungen	37,94	- 58,43	48,12	9,63	- 54,64	46,91	46,22	26,00	- 4,60
Insgesamt	200,90	46,34	182,37	58,52	- 34,29	102,65	55,49	88,47	7,97
Außenfinanzierung									
Schuldverschreibungen insgesamt	0,47	20,52	36,63	6,69	23,36	10,58	- 4,01	2,67	8,92
kurzfristige Schuldverschreibungen	3,38	4,88	- 4,40	2,17	2,76	- 3,91	- 5,42	- 1,19	1,23
langfristige Schuldverschreibungen	- 2,91	15,64	41,02	4,53	20,60	14,49	1,41	3,86	7,69
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	3,48	6,62	18,12	1,54	11,47	5,05	0,06	1,96	3,28
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,59	0,51	- 0,17	- 0,02	0,20	0,13	- 0,48	0,10	0,62
Finanzielle Kapitalgesellschaften	2,89	5,31	19,86	2,05	11,20	5,44	1,18	1,98	2,74
Staat	0,01	0,47	- 0,22	- 0,10	- 0,19	0,05	0,01	0,14	0,03
Private Haushalte	- 0,01	0,34	- 1,35	- 0,39	0,26	- 0,57	- 0,65	- 0,26	- 0,12
Schuldverschreibungen des Auslands	- 3,01	13,90	18,51	5,15	11,89	5,53	- 4,06	0,71	5,64
Kredite insgesamt	146,39	71,34	68,31	34,75	30,27	- 0,36	3,66	31,45	8,83
kurzfristige Kredite	72,93	24,16	- 17,34	14,71	- 26,59	- 0,69	- 4,78	34,30	- 2,03
langfristige Kredite	73,45	47,17	85,65	20,03	56,85	0,33	8,44	- 2,85	10,87
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	75,48	27,59	30,34	11,12	25,27	- 4,56	- 1,49	38,39	- 9,65
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,52	- 28,14	- 12,27	- 9,25	5,75	- 3,86	- 4,90	- 1,66	- 3,40
Finanzielle Kapitalgesellschaften	69,55	55,16	6,95	23,85	3,07	- 11,66	- 8,31	37,06	- 11,63
Staat	1,41	0,57	35,66	- 3,47	16,45	10,96	11,72	2,99	5,39
Kredite aus dem Ausland	70,91	43,74	37,97	23,62	5,00	4,20	5,14	- 6,94	18,48
Anteilsrechte insgesamt	16,08	17,96	56,49	6,07	9,74	21,58	19,10	14,52	8,00
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	73,22	- 24,49	- 62,04	7,20	- 13,53	10,80	- 66,51	14,77	8,01
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	18,27	4,62	- 78,06	- 1,32	- 18,55	10,15	- 68,34	12,08	5,32
Finanzielle Kapitalgesellschaften	46,75	- 33,13	3,68	1,65	1,44	- 1,00	1,59	- 0,49	1,51
Staat	0,53	- 0,01	0,26	0,20	0,09	- 0,01	- 0,01	- 0,07	- 0,07
Private Haushalte	7,67	4,03	12,08	6,66	3,50	1,67	0,25	3,25	1,25
Börsennotierte Aktien des Auslands	- 31,95	- 1,59	12,49	- 5,95	18,40	- 1,32	1,37	- 4,52	- 0,66
Übrige Anteilsrechte 1)	- 25,20	44,04	106,03	4,82	4,87	12,10	84,24	4,27	0,65
Versicherungstechnische Rückstellungen	6,08	7,55	5,84	1,46	1,46	1,46	1,46	1,46	1,46
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	- 0,49	- 1,38	0,54	1,49	- 2,26	0,06	1,26	- 0,94	6,19
Sonstige Verbindlichkeiten	55,00	7,43	15,62	- 2,30	- 44,73	39,91	22,74	53,92	10,82
Insgesamt	223,51	123,42	183,42	48,15	17,84	73,22	44,21	103,07	44,22

1 Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2018	2019	2020	2020				2021	
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	582,4	573,7	715,2	595,0	626,2	698,1	715,2	709,2	689,7
Schuldverschreibungen insgesamt	50,8	49,6	51,5	48,2	51,5	51,5	51,5	49,9	51,9
kurzfristige Schuldverschreibungen	4,9	3,7	4,8	3,4	3,8	5,1	4,8	5,0	5,9
langfristige Schuldverschreibungen	45,9	45,9	46,7	44,9	47,7	46,3	46,7	44,9	46,0
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	21,3	21,1	22,1	20,3	22,3	21,9	22,1	21,4	22,3
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,5	5,0	4,7	4,7	5,0	5,1	4,7	4,7	5,3
finanzielle Kapitalgesellschaften	13,8	13,6	13,4	12,9	13,6	13,2	13,4	12,9	13,4
Staat	3,0	2,6	4,0	2,7	3,7	3,5	4,0	3,8	3,6
Schuldverschreibungen des Auslands	29,5	28,4	29,4	28,0	29,2	29,6	29,4	28,5	29,6
Kredite insgesamt	733,8	733,4	717,0	724,2	728,7	718,5	717,0	722,4	730,8
kurzfristige Kredite	555,6	569,4	565,8	559,1	564,4	563,2	565,8	565,9	577,1
langfristige Kredite	178,2	164,0	151,2	165,1	164,4	155,2	151,2	156,5	153,7
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	440,3	415,3	415,6	407,4	414,4	411,3	415,6	409,7	410,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	368,0	339,9	327,6	330,6	337,2	332,5	327,6	325,9	322,5
finanzielle Kapitalgesellschaften	65,2	68,1	80,1	69,4	70,5	71,1	80,1	75,9	79,7
Staat	7,1	7,3	7,9	7,5	7,6	7,7	7,9	7,9	7,9
Kredite an das Ausland	293,6	318,1	301,5	316,8	314,3	307,2	301,5	312,7	320,7
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	2 215,0	2 464,0	2 522,7	2 249,2	2 410,3	2 438,7	2 522,7	2 680,1	2 748,1
Anteilsrechte insgesamt	2 048,6	2 274,0	2 318,0	2 073,4	2 223,7	2 245,3	2 318,0	2 467,7	2 524,0
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	302,6	342,0	307,0	288,4	337,2	352,5	307,0	359,4	383,5
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	296,0	332,9	298,9	281,4	329,6	346,0	298,9	350,9	375,0
finanzielle Kapitalgesellschaften	6,6	9,0	8,1	7,0	7,6	6,5	8,1	8,5	8,5
Börsennotierte Aktien des Auslands	39,9	52,2	68,1	46,3	48,5	56,5	68,1	72,5	83,9
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 706,1	1 879,8	1 942,9	1 738,7	1 838,0	1 836,3	1 942,9	2 035,8	2 056,6
Anteile an Investmentfonds	166,4	190,0	204,7	175,8	186,6	193,5	204,7	212,4	224,1
Geldmarktfonds	1,0	3,2	7,0	1,4	2,4	5,7	7,0	6,5	6,3
Sonstige Investmentfonds	165,4	186,8	197,7	174,4	184,2	187,8	197,7	205,9	217,8
Versicherungstechnische Rückstellungen	56,3	59,2	62,1	59,9	60,6	61,3	62,1	62,8	63,6
Finanzderivate	33,3	31,6	31,1	44,6	34,8	29,7	31,1	31,4	52,7
Sonstige Forderungen	1 171,1	1 246,2	1 227,3	1 212,5	1 125,0	1 185,4	1 227,3	1 335,1	1 326,0
Insgesamt	4 842,8	5 157,5	5 326,9	4 933,6	5 037,2	5 183,1	5 326,9	5 590,9	5 662,7
Verbindlichkeiten									
Schuldverschreibungen insgesamt	181,3	204,7	249,6	202,9	238,6	251,8	249,6	251,1	261,0
kurzfristige Schuldverschreibungen	6,8	11,9	7,1	13,9	16,6	12,6	7,1	5,9	7,2
langfristige Schuldverschreibungen	174,5	192,9	242,5	189,0	222,0	239,2	242,5	245,2	253,8
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	70,1	77,7	96,0	74,3	88,8	94,9	96,0	95,6	99,5
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,5	5,0	4,7	4,7	5,0	5,1	4,7	4,7	5,3
finanzielle Kapitalgesellschaften	51,5	57,8	78,1	56,4	69,7	76,1	78,1	78,0	81,2
Staat	0,1	0,6	0,4	0,5	0,3	0,4	0,4	0,5	0,5
Private Haushalte	14,0	14,4	12,8	12,8	13,8	13,3	12,8	12,5	12,5
Schuldverschreibungen des Auslands	111,1	127,0	153,6	128,5	149,9	156,9	153,6	155,5	161,4
Kredite insgesamt	2 045,3	2 129,1	2 186,0	2 161,6	2 191,4	2 187,1	2 186,0	2 220,4	2 224,6
kurzfristige Kredite	792,6	819,9	796,7	834,9	806,5	803,3	796,7	833,6	831,0
langfristige Kredite	1 252,8	1 309,2	1 389,3	1 326,6	1 384,9	1 383,9	1 389,3	1 386,8	1 393,6
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	1 321,1	1 360,2	1 387,2	1 369,2	1 394,9	1 390,5	1 387,2	1 429,4	1 417,3
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	368,0	339,9	327,6	330,6	336,4	332,5	327,6	325,9	322,5
finanzielle Kapitalgesellschaften	903,6	970,1	972,3	991,1	994,3	982,6	972,3	1 013,7	999,6
Staat	49,5	50,3	87,3	47,5	64,3	75,4	87,3	89,8	95,2
Kredite aus dem Ausland	724,3	768,9	798,9	792,4	796,5	796,6	798,9	791,0	807,3
Anteilsrechte insgesamt	2 701,1	3 102,2	3 259,8	2 572,7	2 950,1	3 092,2	3 259,8	3 521,3	3 638,1
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	659,1	733,2	739,2	594,9	710,7	746,7	739,2	847,5	894,7
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	296,0	332,9	298,9	281,4	329,6	346,0	298,9	350,9	375,0
finanzielle Kapitalgesellschaften	161,7	157,2	171,2	126,0	149,8	155,4	171,2	191,7	201,6
Staat	41,6	51,8	56,3	41,8	50,5	53,3	56,3	67,3	71,8
Private Haushalte	159,8	191,3	212,8	145,7	180,8	192,0	212,8	237,6	246,3
Börsennotierte Aktien des Auslands	765,0	959,4	996,3	689,5	856,5	924,2	996,3	1 082,8	1 127,1
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 277,0	1 409,6	1 524,3	1 288,3	1 382,9	1 421,3	1 524,3	1 591,1	1 616,3
Versicherungstechnische Rückstellungen	269,8	277,3	283,1	278,8	280,2	281,7	283,1	284,6	286,1
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	65,4	67,0	79,4	85,2	86,0	78,0	79,4	63,8	72,4
Sonstige Verbindlichkeiten	1 189,4	1 298,5	1 277,7	1 255,2	1 221,3	1 267,8	1 277,7	1 371,8	1 354,9
Insgesamt	6 452,2	7 078,8	7 335,7	6 556,4	6 967,7	7 158,6	7 335,7	7 713,0	7 837,1

¹ Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2018	2019	2020	2020				2021	
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	137,95	142,20	210,03	21,00	73,09	41,50	74,44	48,52	52,42
Bargeld	29,92	35,19	61,65	16,40	16,99	11,97	16,29	12,96	17,10
Einlagen insgesamt	108,03	107,01	148,38	4,60	56,10	29,53	58,15	35,57	35,32
Sichteinlagen	109,88	111,01	165,34	18,74	58,64	31,76	56,20	34,10	37,70
Termineinlagen	6,78	1,47	- 1,70	- 3,11	- 0,85	0,41	1,85	- 0,01	- 2,37
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	- 8,63	- 5,47	- 15,26	- 11,04	- 1,70	- 2,63	0,10	1,48	- 0,01
Schuldverschreibungen insgesamt	1,62	- 1,85	- 5,94	- 1,47	0,38	- 1,67	- 3,18	- 2,66	- 1,31
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 0,13	- 0,53	0,08	- 0,03	0,16	0,10	- 0,16	0,16	0,22
langfristige Schuldverschreibungen	1,74	- 1,33	- 6,02	- 1,44	0,22	- 1,77	- 3,03	- 2,82	- 1,52
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	2,24	- 2,93	- 2,56	- 0,14	0,55	- 1,17	- 1,79	- 1,07	- 1,26
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 0,10	0,21	- 1,32	- 0,32	0,19	- 0,56	- 0,62	- 0,28	- 0,13
finanzielle Kapitalgesellschaften	2,81	- 2,22	- 1,26	- 0,35	0,47	- 0,36	- 1,02	- 0,67	- 1,02
Staat	- 0,46	- 0,92	0,02	0,53	- 0,11	- 0,24	- 0,15	- 0,12	- 0,11
Schuldverschreibungen des Auslands	- 0,62	1,08	- 3,38	- 1,32	- 0,17	- 0,50	- 1,39	- 1,59	- 0,05
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	38,42	49,75	90,18	19,39	28,96	20,35	21,48	28,09	31,70
Anteilsrechte insgesamt	18,84	18,90	48,53	13,62	15,57	11,60	7,73	2,60	7,32
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	9,44	6,60	16,05	8,07	6,35	1,98	- 0,35	3,39	2,20
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	6,28	3,52	11,92	6,47	3,41	1,71	0,33	3,12	1,58
finanzielle Kapitalgesellschaften	3,16	3,08	4,14	1,61	2,94	0,27	- 0,68	0,27	0,62
Börsennotierte Aktien des Auslands	4,37	7,45	23,28	3,02	6,40	7,43	6,43	- 1,72	3,57
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	5,03	4,86	9,19	2,53	2,82	2,20	1,64	0,92	1,54
Anteile an Investmentfonds	19,58	30,84	41,65	5,76	13,39	8,75	13,75	25,50	24,38
Geldmarktfonds	- 0,22	- 0,32	0,09	0,38	- 0,10	0,10	- 0,29	0,09	- 0,08
Sonstige Investmentfonds	19,80	31,17	41,56	5,38	13,49	8,65	14,04	25,41	24,45
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	15,80	17,95	18,34	5,51	5,54	5,57	1,73	5,40	5,58
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	28,22	37,85	47,96	16,52	8,83	9,49	13,12	15,86	10,46
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	37,28	37,31	33,75	9,67	7,12	7,18	9,79	6,01	4,34
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Forderungen ²⁾	- 12,81	- 10,38	- 7,48	18,85	- 13,31	3,65	- 16,68	21,98	- 1,77
Insgesamt	246,48	272,82	386,84	89,47	110,61	86,07	100,69	123,21	101,42
Außenfinanzierung									
Kredite insgesamt	64,87	82,50	83,95	12,82	18,57	27,42	25,15	16,79	27,55
kurzfristige Kredite	2,45	0,95	- 5,50	- 1,57	- 2,29	- 0,53	- 1,11	0,48	0,79
langfristige Kredite	62,43	81,55	89,45	14,39	20,86	27,94	26,26	16,31	26,76
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	53,88	68,51	85,73	15,38	19,41	25,43	25,51	18,75	26,56
Konsumentenkredite	11,14	14,42	- 4,29	- 2,67	- 2,05	1,08	- 0,66	- 1,14	- 0,09
Gewerbliche Kredite	- 0,14	- 0,43	2,51	0,10	1,21	0,91	0,29	- 0,82	1,08
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	61,72	73,41	83,17	15,52	17,96	27,32	22,37	14,85	27,19
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	3,14	9,06	0,78	- 2,71	0,61	0,10	2,77	1,94	0,36
Kredite vom Staat und Ausland	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	0,80	0,73	0,01	- 0,18	0,25	0,32	- 0,38	0,01	0,01
Insgesamt	65,67	83,23	83,97	12,64	18,82	27,73	24,77	16,80	27,56

¹ Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. ² Einschl. verzinslich angesamelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2018	2019	2020	2020				2021	
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	2 457,4	2 599,6	2 809,3	2 620,6	2 693,7	2 734,9	2 809,3	2 858,0	2 910,4
Bargeld	227,3	262,5	324,2	278,9	295,9	307,9	324,2	337,1	354,2
Einlagen insgesamt	2 230,1	2 337,1	2 485,2	2 341,7	2 397,8	2 427,0	2 485,2	2 520,9	2 556,2
Sichteinlagen	1 398,0	1 509,1	1 674,1	1 527,8	1 586,4	1 617,9	1 674,1	1 708,3	1 746,0
Termineinlagen	252,4	253,9	252,1	250,8	249,9	250,3	252,1	252,2	249,8
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	579,7	574,2	558,9	563,2	561,5	558,8	558,9	560,4	560,4
Schuldverschreibungen insgesamt	117,5	121,4	113,3	108,9	114,5	113,7	113,3	112,8	111,6
kurzfristige Schuldverschreibungen	2,1	1,6	1,6	1,5	1,7	1,8	1,6	1,7	1,9
langfristige Schuldverschreibungen	115,4	119,8	111,7	107,4	112,8	111,9	111,7	111,0	109,6
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	80,2	81,5	76,7	72,3	76,7	76,1	76,7	77,3	76,5
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	12,1	12,4	10,9	11,0	11,8	11,3	10,9	10,5	10,5
finanzielle Kapitalgesellschaften	64,6	66,6	63,3	58,3	62,0	62,1	63,3	64,4	63,7
Staat	3,4	2,5	2,6	3,1	3,0	2,7	2,6	2,4	2,3
Schuldverschreibungen des Auslands	37,4	39,9	36,5	36,6	37,8	37,6	36,5	35,4	35,1
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	1 164,0	1 388,3	1 541,0	1 222,7	1 376,2	1 425,4	1 541,0	1 659,4	1 746,0
Anteilsrechte insgesamt	590,6	708,0	806,4	620,8	710,3	737,8	806,4	868,6	904,7
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	184,1	223,9	243,3	171,7	209,2	217,3	243,3	271,7	280,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	151,9	182,3	204,0	138,7	172,3	183,6	204,0	228,2	236,9
finanzielle Kapitalgesellschaften	32,2	41,6	39,2	33,0	36,9	33,7	39,2	43,4	43,1
Börsennotierte Aktien des Auslands	100,2	136,3	180,6	116,9	144,7	156,1	180,6	199,5	216,4
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	306,3	347,8	382,6	332,2	356,4	364,4	382,6	397,4	408,2
Anteile an Investmentfonds	573,4	680,2	734,6	601,9	665,9	687,7	734,6	790,7	841,4
Geldmarktfonds	2,4	2,3	2,3	2,7	2,7	2,7	2,3	2,4	2,3
Sonstige Investmentfonds	571,1	678,0	732,2	599,2	663,2	684,9	732,2	788,3	839,0
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	375,9	393,8	412,2	399,3	404,9	410,5	412,2	417,6	423,2
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	1 011,1	1 069,1	1 112,1	1 082,8	1 091,6	1 101,2	1 112,1	1 128,0	1 138,7
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	883,8	924,5	956,8	936,9	945,3	953,2	956,8	962,8	967,2
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Forderungen ²⁾	29,6	29,6	27,9	29,0	29,6	30,0	27,9	27,8	28,2
Insgesamt	6 039,4	6 526,4	6 972,6	6 400,2	6 655,8	6 768,9	6 972,6	7 166,4	7 325,3
Verbindlichkeiten									
Kredite insgesamt	1 754,8	1 837,9	1 924,6	1 853,2	1 870,3	1 899,0	1 924,6	1 939,7	1 969,5
kurzfristige Kredite	58,3	59,0	53,2	57,3	55,1	54,3	53,2	53,6	54,4
langfristige Kredite	1 696,5	1 778,9	1 871,3	1 795,9	1 815,3	1 844,7	1 871,3	1 886,1	1 915,1
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	1 287,0	1 358,7	1 448,2	1 376,6	1 396,2	1 422,6	1 448,2	1 464,9	1 493,9
Konsumentenkredite	218,1	231,4	226,1	228,8	226,0	227,0	226,1	224,6	224,4
Gewerbliche Kredite	249,7	247,7	250,2	247,8	248,1	249,5	250,2	250,2	251,2
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	1 667,2	1 741,6	1 824,6	1 757,2	1 773,2	1 801,6	1 824,6	1 839,8	1 867,3
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	87,5	96,1	99,8	95,9	97,1	97,3	99,8	99,7	102,1
Kredite vom Staat und Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzderivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	18,3	19,7	19,2	21,2	21,6	21,2	19,2	20,5	19,8
Insgesamt	1 773,1	1 857,6	1 943,8	1 874,4	1 891,9	1 920,2	1 943,8	1 960,2	1 989,3

¹ Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. ² Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2015	+ 29,1	+ 17,6	+ 4,6	+ 3,7	+ 3,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
2016	+ 36,4	+ 13,7	+ 7,7	+ 6,3	+ 8,7	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
2017	+ 43,7	+ 7,9	+ 13,9	+ 10,7	+ 11,1	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3
2018 p)	+ 64,4	+ 21,1	+ 11,7	+ 15,6	+ 16,0	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5
2019 p)	+ 51,1	+ 22,0	+ 13,8	+ 6,1	+ 9,1	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3
2020 p)	- 145,2	- 86,4	- 30,1	+ 6,3	- 35,0	- 4,3	- 2,6	- 0,9	+ 0,2	- 1,0
2019 1.Hj. p)	+ 47,0	+ 18,9	+ 12,8	+ 6,8	+ 8,4	+ 2,8	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,5
2.Hj. p)	+ 4,1	+ 3,1	+ 1,0	- 0,7	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0
2020 1.Hj. p)	- 47,8	- 26,9	- 9,2	+ 0,8	- 12,5	- 2,9	- 1,6	- 0,6	+ 0,0	- 0,8
2.Hj. p)	- 97,4	- 59,5	- 20,9	+ 5,5	- 22,5	- 5,6	- 3,4	- 1,2	+ 0,3	- 1,3
2021 1.Hj. ts)	- 80,9	- 67,0	- 3,1	- 0,6	- 10,2	- 4,7	- 3,9	- 0,2	- 0,0	- 0,6
Schuldenstand ²⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2015	2 178,1	1 372,2	659,5	164,0	1,5	72,0	45,3	21,8	5,4	0,0
2016	2 162,7	1 365,9	642,3	166,9	1,2	69,0	43,6	20,5	5,3	0,0
2017	2 112,5	1 350,3	614,9	163,5	0,8	64,7	41,3	18,8	5,0	0,0
2018 p)	2 063,5	1 323,1	600,8	155,9	0,7	61,3	39,3	17,8	4,6	0,0
2019 p)	2 046,7	1 299,9	609,8	153,7	0,7	58,9	37,4	17,6	4,4	0,0
2020 p)	2 314,3	1 513,2	660,6	154,2	7,4	68,7	44,9	19,6	4,6	0,2
2019 1.Vj. p)	2 073,7	1 324,5	612,5	154,2	0,7	61,1	39,0	18,0	4,5	0,0
2.Vj. p)	2 064,1	1 320,4	610,7	152,8	0,7	60,5	38,7	17,9	4,5	0,0
3.Vj. p)	2 081,1	1 328,1	620,7	152,3	0,6	60,4	38,5	18,0	4,4	0,0
4.Vj. p)	2 046,7	1 299,9	609,8	153,7	0,7	58,9	37,4	17,6	4,4	0,0
2020 1.Vj. p)	2 090,4	1 327,7	623,1	153,6	0,8	60,1	38,1	17,9	4,4	0,0
2.Vj. p)	2 259,9	1 473,9	645,1	153,7	1,0	66,4	43,3	19,0	4,5	0,0
3.Vj. p)	2 333,4	1 536,9	655,6	154,8	4,6	69,1	45,5	19,4	4,6	0,1
4.Vj. p)	2 314,3	1 513,2	660,6	154,2	7,4	68,7	44,9	19,6	4,6	0,2
2021 1.Vj. p)	2 345,1	1 538,9	665,6	154,2	16,2	69,9	45,9	19,8	4,6	0,5
2.Vj. p)	2 398,3	1 589,2	668,7	155,5	21,2	69,7	46,2	19,4	4,5	0,6

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Der Finanzierungssaldo gemäß ESVG 2010 entspricht der Maastricht-Abgrenzung. **2** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben							Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾
	insgesamt	davon: Steuern	Sozialbeiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozialleistungen	Arbeitnehmerentgelte	Vorleistungen	Bruttoinvestitionen	Zinsen	sonstige		
Mrd €													
2015	1 364,9	705,1	501,2	158,6	1 335,8	721,9	233,0	153,0	64,5	42,2	121,2	+ 29,1	1 213,3
2016	1 426,7	739,2	524,3	163,3	1 390,4	754,5	240,7	162,5	68,1	37,3	127,2	+ 36,4	1 270,4
2017	1 486,9	773,3	549,5	164,2	1 443,3	784,8	250,6	169,5	71,6	33,8	132,9	+ 43,7	1 329,5
2018 p)	1 557,3	808,2	572,6	176,5	1 492,8	805,6	260,3	176,2	78,4	31,1	141,3	+ 64,4	1 387,8
2019 p)	1 613,8	834,4	598,2	181,2	1 562,7	846,6	272,7	184,2	83,7	27,3	148,3	+ 51,1	1 439,7
2020 p)	1 566,9	782,1	607,9	176,9	1 712,1	905,2	284,1	209,8	90,9	21,0	201,2	- 145,2	1 397,0
in % des BIP													
2015	45,1	23,3	16,6	5,2	44,1	23,9	7,7	5,1	2,1	1,4	4,0	+ 1,0	40,1
2016	45,5	23,6	16,7	5,2	44,4	24,1	7,7	5,2	2,2	1,2	4,1	+ 1,2	40,5
2017	45,5	23,7	16,8	5,0	44,2	24,0	7,7	5,2	2,2	1,0	4,1	+ 1,3	40,7
2018 p)	46,2	24,0	17,0	5,2	44,3	23,9	7,7	5,2	2,3	0,9	4,2	+ 1,9	41,2
2019 p)	46,5	24,0	17,2	5,2	45,0	24,4	7,9	5,3	2,4	0,8	4,3	+ 1,5	41,5
2020 p)	46,5	23,2	18,1	5,3	50,8	26,9	8,4	6,2	2,7	0,6	6,0	- 4,3	41,5
Zuwachsraten in %													
2015	+ 3,9	+ 4,8	+ 3,9	+ 0,0	+ 3,0	+ 4,4	+ 2,4	+ 4,0	+ 6,6	- 10,5	- 1,8	.	+ 4,6
2016	+ 4,5	+ 4,8	+ 4,6	+ 2,9	+ 4,1	+ 4,5	+ 3,3	+ 6,2	+ 5,6	- 11,7	+ 4,9	.	+ 4,7
2017	+ 4,2	+ 4,6	+ 4,8	+ 0,5	+ 3,8	+ 4,0	+ 4,1	+ 4,3	+ 5,1	- 9,3	+ 4,5	.	+ 4,7
2018 p)	+ 4,7	+ 4,5	+ 4,2	+ 7,5	+ 3,4	+ 2,7	+ 3,9	+ 3,9	+ 9,5	- 8,0	+ 6,3	.	+ 4,4
2019 p)	+ 3,6	+ 3,2	+ 4,5	+ 2,7	+ 4,7	+ 5,1	+ 4,8	+ 4,5	+ 6,8	- 12,2	+ 5,0	.	+ 3,7
2020 p)	- 2,9	- 6,3	+ 1,6	- 2,4	+ 9,6	+ 6,9	+ 4,2	+ 13,9	+ 8,7	- 23,4	+ 35,7	.	- 3,0

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 2010. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Bankenabgaben an den Einheitlichen Abwicklungsfonds.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufen-de Zuschüsse	Zins-ausgaben	Sach-investitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2014 p)	791,8	643,6	11,3	788,9	236,0	295,1	57,1	45,9	17,6	+ 2,9	554,5	551,1	+ 3,5	1 245,2	1 238,8	+ 6,4
2015 p)	829,8	673,3	10,4	804,3	244,1	302,7	49,8	46,4	12,5	+ 25,5	575,0	573,1	+ 1,9	1 301,1	1 273,6	+ 27,4
2016 p)	862,3	705,8	9,0	844,5	251,3	321,6	43,4	49,0	11,8	+ 17,8	601,8	594,8	+ 7,1	1 355,1	1 330,2	+ 24,9
2017 p)	900,3	734,5	7,9	869,4	261,6	327,9	42,0	52,3	13,8	+ 30,8	631,5	622,0	+ 9,5	1 417,5	1 377,2	+ 40,3
2018 p)	951,8	776,3	6,2	905,6	272,5	338,0	39,2	55,8	16,1	+ 46,2	656,2	642,5	+ 13,6	1 490,7	1 430,9	+ 59,8
2019 p)	1 010,3	799,4	11,2	975,5	285,9	349,7	33,6	62,9	16,8	+ 34,8	684,7	676,7	+ 8,0	1 573,5	1 530,7	+ 42,8
2020 p)	947,0	739,9	13,9	1 111,9	299,5	422,2	25,9	69,2	60,1	- 164,9	719,1	746,3	- 27,2	1 518,5	1 710,7	- 192,1
2019 1.Vj. p)	240,9	192,7	2,5	227,7	68,3	88,5	11,5	10,2	3,3	+ 13,2	163,3	166,4	- 3,1	374,3	364,1	+ 10,2
2.Vj. p)	256,3	201,7	2,0	236,1	70,1	87,0	12,2	13,0	2,6	+ 20,1	169,9	168,4	+ 1,5	396,1	374,5	+ 21,6
3.Vj. p)	245,3	194,7	3,4	236,7	70,9	86,2	4,5	16,4	3,1	+ 8,6	168,8	170,3	- 1,5	384,0	376,9	+ 7,1
4.Vj. p)	269,1	210,6	3,2	272,2	76,1	87,5	5,1	22,5	7,7	- 3,1	181,9	172,6	+ 9,3	420,7	414,5	+ 6,2
2020 1.Vj. p)	244,8	197,4	2,5	236,4	72,9	90,5	11,9	12,0	2,6	+ 8,4	168,3	175,7	- 7,4	380,0	379,1	+ 0,9
2.Vj. p)	211,9	158,1	2,7	271,8	72,2	119,1	8,6	15,4	3,4	- 59,8	175,9	187,0	- 11,1	354,5	425,4	- 70,9
3.Vj. p)	227,8	181,4	4,0	282,3	72,4	102,0	1,4	18,3	34,3	- 54,5	181,1	195,0	- 13,9	370,1	438,5	- 68,4
4.Vj. p)	259,3	201,9	4,5	315,4	81,4	109,1	5,9	22,8	19,6	- 56,1	186,0	189,5	- 3,5	408,2	467,9	- 59,6
2021 1.Vj. p)	240,7	185,2	4,3	300,6	75,5	134,4	7,3	11,1	14,6	- 59,9	182,4	196,3	- 13,9	385,2	459,0	- 73,8

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2011. Die Vierteljahresangaben enthalten zahlreiche Extrahaushalte, die dem Staatssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen, aber in den Rechnungsergebnissen bisher nicht enthalten sind. Ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. 2 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzteren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahres-

angaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2014 p)	322,9	323,3	- 0,3	338,3	336,1	+ 2,1	218,7	218,7	- 0,1
2015 p)	338,3	326,5	+ 11,8	355,1	350,6	+ 4,5	232,7	229,1	+ 3,6
2016 p)	344,7	338,4	+ 6,2	381,1	372,4	+ 8,8	248,9	243,1	+ 5,8
2017 p)	357,8	352,8	+ 5,0	397,7	385,8	+ 11,8	260,3	249,1	+ 11,2
2018 p)	374,4	363,5	+ 10,9	420,5	400,1	+ 20,4	271,8	261,5	+ 10,2
2019 p)	382,5	369,2	+ 13,3	437,2	419,6	+ 17,6	284,2	278,1	+ 6,1
2020 p)	341,4	472,1	- 130,7	456,4	489,4	- 33,0	297,0	294,6	+ 2,4
2019 1.Vj. p)	84,7	86,1	- 1,4	105,7	96,7	+ 8,9	58,2	63,2	- 4,9
2.Vj. p)	97,7	90,3	+ 7,4	106,0	100,2	+ 5,8	70,6	65,9	+ 4,7
3.Vj. p)	93,2	91,3	+ 1,9	107,9	102,6	+ 5,2	69,1	69,2	- 0,1
4.Vj. p)	106,9	101,5	+ 5,4	115,5	118,4	- 2,9	84,5	78,4	+ 6,0
2020 1.Vj. p)	92,3	90,4	+ 1,9	105,6	99,7	+ 5,9	57,9	67,7	- 9,8
2.Vj. p)	70,8	114,8	- 44,0	108,2	128,0	- 19,8	69,4	69,4	+ 0,1
3.Vj. p)	83,7	105,4	- 21,7	112,9	113,7	- 0,8	67,5	72,6	- 5,1
4.Vj. p)	94,5	161,5	- 67,0	127,4	146,3	- 18,9	100,3	83,5	+ 16,8
2021 1.Vj. p)	75,0	127,5	- 52,5	113,7	120,7	- 7,1	61,1	69,7	- 8,6
2.Vj. p)	86,4	123,5	- 37,1	122,8	122,0	+ 0,8	74,6	71,7	+ 2,9

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt

wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. 3 Quartalsdaten der Kern- und der zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Insgesamt	Bund, Länder und Europäische Union				Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)		Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
		zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)				
2014	643 624	556 008	298 518	226 504	30 986	87 418	+ 198	27 772	
2015	673 276	580 485	308 849	240 698	30 938	93 003	- 212	27 241	
2016	705 797	606 965	316 854	260 837	29 273	98 648	+ 186	27 836	
2017	734 540	629 458	336 730	271 046	21 682	105 158	- 76	27 368	
2018	776 314	665 005	349 134	287 282	28 589	111 308	+ 1	26 775	
2019	799 416	684 491	355 050	298 519	30 921	114 902	+ 23	25 998	
2020	739 880	632 237	313 381	286 065	32 791	107 916	- 274	30 266	
2019 1.Vj.	193 054	162 696	79 669	71 578	11 450	19 816	+ 10 541	6 270	
2.Vj.	202 383	172 563	90 883	75 455	6 224	29 784	+ 37	6 179	
3.Vj.	193 918	166 676	86 117	72 677	7 882	27 569	- 327	7 402	
4.Vj.	210 062	182 556	98 381	78 809	5 365	37 733	- 10 227	6 146	
2020 1.Vj.	198 351	168 099	83 086	75 420	9 593	18 875	+ 11 377	6 855	
2.Vj.	158 161	135 185	68 653	59 557	6 974	25 107	- 2 131	6 997	
3.Vj.	182 202	156 397	78 502	72 613	5 282	25 234	+ 571	9 705	
4.Vj.	201 167	172 557	83 140	78 475	10 942	38 700	- 10 090	6 709	
2021 1.Vj.	189 223	159 178	72 814	73 137	13 227	19 882	+ 10 163	6 887	
2.Vj.	191 915	163 158	81 129	74 024	8 005	29 598	- 841	7 438	
2020 Juli	.	49 759	24 835	23 238	1 686	.	.	3 113	
Aug.	.	47 982	24 645	21 908	1 429	.	.	4 546	
2021 Juli	.	56 166	28 274	25 940	1 952	.	.	3 141	
Aug.	.	51 982	24 639	24 213	3 130	.	.	2 341	

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Regionalisierungsmittel (ÖPNV), Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. 2 Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bundes verbuch-

ten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. 3 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks. 4 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. 5 Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Insgesamt 1)	Gemeinschaftliche Steuern								Bundesteuern 9)	Ländersteuern 9)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern	
		Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 7)							Gewerbesteuerumlagen 8)
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer 4)	Körperschaftsteuer 5)	Kapitalertragsteuer 6)	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer					
2014	593 039	258 875	167 983	45 613	20 044	25 236	203 110	154 228	48 883	7 142	101 804	17 556	4 552	37 031
2015	620 287	273 258	178 891	48 580	19 583	26 204	209 921	159 015	50 905	7 407	104 204	20 339	5 159	39 802
2016	648 309	291 492	184 826	53 833	27 442	25 391	217 090	165 932	51 157	7 831	104 441	22 342	5 113	41 345
2017	674 598	312 462	195 524	59 428	29 259	28 251	226 355	170 498	55 856	8 580	99 934	22 205	5 063	45 141
2018	713 576	332 141	208 231	60 415	33 425	30 069	234 800	175 437	59 363	9 078	108 586	23 913	5 057	48 571
2019	735 869	344 016	219 660	63 711	32 013	28 632	243 256	183 113	60 143	8 114	109 548	25 850	5 085	51 379
2020	682 345	320 798	209 286	58 982	24 268	28 261	219 484	168 700	50 784	3 954	105 632	27 775	4 703	50 107
2019 1.Vj.	175 216	82 996	50 923	17 453	9 194	5 426	60 402	46 018	14 384	121	23 968	6 531	1 197	12 519
2.Vj.	185 333	90 134	54 437	16 069	8 085	11 543	59 101	43 943	15 158	2 113	26 625	6 087	1 273	12 770
3.Vj.	179 020	81 267	53 668	13 614	7 607	6 379	61 057	45 976	15 081	2 221	26 654	6 485	1 336	12 344
4.Vj.	196 300	89 619	60 632	16 575	7 128	5 284	62 696	47 175	15 520	3 660	32 301	6 746	1 279	13 745
2020 1.Vj.	181 350	88 009	53 389	18 711	8 495	7 415	60 060	46 038	14 022	244	24 517	7 406	1 114	13 251
2.Vj.	146 360	69 928	50 760	10 633	2 348	6 187	44 262	31 625	12 638	1 170	23 525	6 326	1 149	11 175
3.Vj.	168 308	73 766	47 470	13 492	5 411	7 392	59 819	47 933	11 886	796	25 930	6 784	1 212	11 910
4.Vj.	186 327	89 094	57 667	16 146	8 014	7 268	55 343	43 105	12 238	1 744	31 660	7 259	1 227	13 770
2021 1.Vj.	171 881	86 381	50 854	17 826	10 203	7 498	54 795	45 403	9 392	252	21 712	7 757	983	12 703
2.Vj.	175 242	84 505	50 783	14 347	8 860	10 515	57 634	43 399	14 235	1 215	23 210	7 398	1 281	12 085
2020 Juli	53 344	21 772	18 011	- 244	- 262	4 268	19 945	15 847	4 097	651	8 378	2 269	330	3 585
Aug.	51 443	18 343	16 939	- 265	9	1 660	21 645	17 418	4 227	144	8 700	2 127	483	3 461
2021 Juli	60 023	24 906	19 450	495	656	4 306	23 919	15 231	8 689	977	7 054	2 747	420	3 858
Aug.	55 676	21 086	17 680	602	453	2 352	23 492	17 478	6 014	211	7 938	2 506	443	3 694

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. 1 Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. 2 Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. 3 Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. 4 Nach Abzug der Arbeitnehmererstattungen und Forschungszulage. 5 Nach Abzug der Forschungszulage. 6 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. 7 Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2020: 43,0/52,9/4,1. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. 8 Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2020: 39,8/60,2. 9 Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)							Ländersteuern 1)					Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Tabak- steuer	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer	Strom- steuer	Alkohol- steuer	sonstige	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	Rennwett- und Lotterie- steuer	sonstige	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer 2)	Grund- steuern
2014	39 758	15 047	14 612	12 046	8 501	6 638	2 060	3 143	9 339	5 452	1 673	1 091	57 728	43 763	12 691
2015	39 594	15 930	14 921	12 419	8 805	6 593	2 070	3 872	11 249	6 290	1 712	1 088	60 396	45 752	13 215
2016	40 091	16 855	14 186	12 763	8 952	6 569	2 070	2 955	12 408	7 006	1 809	1 119	65 319	50 103	13 654
2017	41 022	17 953	14 399	13 269	8 948	6 944	2 094	-4 695	13 139	6 114	1 837	1 115	68 522	52 899	13 966
2018	40 882	18 927	14 339	13 779	9 047	6 858	2 133	2 622	14 083	6 813	1 894	1 122	71 817	55 904	14 203
2019	40 683	19 646	14 257	14 136	9 372	6 689	2 118	2 648	15 789	6 987	1 975	1 099	71 661	55 527	14 439
2020	37 635	18 676	14 651	14 553	9 526	6 561	2 238	1 792	16 055	8 600	2 044	1 076	61 489	45 471	14 676
2019 1.Vj.	4 848	4 679	2 495	6 542	2 594	1 646	579	586	3 976	1 705	499	351	17 959	14 139	3 350
2.Vj.	9 937	5 257	3 588	2 543	2 491	1 659	485	665	3 667	1 660	513	247	19 163	14 869	3 881
3.Vj.	10 519	4 624	3 667	2 770	2 251	1 639	515	668	3 923	1 824	474	264	17 118	12 659	4 019
4.Vj.	15 379	5 086	4 507	2 281	2 035	1 745	538	730	4 223	1 798	488	237	17 422	13 861	3 190
2020 1.Vj.	4 966	4 930	2 413	6 766	2 634	1 708	562	537	4 525	1 981	542	358	17 245	13 391	3 403
2.Vj.	8 117	4 235	3 772	2 606	2 426	1 585	455	328	3 566	2 154	425	181	12 971	8 842	3 895
3.Vj.	9 985	4 365	3 978	2 817	2 366	1 499	506	414	3 730	2 262	509	283	14 690	10 242	4 095
4.Vj.	14 566	5 145	4 487	2 365	2 101	1 768	715	513	4 234	2 203	567	254	16 584	12 997	3 283
2021 1.Vj.	4 126	3 171	2 585	6 776	2 567	1 692	395	400	4 716	2 110	578	353	17 594	13 798	3 503
2.Vj.	8 717	2 546	4 053	2 843	2 469	1 640	528	413	4 231	2 374	538	255	17 888	13 674	4 033
2020 Juli	3 141	1 200	1 681	747	849	484	154	122	1 274	734	182	79	.	.	.
Aug.	3 347	1 102	1 261	1 370	744	562	165	149	1 188	691	156	93	.	.	.
2021 Juli	2 870	463	1 247	774	881	517	152	150	1 554	962	142	89	.	.	.
Aug.	3 227	402	1 245	1 395	753	546	181	190	1 467	765	187	87	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Zur Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Einschl. Einnahmen aus Offshore-Windparks.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Ein- nahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 4)					Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 5)	Wertpa- piere	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 6)	Grund- stücke	
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner							
2014	269 115	189 080	78 940	265 949	226 204	15 978	+ 3 166	36 462	32 905	3 317	146	94	4 263
2015	276 129	194 486	80 464	277 717	236 634	16 705	- 1 588	35 556	32 795	2 506	167	88	4 228
2016	286 399	202 249	83 154	288 641	246 118	17 387	- 2 242	34 094	31 524	2 315	203	52	4 147
2017	299 826	211 424	87 502	299 297	255 261	18 028	+ 529	35 366	33 740	1 335	238	53	4 032
2018	312 788	221 572	90 408	308 356	263 338	18 588	+ 4 432	40 345	38 314	1 713	262	56	4 008
2019	327 298	232 014	94 467	325 436	277 282	20 960	+ 1 861	42 963	40 531	2 074	303	56	3 974
2020	335 185	235 988	98 447	339 072	289 284	21 865	- 3 887	39 880	38 196	1 286	344	55	3 901
2019 1.Vj.	77 984	54 393	23 426	78 630	67 328	5 087	- 646	39 432	37 637	1 474	263	57	4 001
2.Vj.	81 410	57 837	23 408	80 804	69 011	5 205	+ 605	40 232	38 639	1 272	264	57	3 996
3.Vj.	80 305	56 637	23 481	82 716	70 633	5 330	- 2 411	38 386	36 876	1 183	271	56	3 995
4.Vj.	86 756	63 133	23 413	82 849	70 674	5 333	+ 3 907	42 945	40 539	2 074	276	56	3 987
2020 1.Vj.	80 578	55 999	24 436	82 622	70 829	5 346	- 2 045	40 840	38 636	1 848	300	56	3 966
2.Vj.	82 098	57 515	24 413	82 875	70 889	5 346	- 777	39 779	37 975	1 446	304	55	3 949
3.Vj.	82 689	58 109	24 418	86 497	74 054	5 591	- 3 808	36 898	35 197	1 333	313	55	3 925
4.Vj.	88 978	64 375	24 412	86 605	73 879	5 576	+ 2 373	39 847	38 186	1 286	321	55	3 916
2021 1.Vj.	83 066	57 351	25 542	86 048	73 799	5 600	- 2 982	36 888	35 326	1 166	342	54	3 887
2.Vj.	86 386	60 666	25 545	86 486	73 905	5 679	- 100	36 941	35 554	988	345	53	3 871

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn/See“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der ausgewiesenen vorläufigen Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht nachträglich revidiert wer-

den. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. 4 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. 5 Einschl. Barmittel. 6 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung ^{*)}

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes
	ins-gesamt ¹⁾	darunter:			ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenz-geld-umlage	Bundes-beteiligung		Arbeits-losen-geld ²⁾	Kurz-arbeiter-geld ³⁾	berufliche Förderung ⁴⁾	Ein-gliederungs-beitrag	Insolvenz-geld	Ver-waltungs-ausgaben ⁵⁾		
2014	33 725	28 714	1 296	-	32 147	15 368	710	6 264	.	694	5 493	+ 1 578	-
2015	35 159	29 941	1 333	-	31 439	14 846	771	6 295	.	654	5 597	+ 3 720	-
2016	36 352	31 186	1 114	-	30 889	14 435	749	7 035	.	595	5 314	+ 5 463	-
2017	37 819	32 501	882	-	31 867	14 055	769	7 043	.	687	6 444	+ 5 952	-
2018	39 335	34 172	622	-	33 107	13 757	761	6 951	.	588	8 129	+ 6 228	-
2019	35 285	29 851	638	-	33 154	15 009	772	7 302	.	842	6 252	+ 2 131	-
2020	33 678	28 236	630	-	61 013	20 617	22 719	7 384	.	1 214	6 076	- 27 335	-
2019 1.Vj.	8 369	7 027	148	-	8 597	3 969	403	1 818	.	179	1 450	- 228	-
2.Vj.	8 685	7 440	156	-	8 136	3 673	204	1 832	.	243	1 475	+ 549	-
3.Vj.	8 650	7 263	162	-	7 829	3 682	68	1 711	.	190	1 510	+ 821	-
4.Vj.	9 581	8 121	172	-	8 592	3 685	98	1 941	.	230	1 816	+ 989	-
2020 1.Vj.	8 123	6 851	153	-	9 301	4 469	392	1 934	.	235	1 470	- 1 179	-
2.Vj.	7 906	6 691	151	-	17 005	4 869	7 977	1 793	.	254	1 407	- 9 099	-
3.Vj.	8 350	6 934	153	-	18 619	5 737	8 637	1 701	.	472	1 414	- 10 269	-
4.Vj.	9 299	7 760	174	-	16 088	5 543	5 712	1 957	.	251	1 785	- 6 789	-
2021 1.Vj.	8 228	6 747	289	-	18 260	5 956	8 006	1 935	.	184	1 391	- 10 033	-
2.Vj.	8 830	7 301	324	-	16 720	5 029	7 495	1 912	.	108	1 452	- 7 890	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds. ¹ Ohne Zuschuss zum Defizitausgleich bzw. Darlehen des Bundes. ² Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. ³ Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. ⁴ Berufliche Bildung, Förde-

rung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. ⁵ Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen ¹⁾			Ausgaben ¹⁾								Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	Krankenhaus-behandlung	Arznei-mittel	Ärztliche Behandlung	Zahn-ärztliche Behandlung ⁴⁾	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld	Ver-waltungs-ausgaben ⁵⁾	
		Beiträge ²⁾	Bundes-mittel ³⁾									
2014	203 143	189 089	10 500	205 589	65 711	33 093	34 202	13 028	13 083	10 619	10 063	- 2 445
2015	210 147	195 774	11 500	213 727	67 979	34 576	35 712	13 488	13 674	11 227	10 482	- 3 580
2016	223 692	206 830	14 000	222 936	70 450	35 981	37 300	13 790	14 256	11 677	11 032	+ 757
2017	233 814	216 227	14 500	230 773	72 303	37 389	38 792	14 070	14 776	12 281	10 912	+ 3 041
2018	242 360	224 912	14 500	239 706	74 506	38 327	39 968	14 490	15 965	13 090	11 564	+ 2 654
2019	251 295	233 125	14 500	252 440	77 551	40 635	41 541	15 010	17 656	14 402	11 136	- 1 145
2020	269 158	237 588	27 940	275 268	78 531	42 906	44 131	14 967	18 133	15 956	11 864	- 6 110
2019 1.Vj.	59 809	55 622	3 625	62 485	19 586	9 947	10 386	3 738	4 106	3 649	2 707	- 2 676
2.Vj.	62 121	57 858	3 625	62 858	19 210	10 127	10 421	3 821	4 289	3 535	2 774	- 736
3.Vj.	62 143	57 763	3 625	62 716	19 109	10 229	10 278	3 630	4 467	3 558	2 804	- 573
4.Vj.	67 094	61 884	3 625	64 075	19 497	10 353	10 455	3 821	4 713	3 659	2 975	+ 3 019
2020 1.Vj.	61 949	57 419	3 625	66 438	20 049	11 086	10 806	3 804	4 470	4 061	2 816	- 4 489
2.Vj.	68 108	58 096	9 359	69 487	17 674	10 492	10 908	3 389	3 986	4 143	2 980	- 1 378
3.Vj.	70 130	59 403	10 151	71 063	20 913	10 567	11 642	3 774	4 852	3 829	2 970	- 934
4.Vj.	68 645	62 672	4 805	67 987	19 887	10 729	11 019	3 891	4 725	3 920	3 039	+ 658
2021 1.Vj.	72 970	59 338	13 303	72 660	19 631	11 175	11 564	4 069	4 564	4 287	2 967	+ 310
2.Vj.	71 964	61 819	9 965	74 492	20 287	11 275	11 536	4 219	5 085	4 120	2 850	- 2 529

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. ¹ Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der ausgewiesenen vorläufigen Vierteljahresergebnisse ab, da letztere nicht nachträglich revidiert werden. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturausgleichs. ² Einschl. Beiträge aus geringfügigen Be-

schäftigungen. ³ Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. ⁴ Einschl. Zahnersatz. ⁵ Netto, d. h. nach Abzug der Kostenerstattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	Insgesamt	darunter: Beiträge 2)	Insgesamt	darunter:					
				Pflegesachleistung 3)	Stationäre Pflege insgesamt 4)	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 5)	Verwaltungsausgaben	
2014	25 974	25 893	25 457	4 260	11 892	5 893	946	1 216	+ 517
2015	30 825	30 751	29 101	4 626	13 003	6 410	960	1 273	+ 1 723
2016	32 171	32 100	30 936	4 904	13 539	6 673	983	1 422	+ 1 235
2017	36 305	36 248	38 862	6 923	16 034	10 010	1 611	1 606	- 2 557
2018	37 949	37 886	41 265	7 703	16 216	10 809	2 093	1 586	- 3 315
2019	47 228	46 508	44 008	8 257	16 717	11 689	2 392	1 781	+ 3 220
2020	50 622	48 003	49 284	8 794	16 459	12 786	2 714	1 946	+ 1 338
2019 1.Vj.	11 123	10 938	10 728	2 060	4 082	2 833	547	437	+ 396
2.Vj.	11 795	11 620	10 812	2 012	4 132	2 868	588	449	+ 983
3.Vj.	11 734	11 557	11 159	2 098	4 234	2 972	598	450	+ 576
4.Vj.	12 592	12 413	11 252	2 062	4 243	3 064	626	433	+ 1 339
2020 1.Vj.	11 693	11 473	11 444	2 186	4 214	3 067	633	489	+ 249
2.Vj.	11 921	11 732	11 816	2 051	4 015	3 173	664	468	+ 105
3.Vj.	13 924	11 938	12 890	2 263	4 087	3 249	682	500	+ 1 033
4.Vj.	13 079	12 746	12 927	2 306	4 177	3 403	716	481	+ 152
2021 1.Vj.	12 093	11 831	13 344	2 355	3 971	3 387	725	512	- 1 251
2.Vj.	12 933	12 329	13 521	2 287	4 030	3 421	745	510	- 587

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der ausgewiesenen vorläufigen Vierteljahresergebnisse ab, da letztere nicht nachträglich revidiert werden. 1 Einschl. der Zuführungen an den Vorsorgefonds. 2 Seit 2005: Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des

beitragspflichtigen Einkommens). 3 Revision der Pflegesachleistungen ab 2014. 4 Ab 2014 sind hier u.a. auch Leistungen der Kurzzeitpflege sowie der Tages-/Nachtpflege enthalten. 5 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen 3)
	brutto 2)	netto		
2014	+ 192 540	- 2 378	- 3 190	+ 891
2015	+ 167 655	- 16 386	- 5 884	- 1 916
2016	+ 182 486	- 11 331	- 2 332	- 16 791
2017	+ 171 906	+ 4 531	+ 11 823	+ 2 897
2018	+ 167 231	- 16 248	- 91	- 1 670
2019	+ 185 070	+ 63	- 8 044	- 914
2020	+ 456 828	+ 217 904	+ 24 181	- 3 399
2019 1.Vj.	+ 56 654	+ 3 281	- 2 172	- 1 199
2.Vj.	+ 48 545	+ 5 491	- 279	+ 7 227
3.Vj.	+ 48 053	+ 4 030	+ 176	- 5 093
4.Vj.	+ 31 817	- 12 738	- 5 768	- 1 849
2020 1.Vj.	+ 65 656	+ 31 296	+ 9 236	+ 1 698
2.Vj.	+ 185 560	+ 126 585	+ 31 212	- 7 314
3.Vj.	+ 159 067	+ 80 783	+ 6 080	+ 588
4.Vj.	+ 46 545	- 20 760	- 10 187	+ 1 629
2021 1.Vj.	+ 109 953	+ 42 045	- 11 737	- 4 708
2.Vj.	+ 146 852	+ 57 601	+ 3 463	+ 1 576

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe. 3 Ohne Saldo des Zentralkontos bei der Deutschen Bundesbank.

13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Inländische MFIs ts)	sonst. inländ. finanzielle Unternehmen ts)	sonstige Inländer-Gläubiger 1)	
2014	2 203 723	12 774	622 537	190 130	44 748	1 333 534
2015	2 178 094	85 952	609 112	186 661	49 906	1 246 463
2016	2 162 650	205 391	587 212	179 755	46 342	1 143 949
2017	2 112 469	319 159	540 524	175 617	43 442	1 033 729
2018	2 063 538	364 731	497 051	181 077	43 453	977 226
2019	2 046 671	366 562	466 695	177 601	48 340	987 475
2020 p)	2 314 330	522 392	496 607	184 701	53 450	1 057 180
2019 1.Vj.	2 073 704	359 884	486 480	179 512	43 594	1 004 234
2.Vj.	2 064 129	361 032	479 817	179 168	42 838	1 001 274
3.Vj.	2 081 124	358 813	477 620	179 228	49 221	1 016 243
4.Vj.	2 046 671	366 562	466 695	177 601	48 340	987 475
2020 1.Vj. p)	2 090 390	371 076	483 786	180 477	49 428	1 005 624
2.Vj. p)	2 259 854	424 141	548 756	181 288	49 629	1 056 039
3.Vj. p)	2 333 413	468 723	520 248	184 051	51 683	1 108 707
4.Vj. p)	2 314 330	522 392	496 607	184 701	53 450	1 057 180
2021 1.Vj. p)	2 345 138	561 443	478 289	182 756	52 095	1 070 554
2.Vj. p)	2 398 303	620 472	476 638	182 868	44 182	1 074 142

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * In Maastricht-Abgrenzung. 1 Als Differenz ermittelt.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Maastricht-Verschuldung nach Arten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	insgesamt	Bargeld und Einlagen ¹⁾	Wertpapierverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Nachrichtlich: ²⁾	
			Geldmarktpapiere (bis ein Jahr)	Kapitalmarktpapiere (über ein Jahr)	Kurzfristige Kredite (bis ein Jahr)	Langfristige Kredite (über ein Jahr)	Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen	Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen
Gesamtstaat								
2014	2 203 723	12 150	72 618	1 501 494	95 952	521 508	.	.
2015	2 178 094	14 303	65 676	1 498 922	90 350	508 842	.	.
2016	2 162 650	15 845	69 715	1 483 871	96 254	496 965	.	.
2017	2 112 469	14 651	48 789	1 484 462	87 799	476 769	.	.
2018	2 063 538	14 833	52 572	1 456 160	77 296	462 676	.	.
2019 1.Vj.	2 073 704	15 663	64 218	1 460 634	72 005	461 184	.	.
2.Vj.	2 064 129	12 868	56 256	1 463 027	75 284	456 693	.	.
3.Vj.	2 081 124	17 586	62 602	1 465 529	79 918	455 491	.	.
4.Vj.	2 046 671	14 595	49 180	1 458 540	69 289	455 068	.	.
2020 1.Vj. p)	2 090 390	11 590	70 912	1 472 174	85 137	450 577	.	.
2.Vj. p)	2 259 854	13 333	122 225	1 533 762	142 708	447 826	.	.
3.Vj. p)	2 333 413	12 134	180 445	1 582 430	111 480	446 923	.	.
4.Vj. p)	2 314 330	14 768	163 401	1 593 394	94 288	448 479	.	.
2021 1.Vj. p)	2 345 138	12 482	180 788	1 637 711	69 668	444 488	.	.
2.Vj. p)	2 398 303	13 183	175 436	1 690 447	76 559	442 679	.	.
Bund								
2014	1 398 475	12 150	64 230	1 141 973	54 388	125 735	1 202	12 926
2015	1 372 199	14 303	49 512	1 138 862	45 256	124 265	1 062	13 667
2016	1 365 933	15 845	55 208	1 123 853	50 004	121 022	556	8 567
2017	1 350 298	14 651	36 297	1 131 896	47 761	119 693	1 131	10 618
2018	1 323 058	14 833	42 246	1 107 140	42 057	116 782	933	9 975
2019 1.Vj.	1 324 528	15 663	50 032	1 102 604	39 185	117 044	809	11 583
2.Vj.	1 320 388	12 868	42 752	1 109 057	38 950	116 761	835	13 862
3.Vj.	1 328 106	17 586	48 934	1 105 439	39 067	117 080	704	13 849
4.Vj.	1 299 872	14 595	38 480	1 101 866	28 617	116 314	605	10 301
2020 1.Vj. p)	1 327 729	11 590	56 680	1 103 935	38 714	116 809	605	8 174
2.Vj. p)	1 473 936	13 333	109 221	1 139 513	95 489	116 381	585	7 136
3.Vj. p)	1 536 918	12 134	166 564	1 178 691	62 933	116 596	605	11 878
4.Vj. p)	1 513 204	14 768	154 498	1 180 688	46 811	116 439	609	14 741
2021 1.Vj. p)	1 538 857	12 482	167 484	1 212 500	29 837	116 553	632	23 153
2.Vj. p)	1 589 181	13 183	165 373	1 259 211	35 006	116 408	631	29 675
Länder								
2014	658 164	–	8 391	361 916	19 245	268 612	14 825	2 297
2015	659 521	–	16 169	362 376	23 349	257 627	15 867	2 348
2016	642 291	–	14 515	361 996	20 482	245 298	11 273	1 694
2017	614 926	–	12 543	354 688	19 628	228 067	14 038	2 046
2018	600 776	–	10 332	351 994	18 864	219 587	14 035	1 891
2019 1.Vj.	612 478	–	14 190	361 293	19 374	217 621	15 229	2 004
2.Vj.	610 700	–	13 508	357 571	24 784	214 838	17 631	1 887
3.Vj.	620 694	–	13 671	363 723	29 765	213 535	17 755	1 957
4.Vj.	609 828	–	10 703	360 495	25 768	212 862	14 934	1 826
2020 1.Vj. p)	623 096	–	14 234	372 021	28 582	208 260	12 346	1 783
2.Vj. p)	645 075	–	13 006	398 404	28 298	205 368	11 168	2 085
3.Vj. p)	655 581	–	13 882	408 310	29 662	203 728	11 864	2 090
4.Vj. p)	660 572	–	8 904	417 307	30 371	203 990	12 143	1 411
2021 1.Vj. p)	665 624	–	13 305	430 103	23 404	198 812	11 219	2 018
2.Vj. p)	668 722	–	10 064	436 434	25 371	196 853	12 702	2 083
Gemeinden								
2014	163 639	–	–	1 297	26 065	136 276	1 959	734
2015	164 036	–	–	2 047	27 474	134 515	2 143	463
2016	166 931	–	–	2 404	27 002	137 524	1 819	431
2017	163 501	–	–	3 082	24 572	135 848	1 881	466
2018	155 884	–	1	3 046	20 425	132 412	1 884	497
2019 1.Vj.	154 169	–	1	2 960	18 857	132 351	2 139	498
2.Vj.	152 796	–	–	2 961	18 814	131 021	2 016	525
3.Vj.	152 271	–	–	3 016	18 574	130 681	2 065	555
4.Vj.	153 673	–	–	2 996	19 079	131 598	1 856	532
2020 1.Vj. p)	153 582	–	–	3 128	19 734	130 720	1 825	508
2.Vj. p)	153 716	–	–	3 094	19 718	130 903	2 085	350
3.Vj. p)	154 845	–	–	2 961	20 596	131 288	2 107	339
4.Vj. p)	154 203	–	–	3 366	18 137	132 700	1 406	330
2021 1.Vj. p)	154 202	–	–	3 121	17 357	133 723	2 020	345
2.Vj. p)	155 500	–	–	3 121	18 424	133 956	2 100	348

Anmerkungen siehe Ende der Tabelle.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

noch: 14. Maastricht-Verschuldung nach Arten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	insgesamt	Bargeld und Einlagen ¹⁾	Wertpapierverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Nachrichtlich: ²⁾	
			Geldmarktpapiere (bis ein Jahr)	Kapitalmarktpapiere (über ein Jahr)	Kurzfristige Kredite (bis ein Jahr)	Langfristige Kredite (über ein Jahr)	Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen	Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen
Sozialversicherungen								
2014	1 524	–	–	–	481	1 043	94	2 122
2015	1 502	–	–	–	537	965	91	2 685
2016	1 232	–	–	–	562	670	89	3 044
2017	807	–	–	–	262	545	15	3 934
2018	690	–	–	–	388	302	16	4 506
2019 1.Vj.	723	–	–	–	453	270	16	4 110
2.Vj.	742	–	–	–	557	185	16	4 224
3.Vj.	594	–	–	–	391	203	16	4 179
4.Vj.	711	–	–	–	375	336	16	4 753
2020 1.Vj. ^{p)}	775	–	–	–	287	488	16	4 328
2.Vj. ^{p)}	980	–	–	–	581	399	16	4 284
3.Vj. ^{p)}	4 602	–	–	–	4 210	392	3 956	4 226
4.Vj. ^{p)}	7 439	–	–	–	7 128	311	6 931	4 606
2021 1.Vj. ^{p)}	16 179	–	–	–	15 985	194	15 853	4 209
2.Vj. ^{p)}	21 194	–	–	–	20 995	199	20 860	4 187

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts und der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. ¹⁾ Insbesondere Verbindlichkeiten aus dem Münzumschlag. ²⁾ Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber anderen staatlichen Ebenen umfassen neben den direkten Kreditbeziehun-

gen auch die Bestände am Markt erworbener Wertpapiere. Kein Ausweis beim Gesamtstaat, da Verschuldung und Forderungen zwischen den staatlichen Ebenen konsolidiert sind.

15. Maastricht-Verschuldung des Bundes nach Arten und Instrumenten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Bargeld und Einlagen ²⁾		Wertpapierverschuldung										Kreditverschuldung ¹⁾
	insgesamt ¹⁾	insgesamt ¹⁾	darunter: ³⁾ Tagesanleihe	insgesamt ¹⁾	darunter: ³⁾							Bundesschatzbriefe	
					Bundesanleihen	Bundessobligationen	inflationsexponierte Anleihen ⁴⁾	inflationsexponierte Obligationen ⁴⁾	Kapitalindexierung inflationsexponierter Wertpapiere	Bundesschatzweisungen ⁵⁾	Unverzinsliche Schatzweisungen ⁶⁾		
2007	987 909	6 675	–	917 584	564 137	173 949	10 019	3 444	506	102 083	37 385	10 287	63 650
2008	1 019 905	12 466	3 174	928 754	571 913	164 514	12 017	7 522	1 336	105 684	40 795	9 649	78 685
2009	1 086 173	9 981	2 495	1 013 072	577 798	166 471	16 982	7 748	1 369	113 637	104 409	9 471	63 121
2010	1 337 160	10 890	1 975	1 084 019	602 624	185 586	25 958	9 948	2 396	126 220	85 867	8 704	242 251
2011	1 346 869	10 429	2 154	1 121 331	615 200	199 284	29 313	14 927	3 961	130 648	58 297	8 208	215 109
2012	1 390 377	9 742	1 725	1 177 168	631 425	217 586	35 350	16 769	5 374	117 719	56 222	6 818	203 467
2013	1 392 745	10 592	1 397	1 192 025	643 200	234 759	41 105	10 613	4 730	110 029	50 004	4 488	190 127
2014	1 398 475	12 150	1 187	1 206 203	653 823	244 633	48 692	14 553	5 368	103 445	27 951	2 375	180 123
2015	1 372 199	14 303	1 070	1 188 375	663 296	232 387	59 942	14 553	5 607	96 389	18 536	1 305	169 521
2016	1 365 933	15 845	1 010	1 179 062	670 245	221 551	51 879	14 585	3 602	95 727	23 609	737	171 026
2017	1 350 298	14 651	966	1 168 193	693 687	203 899	58 365	14 490	4 720	91 013	10 037	289	167 455
2018	1 323 058	14 833	921	1 149 386	710 513	182 847	64 647	–	5 139	86 009	12 949	48	158 839
2019	1 299 872	14 595	–	1 140 346	719 747	174 719	69 805	–	6 021	89 230	13 487	–	144 931
2020 ^{p)}	1 513 204	14 768	–	1 335 186	808 300	183 046	58 279	–	3 692	98 543	113 141	–	163 250
2019 1.Vj.	1 324 528	15 663	902	1 152 636	709 008	178 900	66 531	–	4 191	89 782	18 288	31	156 229
2.Vj.	1 320 388	12 868	852	1 151 809	720 904	173 313	68 110	–	5 691	91 024	15 042	19	155 711
3.Vj.	1 328 106	17 586	822	1 154 373	711 482	183 268	69 088	–	5 639	90 416	18 100	–	156 147
4.Vj.	1 299 872	14 595	–	1 140 346	719 747	174 719	69 805	–	6 021	89 230	13 487	–	144 931
2020 1.Vj. ^{p)}	1 327 729	11 590	–	1 160 616	721 343	182 095	71 028	–	5 310	91 084	23 572	–	155 524
2.Vj. ^{p)}	1 473 936	13 333	–	1 248 734	774 587	178 329	56 061	–	3 752	95 622	79 987	–	211 869
3.Vj. ^{p)}	1 536 918	12 134	–	1 345 255	796 338	191 388	57 144	–	3 737	99 276	127 478	–	179 529
4.Vj. ^{p)}	1 513 204	14 768	–	1 335 186	808 300	183 046	58 279	–	3 692	98 543	113 141	–	163 250
2021 1.Vj. ^{p)}	1 538 857	12 482	–	1 379 984	821 254	194 571	60 687	–	3 857	103 910	134 800	–	146 390
2.Vj. ^{p)}	1 589 181	13 183	–	1 424 584	873 345	189 048	62 569	–	5 056	104 997	139 451	–	151 415

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. ¹⁾ Umfasst die gesamte zentralstaatliche Ebene, d.h. neben dem Kernhaushalt sämtliche Extrahaushalte des Bundes einschl. der staatlichen Bad Bank „FMS Wertmanagement“ sowie Verbindlichkeiten, die dem Bund nach Maßgabe des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 aus ökonomischer Sicht zugerechnet werden. ²⁾ Insbesondere Ver-

bindlichkeiten aus dem Münzumschlag. ³⁾ Emissionen der Bundesrepublik Deutschland. Ohne Eigenbestände des Emittenten, aber einschließlich der Bestände, die von anderen staatlichen Einheiten gehalten werden. ⁴⁾ Ohne inflationsbedingte Kapitalindexierung. ⁵⁾ Einschl. Medium-Term-Notes der Treuhandanstalt (2011 ausgelaufen). ⁶⁾ Einschl. Finanzierungsschätze (2014 ausgelaufen).

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2018			2019			2020			2021						
	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
	Index 2015=100			Veränderung gegen Vorjahr in %												
Preisbereinigt, verkettet																
I. Entstehung des Inlandsprodukts																
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	109,7	108,8	98,7	1,0	- 0,8	- 9,3	- 1,6	- 5,1	-21,3	- 9,5	- 1,3	- 1,9	19,8			
Baugewerbe	103,8	103,9	107,8	1,9	0,1	3,8	- 1,7	6,1	1,9	- 1,8	9,0	- 5,0	0,5			
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	105,6	108,7	103,1	1,5	3,0	- 5,2	1,9	0,3	-14,9	- 2,7	- 2,9	- 7,8	11,0			
Information und Kommunikation	116,4	120,4	119,1	7,5	3,4	- 1,0	2,6	0,7	- 4,4	- 1,1	0,5	0,7	7,9			
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	94,1	95,3	95,8	- 6,9	1,3	0,5	2,1	0,4	0,8	1,3	- 0,4	- 0,8	- 0,2			
Grundstücks- und Wohnungswesen	101,8	102,4	101,9	0,7	0,6	- 0,4	1,0	0,0	- 1,6	0,2	- 0,4	- 0,3	1,6			
Unternehmensdienstleister ¹⁾	110,6	110,3	102,2	3,2	- 0,2	- 7,4	- 0,0	- 1,4	-13,4	- 8,2	- 6,9	- 6,1	9,6			
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	105,1	106,9	103,4	0,6	1,7	- 3,2	1,8	- 0,5	- 8,9	0,0	- 3,8	- 3,1	10,2			
Sonstige Dienstleister	101,4	103,1	92,3	1,6	1,7	-10,5	1,6	- 2,7	-19,7	- 3,9	-16,0	-10,5	8,1			
Bruttowertschöpfung	106,3	107,3	102,1	1,1	1,0	- 4,9	0,6	- 1,3	-11,9	- 3,9	- 2,4	- 3,7	10,0			
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	106,1	107,2	102,3	1,1	1,1	- 4,6	0,7	- 1,5	-11,3	- 3,6	- 1,9	- 3,3	9,8			
II. Verwendung des Inlandsprodukts																
Private Konsumausgaben ³⁾	105,4	107,0	100,8	1,4	1,6	- 5,9	1,1	- 1,1	-13,2	- 3,4	- 5,7	- 9,1	6,0			
Konsumausgaben des Staates	106,8	110,0	113,9	1,0	3,0	3,5	3,6	2,5	3,5	4,0	4,2	2,5	3,7			
Ausrüstungen	112,0	113,1	100,5	4,4	1,0	-11,2	- 2,4	- 9,4	-23,6	- 9,5	- 2,9	0,5	20,4			
Bauten	107,6	108,7	111,4	2,6	1,1	2,5	- 0,4	5,4	0,7	- 0,6	5,1	- 2,1	2,9			
Sonstige Anlagen ⁴⁾	113,7	119,9	121,1	3,8	5,5	1,0	5,4	3,8	- 1,3	0,3	1,3	- 2,2	2,6			
Vorratsveränderungen ⁵⁾ ⁶⁾	.	.	.	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 1,9	- 1,3	0,1	0,8			
Inländische Verwendung	107,6	109,5	105,2	1,7	1,8	- 4,0	1,1	- 0,3	- 8,5	- 3,7	- 3,3	- 4,5	6,7			
Außenbeitrag ⁶⁾	.	.	.	- 0,5	- 0,7	- 0,8	- 0,3	- 1,2	- 3,3	- 0,1	1,2	0,9	3,3			
Exporte	110,0	111,2	100,8	2,3	1,1	- 9,3	0,9	- 3,1	-22,1	- 9,1	- 3,1	- 0,5	26,5			
Importe	114,2	117,5	107,4	3,9	2,9	- 8,6	1,7	- 0,6	-17,3	-10,1	- 6,4	- 2,8	20,1			
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	106,1	107,2	102,3	1,1	1,1	- 4,6	0,7	- 1,5	-11,3	- 3,6	- 1,9	- 3,3	9,8			
In jeweiligen Preisen (Mrd €)																
III. Verwendung des Inlandsprodukts																
Private Konsumausgaben ³⁾	1 752,1	1 802,9	1 708,0	2,9	2,9	- 5,3	2,4	0,5	-12,1	- 3,7	- 5,6	- 7,4	8,0			
Konsumausgaben des Staates	670,4	705,2	754,6	3,4	5,2	7,0	5,5	5,4	7,6	7,3	7,7	6,7	4,4			
Ausrüstungen	235,5	241,1	216,9	4,9	2,4	-10,0	- 0,8	- 8,0	-22,5	- 8,3	- 1,9	1,9	22,3			
Bauten	345,5	364,1	380,1	7,4	5,4	4,4	3,2	9,0	3,7	0,0	5,7	- 0,3	7,9			
Sonstige Anlagen ⁴⁾	128,2	137,0	138,9	6,2	6,9	1,4	6,8	4,3	- 1,0	0,6	1,7	- 1,0	3,8			
Vorratsveränderungen ⁵⁾	28,5	26,8	-23,7			
Inländische Verwendung	3 160,1	3 277,1	3 174,8	4,1	3,7	- 3,1	2,8	1,6	- 7,7	- 3,4	- 3,0	- 2,8	9,1			
Außenbeitrag	207,7	196,2	192,8			
Exporte	1 593,0	1 619,4	1 462,1	3,4	1,7	- 9,7	1,0	- 2,8	-22,5	- 9,9	- 3,8	0,6	31,7			
Importe	1 385,3	1 423,2	1 269,3	5,8	2,7	-10,8	0,5	- 1,6	-21,0	-12,5	- 8,1	- 2,2	29,1			
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	3 367,9	3 473,4	3 367,6	3,1	3,1	- 3,0	2,9	0,8	- 9,2	- 2,7	- 1,3	- 1,5	11,0			
IV. Preise (2015=100)																
Privater Konsum	103,7	105,1	105,8	1,5	1,3	0,6	1,3	1,6	1,3	- 0,3	0,1	1,8	1,8			
Bruttoinlandsprodukt	104,9	107,0	108,8	2,0	2,1	1,6	2,1	2,4	2,4	1,0	0,6	1,9	1,1			
Terms of Trade	100,1	100,8	102,9	- 0,8	0,7	2,0	1,3	1,3	4,2	1,8	1,2	0,5	- 3,2			
V. Verteilung des Volkseinkommens																
Arbeitnehmerentgelt	1 773,7	1 855,5	1 852,1	4,6	4,6	- 0,2	3,9	2,9	- 3,2	- 0,7	0,4	- 0,4	4,9			
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	763,8	752,7	676,1	2,1	- 1,5	-10,2	- 4,0	- 5,6	-27,2	- 7,4	- 2,2	2,0	40,6			
Volkseinkommen	2 537,5	2 608,2	2 528,2	3,8	2,8	- 3,1	1,7	0,1	- 9,8	- 2,8	- 0,3	0,3	12,8			
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	3 476,2	3 586,0	3 461,3	3,9	3,2	- 3,5	2,3	0,3	- 9,2	- 3,4	- 1,7	- 1,3	10,9			

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2021. **1** Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. **2** Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubven-

tionen). **3** Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Geistiges Eigentum (u.a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. **5** Einschl. Nettozugang an Wertsachen. **6** Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt ◊

Produzierendes Gewerbe	davon:											
	Baugewerbe	Energie	Industrie									
			zusammen	davon: nach Hauptgruppen				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
				Vorleistungs-güter-produzenten	Investitions-güter-produzenten	Gebrauchs-güter-produzenten	Verbrauchs-güter-produzenten	Metall-erzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metall-erzeugnissen	Herstellung von Daten-verarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraft-wagenteilen	
2015 = 100												
Gewicht in % 1)	100	14,04	6,37	79,59	29,45	36,98	2,27	10,89	10,31	9,95	12,73	14,16
Zeit												
2017	104,9	108,7	98,9	104,7	104,9	105,0	106,9	103,0	106,2	107,0	104,1	105,3
2018	2) 105,9	2) 109,1	97,4	106,0	105,5	106,0	106,2	106,9	107,3	108,9	106,5	103,5
2019	102,5	112,8	90,4	101,6	101,8	101,4	106,2	101,0	102,8	106,5	103,4	92,0
2020	94,1	116,1	84,4	91,0	94,9	85,7	97,6	97,2	90,5	98,5	89,5	69,4
2020 2.Vj.	84,3	115,8	72,8	79,6	85,6	70,9	84,3	92,0	78,8	88,3	81,3	44,1
3.Vj.	93,7	118,5	78,8	90,5	94,4	84,8	97,9	98,0	89,7	97,1	86,6	71,7
4.Vj.	101,8	130,7	91,8	97,5	98,3	95,9	106,5	99,0	95,4	105,3	98,5	81,4
2021 1.Vj.	95,0	94,8	92,0	103,6	88,1	100,7	96,1	99,4	99,4	107,0	91,3	75,4
2.Vj. x)	97,6	118,0	81,4	95,2	104,4	86,8	102,7	97,7	100,1	108,3	94,7	66,7
2020 Aug.	88,0	113,7	80,7	84,1	91,1	75,3	91,6	93,6	85,7	93,7	78,8	57,2
Sept.	99,4	121,8	79,9	97,0	98,8	93,0	109,5	102,8	96,9	103,1	94,6	81,9
Okt.	101,7	124,7	91,3	98,5	102,7	93,3	108,7	102,8	99,0	104,5	90,3	85,6
Nov.	106,0	130,4	91,8	102,8	104,2	101,4	114,4	101,6	103,1	111,1	98,8	92,5
Dez.	97,6	137,1	92,2	91,1	87,9	92,9	96,5	92,5	84,2	100,3	106,5	66,1
2021 Jan.	88,6	76,3	97,5	90,0	100,2	80,9	95,6	92,4	94,1	100,4	82,1	70,8
Febr.	90,9	88,9	86,5	91,6	99,3	85,6	99,2	89,8	96,6	104,2	88,2	74,1
März	105,4	119,2	92,1	104,1	111,2	97,7	107,3	106,2	107,6	116,5	103,6	81,2
April x)	97,5	117,0	86,4	94,9	103,8	87,8	101,6	93,4	99,8	107,0	93,9	71,3
Mai x)	96,3	116,4	81,1	94,0	104,4	84,3	100,1	97,6	98,7	106,5	92,3	64,1
Juni x)	98,9	120,6	76,7	96,8	104,9	88,2	106,4	102,0	101,7	111,3	97,8	64,8
Juli 3)x)	99,3	125,7	77,4	96,4	104,7	87,3	102,4	103,7	99,3	110,6	97,3	64,8
Aug. 3)x)p)	89,5	114,8	79,8	85,9	97,4	72,1	92,4	100,1	89,1	105,2	83,7	43,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2017	+ 3,3	+ 3,3	+ 0,4	+ 3,6	+ 4,1	+ 3,7	+ 4,2	+ 2,1	+ 4,5	+ 5,9	+ 4,5	+ 3,2
2018	2) + 1,0	2) + 0,4	- 1,5	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,0	- 0,7	+ 3,8	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,3	- 1,7
2019	- 3,2	+ 3,4	- 7,2	- 4,2	- 3,5	- 4,3	± 0,0	- 5,5	- 4,2	- 2,2	- 2,9	- 11,1
2020	- 8,2	+ 2,9	- 6,6	- 10,4	- 6,8	- 15,5	- 8,1	- 3,8	- 12,0	- 7,5	- 13,4	- 24,6
2020 2.Vj.	- 18,0	+ 1,8	- 12,9	- 22,2	- 17,2	- 30,6	- 18,2	- 7,7	- 24,9	- 15,8	- 20,8	- 53,8
3.Vj.	- 8,4	- 0,5	- 2,9	- 10,4	- 7,5	- 15,3	- 6,1	- 3,1	- 12,7	- 9,7	- 15,1	- 19,5
4.Vj.	- 1,7	+ 5,0	- 2,7	- 3,0	+ 1,1	- 6,0	- 2,5	- 3,7	- 1,9	- 0,6	- 9,2	- 4,2
2021 1.Vj.	- 1,7	- 4,6	- 2,3	- 1,1	+ 2,3	- 3,3	- 0,9	- 3,8	+ 1,3	+ 3,5	- 0,1	- 5,9
2.Vj. x)	+ 15,8	+ 1,9	+ 11,8	+ 19,6	+ 21,9	+ 22,4	+ 21,8	+ 6,2	+ 26,9	+ 22,6	+ 16,4	+ 51,2
2020 Aug.	- 9,0	- 0,1	+ 0,5	- 11,5	- 7,4	- 17,4	- 4,4	- 5,1	- 11,8	- 9,1	- 16,2	- 25,5
Sept.	- 6,9	+ 0,3	- 2,2	- 8,7	- 4,9	- 14,0	- 6,6	- 0,3	- 9,0	- 9,5	- 13,2	- 17,8
Okt.	- 3,1	+ 2,4	- 0,7	- 4,4	- 2,1	- 6,3	- 4,6	- 4,0	- 5,2	- 3,9	- 10,1	- 4,8
Nov.	- 2,5	+ 3,1	- 3,6	- 3,6	+ 0,9	- 6,5	- 1,6	- 5,4	- 1,9	+ 0,1	- 9,0	- 5,5
Dez.	+ 0,8	+ 9,4	- 3,8	- 0,8	+ 5,5	- 4,9	- 0,9	- 1,3	+ 2,3	+ 2,1	- 8,5	- 1,5
2021 Jan.	- 3,7	- 9,9	- 2,6	- 2,9	+ 1,6	- 6,0	- 3,4	- 5,7	- 1,1	+ 0,8	- 0,6	- 12,6
Febr.	- 6,6	- 7,6	- 5,7	- 6,5	- 1,7	- 10,2	- 4,3	- 8,1	- 2,1	+ 1,5	- 3,3	- 19,6
März	+ 4,9	+ 1,7	+ 1,3	+ 5,9	+ 6,9	+ 6,3	+ 5,1	+ 2,1	+ 6,7	+ 8,1	+ 3,2	+ 20,8
April x)	+ 27,6	+ 4,0	+ 18,7	+ 35,0	+ 25,2	+ 61,1	+ 44,1	+ 4,2	+ 36,3	+ 27,7	+ 34,1	+ 385,0
Mai x)	+ 16,6	+ 2,8	+ 13,1	+ 20,4	+ 24,3	+ 21,1	+ 17,4	+ 9,1	+ 27,7	+ 23,0	+ 19,1	+ 40,6
Juni x)	+ 5,4	- 0,9	+ 3,6	+ 7,0	+ 16,7	- 0,5	+ 9,5	+ 5,4	+ 18,3	+ 17,8	+ 1,3	- 10,1
Juli 3)x)	+ 6,0	+ 4,8	+ 2,2	+ 6,5	+ 12,2	+ 1,5	+ 10,5	+ 6,4	+ 14,8	+ 17,2	+ 12,6	- 14,8
Aug. 3)x)p)	+ 1,7	+ 1,0	- 1,1	+ 2,1	+ 6,9	- 4,2	+ 0,9	+ 6,9	+ 4,0	+ 12,3	+ 6,2	- 23,8

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen III.1.a bis III.1.c ◊ Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). 1 Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr 2015. 2 Ab Januar 2018 Gewichte im Hoch- und

Tiefbau vom Statistischen Bundesamt korrigiert. 3 Beeinflusst durch Verschiebung der Ferientermine. x Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitsstaglich bereinigt )

Zeit	Industrie		davon:				Industrie		davon:			
	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Konsumgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
			2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %
insgesamt												
2017	108,6	+ 7,8	109,4	+ 10,6	108,5	+ 6,5	105,7	+ 5,1	116,5	+ 10,6	102,2	+ 3,2
2018	110,5	+ 1,7	111,5	+ 1,9	109,9	+ 1,3	110,0	+ 4,1	118,9	+ 2,1	107,1	+ 4,8
2019	104,9	- 5,1	103,5	- 7,2	105,4	- 4,1	107,0	- 2,7	123,3	+ 3,7	101,6	- 5,1
2020	97,2	- 7,3	97,9	- 5,4	95,6	- 9,3	105,8	- 1,1	124,4	+ 0,9	99,6	- 2,0
2020 Aug.	91,2	- 2,0	89,8	- 6,5	90,4	+ 0,6	104,3	+ 0,6	124,2	+ 2,6	97,8	- 0,3
Sept.	104,2	- 1,1	101,7	+ 1,6	104,8	- 3,3	111,6	+ 3,0	146,4	+ 4,7	100,1	+ 2,1
Okt.	109,2	+ 2,8	108,3	+ 4,1	109,4	+ 2,4	111,4	- 0,1	145,0	+ 13,2	100,3	- 5,4
Nov.	113,7	+ 7,1	114,0	+ 10,5	113,9	+ 6,2	110,2	- 1,3	138,2	+ 0,1	101,0	- 1,8
Dez.	108,6	+ 6,3	101,7	+ 9,8	113,7	+ 4,2	102,7	+ 9,6	131,3	+ 9,0	93,2	+ 9,9
2021 Jan.	110,2	+ 1,7	119,6	+ 7,7	104,2	- 2,2	111,1	+ 1,0	140,1	+ 8,4	101,5	- 2,0
Febr.	111,4	+ 6,6	116,8	+ 10,4	108,0	+ 5,6	111,2	- 2,8	128,5	+ 6,1	105,4	- 6,1
März	129,0	+ 30,8	133,4	+ 23,2	127,0	+ 40,2	123,9	+ 8,9	146,8	+ 19,4	116,3	+ 5,1
April	118,2	+ 84,4	126,2	+ 64,3	114,1	+ 116,5	111,4	+ 21,9	161,7	+ 84,4	94,8	+ 2,5
Mai	114,3	+ 60,3	123,0	+ 60,4	109,0	+ 68,0	113,5	+ 19,3	157,0	+ 41,4	99,1	+ 10,2
Juni	125,7	+ 30,8	127,7	+ 48,5	126,0	+ 23,5	114,1	+ 15,4	151,2	+ 31,5	101,8	+ 8,8
Juli	127,6	+ 32,4	128,1	+ 35,6	127,4	+ 32,2	127,8	+ 21,1	150,1	+ 24,8	120,4	+ 19,7
Aug. p)	107,7	+ 18,1	114,7	+ 27,7	102,1	+ 12,9	118,4	+ 13,5	135,2	+ 8,9	112,8	+ 15,3
aus dem Inland												
2017	107,0	+ 7,3	107,1	+ 9,7	107,8	+ 5,9	101,6	+ 3,7	108,7	+ 5,4	99,3	+ 3,1
2018	107,2	+ 0,2	108,6	+ 1,4	106,6	- 1,1	102,9	+ 1,3	114,7	+ 5,5	98,9	- 0,4
2019	101,2	- 5,6	99,1	- 8,7	102,9	- 3,5	101,2	- 1,7	116,2	+ 1,3	96,1	- 2,8
2020	94,9	- 6,2	94,1	- 5,0	95,1	- 7,6	98,0	- 3,2	105,5	- 9,2	95,4	- 0,7
2020 Aug.	88,5	- 2,7	88,3	- 3,1	87,0	- 3,3	100,0	+ 2,5	111,3	+ 3,0	96,2	+ 2,2
Sept.	99,5	- 0,8	95,4	+ 0,2	102,7	- 1,4	101,7	- 1,8	125,4	- 4,6	93,7	- 0,4
Okt.	104,5	+ 5,4	106,8	+ 8,4	102,6	+ 4,3	104,4	- 2,3	119,6	- 9,3	99,3	+ 0,8
Nov.	109,2	+ 6,2	113,3	+ 12,5	106,3	+ 2,7	104,6	- 4,6	124,3	- 8,4	97,9	- 2,9
Dez.	98,2	+ 4,8	95,0	+ 12,8	102,1	- 0,3	91,0	+ 1,9	104,1	- 3,0	86,5	+ 4,0
2021 Jan.	102,9	+ 1,5	112,6	+ 6,8	95,4	- 2,7	98,1	- 3,1	111,0	+ 6,3	93,7	- 6,4
Febr.	107,8	+ 6,2	111,9	+ 12,1	105,3	+ 2,9	101,2	- 3,9	108,4	+ 5,7	98,7	- 7,1
März	125,6	+ 30,0	128,9	+ 25,6	125,2	+ 39,7	109,8	+ 0,9	130,5	+ 25,8	102,8	- 7,0
April	110,9	+ 69,1	117,1	+ 59,3	107,0	+ 88,7	101,7	+ 26,8	126,9	+ 93,4	93,2	+ 9,5
Mai	112,5	+ 50,6	118,5	+ 58,4	109,1	+ 50,3	100,9	+ 14,5	122,0	+ 22,2	93,8	+ 11,4
Juni	126,3	+ 21,1	125,6	+ 54,5	130,6	+ 3,7	102,0	+ 11,8	118,5	+ 18,0	96,4	+ 9,4
Juli	126,1	+ 32,5	125,8	+ 34,4	127,1	+ 32,4	121,8	+ 22,9	115,4	+ 10,4	124,0	+ 27,4
Aug. p)	108,3	+ 22,4	111,0	+ 25,7	104,5	+ 20,1	118,5	+ 18,5	115,9	+ 4,1	119,4	+ 24,1
aus dem Ausland												
2017	109,8	+ 8,2	111,9	+ 11,5	108,9	+ 6,9	108,9	+ 6,1	122,8	+ 14,7	104,5	+ 3,4
2018	113,0	+ 2,9	114,6	+ 2,4	112,0	+ 2,8	115,5	+ 6,1	122,2	- 0,5	113,4	+ 8,5
2019	107,7	- 4,7	108,3	- 5,5	106,9	- 4,6	111,5	- 3,5	129,1	+ 5,6	105,9	- 6,6
2020	98,9	- 8,2	101,9	- 5,9	95,9	- 10,3	111,8	+ 0,3	139,6	+ 8,1	102,9	- 2,8
2020 Aug.	93,3	- 1,5	91,5	- 9,6	92,5	+ 2,9	107,7	- 0,7	134,5	+ 2,2	99,1	- 2,0
Sept.	107,8	- 1,4	108,6	+ 3,1	106,1	- 4,3	119,2	+ 6,3	163,3	+ 11,5	105,0	+ 4,0
Okt.	112,7	+ 1,1	110,0	± 0,0	113,5	+ 1,5	116,8	+ 1,6	165,4	+ 32,2	101,1	- 9,6
Nov.	117,1	+ 7,6	114,8	+ 8,4	118,5	+ 8,1	114,5	+ 1,1	149,4	+ 6,6	103,3	- 1,1
Dez.	116,5	+ 7,3	108,9	+ 7,1	120,7	+ 6,6	111,8	+ 15,1	153,2	+ 16,9	98,4	+ 14,3
2021 Jan.	115,7	+ 1,8	127,2	+ 8,5	109,5	- 1,9	121,1	+ 3,7	163,5	+ 9,6	107,5	+ 1,1
Febr.	114,1	+ 6,9	122,1	+ 8,7	109,7	+ 7,2	118,9	- 2,1	144,7	+ 6,5	110,6	- 5,3
März	131,6	+ 31,5	138,2	+ 20,7	128,1	+ 40,5	134,8	+ 14,6	160,0	+ 15,6	126,6	+ 14,2
April	123,7	+ 96,7	136,1	+ 69,5	118,4	+ 135,4	118,9	+ 18,9	189,7	+ 79,8	96,1	- 2,1
Mai	115,6	+ 68,0	127,9	+ 62,5	109,0	+ 80,8	123,2	+ 22,5	185,2	+ 54,2	103,2	+ 9,4
Juni	125,3	+ 39,5	130,0	+ 42,9	123,3	+ 40,8	123,5	+ 17,8	177,6	+ 40,2	106,0	+ 8,4
Juli	128,8	+ 32,4	130,6	+ 36,9	127,6	+ 32,0	132,4	+ 19,9	178,1	+ 33,9	117,7	+ 14,2
Aug. p)	107,3	+ 15,0	118,7	+ 29,7	100,6	+ 8,8	118,3	+ 9,8	150,8	+ 12,1	107,8	+ 8,8

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen III.2.a bis III.2.c. ) Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13).

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt ◊

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)					
	Insgesamt		Hochbau		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		Tiefbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber 2)	
			zusammen	Veränderung gegen Vorjahr			Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr			Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr		
2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2017	122,4	+ 7,0	123,1	+ 7,0	123,1	+ 5,3	123,4	+ 7,4	121,9	+ 12,0	121,6	+ 6,9	119,8	+ 7,3	125,0	+ 7,8
2018	134,7	+ 10,0	131,1	+ 6,5	136,6	+ 11,0	127,9	+ 3,6	125,2	+ 2,7	138,8	+ 14,1	135,6	+ 13,2	132,4	+ 5,9
2019	146,0	+ 8,4	145,0	+ 10,6	150,1	+ 9,9	142,2	+ 11,2	138,9	+ 10,9	147,1	+ 6,0	147,9	+ 9,1	141,2	+ 6,6
2020	145,7	- 0,2	144,3	- 0,5	160,9	+ 7,2	130,5	- 8,2	141,5	+ 1,9	147,3	+ 0,1	139,7	- 5,5	143,4	+ 1,6
2020 Juli	149,1	- 3,2	151,8	+ 2,6	157,9	+ 2,1	137,2	- 3,6	185,9	+ 25,7	145,9	- 9,3	136,8	- 10,4	157,7	+ 1,7
Aug.	136,7	+ 1,6	135,4	- 0,1	159,6	+ 14,6	114,0	- 13,1	135,5	- 2,7	138,3	+ 3,5	130,1	- 5,1	130,5	+ 1,2
Sept.	151,5	+ 2,5	157,0	+ 7,2	173,4	+ 10,5	141,1	+ 8,3	162,1	- 6,4	145,2	- 2,7	146,2	+ 2,0	144,4	- 2,1
Okt.	142,4	+ 4,0	150,8	+ 9,7	181,5	+ 17,2	127,1	+ 2,2	137,8	+ 6,3	132,6	- 2,6	141,5	+ 4,6	119,6	- 6,5
Nov.	139,6	- 3,9	146,9	- 5,0	167,7	+ 12,0	132,2	- 20,6	133,4	+ 4,9	131,0	- 2,5	143,8	- 14,2	117,6	+ 0,4
Dez.	150,5	+ 1,6	147,8	- 0,8	191,9	+ 7,7	117,9	- 10,1	113,7	- 4,6	153,7	+ 4,4	136,6	- 11,4	141,3	+ 15,0
2021 Jan.	134,0	+ 3,6	140,5	+ 4,8	147,3	+ 7,2	146,0	+ 8,7	97,7	- 20,4	126,5	+ 2,0	150,7	+ 6,8	106,8	- 4,0
Febr.	143,2	+ 6,5	148,8	+ 4,1	161,1	+ 8,6	147,2	+ 4,5	114,1	- 14,3	136,7	+ 9,8	143,4	+ 3,0	132,1	+ 9,5
März	157,5	- 0,8	156,3	+ 1,5	173,8	+ 2,5	141,4	+ 0,1	154,3	+ 2,5	159,0	- 3,3	150,9	- 2,8	155,2	- 0,8
April	160,1	+ 7,0	158,3	+ 18,0	185,1	+ 40,7	139,5	+ 1,6	139,8	+ 7,5	162,3	- 3,2	148,1	+ 5,5	158,8	- 7,2
Mai	159,2	+ 14,7	163,5	+ 31,9	185,1	+ 26,2	146,8	+ 42,7	154,3	+ 20,5	154,2	- 1,2	150,8	+ 24,3	153,0	- 0,7
Juni	164,4	- 2,0	164,7	+ 7,6	176,5	+ 7,0	160,3	+ 14,9	142,4	- 13,6	164,0	- 11,2	166,7	+ 15,5	154,4	- 21,3
Juli	160,0	+ 7,3	168,5	+ 11,0	179,3	+ 13,6	163,7	+ 19,3	150,6	- 19,0	150,2	+ 2,9	158,6	+ 15,9	150,0	- 4,9

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle III.2.f. ◊ Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13).

1 Ohne Wohnungsbauaufträge. 2 Einschl. Straßenbau.

5. Umsätze des Einzelhandels *)

Kalenderbereinigt ◊

Zeit	darunter:															
	in Verkaufsräumen nach dem Schwerpunktsortiment der Unternehmen:															
	Insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 1)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln		Internet- und Versandhandel sowie sonstiger Einzelhandel 2)			
in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in Preisen von 2015	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %			
2015 = 100	2015 = 100	2015 = 100	2015 = 100	2015 = 100	2015 = 100	2015 = 100	2015 = 100	2015 = 100	2015 = 100	2015 = 100	2015 = 100	2015 = 100	2015 = 100			
2017	107,6	+ 5,0	105,8	+ 3,6	105,9	+ 4,1	108,2	+ 7,2	106,2	+ 6,3	103,0	+ 1,5	107,7	+ 3,7	120,5	+ 10,0
2018	110,7	+ 2,9	107,5	+ 1,6	109,6	+ 3,5	105,6	- 2,4	107,2	+ 0,9	103,1	+ 0,1	112,5	+ 4,5	127,7	+ 6,0
2019	114,9	+ 3,8	111,0	+ 3,3	112,1	+ 2,3	106,7	+ 1,0	108,9	+ 1,6	107,1	+ 3,9	118,7	+ 5,5	138,4	+ 8,4
2020 3)	121,1	+ 5,4	115,6	+ 4,1	120,9	+ 7,9	81,7	- 23,4	106,3	- 2,4	116,8	+ 9,1	124,3	+ 4,7	168,5	+ 21,7
2020 Aug.	120,4	+ 8,4	115,0	+ 6,9	120,9	+ 9,0	91,3	- 7,5	104,0	+ 1,7	117,0	+ 15,7	119,0	+ 3,6	155,1	+ 24,7
Sept.	119,2	+ 6,3	113,5	+ 5,1	113,7	+ 6,8	100,5	- 8,7	103,8	- 6,2	117,7	+ 13,7	122,1	+ 3,5	160,6	+ 15,4
Okt.	129,1	+ 10,2	122,7	+ 9,0	122,3	+ 8,4	109,1	- 6,4	120,5	+ 9,0	129,8	+ 16,9	128,8	+ 5,6	182,4	+ 28,8
Nov.	136,4	+ 10,4	130,2	+ 9,7	123,4	+ 7,4	90,2	- 22,2	154,1	+ 15,8	140,4	+ 21,0	133,1	+ 7,1	226,7	+ 37,6
Dez.	137,4	+ 3,2	131,0	+ 2,1	137,8	+ 7,7	69,4	- 41,7	134,5	- 15,5	119,4	+ 5,3	142,0	+ 6,4	218,0	+ 26,8
2021 Jan.	103,7	- 3,8	98,6	- 5,2	116,2	+ 12,3	19,4	- 78,1	62,5	- 45,6	59,4	- 38,5	126,6	+ 3,3	186,3	+ 34,6
Febr.	104,9	- 0,7	99,0	- 2,2	114,4	+ 5,7	22,4	- 72,1	62,7	- 36,0	70,2	- 27,8	127,2	+ 8,9	178,2	+ 40,6
März	129,5	+ 9,2	122,3	+ 7,9	132,5	+ 1,5	58,7	+ 18,1	87,7	+ 4,3	120,0	+ 11,5	135,1	- 2,0	206,0	+ 33,9
April	121,1	+ 9,0	113,6	+ 7,6	124,8	- 0,1	39,1	+ 32,5	69,0	+ 25,9	106,5	+ 5,7	130,6	+ 14,7	193,0	+ 11,5
Mai	125,6	+ 1,8	117,6	± 0,0	127,7	+ 0,2	62,0	- 20,7	73,5	- 23,3	112,7	- 11,8	128,3	+ 13,4	200,0	+ 18,6
Juni	130,1	+ 7,5	122,0	+ 5,4	122,5	+ 2,9	112,8	+ 18,4	97,1	- 5,2	124,5	+ 2,1	131,9	+ 10,5	184,4	+ 13,6
Juli	126,2	+ 2,8	118,2	+ 0,7	121,1	+ 1,7	102,5	+ 4,6	101,3	- 6,5	120,9	- 3,6	135,8	+ 10,6	162,4	+ 3,8
Aug.	123,7	+ 2,7	116,0	+ 0,9	116,0	- 4,1	100,1	+ 9,6	100,8	- 3,1	117,1	+ 0,1	133,2	+ 11,9	170,3	+ 9,8

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle III.4.c. ◊ Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). 1 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten.

2 Nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten. 3 Angaben ab Januar 2020 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2)					Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte 2)	Kurzarbeiter 3)		Arbeitslose 4)		Arbeitslosenquote 4) 5) in %	Offene Stellen 4) 6) in Tsd
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:				insgesamt	darunter: konjunkturrell bedingt	insgesamt	darunter: dem Rechtskreis SGB III zugeordnet		
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich ohne Arbeitnehmerüberlassung	Arbeitnehmerüberlassung							
2016	43 661	+ 1,2	31 508	+ 2,2	9 028	21 407	834	4 804	128	42	2 691	822	6,1	655
2017	44 251	+ 1,4	32 234	+ 2,3	9 146	21 980	868	4 742	114	24	2 533	855	5,7	731
2018	44 858	+ 1,4	32 964	+ 2,3	9 349	22 532	840	4 671	118	25	2 340	802	5,2	796
2019	45 268	+ 0,9	33 518	+ 1,7	9 479	23 043	751	4 579	145	60	2 267	827	5,0	774
2020	44 898	- 0,8	33 579	+ 0,2	9 395	23 277	660	4 290	2 939	2 847	2 695	1 137	5,9	613
2018 3.Vj.	45 019	+ 1,3	33 040	+ 2,2	9 387	22 546	855	4 694	35	27	2 311	784	5,1	828
4.Vj.	45 245	+ 1,2	33 452	+ 2,1	9 498	22 890	819	4 627	88	35	2 200	755	4,9	804
2019 1.Vj.	44 906	+ 1,2	33 214	+ 2,0	9 419	22 803	761	4 581	303	34	2 360	892	5,2	780
2.Vj.	45 230	+ 1,0	33 388	+ 1,8	9 455	22 932	750	4 615	51	43	2 227	778	4,9	795
3.Vj.	45 378	+ 0,8	33 548	+ 1,5	9 491	23 049	753	4 598	66	58	2 276	827	5,0	794
4.Vj.	45 559	+ 0,7	33 924	+ 1,4	9 551	23 388	738	4 522	161	105	2 204	811	4,8	729
2020 1.Vj.	45 122	+ 0,5	33 642	+ 1,3	9 439	23 284	686	4 458	1 219	949	2 385	960	5,2	683
2.Vj.	44 712	- 1,1	33 415	+ 0,1	9 387	23 137	640	4 235	5 399	5 388	2 770	1 154	6,0	593
3.Vj.	44 794	- 1,3	33 424	- 0,4	9 359	23 171	640	4 273	2 705	2 691	2 904	1 266	6,3	583
4.Vj.	44 965	- 1,3	33 836	- 0,3	9 395	23 518	676	4 194	2 433	2 361	2 722	1 167	5,9	595
2021 1.Vj.	44 448	- 1,5	33 568	- 0,2	9 294	23 376	665	4 051	3 473	3 157	2 878	1 248	6,3	586
2.Vj.	9) 44 716	9) + 0,0	10) 33 710	10) + 0,9	10) 9 320	10) 23 442	10) 696	10) 4 060	...	10) 2 150	2 691	1 024	11) 5,9	658
3.Vj.	2 545	920	5,5	774
2018 Mai	44 817	+ 1,5	32 857	+ 2,3	9 310	22 450	845	4 718	21	12	2 315	751	5,1	793
Juni	44 889	+ 1,3	32 870	+ 2,2	9 325	22 439	853	4 742	25	16	2 276	735	5,0	805
Juli	44 922	+ 1,3	32 844	+ 2,2	9 339	22 396	860	4 736	22	14	2 325	788	5,1	823
Aug.	44 972	+ 1,3	33 131	+ 2,3	9 412	22 609	856	4 664	41	33	2 351	804	5,2	828
Sept.	45 164	+ 1,2	33 422	+ 2,1	9 496	22 827	842	4 619	42	34	2 256	759	5,0	834
Okt.	45 251	+ 1,3	33 488	+ 2,2	9 515	22 895	827	4 616	46	37	2 204	742	4,9	824
Nov.	45 314	+ 1,3	33 513	+ 2,1	9 513	22 934	822	4 638	51	43	2 186	745	4,8	807
Dez.	45 171	+ 1,2	33 286	+ 2,1	9 434	22 854	773	4 637	166	26	2 210	777	4,9	781
2019 Jan.	44 852	+ 1,2	33 156	+ 2,0	9 405	22 762	763	4 574	354	42	2 406	919	5,3	758
Febr.	44 894	+ 1,2	33 199	+ 2,0	9 416	22 794	758	4 564	310	29	2 373	908	5,3	784
März	44 971	+ 1,1	33 286	+ 1,9	9 442	22 855	749	4 574	246	32	2 301	850	5,1	797
April	45 134	+ 1,1	33 383	+ 1,8	9 457	22 925	753	4 607	49	40	2 229	795	4,9	796
Mai	45 259	+ 1,0	33 433	+ 1,8	9 462	22 968	749	4 627	53	45	2 236	772	4,9	792
Juni	45 297	+ 0,9	33 407	+ 1,6	9 455	22 948	750	4 646	51	43	2 216	766	4,9	798
Juli	45 312	+ 0,9	33 360	+ 1,6	9 450	22 901	757	4 644	55	47	2 275	825	5,0	799
Aug.	45 307	+ 0,7	33 610	+ 1,4	9 505	23 101	750	4 568	60	51	2 319	848	5,1	795
Sept.	45 516	+ 0,8	33 938	+ 1,5	9 583	23 341	754	4 517	84	75	2 234	808	4,9	787
Okt.	45 592	+ 0,8	33 966	+ 1,4	9 567	23 398	748	4 510	111	102	2 204	795	4,8	764
Nov.	45 622	+ 0,7	33 968	+ 1,4	9 559	23 423	742	4 532	124	115	2 180	800	4,8	736
Dez.	45 463	+ 0,6	33 740	+ 1,4	9 474	23 344	694	4 531	247	97	2 227	838	4,9	687
2020 Jan.	45 140	+ 0,6	33 608	+ 1,4	9 432	23 255	689	4 471	382	133	2 426	985	5,3	668
Febr.	45 160	+ 0,6	33 624	+ 1,3	9 427	23 278	683	4 461	439	134	2 396	971	5,3	690
März	45 066	+ 0,2	33 648	+ 1,1	9 440	23 290	675	4 350	2 834	2 580	2 335	925	5,1	691
April	44 798	- 0,7	33 430	+ 0,1	9 396	23 141	643	4 194	6 007	5 995	2 644	1 093	5,8	626
Mai	44 662	- 1,3	33 328	- 0,3	9 367	23 083	624	4 206	5 726	5 715	2 813	1 172	6,1	584
Juni	44 676	- 1,4	33 323	- 0,3	9 355	23 084	629	4 260	4 464	4 452	2 853	1 197	6,2	570
Juli	44 687	- 1,4	33 233	- 0,4	9 322	23 024	635	4 302	3 319	3 306	2 910	1 258	6,3	573
Aug.	44 722	- 1,3	33 482	- 0,4	9 367	23 218	642	4 266	2 551	2 537	2 955	1 302	6,4	584
Sept.	44 972	- 1,2	33 792	- 0,4	9 421	23 454	656	4 240	2 244	2 229	2 847	1 238	6,2	591
Okt.	45 054	- 1,2	33 862	- 0,3	9 410	23 530	671	4 229	2 037	2 021	2 760	1 183	6,0	602
Nov.	45 002	- 1,4	33 899	- 0,2	9 400	23 559	696	4 166	2 405	2 386	2 699	1 152	5,9	601
Dez.	44 838	- 1,4	33 700	- 0,1	9 327	23 478	666	4 134	2 856	2 676	2 707	1 166	5,9	581
2021 Jan.	44 429	- 1,6	33 515	- 0,3	9 282	23 347	657	4 045	3 638	3 294	2 901	1 298	6,3	566
Febr.	44 425	- 1,6	33 521	- 0,3	9 281	23 343	662	4 026	3 766	3 358	2 904	1 270	6,3	583
März	44 490	- 1,3	33 636	- 0,0	9 309	23 397	685	4 032	3 016	2 818	2 827	1 177	6,2	609
April	44 597	- 0,4	10) 33 678	10) + 0,7	10) 9 321	10) 23 422	10) 685	10) 4 031	...	10) 2 566	2 771	1 091	6,0	629
Mai	44 713	+ 0,1	10) 33 738	10) + 1,2	10) 9 324	10) 23 457	10) 702	10) 4 063	...	10) 2 348	2 687	1 020	11) 5,9	654
Juni	9) 44 838	9) + 0,4	10) 33 791	10) + 1,4	10) 9 322	10) 23 497	10) 715	10) 4 141	...	10) 1 538	2 614	961	5,7	693
Juli	9) 44 967	9) + 0,6	10) 33 714	10) + 1,4	10) 9 302	10) 23 445	10) 714	10) 4 180	...	10) 927	2 590	956	5,6	744
Aug.	9) 45 050	9) + 0,7	2 578	940	5,6	779
Sept.	2 465	864	5,4	799

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind runderungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitt. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Anzahl innerhalb eines Monats. 4 Stand zur Monatsmitte. 5 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 6 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stellen mit Arbeitsort im Ausland. 7 Ab Januar 2017 werden Aufstocker (Personen, die gleichzeitig Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II beziehen) dem Rechtskreis SGB III zugeordnet. 8 Statistischer Bruch aufgrund von Nacherfassungen der

Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II. 9 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamtes. 10 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2019 und 2020 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,1 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 0,9 % sowie bei den konjunkturrell bedingten Kurzarbeitern um maximal 55,3 % von den endgültigen Angaben ab. 11 Ab Mai 2021 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Harmonisierter Verbraucherpreisindex							nachrichtlich: Verbraucherpreisindex (nationale Abgrenzung)	Baupreisindex	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 6)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 6)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 7)	
	insgesamt 2)	davon 1)										Ausfuhr	Einfuhr	Energie 8)	sonstige Rohstoffe 9)
		Nahrungsmittel 3)	Industrieerzeugnisse ohne Energie 4)	Energie 4) 5)	Dienstleistungen 2) 4)	darunter: Tatsächliche Mietzahlungen									
2015 = 100															
Indexstand															
2017	102,1	104,0	102,2	97,5	102,5	102,9	102,0	105,3	101,1	108,6	100,7	100,1	99,6	107,1	
2018	104,0	106,7	103,0	102,3	104,2	104,6	103,8	110,2	103,7	109,0	101,9	102,7	124,6	106,2	
2019	105,5	108,4	104,2	103,7	105,7	106,1	105,3	115,3	104,8	111,5	102,4	101,7	110,0	108,1	
2020	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	
2020 Jan.	105,1	110,1	104,0	104,9	104,3	107,0	105,2	105,3	103,4	113,2	102,7	101,3	107,4	112,2	
Febr.	105,7	111,2	104,3	103,9	105,2	107,1	105,6	117,8	104,9	114,1	102,6	100,4	94,3	108,7	
März	105,8	111,0	105,2	101,6	105,5	107,3	105,7	104,1	104,1	113,7	101,9	96,9	61,3	104,9	
April	106,2	112,2	105,4	98,6	106,7	107,4	106,1	103,4	103,4	112,7	101,5	95,2	49,7	101,0	
Mai	106,2	112,5	105,4	97,4	106,7	107,5	106,0	118,3	103,0	109,1	101,3	95,5	55,5	102,1	
Juni	106,9	112,7	104,8	98,7	108,1	107,6	106,6	103,0	110,0	110,0	101,3	96,1	65,2	105,1	
Juli	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	
Aug.	106,2	110,1	102,6	97,6	109,0	107,8	106,0	115,7	103,2	104,8	101,2	96,5	71,2	111,7	
Sept.	105,8	109,9	103,6	96,9	108,0	107,8	105,8	103,6	103,6	103,5	101,3	96,8	70,4	117,9	
Okt.	105,8	110,2	103,9	97,0	107,6	108,0	105,9	103,7	103,7	103,8	101,4	97,1	73,4	118,9	
Nov.	104,7	110,3	104,0	96,0	105,5	108,1	105,0	116,0	103,9	103,9	101,8	97,6	77,8	120,4	
Dez.	105,3	109,9	103,4	97,4	106,9	108,2	105,5	104,7	104,7	104,2	101,9	98,2	86,6	128,9	
2021 Jan.	106,8	112,3	105,1	102,6	106,9	108,4	106,3	106,2	106,2	106,7	102,8	100,1	99,1	140,0	
Febr.	107,4	113,0	105,5	104,1	107,3	108,5	107,0	121,2	106,9	108,9	103,3	101,8	104,7	143,4	
März	107,9	113,1	105,7	106,2	107,6	108,6	107,5	107,9	114,0	104,1	103,6	101,6	109,1	150,1	
April	108,4	114,5	105,8	106,1	108,3	108,7	108,2	108,8	115,9	104,9	105,0	110,8	110,8	154,5	
Mai	108,7	114,2	106,3	106,7	108,7	108,9	108,7	125,1	110,4	118,5	105,6	106,8	118,9	169,0	
Juni	109,1	114,1	106,5	107,6	109,1	108,9	109,1	111,8	117,7	106,4	108,5	129,4	166,3	166,3	
Juli	109,7	114,4	106,4	109,0	110,2	109,1	110,1	113,9	117,3	107,7	110,9	141,9	165,9	165,9	
Aug.	109,8	114,4	106,5	109,4	110,3	109,2	110,1	115,6	118,7	108,5	112,4	147,1	156,7	156,7	
Sept.	110,1	114,4	107,6	110,1	109,9	109,3	110,1	118,3	169,1	149,1	149,1	
Veränderung gegenüber Vorjahr in %															
2017	+ 1,7	+ 2,7	+ 1,2	+ 3,1	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,5	+ 3,3	+ 2,7	+ 10,0	+ 1,7	+ 3,5	+ 19,7	+ 8,8	
2018	+ 1,9	+ 2,6	+ 0,8	+ 4,9	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,8	+ 4,7	+ 2,6	+ 0,4	+ 1,2	+ 2,6	+ 25,1	- 0,8	
2019	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 4,7	+ 1,1	+ 2,3	+ 0,5	- 1,0	- 11,7	+ 1,8	
2020	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	
2020 Jan.	+ 1,6	+ 2,5	+ 1,1	+ 3,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,7	+ 3,3	+ 0,2	+ 1,6	+ 0,5	- 0,9	- 4,4	+ 7,5	
Febr.	+ 1,7	+ 3,1	+ 0,9	+ 2,2	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,7	+ 3,3	- 0,1	+ 1,9	+ 0,3	- 2,0	- 17,5	- 0,6	
März	+ 1,3	+ 3,1	+ 1,3	- 0,8	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,4	+ 3,3	- 0,8	+ 0,4	- 0,5	- 5,5	- 46,8	- 3,1	
April	+ 0,8	+ 4,0	+ 0,8	- 5,6	+ 1,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 3,3	- 1,9	- 2,5	- 1,1	- 7,4	- 58,3	- 7,2	
Mai	+ 0,5	+ 3,9	+ 0,8	- 8,2	+ 1,3	+ 1,5	+ 0,6	+ 2,9	- 2,2	- 5,7	- 1,2	- 7,0	- 52,4	- 4,2	
Juni	+ 0,8	+ 4,0	+ 0,7	- 5,9	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,9	+ 2,9	- 1,8	- 4,4	- 1,0	- 5,1	- 36,6	- 3,8	
Juli	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	
Aug.	- 0,1	+ 1,2	- 0,8	- 6,0	+ 1,1	+ 1,4	± 0,0	- 0,1	- 1,2	- 6,8	- 1,1	- 4,0	- 28,9	+ 5,4	
Sept.	- 0,4	+ 1,0	- 1,1	- 6,6	+ 1,0	+ 1,3	- 0,2	- 0,2	- 1,0	- 5,8	- 1,1	- 4,3	- 33,5	+ 9,7	
Okt.	- 0,5	+ 1,5	- 1,0	- 6,6	+ 0,7	+ 1,3	- 0,2	- 0,2	- 0,7	- 5,9	- 1,0	- 3,9	- 30,6	+ 11,0	
Nov.	- 0,7	+ 1,2	- 1,1	- 7,4	+ 0,6	+ 1,3	- 0,3	- 0,3	- 0,5	- 7,2	- 0,6	- 3,8	- 29,6	+ 12,6	
Dez.	- 0,7	+ 0,6	- 1,6	- 6,0	+ 0,8	+ 1,3	- 0,3	- 0,3	+ 0,2	- 8,9	- 0,6	- 3,4	- 23,0	+ 16,8	
2021 Jan.	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,1	- 2,2	+ 2,5	+ 1,3	+ 1,0	+ 2,9	+ 0,9	- 5,7	+ 0,1	- 1,2	- 7,7	+ 24,8	
Febr.	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,2	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,3	+ 2,9	+ 1,9	- 4,6	+ 0,7	+ 1,4	+ 11,0	+ 31,9	
März	+ 2,0	+ 1,9	+ 0,5	+ 4,5	+ 2,0	+ 1,2	+ 1,7	+ 2,9	+ 3,7	+ 0,3	+ 2,2	+ 6,9	+ 78,0	+ 43,1	
April	+ 2,1	+ 2,0	+ 0,4	+ 7,6	+ 1,5	+ 1,2	+ 2,0	+ 2,9	+ 5,2	+ 2,8	+ 3,3	+ 10,3	+ 122,9	+ 53,0	
Mai	+ 2,4	+ 1,5	+ 0,9	+ 9,5	+ 1,9	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,9	+ 7,2	+ 8,6	+ 4,2	+ 11,8	+ 114,2	+ 65,5	
Juni	+ 2,1	+ 1,2	+ 1,6	+ 9,0	+ 0,9	+ 1,2	+ 2,3	+ 2,9	+ 8,5	+ 7,0	+ 5,0	+ 12,9	+ 98,5	+ 58,2	
Juli	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	10)	
Aug.	+ 3,4	+ 3,9	+ 3,8	+ 12,1	+ 1,2	+ 1,3	+ 3,9	+ 11,8	+ 12,0	+ 13,3	+ 7,2	+ 16,5	+ 106,6	+ 40,3	
Sept.	+ 4,1	+ 4,1	+ 3,9	+ 13,6	+ 1,8	+ 1,4	+ 4,1	+ 11,8	+ 14,2	+ 140,2	+ 26,5	

Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWL. 1 Die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. 2 Ab 2015 methodische Änderungen bei der Erhebung der Preise von Pauschalreisen mit Auswirkungen bis Reihenbeginn. 3 Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabakwaren. 4 Ab 2017 revidiert aufgrund der Berechnung auf Basis von 5-Stellern

nach der European Classification of Individual Consumption by Purpose (ECOICOP). 5 Strom, Gas und andere Brennstoffe, sowie Kraft- und Schmierstoffe, ab Januar 2017 ohne Schmierstoffe. 6 Ohne Umsatzsteuer. 7 HWWL-Rohstoffpreisindex Euroraum auf Euro-Basis. 8 Kohle, Rohöl (Brent) und Erdgas. 9 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrierohstoffe. 10 Beeinflusst durch eine befristete Mehrwertsteuersenkung von Juli bis Dezember 2020. 11 Ab Januar 2021 vorläufig.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2013	1 186,3	3,2	799,4	3,0	383,9	1,9	1 183,2	2,6	1 690,8	1,3	157,1	- 2,5	9,3
2014	1 234,2	4,0	830,5	3,9	394,0	2,6	1 224,5	3,5	1 734,5	2,6	170,6	8,6	9,8
2015	1 285,5	4,2	863,3	4,0	410,5	4,2	1 273,8	4,0	1 782,3	2,8	179,4	5,1	10,1
2016	1 337,4	4,0	896,3	3,8	426,2	3,8	1 322,5	3,8	1 841,5	3,3	187,8	4,7	10,2
2017	1 395,4	4,3	932,5	4,0	441,8	3,6	1 374,3	3,9	1 905,2	3,5	202,8	8,0	10,6
2018	1 462,6	4,8	976,3	4,7	454,3	2,8	1 430,6	4,1	1 975,8	3,7	223,7	10,3	11,3
2019	1 524,1	4,2	1 022,0	4,7	474,4	4,4	1 496,4	4,6	2 021,6	2,3	218,7	- 2,2	10,8
2020	1 514,1	- 0,7	1 021,3	- 0,1	518,8	9,4	1 540,1	2,9	2 035,1	0,7	327,1	49,6	16,1
2020 1.Vj.	366,2	2,9	246,4	2,9	125,0	5,5	371,4	3,8	520,4	2,7	84,2	15,7	16,2
2.Vj.	355,9	- 4,4	234,8	- 3,8	130,4	11,3	365,2	1,1	491,7	- 1,5	97,4	92,3	19,8
3.Vj.	374,1	- 1,2	258,1	- 0,6	132,0	10,2	390,1	2,8	508,1	0,7	66,5	44,4	13,1
4.Vj.	417,9	0,1	282,1	1,1	131,3	10,4	413,3	3,9	514,9	0,7	78,9	60,6	15,3
2021 1.Vj.	362,0	- 1,1	245,1	- 0,5	136,7	9,4	381,8	2,8	517,5	- 0,6	113,7	35,1	22,0
2.Vj.	375,2	5,4	250,0	6,5	135,2	3,6	385,1	5,5	508,3	3,4	82,6	- 15,2	16,3

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2021. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene monetäre

Sozialleistungen. 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)			
2015=100	% gegen Vorjahr	2015=100	% gegen Vorjahr	2015=100	% gegen Vorjahr	2015=100	% gegen Vorjahr	2015=100	% gegen Vorjahr	
2013	94,8	2,5	95,0	2,5	95,0	2,5	95,0	2,5	94,4	2,2
2014	97,7	3,1	97,8	2,9	97,7	2,8	97,7	2,8	97,2	2,9
2015	100,0	2,4	100,0	2,3	100,0	2,3	100,0	2,4	100,0	2,9
2016	102,1	2,1	102,1	2,1	102,1	2,1	102,2	2,2	102,5	2,5
2017	104,2	2,1	104,2	2,0	104,3	2,1	104,5	2,3	105,1	2,6
2018	107,1	2,8	107,1	2,8	107,0	2,6	107,3	2,7	108,5	3,2
2019	110,2	2,9	110,2	2,9	109,7	2,5	110,0	2,5	111,7	3,0
2020	112,6	2,2	112,6	2,2	111,9	2,0	112,2	2,0	111,5	- 0,1
2020 1.Vj.	104,2	2,4	104,2	2,4	104,2	2,4	111,6	2,4	107,3	2,1
2.Vj.	105,0	2,0	105,0	1,9	105,1	2,2	112,1	2,1	105,4	- 3,5
3.Vj.	116,2	1,8	116,2	1,8	114,5	1,8	112,5	1,8	110,7	- 0,2
4.Vj.	125,0	2,6	125,0	2,7	123,9	1,8	112,6	1,8	122,8	1,2
2021 1.Vj.	105,8	1,5	105,7	1,5	105,8	1,5	113,3	1,5	107,5	0,1
2.Vj.	107,4	2,3	107,4	2,3	106,5	1,4	113,8	1,5	110,8	5,2
2021 Febr.	105,7	1,4	105,7	1,4	105,8	1,5	113,3	1,5	.	.
März	105,8	1,4	105,8	1,4	105,9	1,4	113,4	1,4	.	.
April	106,9	1,8	106,8	1,8	106,8	1,6	113,8	1,6	.	.
Mai	106,4	1,1	106,4	1,1	106,5	1,1	113,8	1,5	.	.
Juni	108,9	4,0	108,9	4,0	106,3	1,4	113,8	1,4	.	.
Juli	138,5	- 0,1	138,4	- 0,1	134,9	1,2	113,9	1,3	.	.
Aug.	107,0	1,7	106,9	1,7	106,5	1,5	114,0	1,4	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert.
2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VerML, Sonderzahlungen)

z.B. Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2021.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Stand am Jahres- bzw. Halbjahresende

Zeit	Aktiva									Passiva						
	Bilanzsumme	darunter:			darunter:					Eigenkapital	Schulden					
		langfristige Vermögenswerte	immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	finanzielle Vermögenswerte	kurzfristige Vermögenswerte	Vorräte	Fororderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zahlungsmittel ¹⁾		insgesamt	langfristig zusammen	kurzfristig zusammen	darunter:		
										darunter:	darunter:	Finanzschulden	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			
Insgesamt (Mrd €)																
2017	2 396,2	1 488,2	498,6	602,8	295,9	908,0	230,6	225,1	156,2	757,1	1 639,1	866,4	495,7	772,7	236,1	195,6
2018 ³⁾	2 589,6	1 537,1	540,8	611,1	288,5	1 052,5	249,5	234,9	172,6	790,2	1 799,3	925,8	558,7	873,5	257,5	205,1
2019	2 801,2	1 770,0	586,3	737,5	333,4	1 031,2	257,6	237,8	168,5	821,5	1 979,8	1 091,3	676,3	888,5	289,8	207,7
2020 ^{p)}	2 850,7	1 797,6	607,6	733,4	335,1	1 053,1	243,7	226,2	240,5	812,1	2 038,7	1 181,5	746,4	857,1	304,4	196,2
2019 1.Hj.	2 702,6	1 657,9	549,7	682,9	314,5	1 044,6	269,2	240,5	140,5	777,5	1 925,1	1 024,3	613,9	900,8	301,7	210,8
2.Hj.	2 801,2	1 770,0	586,3	737,5	333,4	1 031,2	257,6	237,8	168,5	821,5	1 979,8	1 091,3	676,3	888,5	289,8	207,7
2020 1.Hj.	2 892,1	1 801,3	625,0	734,3	319,7	1 090,9	257,6	216,6	220,8	794,2	2 097,9	1 183,9	754,2	914,0	335,5	179,7
2.Hj. ^{p)}	2 850,7	1 797,6	607,6	733,4	335,1	1 053,1	243,7	226,2	240,5	812,1	2 038,7	1 181,5	746,4	857,1	304,4	196,2
in % der Bilanzsumme																
2017	100,0	62,1	20,8	25,2	12,4	37,9	9,6	9,4	6,5	31,6	68,4	36,2	20,7	32,3	9,9	8,2
2018 ³⁾	100,0	59,4	20,9	23,6	11,1	40,6	9,6	9,1	6,7	30,5	69,5	35,8	21,6	33,7	9,9	7,9
2019	100,0	63,2	20,9	26,3	11,9	36,8	9,2	8,5	6,0	29,3	70,7	39,0	24,1	31,7	10,3	7,4
2020 ^{p)}	100,0	63,1	21,3	25,7	11,8	36,9	8,6	7,9	8,4	28,5	71,5	41,5	26,2	30,1	10,7	6,9
2019 1.Hj.	100,0	61,4	20,3	25,3	11,6	38,7	10,0	8,9	5,2	28,8	71,2	37,9	22,7	33,3	11,2	7,8
2.Hj.	100,0	63,2	20,9	26,3	11,9	36,8	9,2	8,5	6,0	29,3	70,7	39,0	24,1	31,7	10,3	7,4
2020 1.Hj.	100,0	62,3	21,6	25,4	11,1	37,7	8,9	7,5	7,6	27,5	72,5	40,9	26,1	31,6	11,6	6,2
2.Hj. ^{p)}	100,0	63,1	21,3	25,7	11,8	36,9	8,6	7,9	8,4	28,5	71,5	41,5	26,2	30,1	10,7	6,9
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd €) ²⁾																
2017	1 989,3	1 190,8	351,5	484,0	281,8	798,5	215,8	181,4	128,5	609,9	1 379,4	719,1	397,8	660,3	218,4	150,1
2018 ³⁾	2 149,9	1 215,7	388,2	473,3	277,5	934,1	234,6	188,7	139,2	637,2	1 512,7	760,3	442,4	752,4	236,2	152,6
2019	2 303,5	1 396,8	419,6	565,7	319,7	906,8	243,8	188,7	136,9	662,7	1 640,9	887,5	523,8	753,4	257,5	158,1
2020 ^{p)}	2 265,7	1 355,2	399,1	543,9	320,0	910,5	228,8	179,8	188,0	636,8	1 628,9	904,8	537,0	724,1	267,3	149,9
2019 1.Hj.	2 229,6	1 297,6	388,9	517,9	302,7	932,0	255,6	194,2	115,8	629,6	1 600,0	831,4	473,9	768,6	265,8	164,3
2.Hj.	2 303,5	1 396,8	419,6	565,7	319,7	906,8	243,8	188,7	136,9	662,7	1 640,9	887,5	523,8	753,4	257,5	158,1
2020 1.Hj.	2 305,5	1 352,3	406,4	547,5	303,4	953,2	244,0	171,8	171,4	615,1	1 690,4	912,2	548,5	778,1	294,6	137,1
2.Hj. ^{p)}	2 265,7	1 355,2	399,1	543,9	320,0	910,5	228,8	179,8	188,0	636,8	1 628,9	904,8	537,0	724,1	267,3	149,9
in % der Bilanzsumme																
2017	100,0	59,9	17,7	24,3	14,2	40,1	10,9	9,1	6,5	30,7	69,3	36,2	20,0	33,2	11,0	7,6
2018 ³⁾	100,0	56,6	18,1	22,0	12,9	43,5	10,9	8,8	6,5	29,6	70,4	35,4	20,6	35,0	11,0	7,1
2019	100,0	60,6	18,2	24,6	13,9	39,4	10,6	8,2	5,9	28,8	71,2	38,5	22,7	32,7	11,2	6,9
2020 ^{p)}	100,0	59,8	17,6	24,0	14,1	40,2	10,1	7,9	8,3	28,1	71,9	39,9	23,7	32,0	11,8	6,6
2019 1.Hj.	100,0	58,2	17,4	23,2	13,6	41,8	11,5	8,7	5,2	28,2	71,8	37,3	21,3	34,5	11,9	7,4
2.Hj.	100,0	60,6	18,2	24,6	13,9	39,4	10,6	8,2	5,9	28,8	71,2	38,5	22,7	32,7	11,2	6,9
2020 1.Hj.	100,0	58,7	17,6	23,8	13,2	41,4	10,6	7,5	7,4	26,7	73,3	39,6	23,8	33,8	12,8	6,0
2.Hj. ^{p)}	100,0	59,8	17,6	24,0	14,1	40,2	10,1	7,9	8,3	28,1	71,9	39,9	23,7	32,0	11,8	6,6
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd €)																
2017	406,9	297,4	147,1	118,8	14,1	109,5	14,8	43,6	27,6	147,2	259,6	147,3	97,9	112,4	17,6	45,5
2018 ³⁾	439,7	321,3	152,7	137,9	11,0	118,3	14,9	46,1	33,3	153,1	286,6	165,5	116,3	121,1	21,3	52,5
2019	497,7	373,3	166,7	171,8	13,7	124,4	13,7	49,1	31,6	158,8	338,9	203,8	152,6	135,1	32,3	49,6
2020 ^{p)}	585,0	442,4	208,5	189,6	15,1	142,6	14,9	46,4	52,6	175,3	409,7	276,7	209,4	133,0	37,1	46,3
2019 1.Hj.	472,9	360,3	160,8	165,1	11,8	112,6	13,7	46,3	24,7	147,9	325,0	192,8	140,0	132,2	35,9	46,5
2.Hj.	497,7	373,3	166,7	171,8	13,7	124,4	13,7	49,1	31,6	158,8	338,9	203,8	152,6	135,1	32,3	49,6
2020 1.Hj.	586,6	449,0	218,7	186,8	16,3	137,6	13,7	44,9	49,4	179,1	407,6	271,7	205,7	135,9	40,9	42,6
2.Hj. ^{p)}	585,0	442,4	208,5	189,6	15,1	142,6	14,9	46,4	52,6	175,3	409,7	276,7	209,4	133,0	37,1	46,3
in % der Bilanzsumme																
2017	100,0	73,1	36,2	29,2	3,5	26,9	3,7	10,7	6,8	36,2	63,8	36,2	24,1	27,6	4,3	11,2
2018 ³⁾	100,0	73,1	34,7	31,4	2,5	26,9	3,4	10,5	7,6	34,8	65,2	37,6	26,5	27,6	4,8	11,9
2019	100,0	75,0	33,5	34,5	2,8	25,0	2,8	9,9	6,4	31,9	68,1	41,0	30,7	27,2	6,5	10,0
2020 ^{p)}	100,0	75,6	35,6	32,4	2,6	24,4	2,6	7,9	9,0	30,0	70,0	47,3	35,8	22,7	6,3	7,9
2019 1.Hj.	100,0	76,2	34,0	34,9	2,5	23,8	2,9	9,8	5,2	31,3	68,7	40,8	29,6	28,0	7,6	9,8
2.Hj.	100,0	75,0	33,5	34,5	2,8	25,0	2,8	9,9	6,4	31,9	68,1	41,0	30,7	27,2	6,5	10,0
2020 1.Hj.	100,0	76,5	37,3	31,9	2,8	23,5	2,3	7,7	8,4	30,5	69,5	46,3	35,1	23,2	7,0	7,3
2.Hj. ^{p)}	100,0	75,6	35,6	32,4	2,6	24,4	2,6	7,9	9,0	30,0	70,0	47,3	35,8	22,7	6,3	7,9

* Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- bzw. halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. ¹ Einschl. Zahlungsmitteläquivalenten. ² Einschl.

Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft. ³ Ab 2018 1. Hj. bzw. 2018: signifikante IFRS-Standardänderungen, die die Vergleichbarkeit mit den Vorperioden einschränken.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Zeit	Umsatz		Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1) in % des Umsatzes					Operatives Ergebnis (EBIT) in % des Umsatzes									
	Mrd € 3)	Veränderung gegen Vorjahr in % 4)	Gewogener Durchschnitt		Verteilung 2)			Mrd € 3)	Veränderung gegen Vorjahr in % 4)	Gewogener Durchschnitt		Verteilung 2)					
			%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 4)	1.Quartil	Median	3.Quartil			%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 4)	1.Quartil	Median	3.Quartil			
Insgesamt																	
2013	1 540,6	-0,6	187,0	-2,8	12,1	-0,3	5,2	10,3	18,4	99,4	5,5	6,5	0,4	1,9	5,9	11,0	
2014	1 565,1	1,0	198,7	4,9	12,7	0,5	5,9	10,3	17,4	109,2	8,5	7,0	0,5	1,9	6,1	11,1	
2015	1 634,6	6,9	196,0	-1,1	12,0	-1,0	6,1	10,6	17,8	91,5	-16,4	5,6	-1,5	1,7	6,6	11,3	
2016	1 625,0	-0,4	214,5	7,9	13,2	1,0	6,7	11,4	17,9	111,8	9,1	6,9	0,5	2,6	6,7	12,0	
2017	1 720,2	5,1	243,5	14,6	14,2	1,2	7,1	11,0	18,0	142,0	33,3	8,3	1,8	2,5	6,9	12,0	
2018 6)	1 707,6	0,7	232,8	-0,9	13,6	-0,2	6,2	10,6	17,7	129,2	-6,3	7,6	-0,6	2,2	6,5	11,9	
2019	1 765,5	2,6	233,7	0,4	13,2	-0,3	6,9	12,2	19,1	105,5	-17,9	6,0	-1,5	1,7	5,8	11,7	
2020 p)	1 633,6	-8,8	213,8	-7,7	13,1	0,2	6,5	11,5	18,0	52,3	-40,9	3,2	-2,1	-0,8	5,0	10,7	
2016 1.Hj.	782,3	-1,9	111,6	6,2	14,3	1,1	5,9	10,4	17,7	65,5	2,7	8,4	0,3	1,6	6,4	11,3	
2.Hj.	842,8	1,1	102,9	9,8	12,2	1,0	6,9	11,9	19,0	46,3	20,9	5,5	0,8	3,0	7,5	12,5	
2017 1.Hj.	844,4	6,8	125,7	14,6	14,9	1,0	5,7	10,1	17,2	78,5	29,6	9,3	1,6	1,8	5,8	11,6	
2.Hj.	879,0	3,5	117,5	14,6	13,4	1,3	6,9	12,0	19,1	63,0	38,2	7,2	1,8	3,3	7,5	12,4	
2018 1.Hj. 6)	848,6	-0,1	120,8	-2,2	14,2	-0,3	5,1	10,6	18,1	72,7	-5,3	8,6	-0,5	1,8	6,4	12,4	
2.Hj.	869,8	1,4	114,5	0,5	13,2	-0,1	6,4	11,2	17,8	58,0	-7,7	6,7	-0,6	2,1	6,7	12,3	
2019 1.Hj.	861,7	2,7	112,4	-4,0	13,0	-0,9	6,6	11,7	18,6	53,4	-23,3	6,2	-2,1	1,5	5,7	11,7	
2.Hj.	904,2	2,4	121,3	4,8	13,4	0,3	6,8	11,9	19,9	52,1	-11,3	5,8	-0,9	0,9	6,1	12,4	
2020 1.Hj.	744,9	-14,4	78,3	-34,0	10,5	-3,0	4,8	9,9	16,7	7,9	-88,0	1,1	-5,3	-2,1	3,5	9,0	
2.Hj. p)	888,8	-3,3	135,5	17,2	15,3	2,8	7,7	13,2	19,8	44,3	8,8	5,0	0,7	1,7	6,5	11,7	
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe 5)																	
2013	1 199,6	-0,8	142,6	-2,6	11,9	-0,2	5,1	10,3	16,0	77,5	-5,8	6,5	-0,3	1,6	5,9	10,5	
2014	1 220,9	1,0	152,2	5,9	12,5	0,6	5,7	10,0	15,5	85,2	9,7	7,0	0,6	1,6	6,0	10,5	
2015	1 310,5	7,0	149,1	-2,6	11,4	-1,1	6,3	10,5	16,3	69,1	-19,7	5,3	-1,7	2,1	6,6	10,4	
2016	1 296,6	-0,8	162,1	6,4	12,5	0,8	6,6	10,7	16,2	84,9	4,3	6,6	0,3	2,9	6,4	10,7	
2017	1 396,8	5,5	187,6	16,6	13,4	1,3	7,1	11,0	15,8	112,6	40,5	8,1	2,0	3,2	6,8	10,5	
2018 6)	1 368,5	1,0	175,8	-1,6	12,8	-0,3	6,9	10,7	15,8	100,7	-7,1	7,4	-0,6	2,9	6,8	11,3	
2019	1 411,8	2,0	168,3	-4,4	11,9	-0,8	6,9	11,4	16,6	76,3	-23,7	5,4	-1,8	1,4	5,8	10,1	
2020 p)	1 286,0	-9,4	143,8	-8,6	11,2	0,1	6,4	10,6	16,5	29,3	-47,9	2,3	-2,3	-0,7	4,4	9,8	
2016 1.Hj.	625,5	-2,3	86,6	1,8	13,8	0,5	6,7	10,6	15,9	52,7	-6,4	8,4	-0,3	2,9	6,4	10,1	
2.Hj.	671,2	0,7	75,5	12,0	11,3	1,1	6,2	11,3	16,6	32,2	34,3	4,8	0,9	2,6	6,6	10,7	
2017 1.Hj.	695,6	7,3	101,6	18,7	14,6	1,4	6,1	10,2	16,1	66,4	37,3	9,5	2,1	2,4	5,9	11,0	
2.Hj.	701,8	3,7	86,0	14,2	12,3	1,1	7,0	11,8	16,9	46,2	45,5	6,6	1,9	3,6	7,3	10,8	
2018 1.Hj. 6)	682,3	-0,1	95,0	-3,4	13,9	-0,5	7,0	10,9	16,7	60,0	-6,0	8,8	-0,6	2,9	6,7	11,5	
2.Hj.	695,8	2,0	83,2	0,6	12,0	-0,2	6,3	11,1	16,1	42,1	-8,8	6,1	-0,7	2,0	6,4	11,2	
2019 1.Hj.	690,3	2,4	83,4	-8,8	12,1	-1,5	7,1	10,8	16,1	41,9	-26,8	6,1	-2,4	1,8	5,9	9,5	
2.Hj.	721,5	1,7	84,9	0,4	11,8	-0,2	6,1	10,9	16,9	34,4	-19,6	4,8	-1,3	0,6	5,3	11,2	
2020 1.Hj.	581,0	-15,9	49,1	-42,3	8,4	-3,8	4,4	8,8	15,1	0,2	-101,6	0,0	-6,2	-2,1	3,2	8,0	
2.Hj. p)	705,0	-3,0	94,7	25,4	13,4	3,4	7,3	12,3	18,6	29,0	19,8	4,1	1,1	1,1	6,1	10,7	
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor																	
2013	341,0	-0,1	44,4	-3,5	13,0	-0,5	5,2	9,3	20,7	21,9	82,2	6,4	2,9	2,4	5,9	11,8	
2014	344,2	0,8	46,5	1,8	13,5	0,1	6,0	12,3	22,6	24,1	4,3	7,0	0,2	2,6	6,3	13,7	
2015	324,1	6,1	46,9	4,0	14,5	-0,3	5,9	11,1	22,1	22,3	-3,8	6,9	-0,7	1,3	6,7	13,9	
2016	328,4	1,3	52,5	12,8	16,0	1,6	6,8	13,4	25,1	26,9	24,4	8,2	1,5	2,3	8,2	15,3	
2017	323,4	3,5	55,9	8,3	17,3	0,8	6,8	11,5	23,0	29,4	11,4	9,1	0,6	2,1	7,2	15,1	
2018 6)	339,2	-0,6	57,1	1,3	16,8	0,3	5,5	10,5	24,7	28,5	-3,5	8,4	-0,3	1,4	5,8	16,6	
2019	353,7	4,8	65,4	15,2	18,5	1,7	6,9	13,7	24,5	29,2	2,8	8,3	-0,2	2,4	6,2	16,2	
2020 p)	347,6	-6,1	70,0	-5,4	20,1	0,1	6,9	13,2	22,1	23,0	-22,1	6,6	-1,4	-1,2	6,4	12,2	
2016 1.Hj.	156,8	-0,4	25,0	24,0	16,0	3,1	5,1	10,2	23,4	12,8	61,2	8,2	3,1	1,0	6,2	14,6	
2.Hj.	171,6	2,9	27,4	4,2	16,0	0,2	7,4	13,3	24,3	14,1	3,0	8,2	0,0	4,0	8,9	17,1	
2017 1.Hj.	148,8	4,6	24,2	0,4	16,2	-0,6	5,2	9,8	21,0	12,1	0,3	8,2	-0,3	1,2	5,6	14,5	
2.Hj.	177,1	2,5	31,5	15,6	17,8	2,0	6,6	12,5	24,6	16,8	21,6	9,5	1,5	2,9	7,8	17,9	
2018 1.Hj. 6)	166,3	0,2	25,9	2,8	15,6	0,4	3,8	9,5	22,7	12,6	-1,9	7,6	-0,2	-0,9	4,7	15,3	
2.Hj.	174,0	-1,3	31,3	-0,0	18,0	0,2	6,7	11,3	25,6	15,9	-4,6	9,1	-0,3	2,2	7,0	17,8	
2019 1.Hj.	171,4	4,0	29,0	13,1	16,9	1,4	5,7	12,3	24,4	11,6	-7,5	6,7	-0,9	0,0	4,9	14,5	
2.Hj.	182,7	5,5	36,5	16,9	20,0	1,9	7,1	15,1	24,4	17,7	10,9	9,7	0,5	1,8	8,2	16,3	
2020 1.Hj.	163,9	-8,1	29,2	-9,4	17,8	-0,3	5,6	10,8	21,2	7,7	-36,4	4,7	-2,1	-2,2	4,3	10,9	
2.Hj. p)	183,8	-4,2	40,8	-2,2	22,2	0,4	8,9	14,7	23,3	15,3	-12,8	8,3	-0,9	2,6	7,2	13,3	

* Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- bzw. halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. 1 Earnings before interest, taxes, depreciation and amortisation. 2 Quantilsangaben basieren auf den ungewichteten Umsatzrenditen der Unternehmensgruppen. 3 Jahreswerte entsprechen nicht zwangsläufig der Summe der

Halbjahreswerte. Siehe Qualitätsbericht zur Konzernabschlussstatistik S. 3. 4 Bereinigt um erhebliche Veränderungen im Konsolidierungskreis großer Unternehmensgruppen sowie im Berichtskreis. Siehe Erläuterungen in der Statistischen Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. 5 Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft. 6 Ab diesem Zeitpunkt: signifikante IFRS-Standardänderungen, die die Vergleichbarkeit mit den Vorperioden einschränken.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum *)

Mio €

Position	2018 ¹⁾	2019 ¹⁾	2020 ¹⁾	2020		2021			
				4.Vj. ¹⁾	1.Vj. ¹⁾	2.Vj. ¹⁾	Mai ¹⁾	Juni ¹⁾	Juli ¹⁾
I. Leistungsbilanz	+ 341 015	+ 277 304	+ 222 710	+ 101 095	+ 75 458	+ 69 550	+ 10 022	+ 32 444	+ 30 157
1. Warenhandel									
Einnahmen	2 332 341	2 393 803	2 191 346	601 795	591 499	620 571	200 082	217 935	212 208
Ausgaben	2 046 711	2 083 694	1 849 289	488 960	499 440	535 471	174 401	184 498	181 235
Saldo	+ 285 627	+ 310 107	+ 342 058	+ 112 836	+ 92 060	+ 85 100	+ 25 680	+ 33 438	+ 30 973
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	949 227	1 017 589	865 196	234 496	208 361	231 763	74 608	83 417	84 427
Ausgaben	832 048	984 222	858 198	218 457	191 599	208 562	68 383	74 426	72 363
Saldo	+ 117 180	+ 33 365	+ 6 994	+ 16 038	+ 16 762	+ 23 200	+ 6 224	+ 8 991	+ 12 064
3. Primäreinkommen									
Einnahmen	856 509	859 347	756 083	186 321	183 553	202 552	66 366	70 660	55 814
Ausgaben	765 793	772 643	720 532	166 049	160 039	207 480	77 242	69 488	56 305
Saldo	+ 90 714	+ 86 703	+ 35 551	+ 20 272	+ 23 514	- 4 927	- 10 875	+ 1 172	- 491
4. Sekundäreinkommen									
Einnahmen	109 968	115 363	117 362	31 846	29 076	31 712	11 048	10 777	9 171
Ausgaben	262 477	268 233	279 256	79 897	85 955	65 535	22 056	21 933	21 560
Saldo	- 152 505	- 152 870	- 161 894	- 48 050	- 56 880	- 33 822	- 11 007	- 11 156	- 12 389
II. Vermögensänderungsbilanz	- 35 859	- 26 273	- 1 735	- 772	+ 2 938	+ 5 659	+ 2 232	+ 2 432	+ 852
III. Kapitalbilanz ¹⁾	+ 305 695	+ 255 894	+ 240 943	+ 128 761	+ 97 940	+ 100 672	+ 40 307	+ 53 711	+ 2 100
1. Direktinvestitionen									
Inländ. Anlagen außerhalb des Euroraums	+ 117 161	+ 89 419	- 174 915	- 104 536	+ 107 837	+ 863	+ 13 760	- 37 543	+ 40 666
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	- 302 648	+ 15 678	- 14 851	- 59 143	+ 100 732	- 37 186	- 51 306	- 15 950	+ 33 129
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	- 419 811	- 73 740	+ 160 065	+ 45 394	- 7 105	- 38 047	- 65 065	+ 21 593	- 7 537
2. Wertpapieranlagen									
Inländ. Anlagen außerhalb des Euroraums	+ 230 508	- 71 491	+ 539 298	+ 573 836	+ 87 576	+ 140 571	+ 70 470	+ 53 472	- 22 559
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 206 506	+ 426 592	+ 673 578	+ 348 739	+ 266 341	+ 227 582	+ 75 164	+ 96 042	+ 22 355
kurzfristige	+ 48 248	+ 59 339	+ 305 625	+ 183 892	+ 166 958	+ 114 549	+ 20 154	+ 52 800	+ 15 455
langfristige	- 52 661	+ 142	+ 126 361	+ 40 430	+ 26 607	+ 13 925	+ 6 397	+ 24 916	- 37 471
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	- 23 999	+ 498 086	+ 134 281	- 225 096	+ 178 765	+ 87 009	+ 4 693	+ 42 569	+ 44 915
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 90 816	+ 272 765	+ 117 659	+ 37 829	+ 96 328	+ 143 387	+ 41 266	+ 51 679	+ 46 223
kurzfristige	- 60 212	- 26 924	+ 138 223	- 69 164	+ 84 832	+ 10 277	- 341	+ 13 577	- 4 593
langfristige	- 54 604	+ 252 244	- 121 600	- 193 761	- 2 395	- 66 655	- 36 232	- 22 686	+ 3 285
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	+ 39 699	+ 6 609	+ 14 002	- 14 529	+ 6 408	+ 8 521	- 2 108	+ 6 170	+ 8 710
4. Übriger Kapitalverkehr									
Eurosysteem	- 106 928	+ 225 060	- 150 609	- 328 063	- 100 786	- 56 763	- 43 250	+ 26 294	- 24 375
Staat	- 133 865	+ 144 266	- 205 190	- 197 110	+ 146 557	- 64 041	- 13 912	- 92 678	- 17 284
Monetäre Finanzinstitute ²⁾	- 4 921	+ 554	- 18 857	- 33 545	- 25 378	- 8 810	- 13 812	+ 1 160	+ 1 812
Unternehmen und Privatpersonen	+ 99 938	+ 186 932	+ 17 452	- 33 454	- 275 978	- 10 008	- 23 753	+ 108 211	+ 13 695
Unternehmen und Privatpersonen	- 68 084	- 106 686	+ 55 986	- 63 954	+ 54 013	+ 26 095	+ 8 227	+ 9 601	- 22 598
5. Währungsreserven des Euroraums	+ 25 252	+ 6 297	+ 13 163	+ 2 053	- 3 095	+ 7 480	+ 1 435	+ 5 318	- 342
IV. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	+ 535	+ 4 862	+ 19 969	+ 28 437	+ 19 546	+ 25 463	+ 28 053	+ 18 835	- 28 909

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. ¹⁾ Zunahme: + / Abnahme: -. ²⁾ Ohne Eurosysteem.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz						Kapitalbilanz 3)				Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen 4)
	Insgesamt	Warenhandel		Dienstleistungen	Primäreinkommen	Sekundäreinkommen	Vermögensänderungsbilanz 2)	Insgesamt	darunter: Währungsreserven		
		Insgesamt	darunter: Ergänzungen zum Außenhandel, Saldo 1)								
2006	+ 137 674	+ 160 965	- 4 687	- 31 777	+ 40 499	- 32 014	- 1 328	+ 157 142	- 2 934	+ 20 796	
2007	+ 171 493	+ 201 728	- 1 183	- 32 465	+ 35 620	- 33 390	- 1 597	+ 183 169	+ 953	+ 13 273	
2008	+ 144 954	+ 184 160	- 3 947	- 29 122	+ 24 063	- 34 147	- 893	+ 121 336	+ 2 008	- 22 725	
2009	+ 142 744	+ 140 626	- 6 605	- 17 642	+ 54 524	- 34 764	- 1 858	+ 129 693	+ 8 648	- 11 194	
2010	+ 147 298	+ 160 829	- 6 209	- 25 255	+ 51 306	- 39 582	+ 1 219	+ 92 757	+ 1 613	- 55 760	
2011	+ 167 340	+ 162 970	- 9 357	- 29 930	+ 69 087	- 34 787	+ 419	+ 120 857	+ 2 836	- 46 902	
2012	+ 195 712	+ 199 531	- 11 388	- 30 774	+ 65 658	- 38 703	- 413	+ 151 417	+ 1 297	- 43 882	
2013	+ 184 352	+ 203 802	- 12 523	- 39 321	+ 63 284	- 43 413	- 563	+ 226 014	+ 838	+ 42 224	
2014	+ 210 906	+ 219 629	- 14 296	- 25 303	+ 57 752	- 41 172	+ 2 936	+ 240 258	- 2 564	+ 26 416	
2015	+ 260 286	+ 248 394	- 15 405	- 18 516	+ 69 262	- 38 854	- 48	+ 234 392	- 2 213	- 25 845	
2016	+ 266 689	+ 252 409	- 19 921	- 20 987	+ 76 199	- 40 931	+ 2 142	+ 261 123	+ 1 686	+ 7 708	
2017	+ 254 936	+ 255 077	- 13 613	- 23 994	+ 74 629	- 50 776	- 2 936	+ 276 709	- 1 269	+ 24 710	
2018	+ 264 156	+ 224 584	- 22 682	- 17 410	+ 105 694	- 48 713	+ 676	+ 246 544	+ 392	- 18 288	
2019	+ 258 627	+ 216 523	- 31 760	- 20 653	+ 111 191	- 48 434	- 526	+ 203 799	- 544	- 54 302	
2020 ¹⁾	+ 233 918	+ 189 532	- 8 907	+ 3 471	+ 92 497	- 51 582	- 4 771	+ 231 103	- 51	+ 1 956	
2018 3.Vj.	+ 56 223	+ 50 524	- 5 011	- 12 014	+ 29 919	- 12 206	- 1 587	+ 42 895	- 493	- 11 741	
4.Vj.	+ 65 027	+ 44 532	- 12 500	- 871	+ 38 033	- 16 667	- 609	+ 61 806	+ 560	- 2 612	
2019 1.Vj.	+ 70 210	+ 56 391	- 4 760	- 1 290	+ 31 863	- 16 753	+ 900	+ 44 999	- 63	- 26 111	
2.Vj.	+ 57 800	+ 52 295	- 7 867	- 2 849	+ 14 629	- 6 274	- 374	+ 47 570	+ 444	- 9 856	
3.Vj.	+ 62 831	+ 57 801	- 7 757	- 12 518	+ 29 954	- 12 405	+ 265	+ 18 301	- 349	- 44 796	
4.Vj.	+ 67 786	+ 50 037	- 11 376	- 3 995	+ 34 746	- 13 003	- 1 317	+ 92 930	- 576	+ 26 460	
2020 1.Vj.	+ 62 196	+ 52 500	- 2 696	- 2 773	+ 26 874	- 14 404	- 348	+ 37 818	+ 133	- 24 030	
2.Vj.	+ 37 318	+ 27 533	- 1 960	+ 5 647	+ 13 060	- 8 922	+ 188	+ 28 568	+ 243	- 8 938	
3.Vj.	+ 62 013	+ 55 641	- 1 106	- 5 402	+ 22 142	- 10 369	- 1 206	+ 68 302	- 1 276	+ 7 495	
4.Vj. ¹⁾	+ 72 391	+ 53 857	- 3 145	+ 5 999	+ 30 421	- 17 886	- 3 405	+ 96 416	+ 848	+ 27 430	
2021 1.Vj. ¹⁾	+ 66 650	+ 55 972	- 1 223	+ 3 603	+ 27 693	- 20 618	- 215	+ 123 063	+ 385	+ 56 627	
2.Vj. ¹⁾	+ 56 615	+ 45 692	- 2 141	+ 4 894	+ 14 602	- 8 572	- 1 887	+ 67 793	+ 58	+ 13 065	
2019 März	+ 32 389	+ 24 345	- 837	- 140	+ 11 830	- 3 646	- 1 399	+ 8 909	- 333	- 22 080	
April	+ 22 256	+ 17 081	- 2 686	- 312	+ 9 185	- 3 697	- 47	+ 23 703	+ 547	+ 1 494	
Mai	+ 15 432	+ 19 137	- 3 090	+ 131	+ 4 604	- 767	- 52	+ 6 277	+ 182	- 9 103	
Juni	+ 20 112	+ 16 077	- 2 092	- 2 668	+ 10 048	- 3 344	- 276	+ 17 589	- 285	- 2 247	
Juli	+ 20 611	+ 20 555	- 3 036	- 4 819	+ 9 538	- 4 664	+ 171	+ 11 234	+ 348	- 9 548	
Aug.	+ 17 334	+ 16 559	- 1 639	- 5 218	+ 10 219	- 4 226	+ 788	- 1 942	+ 755	- 20 065	
Sept.	+ 24 886	+ 20 687	- 3 083	- 2 482	+ 10 197	- 3 516	- 694	+ 9 009	- 1 452	- 15 183	
Okt.	+ 19 690	+ 20 550	- 3 285	- 5 948	+ 9 775	- 4 687	- 823	+ 44 140	- 107	+ 25 273	
Nov.	+ 23 695	+ 17 228	- 3 055	+ 392	+ 9 744	- 3 669	- 491	+ 20 116	- 356	- 3 088	
Dez.	+ 24 401	+ 12 259	- 5 035	+ 1 562	+ 15 227	- 4 647	- 3	+ 28 674	- 113	+ 4 275	
2020 Jan.	+ 15 860	+ 14 116	- 769	- 1 090	+ 10 156	- 7 321	+ 267	+ 3 235	+ 898	- 12 892	
Febr.	+ 21 578	+ 20 218	- 1 768	- 1 359	+ 7 014	- 4 294	+ 48	+ 17 898	+ 750	- 3 728	
März	+ 24 758	+ 18 167	- 159	- 324	+ 9 704	- 2 789	- 663	+ 16 684	- 1 514	- 7 411	
April	+ 9 965	+ 3 711	- 617	+ 1 710	+ 8 859	- 4 315	+ 88	+ 10 215	+ 950	+ 161	
Mai	+ 7 079	+ 8 995	+ 768	+ 1 553	- 14	- 3 454	+ 8	+ 115	+ 33	- 6 972	
Juni	+ 20 273	+ 14 827	- 2 111	+ 2 384	+ 4 215	- 1 154	+ 91	+ 18 238	- 740	- 2 127	
Juli	+ 20 204	+ 19 766	- 430	- 2 646	+ 6 782	- 3 698	- 928	+ 18 341	- 611	- 935	
Aug.	+ 16 668	+ 13 915	- 226	- 2 308	+ 8 416	- 3 355	+ 486	+ 32 997	- 611	+ 15 843	
Sept.	+ 25 142	+ 21 961	- 450	- 448	+ 6 944	- 3 315	- 764	+ 16 964	- 53	- 7 413	
Okt.	+ 24 370	+ 20 733	- 513	+ 843	+ 7 236	- 4 442	- 1 320	+ 27 100	+ 140	+ 4 050	
Nov.	+ 21 562	+ 18 376	+ 122	+ 2 239	+ 8 537	- 7 589	- 2 090	+ 14 685	+ 89	- 4 788	
Dez. ¹⁾	+ 26 459	+ 14 748	- 2 754	+ 2 917	+ 14 648	- 5 855	+ 5	+ 54 631	+ 618	+ 28 167	
2021 Jan. ¹⁾	+ 17 931	+ 14 532	- 440	+ 943	+ 9 795	- 7 340	- 395	+ 27 039	+ 743	+ 9 503	
Febr. ¹⁾	+ 18 326	+ 18 088	- 728	+ 1 335	+ 7 636	- 8 733	- 1 448	+ 52 214	+ 102	+ 35 336	
März ¹⁾	+ 30 393	+ 23 352	- 56	+ 1 324	+ 10 262	- 4 545	+ 1 628	+ 43 810	- 460	+ 11 788	
April ¹⁾	+ 21 034	+ 15 539	- 662	+ 2 809	+ 6 508	- 3 822	- 984	+ 24 124	- 251	+ 4 074	
Mai ¹⁾	+ 12 982	+ 13 796	- 778	+ 1 665	- 642	- 1 837	- 271	+ 14 423	+ 211	+ 1 711	
Juni ¹⁾	+ 22 599	+ 16 357	- 701	+ 419	+ 8 735	- 2 913	- 632	+ 29 246	+ 98	+ 7 279	
Juli ¹⁾	+ 17 850	+ 17 506	- 1 487	- 2 195	+ 8 292	- 5 752	- 574	- 2 676	+ 102	- 19 952	
Aug. ¹⁾	+ 11 760	+ 11 032	- 972	- 4 790	+ 10 283	- 4 765	+ 603	+ 10 936	+ 31 254	- 1 427	

1 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung, Absetzungen der Rückwaren und Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung.
2 Einschl. Nettoerwerb/-veräußerung von nichtproduziertem Sachvermögen.

3 Zunahme an Nettoauslandsvermögen: + / Abnahme: - 4 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungsbilanz sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2018	2019	2020	2021					
					März	April	Mai	Juni	Juli	August §)
Alle Länder 1)	Ausfuhr	1 317 440	1 328 152	1 205 281	126 910	111 889	109 537	118 663	115 076	104 445
	Einfuhr	1 088 720	1 104 141	1 025 344	106 341	96 575	97 172	102 502	97 172	93 752
	Saldo	+ 228 720	+ 224 010	+ 179 937	+ 20 569	+ 15 314	+ 12 365	+ 16 161	+ 17 904	+ 10 693
I. Europäische Länder	Ausfuhr	900 141	902 831	823 346	86 524	77 138	76 243	81 399	78 589	71 340
	Einfuhr	744 575	747 692	682 626	72 260	64 344	65 709	68 244	65 904	60 893
	Saldo	+ 155 566	+ 155 140	+ 140 721	+ 14 264	+ 12 794	+ 10 533	+ 13 154	+ 12 685	+ 10 447
1. EU-Länder (27)	Ausfuhr	696 480	698 257	634 728	67 652	60 628	60 779	64 690	61 648	55 671
	Einfuhr	586 433	593 251	547 205	58 056	51 033	52 867	54 980	52 899	46 987
	Saldo	+ 110 047	+ 105 006	+ 87 523	+ 9 597	+ 9 596	+ 7 912	+ 9 711	+ 8 749	+ 8 683
Euroraum (19)	Ausfuhr	492 469	492 308	440 913	47 143	42 268	42 031	45 153	43 308	37 775
	Einfuhr	405 810	409 863	372 089	39 641	34 755	36 412	37 991	36 794	32 390
	Saldo	+ 86 659	+ 82 445	+ 68 824	+ 7 501	+ 7 512	+ 5 619	+ 7 162	+ 6 514	+ 5 385
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	50 389	52 006	48 798	5 021	4 801	4 627	4 918	4 495	4 307
	Einfuhr	49 315	46 322	39 744	4 541	4 731	4 575	5 336	4 756	4 480
	Saldo	+ 1 074	+ 5 683	+ 9 053	+ 480	+ 70	+ 52	- 418	- 262	- 172
Frankreich	Ausfuhr	105 359	106 564	90 794	9 497	8 418	8 350	9 196	8 457	7 136
	Einfuhr	65 024	66 199	56 498	5 820	4 947	4 777	5 493	5 257	4 473
	Saldo	+ 40 335	+ 40 364	+ 34 296	+ 3 677	+ 3 471	+ 3 573	+ 3 704	+ 3 200	+ 2 662
Italien	Ausfuhr	69 813	67 887	60 368	6 846	6 093	6 134	6 535	6 636	6 093
	Einfuhr	60 223	57 100	54 005	5 940	5 281	5 571	5 572	5 687	4 550
	Saldo	+ 9 591	+ 10 786	+ 6 363	+ 906	+ 811	+ 562	+ 964	+ 943	+ 186
Niederlande	Ausfuhr	91 061	91 528	84 473	9 046	7 716	7 956	8 438	8 250	7 928
	Einfuhr	97 709	97 816	87 638	9 050	7 991	8 449	8 558	8 722	8 262
	Saldo	- 6 649	- 6 288	- 3 165	- 4	- 275	- 494	- 120	- 473	- 335
Österreich	Ausfuhr	65 027	66 076	60 071	6 506	5 912	5 791	6 150	6 065	5 559
	Einfuhr	42 994	44 059	40 415	4 292	3 767	3 853	4 195	4 126	3 452
	Saldo	+ 22 033	+ 22 017	+ 19 656	+ 2 214	+ 2 145	+ 1 938	+ 1 955	+ 1 939	+ 2 107
Spanien	Ausfuhr	44 184	44 218	37 464	3 953	3 728	3 712	3 895	3 658	3 050
	Einfuhr	32 399	33 126	31 312	3 341	2 893	2 947	2 816	2 800	2 194
	Saldo	+ 11 785	+ 11 092	+ 6 153	+ 612	+ 835	+ 765	+ 1 079	+ 858	+ 855
Anderere EU-Länder	Ausfuhr	204 011	205 949	193 815	20 510	18 361	18 749	19 538	18 340	17 895
	Einfuhr	180 623	183 387	175 116	18 414	16 277	16 455	16 989	16 105	14 597
	Saldo	+ 23 388	+ 22 561	+ 18 699	+ 2 095	+ 2 083	+ 2 293	+ 2 549	+ 2 235	+ 3 298
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	203 661	204 575	188 618	18 872	16 509	15 464	16 708	16 942	15 670
	Einfuhr	158 142	154 441	135 420	14 205	13 311	12 842	13 265	13 006	13 906
	Saldo	+ 45 519	+ 50 134	+ 53 198	+ 4 667	+ 3 198	+ 2 622	+ 3 444	+ 3 936	+ 1 764
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	54 021	56 345	56 287	5 435	4 967	4 670	4 983	4 832	4 929
	Einfuhr	45 913	45 824	45 476	4 482	4 062	4 344	4 170	3 882	3 772
	Saldo	+ 8 108	+ 10 521	+ 10 811	+ 953	+ 906	+ 326	+ 813	+ 949	+ 1 157
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	82 164	79 166	66 814	6 525	5 335	5 006	5 536	5 922	4 794
	Einfuhr	37 025	38 397	34 823	3 187	3 064	2 703	2 706	2 836	2 280
	Saldo	+ 45 139	+ 40 770	+ 31 991	+ 3 339	+ 2 271	+ 2 304	+ 2 830	+ 3 086	+ 2 515
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	413 483	421 728	380 214	40 232	34 610	33 151	37 092	36 281	32 900
	Einfuhr	342 980	355 390	341 774	34 002	32 140	31 234	34 119	31 135	32 740
	Saldo	+ 70 503	+ 66 338	+ 38 440	+ 6 230	+ 2 470	+ 1 918	+ 2 973	+ 5 146	+ 161
1. Afrika	Ausfuhr	22 524	23 627	20 037	2 252	1 768	1 723	1 908	2 295	1 862
	Einfuhr	22 542	24 475	18 711	2 239	1 993	2 160	2 419	2 068	1 971
	Saldo	- 18	- 848	+ 1 327	+ 13	- 225	- 437	- 512	+ 226	- 109
2. Amerika	Ausfuhr	158 952	165 602	141 740	15 325	13 760	12 597	14 592	14 794	13 047
	Einfuhr	92 444	100 007	93 946	9 116	8 684	8 088	9 700	7 734	8 735
	Saldo	+ 66 508	+ 65 595	+ 47 794	+ 6 209	+ 5 076	+ 4 509	+ 4 892	+ 7 061	+ 4 312
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	113 341	118 680	103 821	11 149	10 061	9 095	10 247	10 832	9 406
	Einfuhr	64 493	71 334	67 688	6 700	6 161	5 882	6 934	5 434	6 268
	Saldo	+ 48 847	+ 47 346	+ 36 133	+ 4 449	+ 3 900	+ 3 213	+ 3 313	+ 5 398	+ 3 138
3. Asien	Ausfuhr	219 716	221 278	207 780	21 554	18 206	17 906	19 587	18 120	17 160
	Einfuhr	224 355	227 036	225 245	22 304	21 214	20 604	21 571	20 980	21 745
	Saldo	- 4 639	- 5 759	- 17 465	- 750	- 3 007	- 2 699	- 1 984	- 2 860	- 4 584
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	29 144	28 663	25 445	2 308	2 032	2 222	2 326	2 014	2 112
	Einfuhr	8 156	7 460	5 921	511	589	664	901	669	619
	Saldo	+ 20 989	+ 21 202	+ 19 523	+ 1 796	+ 1 442	+ 1 558	+ 1 425	+ 1 345	+ 1 492
Japan	Ausfuhr	20 436	20 662	17 382	1 674	1 551	1 308	1 393	1 442	1 557
	Einfuhr	23 710	23 904	21 305	1 886	2 080	1 951	2 035	1 948	1 927
	Saldo	- 3 275	- 3 243	- 3 923	- 212	- 529	- 644	- 642	- 507	- 370
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	93 004	95 984	95 860	10 320	8 379	8 405	9 530	8 357	7 629
	Einfuhr	106 065	110 054	116 989	11 893	10 743	10 334	10 915	10 773	11 361
	Saldo	- 13 061	- 14 070	- 21 129	- 1 573	- 2 364	- 1 930	- 1 385	- 2 417	- 3 732
Neue Industriestaaten und Schwellenländer Asiens 3)	Ausfuhr	54 995	54 164	50 585	5 142	4 510	4 522	4 501	4 634	4 076
	Einfuhr	52 945	51 748	48 228	4 731	4 542	4 556	4 718	4 289	4 690
	Saldo	+ 2 050	+ 2 416	+ 2 357	+ 411	- 32	- 34	- 217	+ 345	- 614
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	12 291	11 221	10 657	1 101	875	926	1 005	1 072	831
	Einfuhr	3 639	3 872	3 872	343	249	381	429	353	289
	Saldo	+ 8 652	+ 7 349	+ 6 785	+ 758	+ 626	+ 545	+ 577	+ 719	+ 542

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem jeweils neuesten Stand. EU ohne Vereinigtes Königreich. 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. 2 Ohne Hongkong. 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungen und Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen								Primäreinkommen		
	Insgesamt	darunter:							Arbeitnehmerentgelt	Vermögens-einkommen	Sonstiges Primär-einkommen 3)
		Transport-dienst-leistungen	Reise-verkehr 1)	Finanz-dienst-leistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommuni-kations-, EDV- und Infor-mationsdienst-leistungen	Sonstige unter-nehmens-bezogene Dienst-leistungen	Regierungs-leistungen 2)			
2016	- 20 987	- 5 950	- 38 247	+ 8 612	+ 15 790	- 7 156	- 1 520	+ 3 092	+ 474	+ 76 800	- 1 076
2017	- 23 994	- 3 679	- 43 558	+ 9 613	+ 14 903	- 8 188	- 1 065	+ 2 177	- 637	+ 76 669	- 1 403
2018	- 17 410	- 2 003	- 44 543	+ 9 535	+ 17 398	- 7 206	+ 580	+ 3 325	- 1 208	+ 107 902	- 1 001
2019	- 20 653	+ 2	- 45 947	+ 10 392	+ 17 728	- 9 561	- 2 933	+ 3 493	+ 373	+ 111 763	- 945
2020	+ 3 471	- 6 095	- 14 698	+ 9 461	+ 17 392	- 6 822	- 4 775	+ 3 347	+ 2 307	+ 91 586	- 1 396
2019 4.Vj.	- 3 995	+ 68	- 10 513	+ 2 839	+ 5 362	- 3 165	- 805	+ 725	+ 459	+ 30 866	+ 3 421
2020 1.Vj.	- 2 773	- 1 220	- 7 497	+ 2 464	+ 4 344	- 2 164	- 963	+ 881	+ 917	+ 26 953	- 996
2.Vj.	+ 5 647	- 1 534	+ 259	+ 2 332	+ 4 794	- 1 524	- 1 125	+ 879	+ 384	+ 15 200	- 2 524
3.Vj.	- 5 402	- 1 863	- 7 428	+ 2 206	+ 3 353	- 1 993	- 1 645	+ 892	+ 97	+ 23 168	- 1 123
4.Vj.	+ 5 999	- 1 478	- 32	+ 2 458	+ 4 902	- 1 140	- 1 042	+ 695	+ 909	+ 26 265	+ 3 247
2021 1.Vj.	+ 3 603	- 1 036	- 378	+ 2 614	+ 4 422	- 2 501	- 1 418	+ 785	+ 999	+ 27 710	- 1 016
2.Vj.	+ 4 894	- 223	- 1 723	+ 2 522	+ 4 779	- 1 254	- 1 241	+ 824	+ 464	+ 17 003	- 2 865
2020 Okt.	+ 843	- 620	- 728	+ 961	+ 1 341	- 700	- 93	+ 259	+ 257	+ 7 413	- 434
Nov.	+ 2 239	- 457	+ 358	+ 497	+ 1 712	- 611	- 82	+ 192	+ 266	+ 8 741	- 470
Dez.	+ 2 917	- 401	+ 338	+ 1 001	+ 1 849	+ 170	- 867	+ 244	+ 386	+ 10 111	+ 4 151
2021 Jan.	+ 943	- 460	- 133	+ 1 013	+ 1 086	- 869	- 347	+ 256	+ 343	+ 9 806	- 354
Febr.	+ 1 335	- 356	- 62	+ 797	+ 1 467	- 733	- 260	+ 262	+ 359	+ 7 576	- 299
März	+ 1 324	- 220	- 183	+ 803	+ 1 868	- 900	- 811	+ 267	+ 297	+ 10 328	- 363
April	+ 2 809	+ 192	- 155	+ 1 204	+ 1 859	- 673	- 153	+ 265	+ 138	+ 6 694	- 323
Mai	+ 1 665	- 190	- 144	+ 847	+ 1 355	- 477	- 495	+ 289	+ 171	+ 1 278	- 2 091
Juni	+ 419	- 224	- 1 425	+ 472	+ 1 564	- 104	- 592	+ 271	+ 155	+ 9 031	- 451
Juli	- 2 195	- 87	- 3 328	+ 761	+ 1 112	- 1 178	+ 24	+ 293	+ 26	+ 8 675	- 410
Aug. p)	- 4 790	+ 329	- 5 126	- 593	+ 951	- 388	- 559	+ 306	+ 45	+ 10 646	- 408

1 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 2 Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl.

Einnahmen ausländischer militärischer Dienststellen. 3 Enthält unter anderem Pacht, Produktions- und Importabgaben an die EU sowie Subventionen von der EU.

5. Sekundäreinkommen und Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Sekundäreinkommen						Vermögensänderungsbilanz			
	Insgesamt	Staat			Alle Sektoren ohne Staat 2)			Insgesamt	nicht produziertes Sachvermögen	Vermögens-übertragungen
		Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:				
			Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit 1)	Laufende Steuern auf Vermögen, u.ä.		Persönliche Über-tragungen 3)	darunter: Heimat-überweisungen			
2016	- 40 931	- 25 417	- 11 516	+ 10 739	- 15 514	+ 4 214	+ 4 196	+ 2 142	+ 3 219	- 1 077
2017	- 50 776	- 23 191	- 9 851	+ 9 665	- 27 584	+ 4 632	+ 4 613	- 2 936	+ 926	- 3 863
2018	- 48 713	- 28 645	- 10 186	+ 10 237	- 20 067	+ 5 152	+ 5 142	+ 676	+ 3 444	- 2 768
2019	- 48 434	- 28 956	- 10 728	+ 11 745	- 19 479	+ 5 445	+ 5 431	- 526	+ 2 754	- 3 280
2020	- 51 582	- 34 268	- 12 211	+ 10 877	- 17 313	+ 5 925	+ 5 908	- 4 771	+ 469	- 5 240
2019 4.Vj.	- 13 003	- 8 266	- 4 687	+ 1 342	- 4 737	+ 1 363	+ 1 358	- 1 317	+ 854	- 2 171
2020 1.Vj.	- 14 404	- 9 565	- 2 315	+ 2 514	- 4 839	+ 1 482	+ 1 477	- 348	+ 444	+ 95
2.Vj.	- 8 922	- 4 819	- 2 270	+ 4 506	- 4 104	+ 1 480	+ 1 477	+ 188	+ 504	- 316
3.Vj.	- 10 369	- 6 422	- 3 249	+ 2 144	- 3 947	+ 1 481	+ 1 477	- 1 206	+ 54	- 1 151
4.Vj.	- 17 886	- 13 463	- 4 378	+ 1 713	- 4 423	+ 1 482	+ 1 477	- 3 405	+ 464	- 3 869
2021 1.Vj.	- 20 618	- 14 676	- 3 294	+ 2 276	- 5 942	+ 1 547	+ 1 543	- 215	- 25	- 190
2.Vj.	- 8 572	- 4 303	- 1 584	+ 5 280	- 4 269	+ 1 547	+ 1 543	- 1 887	- 1 702	- 184
2020 Okt.	- 4 442	- 2 998	- 962	+ 525	- 1 444	+ 494	+ 492	- 1 320	- 782	- 538
Nov.	- 7 589	- 5 989	- 1 390	+ 256	- 1 601	+ 494	+ 492	- 2 090	- 393	- 1 697
Dez.	- 5 855	- 4 476	- 2 026	+ 931	- 1 379	+ 493	+ 492	+ 5	+ 1 639	- 1 634
2021 Jan.	- 7 340	- 5 854	- 1 803	+ 399	- 1 486	+ 516	+ 514	- 395	- 373	- 22
Febr.	- 8 733	- 6 458	- 661	+ 923	- 2 275	+ 515	+ 514	- 1 448	- 1 236	- 212
März	- 4 545	- 2 364	- 830	+ 955	- 2 181	+ 516	+ 514	+ 1 628	+ 1 584	+ 44
April	- 3 822	- 2 165	- 641	+ 1 332	- 1 658	+ 516	+ 514	- 984	- 857	- 127
Mai	- 1 837	- 734	- 409	+ 2 799	- 1 103	+ 516	+ 514	- 271	- 250	- 21
Juni	- 2 913	- 1 405	- 535	+ 1 149	- 1 508	+ 515	+ 514	- 632	- 596	- 36
Juli	- 5 752	- 3 968	- 2 738	+ 686	- 1 784	+ 516	+ 514	- 574	- 242	- 332
Aug. p)	- 4 765	- 3 380	- 688	+ 379	- 1 386	+ 515	+ 514	+ 603	+ 684	- 82

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen.

2 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebensversicherungen). 3 Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

XII. Außenwirtschaft

6. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2018	2019	2020	2020		2021			
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	Juni	Juli	August p)
I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)	+ 398 714	+ 247 406	+ 707 119	+ 77 200	+ 287 271	+ 122 108	+ 69 912	- 57 261	+ 61 283
1. Direktinvestitionen	+ 156 050	+ 136 291	+ 96 602	+ 43 818	+ 45 517	+ 17 302	+ 20 978	+ 5 805	+ 6 093
Beteiligungskapital	+ 154 766	+ 116 375	+ 79 229	+ 13 948	+ 12 105	+ 31 115	+ 7 235	+ 7 733	+ 9 056
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 37 276	+ 37 654	+ 16 648	- 3 967	+ 14 233	+ 7 491	+ 2 965	+ 3 027	+ 5 961
Direktinvestitionskredite	+ 1 285	+ 19 916	+ 17 373	+ 29 871	+ 33 412	- 13 813	+ 13 743	- 1 928	- 2 963
2. Wertpapieranlagen	+ 82 648	+ 136 850	+ 186 532	+ 67 717	+ 77 652	+ 59 175	+ 31 706	+ 16 831	+ 10 863
Aktien 2)	+ 9 251	+ 14 111	+ 65 947	+ 22 891	+ 9 077	+ 10 119	+ 6 591	+ 4 412	+ 7 134
Investmentfondsanteile 3)	+ 28 366	+ 53 919	+ 64 435	+ 30 200	+ 16 793	+ 24 841	+ 10 690	+ 5 103	+ 8 590
kurzfristige									
Schuldverschreibungen 4)	+ 1 973	+ 8 599	+ 2 019	- 1 898	+ 3 628	- 5 848	- 2 643	+ 2 595	+ 591
langfristige									
Schuldverschreibungen 5)	+ 43 058	+ 60 221	+ 54 131	+ 16 524	+ 48 154	+ 30 063	+ 17 069	+ 4 721	- 5 453
3. Finanzderivate und									
Mitarbeiteroptionen 6)	+ 22 539	+ 24 532	+ 99 097	+ 9 121	+ 22 346	+ 13 451	+ 5 131	+ 2 098	- 5 726
4. Übriger Kapitalverkehr 7)	+ 137 085	- 49 723	+ 324 940	- 44 304	+ 141 371	+ 32 121	+ 11 998	- 82 097	+ 18 799
Monetäre Finanzinstitute 8)	+ 49 862	+ 9 276	- 4 494	- 49 332	+ 142 555	+ 17 351	- 5 191	- 7 301	- 9 974
kurzfristig	+ 45 400	- 8 901	+ 3 526	- 50 666	+ 135 399	+ 13 907	- 7 593	- 4 014	- 3 553
langfristig	+ 4 462	+ 18 177	- 8 020	+ 1 333	+ 7 157	+ 3 444	+ 2 401	- 3 287	- 6 421
Unternehmen und									
Privatpersonen 9)	+ 39 124	+ 16 241	+ 85 204	- 10 143	+ 57 978	- 1 468	- 4 640	- 1 292	+ 15 514
kurzfristig	+ 20 489	+ 4 510	+ 43 928	+ 4 426	+ 55 568	- 4 798	- 6 148	- 3 418	+ 14 220
langfristig	+ 18 635	+ 11 730	+ 41 276	- 14 568	+ 2 410	+ 3 330	+ 1 507	+ 2 126	+ 1 294
Staat	- 8 696	- 4 325	+ 1 118	- 5 900	- 4 891	- 723	+ 104	- 72	+ 1 621
kurzfristig	- 7 706	- 1 139	+ 2 399	- 5 513	- 4 591	- 695	+ 164	+ 194	+ 1 566
langfristig	- 990	- 3 186	- 1 281	- 387	- 300	- 28	- 60	- 266	+ 55
Bundesbank	+ 56 795	- 70 915	+ 243 112	+ 21 071	- 54 271	+ 16 961	+ 21 726	- 73 432	+ 11 637
5. Währungsreserven	+ 392	- 544	- 51	+ 848	+ 385	+ 58	+ 98	+ 102	+ 31 254
II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)	+ 152 171	+ 43 607	+ 476 016	- 19 215	+ 164 208	+ 54 315	+ 40 665	- 54 585	+ 50 348
1. Direktinvestitionen	+ 135 583	+ 60 170	+ 97 216	+ 40 655	+ 14 345	+ 13 647	+ 17 110	- 3 854	+ 2 606
Beteiligungskapital	+ 48 790	+ 30 250	+ 31 079	+ 15 740	+ 5 664	+ 8 759	+ 3 235	+ 2 074	+ 1 625
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 4 331	+ 1 031	+ 2 152	- 1 337	+ 1 039	- 1 921	- 1 965	+ 560	+ 1 248
Direktinvestitionskredite	+ 86 793	+ 29 920	+ 66 136	+ 24 915	+ 8 681	+ 4 888	+ 13 876	- 5 928	+ 981
2. Wertpapieranlagen	- 70 988	+ 63 443	+ 143 783	- 104 819	+ 30 853	- 10 289	- 6 372	- 16 133	+ 14 457
Aktien 2)	- 30 383	- 6 075	- 16 838	- 985	+ 4 188	- 5 174	- 3 309	+ 2 285	- 297
Investmentfondsanteile 3)	- 6 364	- 4 923	+ 933	+ 1 835	+ 110	+ 999	- 827	- 786	- 525
kurzfristige									
Schuldverschreibungen 4)	+ 5 128	+ 15 902	+ 80 193	- 33 494	+ 19 476	+ 216	+ 611	- 3 534	+ 10 736
langfristige									
Schuldverschreibungen 5)	- 39 370	+ 58 539	+ 79 494	- 72 175	+ 7 079	- 6 330	- 2 846	- 14 098	+ 4 542
3. Übriger Kapitalverkehr 7)	+ 87 576	- 80 006	+ 235 017	+ 44 949	+ 119 010	+ 50 957	+ 29 926	- 34 597	+ 33 284
Monetäre Finanzinstitute 8)	- 35 902	- 10 214	+ 108 397	- 73 056	+ 248 352	+ 28 522	- 15 815	- 33 997	- 6 669
kurzfristig	- 27 469	- 20 978	+ 74 805	- 83 596	+ 218 851	+ 43 378	- 12 412	- 43 178	- 18 028
langfristig	- 8 433	+ 10 764	+ 33 591	+ 10 539	+ 29 501	- 14 856	- 3 403	+ 9 181	+ 11 359
Unternehmen und									
Privatpersonen 9)	+ 18 949	+ 29 501	+ 26 267	- 8 854	+ 8 474	- 4 287	- 3 042	+ 11 957	- 182
kurzfristig	+ 7 132	+ 9 988	+ 18 062	- 6 779	+ 11 480	- 781	- 2 061	+ 10 373	- 589
langfristig	+ 11 816	+ 19 513	+ 8 206	- 2 075	- 3 006	- 3 505	- 981	+ 1 584	+ 407
Staat	+ 2 906	+ 262	- 10 521	- 4 993	- 3 760	+ 3 635	+ 164	+ 188	- 1 916
kurzfristig	+ 2 230	+ 124	- 10 306	- 4 456	- 1 044	+ 3 624	+ 164	+ 208	- 1 914
langfristig	+ 677	+ 138	- 216	- 537	- 2 716	+ 10	+ 1	- 20	- 1
Bundesbank	+ 101 623	- 99 554	+ 110 874	+ 131 853	- 134 057	+ 23 087	+ 48 619	- 12 746	+ 42 051
III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslandsvermögen: +/ Abnahme: -)	+ 246 544	+ 203 799	+ 231 103	+ 96 416	+ 123 063	+ 67 793	+ 29 246	- 2 676	+ 10 936

1 Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe 'Statistische Fachreihe Direktinvestitionstätigkeiten'). 2 Einschl. Genußscheine. 3 Einschl. reinvestierter Erträge. 4 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. 5 Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine

Laufzeitbegrenzung. 6 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. 7 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 8 Ohne Bundesbank. 9 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne Monetäre Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

XII. Außenwirtschaft

7. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank *)

Mio €

Stand zum Ende des Berichtszeitraums	Auslandsaktiva										Auslands-passiva ^{3) 4)}	Netto-Auslands-position ⁵⁾
	Insgesamt	Währungsreserven					Übrige Kapitalanlagen			Wertpapier-anlagen ²⁾		
		Insgesamt	Gold und Gold-forderungen	Sonder-ziehungs-rechte	Reserve-position im IWF	Bargeld, Ein-lagen und Wertpapier-anlagen	Insgesamt	darunter: Verrechnungs-konten innerhalb des ESZB ¹⁾				
1999 Jan. ⁶⁾	95 316	93 940	29 312	1 598	6 863	56 167	1 376	–	–	–	9 628	85 688
2001	76 147	93 215	35 005	2 032	6 689	49 489	– 17 068	–	30 857	–	10 477	65 670
2002	103 948	85 002	36 208	1 888	6 384	40 522	18 780	4 995	166	166	66 278	37 670
2003	95 394	76 680	36 533	1 540	6 069	32 538	18 259	4 474	454	454	83 329	12 065
2004	93 110	71 335	35 495	1 512	5 036	29 292	21 110	7 851	665	665	95 014	– 1 904
2005	130 268	86 181	47 924	1 601	2 948	33 708	43 184	29 886	902	902	115 377	14 891
2006	104 389	84 765	53 114	1 525	1 486	28 640	18 696	5 399	928	928	134 697	– 30 308
2007	179 492	92 545	62 433	1 469	949	27 694	84 420	71 046	2 527	2 527	176 569	2 923
2008	230 775	99 185	68 194	1 576	1 709	27 705	129 020	115 650	2 570	2 570	237 893	– 7 118
2009	323 286	125 541	83 939	13 263	2 705	25 634	190 288	177 935	7 458	7 458	247 645	75 641
2010	524 695	162 100	115 403	14 104	4 636	27 957	337 921	325 553	24 674	24 674	273 241	251 454
2011	714 662	184 603	132 874	14 118	8 178	29 433	475 994	463 311	54 065	54 065	333 730	380 932
2012	921 002	188 630	137 513	13 583	8 760	28 774	668 672	655 670	63 700	63 700	424 999	496 003
2013	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	54 834	401 524	320 217
2014	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	46 784	396 314	282 490
2015	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	44 539	481 787	318 921
2016	990 450	175 765	119 253	14 938	6 581	34 993	767 128	754 263	47 557	47 557	592 723	397 727
2017	1 142 845	166 842	117 347	13 987	4 294	31 215	923 765	906 941	52 238	52 238	668 527	474 318
2018	1 209 982	173 138	121 445	14 378	5 518	31 796	980 560	966 190	56 284	56 284	770 519	439 462
2019	1 160 971	199 295	146 562	14 642	6 051	32 039	909 645	895 219	52 031	52 031	671 202	489 769
2020	1 429 236	219 127	166 904	14 014	8 143	30 066	1 152 757	1 136 002	57 353	57 353	781 339	647 898
2019 April	1 167 188	177 378	124 046	14 622	6 228	32 482	935 563	919 696	54 247	54 247	627 089	540 098
Mai	1 186 394	180 073	126 092	14 637	6 150	33 193	952 038	934 640	54 283	54 283	618 639	567 754
Juni	1 201 041	187 401	134 470	14 473	6 081	32 377	960 158	942 319	53 482	53 482	649 792	551 249
Juli	1 134 349	193 244	139 163	14 613	6 391	33 077	888 584	870 903	52 521	52 521	621 971	512 378
Aug.	1 173 640	205 331	149 696	14 703	6 379	34 553	915 546	897 901	52 763	52 763	638 733	534 907
Sept.	1 185 142	202 285	147 611	14 831	6 396	33 447	930 892	915 342	51 965	51 965	626 236	558 906
Okt.	1 103 094	199 858	146 284	14 663	6 287	32 624	852 754	837 377	50 482	50 482	596 696	506 398
Nov.	1 134 129	197 047	143 253	14 799	6 116	32 879	885 524	870 520	51 558	51 558	590 333	543 797
Dez.	1 160 971	199 295	146 562	14 642	6 051	32 039	909 645	895 219	52 031	52 031	671 202	489 769
2020 Jan.	1 090 725	209 432	154 867	14 785	6 110	33 671	828 120	811 435	53 173	53 173	580 910	509 814
Febr.	1 106 033	215 748	159 889	14 857	5 989	35 014	836 782	821 562	53 503	53 503	577 033	529 000
März	1 218 815	213 722	158 677	14 812	5 965	34 268	952 781	935 126	52 312	52 312	617 919	600 896
April	1 214 851	226 903	170 359	14 935	6 857	34 753	934 333	918 814	53 615	53 615	616 319	598 532
Mai	1 209 328	223 125	167 780	14 650	6 787	33 908	931 521	916 145	54 682	54 682	612 403	596 925
Juni	1 294 167	226 135	170 728	14 603	6 955	33 849	1 012 982	995 083	55 050	55 050	618 825	675 342
Juli	1 323 691	233 547	180 400	14 179	7 465	31 503	1 034 282	1 019 214	55 862	55 862	599 189	724 503
Aug.	1 358 137	230 309	177 973	14 129	7 423	30 784	1 071 521	1 056 231	56 307	56 307	600 390	757 747
Sept.	1 414 933	227 150	173 979	14 293	7 632	31 246	1 131 686	1 115 189	56 097	56 097	649 781	765 151
Okt.	1 346 367	227 767	174 433	14 346	7 656	31 332	1 061 498	1 047 327	57 102	57 102	619 445	726 922
Nov.	1 347 202	212 286	159 737	14 193	7 535	30 820	1 078 270	1 060 263	56 647	56 647	625 921	721 282
Dez.	1 429 236	219 127	166 904	14 014	8 143	30 066	1 152 757	1 136 002	57 353	57 353	781 339	647 898
2021 Jan.	1 348 921	219 860	166 494	14 115	8 061	31 190	1 072 140	1 054 994	56 921	56 921	638 042	710 879
Febr.	1 328 303	210 619	157 313	14 119	8 047	31 140	1 060 378	1 043 746	57 306	57 306	616 473	711 830
März	1 364 046	209 400	155 323	14 367	7 966	31 744	1 098 486	1 081 989	56 160	56 160	647 647	716 400
April	1 307 161	210 799	158 143	14 085	7 836	30 735	1 041 472	1 024 734	54 890	54 890	604 863	702 299
Mai	1 370 231	221 201	168 678	14 037	7 809	30 677	1 093 721	1 076 918	55 309	55 309	621 827	748 404
Juni	1 384 834	213 600	159 995	14 326	8 094	31 184	1 115 447	1 101 897	55 787	55 787	670 632	714 202
Juli	1 319 694	219 775	165 984	14 345	8 104	31 343	1 042 015	1 024 970	57 903	57 903	657 905	661 789
Aug.	1 360 722	250 742	165 757	45 091	8 174	31 720	1 053 653	1 037 259	56 327	56 327	699 773	660 949
Sept.	1 431 909	246 908	160 943	45 606	8 267	32 092	1 130 558	1 115 126	54 443	54 443	746 128	685 781

* Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb des Euroraums. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsstände zu Marktpreisen bewertet. ¹ Enthält vor allem die Netto-Forderungen aus dem Target-System (in der jeweiligen

Länderabgrenzung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Zentralbanken des Nicht-Euroraums innerhalb des ESZB. ² In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euroraums. ³ Einschließlich Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. ⁴ Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. ⁵ Differenz aus Auslandsaktiva und Auslandspassiva. ⁶ Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandspositionen der Unternehmen *)

Mio €

Stand zum Ende des Berichtszeitraums	Forderungen an das Ausland						Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland							
	insgesamt	Guthaben bei ausländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken				insgesamt	Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken					
			insgesamt	aus Finanzbeziehungen	aus Handelskrediten				insgesamt	aus Finanzbeziehungen	aus Handelskrediten			
					insgesamt	gewährte Zahlungsziele					geleistete Anzahlungen	insgesamt	insgesamt	in Anspruch genommene Zahlungsziele
Alle Länder														
2017	901 267	218 110	683 156	457 369	225 788	211 769	14 018	1 115 680	143 928	971 752	770 140	201 612	131 034	70 579
2018	934 837	234 595	700 241	468 418	231 823	217 561	14 262	1 225 989	146 105	1 079 884	873 977	205 907	134 897	71 010
2019	959 708	226 949	732 759	499 322	233 437	217 768	15 669	1 281 332	165 199	1 116 133	908 374	207 759	133 704	74 055
2020	1 007 574	250 320	757 254	529 154	228 099	211 800	16 300	1 360 348	167 766	1 192 582	984 663	207 919	129 171	78 748
2021 März	1 095 969	272 111	823 858	580 283	243 575	226 725	16 850	1 392 419	165 522	1 226 897	1 006 373	220 524	138 236	82 288
April	1 086 960	269 905	817 055	577 596	239 459	222 468	16 991	1 409 569	170 664	1 238 906	1 023 103	215 803	133 961	81 842
Mai	1 057 714	270 395	787 319	553 608	233 711	216 984	16 727	1 389 444	171 979	1 217 465	1 006 408	211 056	129 367	81 689
Juni	1 064 620	249 361	815 259	569 374	245 885	228 928	16 957	1 405 317	164 780	1 240 537	1 016 612	223 925	140 022	83 903
Juli	1 066 535	253 859	812 676	569 944	242 732	225 820	16 912	1 412 766	176 627	1 236 138	1 016 188	219 950	135 566	84 384
Aug.	1 078 535	260 595	817 940	580 065	237 874	221 023	16 851	1 414 629	175 397	1 239 232	1 023 663	215 569	130 285	85 283
EU-Länder (27 ohne GB)														
2017	522 279	166 645	355 634	263 631	92 003	83 509	8 494	720 770	93 932	626 838	544 462	82 376	62 137	20 239
2018	545 146	176 529	368 617	276 091	92 525	84 214	8 312	796 793	87 930	708 863	626 713	82 150	61 561	20 589
2019	569 888	176 258	393 630	302 654	90 976	82 454	8 522	824 390	89 604	734 787	650 172	84 615	62 534	22 081
2020	599 741	188 300	411 440	322 386	89 054	80 200	8 854	866 365	92 592	773 773	687 613	86 160	62 357	23 803
2021 März	679 382	210 531	468 851	371 295	97 555	88 533	9 023	890 190	91 447	798 743	705 125	93 618	67 927	25 692
April	676 258	211 565	464 692	368 731	95 961	86 771	9 190	912 592	90 962	821 630	730 073	91 557	65 794	25 763
Mai	640 806	211 913	428 894	335 464	93 430	84 441	8 990	890 189	96 512	793 677	704 853	88 824	63 274	25 550
Juni	634 306	195 636	438 670	342 302	96 368	87 237	9 130	895 230	93 766	801 465	708 232	93 233	67 553	25 680
Juli	634 744	198 458	436 285	341 574	94 712	85 629	9 083	895 013	92 773	802 240	711 618	90 622	65 103	25 519
Aug.	646 542	207 193	439 349	348 197	91 153	82 064	9 089	895 998	93 954	802 044	715 272	86 772	61 127	25 645
Extra-EU-Länder (27 einschl. GB)														
2017	378 987	51 465	327 522	193 738	133 784	128 260	5 524	394 910	49 996	344 914	225 677	119 236	68 897	50 340
2018	389 691	58 066	331 625	192 327	139 298	133 347	5 950	429 197	58 175	371 021	247 265	123 757	73 335	50 422
2019	389 820	50 692	339 129	196 668	142 461	135 314	7 146	456 942	75 595	381 347	258 203	123 144	71 171	51 974
2020	407 833	62 020	345 814	206 768	139 046	131 600	7 445	493 983	75 175	418 809	297 050	121 758	66 813	54 945
2021 März	416 587	61 579	355 007	208 987	146 020	138 193	7 827	502 229	74 075	428 154	301 249	126 906	70 309	56 596
April	410 703	58 340	352 363	208 865	143 498	135 697	7 801	496 977	79 702	417 275	293 030	124 246	68 167	56 078
Mai	416 908	58 483	358 425	218 144	140 280	132 543	7 737	499 255	75 467	423 788	301 555	122 232	66 093	56 140
Juni	430 314	53 725	376 590	227 072	149 517	141 691	7 826	510 087	71 014	439 073	308 380	130 692	72 470	58 222
Juli	431 792	55 401	376 391	228 370	148 020	140 191	7 829	517 753	83 854	433 899	304 570	129 328	70 464	58 864
Aug.	431 993	53 403	378 590	231 869	146 722	138 959	7 763	518 631	81 443	437 188	308 391	128 797	69 159	59 638
Euroraum (19)														
2017	454 033	149 685	304 348	232 178	72 170	64 683	7 487	654 278	75 669	578 609	512 786	65 823	50 442	15 381
2018	468 699	156 351	312 348	240 676	71 672	64 427	7 245	730 553	68 747	661 806	596 496	65 310	49 555	15 755
2019	492 090	157 829	334 261	263 830	70 431	62 939	7 492	751 076	69 464	681 612	615 369	66 243	49 609	16 634
2020	515 425	167 497	347 928	279 213	68 715	61 150	7 565	783 041	71 423	711 617	645 409	66 208	48 316	17 891
2021 März	581 812	188 072	393 740	319 435	74 305	66 689	7 616	805 118	71 996	733 122	662 265	70 858	51 489	19 369
April	574 874	188 396	386 478	313 279	73 199	65 469	7 730	823 642	71 163	752 479	682 989	69 490	50 038	19 452
Mai	549 188	192 018	357 170	286 041	71 129	63 482	7 647	809 765	76 299	733 466	664 788	68 679	48 960	19 718
Juni	536 631	171 581	365 050	291 933	73 117	65 369	7 749	814 593	74 426	740 167	668 245	71 922	52 035	19 887
Juli	541 433	180 967	360 466	287 849	72 617	64 790	7 827	814 810	73 730	741 080	670 829	70 251	50 514	19 737
Aug.	549 737	187 497	362 239	292 792	69 447	61 664	7 783	817 057	75 916	741 141	674 286	66 855	47 189	19 665
Extra-Euroraum (19)														
2017	447 234	68 425	378 809	225 191	153 618	147 087	6 531	461 402	68 259	393 143	257 354	135 789	80 592	55 197
2018	466 138	78 244	387 894	227 743	160 151	153 134	7 017	495 436	77 358	418 078	277 482	140 597	85 342	55 255
2019	467 618	69 120	398 498	235 492	163 006	154 829	8 176	530 256	95 735	434 521	293 005	141 516	84 095	57 421
2020	492 149	82 823	409 326	249 941	159 385	150 650	8 735	577 307	96 343	480 965	339 254	141 711	80 854	60 856
2021 März	514 157	84 039	430 118	260 848	169 270	160 036	9 234	587 301	93 526	493 775	344 109	149 666	86 747	62 919
April	512 086	81 509	430 577	264 317	166 260	156 999	9 261	585 927	99 501	486 426	340 113	146 313	83 923	62 390
Mai	508 526	78 377	430 148	267 567	162 582	153 502	9 080	579 679	95 680	483 998	341 621	142 378	80 407	61 971
Juni	527 989	77 780	450 209	277 442	172 768	163 560	9 208	590 724	90 354	500 370	348 367	152 003	87 987	64 016
Juli	525 102	72 892	452 210	282 095	170 115	161 030	9 086	597 955	102 897	495 058	345 359	149 699	85 052	64 647
Aug.	528 798	73 098	455 700	287 273	168 427	159 359	9 068	597 572	99 481	498 091	349 377	148 714	83 096	65 618

* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV. Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch be-

dingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XII. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar.

XII. Außenwirtschaft

9. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien	China	Dänemark	Japan	Kanada	Norwegen	Schweden	Schweiz	Vereinigte Staaten	Vereinigtes Königreich
	AUD	CNY	DKK	JPY	CAD	NOK	SEK	CHF	USD	GBP
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2014	1,4719	8,1857	7,4548	140,31	1,4661	8,3544	9,0985	1,2146	1,3285	0,80612
2015	1,4777	6,9733	7,4587	134,31	1,4186	8,9496	9,3535	1,0679	1,1095	0,72584
2016	1,4883	7,3522	7,4452	120,20	1,4659	9,2906	9,4689	1,0902	1,1069	0,81948
2017	1,4732	7,6290	7,4386	126,71	1,4647	9,3270	9,6351	1,1117	1,1297	0,87667
2018	1,5797	7,8081	7,4532	130,40	1,5294	9,5975	10,2583	1,1550	1,1810	0,88471
2019	1,6109	7,7355	7,4661	122,01	1,4855	9,8511	10,5891	1,1124	1,1195	0,87777
2020	1,6549	7,8747	7,4542	121,85	1,5300	10,7228	10,4848	1,0705	1,1422	0,88970
2020 Mai	1,6724	7,7482	7,4577	116,87	1,5219	10,9862	10,5970	1,0574	1,0902	0,88685
2020 Juni	1,6322	7,9734	7,4548	121,12	1,5254	10,7298	10,4869	1,0712	1,1255	0,89878
2020 Juli	1,6304	8,0352	7,4467	122,38	1,5481	10,6544	10,3538	1,0711	1,1463	0,90467
2020 Aug.	1,6433	8,1954	7,4460	125,40	1,5654	10,5797	10,3087	1,0767	1,1828	0,90081
2020 Sept.	1,6307	8,0333	7,4418	124,50	1,5586	10,7769	10,4279	1,0786	1,1792	0,90947
2020 Okt.	1,6521	7,9225	7,4424	123,89	1,5559	10,9220	10,3967	1,0739	1,1775	0,90741
2020 Nov.	1,6266	7,8152	7,4459	123,61	1,5472	10,7453	10,2311	1,0785	1,1838	0,89605
2020 Dez.	1,6166	7,9602	7,4412	126,28	1,5595	10,6008	10,1736	1,0814	1,2170	0,90624
2021 Jan.	1,5764	7,8730	7,4387	126,31	1,5494	10,3661	10,0952	1,0794	1,2171	0,89267
2021 Febr.	1,5605	7,8136	7,4367	127,49	1,5354	10,2791	10,0887	1,0858	1,2098	0,87268
2021 März	1,5444	7,7465	7,4363	129,38	1,4970	10,1469	10,1692	1,1065	1,1899	0,85873
2021 April	1,5544	7,8051	7,4367	130,49	1,4975	10,0376	10,1620	1,1031	1,1979	0,86527
2021 Mai	1,5653	7,8109	7,4362	132,57	1,4732	10,0931	10,1471	1,0968	1,2146	0,86258
2021 Juni	1,5761	7,7391	7,4364	132,63	1,4713	10,1444	10,1172	1,0940	1,2047	0,85872
2021 Juli	1,5926	7,6536	7,4373	130,35	1,4806	10,3767	10,1979	1,0856	1,1822	0,85613
2021 Aug.	1,6118	7,6237	7,4369	129,28	1,4827	10,4195	10,2157	1,0762	1,1772	0,85287
2021 Sept.	1,6087	7,6007	7,4361	129,66	1,4910	10,1861	10,1710	1,0857	1,1770	0,85683

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistische Fachreihe Wechselkursstatistik.

10. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten	
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399	
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583	
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573	
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957	
	Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564	
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27	
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399	
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371	
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603	
	Portugal	Escudo	PTE	200,482	
	Spanien	Peseta	ESP	166,386	
	2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
	2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300	
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274	
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260	
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466	
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804	
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280	

XII. Außenwirtschaft

11. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1.Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektive Wechselkurse des Euro gegenüber den Währungen der Ländergruppe						Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft						
	EWK-19 1)			EWK-42 2)			auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)				auf Basis der Verbraucherpreisindizes gegenüber		
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	26 ausgewählten Industrieländern 4)			37 Ländern 5)	26 ausgewählten Industrieländern 4)	37 Ländern 5)	60 Ländern 6)
							insgesamt	davon:					
						Euro-Länder	Nicht-Euro-Länder						
1999	96,2	96,2	96,1	96,1	96,6	96,0	97,9	99,6	95,9	97,7	98,3	98,1	97,8
2000	87,1	86,8	86,1	85,5	88,1	86,1	92,0	97,4	85,5	91,1	93,1	92,3	91,2
2001	87,6	87,1	86,8	84,5	90,2	86,9	91,7	96,5	86,0	90,5	93,0	91,7	91,1
2002	89,8	90,2	89,9	88,0	94,5	90,5	92,3	95,6	88,5	91,0	93,5	92,2	91,9
2003	100,4	101,3	101,0	99,1	106,4	101,5	95,8	94,7	97,6	95,3	97,0	96,7	96,9
2004	104,2	105,2	104,0	102,3	110,9	105,3	96,1	93,5	100,0	95,6	98,5	98,2	98,5
2005	102,8	103,8	102,0	100,6	109,0	102,9	94,7	91,9	98,8	93,2	98,4	97,1	96,8
2006	102,8	103,8	101,5	99,5	109,1	102,2	93,5	90,3	98,2	91,6	98,6	96,7	96,1
2007	106,3	106,8	103,6	101,1	112,7	104,4	94,5	89,5	102,0	91,9	100,9	98,3	97,4
2008	110,1	109,7	105,8	104,9	117,4	106,9	94,8	88,2	105,1	91,2	102,4	98,4	97,6
2009	111,6	110,5	107,0	108,6	120,5	107,9	95,2	89,1	104,7	92,0	101,9	98,6	98,0
2010	104,4	102,8	98,8	101,0	111,9	99,0	92,5	88,7	98,2	88,1	98,8	94,3	92,6
2011	104,2	101,9	97,0	99,3	112,7	98,5	92,1	88,4	97,6	87,3	98,2	93,5	92,0
2012	98,5	96,7	91,4	93,6	107,5	93,7	90,1	88,3	92,5	84,7	95,9	90,5	89,0
2013	102,0	99,7	94,5	96,6	112,2	96,7	92,3	88,7	97,5	86,6	98,1	92,3	91,0
2014	102,3	99,1	94,3	96,7	114,5	97,1	92,9	89,6	97,7	87,3	98,2	92,5	91,6
2015	92,5	89,4	85,8	86,2	106,1	88,6	89,7	90,2	88,9	83,6	94,4	87,8	87,0
2016	95,2	91,4	88,1	p) 87,4	110,1	90,6	90,6	90,7	90,4	84,9	95,0	88,8	88,2
2017	97,4	93,3	89,2	p) 88,1	112,4	91,8	91,8	90,8	93,3	85,6	96,3	89,9	89,0
2018	99,9	95,5	90,6	p) 89,6	117,3	94,9	93,1	90,9	96,3	86,6	97,7	91,2	90,9
2019	98,1	93,1	88,9	p) 87,1	115,4	92,3	92,1	91,0	93,5	85,7	96,4	89,9	89,5
2020	99,6	93,4	p) 89,3	p) 87,5	119,4	93,8	92,0	91,2	93,2	86,1	96,4	90,1	90,3
2018 Okt.	99,6	95,3			117,8	95,1				86,5	97,3	91,2	91,2
2018 Nov.	99,1	94,7	90,1	p) 88,9	116,8	94,3	92,8	91,1	95,1		97,3	91,1	90,9
2018 Dez.	99,2	94,6			116,9	94,2					97,2	90,8	90,6
2019 Jan.	98,7	94,1			116,3	93,6					96,8	90,4	90,1
2019 Febr.	98,3	93,6	89,1	p) 87,5	115,6	92,9	92,2	90,8	94,1	85,7	96,5	90,0	89,5
2019 März	97,7	93,0			115,2	92,4					96,2	89,6	89,2
2019 April	97,6	92,8			115,0	92,2					96,5	89,8	89,4
2019 Mai	98,1	93,2	88,8	p) 87,2	115,7	92,6	92,3	91,1	93,9	85,7	96,7	90,2	89,8
2019 Juni	98,7	93,7			116,2	93,0					96,8	90,3	89,9
2019 Juli	98,3	93,3			115,3	92,2					96,7	90,1	89,5
2019 Aug.	98,8	93,7	89,2	p) 87,4	116,2	92,8	92,1	91,2	93,5	85,9	96,5	90,3	89,8
2019 Sept.	98,1	92,9			115,3	92,0					96,2	90,0	89,4
2019 Okt.	98,0	92,6			115,2	91,7					96,2	89,8	89,2
2019 Nov.	97,4	92,0	88,6	p) 86,4	114,6	91,1	91,8	91,1	92,6	85,6	95,9	89,4	88,8
2019 Dez.	97,3	91,9			114,6	91,0					95,9	89,5	88,9
2020 Jan.	96,9	91,2			114,1	90,4					95,9	89,0	88,4
2020 Febr.	96,2	90,5	88,0	p) 86,8	113,5	89,7	91,7	91,4	92,0	85,5	95,5	88,7	88,1
2020 März	98,8	92,9			117,8	93,0					96,4	90,0	90,1
2020 April	98,1	92,5			117,5	93,0					96,2	90,1	90,3
2020 Mai	98,3	92,5	88,8	p) 87,3	117,5	92,8	91,4	91,3	91,3	85,8	96,3	90,2	90,3
2020 Juni	99,7	93,8			119,1	93,9					97,0	90,8	90,9
2020 Juli	100,4	94,4			120,3	94,7					96,0	90,0	90,3
2020 Aug.	101,5	94,9	90,1	p) 88,2	122,4	95,8	92,5	91,2	94,4	86,8	97,0	90,8	91,4
2020 Sept.	101,5	94,8			122,4	95,7					96,9	90,7	91,2
2020 Okt.	101,3	94,6			122,4	95,6					96,6	90,5	91,1
2020 Nov.	100,6	94,1	p) 90,3	p) 87,9	121,6	95,0	92,6	90,9	95,0	86,5	96,5	90,1	90,6
2020 Dez.	101,8	95,1			122,9	95,9					97,0	90,6	91,0
2021 Jan.	101,3	95,3			122,4	96,0					97,9	91,4	91,8
2021 Febr.	100,6	94,5	p) 89,9	p) 87,4	121,5	95,2	93,2	91,6	95,4	86,9	97,9	91,2	91,5
2021 März	100,3	94,1			121,2	94,8					97,7	91,1	p) 91,4
2021 April	100,6	94,2			121,9	95,1					98,0	91,3	p) 91,8
2021 Mai	100,8	94,3	p) 88,8	p) 86,1	122,3	95,2	p) 93,1	p) 91,4	95,6	p) 86,5	98,1	91,4	p) 91,9
2021 Juni	100,2	93,7			121,5	94,5					97,9	91,1	p) 91,5
2021 Juli	99,7	p) 93,5			120,8	p) 94,2					97,7	p) 91,0	p) 91,4
2021 Aug.	99,3	p) 93,2	120,4	p) 93,9	p) 97,4	p) 90,8	p) 91,1
2021 Sept.	99,4	p) 93,2			120,4	p) 93,8					p) 97,5	p) 90,8	p) 91,0

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro. Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. Die Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen und Dienstleistungen. Nähere Erläuterungen zur Methodik und Wägungsschemata siehe Website der Deutschen Bundesbank (<https://www.bundesbank.de/content/774128>). 1 Berechnungen anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechien, Ungarn, USA und Vereinigtes Königreich. Soweit die aktuellen Preis-

bzw. Lohnindizes noch nicht vorlagen, sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die Ländergruppe EWK-19 zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Kolumbien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Peru, Philippinen, Russische Föderation, Saudi-Arabien, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei, Ukraine und Vereinigte Arabische Emirate. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. 4 Euro-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland, ab 2015 einschl. Litauen) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, USA und Vereinigtes Königreich. 5 Euro-Länder (in aktueller Zusammensetzung) sowie die Länder der Gruppe EWK-19. 6 Euro-Länder (in aktueller Zusammensetzung) sowie die Länder der Gruppe EWK-42.

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die gedruckten Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über das Bestellportal der Bundesbank zu beziehen. Aktualisierte Ergebnisse ausgewählter Statistiken stehen im Internet bereit. Darüber hinaus sind mit den neuen Statistischen Fachreihen Daten in einer neuen Grundstruktur und mit erweiterten Nutzungsoptionen auf der Internetseite der Bundesbank verfügbar.

■ Geschäftsbericht

Februar 2021

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2020/2021

■ Finanzstabilitätsbericht

März 2021

- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2020
- Ein neuer europäischer Aufsichtsrahmen für Wertpapierfirmen

■ Monatsbericht

Ein Verzeichnis der Aufsätze, die in der Zeit von 2010 bis 2020 veröffentlicht wurden, steht auf der Internetseite der Bundesbank zur Verfügung.

April 2021

- Die Wirkung der Geldpolitik in Abhängigkeit der Verschuldungssituation des nichtfinanziellen Privatsektors: Evidenz für den Euroraum
- Einschätzungen und Erwartungen von Unternehmen in der Pandemie: Erkenntnisse aus dem Bundesbank-Online-Panel-Firmen
- Digitales Geld: Optionen für den Zahlungsverkehr

Aufsätze im Monatsbericht

Januar 2021

- Zur Verlangsamung des Produktivitätswachstums im Euroraum
- Erhebungsmethodik und Analysemöglichkeiten der erweiterten Statistik über Bankkonzerne im Wertpapierhalterbereich
- Das zweistufige System für die Verzinsung der Reserveguthaben und seine Auswirkungen auf Banken und Finanzmärkte

Mai 2021

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2021

Juni 2021

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2021 bis 2023

- Staatsfinanzen: Anleihekäufe der Zentralbank erhöhen die Sensitivität gegenüber Zinsänderungen
- Bundesschulden: Bei Zinsausgaben Agien periodengerecht verbuchen
- Kommunalfinanzen: Ansätze zur Begrenzung von Kassenkrediten und zur Vermeidung von Haushaltsschieflagen

Juli 2021

- Grenzüberschreitende Unternehmensübernahmen: Auswirkungen der Internationalisierung auf Unternehmen in Deutschland
- Krypto-Token und dezentrale Finanzanwendungen
- Digitale Risiken im Bankensektor
- Makroprudenzielle Politik und Growth-at-Risk

August 2021

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2021

September 2021

- Die geldpolitische Strategie des Eurosystems
- Der Einfluss der Geldpolitik des Eurosystems auf Bitcoin und andere Krypto-Token
- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2020

Oktober 2021

- Länderfinanzen 2020: Defizit aufgrund temporärer Pandemieeffekte, Ausnahmeklauseln auch für Reservebildung genutzt
- Die Weltwirtschaft während der Coronavirus-Pandemie
- Wie stehen private Haushalte in Deutschland zum digitalen Euro? Erste Ergebnisse aus Umfragen und Interviews
- Die Regulierung der Vergütung in Kreditinstituten

■ Statistische Fachreihen*)

Außenwirtschaft

- Auslandsvermögen und -verschuldung, monatlich
- Direktinvestitionsstatistiken, April
- Zahlungsbilanzstatistik, monatlich

Banken

- Bankenstatistiken, monatlich
- Zahlungsverkehrs- und Wertpapierabwicklungsstatistiken, September

Geld- und Kapitalmärkte

- Emissionsstatistiken, monatlich
- Investmentfondsstatistik, monatlich
- Kapitalmarktkennzahlen, monatlich

Gesamtwirtschaftliche Rechenwerke

- Finanzierungsrechnung, Juni

Konjunktur und Preise

- Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, monatlich

Unternehmensabschlüsse

- Jahresabschlussstatistik (Hochgerechnete Angaben), Dezember
- Jahresabschlussstatistik (Verhältniszahlen), Mai
- Jahresabschlussstatistik (Verhältniszahlen – vorläufig), Mai
- Konzernabschlussstatistik, Juni/Dezember

Wechselkurse

- Wechselkursstatistik, monatlich

■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Juli 2021²⁾
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik, Juli 2021²⁾

- | | | |
|---|---|--|
| 3 | Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013 ¹⁾²⁾ | 22/2021
Labor adjustment and productivity in the OECD |
| 7 | Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013 | 23/2021
German banks' behavior in the low interest rate environment |

■ Sonderveröffentlichungen

- | | |
|--|--|
| Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996 ¹⁾ | 24/2021
Reversal interest rate and macroprudential policy |
| Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997 ¹⁾ | 25/2021
Equity premium predictability over the business cycle |
| Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999 ¹⁾ | 26/2021
The case for a positive euro area inflation target: Evidence from France, Germany and Italy |
| Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000 | 27/2021
Decomposing the yield curve with linear regressions and survey information |
| Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000 | 28/2021
Return differences between DAX ETFs and the benchmark DAX |
| Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002 | 29/2021
On the importance of fiscal space: Evidence from short sellers during the COVID-19 pandemic |
| Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005 ¹⁾ | 30/2021
Better be careful: The replenishment of ABS backed by SME loans |
| Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006 ¹⁾ | 31/2021
The leverage effect of bank disclosures |
| Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008 | 32/2021
Macroprudential policy and the sovereign-bank nexus in the euro area |
| Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013 ¹⁾ | 33/2021
Benefits of internationalisation for acquirers and targets – but unevenly distributed |

■ Diskussionspapiere^{o)}

- 21/2021
Lighting up the dark: Liquidity in the German corporate bond market

Anmerkungen siehe S. 88*.

34/2021

Pandemic recessions and contact tracing

35/2021

Quantitative easing, safe asset scarcity and bank lending

36/2021

Banks' credit losses and lending dynamics

37/2021

Financial integration and the co-movement of economic activity: Evidence from U.S. states

38/2021

Structural change revisited: The rise of manufacturing jobs in the service sector

39/2021

Safe asset shortage and collateral reuse

■ Bankrechtliche Regelungen

1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998

2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008¹⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008²⁾

* Die Statistischen Fachreihen ersetzen die Statistischen Beihefte sowie teilweise die Statistischen Sonderveröffentlichungen und werden ausschließlich auf der Internetseite der Bundesbank in der Rubrik Publikationen/Statistiken angeboten.

○ Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar.

1 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

2 Nur im Internet verfügbar.